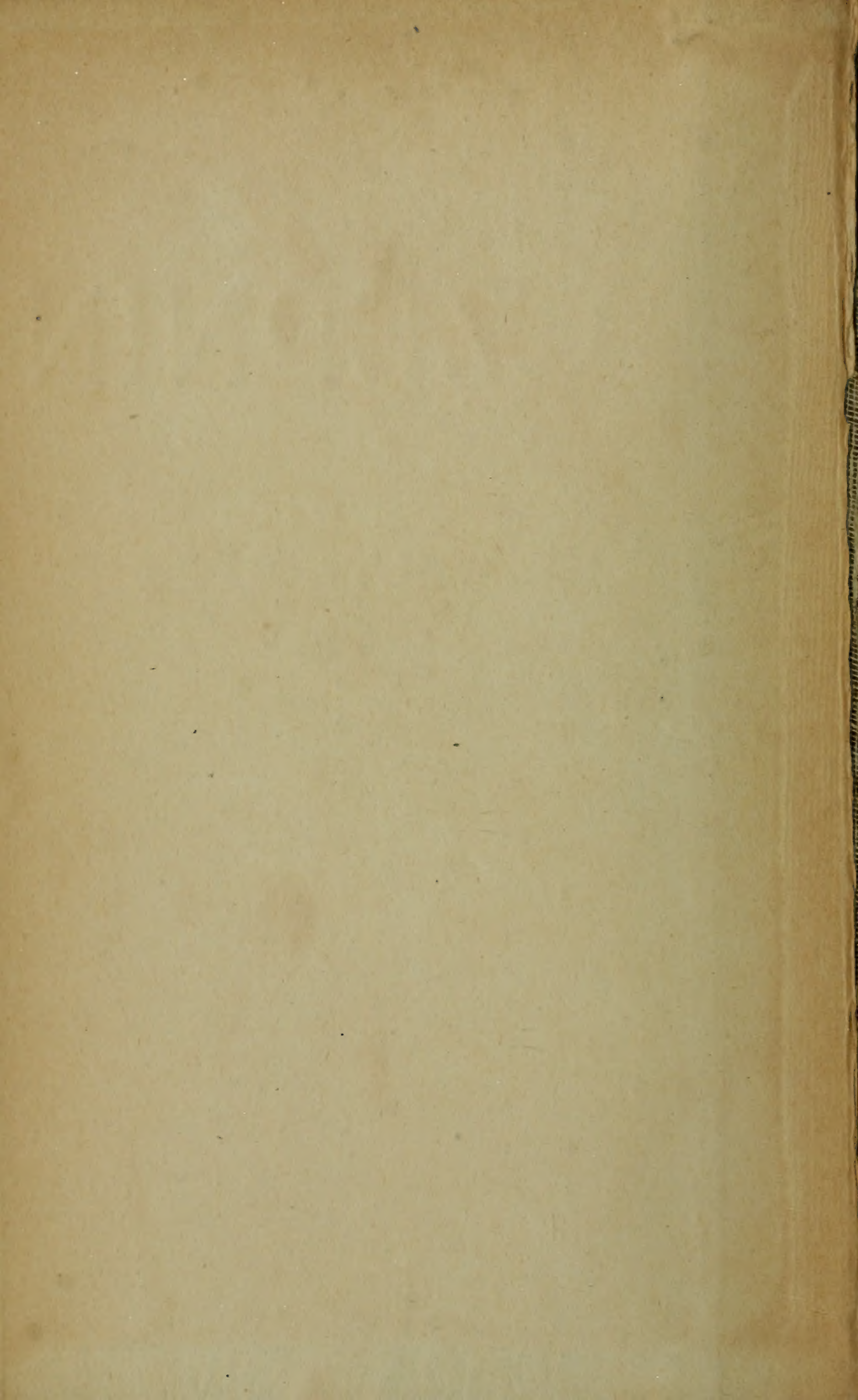


CZERNIN

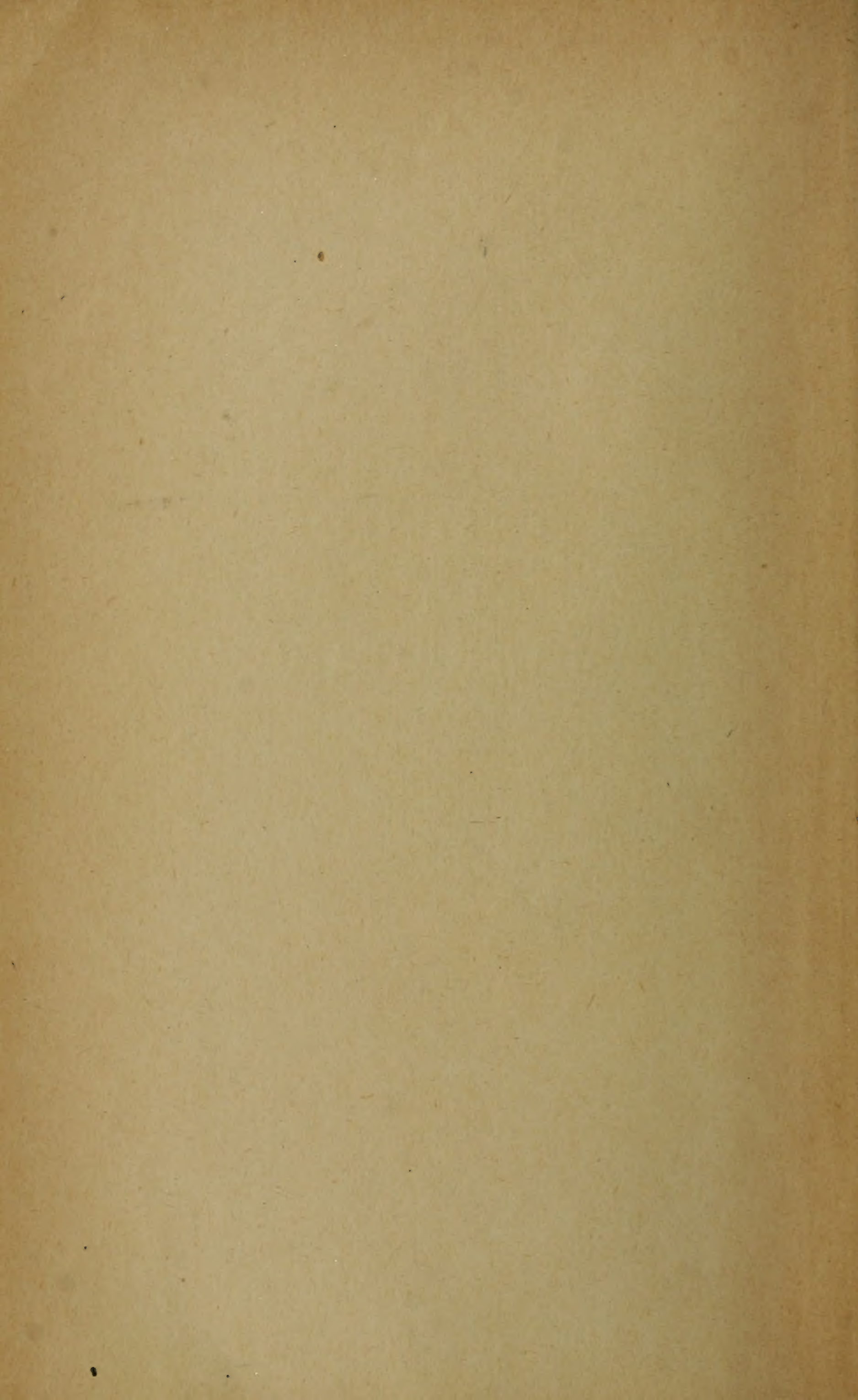
IM WELTKRIEGE





Czernin

IM WELTKRIEGE



Ottokar Czernin

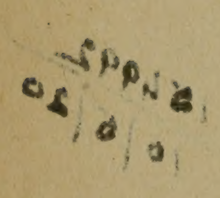
IM WELTKRIEGE



Zweite Auflage

1919

Verlegt bei Ullstein & Co, Berlin und Wien



Inhalt

Vorwort

I. Einleitende Betrachtungen

II. Konopischt

43—66

III. Wilhelm II.

67—99

IV. Rumänien

101—147

V. Der verschärfte U-Bootkrieg

149—180

VI. Friedensversuche

181—252

VII. Wilson

VIII. Eindrücke und Betrachtungen

IX. Polen

X. Brest-Litowsk

Anhang

375—418

Namen- und Sachregister



Vorwort

Es ist unmöglich, in einem kleinen Buche die Geschichte des Weltkrieges nur halbwegs erschöpfend zu schreiben. Das ist auch nicht der Zweck des Buches.

Sein Zweck ist vielmehr, einzelne Ereignisse und einzelne Persönlichkeiten, die ich aus größerer Nähe und daher deutlicher sehen konnte als die Allgemeinheit, zu schildern — einzelne Momentphotographien des großen Dramas zu liefern. Aus den einzelnen hier entwickelten Bildern wird sich dennoch ein Ganzes ergeben, das vielleicht in manchem von der bisher bekannten, noch so lückenhaften Kriegsgeschichte abweicht.

Ein jeder Mensch sieht die Menschen und die Ereignisse unter seinem persönlichen Gesichtswinkel. Das ist unvermeidlich. Ich spreche in meinem Buche von Männern, die mir nahegestanden sind, von anderen, die meinen Weg gekreuzt haben, ohne irgendein persönliches Gefühl bei mir zu hinterlassen, und schließlich von Männern, mit welchen ich schwere Konflikte gehabt habe. Ich versuche, über alle objektiv zu urteilen. Ich schildere die Menschen und die Dinge, wie ich sie gesehen habe — wo die Schilderung falsch erscheint, liegt der Grund nicht in vorgefaßter Meinung, sondern in vielleicht vorhandenem Mangel an Beurteilungsfähigkeit.

Nicht alles wollte gesagt werden. So manches wurde nicht erklärt, obwohl es sich erklären ließe. Noch ist die Zeit, welche uns von den Ereignissen trennt, zu kurz, um den Schleier von allen Vorgängen zu ziehen.

Aber das Verschwiegene ändert nichts an dem Totalbilde, welches ich so schildere, wie es sich in meinem Kopfe spiegelt.

O. Cz.



I.

Einleitende Betrachtungen



I.

Bevor sich ein Gewitter unter Blitz und Donner entladet, spielen sich ganz bestimmte Vorgänge in der Atmosphäre ab. Die Elektrizitäten scheiden sich, und das Gewitter ist das Resultat einer gewissen, nicht mehr haltbaren atmosphärischen Spannung; ob wir diese Vorgänge an äußeren Zeichen erkennen können oder nicht, ob uns die Wolken mehr oder weniger drohend erscheinen, ändert nichts an dem Faktum, daß die elektrische Spannung bestehen muß, bevor das Gewitter ausbricht.

In den Palästen der Auswärtigen Ämter stand das politische Barometer seit Jahren auf Sturm. Es stieg zeitweise, um neuerlich zu fallen, es schwankte — selbstverständlich —, aber seit Jahren deutete alles darauf hin, daß der Weltfriede gefährdet sei.

Die sichtbaren Anfänge dieser europäischen Spannung reichen Jahre zurück — bis auf die Zeit Eduards VII. Auf der einen Seite die Furcht Englands vor dem gigantisch anwachsenden Deutschland, auf der anderen Seite die Berliner Politik, welche der Schrecken an der Themse geworden war, der Glaube, daß in Berlin der Gedanke Wurzel fasse, die Weltherrschaft an sich reißen zu wollen, diese Befürchtungen, die nur zum Teil aus Neid und Mißgunst, zum Teil aber auch aus wirklichen, überzeugten Besorgnissen um die eigene Existenz entsprangen — diese Befürchtungen führten zur Einkreisungspolitik Eduards VII., und mit ihr begann das große Kesseltreiben gegen Deutschland. Es ist bekannt, daß Eduard VII. den Versuch unternommen hat, durch direkte

Einwirkung auf Kaiser Franz Joseph denselben von dem Bündnisse abzuwenden und sich den Deutschland einkreisenden Mächten anzuschließen. Es ist ferner bekannt, daß Kaiser Franz Joseph diesen Gedanken von sich wies, und dieser Augenblick war Österreich-Ungarns Schicksalswende. Von diesem Augenblicke an waren wir nicht mehr die selbständigen Herren unseres Schicksals. Unser Schicksal war an das Deutschlands gebunden, wir wurden durch das Bündnis von Deutschland, ohne daß wir es wußten, fortgeschleppt.

Ich will dabei absolut nicht bestreiten, daß Deutschland die letzten Jahre vor dem Kriege noch immer die Möglichkeit gehabt hätte, denselben abzuwenden, wenn es in europäischer Öffentlichkeit den Verdacht nach Weltherrschaftsträumen zerstört hätte. Denn ich bin weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß die Westmächte diesen Krieg gern unternommen hätten, sondern ich betone meine feste Überzeugung, daß die maßgebenden Faktoren der Westmächte ihrerseits die Situation so auffaßten, daß, wenn es ihnen nicht gelinge, Deutschland zu schlagen, eine deutsche Weltherrschaft unaufhaltsam sein werde. Ich sage: der Westmächte, da ich glaube, daß eine starke Militärpartei in Rußland, welche ihr Haupt in dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch hatte, anders dachte und diesen Krieg mit Genugtuung begann. Die furchtbare Tragik in diesem größten Unglücke aller Zeiten — und das ist dieser Krieg — liegt darin, daß er als Angriff im Grunde von niemand Verantwortlichem gewollt war und daraus entstand, daß serbische Mörder und sodann kriegslustige russische Generale eine Situation schufen, in welcher die Monarchen und Staatsmänner der Großmächte durch die Ereignisse überrumpelt wurden. Man muß allerdings innerhalb der feindlichen Staaten einen diesbezüglichen sehr bedeutenden Unterschied machen. Frankreich und England wollten im Jahre Vierzehn keinen Krieg. Frankreich hat die Revancheidee immer wacherhalten, hatte aber allen Anzeichen nach im Jahre Vierzehn gar nicht die Absicht,

loszuschlagen, sondern überließ damals, wie seit fünfzig Jahren, den Augenblick, wann es Krieg machen solle, der Zukunft. Der Krieg kam ihm ganz überraschend. England wollte trotz seiner antideutschen Politik neutral bleiben und ward erst durch den Einfall in Belgien anderen Sinnes. In Rußland war ein Zar, der nicht wußte, was er wollte, und nicht konnte, was er wollte, und eine Kriegspartei, die unbedingt zum Kriege trieb. Rußland begann tatsächlich den Krieg ohne Kriegserklärung. Die nachfolgenden Staaten, Italien und Rumänien, traten aus Eroberungsabsichten in den Krieg ein. Insbesondere Rumänien. Italien natürlich auch, aber Italien war durch seine geographische Lage exponierter und dem Drucke Englands mehr ausgesetzt — es konnte schwerer als Rumänien neutral bleiben.

Aber der Weltkrieg wäre niemals ausgebrochen, wenn nicht das wachsende Mißtrauen der Entente in Deutschlands Pläne die Situation bereits zum Siedepunkt erhitzt gehabt hätte. Die Art und Weise Deutschlands, sich zu geben, die Reden Kaiser Wilhelms, das Auftreten der Preußen in der Welt, das fortwährende Auf-die-eigene-Kraft-Pochen und Mit-dem-Säbel-Rasseln erweckte auf der ganzen Welt ein Gefühl von Antipathien und Besorgnissen und bewirkte jene moralische Koalition gegen Deutschland, welche in diesem Kriege einen so furchtbaren praktischen Ausdruck gefunden hat. Auf der anderen Seite bin ich fest überzeugt, daß die deutschen, oder besser gesagt, preußischen Tendenzen in der Welt mißverstanden wurden und daß die maßgebenden deutschen Faktoren niemals die Absicht auf eine Weltherrschaft hatten. Sie wollten ihren Platz an der Sonne behaupten, sie wollten unter den ersten Mächten der Welt segeln; dies war ihr Recht, aber diese wirklichen und angeblichen fortwährenden deutschen Provokationen und diese hierdurch ausgelösten, sich stetig steigernden Befürchtungen der Entente schufen eben jene verhängnisvolle Rüstungskonkurrenz und jene

Koalitionspolitik, welche sich in dem Kriege wie ein furchtbares Gewitter entladen hat.

Nur auf dem Boden dieser europäischen Besorgnisse konnte der französische Revanchegedanke sich zur Tat entwickeln. Niemals hätte England, nur um Elsaß-Lothringen zu erobern, das Schwert gezogen — aber in die von König Eduard inaugurierte Politik, welche nicht französischen, sondern englischen Motiven entsprang, fügte sich der französische Revanchegedanke ausgezeichnet ein.

Aus dieser Furcht vor Angriff und Verteidigung entsprang jenes wahnsinnige Rüstungsfieber, welches das Charakteristikon der vorkriegerischen Zeit war. Das Wettrennen, mehr Soldaten und mehr Kanonen zu haben als der Nachbar, mußte sich ad absurdum führen. Die Rüstung, welche die Völker trugen, war so schwer geworden, daß sie nicht mehr tragbar war, und es war wohl schon jedermann seit langem klar, daß der eingeschlagene Weg nicht fortgesetzt werden konnte, daß es nur zwei Möglichkeiten gab: entweder die freiwillige allgemeine Abrüstung oder den Krieg.

Ein leiser Versuch zu ersterer ist im Jahre 1912 in den Verhandlungen zu einer Flottenabrüstung zwischen Deutschland und England gemacht worden; er kam nicht über den ersten Anfang hinaus und scheiterte nicht an einseitiger Schuld. England war nicht friedfertiger und nicht entgegenkommender als Deutschland, es war nur geschickter, und es gelang ihm, der Welt die Überzeugung zu suggerieren, daß es die durch die deutschen Expansionspläne bedrohte Macht sei.

Ich erinnere mich einer sehr treffenden Beschreibung, welche ich von einem hervorragenden Politiker eines neutralen Staates gehört habe. Der Herr fuhr auf einem amerikanischen Dampfer herüber, und in der Reisegesellschaft befanden sich unter anderen ein prominenter deutscher Großindustrieller und ein Engländer. Der Deutsche sprach gern und viel und erzählte mit Vorliebe vor einem möglichst großen Auditorium von „dem Aufschwunge Deutschlands, von dem

unaufhaltsamen Expansionsdrange des deutschen Volkes, von der Notwendigkeit, die Welt mit deutscher Kultur zu durchdringen" und von den „Fortschritten in allen diesen Bestrebungen". Er schilderte den Aufschwung des deutschen Handels in den verschiedenen Weltteilen, er nannte die Orte, wo heute die deutsche Flagge weht, er betonte, daß das „Made in Germany" das Wort sei, welches die Welt erobern müsse und erobern werde, und unterließ nicht, zu betonen, daß diese ganzen großzügigen Projekte auf festem Grund gebaut seien, denn sie seien militärisch „untermauert". Das war deutsch. Und als mein Gewährsmann den still dabeisitzenden, lächelnden Engländer fragte, was denn er zu diesen Ausführungen sage, da antwortete er: „Es ist nicht notwendig zu sprechen, ich weiß doch, daß die Welt uns gehört." Das war englisch. Es ist nur ein Stimmungsbild, eine Momentphotographie, wie sich die deutsche und die englische Psyche in dem Kopfe eines neutralen Staatsmannes gespiegelt hat. Aber sie ist symptomatisch, weil Tausende den gleichen Eindruck gehabt haben, und weil dieser Eindruck eines aggressiven germanischen Geistes so unendlich viel zu der Katastrophe beigetragen hat.

Die Aehrenthalsche Politik, welche im Gegensatze zu dem, was wir bisher am Ballplatze zu sehen gewohnt waren, mit großer Kraft und Energie expansive Tendenzen verfolgte, verstärkte noch das Mißtrauen der Welt gegen uns. Denn der Gedanke rang sich durch, daß die Wiener Politik ein Ableger der Berliner sei, daß man in Wien jetzt ebenso wie in Berlin vorzugehen gedenke, und die allgemeine Besorgnis stieg. Immer schwärzer wurden die Wolken, immer dichter zogen sich die Maschen des Netzes zusammen — das Unglück war auf dem Wege.

Weit zurück reichen die Ursachen des Weltkrieges. Der letzte Anlaß verschwindet neben denselben. Wir machen heute wieder Ähnliches durch. Die französischen Frieden werden die Ursachen neuer Kriege bilden, mag der letzte Anstoß dann welcher auch immer sein.

2.

Kurz vor Kriegsausbruch war ich in Konstantinopel und hatte mit unserem dortigen Botschafter, dem klugen und klarblickenden Markgrafen Pallavicini, eine lange Unterredung über die politische Situation. Er faßte die Lage ungemein ernst auf. Mit der Erfahrung, die ihm eine jahrzehntelange Beobachtung der Politik gegeben hatte, fühlte er Europa den Puls, und seine Diagnose lautete dahin, daß wir, wenn nicht eine rasche Änderung des ganzen Kurses erfolge, dem Kriege zusteuern. Er entwickelte, er sähe die einzige Möglichkeit, einem Kriege mit Rußland auszuweichen, darin, daß wir definitiv auf unseren Einfluß auf dem Balkan verzichteten und Rußland das Feld räumten. Pallavicini war sich vollständig klar darüber, daß ein solcher Entschluß unsere Abdankung als Großmacht bedeuten würde, aber es schien mir, daß er selbst diese harte Eventualität dem Kriege, den er kommen sah, vorzog. Ich habe dieses Gespräch bald darauf dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand erzählt und fand ihn sehr impressioniert über diese pessimistische Auffassung Pallavicinis, von welchem er, wie alle, die ihn näher kannten, eine äußerst hohe Meinung hatte. Der Thronfolger erklärte, sobald als möglich mit dem Kaiser die Frage besprechen zu wollen. Ich habe ihn nie mehr wieder gesehen. Es war die letzte Unterredung, die ich mit ihm hatte, und ich weiß auch nicht, ob er sein Projekt, die Frage mit dem Monarchen zu besprechen, noch durchgeführt hat.

Die zwei Balkankriege waren das Wetterleuchten des heraufziehenden europäischen Gewitters. Für jeden Kenner der Balkanverhältnisse war es klar, daß die dortigen Frieden kein definitives Resultat geschaffen hatten, und der in Rumänien so enthusiastisch bejubelte Bukarester Friede des Jahres 1913 trug den Keim seines Todes bereits bei der Geburt in sich. Bulgarien gedemütigt und verkleinert, Rumänien und vor allem Serbien unverhältnismäßig vergrößert,

von einem Übermut, der jeder Beschreibung spottet, Albanien als Zankapfel zwischen Österreich-Ungarn und Italien — das war ein Bild, das keine Entspannung, sondern nur neue Kriege verhieß. Man muß am Balkan gelebt haben, um den maßlosen Haß zu begreifen, welcher zwischen den einzelnen Völkern herrschte. Als sich dieser Haß im Weltkriege entlud, zeitigte er die fürchterlichsten Szenen, und es ist beispielsweise notorisch, daß gefangene Bulgaren von den Rumänen mit den Zähnen zerfleischt wurden, und daß Bulgaren ihrerseits die gefangenen Rumänen auf die schrecklichste Weise zu Tode marterten. Mit welcher Brutalität die Serben in dem Kriege vorgingen, das wissen unsere Truppen besser zu schildern als alle anderen. Kaiser Franz Joseph hat vollkommen klar vorausgesehen, daß der Friede nach dem zweiten Balkankriege nichts anderes sei als ein Atemholen zu neuen Kriegen. Als ich vor meinem Abgange nach Bukarest im Jahre Dreizehn in Audienz bei dem greisen Kaiser erschien, sagte er mir: „Der Bukarester Friede ist unhaltbar, und wir gehen einem neuen Kriege entgegen. Gebe nur Gott, daß er am Balkan lokalisiert bleibt!" Das fast um das Doppelte vergrößerte Serbien war weit davon entfernt, saturiert zu sein, sondern hatte im Gegenteil mehr denn je die Ambition, Großmacht zu werden. Noch war die Situation anscheinend ruhig. Es trat im Gegenteil einige Wochen vor der Katastrophe in Sarajevo ein Zustand ein, den man fast als eine Besserung des Verhältnisses zwischen Wien und Belgrad bezeichnen könnte. Aber es war die Ruhe vor dem Sturm. Am 28. Juni zerriß der Schleier, und von einem Moment zum anderen stand drohend die Katastrophe vor der Welt. Der Stein war ins Rollen gekommen.

Ich war zu jener Zeit bereits Gesandter in Rumänien und habe daher die Wiener und Berliner Ereignisse nur aus der Ferne beobachten können. Aber ich habe doch nachher mit zahlreichen maßgebenden Persönlichkeiten über die Vorgänge in den kritischen Tagen gesprochen und mir aus alledem,

was ich gehört habe, ein bestimmtes und klares Bild über die Vorgänge machen können. Für mich unterliegt es gar keinem Zweifel, daß Berchtold an einen Weltkrieg von der Dimension, in der er ausgebrochen ist, niemals auch nur im Schlafe gedacht hat, daß er vor allem überzeugt war, daß England neutral bleiben werde, und daß er durch den Botschafter Tschirschky in der Überzeugung bestärkt wurde, daß ein Krieg gegen Frankreich und Rußland unbedingt siegreich enden werde. Ich glaube, daß die Seelenverfassung, in welcher Graf Berchtold das Ultimatum an Serbien gerichtet hat, die war, daß er sich sagte, entweder nimmt Serbien das Ultimatum an, und dann bedeutet das einen großen diplomatischen Erfolg — oder es lehnt dasselbe ab, und dann wird dank der Hilfe Deutschlands der siegreiche Krieg gegen Rußland und Frankreich die Wiedergeburt einer neuen und unvergleichlich stärkeren Monarchie bewirken. Daß diese Argumentation eine Kette von Fehlern war, soll keinen Augenblick bestritten werden, aber es soll nur konstatiert werden, daß meiner Überzeugung nach Graf Berchtold selbst durch das Ultimatum nicht den Krieg wollte, sondern bis zum letzten Augenblicke hoffte, den Sieg mit der Feder davonzutragen — daß er aber in den deutschen Zusicherungen die Rückversicherung auch gegen einen Krieg erblickte, dessen Teilnehmer und Siegeschancen ebenfalls wieder ganz falsch eingeschätzt wurden. Hinter Berchtold standen andere, die anders dachten und ihn vorschoben. Dadurch war seine Haltung keine einheitliche.*

Einen Zweifel darüber, daß ein serbischer Krieg den russischen nach sich ziehen werde, dürfte Berchtold nicht gehabt haben. Wenigstens haben die Berichte meines Bruders aus Petersburg ihm keinen Zweifel darüber gelassen.

Serbien nahm das Ultimatum nur unvollständig an, und der serbische Krieg brach aus. Rußland griff bewaffnet ein.

* Die während des Drucks veröffentlichten Protokolle aus dem Staatsamte des Äußern geben wohl kein ganz unparteiisches Bild dieser Phase.

In diesem Augenblicke aber ereigneten sich ungemein wichtige Vorfälle. Am 30. Juli mittags sprach Tschirschky im Ministerium des Äußern vor und teilte auftragsgemäß Berchtold den Inhalt eines von Lichnowsky eingetroffenen Telegrammes mit. Dieses wichtige Telegramm enthielt folgendes: Er — Lichnowsky — käme soeben von Grey. Derselbe sei sehr ernst, aber vollkommen ruhig, betone jedoch, daß die Lage sich immer mehr kompliziere. Sasonow habe erklärt, daß er nach der erfolgten Kriegserklärung nicht mehr in der Lage sei, direkt mit Österreich-Ungarn zu verhandeln, und England ersucht, die Vermittlung wieder aufzunehmen. Voraussetzung sei die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten. Grey proponiere eine Vermittlung zu vier. Ihm — Grey — schiene es möglich, daß Österreich-Ungarn nach Besetzung Belgrads seine Bedingungen kundgebe. Grey fügte privat hinzu, er mache Lichnowsky aufmerksam, daß ein Krieg zwischen Rußland und Österreich-Ungarn Englands Neutralität ermöglichen würde, daß die Lage sich jedoch ändern müßte, falls Deutschland und Frankreich hineingezogen würden. Auch die öffentliche Meinung Englands, welche nach dem Morde für Österreich sehr günstig gewesen sei, beginne zu schwenken, da man Österreichs Hartnäckigkeit nicht verstehe. Lichnowsky fügte bei, daß Grey dem italienischen Botschafter gesagt habe, er glaube, daß Österreich bei der Annahme der Vermittlung jede Genugtuung verschafft werden würde. Die Serben würden auf alle Fälle gezüchtigt werden. Österreich könne auch ohne Krieg Bürgschaften für die Zukunft erlangen. Dies der Inhalt der von Tschirschky übermittelten Meldung aus London. Bethmann fügte dem bei, daß er dem Wiener Kabinett dringendst anheimstelle, die Vermittlung anzunehmen.

Berchtold nahm den Inhalt zur Kenntnis und begab sich mit dieser Nachricht zum Kaiser. Seine Lage war die, daß Rußland bereits im Kriege mit der Monarchie war, am Abend desselben Tages dem Kaiser die Order für die allgemeine

Mobilisierung unterbreitet werden sollte und es ihm zweifelhaft zu sein schien, ob ein Aufschub der eigenen Mobilmachung in Anbetracht des russischen Überfalles noch möglich sei. Er mußte dabei berücksichtigen, daß in Rußland verschiedene Strömungen herrschten und keine Garantie vorhanden war, daß diejenige, welche die Vermittlung wünschte, siegen werde. Eine Verschiebung der Mobilisierung konnte in diesem Falle unberechenbare militärische Konsequenzen haben. Die Feindseligkeiten hatten offenbar ohne Wissen und Willen des Zaren begonnen; wenn sie nun auch gegen seinen Willen fortgeführt würden, so kam Österreich-Ungarn zu spät.

Ich habe niemals mit Berchtold über diese Phase gesprochen, aber das mir zur Verfügung stehende Material läßt keinen Zweifel, daß er sich wohl verpflichtet fühlte, auch diese Seite der Frage zu beleuchten und dem Kaiser Franz Joseph sodann die Entscheidung zu überlassen.

Am 31. Juli, also tags darauf, teilte Tschirschky am Ballplatze den Inhalt eines Telegrammes König Georgs an den Prinzen Heinrich von Preußen mit. Dasselbe lautete*:

> "Thanks for telegram. So pleased to hear of William's efforts to concert with Nicky to maintain peace. Indeed I am earnestly desirous that such an irreparable disaster as an european war should be averted. My government is doing its utmost, suggesting to Russia and France to suspend further military preparations, if Austria will consent to be satisfied with occupation of Belgrade and the neighbouring Servian territory as a hostage for satisfactory settlement

* „Ich danke für das Telegramm. Ich bin sehr erfreut, von Wilhelm zu hören, daß er sich bemüht, mit Nikolaus den Frieden zu erhalten. Es ist wünschenswert, daß solch ein unvorhergesehenes Geschehnis keinen Krieg in Europa verursachen würde. Meine Regierung übt den äußersten Einfluß aus, Rußland und Frankreich zurückzuhalten, keine weiteren militärischen Vorbereitungen zu machen, wenn Österreich sich mit der Okkupation von Belgrad und dem serbischen Nachbarterritorium zufriedengibt. Um genügend Satisfaktion zu gewähren, werden die übrigen Völker inzwischen ihre Kriegsvorbereitungen ebenfalls einstellen müssen. Ich hoffe, daß Wilhelm diesem Vorschlag zustimmt, um zu beweisen, daß Deutschland und England zusammenarbeiten, um eine internationale Katastrophe zu verhindern. Bitte, versichere Wilhelm, daß ich mich bemühe und dabei verbleiben werde, mit allen Kräften das zu tun, was in meiner Macht liegt, um den Frieden in Europa zu garantieren. Georg."

of her demands, other countries meanwhile suspending their war preparations. Trust William will use his great influence to induce Austria to accept his propose thus proving that Germany and England are working together to prevent what would be an international catastrophe. Pray assure William I am doing and shall continue to do all that lies in my power to preserve peace of Europe. George."

Die beiden zitierten Vorschläge wurden am 31. Juli in Wien, aber unter Voraussetzung gewisser militärischer Kautelen angenommen, eine bedingte Annahme, welche in London nicht genügte. Und nunmehr überstürzten sich die Ereignisse.

An der Themse wie in Berlin wollte man den Konflikt auf Serbien lokalisieren, ebenso Berchtold. In Rußland war eine mächtige Partei an der Arbeit, um den Krieg um jeden Preis zu erzwingen. Der russische Einfall schuf ein Faktum, und in Wien wagte man im letzten Augenblick nicht mehr, die Mobilisierung einzustellen, aus Furcht, in der Abwehr zu spät zu kommen. Die Botschafter sprachen teilweise nicht so, wie ihre Regierungen es wollten; sie überbrachten korrekt die Aufträge, aber ihre hiervon abweichende persönliche Meinung blieb kein Geheimnis und fiel ins Gewicht. Das erhöhte die Unsicherheit und Unklarheit. Berchtold schwankte, hin und her gerissen von den verschiedenen Einflüssen. Es handelte sich aber nur um Stunden. Diese gingen ungenützt vorüber, und das Unheil brach herein.

Rußland hatte eine Zwangslage geschaffen und damit den Weltkrieg entfesselt.

Ich habe mehrere Monate nach dem Kriegsausbruch eine lange Unterredung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza über alle diese Fragen gehabt. Er selbst, Tisza, war entschieden gegen das scharfe Ultimatum gewesen, weil er einen Krieg voraussah und denselben nicht wollte. Es ist einer der verbreitetsten Irrtümer, wenn Tisza heute als einer der „Kriegshetzer" bezeichnet wird. Er war

gegen den Krieg, nicht aus allgemein pazifistischen Tendenzen, sondern deshalb, weil er der Meinung war, eine klug geführte Bündnispolitik könne die Kräfte der Monarchie in einigen Jahren bedeutend verstärken. Insbesondere kam er immer wieder auf Bulgarien zu sprechen, welches ja damals noch neutral war und welches er hätte gewinnen wollen, bevor ein Krieg begann. Von Tisza habe ich auch verschiedene Details über die Tätigkeit der deutschen Regierung respektive die des deutschen Botschafters in der letzten Zeit vor dem Kriege gehört. Ich unterscheide absichtlich zwischen deutscher Regierung und deutscher Botschaft, weil ich den Eindruck habe, daß Herr von Tschirschky verschiedene Demarchen unternommen hat, ohne hierfür beauftragt worden zu sein, und wenn ich früher gesagt habe, nicht alle Botschafter sprachen, wie ihre Regierungen wollten, so meinte ich damit Herrn von Tschirschky, dessen ganzem Wesen und Temperament es entsprach, mit einer gewissen Vehemenz und nicht immer in der taktvollsten Weise in unsere Angelegenheiten hineinzusprechen und die Monarchie „aus dem Schlafe zu rütteln".

Es ist gar kein Zweifel, daß die ganzen privaten Reden des Herrn von Tschirschky zu dieser Zeit auf den Tenor gestimmt waren: „Jetzt oder nie!" Und es ist sicher, daß der deutsche Botschafter seine Meinung dahin erklärte, „im jetzigen Augenblicke sei Deutschland bereit, unseren Standpunkt mit aller moralischen und militärischen Macht zu unterstützen — ob dies in Zukunft noch der Fall sein werde, wenn wir die serbische Ohrfeige einsteckten, schiene ihm zweifelhaft". Ich glaube, daß speziell Tschirschky von der Überzeugung durchdrungen war, daß Deutschland in der allernächsten Zeit einen Krieg gegen Frankreich und Rußland werde durchkämpfen müssen, und daß er das Jahr 1914 hierfür für günstiger hielt als eine spätere Zeit, und zwar deshalb, weil er erstens weder an die Schlagfertigkeit Rußlands und Frankreichs glaubte, und weil er zweitens — und dies

ist ein sehr wichtiger Punkt — überzeugt war, daß er die Monarchie jetzt mit in den Krieg hineinziehen könne und werde, während es ihm zweifelhaft schien, ob der alte friedfertige Kaiser Franz Joseph bei einer anderen Gelegenheit, wo er weniger im Mittelpunkte des Angriffes stehe, für Deutschland das Schwert ziehen werde. Er wollte also den serbischen Zwischenfall benutzen, um Österreich-Ungarns in dem entscheidenden Kampfe sicher zu sein. Das war aber seine Politik und nicht die Bethmanns.

Das ist, ich wiederhole es, der Eindruck langer Schilderungen, welche vornehmlich aus dem Munde des Grafen Tisza erflossen, aber mir auch von anderer Seite in ähnlicher Weise bestätigt wurden. Ich habe aber die Überzeugung, daß Tschirschky durch die Art und Weise seines Auftretens seinen Wirkungskreis weit überschritten hat. Iswolsky war nicht der einzige seiner Art. Ich schließe dies daraus, daß Tschirschky, wie aus der früheren Depesche erhellt, niemals in der Lage war, eine amtliche Erklärung in einem solchen zum Kriege treibenden Sinne abzugeben, sondern nur so gesprochen zu haben scheint, wie diplomatische Vertreter sprechen, wenn sie bestrebt sind, die Politik ihrer Regierung im eigenen Sinne zu „korrigieren".

Gewiß hat Tschirschky korrekt und loyal die Aufträge übermittelt und nichts zurückbehalten oder verheimlicht. Ein Botschafter wird aber, je nachdem mit welcher Energie er sich für die Intentionen seiner Regierung einsetzt, mehr oder weniger erreichen. Und die „private" Ansicht des Botschafters ist unter Umständen von seinen „amtlichen" nicht leicht zu trennen. Jedenfalls wird erstere die letztere beeinflussen, und Tschirschkys private Ansicht zielte auf eine schärfere Tonart.

In völliger Unkenntnis der sich vorbereitenden Ereignisse war ich wenige Tage vor dem Ultimatum in Steiermark eingetroffen, um meine Familie dortselbst für den Sommer zu etablieren. Dort erhielt ich den Auftrag Berchtolds, raschestens

auf meinen Posten zurückzukehren. Ich folgte dieser Aufforderung sofort, hatte jedoch vorher noch eine Audienz bei Kaiser Franz Joseph in Ischl. Ich fand den Kaiser sehr gedrückt. Er sprach über die bevorstehenden Ereignisse nur ganz kurz und stellte mir bloß die Frage, ob ich im Falle eines Krieges für die Neutralität Rumäniens garantieren könne. Ich erwiderte bejahend, solange König Carol lebe, darüber hinaus sei eine Diagnose unmöglich.

3.

Gewisse, ungemein wichtige Details der Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch erklären sich nur durch den Einfluß jener Gruppe, deren Exponent Tschirschky war. Vor allem ist es unverständlich, warum wir unseren damaligen Bundesgenossen, Italien und Rumänien, die Rolle des Abfallens dadurch so erleichtert haben, daß wir sie mit dem Ultimatum vor eine vollendete Tatsache stellten, anstatt sie dafür zu gewinnen — sie mit hineinzuverwickeln.

Über die römischen Vorgänge habe ich kein genaues Urteil; in Rumänien aber hätte König Carol bestimmt alles versucht, um Serbien zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Das wäre ihm wahrscheinlich nicht gelungen, da Serbien ja nicht daran dachte, auf seine großserbischen Pläne zu verzichten — aber es wäre voraussichtlich zu einer mindestens getrübten Stimmung zwischen Bukarest und Belgrad gekommen, welche den Fortgang der rumänischen Politik stark zu unseren Gunsten beeinflußt hätte.

In Bukarest ist aus diesem diplomatischen Vorgehen das allergrößte Kapital geschlagen worden.

Vor dem ersten entscheidenden Kronrate haranguierte der italienische Gesandte, Baron Fasciotti, alle Teilnehmer in diesem Sinne und erklärte, die Situation Rumäniens und Italiens sei die gleiche und für beide Teile kein Grund zu einer Kooperation, da weder Rom noch Bukarest vorher von

dem Ultimatum verständigt worden seien. Seine Bemühungen hatten Erfolg.

Ich habe am 4. August 1914 folgendes Telegramm an Berchtold gesendet:

> „Soeben teilt mir der Ministerpräsident das Ergebnis des Kronrates mit:
>
> Nach einem warmen Appell des Königs, den Vertrag ins Leben zu setzen, hat der Kronrat mit allen gegen eine Stimme erklärt, keine Partei könne die Verantwortung dieser Aktion übernehmen.
>
> Der Kronrat hat beschlossen, daß, nachdem Rumänien von der österreichisch-ungarischen Demarche in Belgrad weder avertiert noch darüber befragt worden sei, der Casus foederis nicht bestünde. Der Kronrat beschloß weiter, daß militärische Vorkehrungen zur Sicherung der Grenze unternommen werden, worin ein Vorteil für die österreichisch-ungarische Monarchie bestünde, da ihre Grenzen auf mehrere hundert Meilen dadurch gedeckt würden.
>
> Ministerpräsident fügte bei, er hätte bereits eine Verstärkung der Stände angeordnet, der demnächst allmählich die allgemeine Mobilisierung folgen werde.
>
> Die Regierung beabsichtigt nur ein kurzes Communiqué über die zur Sicherung der Grenzen beschlossenen militärischen Maßnahmen zu veröffentlichen."

Zweitens scheint es unverständlich, warum das Ultimatum in dieser Form abgefaßt wurde. Diese Form erklärt sich nicht durch den Berchtoldischen Wunsch nach Krieg, sondern den anderer Elemente, vor allem wohl Tschirschkys. Bismarck wollte 1870 den Krieg, aber die Emser Depesche war nach einem ganz anderen Schnitt. Das soll heißen, daß es unverständlich erscheint, warum eine Note gewählt wurde, welche durch die Art und Weise ihrer Abfassung viele bisher uns Wohlgesinnte abstoßen mußte.

Wenn wir den uns nach dem Attentate zum Teile nicht übelwollenden Großmächten, vor allem England, vor dem Ultimatum und unter der Hand vertraulich die Beweise geliefert hätten, daß ein von Belgrad aus inszenierter

politischer Mord vorliege, so hätten wir die dortige Regierung in eine ganz andere Mentalität versetzt. Statt dessen warfen wir ihm und ganz Europa das Ultimatum über den Kopf.

Wahrscheinlich hat man damals am Ballplatz gefürchtet, daß eine Mitteilung an die Mächte deren Intervention in Form einer neuen „Botschafterkonferenz" zur Folge haben und der Fall versumpfen werde. Aber der Fall lag im Jahre 1914 doch ganz anders als früher — das Recht war vor dem Ultimatum so zweifellos auf unserer Seite.

Die Tschirschky-Gruppe hat jedenfalls eine solche verwässerte Lösung gefürchtet und daher auf ein denkbar scharfes Vorgehen gedrungen. Bismarck war 1870 der Angreifer, und es gelang ihm, die Rollen zu vertauschen. Uns auch, aber im umgekehrten Sinne.

4.

Dann kam unser größtes Unglück: der deutsche Einmarsch in Belgien.

Wenn England neutral geblieben wäre, so hätten wir den Krieg nicht verloren. Jagow erzählt in seinem Buche „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges" auf Seite 172, daß der englische Botschafter am 4. August gegen Schluß der Reichstagssitzung bei ihm erschien und nochmals die Frage stellte, ob Deutschland die belgische Neutralität respektieren werde. Zu dieser Zeit waren die deutschen Truppen bereits auf belgischem Boden. Der Botschafter entfernte sich auf diese Nachricht hin, kam aber einige Stunden darauf wieder und forderte bis zwölf Uhr nachts eine Erklärung, daß das weitere Vorrücken der deutschen Truppen in Belgien eingestellt werde, sonst sei er beauftragt, seine Pässe zu verlangen, und England werde Belgien schützen. Dies lehnte Deutschland ab. Darauf folgte die englische Kriegserklärung.

Daß England am gleichen Tage nach Belgien sagen ließ, es werde einer Verletzung seiner Neutralität „mit allen Kräften

Widerstand leisten", stimmt mit der Berliner Demarche des englischen Botschafters vollkommen überein.

Zwei Tage früher, am 2. August, hat allerdings das englische Kabinett an Frankreich die Zusicherung gegeben, daß es außer dem Schutze der belgischen Neutralität auch das Unterlassen einer Flottenaktion gegen Frankreich verlange, und der Widerspruch zwischen beiden Standpunkten ist offensichtlich. Mir scheint jedoch, er läßt sich nur so erklären, daß England seinen Standpunkt vom 2. August am 4. August eben nicht mehr vertrat. Denn die deutsche Annahme des englischen Ultimatums vom 4. August abends hätte England die moralische Möglichkeit, weitere Forderungen zu stellen, genommen. Wenn England am 4. August einen Vorwand zum Kriege gesucht hätte, dann hätte es außer der belgischen Forderung auch die der zu unterlassenden Flottenaktion erhoben. Es tat dies nicht, beschränkte sein Ultimatum auf die belgische Frage und band sich damit selbst die Hände, falls Deutschland das Ultimatum öffentlich annahm. Am 4. August, zwischen neun und zwölf Uhr abends, lag die Entscheidung, ob England neutral bleiben werde oder nicht, bei Deutschland.

Deutschland blieb bei dem Entschluß, die belgische Neutralität zu verletzen, trotz der Sicherheit der damit verbundenen englischen Kriegserklärung. Das war der erste verhängnisvolle Sieg der Militärs über die Diplomaten in diesem Kriege. Denn erstere waren natürlich die Treibenden.

Der Gedanke der deutschen Militärs war der, Frankreich zu überrennen und sich dann mit ganzer Wucht auf Rußland zu werfen. An der Marne scheiterte dieser Plan.

In mehr als einer Beziehung ist die deutsche Politik an der Bismarckschen Erbschaft zugrundegegangen. Nicht nur, daß die Eroberung von Elsaß-Lothringen dauernd die Freundschaft Frankreichs verhinderte und dieses stets in die Arme jeder antideutschen Koalition trieb — aber Bismarcks Erbe

wurde zum Fluche für Deutschland, weil die Deutschen in seinen Fußstapfen wandeln wollten und keiner da war, der das Maß hatte, das zu können.

Über Düppel, Königgrätz und Sedan hat Bismarck das Deutsche Reich geschaffen. Seine Politik war die von „Blut und Eisen" — diese Politik der Gewalt und der gewalttätigen Mittel saß seit fünfzig Jahren als Evangelium diplomatischer Kunst in dem Kopfe eines jeden deutschen Gymnasiasten — aber die geniale Geschicklichkeit, Klugheit und auch Vorsicht in der Anwendung seiner gewalttätigen Mittel, die konnte Bismarck dem deutschen Volke nicht vererben. Bismarck hat die Kriege von 1866 und 1870 sorgfältig vorbereitet und schlug los, als er gute Karten in der Hand hatte; das Deutschland Wilhelms II. wollte keinen Krieg; es stürzte sich aber eines Tages kopfüber in denselben und schuf in der ersten Woche politische Situationen, denen es nicht mehr gewachsen war. Es behandelte Belgien und Luxemburg nach dem Bismarckschen Prinzip von „Macht geht vor Recht" und entfesselte die Welt gegen sich. Ich sage die Welt, denn Englands Macht reichte über die Welt.

England stand bei Beginn des Krieges Gewehr bei Fuß. Es hätte vollständig seiner traditionellen Politik entsprochen, Deutschland gegen Frankreich und Rußland kämpfen und sich gegenseitig schwächen zu lassen und dann im gegebenen Momente friedengebietend einzugreifen. Das hätte den Krieg bis zum Äußersten verhindert. Dadurch, daß Deutschland sich in Belgien festzusetzen drohte, zwang es England, einzugreifen. Inwieweit der deutsche Einfall in Belgien sich durch französische Absichten, das gleiche zu machen, moralisch entschuldigen läßt, ist heute nicht aufgeklärt — aber für Luxemburg kann dieses Argument nicht gelten, und der Rechtsbruch bleibt derselbe, ob das Land, an dem er verübt wird, größer oder kleiner ist.

Der Einbruch in Belgien und Luxemburg war Bismarcksche

Gewaltpolitik, ausgeführt nicht von den Politikern, sondern von den Generalen, aber ohne Bismarcksche Berechnungsgabe über die verheerenden Folgen.

Später, im Laufe des Krieges, hat ja die deutsche Oberste Heeresleitung wiederholt gewalttätige Mittel angewandt, welche uns mehr geschadet als genützt haben — aber später waren diese Mittel moralisch gerechtfertigt und erklärlich, ja direkt aufgezwungen dadurch, daß Deutschland um seine Existenz kämpfte und die Gegner, die keine Verständigung wollten, ihm keine Wahl der Mittel ließen. Die Anwendung der erstickenden Gase, die Luftangriffe auf offene Städte waren Mittel der Verzweiflung gegen einen erbarmungslosen Feind, welcher Frauen und Kinder dem Hungertode auslieferte und tagtäglich erklärte, Deutschland müsse vernichtet werden.

Bei der Kriegserklärung fehlte dieses mörderische Moment, und erst durch den Einfall in die neutralen Gebiete begann jene Atmosphäre entsetzlichen Hasses und der Rache, welche den Kampf zu einem Vernichtungskrieg stempelte.

Auch die Politik Englands gegen Napoleon I. war mehr eine diplomatische als eine militärische, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß England ursprünglich nicht die Absicht hatte, in die Konflagration einzugreifen, sondern sich damit begnügt hätte, Deutschland durch die eigenen Bundesgenossen schwächen zu lassen.

Soweit ich die Situation der damaligen Zeit zu überblicken in der Lage bin, trifft unsere Botschafter in London keine Schuld an der falschen Einschätzung der englischen Psyche. Sie hatten richtig vorausgesagt und gewarnt, und die letzte Entscheidung über das früher erwähnte englische Ultimatum fiel ja in Berlin und nicht in London. Auch hätte das deutsche Auswärtige Amt sich niemals freiwillig zu diesem Gewaltstreiche hergegeben, aber die Militärs, welche sich weder um diplomatische Berichte noch um politische Komplikationen kümmerten, rannten alles über den Haufen.

Es wird immer ungemein schwierig bleiben, in einem Krieg die militärischen gegen die politischen Kompetenzen abzugrenzen. Beide Tätigkeiten greifen dermaßen ineinander, daß sie ein Ganzes bilden, und natürlich gebührt im Kriege den militärischen Notwendigkeiten der Vorrang. Die vollständige Verschiebung der Parität zu einem Verhältnis der Subordination jedoch, welche sich in Deutschland vollzogen und darin ausgedrückt hat, daß die deutsche Oberste Heeresleitung alle Befehlsgewalt im Staate an sich riß, war ein Unglück. Wenn man die politischen Faktoren Berlins gehört hätte, so wäre es weder zum Einfalle in Belgien noch zum verschärften U-Bootkriege gekommen, und diese beiden Unterlassungen hätten den Mittelmächten das Leben gerettet.

Kaiser Wilhelm war vom ersten Tage an der Gefangene seiner Generale.

Der blinde Glaube an die Unüberwindlichkeit des Heeres war, wie so manches andere, ein Erbstück aus Bismarcks Nachlaß, und der „preußische Leutnant, den niemand Deutschland nachmacht", ward sein Verhängnis. Das gesamte deutsche Volk glaubte an den Sieg, und ein Kaiser, der seinen Generalen in den Arm gefallen wäre, hätte eine Verantwortung auf sich genommen, die das normale Maß des Erträglichen überschritten hätte. So ließ Kaiser Wilhelm seine Generale schalten und walten, und anfangs schien ihre Taktik ja auch von Erfolg begleitet. Die erste Marne-Schlacht war Hilfe in höchster Not für die Entente. Später wieder, als der Krieg längst einen ganz anderen Charakter angenommen hatte, als der Stellungskrieg die Truppen an die Stelle schmiedete und uns immer neue Feinde erstanden, als Italien, Rumänien und schließlich Amerika auf den Plan traten, da verrichteten die deutschen Generale Wunder der Strategie; Hindenburg und Ludendorff waren Götter geworden für das deutsche Volk, nur auf sie blickte ganz Deutschland, nur von ihnen erhoffte es den Sieg. Sie waren

viel mächtiger als der Kaiser und er weniger denn je in der Lage, ihnen zu opponieren.

Die beiden Generale bezogen nach den später besprochenen Friedensversuchen im Jahre 1917 das schier unermeßliche Maß ihrer Macht direkt von der Entente. Denn diese ließ dem deutschen Volke keinen Zweifel darüber, daß es siegen oder sterben müsse — und so klammerte sich das geängstigte und gequälte Volk an jene, die allein den Sieg ihm bringen konnten.

5.

Sowie der Krieg im Gange war, wäre ein Separatfriede unsererseits, welcher Deutschland ausgeliefert hätte, Verrat gewesen. Wenn der Friede an Deutschlands Ansprüchen gescheitert wäre, so wären wir moralisch berechtigt gewesen, uns zu trennen, denn wir waren zu einem Verteidigungskrieg, aber nicht zu einem Eroberungskrieg vereint. Obwohl die deutschen Militärs stets von Eroberungen träumten und sprachen und dies gewiß einer Verkennung der Situation entsprach, so war doch nicht dieser Umstand der ausschließliche Grund, der den Frieden verhinderte, sondern der, daß die Entente ihrerseits Deutschland unter keiner Bedingung begnadigen wollte. Ich habe dies schon in einer Rede am 11. Dezember 1918, in welcher ich über die Politik im Weltkriege gesprochen habe, gesagt: „Ludendorff war genau so wie die Staatsmänner in England und Frankreich, sie alle wollten kein Kompromiß, nur den Sieg — in dieser Beziehung war kein Unterschied zwischen ihnen.“ Solange ich im Amte war, wollte sich die Entente niemals mit Deutschland inter pares ausgleichen, und dadurch drängte sie uns die Rolle des Verteidigungskrieges direkt auf. Hätten wir, was wir sooft versucht, erreicht, die Entente dieses erlösende Wort sprechen zu machen, hätten wir die Entente jemals veranlassen können, zu erklären, daß sie bereit sei, mit Deutschland einen Frieden auf dem Status quo zu schließen, so wären

wir unserer moralischen Pflichten enthoben gewesen. Man kann dagegen einwenden: Salus rei publicae suprema lex — um die Monarchie zu retten, hätte man Deutschland preisgeben müssen, und daher ist die andere Frage zu beleuchten, ob die „physische Möglichkeit" eines Separatfriedens überhaupt bestand. Ich habe auch hierüber in der früher erwähnten Rede gesprochen und habe damals ausdrücklich erklärt, und ich nehme nichts davon zurück, daß ich nach dem Eintritt Englands, dann Italiens, Rumäniens und schließlich Amerikas in den Krieg einen „Siegfrieden" unsererseits für eine Utopie gehalten habe. Aber bis zum letzten Moment meiner Amtstätigkeit und noch darüber hinaus habe ich an der Hoffnung eines Verständigungsfriedens festgehalten, von Monat zu Monat, von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag hoffte ich, daß die Ereignisse die Möglichkeit bieten würden, zu einem solchen, wenn auch opferreichen Verständigungsfrieden zu gelangen. Das Ende, welches tatsächlich eingetreten ist, den Zustand, den wir heute haben, den konnte ich nicht voraussehen, den habe ich ebensowenig vorausgesehen wie irgend jemand anderer. Eine Katastrophe von dieser Größe und dieser Ausdehnung hat niemals Platz in meinen Befürchtungen gefunden. Der in der früher erwähnten Rede veröffentlichte, von mir an Kaiser Karl im Jahre 1917 geschriebene und später reproduzierte Bericht konkludiert auch darin, daß ich sage, „ein Siegfriede sei ausgeschlossen, daher müßten wir einen Frieden mit Opfern herbeiführen". Der kaiserliche Antrag, Galizien an Polen und indirekt an Deutschland abzutreten, entsprang diesem Gedankengange, sowie alle Friedensfühler mit der Entente, welche stets zu verstehen gaben, daß wir zu erträglichen Opfern bereit seien.

Daß die Entente Fetzen aus dem Körper der Monarchie reißen werde, war von jeher klar; auch bei einem Verständigungs- wie bei einem Separatfrieden, das entsprach erstens den Beschlüssen des Londoner Paktes vom 26. April 1915.

Die Bestimmungen dieser Konferenz, welche den Kriegseintritt Italiens vorbereiteten, waren für den weiteren Verlauf des Krieges entscheidend, denn sie enthielten als Resultat die Aufteilung der Monarchie und zwangen uns daher den Verteidigungskrieg bis zum Äußersten auf. Ich glaube, auch London und Paris haben später in Augenblicken, wo das Kriegsglück sich uns zuzuneigen schien, diese Londoner Beschlüsse bedauert, da sie an der Seine und Themse eine jede von ihnen zeitweise gewünschte Annäherung an uns unmöglich machten.

Schon im Jahre 1915 erhielten wir vage Nachrichten über den Inhalt dieser streng geheimen Londoner Abmachungen, den authentischen Text erfuhren wir jedoch erst im Februar 1917, als die revolutionäre russische Regierung das diesbezügliche Protokoll veröffentlichte, welches dann auch in unseren Blättern reproduziert wurde.

Ich füge das Protokoll dem Buche im Anhange bei, das trotz seiner eminenten Wichtigkeit in unserer Öffentlichkeit nicht die genügende Beachtung gefunden hat.

Nach diesen die vier Staaten England, Frankreich, Rußland und Italien bindenden Abmachungen wurde Italien zugesprochen: Trentino, ganz Südtirol bis zum Brenner, Triest, Görz, Gradiska, ganz Istrien und eine Zahl von Inseln, Dalmatien usw.

Ferner hatte sich die Entente im Laufe des Krieges auch den Rumänen und Serben bindend verpflichtet — daher die Monarchie aufgelöst.

Dies vorausgeschickt, möchte ich erklären, warum ein Separatfriede von uns eine physische Unmöglichkeit war, mit anderen Worten, welches die Gründe waren, die uns verhinderten, den Krieg zu beendigen und „neutral" zu werden, die Gründe, die uns nur die Möglichkeit ließen, den Gegner zu wechseln und anstatt mit Deutschland gegen die Entente, mit der Entente gegen Deutschland zu kämpfen. Vor allem muß festgehalten werden, daß bis in die letzte

Zeit vor meinem Amtsaustritt die Ostfront österreichisch-ungarische und deutsche Truppen durcheinandergewürfelt enthielt und diese ganze Armee unter reichsdeutschem Kommando stand. Wir hatten im Osten keine eigene Armee im eigentlichen Sinne des Wortes mehr, sondern sie war in der deutschen aufgegangen. Das war die Folge unserer militärischen Inferiorität. Immer und immer wieder brauchten wir die deutsche Hilfe. In Serbien, Rumänien, Rußland und Italien haben wir wiederholt nach deutscher Hilfe gerufen, und immer mußten wir dieselbe durch Preisgabe einzelner Stücke unserer Selbständigkeit erkaufen. Die notorische Inferiorität war zum geringsten Teil die Schuld des einzelnen Soldaten, sie war vielmehr das Produkt österreichisch-ungarischer Zustände überhaupt. Schlecht ausgerüstet, mit höchst mangelhafter Artillerie traten wir in den Krieg — die verschiedenen Kriegsminister und die Parlamente trugen hieran die Schuld. Das ungarische Parlament hat durch Jahre die Armee gedrosselt, weil seine nationalen Postulate nicht berücksichtigt wurden, und die Sozialdemokraten Österreichs haben jeder Ausgestaltung der Verteidigung opponiert, weil sie darin Angriffs- und nicht Verteidigungspläne witterten.

Unser Generalstab war zum Teile ganz schlecht. Ausnahmen waren vorhanden, aber diese bestärken die Regel. Vor allem fehlte ihm jeder Kontakt mit der Truppe. Die Herren saßen rückwärts und gaben Befehle. Fast nie sah sie der Soldat in der Front und dort, wo die Kugeln pfiffen. Die Truppe hat den Generalstab während des Krieges *hassen* gelernt. Das war anders in der deutschen Armee. Die deutschen Generalstäbler forderten viel, aber sie leisteten auch viel; sie exponierten sich vor allem auch selbst und gaben das Beispiel. Ludendorff hat, begleitet von ein paar Mann, Lüttich mit dem Säbel in der Hand genommen! Dann waren bei uns Erzherzöge in leitenden Stellen, die für diese Posten nicht paßten. Zum Teil waren sie ganz unfähig. Die Erzherzöge

Friedrich, Eugen und Joseph haben eine Ausnahme gemacht. Besonders ersterer faßte seine Stellung nicht als Leiter der Operationen, sondern als Bindeglied zwischen uns und Deutschland sowie der Armee und Kaiser Franz Joseph sehr richtig auf, ging stets mit hervorragendem Takt und sehr korrekt vor und hat viele Schwierigkeiten beseitigt. Nach Luck verloren wir ungefähr den Rest unserer Selbständigkeit. Um also auf den oben entwickelten Gedanken zurückzukommen: Ein Separatfriede, welcher den Befehl an unsere Osttruppen, die Waffen niederzulegen oder zurückzumarschieren, enthalten hätte, hätte unzweifelhaft sofort zu bewaffneten Konflikten in der Front selbst geführt. Bei dem äußersten Widerstande, den die deutschen Befehlshaber einem solchen Befehle natürlich entgegengesetzt hätten, wären durch Wiener Befehle und Berliner Gegenbefehle Zustände vollständiger Desorganisation, ja der Anarchie entstanden. Eine friedliche, kampflose Entwirrung an der Front war nach menschlicher Berechnung ausgeschlossen. Ich sage dies, um meine feste Überzeugung zu erklären, daß die Vorstellung, als ob eine solche Trennung der beiden Armeen sich in gegenseitigem Einvernehmen hätte vollziehen können, auf vollständig falschen Voraussetzungen beruht, und um damit zu beweisen, daß hier das erste Moment vorliegt, welches ergibt, daß wir durch einen Separatfrieden den Krieg nicht beendet hätten, sondern in einen neuen Krieg verwickelt worden wären.

Was sich aber an der Front abgespielt hätte, das hätte sich in verstärktem Maße in dem gesamten Hinterland wiederholt: der Bürgerkrieg wäre unaufhaltsam gewesen.

Ich muß hier ein zweites Mißverständnis aufklären, welches ebenfalls aus meiner schon zitierten Rede vom 11. Dezember erfließt und welches in meinem Ausspruche wurzelt: „Deutschland könnte, wenn wir austraten, den Krieg nicht weiterführen.“ Dieser Ausspruch — ich gebe zu, er ist nicht klar gefaßt — wurde so interpretiert, als ob ich hätte sagen wollen,

wenn wir austraten, war der sofortige Zusammenbruch Deutschlands eine gegebene Tatsache. Das habe ich nicht sagen wollen und habe ich nie gesagt und nie gemeint. Ich habe sagen wollen, daß unser Abfall von Deutschland eine siegreiche Beendigung des Krieges oder auch nur eine dauernd erfolgreiche Fortsetzung des Krieges für dasselbe unmöglich gemacht hätte, daß Deutschland also durch diese Eventualität vor die Alternative gesetzt worden wäre, sich entweder dem Diktate der Entente zu unterwerfen oder die äußersten Kampfmittel anzuwenden und die Monarchie zu unterdrücken, respektive ihr das gleiche Los zu bereiten wie seinerzeit Rumänien. Ich wollte sagen, daß ein Österreich-Ungarn, welches die Ententetruppen hereinläßt, eine so furchtbare Gefahr für Deutschland war, daß dieses gezwungen gewesen wäre, alles aufzuwenden, um uns raschestens zuvorzukommen und einen solchen Schachzug zu paralysieren. Und derjenige, welcher meint, daß die deutschen Militärs diese letztere Eventualität nicht ergriffen hätten, der kennt sie sehr schlecht und schätzt ihre Psyche sehr schlecht ein. Man muß, um diesen Gedankengang objektiv beurteilen zu können, sich in den Geist der damaligen Situation hineindenken. Im April 1918, als ich aus anderen Gründen meine Demission gab, war die Siegeszuversicht Deutschlands stärker denn je. Die Ostfront war erledigt — Rußland und Rumänien waren ausgeschaltet —, die Truppen rollten nach Westen, und niemand, der die damalige Situation kennt, wird mir widersprechen können, wenn ich behaupte, daß in diesem Augenblicke die deutschen Militärs sich ihrem Siegfrieden näher denn je glaubten, daß sie überzeugt waren, sie würden Paris und Calais erobern und die Entente in die Knie zwingen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie in einem solchen Augenblick und unter solchen Verhältnissen einen Abfall Österreich-Ungarns anders als mit Gewalt beantwortet hätten.

Aber alle diejenigen, welche diese Argumentation nicht zugeben wollen, verweise ich auf ein Faktum, welches wohl

schwer wegeskamotiert werden kann: ein halbes Jahr später, als der deutsche Zusammenbruch bereits vollständig klar erwiesen war, als Andrassy den Separatfrieden erklärte, haben ja die Deutschen tatsächlich Truppen nach Tirol geworfen. Wenn sie in einem Zustande vollständiger Erschöpfung, bereits geschlagen und vernichtet, die Revolution im eigenen Rücken, noch an diesem Entschluß festhielten und versuchten, österreichischen Boden zum Kriegsschauplatz zu machen — um wieviel mehr hätten sie dasselbe sechs Monate früher getan, wo sie kraftstrotzend dastanden und ihre Generale von Sieg und Triumph träumten. Das zweite also, was ich konstatieren wollte, war, daß ein Separatfriede die unmittelbare Folge gehabt hätte, Österreich-Ungarn zum Kriegsschauplatz zu machen. Tirol wie Böhmen wären zu Schlachtfeldern geworden — das wäre ganz unvermeidlich gewesen.

Wenn heute behauptet wird, die große Kriegsmüdigkeit, welche die ganze Monarchie schon vor dem April 1918 beherrscht habe, hätte es bewirkt, daß die gesamte Bevölkerung der früheren Monarchie sich um jenen Minister geschart hätte, welcher den Separatfrieden geschlossen hätte, so ist dies eine bewußte oder unbewußte Unwahrheit. Gewiß, die Tschechen waren unbedingt gegen Deutschland, und es wären nicht Gründe der Bündnispolitik gewesen, welche sie daran gehindert hätten, zuzustimmen. Aber ich möchte wissen, was das tschechische Volk gesagt hätte, wenn man Böhmen zum Kriegsschauplatz gemacht und zu allen Leiden, welche dieses Volk ebensogut wie alle anderen Völker erduldete, auch noch das gekommen wäre, daß man ihr Vaterland verwüstet hätte, und man gebe sich doch gar keinem Zweifel darüber hin, daß die von Sachsen einfallenden deutschen Truppen mit fliegenden Fahnen nach Prag und noch weiter vorgedrungen wären. Wir hatten gar keine militärischen Kräfte in Böhmen, wir waren gar nicht imstande, sie aufzuhalten, und viel rascher, als wir oder die Entente imstande

gewesen wären, nennenswerte Truppen nach Nordböhmen zu schaffen, hätten die Deutschen aus ihren fast unerschöpflichen Reservoirs Truppen geschöpft, die gegen uns — oder gegen die Entente auf unserem Boden — marschiert wären. Die Öffentlichkeit Deutschösterreichs aber hätte einem solchen Minister schon gar keine Gefolgschaft geleistet; die Deutschnationalen und das deutsche Bürgertum bestimmt nicht.

Die Deutschnationalen veröffentlichten am 28. Oktober ihren einschlägigen Standpunkt in folgender Weise:

„Die Mitglieder der deutschnationalen Parteien waren über die Art und Weise, wie Graf Andrassy die Note Wilsons beantwortete, tief entrüstet. Graf Andrassy war von Ungarn gekommen, setzte sich weder mit der deutschen Reichsregierung noch mit der Vertretung des Vollzugsausschusses ins Einvernehmen, bevor er die Note verfaßt hatte. Obwohl man auf das lebhafteste die Friedensverhandlungen begrüßte und als notwendig erachtete, so hatte doch das einseitige Vorgehen des Grafen Andrassy, daß er ohne Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche die Note an Wilson ergehen ließ, unter den deutschen Parteien tiefste Entrüstung hervorgerufen. Vor wenigen Tagen noch war eine Abordnung des Deutschen Vollzugsausschusses in Berlin und hat bei der deutschen Reichsregierung für die Versorgung Deutschösterreichs Entgegenkommen gefunden. Trotzdem deutsche Soldaten in den Alpenländern und in den Karpathen an der Seite der Unserigen gekämpft, wurde jetzt die Form verletzt und ohne Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche, wie es ja in der Note auch ausdrücklich heißt, an Wilson herangetreten. Außerdem hat man auch ein vorheriges Einvernehmen mit den Vertretern des Deutschen Vollzugsausschusses nicht gesucht, sondern über dessen Kopf hinweg die Note Wilsons beantwortet. Die deutschnationalen Parteien erheben gegen ein solches unqualifizierbares Vorgehen entschiedenen Widerspruch und werden im Deutschen Vollzugsausschuß darauf dringen, daß das Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs unbedingt gewahrt und der Friede im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche durchgesetzt werde.“

Aber auch die deutschösterreichischen Sozialdemokraten hätten eine solche Schwenkung nicht mitgemacht.

Es liegt eine gewollte und beabsichtigte Verdrehung der Tatsachen vor, wenn heute behauptet wird, die Nationalversammlung oder auch die österreichischen Sozialdemokraten hätten eine solche Politik gebilligt und unterstützt. Ich erinnere wieder an die Tage Andrassys.

Am 30. Oktober nahm die Nationalversammlung zu seinem Schritte Stellung. Den Bericht erstattete Dr. Sylvester und führte hierbei folgendes aus:

„Es war jedoch nicht notwendig und daher nicht zulässig, diesen Versuch auf solche Weise zu unternehmen, daß dadurch zwischen Deutschösterreich und dem Deutschen Reiche ein unheilbarer Riß entstehen kann, der die Zukunft unseres Volkes gefährdet. Die Nationalversammlung Deutschösterreichs stellt fest, daß die Note des k. u. k. Ministers des Äußern an den Präsidenten Wilson vom 27. Oktober verfaßt und abgesendet wurde, ohne daß mit den Vertretern des deutschösterreichischen Volkes in irgendeiner Weise das Einvernehmen gepflegt worden wäre. Gegen dieses Vorgehen legt die Nationalversammlung um so mehr Verwahrung ein, als die Nation, der der gegenwärtige Minister des Äußern angehört, jede Gemeinsamkeit ausdrücklich ablehnt. Die Nationalversammlung erklärt, daß einzig und allein sie und ihre Organe befugt sind, das deutschösterreichische Volk in allen Angelegenheiten der äußeren Politik, insbesondere bei den Friedensverhandlungen, zu vertreten."

Ein Widerspruch gegen die „Verwahrung" erfolgte in der Nationalversammlung nicht.

Nach dem Referenten sprach der Sozialdemokrat Dr. Ellenbogen und führte aus:

„Statt jetzt dem Deutschen Kaiser zu sagen, daß sein Verbleiben im Amte das stärkste Friedenshindernis ist (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) und daß, wenn jemals ein Curtiussprung einen Sinn hatte, er heute in bezug auf den Deutschen Kaiser einen Sinn hat zur Rettung seines Volkes, sucht sich diese Koalition den jetzigen Augenblick

für den Abfall von Deutschland heraus, indem sie damit der deutschen Demokratie in den Rücken fällt. Die Herrschaften kommen zu spät, um sich ein Verdienst um den Frieden zu erwerben. Was jetzt übrigbleibt, ist der kalte, schmähliche Treubruch, der von einem berühmten deutschen Dichter gekennzeichnete Dank vom Hause Österreich." (Beifall bei den Sozialdemokraten und Deutschradikalen.)

(Die Rede ist aus der „Arbeiterzeitung" vom 31. Oktober 1918 zitiert.)

Es war der Angriff gegen den Sonderfrieden, welcher die seltene Gelegenheit bot, daß Sozialdemokraten und Deutschradikale gemeinsam Beifall spendeten, wohl auch der erste Fall in diesen ganzen Kriegsjahren.

Wenn dies geschehen konnte in einem Augenblick, wo es bereits klar war, daß gar keine Möglichkeit mehr bestehe, mit Deutschland zusammen zu einem Verständigungsfrieden zu kommen — was wäre geschehen, frage ich, zu einer Zeit, als dies noch der überwiegenden Majorität der Bevölkerung lange nicht so klar war, zu einer Zeit, als es noch gar nicht sicher, jedenfalls mathematisch gar nicht beweisbar war, daß wir mit der Zeit nicht doch noch mit Deutschland zusammen zu einem erträglichen Verständigungsfrieden gelangen können: Auflösung an der Front — der Kampf aller gegen alle in derselben, die Monarchie zum Kriegsschauplatz geworden, der Bürgerkrieg im Innern, das wäre das Resultat eines Separatfriedensversuches gewesen. Und alles das, um zum Schlusse die Durchführung der Londoner Beschlüsse an unserem Leibe zu ermöglichen. Denn niemals hat — wie ich später entwickele — die Entente von diesen Beschlüssen abgelassen, da sie an Italien gebunden war und Italien keine Veränderung zugab. Eine solche Politik wäre Selbstmord aus Angst vor dem Tode gewesen.

Ich habe im Jahre 1917 einmal mit dem verstorbenen Dr. Viktor Adler die ganze Frage besprochen und ihm die Eventualitäten eines Separatfriedens entwickelt.

Dr. Adler erwiderte mir: „Um Gottes willen, stürzen Sie uns nicht in einen Krieg mit Deutschland!" — und nach dem Einfall von bayrischen Truppen in Tirol (Adler war damals bereits im Staatssekretariat des Äußern) erinnerte er mich an jene Unterredung und fügte hinzu: „Jetzt haben wir die Katastrophe, die wir damals besprochen haben. Tirol wird Kriegsschauplatz werden."

Alle Welt in Österreich wollte den Frieden, aber niemand einen neuen Krieg — und der Separatfrieden hätte keinen Frieden, sondern den Krieg mit Deutschland gebracht.

In Ungarn übte Stephan Tisza eine fast unumschränkte Macht aus; er war viel mächtiger als das gesamte Ministerium Wekerle zusammen. Auf Ungarn angewendet hieß ein Separatfrieden ebenfalls die Durchführung der Ententeversprechungen, d. h. Verlust der größten und reichsten Gebiete im Norden und Süden an Tschechen, Rumänen und Serben. Gibt es jemanden, der ehrlich behaupten kann, die Ungarn hätten im Jahre 1917 in diese Opfer gewilligt ohne den äußersten Widerstand? Jeder Mensch, der die Verhältnisse kennt, muß zugeben, daß Tisza in diesem Falle ganz Ungarn in dem heftigsten Kampf gegen Wien hinter sich gehabt hätte. Bald nach meinem Amtsantritte hatte ich die erste lange, sehr ernste Unterredung mit ihm über die deutsche und die Friedensfrage. Tisza entwickelte: Die Deutschen seien schwer zu behandeln, anmaßend und despotisch; wir könnten aber ohne dieselben den Krieg nicht beenden. Die Zumutung, ungarisches Territorium abzutreten (Siebenbürgen), aber auch der Gedanke einer aufgezwungenen internen ungarischen Reform zugunsten der Nationalitäten seien völlig undiskutierbar. Die Londoner Konferenz vom Jahre 15 habe wahnsinnige Beschlüsse gefaßt, die nimmer Wirklichkeit werden würden; der Vernichtungswille der Entente sei jedoch nur mit Gewalt zu brechen. Wir müßten daher unter allen Umständen an Deutschlands Seite ausharren. In Ungarn seien viele verschiedene Strömungen —

in dem Augenblicke aber, in welchem Wien sich vorbereite, Teile Ungarns zu opfern, werde ganz Ungarn wie ein Mann dagegen auftreten. Von ihm — Tisza — bis Karolyi sei darin kein Unterschied. Tisza erinnerte an die Haltung Karolyis vor der rumänischen Kriegserklärung, berief sich auf das gesamte Parlament und betonte, „wenn auf dem Rücken Ungarns Frieden gemacht werden solle, so werde Ungarn sich von Österreich trennen und selbständig vorgehen".

Ich erwiderte, es sei weder von einer Trennung von Deutschland noch von einer Preisgabe ungarischen Territoriums die Rede — wir müßten uns aber klar darüber sein, was wir zu machen hätten, wenn wir durch deutsche Eroberungswünsche weiter fortgeschleppt würden.

Tisza entwickelte darauf, die Situation sei eine andere: „Man wisse nicht genau, was die Londoner Konferenz beschlossen habe (das Protokoll war damals noch nicht veröffentlicht), aber daß ungarisches Territorium an Rumänien versprochen sei, sei ebenso sicher, wie daß die Entente eine Einmischung in die internen Angelegenheiten Ungarns plane, und beides sei unannehmbar. Wenn die Entente Ungarn den Status quo ante garantiere und jede Einmischung unterlasse, so ändere dies die Situation. Bis dahin müsse er sich gegen jeden Friedensversuch aussprechen."

Die Unterredung wurde im Laufe heftiger, besonders auf meine Vorwürfe, daß er — Tisza — die ganze Politik nur vom ungarischen Standpunkte aus betrachte, was er gar nicht leugnete, jedoch — richtigerweise — betonte, der Streit sei ein mehr platonischer, denn die Friedensbedingungen der Entente schienen derart, daß von Österreich noch viel weniger übrigbleiben werde als von Ungarn. Ich möge doch vorerst konstatieren, welches die Bedingungen seien, unter welchen wir Frieden schließen könnten — erst dann werde es sich zeigen, ob der äußerste Druck auf Deutschland anzuraten sei oder nicht. Es habe doch keinen Sinn, in Deutschland zum Frieden zu raten, wenn dieses weiterkämpfen wolle.

Denn Deutschland kämpfe ja vor allem für die Integrität der Monarchie, welche verloren sei in dem Augenblicke, in welchem Deutschland die Waffen niederlege. Ob deutsche Politiker und Generale dies oder jenes sprächen, sei von geringerem Belange; solange London daran festhalte, seine Bundesgenossen aus unserem Territorium zu befriedigen, sei Deutschland der einzige Schild gegen diese Pläne.

Eroberungen wolle er keine, außer einem Grenzschutz gegen Rumänien, und gegen die Angliederung neuer Staaten (Polen) sei er unbedingt; dies sei eine Schwächung, keine Stärkung Ungarns.

Nach langer Aussprache einigten wir uns bindend auf die einzuschlagende Taktik, und zwar:

> 1. Solange der Beschluß der Londoner Konferenz, d. h. die Zertrümmerung der Monarchie, für die Entente maßgebend bleibt, muß gekämpft werden, in der sicheren Hoffnung, diesen Vernichtungswillen zu brechen.
>
> 2. Da unser Krieg aber nur ein Verteidigungskrieg ist, wird derselbe auf keinen Fall für Eroberungen irgendeiner Art fortgesetzt.
>
> 3. Jeder Schein der Schwächung unseres Bundesverhältnisses ist zu vermeiden.
>
> 4. Konzessionen aus *ungarischem* Territorium dürfen nicht ohne Wissen des ungarischen Ministerpräsidenten gemacht werden.
>
> 5. Sollte das österreichische Ministerium sich mit dem Minister des Äußern über eine Preisgabe *österreichischen* Gebietes einigen, so stimmt der ungarische Ministerpräsident selbstverständlich zu.

Soweit die Londoner Konferenz und die Zertrümmerung der Monarchie in Frage kam, hatte Tisza vollständig recht; daß er auch sonst bis zum Schlusse auf seinem Standpunkt geblieben ist, beweist sein letzter Besuch bei den Südslawen, welchen er unmittelbar vor dem Zusammenbruch im Auftrage des Kaisers machte und bei welchem er auf das entschiedenste gegen die südslawischen Aspirationen auftrat.

Wer objektiv zu urteilen bestrebt ist, darf nicht, von heute rückblickend, alles seither Vorgefallene als im vorhinein erkennbare Tatsachen hinstellen, sondern muß bedenken, daß trotz allem Pessimismus und trotz aller Befürchtungen die Hoffnung auf einen erträglichen Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, immer noch bestand, und daß es unmöglich war, die Monarchie in eine sofortige Katastrophe zu stoßen, aus Furcht, dieselbe werde später kommen.

Wenn heute die Situation so geschildert wird, als wenn die Bevölkerung der Monarchie und speziell auch die Sozialdemokraten für eine jede Eventualität gewesen wären, also auch für den Separatfrieden, so muß ich nochmals auf das entschiedenste widersprechen. Ich erinnere daran, daß die Sozialdemokratie, welche zweifellos die Partei war, die sich am entschiedensten für den Frieden eingesetzt hat, daß die Sozialdemokratie, in Deutschland wie bei uns, wiederholt betont hat, daß es gewisse Grenzen ihres Friedenswunsches gäbe. Niemals haben die deutschen Sozialdemokraten zugegeben, daß Elsaß-Lothringen abgetreten werden dürfe, und niemals haben die unseren einer Preisgabe Triests, Bozens und Merans zugestimmt. Dies aber wäre unter allen Umständen der Preis des Friedens gewesen — auch der Preis des Separatfriedens —, denn die Londoner Konferenz, welche, wie erwähnt, auf das Jahr 1915 zurückreicht, hatte ja bereits bindende Verpflichtungen für die Aufteilung der Monarchie übernommen und das alles an Italien vergeben.

Der Zerfall der Monarchie war auch bei einer Trennung von Deutschland, das heißt auch bei einer Schwenkung in die Reihen der Entente, ganz unabänderlich, denn den Italienern, den Rumänen, den Serben waren ihre Ansprüche zugesagt. Auch in diesem Falle wäre die Monarchie zerfallen, wäre Deutschösterreich entstanden, so wie es heute entstanden ist, und ich zweifle daran, ob die Rolle, die dieses Land bei dem Vorgang gespielt hätte, es der besonderen Protektion der Entente empfohlen hätte. Ich

verweise auf die Rolle, welche die österreichische Sozialdemokratie in der Anschlußfrage gespielt hat. Sie war die treibende Kraft des Anschlusses an Deutschland, und ihre Blätter wiederholten täglich, daß materielle Vorteile, welche die Entente Deutschösterreich anbieten könnte, diesen Beschluß nicht zu ändern vermöchten.

Wie aber sah die Situation noch im März, knapp vor meiner Demission, aus? Deutschland stand am Höhepunkt seiner Erfolge. Ich will nicht sagen, daß diese Erfolge reale waren. Darauf kommt es in diesem Zusammenhange nicht an, aber die Deutschen waren überzeugt, daß sie dem siegreichen Ende ganz nahegerückt seien, daß sie sich nach Erledigung der Ostfront auf die Westfront werfen und den Krieg beendigen werden, bevor Amerika Zeit habe, „zu kommen". Die Rechnung war falsch. Das wissen wir heute alle. Aber für die deutsche Generalspsyche war sie maßgebend, und alle Entschlüsse, welche Deutschland gegen ein abfallendes Österreich-Ungarn gefaßt hätte, wären aus dieser deutschen Siegespsyche erflossen.

Ich habe, wie schon betont, in meiner bereits mehrmals zitierten Rede über die äußere Politik am 11. Dezember erklärt, daß weder die Entente noch Deutschland einen Frieden mit Verzicht schließen wollten. Ich habe aber seitdem Gelegenheit gehabt, mit verschiedenen Persönlichkeiten der Entente zu sprechen, und ich muß auf Grund aller übereinstimmenden Nachrichten, die ich erhalten habe, den oben angeführten Satz noch schärfer formulieren: Ich habe die feste Überzeugung gewonnen, daß die Entente, und vor allem England — wenigstens vom Sommer 17 ab — den unbeugsamen Entschluß gehabt hat, Deutschland zu zerschmettern.

Ich entwickle später, welche Verhältnisse im Sommer 17 eintraten. Von diesem Augenblicke ab scheint England mit jener Zähigkeit, welche den Hauptzug seines Charakters bildet, entschlossen gewesen zu sein, nicht mehr mit Deutschland zu verhandeln, sondern das Schwert erst einzustecken,

bis Deutschland vernichtet am Boden liegt. Das ändert nichts daran, daß die deutschen Militärs, und zwar aus anderen Gründen, aus vollständiger Verkennung der Siegeschancen, sich stets geweigert haben, den Frieden durch Opfer anzustreben, auch zur Zeit, als dies vielleicht noch möglich war. Dieses Faktum ist historisch, aber ich muß zur Steuer der Wahrheit ausdrücklich konstatieren, daß ich daran zweifle, ob spätere Konzessionen das Schicksal Deutschlands geändert hätten. Wir konnten im Jahre 1917 oder auch noch 1918 zum Feinde überlaufen — wir konnten auf österreichisch-ungarischem Boden zusammen mit der Entente gegen Deutschland kämpfen, dann wäre zweifellos der Zusammenbruch Deutschlands noch rascher erfolgt, aber die Wunden, die Österreich-Ungarn dabei davongetragen hätte, wären nicht geringer gewesen als die, die es heute besitzt — es wäre zugrundegegangen in dem Kampfe gegen Deutschland, so gut es zugrundegegangen ist in dem mit Deutschland.

Österreich-Ungarns Uhr war abgelaufen. Auch unter den wenigen Staatsmännern, welche im Sommer 1914 den Krieg erhofften — wie beispielsweise Tschirschky und der um Bosniens Zukunft bangende Bilinski —, wird es keinen gegeben haben, welcher seine Ansichten nicht schon nach wenigen Monaten bedauert und revidiert hätte. Denn auch sie dachten nicht an einen Weltkrieg. Trotzdem glaube ich heute, daß der Zerfall der Monarchie auch ohne diesen Krieg eingetreten wäre, und daß das serbische Attentat unter allen Umständen das erste Anzeichen hierfür war.

Der Erzherzog-Thronfolger war ein Opfer der großserbischen Aspirationen; diese Aspirationen, welche die Losreißung unserer südslawischen Provinzen bezweckten, wären aber nicht eingeschlafen, wenn die Monarchie über den Mord zur Tagesordnung übergegangen wäre. Sie hätten sich im Gegenteil in verstärktem Maße und fortgesetzt geltend gemacht und hätten die zentrifugalen Tendenzen anderer Völker innerhalb der Monarchie gestärkt.

Wie der Blitz bei Nacht auf Sekunden die Gegend zeigt, so hat der Feuerschein der Schüsse in Sarajevo gewirkt. Es war klar geworden, daß das Signal zum Zerfall der Monarchie gegeben war. Die Glocken Sarajevos, welche eine halbe Stunde nach dem Morde zu läuten begannen, waren das Grabgeläute der Monarchie.

Und das Gefühl, daß es sich in Sarajevo um mehr als die Ermordung eines kaiserlichen Prinzen und seiner Gemahlin gehandelt habe, daß es der Alarmschuß zum Beginn der Vernichtung des Habsburgischen Reiches sei, war damals in der österreichischen und speziell in der Wiener Bevölkerung sehr allgemein. Mir ist erzählt worden, daß in jener Zeit zwischen Attentat und Krieg in den Wiener Restaurants und Volksgärten tagtägliche kriegerische Demonstrationen stattfanden, patriotische und antiserbische Lieder gesungen und Berchtold verhöhnt wurde, weil er sich zu „keiner energischen Demarche aufraffen könne". Das soll keine Entschuldigung für eventuelle Fehler der maßgebenden Faktoren sein — denn ein leitender Staatsmann soll sich nicht durch das Geschrei der Gasse beeinflussen lassen —, es soll nur beweisen daß der oben entwickelte Gedanke im Jahre 1914 sehr allgemein gewesen zu sein scheint. — Und vielleicht ist es gestattet, die Reflexion daran zu knüpfen, wie viele von denen, welche damals nach Krieg und Rache schrien und „Energie" verlangten, heute, nachdem das Experiment gründlich mißlungen ist, das „verbrecherische Vorgehen Berchtolds" geißeln und verurteilen.

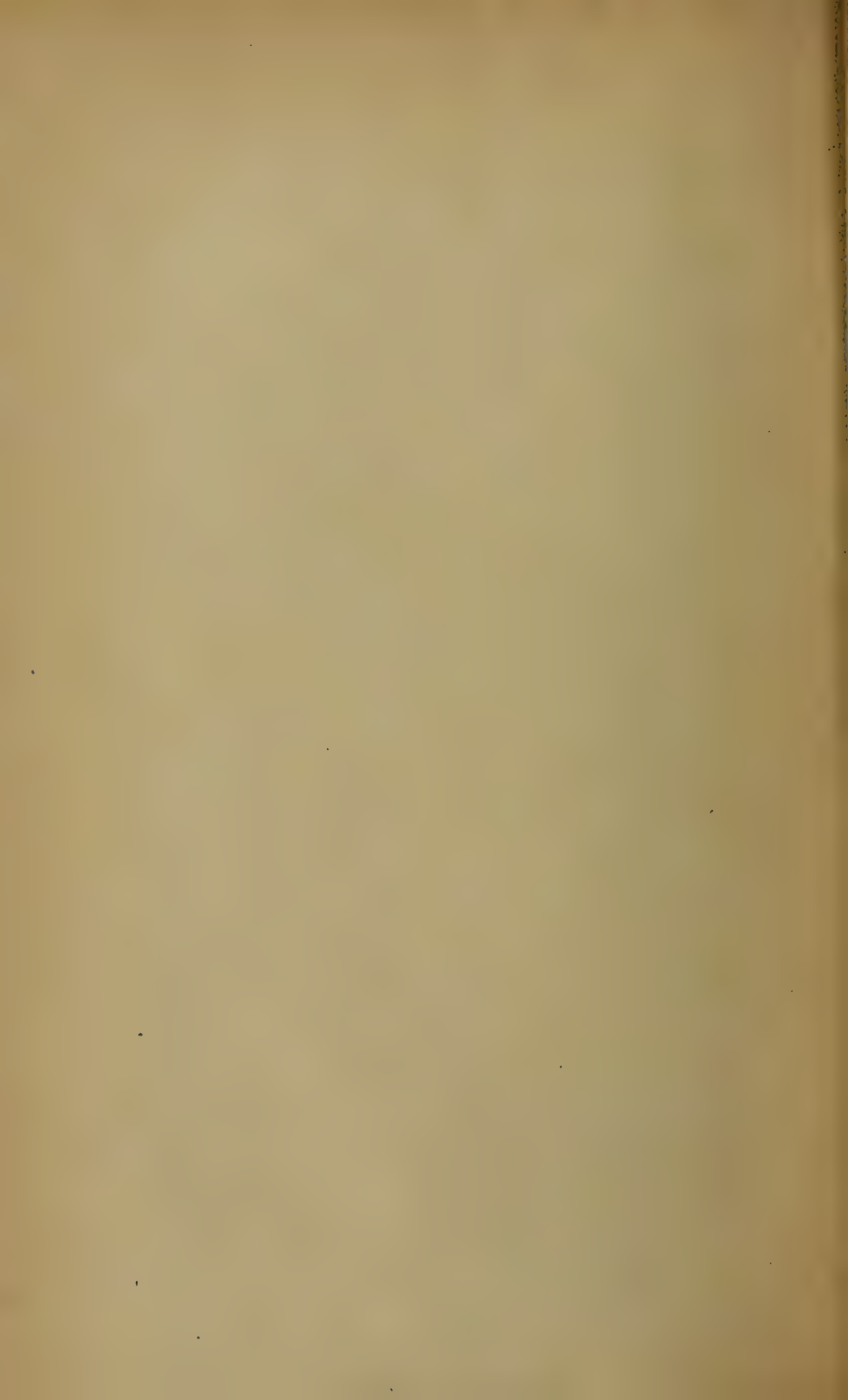
In welcher Form sich der Zerfall der Monarchie abgespielt hätte, wenn der Krieg vermieden worden wäre, läßt sich natürlich nicht sagen. Weniger schrecklich als durch diesen Krieg gewiß. Wahrscheinlich auch langsamer und vielleicht, ohne die ganze Welt mit in den Strudel hineinzureißen. — Wir mußten sterben. Die Todesart konnten wir uns wählen, und wir haben uns die schrecklichste gewählt.

Mit dem Ausbruch des Krieges verloren wir, ohne es selbst zu wissen, unsere Selbständigkeit. Wir wurden aus einem Subjekt ein Objekt.

Wir konnten, da dieser unselige Krieg einmal begonnen war, ihn nicht mehr beenden — die Londoner Konferenz hatte das Todesurteil über das Reich der Habsburger gesprochen, und der Separatfriede wäre keine mildere Todesart gewesen als das Ausharren bei unseren Bundesgenossen.

II.

Konopischt



1.

Konopischt ist die Wiege mannigfacher Sagen geworden. Der Schloßherr war das erste Opfer des furchtbaren Weltbrandes, und die Rolle, die er vor dem Kriege gespielt hat, unterliegt vielen und teilweise falschen Kommentaren.

Der Erzherzog-Thronfolger war eine ganz eigenartige Natur. Der Hauptzug seines Charakters war der einer großen Unausgeglichenheit. Er kannte selten eine mittlere Linie, und er war ebenso heiß im Haß wie in der Liebe. Er war unausgeglichen in allem, er betrieb nichts wie andere Menschen, sondern tat, was er tat, in übermenschlichen Dimensionen. Seine Kauf- und Sammelwut von Antiquitäten war sprichwörtlich und ging in das Phantastische. Ein hervorragender Schütze, war die Jagd für ihn nur mehr in größtem Maßstabe erwünscht, und die Zahl des von ihm erlegten Wildes geht in die Hunderttausende. Einige Jahre vor seinem Tode hatte er seinen fünftausendsten Hirsch erlegt.

Seine Kunstfertigkeit im Schießen grenzte an das Fabelhafte, mit Schrot wie mit der Kugel. Als er auf seiner Weltreise in Indien war, produzierte sich bei einem Maharadscha ein Kunstschütze. Es wurden Geldmünzen in die Höhe geworfen, und der Kunstschütze schoß mit der Kugel danach. Der Erzherzog versuchte es seinerseits und schlug den Indier. Er verachtete bei dem Schießen alle modernen Behelfe wie Fernrohr und Repetiergewehr; er schoß stets aus einem doppelläufigen Stutzen, und sein ungemein scharfes Auge ließ ihm das Fernrohr entbehrlich erscheinen.

Das künstlerische Verständnis für Parkanlagen führte die letzten Jahre zu der ihn dominierenden Leidenschaft; in Konopischt kannte er jeden Baum und jeden Strauch, und seine Blumen liebte er über alles. Er war sein eigener Gärtner. Jedes Beet und jede Gruppe wurden nach seinen genauen Angaben angelegt. Er kannte die Lebensbedingungen jeder einzelnen Pflanze, die Bodenqualität, in der sie gedeiht, und jede, auch die geringste Anlage oder Änderung erfolgte auf seine bestimmte Angabe. Aber auch hier geschah alles in einem Riesenmaße, und die Summen, welche dieser Park verschlungen hat, müssen enorm gewesen sein. In vieler Beziehung hatte der Erzherzog ein Kunstverständnis wie wenige Menschen; kein Händler konnte ihm einen modernen Gegenstand als „alt" aufschwätzen, und er hatte ebensoviel Geschmack als Verständnis. Hingegen war für ihn Musik ein unangenehmer Lärm, und für Dichter hatte er nur eine unsägliche Verachtung. Wagner konnte er nicht leiden, und Goethe sagte ihm gar nichts. Ganz eigenartig war sein Mangel an Sprachtalent. Er sprach sehr mittelmäßig Französisch, sonst eigentlich gar keine Sprache; einige Brocken Italienisch und Tschechisch. Mit der Erlernung der ungarischen Sprache quälte er sich durch Jahre mit eiserner Energie bis zu seinem Lebensende ab; er hatte ständig einen Geistlichen im Hause, der ihm ungarische Stunden gab. Dieser Lehrer begleitete ihn auch auf seinen Reisen, und in St. Moritz beispielsweise nahm Franz Ferdinand tagtäglich ungarischen Unterricht — trotzdem litt er fortgesetzt unter dem Gefühl, diese Sprache nie erlernen zu können, und er übertrug die Mühen, die ihm diese Erlernung bereitete, auf das ganze ungarische Volk. „Schon wegen ihrer Sprache sind sie mir antipathisch," war ein Ausspruch, den ich öfter von ihm gehört habe. Auch in der Beurteilung der Menschen war Franz Ferdinand nicht ausgeglichen, er konnte nur lieben oder hassen, und leider war die Zahl derer, welche in die zweite Kategorie gehörten, die bedeutend größere.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Franz Ferdinand einen harten Zug in seiner ganzen Denkungsweise hatte, und für alle jene, die ihn weniger nahe gekannt haben, war diese Härte seines Charakters das Markanteste an ihm, und die große Unpopularität, deren er sich erfreute, geht zweifellos auf diesen Charakterzug zurück. Die ganz hervorragenden Eigenschaften, welche der Erzherzog besaß, kannte die Öffentlichkeit nicht, daher beurteilte sie ihn vielfach falsch.

Er soll nicht immer so schroff gewesen sein. Er machte in seiner Jugend eine schwere Lungenkrankheit durch und war eine Zeitlang von den Ärzten so gut wie aufgegeben. Er hat mir selbst des öfteren diese Zeit und alles das, was er in derselben durchgemacht hat, geschildert und stets mit maßloser Verbitterung über die Menschen gesprochen, welche ihn von einem Tage zum anderen als abgetan beiseite geschoben hätten. Solange er als Thronfolger galt und die Menschen mit ihm für die Zukunft rechneten, war er der Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Als er krank wurde und für aufgegeben galt, schwenkte die Welt von einer Stunde zur anderen und brachte ihre Huldigungen seinem jüngeren Bruder Otto dar. Ich will keinen Augenblick bezweifeln, daß sehr viel Wahres an dieser Schilderung des verewigten Erzherzogs war, und niemand, der die Welt kennt, wird den erbärmlichen und servilen Egoismus bezweifeln, der den Huldigungen, die den hohen Herren gebracht werden, fast immer zugrunde liegt. Schärfer noch als in andere Herzen hat sich dieser Groll in das Herz Franz Ferdinands eingegraben, und niemals hat er der Welt vergessen, was er in diesen schweren Monaten erlebt und durchgemacht hat. Vor allen war es der damalige Minister des Äußern, Graf Goluchowski, dessen angebliche plötzliche Schwenkung den Erzherzog schwer verwundet hatte; hatte er doch immer geglaubt, daß Goluchowski ihm persönlich zugetan sei. Nach der Schilderung Franz Ferdinands soll Goluchowski dem Kaiser Franz Joseph

erklärt haben, der Erzherzog Otto müsse nunmehr den ihm als Thronfolger gebührenden Hofstaat erhalten, da er — Franz Ferdinand — ja „sowieso verloren sei". Weniger die Sache selbst als die Art und Weise, wie Goluchowski ihn bei „lebendigem Leibe begraben" hat, hat den durch seine Krankheit noch reizbareren Mann verstimmt und gekränkt. Aber neben Goluchowski waren es noch zahllose andere, denen er ihr Verhalten in der damaligen Zeit verübelte, und die beispiellose Verachtung der Welt, welche, als ich ihn kennenlernte, ein charakteristischer Zug seines ganzen Wesens war, scheint zum Teile wenigstens auf jene Krankheitserfahrungen zurückzureichen.

Auch in politischer Beziehung hat diese Verbitterung einen nachhaltigen Einfluß auf sein ganzes Denken ausgeübt. Mir ist von einem authentischen Zeugen erzählt worden, daß der Erzherzog, als er schwerleidend im Süden gegen die furchtbare Krankheit kämpfte, eines Tages den Artikel einer ungarischen Zeitung zu Gesicht bekam, welche in brutaler und höhnender Form von der abgetanen Zukunftsregierung des Erzherzogs sprach und eine offenkundige Schadenfreude über diese erwartete Eventualität zur Schau trug. Der Erzherzog, welcher beim Lesen des Artikels grau vor Zorn und Empörung geworden war, soll eine Weile stillgeblieben sein, worauf ihm das charakteristische Wort entfuhr: „Jetzt muß ich gesund werden. Jetzt werde ich nur meiner Gesundheit leben, denn ich will gesund werden, um ihnen zu zeigen, daß ihre Freude verfrüht ist." Und war dies gewiß auch nicht der einzige Grund jener heftigen Antipathie gegen alles, was ungarisch war, so spielten zweifellos solche persönlichen Momente in seinem ganzen Denken stets eine Rolle. Der Erzherzog war „ein guter Hasser", er vergaß nicht leicht, und wehe denen, die er mit seinem Hasse verfolgte. Auf der anderen Seite hatte er eine allerdings nur wenigen bekannte, ungemein warme Ecke seines Herzens; er war ein idealer Gatte, der beste Vater und ein treuer Freund seiner

Freunde. Aber die Zahl derer, die er verachtete, war unvergleichlich größer als die derjenigen, denen er seine Zuneigung geschenkt hatte, und er selbst gab sich auch gar keinem Zweifel darüber hin, daß er eine der unpopulärsten Persönlichkeiten der Monarchie war. Gerade aber in der Verachtung der Popularität lag wieder eine gewisse Größe. Niemals hätte er es über sich gebracht, gegenüber einer Zeitung oder anderen Instrumenten, welche die öffentliche Meinung zugunsten oder zuungunsten zu beeinflussen pflegen, irgendein Entgegenkommen zu zeigen. Er war zu stolz, um um Popularität zu buhlen, und ein zu großer Verächter der Menschheit, um auf ihr Urteil etwas zu geben.

Wie ein roter Faden hat sich durch den politischen Ideengang des Erzherzogs seine Abneigung gegen Ungarn gezogen. Es ist mir erzählt worden, daß zu der Zeit, als Kronprinz Rudolf viel in Ungarn jagte, auch der Erzherzog öfters an diesen Jagden teilnahm, und daß die ungarischen Herren sich ein Vergnügen daraus gemacht hätten, den jungen Erzherzog in Gegenwart und zur Freude des bedeutend älteren Kronprinzen aufzuziehen und zu verspotten. So gern ich glaube, daß Kronprinz Rudolf an solchen Scherzen seine Freude gefunden haben dürfte, und so wenig ich daran zweifle, daß sich Menschen gefunden haben werden, die, um sich das Wohlwollen des Kronprinzen zu erwerben, diese Saite anschlugen — so glaube ich doch, daß diese Jugendverstimmungen bei Franz Ferdinand weniger in das Gewicht fielen als die bereits erwähnten, auf seine Krankheit zurückreichenden Vorfälle.

Abgesehen von diesen persönlichen Antipathien, welche er von einigen wenigen Ungarn auf die ganze Nation übertrug, waren aber doch sehr tiefgehende und begründete politische Ursachen vorhanden, welche den Erzherzog in seiner gegnerischen Haltung gegenüber Ungarn bestärkten. Franz Ferdinand hatte einen ungemein feinen politischen Witterungssinn. Und dieser Witterungssinn ließ ihn

erkennen, daß die ungarische Politik eine eminente Gefahr für die Existenz des gesamten Habsburger Reiches sei. Sein Wunsch, die magyarische Vorherrschaft zu brechen und den Nationalitäten zu ihrem Rechte zu verhelfen, hat ihn niemals verlassen, und bei jeder politischen Entscheidung oder Handlung hat er die Frage von diesem Standpunkte aus geprüft. Er war der stetige Vertreter der Rumänen, der Slowaken und der übrigen in Ungarn lebenden Nationalitäten und ging allerdings darin oft so weit, daß er eine jede Frage sofort im antimagyarischen Sinne gelöst haben wollte, ohne dieselbe überhaupt objektiv und sachlich zu prüfen. Diese seine Tendenz war selbstverständlich in Ungarn kein Geheimnis geblieben und löste dort bei den magyarischen Machthabern eine starke Reaktion aus, welche er wiederum als eine rein persönliche, gegen ihn selbst gerichtete feindselige Opposition auffaßte, wodurch sich die bestehenden Differenzen mit den Jahren automatisch vergrößerten und schließlich unter dem Regime Tiszas zu einer direkten Feindschaft führten.

Eine noch stärkere Antipathie als gegen Tisza hatte der Erzherzog gegen verschiedene andere Führer in Ungarn, so vor allem gegen eine der markantesten Figuren der damaligen Zeit. Ich weiß nicht genau, was zwischen beiden vorgefallen ist; ich weiß nur, daß der Herr mehrere Jahre vor der Katastrophe eine Audienz im Belvedere hatte, welche jedenfalls einen sehr unbefriedigenden Verlauf genommen hat. Der Erzherzog erzählte mir, „der Herr sei mit einer ganzen Bibliothek erschienen, um den gesetzlichen Beweis zu erbringen, daß der magyarische Standpunkt der berechtigte sei. Er, der Erzherzog, pfeife auf diese Gesetze, habe dies auch gesagt. Sie seien gewaltig aneinandergeraten, und der Herr sei bleich wie die Wand hinausgewankt".

Sicher ist, daß die Minister und die übrigen Beamten selten ohne Herzklopfen zu dem Erzherzog gingen; er konnte die Menschen so anfahren und verschrecken, daß sie völlig den

Kopf verloren. Ihren Schrecken nahm er dann oft wieder für Stütz und passive Resistenz und wurde noch gereizter. Auf der anderen Seite war er ungemein leicht zu entwaffnen, wenn man ihn gut kannte und sich nicht imponieren ließ. Ich habe zahllose Szenen mit ihm gehabt und bin auch selbst dabei öfters heftig geworden, aber eine dauernde Verstimmung war nie vorhanden. Einmal in Konopischt machte er mir des Abends nach dem Essen eine Szene, „weil ich ihm — dem Erzherzog — fortgesetzt entgegenarbeitete, seine Freundschaft durch Verrat vergelte". Ich brach das Gespräch ab, indem ich erklärte, wenn er solche Dinge rede, so sei eine vernünftige Konversation nicht mehr möglich; im übrigen würde ich den nächsten Morgen abreisen. Wir trennten uns, ohne uns „Gute Nacht" zu sagen. In der Früh' — ich lag noch im Bette — erschien er in meinem Zimmer und sagte mir, „ich möge vergessen, was er gestern gesagt habe, es sei nicht ernst gemeint gewesen" usw., und entwaffnete meine noch bestehende Verstimmung vollständig. Ein Verächter der Menschen und gewitzigt durch die Erfahrungen, die er schon selbst gemacht hatte, ließ er sich durch Servilität, Kriecherei und Schmeichelei nicht betören. Er hörte die Menschen an, aber wie oft habe ich von ihm vernommen: „Mit dem ist es nichts, der ist ein Kriecher." Und diese Sorte hatte bei ihm für immer ausgespielt, weil er ihnen fortan ständig mißtraute. Er war mehr als irgendein anderer aus dieser hohen Sphäre gegen das Gift der Servilität gewappnet, an welchem mehr oder weniger alle Monarchen erkranken.

Seine zwei besten Freunde und die Menschen, welche er nebst seiner engsten Familie zweifellos am liebsten hatte, waren sein Schwager Albrecht von Württemberg und der Fürst Karl Schwarzenberg.

Ersterer ein Mann von reizendem Wesen, hoher Intelligenz und politisch ebenso klug wie militärisch tüchtig, lebte mit Franz Ferdinand auf dem Fuße echter brüderlicher Eintracht.

Es ist selbstverständlich, daß zwischen beiden ein Zustand völliger Parität herrschte.

Karl Schwarzenberg war der aufrichtigste, ehrlichste und geradeste Charakter, dem ich jemals begegnet bin, und ein Mann, der niemandem die Wahrheit vorenthielt. Reich, unabhängig, selbstbewußt und ohne irgendwelche persönliche Ambitionen, war es ihm völlig gleichgültig, ob dem Erzherzog das, was er verfocht, gefiel oder nicht. Er war dessen Freund und hielt es für seine Pflicht, offen und ehrlich zu sein — wenn es notwendig war, auch unangenehm. Der Erzherzog hat das verstanden, geschätzt und geachtet. Ich glaube nicht, daß es viele Monarchen oder Thronfolger gibt, welche, wie der Erzherzog, die Art und Weise Schwarzenbergs ertragen und gewürdigt hätten.

Sehr schlecht stand sich Franz Ferdinand mit Aehrenthal. Auch Aehrenthal war leicht schroff und ablehnend; daß diese beiden harten Steine aber nicht zusammen mahlen konnten, hatte doch einen anderen Grund. Ich glaube nicht, daß die großen Vorwürfe, die der Erzherzog gegen Aehrenthal erhob, politischen oder programmatischen Differenzen entsprangen; es war mehr die Art Aehrenthals, die den Thronfolger stets verstimmte. Ich hatte Gelegenheit, Briefe Aehrenthals an Franz Ferdinand zu lesen, welche vielleicht unabsichtlich einen etwas ironischen Beigeschmack hatten und welche in dem Erzherzog das Gefühl auslösten, „nicht ernst genommen zu werden". In diesem Punkte war er ungemein empfindlich.

Noch in der Krankheit Aehrenthals soll sich der Erzherzog sehr unfreundlich über den sterbenden Mann geäußert haben, und allgemein war damals die Empörung über die Gefühllosigkeit seiner Aussprüche. Er wohnte als Vertreter des Kaisers der Einsegnung der Leiche bei, und nach derselben empfing er mich im Belvedere. Wir standen im Hofe, als der Zug mit dem Leichenwagen zum Bahnhof vorüberfuhr; der Erzherzog ging raschen Schrittes in eines der kleinen Nebenhäuser, welches seine Fenster auf die Straße hat, und

hier versteckt, hinter dem Vorhang des Fensters, ließ er den Zug an sich vorbei passieren. Er sprach kein Wort, aber dicke Tränen standen in seinen Augen. Als er wahrnahm, daß ich seine Erregung bemerkte, wendete er sich rasch und unwillig ab, geärgert über den erbrachten Beweis seiner Schwäche. Das war ganz er. Lieber wollte er für hart und herzlos gehalten werden als für weich und schwach, und nichts war ihm unsympathischer als der Gedanke, er könne den Verdacht erwecken, eine Rührszene aufführen zu wollen. Für mich ist kein Zweifel, daß er in diesem Augenblicke unter heftigen Selbstvorwürfen gelitten hat — vielleicht mehr gelitten hat als ein anderer, der, nicht wie er verschlossen bis zum Äußersten, seinen Gefühlen einen sichtbaren freien Lauf gelassen hätte.

Der Erzherzog konnte ungemein lustig sein und hatte ausnehmend viel Sinn für Humor. Er konnte lachen wie ein junger Mensch in seinen glücklichsten Jahren und riß seine Zuhörer mit mit seiner natürlichen Heiterkeit.

Vor einigen Jahren war ein deutscher Prinz, welcher die vielen verschiedenen Erzherzöge nicht auseinanderkannte, in Wien, und in der Hofburg fand ihm zu Ehren ein Diner statt, bei welchem er neben Franz Ferdinand saß. Es war im Projekte, daß er mit dem Erzherzog den nächsten Morgen in die Umgebung auf die Auerhahnbalz fahren solle. Der deutsche Prinz, welcher den Erzherzog Franz Ferdinand für irgend jemand anderen hielt, sagte ihm während des Essens: „Morgen soll ich auf die Jagd fahren, aber ich höre, mit dem langweiligen Franz Ferdinand, hoffentlich wird das noch geändert.“ Es kam dann, soviel ich weiß, überhaupt nicht zu der Fahrt, und ich weiß auch nicht, ob der Prinz jemals seinen Irrtum entdeckt hat — der Erzherzog aber lachte noch nach Tagen über diese Entgleisung.

Mit viel Zuneigung sprach der Erzherzog stets von seinem Neffen, dem späteren Kaiser Karl. Das Verhältnis der beiden war jedoch das einer unbedingten Subordination des Neffen

unter den Onkel. Auch in politischen Gesprächen war Erzherzog Karl stets nur der zuhörende Teil, der den Ausführungen Franz Ferdinands lauschte.

Die Heirat Karls fand die volle Zustimmung seines Oheims, auch die Herzogin von Hohenberg war stets von den liebevollsten Gefühlen für das junge Ehepaar erfüllt.

Der Erzherzog war ein unbedingter Anhänger des großösterreichischen Programms. Sein Gedanke war der, die Monarchie in zahlreiche mehr oder weniger selbständige Nationalstaaten aufzulösen, welche für wichtige und unumgänglich notwendige Dinge einen gemeinsamen Zentralapparat in Wien besitzen sollten, d. h. mit anderen Worten, den Dualismus durch den Föderalismus zu ersetzen. Heute, wo nach furchtbaren kriegerischen und revolutionären Krämpfen die Entwicklung der ehemaligen Monarchie sich in nationalem Sinne vollzieht, wird es wohl schwer jemand geben, der diesen Gedanken noch als Utopie bekämpfen würde. In der damaligen Zeit aber hatte der Plan gewaltige Gegner, welche davor warnten, den Staat zu zertrümmern, um an dessen Stelle dann etwas ganz Neues und „angeblich Besseres" aufzubauen, und Kaiser Franz Joseph war viel zu konservativ und viel zu alt, um auf die Ideen seines Neffen einzugehen. Dies wieder, die direkte Ablehnung des Gedankenganges, dem der Erzherzog huldigte, verletzte diesen, und er beschwerte sich oft in bitteren Worten darüber, daß er beim Kaiser nicht mehr gehört werde wie „der letzte Hausknecht in Schönbrunn". Die Gabe der Menschenbehandlung fehlte dem Erzherzog. Er konnte oder wollte sich nicht überwinden, und so charmevoll er sein konnte, wenn seine natürliche Herzlichkeit zum Ausdrucke kam, so wenig gelang es ihm, seinen Zorn, seine Mißstimmung zu verbergen, und so erklärt es sich auch, daß das Verhältnis zwischen dem alten Kaiser und ihm ein immer schlechteres und schlechteres wurde. Bei diesem so bedauerlichen Verhältnis zwischen Kaiser und Thronfolger war die Schuld zweifellos eine beiderseitige. Der

Standpunkt des alten Kaisers, „solange er regiere, habe niemand anderer hineinzusprechen", stand dem des Erzherzogs, „er werde einmal für die jetzt begangenen Regierungsfehler büßen müssen", schroff gegenüber, und ein jeder, der das Leben bei Hofe kennt, wird wissen, daß solche zwischen den höchsten Herren bestehenden Differenzen nie darauf zu warten brauchen, geschürt und vergrößert zu werden. An jedem Hofe finden sich Männer, die die Gunst ihres Herrn dadurch erobern wollen, daß sie Öl in das Feuer gießen und durch Geschichten und Klatsch aller Art die Antipathie vergrößern. So war es auch im vorliegenden Fall, und statt sich näherzukommen, entfremdeten sich die beiden immer mehr.

Der Erzherzog hatte wenig Freunde, und unter den Monarchen so gut wie gar keinen. Dies war einer der Gründe seiner Annäherung an Kaiser Wilhelm. Im Grunde war zwischen ihm und Kaiser Wilhelm ein großer Unterschied, und sie waren so verschiedene Männer, daß eine wirkliche Freundschaft im wahren Sinne des Wortes, ein wirkliches Sichverstehen gar nicht in Frage kommen konnte und auch tatsächlich nicht in Frage kam. Ähnlich in beiden Charakteren war ein stark ausgeprägter autokratischer Zug, aber das war auch ungefähr alles. Nicht sympathisch waren dem Erzherzog-Thronfolger die Reden Kaiser Wilhelms, dessen offenbarer Wunsch nach Popularität, den der Erzherzog nicht verstand. Kaiser Wilhelm seinerseits hat den Erzherzog zweifellos in den letzten Jahren bedeutend liebergewonnen, als er ihn ursprünglich hatte. Mit dem deutschen Kronprinzen verstand sich der Erzherzog Franz Ferdinand weniger gut. Die beiden Herren verbrachten einige Wochen gemeinsam in St. Moritz in der Schweiz, ohne sich dabei irgendwie näherzukommen, wobei allerdings der so große Altersunterschied und die doch viel ernstere Lebensauffassung des Erzherzogs einen vollkommen erklärlichen Grund liefert.

Die Abgeschlossenheit und Zurückgezogenheit, in der der Erzherzog lebte, der bedauerlich geringe Umgang, den er

mit weiteren Kreisen hatte, haben es mit sich gebracht, daß neben manchem Wahren zahllose falsche Gerüchte über ihn in Umlauf kamen. Eines dieser Gerüchte, welches sich mit großer Hartnäckigkeit bis auf die heutigen Tage erhalten hat, geht dahin, daß der Erzherzog ein „Kriegshetzer" gewesen sei und den Krieg als eine notwendige Kombination in seine Zukunftspläne eingestellt hätte. Keine Variante ist falscher als diese. Obwohl der Erzherzog es mir gegenüber niemals offen zugegeben hat, so bin ich doch der Überzeugung, daß er das instinktive Gefühl hatte, daß die Monarchie die furchtbare Kraftprobe eines Krieges nicht werde aushalten können, und Tatsache ist, daß er sich nicht nur nicht im kriegstreibenden, sondern im entgegengesetzten Sinne betätigt hat. Ich erinnere mich an eine ungemein symptomatische Episode; ich kann mich nicht genau auf das Datum erinnern, es war einige Zeit vor dem Tode des Erzherzogs, als einer jener berüchtigten Balkanrummel die Monarchie in Aufregung versetzte und die Frage, ob mobilisiert werden solle oder nicht, auf die Tagesordnung brachte. Ich war zufällig in Wien, wo ich eine Unterredung mit Berchtold hatte, der sehr besorgt über die Situation sprach und sich darüber beschwerte, daß der Erzherzog angeblich im kriegerischen Sinne einwirke. Ich machte mich erbötig, den Erzherzog auf die Gefahr eines solchen Vorgehens aufmerksam zu machen, setzte mich mit diesem telegraphisch in Verbindung und vereinbarte mit ihm, noch denselben Tag in seinen Zug in Wessely einzusteigen, durch welche Station er, von Chlumec kommend, nach Konopischt zurückfuhr. Ich hatte nur die kurze Zeit zwischen den beiden Stationen zu der Unterredung, nahm daher sofort den Stier bei den Hörnern und erklärte dem Erzherzog die in Wien über ihn kursierenden Gerüchte und die Gefahr, durch ein allzu scharfes Vorgehen auf dem Balkan einen Konflikt mit Rußland heraufzubeschwören. Ich fand auch nicht den geringsten Widerspruch seitens des Erzherzogs, und in jener expeditiven Art, die ihm eigen war,

schrieb er noch im Zuge ein Telegramm an Berchtold, welches seine volle Zustimmung zu einer entgegenkommenden Haltung aussprach und die Gerüchte über seine angebliche entgegengesetzte Haltung dementierte. Sicher ist, daß gewisse Militärs, welche den Krieg wünschten, den Erzherzog benutzten oder, besser gesagt, mißbrauchten, um in seinem Namen eine Kriegspropaganda zu treiben, und auf diese Art und Weise ein so völlig falsches Urteil über ihn hervorriefen. Verschiedene dieser Militärs sind im Kriege den Heldentod gestorben. Andere sind verschwunden und vergessen. Niemals war unter denen, die den Erzherzog vorschoben, der Generalstabschef Conrad. Dieser Mann schob niemanden vor. Was er notwendig fand, vertrat er selbst offen und gegenüber jedermann.

Ein merkwürdiges Detail verdient im Zusammenhange mit diesen Gerüchten über den Erzherzog erwähnt zu werden. Er selbst hat mir erzählt, eine Wahrsagerin habe ihm prophezeit, „er werde einst den Weltkrieg entfesseln". Obwohl ihm diese Wahrsagung bis zu einem gewissen Grade schmeichelte, lag doch darin die unausgesprochene Anerkennung, daß die Welt mit ihm als einem starken Faktor werde rechnen müssen, so betonte er doch ausdrücklich, wie unsinnig eine solche Prophezeiung sei. Sie ist doch später wahr geworden, diese Prophezeiung, nur so ganz anders, als sie damals verstanden wurde, und unschuldiger hat noch nie ein Fürst ein Blutvergießen hervorgerufen als das arme Opfer von Sarajevo.

Unverhältnismäßig stark hat der Erzherzog unter den Verhältnissen gelitten, welche die Folgen seiner unebenbürtigen Heirat waren. Die wahre, aufrichtige Liebe, die er zu seiner Gattin hatte, ließ in ihm den Wunsch nicht sterben, dieselbe zu seiner völlig, auch äußerlich, gleichberechtigten Gemahlin zu machen, und die fortwährenden Widerstände, die er im Hofzeremoniell fand, verbitterten und verärgerten ihn über alle Maßen. Der Erzherzog hatte die feste Absicht, sofort nach seiner Thronbesteigung seiner Gemahlin zwar nicht den

Titel einer Kaiserin, jedoch eine Stellung einzuräumen, welche ihr ohne diese Titulatur den ersten Rang gegeben hätte. Er motivierte dies damit, „sie werde überall, wo er sei, als Hausfrau auftreten, und der Hausfrau gebühre immer der erste Platz. Daher werde sie allen Erzherzoginnen im Range vorausgehen". Niemals hat der Erzherzog jedoch auch nur im entferntesten daran gedacht, die Thronfolge umzustoßen und seinen Sohn an Stelle des Erzherzogs Karl zu setzen. Er war im Gegenteil entschlossen, als erste Amtshandlung nach der Thronbesteigung eine feierliche Erklärung zu veröffentlichen, in welcher dieser sein Standpunkt dokumentiert werde, um den immer wiederkehrenden diesbezüglichen falschen und tendenziösen Nachrichten entgegenzutreten. Für seine Kinder, für die er alles an Liebe aufbrachte, was ein Vaterherz aufbringen kann, hatte er stets nur den Wunsch, sie zu sehr wohlhabenden, selbständigen Privatiers zu machen, welche frei von Sorgen um das materielle Wohl ihr Leben genießen können. Für seinen ältesten Sohn hatte er sich den Titel eines Herzogs von Hohenberg zurecht gelegt, und es war daher vollständig in seinem Sinne, als Kaiser Karl dem jungen Herrn diesen Titel verlieh.

Eine hübsche Eigenschaft des Erzherzogs war seine Furchtlosigkeit. Er war sich vollständig im klaren darüber, daß die Gefahr eines Attentates für ihn immer bestehe, und er sprach oft und vollständig ohne jede Pose über diese Eventualitäten. Von ihm erhielt ich ein Jahr vor Kriegsausbruch die Nachricht, daß die Freimaurer seinen Tod beschlossen hätten. Er nannte auch die Stadt, wo dieser Beschluß angeblich gefaßt worden sei — dies ist mir entfallen — und nannte die Namen verschiedener österreichischer und ungarischer Politiker, welche davon wissen müßten. So erzählte er ferner gerne, daß er, ich glaube bei der Krönungsfeierlichkeit des Königs von Spanien, in dem Zuge mit einem russischen Großfürsten eingeteilt worden sei und knapp vor der Abfahrt die Nachricht erhalten habe, daß dieser Großfürst während der Fahrt

ermordet werden solle. Er leugnete nicht, daß er mit gemischten Gefühlen in seinen Wagen eingestiegen sei. In St. Moritz erhielt er die Nachricht, daß zwei türkische Anarchisten in der Schweiz eingetroffen seien mit der Absicht, ihn zu morden, daß alle Anstrengungen gemacht würden, ihrer habhaft zu werden, bisher aber keine Spur von ihnen gefunden worden sei, und er möge auf der Hut sein. Der Erzherzog zeigte mir damals das diesbezügliche Telegramm. Ohne die geringste Angst zu verraten, legte er es lächelnd beiseite, da, wie er meinte, die angekündigten Attentate selten zur Ausführung gelangten. Um so mehr litt die Herzogin in der Furcht um sein Leben, und ich glaube, die arme Frau hat die Katastrophe, der sie und ihr Mann schließlich zum Opfer gefallen sind, hundertmal im Geiste vorausgesehen. Auch das war ein hübscher Zug des Erzherzogs, daß er aus Rücksicht für seine Frau und ihre Ängstlichkeit die ständige Begleitung eines Detektivs duldete, dessen Gegenwart ihn nicht nur langweilte, sondern dessen Anwesenheit er auch als lächerlich empfand. Er fürchtete, das Bekanntwerden dieser Tatsache könnte auf ihn den Schein der Furchtsamkeit werfen, und nur um seiner Frau eine gewisse Beruhigung zu schenken, brachte er ihr dieses Opfer.

Aber alle seine guten Eigenschaften versteckte er fast ängstlich, und in einem gewissen Trotz setzte er etwas hinein, sich hart und unangenehm zu zeigen. Ich will hier nicht versuchen, gewisse Züge seines Charakters zu entschuldigen. Sein stark ausgeprägter Egoismus ist ebensowenig zu leugnen wie jene Härte des Charakters, welche für die Leiden aller derer, die ihm nicht persönlich nahestanden, nichts übrig hatte. Er machte sich ferner verhaßt durch seine streng finanziellen Maßnahmen und seine Unerbittlichkeit gegen jeden Untergebenen, dem er auch nur die geringste Unredlichkeit vorzuwerfen glauben konnte. Die diesbezüglichen Anekdoten gehen in die Hunderte, sind zum Teil wahr, zum Teil falsch. Diese kleinlichen Charakterzüge haben ihm

begreiflicherweise in der großen Öffentlichkeit viel geschadet, und die wirklich großen und männlichen Eigenschaften, die er hatte, waren der Öffentlichkeit unbekannt und fielen daher nicht zu seinen Gunsten in die Wagschale. Für die, welche ihn näher kannten, überwogen die großen und schönen Eigenschaften hundertmal die schlechten.

Sehr groß war stets die Besorgnis des Kaisers vor den Zukunftsplänen des Erzherzogs. Auch der alte Herr hatte einen strengen Zug in seinem Charakter, und er fürchtete die Impetuosität und den starren Sinn seines Neffen im Interesse der Monarchie.

Dabei hat er oft wieder eine in das Großartige gehende Auffassung bewiesen. Der ermordete Ministerpräsident Graf Stürgkh hat mir beispielsweise die Details meiner seinerzeitigen Ernennung in das Herrenhaus erzählt, welche — wie ich glaube — den alten Kaiser genau charakterisieren. Ich wurde in das Herrenhaus auf Wunsch Franz Ferdinands vorgeschlagen, weil dieser meine Entsendung in die Delegation und meine intensivere Schulung auf dem Gebiete der äußeren Politik wünschte. Nun muß erwähnt werden, daß dem alten Kaiser von vielen Seiten zugetragen wurde, daß die Freunde und die Vertrauensmänner des Erzherzogs gegen ihn, den Kaiser, arbeiteten, eine Version, die er offenbar bis zu einem gewissen Grade glaubte, dank der vielen Konflikte mit Franz Ferdinand. Als ihm mein Name von Stürgkh für die Ernennung in das Herrenhaus genannt wurde, stutzte der Kaiser einen Augenblick und sagte dann: „Ach ja, das ist der, der nach meinem Tode Minister des Äußern werden soll, — ja, der soll nur ins Herrenhaus kommen, um noch etwas zu lernen.“ Es liegt zweifellos Größe in diesem Gedankengang und Ausspruche.

Schwierig waren die politischen Gespräche mit Kaiser Franz Joseph öfters deshalb, weil er sich streng an die Ressorts hielt und mit einem jeden nur das ihn direkt Betreffende besprach. Mit mir besprach der Kaiser, als ich Gesandter war,

Rumänien und den Balkan, sonst nichts. Nun hängen die verschiedenen Fragen aber innerlich oft so eng zusammen, daß diese Scheidung unmöglich wird. Ich erinnere mich an eine Audienz, in welcher ich dem alten Kaiser über die rumänischen Pläne eines engeren Anschlusses an die Monarchie referierte, Pläne, welche ich in einem späteren Kapitel erwähne, und wobei ich selbstverständlich darüber sprechen mußte, wie sich die Rumänen diese Angliederung an Ungarn vorstellen, respektive welche Änderungen in der Struktur der ungarischen Verfassung hierfür notwendig seien. Der Kaiser brach das Gespräch ab, mit Hinweis darauf, das sei interne ungarische Politik.

Der alte Kaiser war fast stets sehr wohlwollend und gütig und verblüffte noch in allerletzter Zeit durch seine Kenntnis der kleinsten Details. So sprach er von den verschiedenen rumänischen Ressortministern nicht per „der Ackerbau"- oder „der Handelsminister", sondern nannte stets ihre Namen, ohne sich jemals zu irren.

Das letztemal sah ich ihn nach meiner definitiven Rückkehr aus Rumänien, im Oktober 1916, und fand ihn damals immer noch klar und geistig frisch, jedoch körperlich stark verfallen.

Kaiser Franz Joseph war ein Grandseigneur im wahrsten Sinne des Wortes. Er war der Kaiser. Er blieb immer unnahbar. Jeder, der von ihm ging, war unter dem Eindruck, vor dem Kaiser gestanden zu sein. In der Würde als Exponent der monarchischen Idee war er allen Souveränen Europas weit überlegen.

In dem Zeitpunkte großer militärischer Erfolge der Mittelmächte wurde er zu Grabe getragen. Nun liegt er in der Kaisergruft, aber seit seinem Tode scheint ein Jahrhundert vergangen. Die Welt hat sich geändert.

Der Menschenstrom wallt Tag für Tag an der kleinen Kirche vorüber, aber wohl keiner denkt mehr an den, der still und vergessen darin liegt, und der doch durch lange Jahrzehnte

„Österreich“ war, dessen Person das einzige war, das dem mehr und mehr auseinanderfallenden Staat noch ein gemeinsames Zentrum gab.

Da ruht er nun aus von all seinem Kummer und all seinen Sorgen; Frau, Sohn und Freunde sah er sterben, den Anblick seines sterbenden Reiches wenigstens hat ihm das Schicksal erspart.

* * *

Franz Ferdinand war ein scharf gemeißelter Charakter mit vielen Ecken und Kanten; er hatte große Fehler, kein objektiver Beurteiler wird dies leugnen, aber er war keiner von denen, bei welchen zwölf auf ein Dutzend gehen. So ergreifend die Umstände seines Todes waren — vielleicht war es ein Glück für ihn. Es ist kaum denkbar, daß sich der Erzherzog, einmal auf dem Thron, mit seinen Ideen hätte durchsetzen können. Das Gebäude der Monarchie, welches er gerne stützen und festigen wollte, war bereits dermaßen morsch, daß es keinen stärkeren Eingriff mehr vertrug, und wenn nicht dieser Krieg von außen, so hätte es wahrscheinlich die Revolution von innen gesprengt — der Kranke war schwerlich mehr in der Lage, die Operation auszuhalten. Auf der anderen Seite scheint es zweifellos, daß der Erzherzog-Thronfolger mit der ganzen Vehemenz und Impulsivität seines Charakters den Versuch unternommen hätte, die Struktur der Monarchie von Grund auf zu ändern, und so müßig es ist, Kombinationen über die Möglichkeit des Gelingens hier anzustellen — nach menschlicher Voraussicht wäre das Experiment nicht gelungen, und er wäre unter den Trümmern der zusammenbrechenden Monarchie erschlagen worden.

Es ist schließlich auch müßig, Vermutungen darüber aufzustellen, wie der Erzherzog sich benommen hätte, wenn er den Krieg und den Umsturz erlebt hätte. Ich glaube, daß seine Haltung in zweifacher Hinsicht von der, die eingeschlagen wurde, abgewichen wäre. Erstens hätte er niemals

zugegeben, daß unsere Armee völlig unter die Kuratel Deutschlands komme. Das wäre seinem stark entwickelten autokratischen Zug gegen den Strich gegangen, und er war auch politisch zu klug, um nicht zu verstehen, daß wir damit jede politische Aktionsfreiheit verlieren. Zweitens wäre er nicht, wie Kaiser Karl, der Revolution gewichen. Er hätte seine Getreuen um sich versammelt und wäre mit dem Säbel in der Hand gefallen; er wäre gefallen, wie sein größter und gefährlichster Gegner Stephan Tisza.

Aber auf dem Schlachtfeld der Ehre ist er ja als erster wie ein Held gestorben, tapfer und im Dienste. Die goldenen Strahlen der Märtyrerkrone umgaben sein sterbendes Haupt. Viele der Kleinen und Kleinsten haben wie befreit von einem Alp aufgeatmet, als sie die Kunde von seinem Tode erhielten. Am Wiener Hofe und in der Budapester Gesellschaft hat es mehr Freudige als Leidtragende gegeben, und die ersteren mit richtiger Vorahnung, denn unter ihnen hätte er fürchterlich aufgeräumt. Sie alle konnten nicht ahnen, daß der Gewaltige sie im Sturze mitreißen und daß die entfesselte Weltkatastrophe sie alle verschlingen werde.

Auch Franz Ferdinands Bild „schwankt noch in der Geschichte, von der Parteien Haß und Gunst verwirrt". Aber sein tragischer Tod an der Seite seiner Frau, die noch im Sterben mit ihm vereint sein wollte, wirft ein mildes, versöhnendes Licht auf das ganze Leben dieses eigenartigen Mannes. Die letzten Schläge dieses heißen Herzens galten seinem Vaterlande und seiner Pflicht.

2.

Es war eine in der damaligen Monarchie ziemlich verbreitete falsche Auffassung, daß der Erzherzog ein fertig ausgearbeitetes Programm für seine zukünftige Tätigkeit habe. Dies war nicht der Fall. Der Erzherzog hatte bestimmte und zwar sehr ausgesprochene Richtlinien, nach welchen er die

Umgestaltung der Monarchie projektierte, aber es waren doch nur allgemeine Richtlinien, ich möchte sagen der Rahmen eines Programms, welcher niemals detailliert ausgefüllt worden ist. Der Erzherzog ist mit Fachmännern der verschiedenen Ressorts in Verbindung gestanden, er hat hervorragenden Militärs sowohl wie ihm nahestehenden Politikern die Grundgedanken seines Zukunftsprogrammes entwickelt und sich Anregungen geben lassen, wie dieselben in die Tat umzusetzen seien — aber zu einem wirklich fertig ausgearbeiteten Programm ist es niemals gekommen. Die Grundlinien seines Programmes waren, wie bereits höher oben an, gedeutet, die Abschaffung des Dualismus und die Umgestaltung der Monarchie in einen Föderativstaat. In wieviele Länder die Habsburgische Monarchie zerfallen wäreschien ihm selbst noch nicht ganz klar, aber das Prinzip war der Wiederaufbau der Monarchie auf nationaler Basis. Immer von dem Gedanken ausgehend, daß die Voraussetzung des Gedeihens die Schwächung des magyarischen Einflusses sei, wünschte der Erzherzog eine denkbar starke Bevorzugung der in Ungarn lebenden Nationalitäten, vor allem der Rumänen. Erst nach meiner später zu besprechenden Entsendung nach Bukarest und nach meinen einschlägigen Berichten faßte der Erzherzog den Plan, unter der Bedingung Siebenbürgen an Rumänien abzutreten, daß dieses neugeschaffene Großrumänien sich dem Habsburger Reiche einfüge.

In Österreich dachte er sich einen deutschen, tschechischen, südslawischen und polnischen Staat, welche in mancher Beziehung autonom, in mancher Beziehung vom zentralen Wien abhängig gewesen wären. Aber wie erwähnt, ganz fest und klar stand, soviel ich weiß, sein Programm nicht, und die verschiedenen Modifikationen, die es auch in seinem Kopfe noch durchmachte, waren sehr bedeutend.

Eine lebhafte Abneigung hatte der Erzherzog gegen jene Deutschen speziell Nordböhmens, welche Anhänger des

pangermanistischen Gedankens waren, und er hat beispielsweise dem Abgeordneten Schönerer seine Haltung nie verziehen. Eine unbedingte Vorliebe hatte er für die Deutschen der Alpenländer, wie überhaupt seine ganze Richtung jener der Christlichsozialen am nächsten kam. Lueger war sein politisches Ideal. Als Lueger bereits sehr krank war, sagte mir der Erzherzog: „Wenn Gott uns diesen Mann nur erhalten wollte, ein besserer Ministerpräsident ist undenkbar." Ungemein stark ausgeprägt war bei Franz Ferdinand der Wunsch nach straffer Zentralisierung der Armee. Er war der heftigste Gegner der magyarischen Bestrebungen, welche eine selbständige ungarische Armee bezweckten, und die Frage der Embleme, der Kommandosprache und einschlägige Dinge konnten, solange er lebte, zu keinem Ende gebracht werden, weil er allen ungarischen Vorstößen den größten Widerstand entgegensetzte.

Ein besonders warmes Herz hatte der Thronfolger für die Flotte. Seine häufigen Aufenthalte in Brioni brachten ihm unsere Marine näher, und der Gedanke, die Flotte dereinst zu heben und zu einer wirklichen Großmachtflotte umzugestalten, hat ihn stets begleitet. In außenpolitischer Richtung hat der Erzherzog stets an dem Gedanken eines Dreikaiserbündnisses festgehalten. Das leitende Motiv bei diesem Gedanken dürfte das gewesen sein, daß er in den drei damals so mächtig scheinenden Monarchen von Petersburg, Berlin und Wien die sicherste Stütze gegen die Revolution erblickte und dergestalt einen starken Wall gegen den Umsturz aufzurichten wünschte. Er sah in der Wien-Petersburger Konkurrenz auf dem Balkan eine große Gefahr für das gute Einvernehmen zwischen Rußland und uns, und er war daher ganz im Gegensatze zu den über ihn verbreiteten Gerüchten bei weitem eher ein Gönner als Gegner der Serben. Er war für die Serben schon aus dem Grunde, weil er davon durchdrungen war, daß die kleinliche magyarische Agrarpolitik den Hauptgrund der ewigen Verstimmungen der Serben

bilde. Er war zweitens für ein Entgegenkommen Serbien gegenüber, weil er die serbische Frage als störend zwischen Wien und Petersburg empfand, und er war drittens für die Serben, weil er aus persönlichen und sachlichen Gründen kein Freund König Ferdinands von Bulgarien war, welcher seinerseits ja eine antiserbische Politik betrieb. Ich glaube, wenn diejenigen, welche die Mörder gegen den Erzherzog geschickt haben, gewußt hätten, wie wenig gerade jene Intentionen bei ihm vorhanden waren, wegen derer sie ihn ermordeten — sie wären von ihrem Mordplane abgestanden.

Ungemein stark ausgesprochen war dabei in Franz Ferdinand das Gefühl, daß die Monarchie trotz aller Bündnisse selbständig bleiben müsse. Er war ein Gegner eines jeden noch engeren Anschlusses an Deutschland, er wollte an Deutschland nicht enger angeschlossen sein als an Rußland, und jener Plan, welcher später unter dem Begriff „Mitteleuropa" Form angenommen hat, war stets außerhalb seiner Wünsche und Bestrebungen.

Seine Zukunftsideen waren nicht ausgearbeitet, nicht fertig, vielfach lückenhaft, aber sie waren gesund. Das genügt jedoch noch lange nicht zu dem Glauben, daß ihre Durchführung auch gelungen wäre. Energie allein ohne die nötige Geduld kann unter Umständen mehr Schaden als Segen anstiften.

III.

Wilhelm II.



I.

Kaiser Wilhelm hat so lange sichtbar im Zentrum der weltgeschichtlichen Ereignisse gestanden, es ist so viel über ihn geschrieben worden, daß er eigentlich aller Welt als bekannt erscheint. Und dennoch glaube ich, daß er vielfach falsch beurteilt wird.

Es ist bekannt, daß der rote Faden, welcher sich durch den Charakter und den ganzen Gedankengang Wilhelms II. zog, seine feste Überzeugung von seinem „Gottesgnadentum" und von den „in dem deutschen Volke unausrottbar wurzelnden dynastischen Gefühlen" war. Auch Bismarck glaubte an das dynastische Gefühl der Deutschen. Mir scheint, daß es ebenso wenig ein allgemein dynastisches als ein allgemein republikanisches Gefühl der Völker gibt, bei den Deutschen ebenso wenig wie irgendwo anders, sondern nur ein Gefühl der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit, welche sich je nachdem für oder gegen die Dynastie und die Staatsform äußert. Bismarck selbst war ein Beweis für die Richtigkeit dieser Argumentation. Er war, wie er selbst stets behauptete, „durch und durch dynastisch", aber nur, solange Kaiser Wilhelm I. lebte; Wilhelm II., der ihn schlecht behandelt hatte, liebte er nicht, und er machte aus seinen Gefühlen kein Geheimnis. Er hängte das Bild des „jungen Mannes" in die Waschküche und schrieb ein Buch über ihn, welches dank der Angriffe, die es enthielt, nicht veröffentlicht werden konnte. Die Monarchisten, die sich aus ihrer angestammten Treue für das Herrscherhaus ein Verdienst vindizieren, täuschen sich selbst über ihre Gefühle; sie sind Monarchisten, weil sie diese Staatsform für die

befriedigendste halten. Und die Republikaner, welche angeblich die „Majestät des Volkes" verherrlichen, meinen de facto sich selbst dabei. Ein Volk aber wird sich auf die Dauer immer zu jener Staatsform bekennen, welche ihm am ehesten Ordnung, Arbeit, Wohlstand und Zufriedenheit bringt. Bei neunundneunzig Prozent der Bevölkerung ist der Patriotismus und ihre Begeisterung für die eine oder andere Staatsform immer nur eine Magenfrage. Ein guter König ist ihnen lieber als eine schlechte Republik und umgekehrt — die Staatsform ist das Mittel zum Zweck, der Zweck aber ist die Zufriedenheit der Regierten. Auch mit der Freiheit der Regierten hat die Staatsform gar nichts zu tun. Das monarchische England ist genau so frei wie das republikanische Amerika, und die Bolschewisten haben der ganzen Welt ad oculos demonstriert, daß das Proletariat die allergrößte Tyrannei ausübt.

Der verlorene Krieg hat die Monarchen hinweggefegt, aber die Republik wird sich ihrerseits nur halten, wenn sie den Völkern die Überzeugung beibringt, daß es ihr besser gelingt, die Massen zufriedenzustellen, als es den Monarchien gelungen ist, ein Beweis, den — wie mir scheint — die deutsch-österreichische Republik bisher noch schuldig geblieben ist.

Die Überzeugung, daß diese Binsenwahrheiten nicht nur falsch, sondern verwerfliche und sträfliche Irrtümer seien, daß ein göttlicher Wille den Monarchen auf seine Stelle gesetzt habe und ihn auch dort erhalte — diese Überzeugung wurde in dem deutschen Volke systematisch gezüchtet und bildete einen integrierenden Bestandteil des auch dem Kaiser anerzogenen Denkens. Alle seine Aussprüche sind auf diesen Grundton gestimmt, sie alle atmen diesen Gedanken. Ein jeder Mensch aber ist das Produkt seiner Geburt, seiner Erziehung und seiner Erfahrung. Und bei der Beurteilung Wilhelms II. muß berücksichtigt werden, daß er von Jugend auf getäuscht und ihm eine Welt gezeigt worden ist, die gar nicht besteht. Allen Monarchen sollte gelehrt werden, daß ihr Volk sie gar nicht liebt, daß sie ihm im besten Falle ganz

gleichgültig sind, daß es ihnen nicht aus Liebe nachläuft und sie nicht aus Liebe anstarrt, sondern aus Neugierde, daß es ihnen nicht aus Begeisterung zujubelt, sondern aus Unterhaltung und aus „Hetz“ und genau so gern pfeifen würde, wie es jubelt — daß nicht der geringste Verlaß auf die „Treue der Untertanen“ ist, daß sie auch gar nicht die Absicht haben, treu zu sein, sondern nur zufrieden sein wollen, daß sie die Monarchen dulden, solange sie entweder durch die eigene Zufriedenheit hierzu veranlaßt werden oder, falls nicht, solange sie nicht die Kraft haben, sie davonzujagen. Das wäre die Wahrheit, und ihre Kenntnis würde die Monarchen vor sonst unvermeidlichen Trugschlüssen bewahren.

Kaiser Wilhelm ist hierfür ein Schulbeispiel. Ich glaube nicht, daß es einen Regenten gibt, der von einem besseren Willen beseelt war als Kaiser Wilhelm. Er lebte nur seinem Berufe — so wie er ihn auffaßte —, sein ganzes Denken und Trachten kreiste um den deutschen Pol. Familie, Zerstreuung, Vergnügen, alles trat bei ihm zurück hinter dem einen Gedanken, das deutsche Volk groß und glücklich zu machen und zu erhalten, und wenn der gute Wille genügen würde, um Großes zu leisten, so hätte Kaiser Wilhelm Großes leisten müssen. Von Anfang an ward er mißverstanden. Er hielt Reden, tat Aussprüche und machte Gesten, die nicht nur die Zuhörer, aber die Welt gewinnen sollten, und stieß so oft damit ab. Aber nie kam er zum Bewußtsein des tatsächlichen Effektes seiner Handlungen, weil er nicht so sehr von seiner Umgebung im engeren Sinne, sondern von dem ganzen deutschen Volke systematisch getäuscht und irregeführt wurde. Wie viele Millionen, die heute nur Flüche hinter ihm herschleudern, konnten sich nicht tief genug bücken, wenn er im Glanze seiner ganzen Herrlichkeit am Horizont erschien, wie viele fühlten sich beglückt, wenn nur ein kaiserlicher Blick auf sie fiel — und alle sie sind sich wohl heute nicht klar darüber, daß sie selbst die Schuld daran tragen, dem Kaiser eine Welt vorgetäuscht zu haben, die niemals bestanden

hat, und ihn in eine Richtung getrieben zu haben, in welche er sonst nie gekommen wäre. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß das ganze Naturell Wilhelms II. für diese deutsche Art besonders empfänglich war, und daß Monarchen, die weniger talentiert, weniger lebhaft, weniger beredt und vor allem weniger von dem Bedürfnisse erfüllt sind, selbst hervorzutreten, dem Gifte der Popularität weniger ausgesetzt sind, als er es war.

Ich hatte zufällig Gelegenheit, Kaiser Wilhelm in einer in seinem Leben sehr wichtigen Phase zu studieren. In den berühmten Novembertagen des Jahres 1908, als die großen Stürme im Reichstage gegen Kaiser Wilhelm losbrachen, als der damalige Reichskanzler Fürst Bülow ihn so ziemlich preisgab, war ich mit dem Kaiser bei einem Freunde zusammen. Obwohl er mit uns fremden Gästen, die ihm ferner standen, über das Thema nicht sprach, so war doch der überwältigende Eindruck, den diese Berliner Vorgänge auf ihn machten, vollständig sichtbar, und ich hatte das Gefühl, in Wilhelm II. einen Menschen zu sehen, der mit vor Entsetzen geweiteten Augen zum erstenmal in seinem Leben die Welt so sieht, wie sie wirklich ist. Er sah am Horizont die brutale Wirklichkeit aufsteigen, die ihm wie eine häßliche Fratze erschien. Vielleicht zum erstenmal in seinem Leben fühlte er ein leises Beben unter den Füßen seines Thrones. Er hat die Lehre zu schnell vergessen. Wäre der überwältigende Eindruck, der durch mehrere Tage vorgeherrscht hat, ein nachhaltiger geblieben, vielleicht hätte es ihn dazu bewogen, aus den Wolken, in welche ihn seine Umgebung und sein Volk hinaufgehoben hatte, herunterzusteigen und wieder festen Boden unter den Füßen zu suchen. Und umgekehrt: hätte das deutsche Volk den Kaiser öfter so hart angefaßt wie damals, so hätte es ihn heilen können.

Ein merkwürdiges Detail, welches bezeichnend ist für die ganze Art und Weise, wie Kaiser Wilhelm auch von manchen Herren seiner Umgebung behandelt wurde, spielte sich bei

dieser Gelegenheit ab: Ich hatte bei der Hinfahrt in einer deutschen Bahnhofrestauration, in welcher ich die Ankunft des nächsten Zuges abwarten mußte, Gelegenheit, die Aufregung der Bevölkerung über die Berliner Vorgänge zu studieren und eine kleine Welle zu sehen, welche fast revolutionären Charakter trug. Die dichtgefüllte Restauration widerhallte von dem Tagesgespräche und der heftigen Kritik gegen den Kaiser, und plötzlich stand einer der Männer auf einem Tische und hielt eine Brandrede gegen das Staatsoberhaupt. Noch ganz unter dem Eindruck dieser vorgefallenen Szene erzählte ich dieselbe den Herren aus der Umgebung des Kaisers, welche ebenso wie ich einen höchst unangenehmen Eindruck von dem Vorfall hatten und mich beschworen, ja dem Kaiser nichts davon zu sagen. Ein Herr aber widersprach auf das energischste und erklärte, man müsse das im Gegenteil dem Kaiser in allen Details mitteilen, und soviel ich weiß, unterzog er sich auch dieser wahrscheinlich nicht sehr angenehmen Aufgabe. Dieser Fall aber ist symptomatisch. Der Wunsch, dem Kaiser alles Unangenehme fernzuhalten, ihm jede, auch die begründetste Kritik zu ersparen, ihn immer nur zu loben und zu verhimmeln, nie aber zu zeigen, daß er auch getadelt werde, dieses systematische Großziehen der kaiserlichen Gottähnlichkeit, welches im Grunde weder der Liebe zu seiner Person noch irgendwelchen dynastischen Momenten entsprang, sondern dem rein egoistischen Wunsche, sich nichts zu verderben und sich selbst keinen Unannehmlichkeiten auszusetzen, dieser ungesunde und unmännliche Zustand mußte auf die Dauer wie ein den Körper und Geist erschlaffendes Gift wirken. Ich glaube gern, daß Kaiser Wilhelm, dessen Entwöhnung der Kritik einen ganz ungemein hohen Grad angenommen hatte, es seiner Umgebung nicht immer leicht gemacht hätte, offen und wahr zu sein. Aber trotzdem bleibt es richtig, daß diese erschlaffende Atmosphäre, welche ihn umgab, der erste und der letzte Grund alles Übels an seinem Hofe war.

In seinen jüngeren Jahren hielt sich Kaiser Wilhelm nicht immer streng an das Konstitutionelle: später legte er diesen Fehler vollständig ab und handelte niemals ohne Wissen seiner Ratgeber. In der Zeit, in welcher ich amtlich mit ihm zu tun hatte, konnte er als Vorbild konstitutionellen Vorgehens gelten. Bei einem so jungen, unerfahrenen Herrn wie Kaiser Karl war es doppelt notwendig, das Prinzip der ministeriellen Verantwortlichkeit im vollen Umfange aufrechtzuerhalten. Da nach unserem Gesetze der Kaiser „über dem Gesetze stehend und unverantwortlich" war, so war der Grundsatz, daß er keine Regierungshandlung ohne Wissen und Gutheißen des verantwortlichen Ministers vornehmen dürfe, unbedingt notwendig, und Kaiser Franz Joseph hat an diesem Prinzip wie an dem Evangelium festgehalten.

Kaiser Karl, der voll guten Willens, aber ohne jede politische Vorschule und Erfahrung war, hätte zu dieser konstitutionellen Tätigkeit erzogen werden müssen. Dies wurde leider nicht von allen Seiten bedacht und beachtet.

Nach meiner Demission im April 1918 sprach eine Deputation der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses beim Ministerpräsidenten Dr. Seidler vor und betonte die Wichtigkeit eines streng konstitutionellen Regimes. Dr. Seidler erklärte damals, die volle Verantwortung für die „Briefaffäre" zu übernehmen.

Das war widersinnig. Dr. Seidler konnte die Verantwortung für Vorgänge, welche sich ein volles Jahr vorher abgespielt hatten — also zu einer Zeit, da er gar nicht Minister war — nicht übernehmen, abgesehen davon, daß er nachweislich auch während seiner Ministerschaft von den einschlägigen Vorgängen gar nichts erfuhr, sondern erst nach meiner Demission die kaiserliche Auffassung der Sachlage kennen lernte.

Ebenso gut hätte er die Verantwortung für den Siebenjährigen Krieg oder die Schlacht von Königgrätz übernehmen können.

In den Jahren 1917 und 1918, in welchen ich amtlich mit Kaiser Wilhelm zu tun hatte, war seine Scheu vor unangenehmen Erörterungen so stark, daß es oft die größten Schwierigkeiten machte, das Notwendige an den Mann zu bringen. Ich erinnere mich, daß ich einmal auf Kosten der Rücksicht, die man einem Kaiser schuldig ist, eine private Aussprache direkt erzwingen mußte. Ich war mit Kaiser Karl an der Ostfront und stieg in Lemberg aus, um dort in den Zug Kaiser Wilhelms einzusteigen und zwei Stunden mit ihm zu fahren; ich hatte ihm einiges vorzutragen, aber es war nichts besonders Unangenehmes darunter. Ich weiß nicht warum, aber offenbar erwartete der Kaiser peinliche Auseinandersetzungen und setzte der erbetenen Aussprache unter vier Augen eine passive Resistenz entgegen. Er lud mich in den Speisewagen zum ersten Frühstück ein, und dort saßen wir in Gesellschaft von ungefähr zehn Herren, so daß keine Möglichkeit war, die sachliche Konversation zu beginnen. Das Frühstück war längst beendet, und der Kaiser erhob sich nicht. Ich mußte ihn mehrmals und das letztemal sehr ausdrücklich ersuchen, mir einen privaten Vortrag zu ermöglichen, bis er endlich aufstand — dann aber noch einen Herrn des Auswärtigen Amtes der Unterredung beizog, wie um bei demselben Schutz gegen erwartete Vorstöße zu finden. Mit Fremden war Kaiser Wilhelm niemals schroff, was seinen eigenen Leuten gegenüber öfters vorgekommen sein soll.

Bei Kaiser Karl war ja die Situation eine ganz andere. Kaiser Karl war niemals unfreundlich, ja ich habe ihn niemals zornig oder böse gesehen. Es hat nicht der geringste Mut dazu gehört, ihm unangenehme Dinge zu sagen, denn die Gefahr einer heftigen Antwort oder irgendeiner unangenehmen Reaktion war nicht vorhanden. Dennoch war auch bei Kaiser Karl der Wunsch, nur das Angenehme zu glauben und das Unangenehme von sich zu schieben, so stark, daß eine Kritik oder ein Tadel nicht haften blieben, jedenfalls keinen nachhaltigen

Eindruck auszuüben vermochten. Aber auch bei Kaiser Karl war es die Umgebung im engeren und weiteren Sinne, welche es unmöglich machte, ihn von der brutalen Wirklichkeit zu überzeugen. So hatte ich einmal auf einer Rückreise von der Front eine längere Auseinandersetzung mit ihm. Ich hatte ihm Vorwürfe über ich weiß nicht mehr welchen Punkt seiner Regierungstätigkeit gemacht und den Standpunkt verfochten, daß seine Handlungen nicht nur bei mir, sondern in der ganzen Monarchie einen ungünstigen Eindruck hervorriefen. Ich sagte ihm im Verlaufe des Gespräches, er möge sich erinnern, mit welchen ungemein großen Hoffnungen die ganze Monarchie bei seiner Thronbesteigung auf ihn geblickt habe, und er könne mir glauben, daß er achtzig Prozent des Vertrauens bereits verloren habe. Das Gespräch schloß ohne Ergebnis, der Kaiser blieb freundlich wie gewöhnlich, obwohl begreiflicherweise nicht angenehm berührt über den Inhalt meiner Ausführungen. Einige Stunden später kamen wir durch eine Stadt, und nicht nur der Bahnhof, sondern auch alle Gebäude längs des Bahnhofes bis auf die Dächer hinauf waren schwarz von Menschen, welche den kaiserlichen Zug mit Tücherschwenken und unbeschreiblichem Jubel begrüßten. Und die gleichen Szenen wiederholten sich auf verschiedenen anderen Bahnhöfen, die wir durchfuhren. Der Kaiser drehte sich lächelnd nach mir um, und ein Blick von ihm zeigte mir, wie felsenfest er überzeugt sei, daß alles, was ich von seiner abnehmenden Popularität gesprochen hatte, falsch sei, denn das lebendige Bild, das er soeben vor Augen hatte, beweise ihm das Gegenteil. Zur Zeit, als ich in Brest-Litowsk war, begannen in Wien aus Nahrungsmangel hervorgehende Unruhen, welche in Anbetracht der ganzen Situation, und da man nicht wußte, welchen Grad sie noch annehmen werden, etwas Bedrohliches an sich hatten. Als ich mit dem Kaiser die Situation besprach, meinte er lächelnd: „Der einzige, der gar nichts zu fürchten hat, bin ich; wenn es sich wiederholt, dann werde ich unter das Volk gehen, und dann werden

Sie sehen, wie sie mir zujubeln werden.“ Dieser selbe Kaiser ist wenige Monate nachher sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden, und unter all den Tausenden, die ihm zugejubelt hatten, und deren Begeisterung er für echt gehalten, hat sich auch nicht ein einziger gefunden, der für ihn auch nur den kleinen Finger gerührt hätte. Ich habe Szenen der Begeisterung miterlebt, die tatsächlich auch einen kühlen und skeptischen Beurteiler der Volkspsyche hätten täuschen können. Ich sah den Kaiser und die Kaiserin umgeben von weinenden Frauen und Männern, fast erstickt von dem Blumenregen, ich sah die Leute in die Knie sinken und die Hände erheben, wie man eine Gottheit anbetet — und ich kann es den Objekten dieser begeisterten Huldigungen nicht verübeln, wenn sie dieses Talmi für echtes Gold nahmen und in dem Glauben festwurzelten, daß sie persönlich von dem Volke geliebt würden, geliebt ungefähr wie der Vater oder die Mutter von den eigenen Kindern. Begreiflich ist es, daß Kaiser und Kaiserin nach solchen Eindrücken alles, was man ihnen von Kritik und Unzufriedenheit im Volke sagte, als sinnloses Gerede auffaßten und steif und fest bei der Überzeugung blieben, daß gewaltsame Erschütterungen zwar in anderen Ländern, aber nicht bei ihnen vorkommen könnten. Ein jeder einfache Staatsbürger, welcher eine Zeitlang eine höhere Stellung eingenommen hat, erlebt ja an sich selbst in verkleinertem Maßstabe Ähnliches. Ich könnte viele Namen nennen von Männern, welche sich nicht tief genug bücken konnten, solange ich an der Macht war, und nach meiner Demission schnell auf die andere Seite der Straße gingen, um einen Gruß zu vermeiden, da sie fürchteten, die kaiserliche Ungnade könne auf sie rückwirken. Aber ein einfacher Staatsbürger hat jahrzehntelang vor seinem Aufstieg Gelegenheit gehabt, die Welt kennen zu lernen, und er wird, wenn er normal veranlagt ist, die Servilität während seiner Amtszeit mit der gleichen Verachtung einschätzen wie das Benehmen nachher. Den Monarchen fehlt diese Lebensschule,

und sie taxieren die Psyche der Welt daher gewöhnlich falsch. In dieser Tragikomödie aber sind sie die Irregeführten.

Weniger begreiflich ist es, wenn die verantwortlichen Ratgeber, welche die Wirklichkeit von der Komödie zu unterscheiden verpflichtet sind, sich ebenfalls täuschen lassen und aus solchen Begebenheiten heraus ganz falsche politische Schlüsse ziehen. Im Jahre 1918 fuhr der Kaiser in Begleitung des Ministerpräsidenten Dr. Seidler in die südslawischen Provinzen, um dort die Stimmung zu ergründen. Natürlich fand er dort die gleiche Aufnahme wie überall; die Neugierde trieb die Menschen auf seinen Weg, der Druck der Behörden einerseits und die Hoffnung auf kaiserliche Gunst andererseits löste die gleichen Ovationen aus wie in den anderen „zweifellos dynastischen Provinzen“. Und nicht nur der Kaiser, auch Seidler kamen triumphierend zurück und betonten ihre feste Überzeugung, daß alles, was im Parlament und in den Blättern von südslawischen separatistischen Tendenzen gesprochen würde, barer Unsinn und Verdrehung sei, daß es niemals einer Trennung vom Habsburgischen Thron zustimmen würde.

Wenn solche Vorstellungen der Begeisterung und dynastischer Treue den Gefeierten irreführen, so sind — ich wiederhole es — die Schuldigen in erster Linie nicht die Monarchen, sondern diejenigen selbst, die diese Szenen veranstalten und aufführen, und diejenigen, die es unterlassen, die Monarchen aufzuklären. Gewiß, eine solche Aufklärung, welche ja, wie menschlich begreiflich, gegen die Natur des Aufzuklärenden erfolgt, kann nur gelingen, wenn ungefähr alle die, die die Umgebung des Herrschers bilden, in der gleichen rücksichtslosen Form der Wahrheit die Ehre geben. Denn wenn unter zehn Menschen einer oder der andere erklärt, das sei alles nicht echt, und die anderen widersprechen und erklären, die zutagetretende „Liebe des Volkes“ sei überwältigend, so wird der Monarch immer geneigt sein, lieber den vielen

angenehmen als den wenigen unangenehmen Ratgebern zu glauben. Gewollt oder nicht gewollt, sträuben sich die Monarchen alle dagegen, aus der Hypnose zu erwachen — aber das ist menschlich.

Natürlich hat es auch in der engsten Umgebung des Kaisers Wilhelm Männer gegeben, deren Mannesstolz vor dem Kaiserthrone keine starke Belastung vertrug; im allgemeinen aber litten sie mehr unter dem Byzantinismus Deutschlands, als daß sie sich an ihm erfreuten. Ich habe immer gefunden, daß die Servilsten nicht die am Hofe Lebenden waren, sondern Generale, Admirale, Professoren, Beamte, Volksvertreter und Gelehrte, die den Kaiser seltener sahen.

Speziell in der zweiten Hälfte des Krieges waren die maßgebenden Männer um Kaiser Wilhelm herum gewiß keine Byzantiner — vor allem Ludendorff nicht. Dem ganzen Naturell Ludendorffs war jeder Byzantinismus fremd. Energisch, kühn, ziel- und selbstbewußt, reizte ihn jeder Widerspruch, und er war in seinen Worten nicht wählerisch. Dabei war es ihm ganz gleichgültig, ob er seinen Kaiser oder jemand anders gegenüber hatte — er ging gegen jeden an, der sich ihm in den Weg stellte.

Aber wie viele Bürgermeister, Stadträte, Universitätsprofessoren, Abgeordnete — kurz Männer des Volkes und der Wissenschaft — haben sich durch Jahre vor Kaiser Wilhelm bis zum Boden geneigt; ein kaiserliches Wort hat sie berauscht — und wie viele von diesen sind heute unter denen, welche das alte Regime und seine Entartungen, vor allem den Kaiser selbst, verurteilen.

Der geschäftliche Umgang mit Kaiser Wilhelm war für seine politischen Ratgeber während des Krieges dadurch sehr erschwert, daß er fast nie in Berlin, sondern stets im Hauptquartier war. Auch bei Kaiser Karl war die Abwesenheit von Wien sehr erschwerend.

Im Sommer 1917 war der Kaiser Karl beispielsweise in Reichenau, wohin eine zweistündige Autofahrt notwendig

ist; ich war wöchentlich zwei- bis dreimal bei ihm und verlor auf diese Weise auf der Hin- und Rückfahrt und der Audienz stets fünf bis sechs Stunden, die ich dann durch eine verlängerte Nachtarbeit einzubringen trachten mußte. Nach Wien wollte er um keinen Preis, trotz aller Überredungsversuche seiner verschiedenen Ratgeber. Ich habe aus gewissen Äußerungen des Kaisers den Eindruck, daß der Grund dieser ständigen Weigerungen die Besorgnis für die Gesundheit der Kinder war. Er selbst war so anspruchslos, daß seine Bequemlichkeit nicht der Grund der ständigen Weigerung gewesen sein kann. So milde der Kaiser Karl auch war, seine Umgebung widersprach ihm ungern.

Nach dem Abgehen Conrads war auch unter den Badener Generalen keiner mehr, welcher dem Kaiser opponierte.

Große Unannehmlichkeiten brachte mir der Wunsch des Kaisers, dem Erzherzog Joseph Ferdinand wieder ein Kommando zu geben. Der Erzherzog galt als der Schuldige von Luck. Ich kann nicht beurteilen, ob mit Unrecht — wie der Kaiser behauptete — oder ob mit Recht, aber das Faktum, daß er in der Öffentlichkeit kein Vertrauen mehr genoß, stand fest.

Zufällig erfuhr ich, daß seine Wiedereinrückung unmittelbar bevorstehe. Nun ging mich diese rein militärische Maßregel selbstverständlich im Grunde genommen gar nichts an. Ich mußte aber mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen, welche weitere Belastungsproben nicht vertrug, und damit, daß sich nach Conrads Abgang niemand mehr in der Umgebung des Kaisers fand, welcher den geringen Mut aufbrachte, ihm die Wahrheit zu sagen. Der einzige General, von dem ich wußte, daß er noch rücksichtslos offen mit dem Kaiser zu sprechen pflegte, war Alois Schönburg — und der war irgendwo an der italienischen Front. So sagte *ich* dem Kaiser, daß die Wiederernennung eine Unmöglichkeit sei, und begründete dies damit, daß der Erzherzog alles Vertrauen

des Hinterlandes verloren habe und daß man von den Müttern nicht verlangen könne, daß sie ihre Söhne dem Kommando eines Generals ausliefern, in welchem sie alle den Schuldtragenden der Lucker Katastrophe erblickten. Der Kaiser blieb dabei, dies sei ungerecht, der Erzherzog trage nicht die Schuld. Ich entgegnete, auch wenn dies der Fall sei, müsse der Erzherzog resignieren, denn das Vertrauen der Welt habe er einmal verloren, und die äußerste Kraftanstrengung der Völker sei nicht zu verlangen und nicht zu erreichen, wenn man das Kommando Generalen gäbe, welche einstimmigem Mißtrauen begegneten.

Meine Bemühungen blieben fruchtlos.

Ich schlug daher einen anderen Weg ein und sandte einen Herrn aus dem Ministerium des Äußern zu dem Erzherzog mit dem Ersuchen, freiwillig auf das Kommando zu verzichten.

Es muß anerkannt werden, daß sich Joseph Ferdinand sehr loyal und vornehm verhielt, indem er auf dieses Ersuchen hin, um dem Kaiser nicht zu schaden, Seiner Majestät selbst seinen Verzicht auf ein Kommando an der Front meldete. Zwischen dem Erzherzog und mir fand dann noch ein kurzer Briefwechsel statt, welcher seitens des Erzherzogs in gereizter und nicht übermäßig höflicher Form geführt wurde — ein Vorgehen, welches ich ihm nicht übel nahm in Anbetracht des Umstandes, daß meine Einmischung ihm seine Wiederverwendung verdorben hatte.

Seine spätere Ernennung zum Chef der Luftstreitkräfte erfolgte ohne mein Wissen, war jedoch harmlos im Vergleiche zu den früheren Plänen.

Der Byzantinismus hat aber zweifellos in Berlin viel abstoßendere Formen angenommen, als dies jemals in Wien der Fall war. Das Faktum allein, daß hohe Würdenträger dem Kaiser Wilhelm die Hand küßten, wäre ein in Wien ganz unmögliches Vorgehen gewesen. Ich habe es niemals erlebt, daß bei uns jemand, und wäre er unter den Servilsten gewesen,

sich zu einer solchen Handlung erniedrigt hätte — einer Handlung, die in Berlin etwas vollständig Alltägliches war. Ich habe das sehr oft gesehen. So schenkte Kaiser Wilhelm nach einer Fahrt auf dem „Meteor" in der Kieler Woche zwei deutschen Herren Krawattennadeln als Erinnerung an die Fahrt. Er übergab sie ihnen, und mein Erstaunen war groß, als die beiden als Dank dafür die kaiserliche Hand küßten.

Zu der Kieler Woche kamen stets auch zahlreiche Ausländer: Amerikaner, Engländer und Franzosen. Kaiser Wilhelm beschäftigte sich viel mit ihnen, und fast immer waren sie unter dem Charme seiner Persönlichkeit. Für Amerika hatte Wilhelm II. anscheinend eine Vorliebe — der Eindruck seiner Gefühle England gegenüber läßt sich schwer beschreiben. Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß der Kaiser die geringe Sympathie, die er in England genoß, als störenden Mangel empfand und gerne an der Themse beliebt gewesen wäre, und daß das Mißlingen dieses Bestrebens bei ihm einen gewissen Ärger auslöste. Er war sich natürlich vollkommen klar darüber, daß die Art und Weise, wie er persönlich in England eingeschätzt würde, auf die englisch-deutschen Verhältnisse einwirken müsse, und sein Wunsch, in England gut beurteilt zu werden, entsprang daher nicht persönlicher Eitelkeit, sondern politischen Interessen.

Den Eindruck, daß das prononcierte Auftreten Kaiser Wilhelms, seine ganze Art und Weise, „sich zu geben", in England nicht abstieß, aber doch das „Sichverstehen" erschwerte, gaben auch die Schilderungen, welche den Kontakt zwischen dem Kaiser und König Eduard betreffen.

König Eduard war wie bekannt einer der geschicktesten Menschenbehandler Europas, und sein Interesse für die äußere Politik war stets dominierend. Er hätte den idealsten Typus eines Botschafters dargestellt. Gut verstanden haben sich Onkel und Neffe niemals, schon in der Zeit nicht, als der Neffe schon Kaiser und der viel ältere Onkel immer noch Prinz war — eine Positionsdifferenz, welche der ewig

spöttische Kiderlen-Wächter durch die Worte charakterisierte: „Der Prinz von Wales könne es seinem achtzehn Jahre jüngeren Neffen nicht verzeihen, daß dieser eine bessere Karriere mache als er selbst."

Persönliche Sympathie und persönliche Differenzen in den leitenden Sphären können aber die Weltgeschichte beeinflussen. Politik wird von Menschen gemacht und immer gemacht werden, und immer werden persönliche Beziehungen dabei eine gewisse Rolle spielen. Wer kann heute sagen, ob der Lauf der Welt nicht ein anderer geworden wäre, wenn die Monarchen Englands und Deutschlands mehr homogene Naturen gewesen wären? Die Einkreisungspolitik König Eduards begann ja erst, als er die — meiner Ansicht nach unrichtige — Überzeugung gewann, daß eine Verständigung mit Kaiser Wilhelm unmöglich sei.

Die Schwierigkeit im Naturell Kaiser Wilhelms, sich anderen Ideen und Gedankenrichtungen anzupassen, nahm im Laufe der Jahre zu. Das war die Schuld seiner Umgebung im weitesten Sinne.

In der Atmosphäre, in welcher Kaiser Wilhelm lebte, mußte die beste Pflanze verderben. Der Kaiser konnte sagen oder tun, was er wollte: ob es richtig oder falsch war — er stieß auf begeistertste Bewunderung und Lob. Es fanden sich immer Menschen dutzendweise, welche ihre verhimmelnde Bewunderung überbrachten.

Beispielsweise kam im Kriege ein Buch heraus „Der Kaiser im Felde" von Dr. Bogdan Krieger. Kaiser Wilhelm schenkte mir dasselbe im Mai 1917 in Kreuznach mit einer auf den Krieg bezüglichen Inschrift. Das Buch enthält eine genaue Beschreibung dessen, was der Kaiser während des Feldzuges getan hat — aber nichts als Äußerlichkeiten; wohin er gefahren, wo er gefrühstückt, mit wem er gesprochen, welche Witze er gemacht, wie er gekleidet gewesen, wie sein Auge geleuchtet usw.; ferner Ansprachen an die Truppen, ganz uninteressante und belanglose Worte, die er den einzelnen

Soldaten gesagt, und dergleichen mehr. Und das Ganze ist umgeben, durchwoben und durchtränkt von grenzenloser, maßloser Bewunderung, von unausgesetztem Lob. Der Kaiser gab mir das Buch bei meiner Abreise, und ich blätterte es im Waggon durch.

Einige Wochen später fragte mich ein deutscher Offizier, welcher meiner Abreise beigewohnt hatte, was ich von dem Buche hielte; ich erwiderte ihm, es sei Schundliteratur, die dem Kaiser schade, und es wäre in seinem Interesse, dasselbe zu konfiszieren. Der Offizier erwiderte, das sei auch seine Ansicht, dem Kaiser aber sei von vielen Seiten versichert worden, es sei ein ausgezeichnetes, den Geist der Armee anfeuerndes Werk, und daher verbreite er es. Später machte ich einmal gesprächsweise bei einem Diner den Grafen Hertling auf die Schrift aufmerksam und riet ihm, solche Produkte, die dem Kaiser mehr als irgendein Pamphlet schadeten, zu unterdrücken. Der alte Herr bekam einen roten Kopf vor Ärger und erklärte, „es sei immer dasselbe: Leute, die sich beim Kaiser einschmeicheln wollten, brächten ihm solche Sachen. Dieses Buch sei ihm — Hertling — erst vor kurzem von einem Universitätsprofessor ungemein gelobt worden. Der Kaiser habe ja gar nicht die Zeit, das Zeug zu lesen, und sitze solchen Schmeicheleien auf; er selbst habe es auch nicht gelesen, werde es sich aber jetzt vorlegen lassen."

Ich weiß nicht, wer der Universitätsprofessor war, aber jedenfalls war er nicht in der ständigen Umgebung des Kaisers, ebenso wenig wie der Verfasser des Buches. Ich hatte in diesem Falle, wie öfters, den Eindruck, daß viele Herren aus der Suite Kaiser Wilhelms mit dieser Richtung gar nicht einverstanden waren. Aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erschwerte es ihnen, dagegen aufzutreten. Der Hof war in diesem Strom von Servilität nicht der Führer, sondern der Geschobene.

Der Botschafter Prinz Hohenlohe hatte während meiner Amtszeit sehr zahlreiche Unterredungen mit Kaiser Wilhelm;

er hat stets ungemein offen und frei mit ihm gesprochen und ist dennoch stets auf dem besten Fuß mit ihm geblieben. Gewiß war dies für einen fremden Botschafter leichter als für einen Reichsdeutschen, aber es beweist doch, daß der Kaiser dies ertrug, wenn es in der richtigen Form geschah.

Kaiser Wilhelm wurde in seinem Lande verherrlicht und verhimmelt oder in einem kleinen Teil der Presse tendenziös verhöhnt und verspottet. Diese letztere Richtung trug aber dermaßen den Charakter der persönlichen Feindschaft um jeden Preis an sich, daß dadurch ihr Tadel a priori diskreditiert war. Hätten sich häufiger ernste Blätter und Stimmen gefunden, welche die zweifellos vorhandenen Fehler des Kaisers würdig besprochen und getadelt, gleichzeitig aber seine großen und guten Eigenschaften anerkannt hätten, so wäre das besser gewesen — und wären mehr Bücher über ihn geschrieben worden, die, statt läppisches Zeug zu erzählen, seine Witze zu wiederholen, seinen Anzug zu beschreiben und ihm Weihrauch zu streuen, erzählt hätten, daß der Mann innerlich ganz anders ist, als er sich gibt, daß er voll des besten Willens und voll leidenschaftlicher Liebe für Deutschland ist, daß er in seiner tiefen Religiosität oft mit sich selbst und seinem Gott ringt und sich fragt, ob es der richtige Weg sei, den er gehe, daß er in seiner Liebe für das deutsche Volk viel ehrlicher war als viele Deutsche für ihn, daß er sie niemals täuschte, aber fortgesetzt von vielen getäuscht wurde, — so wäre auch dies besser und vor allem wahrer gewesen.

Kaiser Wilhelm, der zweifellos, was Begabung und Talent anbelangt, über dem Durchschnitt der Menschen steht, wäre gewiß, wenn er als gewöhnlicher Sterblicher zur Welt gekommen wäre, ein sehr brauchbarer Offizier, Architekt, Ingenieur, Parlamentarier oder was immer geworden; seine große Begabung hätte ihre Früchte getragen, wenn er gezwungen gewesen wäre, sich seinen Weg tastend an den Stacheln der Kritik zu suchen. Bei der bestehenden Kritiklosigkeit verlor er das Maß, und das war sein Unglück. Kaiser Wilhelm I. war

ja, nach allem, was man über ihn zu lesen bekommen hat, eine ganz andere Natur, und doch war es Bismarck gewiß oft nicht leicht, mit ihm fertig zu werden, obwohl Bismarcks Loyalität und dynastische Subordination niemals seiner rücksichtslosen Offenheit Eintrag getan haben dürfte. Aber Kaiser Wilhelm I. war ein „self made man“ auf dem Throne, als er zur Regierung kam, wankte sein Reich, mit Hilfe der ausgezeichneten Männer, die er zu finden und zu halten wußte, stützte er dasselbe und zimmerte über Königgrätz und Sedan hinaus das große Deutsche Reich. Für Wilhelm II. hätte das Wort des Dichters gegolten: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Wilhelm II. kam auf den Thron, als Deutschland den Höhepunkt seiner Macht erreicht hatte. Er hat nicht wie sein Großvater durch eigene Arbeit das geschaffen, was er besessen, ihm war es mühelos in den Schoß gefallen, und auf seine ganze geistige Entwicklung hat dieses Faktum einen großen Einfluß genommen.

Kaiser Wilhelm war ein unterhaltender, interessanter „Causeur“. Man konnte ihm stundenlang zuhören, ohne sich zu langweilen. Die Kaiser haben ja im allgemeinen den Vorteil, leicht ein Auditorium zu finden — aber Kaiser Wilhelm hätte man auch gerne zugehört, wenn er ein gewöhnlicher Bürger gewesen wäre. Er sprach über Kunst, Wissenschaft, Politik und Musik, Religion und Astronomie und war stets anregend. Nicht daß alles richtig schien, was er sagte, im Gegenteil verstieg er sich oft zu sehr anfechtbaren Konklusionen — aber den größten Fehler, den der Mensch in der Gesellschaft haben kann, den Fehler, die anderen zu langweilen, den hatte er nie.

War Kaiser Wilhelm in Worten und Gesten stets sehr stark, so war er speziell während des Krieges doch in seinen Handlungen bedeutend weniger selbständig, als man im allgemeinen annimmt. Und in diesem Punkte ist meiner Ansicht nach einer der Hauptgründe gelegen, welcher eine

mißverständliche Beurteilung der ganzen Regierungstätigkeit Kaiser Wilhelms in der Öffentlichkeit involviert. Viel mehr als die Öffentlichkeit glaubt, war er der Geschobene, nicht der Schiebende, und wenn sich die Entente heute das Recht anmaßt, Kläger und Richter in einer Person zu sein und dem Kaiser einen Prozeß zu machen, — so ist dies, abgesehen von allem anderen, deshalb falsch und ungerecht, weil Kaiser Wilhelm sowohl bei der Vorgeschichte des Krieges als auch während des Krieges niemals die Rolle gespielt hat, die die Entente ihm zuschreibt.

Der Arme hat Böses durchgemacht, und vielleicht steht ihm noch Böseres bevor. Er ist zu hoch getragen worden, um nicht furchtbar tief zu fallen. Das Schicksal scheint ihn auserlesen zu haben, eine Schuld zu sühnen, die, soweit sie überhaupt besteht, nicht so sehr die seine ist, als die seines Landes und seiner Zeit. Kaiser Wilhelms Verderben war der Byzantinismus Deutschlands, dieser Byzantinismus, der ihn umstrickte und umgarnte, wie eine Schlingpflanze einen Baum — diese unübersehbar große Schar der Schmeichler und Streber, die ihn im Unglück verließ. Und Kaiser Wilhelm war nur ein besonders markanter Exponent seiner Klasse. Alle modernen Monarchen haben diese Krankheit, nur war sie bei Kaiser Wilhelm stärker entwickelt und daher auch stärker zu sehen als bei den anderen. Von Jugend auf dem Gifte des Lobes besonders zugänglich, in einer Epoche, in einem Lande und an einem Hofe, wo das Handküssen heimatberechtigt war, dabei an der Spitze eines der größten und stärksten Staaten der Welt, mit einer nahezu unbeschränkten Macht, unterlag er dem fatalen Los, dem Menschen unterliegen müssen, wenn sie den realen Boden unter den Füßen verlieren und an ihre Gottähnlichkeit zu glauben beginnen.

Er sühnt eine Schuld, die nicht die seine ist. Er kann in seine Einsamkeit den Trost mitnehmen, stets nur das Beste gewollt zu haben. Und trotz allem, was heute über

Wilhelm II. gesprochen und geschrieben wird, gilt für ihn voll und ganz das schöne Wort: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind.“ Wenn er sich von der Welt zurückzieht, so kann er als kostbarstes Gut sein gutes Gewissen mit sich nehmen.

Und vielleicht wird sich Wilhelm II. an seinem Lebensabend sagen können, daß er erkannt habe, daß es im menschlichen Leben kein Glück und kein Unglück gibt, — sondern nur einen Unterschied der Kraft, sein Schicksal zu tragen.

2.

Niemals war der Krieg in dem Programm Wilhelms II. Ich kann nicht sagen, wo in seinem Geiste die Grenzen der Rolle gesteckt waren, welche er Deutschland zugedacht hatte, und ob die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, „in seinen Ambitionen für Deutschland zu weit gegangen zu sein,“ sich rechtfertigen lassen oder nicht. An eine alleinige Weltherrschaft Deutschlands hat er gewiß niemals gedacht, denn er war nicht so naiv, zu glauben, daß er dieselbe ohne Krieg erreichen könne, aber seine Pläne gingen gewiß dahin, daß Deutschland dauernd unter den ersten Mächten der Welt rangiere. Ich weiß bestimmt, daß dem Kaiser als sein Ideal der Gedanke vorgeschwebt hat, zu einem Weltabkommen mit England zu gelangen und sich gewissermaßen mit England in die Welt zu teilen. In seinem Gedankengang lag es, in dieser Weltaufteilung noch Rußland und Japan eine gewisse Rolle zuzudenken, für die übrigen Staaten, insbesondere für Frankreich hatte er wenig übrig, von der Überzeugung durchdrungen, daß dies im Abstieg begriffene Nationen seien. Wenn heute behauptet wird, Wilhelm habe diesen Krieg absichtlich vorbereitet und dann entfesselt, so widerspricht dies seiner jahrzehntelangen friedlichen Regierungstätigkeit. In seinem Werke „Die Vorgeschichte des Weltkrieges“ schreibt Helfferich über die Haltung Kaiser

Wilhelms während der Balkanwirren und erwähnt: „Für die Haltung des Deutschen Kaisers in dieser für die deutsche Politik schwierigen Lage, die eine große Ähnlichkeit mit der Lage vom Juli 1914 hat, ist ein Telegramm bezeichnend, das Wilhelm II. damals an den Reichskanzler richtete des Inhalts: Der Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn zwinge uns, zu marschieren, wenn Österreich-Ungarn von Rußland angegriffen werde. Dann werde auch Frankreich hineingezogen werden, und England werde unter solchen Umständen wohl auch nicht ruhig bleiben. Die jetzt schwebenden Streitfragen ständen zu dieser Gefahr in keinem Verhältnis. Es könne nicht der Sinn des Bündnisvertrages sein, daß wir, ohne daß Lebensinteressen des Verbündeten bedroht seien, für eine Laune des Verbündeten in einen Kampf auf Leben und Tod gehen müßten. Wenn sich allerdings zeigen sollte, daß die andere Seite einen Angriff beabsichtige, dann werde man jede Gefahr auf sich nehmen müssen. Dieser ruhige und feste Standpunkt, der allein den Frieden erhalten konnte, war für die deutsche Politik auch in der weiteren Entwicklung maßgebend. Er wurde durchgehalten sowohl gegenüber einem starken russischen Druck, wie auch gegenüber anders gerichteten Tendenzen und vorübergehenden Verstimmungen in Wien." Ob eine Verstimmung in Wien geherrscht hat, weiß ich nicht — aber im übrigen halte ich die Darstellung für vollkommen richtig.

Es wurde schon höher oben erwähnt, daß alle die geharnischten Worte, die der Kaiser in die Welt schleuderte, aus einer mißverständlichen Auffassung über ihre Wirkung hervorgingen. Der Kaiser wollte imponieren, er wollte vielleicht sogar erschrecken, das soll gern zugegeben werden, aber er wollte nach dem Prinzip handeln: Si vis pacem, para bellum, und er wollte durch das markierte Betonen der militärischen Kraft Deutschlands die vielen Feinde und Neider seines Reiches davon abhalten, ihm ihrerseits den Krieg zu erklären.

Es wird hier keinen Augenblick bestritten, daß diese Haltung oft eine unglückliche und verfehlte war, es soll nicht geleugnet werden, daß sie zum Ausbruche des Weltkrieges beigetragen hat — aber es wird behauptet, daß dem Kaiser der „dolus" des Kriegmachens fehlte, daß er Worte sprach und Dinge unternahm, die gegen seinen Willen eine kriegschürende Wirkung hatten.

Hätten sich in Deutschland Männer gefunden, welche die schädliche Wirkung, die sein Auftreten mit sich brachte, nicht verheimlicht, sondern dem Kaiser das wachsende Mißtrauen der ganzen Welt geschildert hätten — hätte sich nicht einer oder der andere, aber hätten sich dutzendweise Männer solcher Art gefunden, gewiß wäre der Eindruck auf den Kaiser nicht ausgeblieben. Es ist ja richtig, daß der Preuße unter allen Erdenbewohnern derjenige ist, der sich am wenigsten in die Psyche eines anderen Menschen hineindenken kann, und vielleicht waren in der Umgebung des Kaisers tatsächlich wenig Männer, welche die steigende Besorgnis der Welt erkannten. Vielleicht waren viele von denen, die dem Kaiser ununterbrochen Lob zollten, wirklich und ehrlich der Ansicht, daß sein Auftreten das richtige sei. Aber es hat unter den deutschen Politikern der letzten Jahrzehnte zu viele kluge Männer gegeben, um nicht glauben zu können, daß viele von ihnen ein klares Bild der Situation hatten, und es bleibt wahr, daß sie, um den Kaiser und vor allem sich selbst zu schonen, nicht den Mut fanden, ihn hart anzufassen und ihm die Wahrheit rücksichtslos ins Gesicht zu sagen.

Das sind keine Vorwürfe, das sind Erinnerungen — aber Erinnerungen, die nicht überflüssig scheinen zu einer Zeit, in der Kaiser Wilhelm zum Sündenbock der ganzen Welt gestempelt werden soll. Gewiß, wie der Kaiser nun einmal war, wäre ein solches Experiment nicht abgegangen, ohne daß vorerst einige Widerstände zu überwinden gewesen wären. Die ersten seiner Untertanen, die es sich heraus-

genommen hätten, mit dem Kaiser wirklich einmal deutsch zu sprechen, wären wohl vorerst etwas erstaunt angesehen worden, und dafür wollte sich keiner hergeben, keiner wollte den Anfang machen. Hätten sich aber Männer gefunden, die ohne Rücksicht auf sich selbst so vorgegangen wären, so wäre zweifellos ein Erfolg eingetreten, denn der Kaiser war nicht nur guten Willens, er war auch impressionabel, und eine konsequente, zielbewußte Arbeit auf Basis furchtloser Ehrlichkeit hätte Eindruck auf ihn gemacht. Dabei war der Kaiser ein durch und durch guter, wohlwollender Mensch. Es verursachte ihm aufrichtige Freude, Gutes zu tun. Auch war er frei von dem Hasse gegen die Feinde. Im Sommer 1917 sprach er mit mir über das Los des gestürzten Zaren und seinen Wunsch, demselben zu helfen und ihn eventuell nach Deutschland zu bringen. Und dieser Wunsch entsprang nicht nur dynastischen, sondern menschlichen Motiven. Wiederholt betonte er, daß ihm jeder Wunsch nach Rache völlig fernliege und er „den niedergeworfenen Gegner wieder aufheben werde".

Ich glaube, daß Kaiser Wilhelm die Wolken gesehen hat, die sich schwarz und schwärzer am politischen Horizont auftürmten, aber er war sicher der aufrichtigen und ehrlichen Überzeugung, daß dieselben ohne das geringste Verschulden seinerseits entstanden seien, daß sie nur dem Neid und der Eifersucht entsprangen, und daß es kein anderes Mittel gebe, um die drohende Kriegsgefahr in Schach zu halten, als eben die ostentativ aufgetragene Pose der Kraft und Unerschrockenheit. „Deutschlands Kraft und Stärke muß täglich in die Welt hinausposaunt werden, denn solange sie uns fürchten, werden sie uns nichts machen" — war ungefähr die These an der Spree. Und das Echo der Welt schrie zurück: „Dieses fortwährende Pochen auf die deutsche Kraft, diese ewigen Einschüchterungsversuche beweisen, daß Deutschland die ganze Welt tyrannisieren will."

Als der Krieg ausbrach, war der Kaiser von der felsenfesten Überzeugung durchdrungen, daß es sich um einen ihm

aufgezwungenen Verteidigungskrieg handle, und diese Überzeugung teilte mit ihm die erdrückende Majorität des deutschen Volkes. Ich kann die obenerwähnten Schlüsse nur aus der ganzen mir bekannten Psyche des Kaisers und seiner Umgebung und aus indirekten Nachrichten ziehen. Wie ich bereits betont habe, hatte ich die letzten Jahre vor dem Kriege und auch noch die zwei nach Kriegsausbruch nicht den geringsten direkten Kontakt mit Berlin.

Als ich den Kaiser im Winter 1917 in meiner Eigenschaft als Minister des Äußern wiedersah, fand ich ihn ergraut, aber immer noch von der gleichen Lebhaftigkeit wie früher. Trotz demonstrativ aufgetragener Siegeszuversicht glaube ich, daß Wilhelm II. im Winter 1917 bereits Zweifel an dem Ausgange des Krieges hatte und von dem sehnlichsten Wunsche erfüllt war, zu einem erträglichen Ende zu kommen. Als ich ihm im Laufe einer unserer ersten Unterredungen zuredete, kein Opfer zu scheuen, um den Krieg zu beenden, unterbrach er mich mit den Worten: „Aber was wollen Sie denn? Niemand will den Frieden heißer als ich. Aber wir hören es doch alle Tage, die anderen wollen keinen Frieden, bevor Deutschland nicht zerschmettert ist.“ Diese Antwort war richtig, denn alle englischen Äußerungen gipfelten in demselben Satze: Germaniam esse delendam. Ich versuchte dennoch, den Kaiser zu überreden, das Opfer von Elsaß-Lothringen anzutragen, und gab meiner Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich schwerlich dazu zu haben sein werde, den Krieg fortzusetzen, wenn es selbst alles das erreicht habe, was sein nationales Ideal verlange. Ich glaube, daß der Kaiser, wenn er die positive Sicherheit gehabt hätte, daß dies den Krieg wirklich beendet, und wenn er die Furcht losgeworden wäre, daß ein solches schmerzliches Angebot von Deutschland als unerträglich empfunden werden würde, daß, sage ich, der Kaiser für seine Person zugestimmt hätte. Aber die Befürchtung, daß gerade ein solcher Verlustfriede nach all den gebrachten Opfern das

deutsche Volk in die Verzweiflung treiben werde, war bei ihm ausschlaggebend.

Es kann auch heute gar nicht konstatiert werden, ob die Befürchtung nicht richtig war. Im Jahre 1917 und auch noch 1918 war der Glaube an ein siegreiches Ende in Deutschland so stark, daß es mindestens sehr zweifelhaft ist, ob das deutsche Volk einer Preisgabe von Elsaß-Lothringen zugestimmt hätte. Im Reichstag waren alle Parteien dagegen, auch die Sozialdemokraten.

Ein hoher deutscher Funktionär sagte mir im Frühjahr 1918: „Ich hatte zwei Söhne. Der eine ist auf dem Schlachtfelde geblieben, aber lieber gebe ich noch den zweiten her, als auf Elsaß-Lothringen zu verzichten"; und so wie er dachten viele.

Im Laufe der anderthalb Jahre, in welchen ich selbstverständlich oft Gelegenheit hatte, mit Wilhelm II. zusammenzukommen, hat seine Seelenverfassung natürlich auch verschiedene Phasen durchgemacht. Nach großen militärischen Erfolgen, so nach dem Niederbruche Rußlands und Rumäniens, gelang es seinen Generalen immer wieder, ihn auf ihr Eroberungsprogramm einzuschwören, und es wäre eine falsche Auffassung, wenn man glauben würde, daß Wilhelm II. durchweg und ununterbrochen an dem Gedanken festgehalten hätte: „Vor allem nur der Friede!" Er schwankte, er war manchmal pessimistischer, manchmal optimistischer, und damit änderten sich auch seine Friedensziele. Aber es ist ja menschlich nur begreiflich, daß die veränderten Situationen auf dem Kriegsschauplatze auch die Psyche des einzelnen beeinflußt haben, und kein Mensch in Europa war frei von solchen Schwankungen.

Anfang September 1917 schrieb er z. B. dem Kaiser Karl über einen bevorstehenden Angriff an der italienischen Front, und in demselben Schreiben fand sich der Passus: „Ich hoffe, daß die Möglichkeit gemeinsamer Offensive unserer verbündeten Heere auch die Stimmung Deines Außenministers

beleben wird. Zu einer anderen wie zu einer zuversichtlichen Stimmung haben wir meines Erachtens bei Betrachtung der Gesamtlage keinen Grund." Auch andere Schreiben und Aussprüche des Kaisers beweisen diese Schwankungen in seiner Stimmung. Nebenbei befolgte er wie auch die Wilhelmstraße gerne die Taktik, dem „kriegsmüden Österreich-Ungarn" gegenüber eine prononcierte Siegeszuversicht zur Schau zu tragen, um unsere Widerstandskraft zu stärken.

Ein großes Verdienst um die Erhaltung guter freundschaftlicher Beziehungen zwischen Wien und Berlin hat sich Erzherzog Friedrich erworben. Es war nicht immer leicht, die heiklen Fragen der Kriegführung ohne Verstimmung zu lösen. Die ehrliche, gerade Art des Erzherzogs und sein stets freundliches, bescheidenes Auftreten haben oft schwierige Situationen gerettet.

Nach dem Niederbruche und dem Umsturze, als die Beschimpfungen der kaiserlichen Familie ein völlig gefahrloses Unternehmen geworden waren, haben sich gewisse Blätter darin gefallen, auch den Erzherzog Friedrich mit Kot zu bewerfen. Es wird nichts davon an ihm haften bleiben. Der Prinz ist ein vornehmer, tadellos integrer Charakter, und er ist stets gegen Mißbräuche aufgetreten. Er hat so manches verhindert; wenn er nicht alles verhindern konnte, so war das nicht seine Schuld.

Kriegsmüde und friedenbegehrend im wahrsten Sinne des Wortes war der Kronprinz Wilhelm, als ich ihn nach vielen Jahren im Sommer 1917 wiedersah. Ich war an die französische Front gereist, um mit ihm zusammenzutreffen und zu versuchen, ob es nicht möglich sei, durch ihn einen Druck im Sinne der Nachgiebigkeit vor allem auf die herrschenden Militärs auszuüben.

Die lange Unterredung, die ich mit ihm hatte, bewies mir, daß er — wenn jemals kriegerisch — vollständig Pazifist geworden war.

Aus meinem Tagebuch:

An der Westfront 1917.

Wir fahren nach den Camps des Romains. Gruppenweise, um nicht die Aufmerksamkeit der feindlichen Artillerie auf die Autos zu lenken, denn stellenweise ist der Weg vom Feinde eingesehen. Ich bin mit Bethmann eingeteilt. Wir sprachen über die Militärs, und Bethmann sagte: „Die Generale werden wohl mit Handgranaten nach mir schmeißen, wenn sie mich erblicken.“ Er hat einen furchtbar schweren Stand gegenüber diesen Siegfriedlern.

Hoch über uns ein feindlicher Flieger. Er zieht seine Kreise und kümmert sich den Teufel um die Schrapnelle, die um ihn herum platzen. Das Schießen hört auf, und der menschliche Vogel kreist weiter in seinen unerreichbaren Höhen. Von weit her hört man Artilleriefeuer, wie fernen Donner.

Von den Camps aus sind die französischen Linien nicht weit, ein paar hundert Meter. Hier und da fällt ein Schuß, und man hört eine Granate heulen, sonst ist es noch ruhig. Es ist noch zu früh am Tage, das Schießen beginnt gewöhnlich erst gegen zehn Uhr, hört zu Mittag auf — Frühstückspause — und geht nachmittags weiter.

Bei der Rückfahrt beginnt die tägliche Artillerieschlacht. Auf der ganzen Linie dröhnt es ununterbrochen.

St. Mihiel.

Wir hielten in St. Mihiel. Es sind viele Franzosen dageblieben. Sie wurden zurückbehalten als Geiseln, damit die Stadt nicht beschossen wird. Am Platze standen die Leute herum und betrachteten die Autokolonne.

Ich sprach mit einer alten Frau, die, abseits von den anderen, auf den Stufen vor einem Hause saß. Sie sagte: „Niemals wird dieses Unglück wieder gut werden. Es kann nicht mehr ärger werden, als es ist. Mir ist es einerlei, was geschieht. Ich bin nicht von hier. Mein einziger Sohn ist

gefallen, mein Haus ist verbrannt, ich habe nichts mehr zu verlieren. Ich habe nichts mehr als den Haß gegen die Deutschen, und den werde ich Frankreich vererben.“ Und sie sah an mir vorüber ins Leere. Ohne Leidenschaft hat sie gesprochen — nur furchtbar traurig.

Dieser entsetzliche Haß! Generationen werden ins Grab steigen, bis diese Flut von Haß sich verläuft. Und ist ein Ausgleich, ein Verständigungsfriede möglich bei dieser Psyche der Völker? Muß es nicht dahin kommen, daß einer von beiden am Boden liegt und vernichtet wird?

St. Privat.

Auf der Fahrt nach Metz kamen wir durch St. Privat. Monumente, die vom Jahre 1870 erzählen, liegen längs der Straße. Alles historischer, blutgedüngter Boden. Jeder Stein und jeder Fleck spricht von vergangenen großen Zeiten. Hier wurde der Samen gelegt für die Revancheidee, um die jetzt gerungen wird.

Bethmann scheint meine Gedanken zu erraten. Jedes Opfer wäre für Deutschland erträglicher, meint er, als die Abtretung von Elsaß, weil Deutschland damit eine der glänzendsten Epochen seiner Geschichte auslöschen müßte.

Sedan.

Auf der Fahrt nach dem Quartiere des Kronprinzen.

Da liegt das kleine Haus, wo die historische Zusammenkunft zwischen Bismarck und Napoleon III. stattfand. Die Frau, die damals da wohnte, ist erst vor einigen Wochen gestorben. Sie sah ein zweites Mal die Deutschen kommen. Einen Moltke haben sie wohl wieder mitgebracht — der Bismarck fehlt. Aber dieses Detail wird die alte Frau nicht stark interessiert haben.

Beim Kronprinzen.

Ein hübsches, kleines Haus, außerhalb des Ortes. Ich fand die Aufforderung des Kronprinzen vor, gleich zu ihm zu kommen, und so sprachen wir fast eine Stunde unter vier Augen, noch vor dem Abendessen.

Ich weiß nicht, ob der Kronprinz jemals kriegerisch war, wie die Leute erzählen, aber heute ist er es nicht mehr. Er will den Frieden, er sehnt ihn herbei, nur weiß er nicht, wie man dazu kommen soll. Er sprach sehr ruhig und vernünftig. Er wäre dafür, auch territoriale Opfer zu bringen, aber er scheint auch zu glauben, daß Deutschland das nicht ertragen würde. In dem Kontraste zwischen der tatsächlichen militärischen Lage, den zuversichtlichen Erwartungen der Generale — und den Befürchtungen, die im Kopfe eines militärischen Laien sitzen, liegt die große Schwierigkeit. Und dann ist es ja nicht Elsaß-Lothringen allein. Die Vernichtung des deutschen Militarismus heißt an der Themse doch die einseitige Entwaffnung Deutschlands. Kann eine Armee, die weit im Feindeslande steht, und deren Generale vom Endsieg überzeugt sind, kann ein Volk, das nicht geschlagen ist, das ertragen?

Ich redete dem Kronprinzen dennoch zu, mit seinem Vater über die Abtretung zu sprechen. Er war ganz einverstanden. Dann lud ich ihn, im Namen des Kaisers, nach Wien ein, was er zu tun versprach, sobald er die Erlaubnis erhalte.

Zurückgekehrt, schrieb der Kaiser ihm einen von mir entworfenen Brief, in welchem folgender Passus vorkam:

„Mein Minister des Äußern hat mir die interessante Unterredung gemeldet, die er mit Dir zu haben die Ehre hatte, und alle Deine Aussprüche haben mich von Herzen gefreut, weil sich darin meine Auffassung der Lage so genau widerspiegelt. Trotz aller übermenschlichen Leistungen unserer Truppen erfordert die Lage im Hinterlande unbedingt ein Ende des Krieges noch vor dem Winter, dies gilt für Deutschland so gut wie für uns. Die Türkei wird nur mehr sehr kurz mitmachen, und mit ihr verlieren wir auch Bulgarien, dann sind wir zwei allein, und das kommende

Frühjahr wird Amerika bringen und eine noch verstärkte Entente. Ich habe andererseits bestimmte Anzeichen, daß wir Frankreich für uns gewinnen könnten, wenn Deutschland sich zu gewissen territorialen Opfern in Elsaß-Lothringen entschließen könnte. Haben wir Frankreich gewonnen, so sind wir Sieger, und Deutschland kann sich anderweitig ausgiebig entschädigen. Aber ich will nicht, daß Deutschland das Opfer allein tragen sollte. Ich will selbst den Löwenanteil dieses Opfers tragen und habe Seiner Majestät Deinem Vater erklärt, daß ich unter den vorerwähnten Bedingungen bereit bin, nicht nur auf ganz Polen zu verzichten, sondern auch Galizien an Polen abzutreten und dieses Reich an Deutschland angliedern zu helfen. Deutschland würde im Osten ein Reich gewinnen, während es im Westen einen Teil seines Landes hergeben würde. Im Jahre 1915 haben wir, ohne irgendeine namhafte Kompensation zu fordern, im Interesse unseres Bundes auf Bitten Deutschlands dem treulosen Italien den Trento angeboten, um den Krieg zu vermeiden. Heute ist Deutschland in einer ähnlichen, jedoch weit aussichtsvolleren Lage. Du als Erbe der deutschen Kaiserkrone bist berechtigt, Dein gewichtiges Wort mit in die Wagschale zu werfen, und ich weiß, daß Seine Majestät Dein Vater diesen Standpunkt bezüglich Deiner Mitarbeit voll und ganz teilt. Darum bitte ich Dich, in dieser für Deutschland wie für Österreich-Ungarn entscheidenden Stunde die gesamte Situation zu bedenken und Deine Bemühungen mit den meinen zu vereinen, um den Krieg rasch in ehrenvoller Weise zu beenden. Wenn Deutschland auf seinem ablehnenden Standpunkte verharrt und einen möglichen Frieden zerstört, so ist die Situation in Österreich-Ungarn sehr kritisch.

Ganz besonders würde es mich freuen, wenn ich baldigst eine Aussprache mit Dir haben könnte, und Dein mir durch den Grafen Czernin mitgeteiltes Versprechen, uns bald zu besuchen, freut mich ganz ausnehmend."

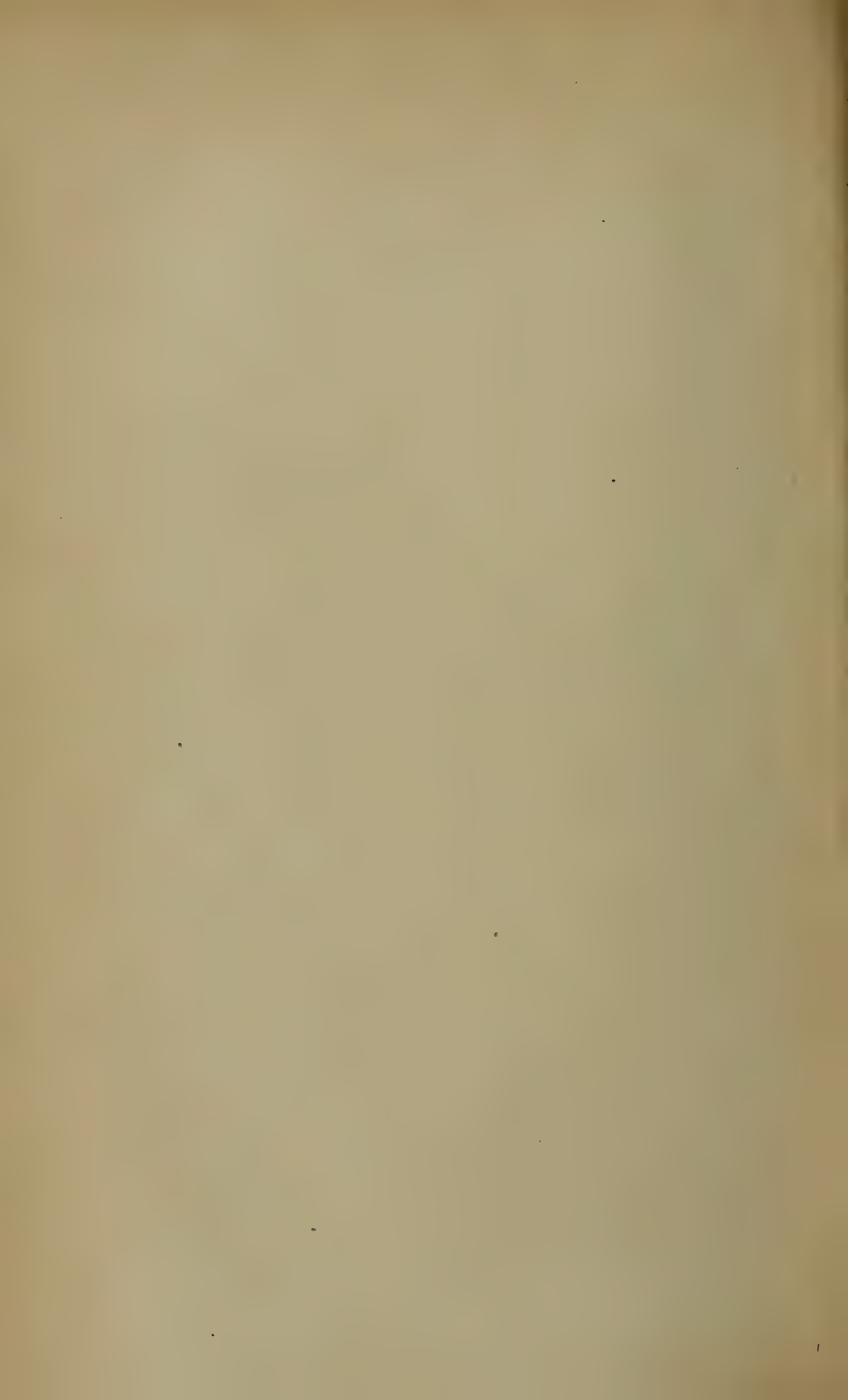
Die Antwort des Kronprinzen war eine sehr freundliche und entgegenkommende, bewegte sich jedoch in allgemeinen Phrasen, und es war klar, daß es den deutschen Militärs gelungen war, seine Bestrebungen im Keime zu ersticken. Als ich Ludendorff einige Zeit später in Berlin traf, wurde meine Anschauung durch die Worte bestätigt, mit welchen er mich apostrophierte: „Was haben Sie denn mit unserem Kronprinzen gemacht, der ist ja ganz schlapp geworden? Aber wir haben ihn wieder aufgepumpt."

Das Spiel war immer dasselbe. Die letzte Kriegszeit galt in Deutschland ein einziger Wille, und dies war der Wille Ludendorffs. Sein Denken war bloß Kämpfen und seine Seele Sieg.



IV.

Rumänien



I.

Meine Ernennung zum Gesandten in Bukarest im Herbst 1913 kam mir völlig unerwartet und sehr gegen meinen Willen. Sie erfolgte auf Initiative des Erzherzogs Franz Ferdinand. Ich hatte nie gezweifelt, daß der Erzherzog mich später einmal in der Politik werde verwenden wollen, zu Lebzeiten des Kaisers Franz Joseph traf es mich überraschend.

Es herrschte zu dieser Zeit in Wien eine große Differenz in der Beurteilung der rumänischen Frage. Eine rumänenfreundliche Richtung kämpfte gegen eine rumänenfeindliche. Der Exponent der ersteren war Erzherzog Franz, mit ihm, wenn auch weniger ausgesprochen, Berchtold — der Exponent der letzteren Tisza und mit ihm so zirka das ganze ungarische Parlament. Die erstere Richtung wünschte einen engeren Anschluß Rumäniens an die Monarchie, die letztere das Bündnis durch ein solches mit Bulgarien zu ersetzen; beide gemeinsam vertraten jedoch den Wunsch, es möge einmal eine vollständige Klarheit geschaffen werden, wie es mit diesem Bündnis überhaupt stehe und ob wir jenseits der Karpathen einen Freund oder einen Feind hätten. Mein Vorgänger Karl Fürstenberg hatte zwar ganz klar und ganz richtig hierüber berichtet, teilte aber das Los so mancher Gesandten, indem er keinen Glauben fand.

Die positive Aufgabe, welche mir gestellt worden war, ging also dahin, erstens zu untersuchen, ob dieses Bündnis irgendeinen praktischen Wert habe, und falls ich einer negativen Ansicht sei, jene Mittel und Wege vorzuschlagen, welche dasselbe lebensfähig machen könnten.

Ich muß hier einschaltend bemerken, daß meine Ernennung zum Gesandten in Bukarest einen Sturm im ungarischen Parlament ausgelöst hatte. Der Grund zu der damals in Ungarn ziemlich allgemein verbreiteten Empörung über meine Wahl war eine von mir einige Jahre früher geschriebene Broschüre, in welcher ich die magyarische Politik, allerdings in ziemlich vehementer Form, angegriffen hatte. Ich hatte den Standpunkt verteidigt, daß eine Politik der Unterdrükkung der Nationen sich auf die Dauer nicht halten lassen und Ungarn nur eine Zukunft haben könne, wenn es definitiv mit dieser Politik breche und den Nationen die volle Gleichberechtigung einräume. Diese Broschüre war mir in Budapest ungemein verübelt worden, und die Vertreter im ungarischen Parlament hegten die Befürchtung, ich könnte nunmehr in Rumänien eine Politik inaugurieren, welche, dem Gedankengang der Broschüre folgend, gegen die offizielle Wiener und Pester Politik gerichtet wäre. Es war dies die Zeit, in der ich die Bekanntschaft Tiszas machte. Ich hatte mit ihm eine lange und sehr offene Aussprache über die ganze Frage und erklärte ihm, daß ich auf dem Standpunkt, den ich in meiner Broschüre vertreten habe, stehenbleiben müsse, weil er meiner festen Überzeugung entspreche, daß ich aber vollständig einsehe, daß ich in dem Augenblicke der Annahme eines Gesandtenpostens verpflichtet sei, mich als Rad in die große Staatsmaschine einzufügen und loyal die Politik des Ballplatzes zu unterstützen. Ich halte diesen Standpunkt auch heute noch für vollkommen berechtigt. Eine einheitliche Politik wäre ganz ausgeschlossen, wenn ein jeder subalterne Beamte seine eigenen Ansichten, seien sie nun richtig oder falsch, ins Leben setzen wollte, und ich hätte meinerseits als Minister niemals einen Gesandten geduldet, der eine von der meinen abweichende Politik selbständig zu betreiben versucht hätte. Tisza ersuchte mich, ihm mein Ehrenwort zu geben, daß ich keine Anstrengungen machen würde, um eine der Wien-Pester Politik entgegen-

gesetzte in den Sattel zu heben, und ich erklärte mich einverstanden hiermit, vorausgesetzt, daß der Erzherzog-Thronfolger die Lösung akzeptiere. Ich hatte mit letzterem sodann ebenfalls eine Aussprache und fand sofort seine volle Zustimmung zu meinem Vorgehen, welche er folgendermaßen motivierte: solange er Thronfolger sei, werde auch er niemals eine Politik zu inaugurieren versuchen, welche der des Kaisers widerspreche. Infolgedessen könne er auch von mir nichts Ähnliches erwarten. Käme er auf den Thron, so werde er allerdings bestrebt sein, seinen eigenen Ansichten Geltung zu verschaffen, in diesem Falle würde ich aber nicht mehr in Bukarest, sondern voraussichtlich an einer anderen Stelle in der Lage sein, ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Der Erzherzog ersuchte mich, den Posten aus Freundschaft für ihn anzunehmen, und schließlich entschloß ich mich dazu, nachdem mir Berchtold versprochen hatte, in längstens zwei Jahren meinem Wiederaustritte keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Erzherzog Franz schöpfte seine rumänenfreundliche Gesinnung aus einer sehr mangelhaften Quelle. Er kannte Rumänien so gut wie gar nicht. Er war, soviel ich weiß, ein einziges Mal im Lande, und zwar zu einem kurzen Besuche bei König Carol in Sinaia gewesen, und die freundliche Aufnahme, welche sowohl seine Gemahlin wie er von dem alten Königspaar erhalten hatte, hatte sein Herz im Sturm erobert, und er verwechselte König Carol mit Rumänien. Es war dies wieder ein Beweis, wie stark die persönlichen Beziehungen der maßgebenden Faktoren die Politik der Völker beeinflussen. Das alte Königspaar holte den Erzherzog von der Bahn ab, die Königin umarmte und küßte die Herzogin und ließ sie, rechts von sich sitzend, in das Schloß fahren. Kurz, es war das erstemal, daß die Herzogin von Hohenberg als gleichberechtigte Gattin ihres Mannes den hergebrachten Formen entsprechend behandelt wurde. Die wenigen Stunden in Rumänien genoß der Erzherzog die Freude, die jeder von

uns als etwas ganz Natürliches empfindet, daß die eigene Frau dasselbe ist wie der Mann, nicht etwas Minderwertiges, das zurückgeschoben wird. Auf einem Wiener Hofball mußte die Herzogin hinter allen Erzherzoginnen einhergehen und hatte keinen Herrn gefunden, welcher ihr den Arm bot. In Rumänien war sie seine Frau, und das Zeremoniell kümmerte sich nicht um ihre Geburt. Wie der Erzherzog einmal veranlagt war, rechnete er dem König diesen Beweis freundschaftlichen Taktes ungemein hoch an, und seitdem hatte Rumänien für ihn einen besonderen Charme. Außerdem hatte er das richtige Gefühl, daß bei Änderung gewisser politischer Verhältnisse ein wirklich enges Bundesverhältnis zwischen Rumänien und uns zu erreichen sei. Er fühlte mehr, als er wußte, daß die siebenbürgische Frage wie ein großer Block zwischen Wien und Bukarest liege und daß dieser Block, einmal weggeräumt, das ganze Bild ändern würde.

Der erste Teil meiner Aufgabe, zu konstatieren, in welchem Zustande sich das Bündnis überhaupt befinde, war nicht schwer, denn schon die ersten langen Konferenzen mit König Carol ließen mir keinen Zweifel darüber, daß der greise Monarch das Bündnis selbst als sehr unsicher ansah. König Carol war ein ungemein kluger, sehr vorsichtiger und überlegter Mann, und es war nicht leicht, ihn zum Sprechen zu bringen, wenn er die Absicht hatte, zu schweigen. Die Frage der Lebensfähigkeit des Bündnisses klärte ich in der Form, daß ich dem König in meiner dritten oder vierten Audienz vorschlug, das Bündnis möge pragmatisiert, d. h. von den Parlamenten in Wien, Pest und Bukarest ratifiziert werden. Der Schreck, welchen dieser Vorschlag auf den König ausübte, der bloße Gedanke, daß das streng gehütete Geheimnis, daß ein Bündnis überhaupt bestehe, preisgegeben werden könnte, dieser Schreck bewies mir, wie ganz unmöglich ein Ins-Leben-Rufen dieses toten Buchstaben unter den gegebenen Verhältnissen sein müsse.

Meine am Ballplatze erliegenden Berichte lassen keinen

Zweifel darüber übrig, daß ich diese erste mir gestellte Frage in der Art und Weise beantwortet habe, daß ich auf das kategorischste erklärt habe, das Bündnis mit Rumänien sei unter den obwaltenden Umständen nichts anderes als ein inhaltloser Fetzen Papier.

Die zweite Frage, ob es Mittel und Wege gebe, das Bündnis lebendig zu machen, und welches diese Mittel und die Wege wären, war theoretisch ebenso leicht zu beantworten, als sie praktisch schwer durchführbar war. Wie bereits erwähnt, war das Hindernis wirklich enger Beziehungen zwischen Bukarest und Wien die großrumänische Frage, d. h. der rumänische Wunsch nach nationaler Vereinigung mit den „Brüdern in Siebenbürgen“. Diesem Wunsche stand selbstverständlich der ungarische Standpunkt schroff gegenüber. Es ist nun interessant und für die ganze damalige Situation bezeichnend, daß mir bald nach meinem Amtsantritt in Rumänien der später so berüchtigt gewordene Kriegshetzer Nikolai Filippescu den Vorschlag machte, Rumänien möge mit Siebenbürgen vereint werden, und dieses ganze vereinigte Groß-Rumänien möge sodann zu der Monarchie in ein Verhältnis treten, ungefähr wie Bayern zum Deutschen Reiche. Ich gestehe offen, daß ich diesen Gedanken mit beiden Händen aufgegriffen habe, denn wenn er von einer Seite lanciert wurde, welche von jeher mit Recht als die der Monarchie feindlichste angesehen wurde, so war gar kein Zweifel, daß die gemäßigten Elemente Rumäniens ihn mit noch größerer Genugtuung ergriffen hätten. Ich glaube auch heute noch, daß dieser Gedanke, damals durchgeführt, eine wirkliche Angliederung Rumäniens an die Monarchie zur Folge gehabt hätte, daß dann die Veröffentlichung des Bündnisses gar keinem Widerstande mehr begegnet wäre, und daß infolgedessen auch der Ausbruch des Weltkrieges uns in einer anderen Situation gefunden hätte. Leider scheiterte dieser Gedanke schon in seinem allerersten Stadium an dem schroffsten und schärfsten Widerstande Tiszas. Kaiser Franz Joseph stellte

sich vollständig auf den Standpunkt des Grafen Tisza, und es war ganz ausgeschlossen, mit Argumenten etwas zu erreichen. Auf der anderen Seite dachte ja zu dieser Zeit niemand daran, daß der große Krieg und somit die Probe des Bündnisses unmittelbar bevorstehe, und ich tröstete mich über meine mißlungenen Bemühungen damit, daß ich der festen Hoffnung war, daß dieser, wie mir schien und heute noch scheint, großzügige Gedanke unter der Regierung des Erzherzogs Franz bestimmt Wirklichkeit werden würde.

Bei meiner Ankunft in Rumänien fand gerade ein Wechsel der Regierung statt. Das konservative Ministerium Majorescu machte dem liberalen Ministerium Bratianu Platz. Die Regierungstaktik König Carols war ganz eigenartig. Von Anfang an hatte er das Prinzip, niemals mit Gewalt oder auch nur größerer Energie gegen schädliche Strömungen im eigenen Lande vorzugehen, sondern den an ihn ständig verübten Erpressungsversuchen immer nachzugeben. Er kannte sein Volk sehr genau und wußte, daß man jede der beiden Parteien, die Konservativen wie die Liberalen, abwechselnd zur Krippe lassen müsse, bis sie sich an derselben genügend gesättigt hätten und bereit seien, wieder den anderen Platz zu machen. Fast ein jeder Regierungswechsel vollzog sich in der gleichen Weise: die Opposition, welche zur Macht gelangen wollte, begann mit Drohungen und mit der Revolution zu spielen. Irgendein Schlagwort, eine ganz unmögliche Forderung wurde aufgestellt, mit Vehemenz verlangt und das Volk für diese Forderung aufgepeitscht; die bestehende Regierung, die diese Forderung gar nicht erfüllen konnte, trat zurück, und die Opposition, einmal zur Regierung gekommen, dachte nicht mehr daran, das zu halten, was sie versprochen hatte. Der alte König kannte dieses Spiel ganz genau und ließ stets das oppositionelle Wasser so lange steigen, bis es seiner Regierung an den Hals ging, wechselte sodann seine Männer aus, sah zu, bis das Spiel von neuem begann. In Rumänien ist es Sitte, daß jede der

beiden Parteien, wenn sie zur Macht gelangt, den ganzen Apparat bis zum letzten Amtsdiener auswechselt. Diese Maßregel des stetigen Wechselns hat naheliegende Schattenseiten. Im übrigen kann nicht geleugnet werden, daß sie insofern praktisch ist, als sie Anwendung gewaltsamer Mittel überflüssig macht. Auf die eben geschilderte Art und Weise kam auch das Ministerium Bratianu im Jahre 1913 in den Sattel. Majorescu regierte zur vollständigen Zufriedenheit des Königs und der ruhig denkenden Bevölkerung des Landes. Er hatte gerade durch den Frieden von Bukarest und die „Eroberung" der Dobrudscha einen in den Augen der Rumänen großen diplomatischen Erfolg errungen, als Bratianu mit der Forderung nach großen Agrarreformen auftrat. Diese Agrarreformen sind eines der Steckenpferde der rumänischen Politik, das immer wieder bestiegen wird, sobald es gilt, die armen verelendeten Bauern vor den Wagen der eigenen Agitation zu spannen, und immer wieder gelingt dieses Manöver dank der noch sehr mangelhaften Intelligenz der rumänischen Bauernbevölkerung, immer wieder holen sie der einen oder der anderen Partei die Kastanien aus dem Feuer, und immer wieder werden sie einfach beiseitegeschoben, sowie der Zweck erfüllt ist. Auch Bratianu dachte, einmal in den Sattel gehoben, gar nicht mehr daran, die gegebenen Versprechungen einzuhalten, sondern setzte den Kurs, den Majorescu eingeschlagen hatte, ruhig weiter fort.

Immerhin war es bedeutend schwieriger, mit Bratianu in der Frage der äußeren Politik zu einem gedeihlichen Ergebnisse zu kommen, als es mit Majorescu der Fall gewesen wäre, weil ersterer eine vollständig westeuropäische Orientierung hatte und im Grunde seines Herzens germanophob an und für sich war. Einer der Unterschiede zwischen Liberalen und Konservativen war immer der, daß die Liberalen Pariser Erziehung genossen hatten, nur Französisch und kein Deutsch sprachen, während die Konservativen nach Muster Carps und Majorescus Berliner Ableger waren. Da der

Gedanke, Rumänien durch eine Veränderung der internen ungarischen Politik definitiv und fest an uns zu ketten, nicht durchzusetzen war, wurde natürlich und gewissermaßen automatisch der Gedanke aktuell, Rumänien durch Bulgarien zu ersetzen. Dieser Gedanke, welcher hauptsächlich dem Grafen Tisza ungemein sympathisch war, konnte wieder deshalb nicht durchgeführt werden, weil es nach dem Bukarester Frieden des Jahres 1913 vollständig ausgeschlossen war, Rumänien und Bulgarien unter einen Hut zu bringen, und ein Bündnis mit Sofia Rumänien direkt in das feindliche Lager getrieben hätte. Gegen letztere Eventualität sträubten sich aus oben angeführten Gründen aber sowohl Berchtold als auch der Erzherzog-Thronfolger, und auch Kaiser Franz Joseph dürfte diese Eventualität ungern gesehen haben — und so blieb alles beim alten, Rumänien wurde nicht gewonnen, auch nicht durch Bulgarien ersetzt, man begnügte sich in Wien damit, der Zukunft das Weitere zu überlassen.

In gesellschaftlicher Hinsicht war das Jahr, welches ich vor dem Kriege in Rumänien zugebracht habe, kein unangenehmes. Die Beziehungen, die ein österreichisch-ungarischer Gesandter sowohl zu dem Hofe wie zu den zahlreichen Bojaren hatte, waren freundschaftlich und angenehm, und niemand hätte zu dieser Zeit glauben können, welche Fluten von Haß in Kürze gegen die österreichisch-ungarischen Grenzen anprallen würden.

Im Kriege wurde dann auch das gesellschaftliche Leben unangenehm, wie folgendes Beispiel beweist: In Bukarest existierte ein Oberleutnant Prinz Sturdza, der ein bekannter Exaltado und Raufbold und ein eingefleischter Todfeind Österreich-Ungarns war. Ich kannte den Mann nicht persönlich, und es lagen keine persönlichen Momente vor, als er eines Tages damit begann, mich in den Zeitungen als Exponenten der Monarchie öffentlich zu beschimpfen. Als ich auf seine Artikel selbstverständlich nicht reagierte, schrieb er mir in dem Blatte „Adeverul" einen offenen Brief, in welchem

er mir mitteilte, „er werde mich bei der ersten Gelegenheit öffentlich ohrfeigen". Ich telegraphierte an Berchtold und erbat die kaiserliche Erlaubnis, mich mit dem Individuum schießen zu dürfen, da er Offizier und daher nach unseren Begriffen satisfaktionsfähig war. Der Kaiser Franz Joseph ließ mir sagen, es sei ausgeschlossen, daß ein Gesandter sich in einem Lande, in welchem er akkreditiert sei, duelliere, und ich möge mich bei der rumänischen Regierung beschweren. Ich ging darauf zu Bratianu, welcher erklärte, absolut nichts machen zu können. Nach den Gesetzen und Regeln des Landes sei ein fremder Gesandter gegen solche Beschimpfungen nicht zu schützen. Wenn Sturdza seine Drohungen ausgeführt haben würde, werde man ihn einsperren, vorher sei nichts zu machen.

Ich erklärte Bratianu hierauf, daß ich, wenn die Sache so stehe, in Zukunft nur mehr mit einem Revolver ausgehen und den Mann niederschießen würde, falls er mich berühre; wenn man in einem Lande lebe, welches die Sitten von „Wild-West" habe, so müsse man dementsprechend vorgehen. Dem Oberleutnant ließ ich sagen, daß ich täglich pünktlich ein Uhr im Hotel Boulevard essen würde. Dort könne er sich die Kugel holen, wenn er wolle.

Als ich Kaiser Franz Joseph das nächste Mal wiedersah, erkundigte er sich nach den weiteren Vorgängen, und ich erzählte ihm mein Gespräch mit Bratianu und meine feste Absicht, mir selbst zu helfen. Der Kaiser erwiderte: „Natürlich können Sie sich nicht schlagen lassen. Sie haben ganz recht. Schießen Sie ihn nur nieder, wenn er Sie anrührt."

Ich traf Sturdza dann noch mehrmals in Restaurants wie in Salons, ohne daß er versucht hätte, seine Drohungen auszuführen. Der Mann, der das Naturell eines verwegenen Abenteurers hatte, desertierte sodann zu der russischen Armee und kämpfte in derselben gegen uns zu einer Zeit, als Rumänien noch neutral war. Dann verlor ich ihn aus dem Gesicht.

Die völlige Preßfreiheit, verbunden mit der Roheit der dortigen Sitten, trieb die mannigfachsten Blüten, und auch die eigenen Könige wurden oft beschimpft. König Carol erzählte mir diesbezüglich drastische Beispiele. Als König Ferdinand noch neutral war, erschien in einem Witzblatt ein Bild, das den König darstellte, welcher auf einen Hasen zielt, und darunter stand der Ausruf des Hasen: „Höre, mein Lieber, du hast lange Ohren, ich habe lange Ohren, du bist ein Feigling, ich bin ein Feigling. Bruder, warum schießt du auf mich?“

Diese Preßfreiheit verwandelte sich mit dem Tage des Kriegsausbruches in das Gegenteil und wurde durch die schärfste Zensur und Diktatur ersetzt.

Rumänien ist das Land der Gegensätze: landschaftlich, sozial und klimatisch. Der gebirgige Norden mit seinen prachtvollen Karpathen gehört zu den schönsten Gebirgsgegenden; dann kommt die unendliche, unsagbar eintönige, fruchtbare Ebene der Walachei, welche ihrerseits in das paradiesische Donautal übergeht. Besonders im Frühjahr, wenn die Donau alljährlich weite Strecken überschwemmt, bietet dieser Landstrich unbeschreibliche Reize. Er erinnert an die Tropen. Im Wasser liegende Urwälder, mit zerstreuten Inseln, wo das Leben üppig emporwuchert. Es gibt keine schönere Gegend für den Jäger. Alle Sorten von Raubvögeln, Reihern, Enten, Pelikanen und anderen Vögeln trifft man hier neben dem Wolf und der Wildkatze, und tagelang kann man in diesem Paradiese herumrudern und herumwandern, ohne zu ermüden.

Die Rumänen haben im allgemeinen wenig Sinn für Sport, da sie physischen Anstrengungen abhold sind. Sowie sie können, verlassen sie das Land und verbringen ihre Zeit in Paris oder an der Riviera. Dieser Reisedrang bei ihnen ist so stark, daß ein Gesetz geschaffen wurde, welches jeden Rumänen bei sonst höherer Steuer zwingt, einen Teil des Jahres im Lande zu verbringen. Von den zum Teil

unermeßlich reichen Bojaren sticht die Landbevölkerung in ihrer desolaten Armut ab. Noch ungeheuer zurück in der Kultur, ist der rumänische Bauer dennoch ein fleißiger, ruhiger, genügsamer Typus, dessen rührende Anspruchslosigkeit in grellem Gegensatze zu den oberen Klassen steht.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der oberen Zehntausend sind dadurch kompliziert, daß die Titelfrage seit der Abschaffung des Adels eine Rolle spielt wie nirgends auf der Welt. Ungefähr ein jeder Rumäne führt einen Adelstitel, leitet ihn in irgendeiner Weise ab, hält ungemein auf denselben und verübelt dem Fremden die Unkenntnis der einschlägigen Wissenschaft. Im allgemeinen wird man am sichersten gehen, wenn man einen jeden mit „mon prince“ tituliert. Zweitens ist es dem Fremden wegen der unaufhörlichen Scheidungen und Wiederverheiratungen schwer gemacht, den inneren Zusammenhang der Bukarester Gesellschaft zu ergründen. Fast eine jede Frau ist wenigstens einmal geschieden und wieder verheiratet, und daraus ergeben sich komplizierte Verwandtschaftsverhältnisse einerseits und eine solche Unzahl von gestörten persönlichen Beziehungen andererseits, daß es zu den schwierigsten Aufgaben gehört, zwanzig Rumänen — und vor allem Rumäninnen — zum Essen zu laden, ohne irgendwo anzustoßen.

Unter dem alten Regime gehörte es mit zu den Aufgaben der jüngeren der Gesandtschaft zugeteilten Herren, ihr keimendes diplomatisches Talent durch die geschickte Zusammenstellung solcher Dinerlisten und die Vermeidung aller drohenden Klippen zu beweisen. Da aber die „Rangfrage“ in Rumänien ebenso ernst genommen wird, als sie ungeregelt ist — fast eine jede Dame beansprucht für sich den ersten Rang —, so ist die richtige „Placierung“ eines Diners ebenfalls noch eine Frage hoher diplomatischer Fähigkeiten. Es gab in Bukarest ein Dutzend Damen, die überhaupt eine Einladung nur dann annahmen, wenn sie sicher waren, auch an erster Stelle placiert zu werden.

Mein Amtsvorgänger durchhieb den gordischen Knoten dieser Schwierigkeiten dadurch, daß er an zahlreichen kleinen Tischen servieren ließ und sich auf diese Art eine große Zahl „erster Plätze“ schuf, ohne jedoch auch mit diesem Mittel alle Ambitionen befriedigen zu können.

2.

Ich erhielt die Nachricht von der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers in Sinaia durch Bratianu. Ich war damals infolge einer Influenza bettlägerig, als von Bratianu telephonisch bei mir angefragt wurde, ob ich etwas davon wisse, daß der Zug des Erzherzogs in Bosnien verunglückt und sowohl er als die Herzogin tot seien. Diesem ersten Alarmruf folgten bald richtigere Nachrichten und ließen keinen Zweifel über die Größe der Katastrophe. Der erste Eindruck in Rumänien war der des tiefsten und aufrichtigsten Beileides und wahrhafter Konsternation. Niemals hatte Rumänien daran gedacht, daß es ihm gelingen könne, in einem Kriege den Traum seiner nationalen Wünsche zu erfüllen, stets war es nur von der Hoffnung geleitet, daß eine freundschaftliche Auseinandersetzung mit der Monarchie die Vereinigung aller Rumänen bewerkstelligen könne, und eben in dieser Hinsicht hatte man in Bukarest die größten Hoffnungen auf den Erzherzog-Thronfolger gesetzt. So schien mit seinem Tode auch Groß-Rumänien zu Grabe getragen zu sein, und aus jenem Gefühl heraus ist jene aufrichtige Trauer zu verstehen, welche damals alle Kreise Rumäniens erfaßt hatte. Der berüchtigte Take Jonescu hat nach Erhalt der Nachricht in dem Salon meiner Frau heiße Tränen geweint, und die Kondolenzen, die ich erhielt, hatten nicht den Charakter, den solche Manifestationen gewöhnlich tragen, sondern waren Ausbrüche wirklichen und aufrichtigen Schmerzes. Der russische Gesandte Poklewski soll einen rohen Ausspruch getan haben, welcher ungefähr dahin

lautete: „daß es nicht begründet sei, wegen dieses Zwischenfalles so viel Aufsehen zu machen," und die allgemeine Entrüstung, welche dieses Wort auslöste, beweist, wie stark die Sympathien waren, welche der Ermordete in diesem Lande genossen hat.

Wie mit einem Schlage änderte sich jedoch die ganze Situation bei Bekanntwerden des Ultimatums. Ich habe mich niemals Täuschungen über die rumänische Psyche hingegeben und war mir auch vollständig klar darüber, daß das aufrichtige Bedauern an der Ermordung des Erzherzogs natürlicherweise egoistischen Motiven entsprang, und zwar, wie gesagt, der Befürchtung, den nationalen Wünschen nunmehr entsagen zu müssen. Das Ultimatum und die von einer Stunde zur anderen drohend am Horizont erscheinende Kriegsgefahr stürzte die ganze rumänische Psyche um und ließ sie plötzlich erkennen, daß ihr Ziel auch auf einem anderen Wege zu erreichen sei: nicht friedlich, sondern kriegerisch, nicht mit der Monarchie, sondern gegen dieselbe. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß ein solcher Umschwung sich tatsächlich binnen wenigen Stunden vollziehen könne. Echte und gespielte Empörung über den Ton des Ultimatums war auf der Tagesordnung, und der allgemeine Ausspruch lautete: „L'Autriche est devenue folle." Frauen und Männer, die mit mir seit einem Jahre auf einem guten, freundschaftlichen Fuße gestanden hatten, waren plötzlich erbitterte Feinde geworden, überall begegnete man einer Mischung von Empörung und erwachender Gier, nun endlich den heißesten Wunsch des Herzens erfüllen zu können. Noch schwankte in einigen Kreisen die Stimmung durch wenige Tage. Vor Deutschlands Militärmacht hatte Rumänien heiligen Respekt, und das Jahr 1870 war bei vielen Rumänen in noch zu frischer Erinnerung. Als aber England in die Reihen unserer Gegner eintrat, schwand auch diese Besorgnis, und von dem Augenblicke an war es der erdrückenden Majorität der Rumänen klar, daß die Erfüllung ihrer Aspirationen nur

mehr eine Frage der Zeit und eine Frage der diplomatischen Geschicklichkeit sein werde. Die gegen uns anstürmende Welle von Haß und Eroberungssucht war im ersten Stadium des Krieges viel stärker als in verschiedenen späteren Stadien, weil die Rumänen, wie übrigens wir alle, den Fehler gemacht haben, daß sie mit einer viel kürzeren Kriegsdauer rechneten und daher die Entscheidung viel näher gerückt glaubten, als sie es tatsächlich war. Erst später, nach den großen Erfolgen der Deutschen im Westen, nach Gorlice und der Unterwerfung Serbiens traten verschiedene Strömungen unter den Rumänen hervor, welche für eine retardierende Politik eintraten. Im allerersten Augenblicke war bis auf Carp und seine kleine Gruppe mehr oder weniger alles dafür, sich sofort auf uns zu stürzen.

Ganz allein, wie ein Fels im brausenden Meere dieses Hasses stand der arme alte König Carol mit seinem deutschen Herzen. Ich hatte den Auftrag erhalten, ihm das Ultimatum zur gleichen Stunde zu verlesen, als es in Belgrad übergeben wurde, und der Eindruck, den diese Lektüre auf den alten König machte, wird mir ewig unvergeßlich bleiben. Er, der kluge, alte Politiker, erkannte sofort die unermeßliche Tragweite dieses Schrittes, und ich hatte das Schriftstück nicht zu Ende gelesen, als er mich leichenblaß mit dem Ausrufe unterbrach: „Das ist der Weltkrieg!" Es dauerte lange Zeit, bis er sich überhaupt fassen konnte und jene Auswege zu suchen begann, die ihn hoffen ließen, daß doch vielleicht eine friedliche Lösung noch ermöglicht werden könne. Ich muß hier einschaltend bemerken, daß einige Zeit vorher der Zar mit Sasonow in Konstantza gewesen war und dort eine Zusammenkunft mit der königlichen rumänischen Familie stattgefunden hatte. Ich war am Tage nach der Abreise des Zaren nach Konstantza gereist, um mich zu bedanken, da mir der König das Großkreuz eines seiner Orden verliehen hatte, offenbar um zu beweisen, daß er über Rußland sein Bündnis nicht vergesse, und wo er mir interessante Details über den Besuch

erzählte. Das Interessanteste war seine Schilderung des Gespräches mit dem russischen Minister des Äußern. Auf seine Frage, ob Sasonow die europäische Situation ebenso gesichert auffasse wie er, der König selbst, erwiderte Sasonow bejahend: „Pourvu que l'Autriche ne touche pas à la Serbie.“ Ich hatte diesen vielsagenden Ausspruch selbstverständlich sofort nach Wien gemeldet, aber weder Wien noch der König noch ich hatten damals den Gedankengang vollständig verstanden. Das Verhältnis zwischen Serbien und der Monarchie war um diese Zeit nicht schlechter, eher besser als gewöhnlich, und es bestand nicht die geringste Absicht unsererseits, den Serben etwas zuleide zu tun. Der Verdacht, daß Sasonow damals bereits wußte, daß serbischerseits etwas gegen uns geplant werde, läßt sich daher nicht von der Hand weisen.

An diesen Ausspruch Sasonows erinnerte mich nun der König und fragte, ob ich denn dieses so wichtige Faktum nicht nach Wien gemeldet hätte. Ich bejahte, aber gleichzeitig betonte ich, daß dieser Ausspruch ein Grund mehr für mich sei, zu glauben, daß das Attentat eine von langer Hand vorbereitete und unter russischer Patronanz vollzogene Missetat sei.

Den Verdacht eines russisch-rumänischen Attentats hatte bereits das seinerzeit so viel Aufsehen erregende Debrecziner Verbrechen gegeben.

Am 24. Februar 1914 veröffentlichte das „Ungarische Korrespondenzbureau“ folgende Nachricht:

> „Heute vormittag ereignete sich in dem Amtslokale des neu errichteten griechisch-katholisch-ungarischen Bistums, das sich im zweiten Stockwerke des Palais der Handels- und Gewerbekammer in der Franz-Deák-Gasse befindet, eine furchtbare Explosion, und zwar im Amtszimmer des Vertreters des Bischofs, Vikars Michael Jaczkowics, in dem sich außer diesem auch der Sekretär Johann Slepkovszky befand. Beide wurden in Stücke zerrissen. In einem benachbarten Zimmer hielt sich der griechisch-katholische Bischof Stephan

Miklossy auf, der jedoch merkwürdigerweise unversehrt geblieben ist. In einem anderen Zimmer befand sich der Advokat und Rechtsanwalt des Bistums Alexander Csatth, der durch die Explosion tödlich verwundet wurde. In einem dritten Raume wurden der Diener des Bischofs und dessen Frau getötet. Sämtliche Wände der Kanzleiräumlichkeiten sind eingestürzt und das ganze Gebäude stark erschüttert. Die Explosion verursachte im Hause eine derartige Panik, daß alle seine Bewohner in wilder Flucht zerstoben. In dem benachbarten Gerichtsgebäude in der Verböczy-Gasse wurden durch den Luftdruck sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Losgelöste Ziegel fielen auf die Straße und verletzten mehrere Passanten. Die vier Toten und die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Bischof verließ verstört das Gebäude und begab sich in die Wohnung eines Freundes. Die Tochter des Bischof-Stellvertreters Jaczkovics hat auf die Nachricht von dem tragischen Tode ihres Vaters einen Wahnsinnsanfall erlitten. Die Ursache der Explosion konnte bisher nicht festgestellt werden."

Ich wurde bald insofern in die Angelegenheit verwickelt, als Ungarn und Rumänien sich gegenseitig der Urheberschaft beschuldigten, was zu zahlreichen Interventionen und Berichtigungen Anlaß gab, ferner weil ein angeblicher Helfershelfer des bald konstatierten Mörders Catarau in Bukarest verhaftet wurde, dessen Auslieferung an Ungarn ich durchsetzen sollte. Dieser Mann namens Mandazescu war beschuldigt, dem Mörder Catarau einen falschen Paß verschafft zu haben.

Catarau, ein rumänischer Russe aus Beßarabien, war nach dem Attentate spurlos verschwunden. Bald trafen aus Serbien, bald aus Albanien Nachrichten ein, daß man seine Spur gefunden habe, immer aber erwiesen sich die Nachrichten als falsch. Durch einen Zufall erfuhr ich Näheres über ihn. Ich fuhr mit einem rumänischen Schiffe von Konstantza nach Konstantinopel und hörte zufällig, wie zwei rumänische Schiffsoffiziere miteinander sprachen und der eine sagte: „Das war an dem Tage, als die Polizei uns den Catarau an Bord brachte, um ihn unbemerkt fortzuschaffen."

Später wurde Catarau in Kairo festgestellt, von wo er ebenfalls mit Hilfe rumänischer Freunde entkommen zu sein scheint. Von da an verlor ich vorerst seine Spur.

Es soll nicht behauptet werden, daß die rumänische Regierung in das Komplott verwickelt war — aber rumänische Behörden waren es, wie ja in den Balkanländern ähnlich wie in Rußland immer allerhand Banden wie die „černa ruka", die „narodna odbrana" usw. neben der Regierung ihr Spiel treiben.

Es war ein von russischen oder rumänischen geheimen Gesellschaften verübtes politisches Verbrechen — und die Regierungen der beiden Länder zeigten jedenfalls ein auffallend geringes Interesse, dem Sachverhalt auf den Grund zu gehen und die Schuldigen der Strafe auszuliefern.

Am 15. Juni desselben Jahres erhielt ich aus sicherer Quelle die Nachricht, daß Catarau in Bukarest gesehen worden sei. Er ging ganz ungeniert am hellen Tage spazieren, ohne beanstandet zu werden. Dann verschwand er.

Um aber auf meine Unterredung mit dem Könige zurückzukommen, so sandte der angstgequälte alte König noch denselben Abend Telegramme nach Belgrad und nach Petersburg ab, beide des Inhaltes, das Ultimatum möge restlos angenommen werden.

Die namenlose Erschütterung, welche in der Seele des Königs vorging, als er, wie einen Blitz aus heiterem Himmel, plötzlich den Weltkrieg vor sich sah, erklärt sich dadurch, daß er ganz genau wußte, daß der Konflikt zwischen dem, was er als Ehre und Pflicht erkannte, und seinem Volke plötzlich offenbar werden müsse. Der arme alte Mann hat den Kampf durchgekämpft, so gut er konnte, und er ist in demselben geblieben. König Carol ist an dem Kriege gestorben. Die letzten Wochen waren eine Tortur für den alten Herrn, denn er empfand die Aufträge, die ich ihm auszurichten hatte, wie Peitschenhiebe. Ich hatte auftragsgemäß alles zu versuchen, um die dem Bündnis entsprechende

sofortige Kooperation Rumäniens zu erreichen, und ich mußte so weit gehen, ihn daran zu erinnern, daß „das gegebene Wort kein Deuteln zulasse, daß ein Vertrag Vertrag sei und seine Ehre es ihm gebiete, das Schwert zu ziehen". Ich erinnere mich an eine tatsächlich ergreifende Szene, wo sich der alte König, laut weinend, auf seinen Schreibtisch warf und mit zitternden Händen versuchte, sich den „Pour le mérite"-Orden, welchen er stets trug, vom Halse zu reißen. Ich kann ohne jede Übertreibung sagen, daß ich ihn unter diesen fortwährenden moralischen Keulenschlägen dahinsiechen sah, und daß die seelischen Aufregungen, die er durchmachte, zweifellos sein Leben verkürzt haben.

Königin Elisabeth wußte das alles, aber sie nahm mir mein Vorgehen nicht übel, weil sie verstand, daß ich Beauftragter und nicht Auftraggeber sei.

Die Königin Elisabeth war eine gute, kluge und rührend einfache Frau, keine Dichterin „qui court après l'esprit", sondern eine Frau, die die Welt durch versöhnliche, poetische Brillen sah. Sie sprach gern und gut, und immer hatten ihre Ausführungen einen poetischen Charme. Auf ihrer Stiege hing ein prachtvolles Meerbild, welches ich bewundert hatte, und anknüpfend daran erzählte die alte Frau vom Meer, von ihrer kleinen Villa in Konstantza, welche am Ende des vorspringenden Kais fast im Meere liegt, von ihren Eindrücken auf hoher See, von ihren Reisen; und immer, wenn sie sprach, drang die große Sehnsucht nach allem Guten und Schönen, die in ihr wohnte, durch. Und sie erzählte:

„Das Meer lebt. Wenn es ein Symbol gäbe für den Begriff der Ewigkeit, so wäre es das Meer. Unendlich in seiner Größe und ewig in seiner Bewegung. Ein trüber Tag mit Wind. Einer nach dem anderen kommen die gläsernen Wasserberge herangewälzt, überstürzen und brechen sich an dem felsigen Strande. Wie beschneit sieht es aus durch alle die kleinen weißen Wogenkämme. Und das Meer atmet.

Flut und Ebbe sind seine Atemzüge. Die Flut ist die treibende Kraft, welche die Wassermassen vom Äquator bis zum Nordpol pumpt. So arbeitet es Tag und Nacht, Jahr für Jahr, Jahrhundert für Jahrhundert. Es kümmert sich nicht um die vergänglichen Wesen, die sich die Herren der Welt nennen, diese Eintagsfliegen, die kommen und die wieder gehen, kaum daß sie gekommen. Das Meer bleibt und arbeitet. Es arbeitet für alle, für Menschen, Tiere und Pflanzen, denn ohne Meer gäbe es kein organisches Leben auf der Erde. Das Meer ist der große Filter, der allein den zum Leben notwendigen Stoffwechsel bewirkt. Zahllose Flüsse spülen im Laufe der Jahrtausende die Erde in das Meer. Jeder Fluß trägt unaufhörlich Erde und Sand in den Ozean, und das Meer übernimmt die Erdenstoffe, seine Strömungen tragen es weit hinaus in die See, und langsam, ganz allmählich im Laufe der Zeiten zermürbt und zerreibt das Meer alles, was es übernimmt. Denn das Meer hat Zeit. Auf tausend Jahre mehr oder weniger kommt es ihm nicht an. Alle die schweren Erdenstoffe sinken auf den Meeresgrund, zerfasert, zermahlen, zu Staub geworden, und am Meeresgrund bleiben sie liegen. Lange Jahrtausende, vielleicht Jahrmillionen — wer weiß es.

Aber einmal, ganz plötzlich beginnt das Meer zu wandern. Alles Festland war ja einmal Meer, und alle Kontinente sind aus dem Meere geboren. Also eines Tages erhebt sich irgendwo aus dem Meere das Land. Seine Geburt hat revolutionären Charakter, Erdbeben, speiende Krater, stürzende Städte und sterbende Menschen — aber neues Land ist da. Oder aber es wandert langsam, ganz unsichtbar, ein paar Meter im Jahrhundert, es zieht sich zurück und macht zu Land, was früher ihm gehörte. Und so gibt es der Erde wieder den Stoff zurück, den es ihr geraubt, aber durchsiebt, verfeinert, wieder lebensfähig und lebenschaffend. Das ist das Meer und seine Arbeit."

So erzählt die alte, halbblinde Frau, die ihr geliebtes Bild

selbst gar nicht mehr sehen kann, und dann erzählt sie, wie sie selbst das Meer vergöttert, und wie ihre Großneffen und -nichten die gleiche Leidenschaft hätten wie sie, und wie sie mit ihnen wieder jung werde, wenn sie ihnen erzähle von alten Zeiten.

Stundenlang kann man ihr zuhören, ohne sich zu langweilen, und jedesmal nimmt man ein hübsches Wort und einen hübschen Gedanken mit fort, wenn man sie verläßt.

Man kann solche Abhandlungen gewiß sachlicher und richtiger in geologischen Büchern lesen. Aber in den Worten Carmen Sylvas schwingt immer halb unbewußt eine poetische Saite mit. Das ist es, was sie so anziehend macht.

Auch über Politik sprach sie gerne. Und ihre Politik hieß: König Carol. Es gab nur ihn und immer nur ihn. Nach seinem Tode, als die Rede davon war, daß alle Staaten der Welt in diesem schrecklichen Kriege verlieren, sagte sie: „Rumänien hat bereits das Kostbarste verloren, was es besessen hat." Nie sprach sie von ihren eigenen Dichtungen und Werken. In der Politik gab es für sie neben König Carol nur eins: Albanien. Die alte Frau hatte eine leidenschaftliche Liebe für die Prinzessin von Wied und daher das eminenteste Interesse für das Land, in dem diese lebte. Ein Gespräch über die Wieds gab mir Gelegenheit, den alten König unfreundlich mit seiner Frau zu sehen. Es war das einzige Mal, daß ich das erlebte. Es war in Sinaia, und ich saß — wie häufig — beim König. Die Königin kam herein, was sie sonst niemals tat, und brachte ein Telegramm der Prinzessin von Wied, welche, ich weiß nicht mehr was, für Albanien wünschte. Der König lehnte ab, die Königin insistierte, und da wurde der alte Herr bös: Man möge ihn in Ruhe lassen, er habe andere Dinge im Kopfe als Albanien.

Nach dem Tode König Carols verlor sie ihre Spannkraft. Auch die so veränderte Politik nagte an ihr. Sie liebte ihren Neffen Ferdinand — wie sie überhaupt nur Platz für Liebe

in ihrem Herzen hatte — und zitterte davor, er könne „Verrat begehen". Ich erinnere mich, daß sie mir einmal weinend sagte: „Beruhigen Sie mich, sagen Sie mir, daß er das niemals machen wird." Ich konnte der armen, alten Frau die Sicherheit nicht geben — aber ein gütiges Geschick hat sie davor bewahrt, die Kriegserklärung zu erleben.

Später — nicht lange vor ihrem Tode — war die alte Königin von völliger Blindheit bedroht. Sie wünschte sich der Staroperation durch einen französischen Arzt zu unterziehen, welcher natürlich durch die Monarchie reisen mußte, um nach Bukarest gelangen zu können. Auf ihren Wunsch intervenierte ich in Wien, und Kaiser Franz Joseph gab sofort den Befehl, die Reise zu gestatten.

Nach gelungener Operation schickte die Königin einem meiner Kinder ein selbstgeschriebenes kleines Gedicht und fügte hinzu, es sei dies der erste Brief, seitdem sie wieder sehend geworden. Gleichzeitig erfuhr ich, daß die alte Frau neuerlich politisch sehr beunruhigt sei.

Ich schrieb ihr folgenden Brief:

„Euer Majestät
danke ich innigst für das hübsche Gedicht, welches Sie meinem Buben geschickt haben. — Daß es mir vergönnt war, etwas dazu beizutragen, daß Ihnen das Augenlicht wiedergeschenkt werde, belohnt sich in sich selbst und bedarf wahrlich keines Dankes — und daß Eure Majestät die ersten wieder geschriebenen Worte an meine Kinder richten, freut und rührt mich.

Im übrigen wollen Eure Majestät sich nicht mit politischen Sorgen quälen. Es hilft nichts. Für den Augenblick wird Rumänien die Politik des hochseligen Königs beibehalten; was die Zukunft bringt, weiß nur Gott allein.

Wir alle sind Staubkörnchen in diesem furchtbaren Orkane, der über die Welt fegt, und werden willenlos herumgewirbelt, — ob dem Untergange oder der Auferstehung entgegen, steht dahin. Nicht ob wir leben oder sterben ist die Hauptsache, sondern wie wir es tun. Und König Carol kann uns allen darin als Vorbild dienen.

Ich hoffe, König Ferdinand wird niemals vergessen, daß sein Onkel ihm mit dem Throne ein politisches Glaubensbekenntnis vererbt hat, ein Glaubensbekenntnis der Ehre und der Treue, und ich weiß, daß Eure Majestät die sicherste Hüterin dieses Testamentes sind.

Euer Majestät

dankbar ergebenster
Czernin."

Wenn ich sagte, daß der König Carol den Kampf durchkämpfte, so gut er eben konnte, so wollte ich damit sagen, daß man von niemand verlangen kann, daß er ein anderer werde, als er immer war. Energie, Tatkraft und Wagemut dürfte der König schwerlich jemals in besonderem Maße gehabt haben, und zu dieser Zeit, als ich ihn kennen lernte, als alter Mann, schon gar nicht. Er war ein kluger Diplomat, eine ausgleichende Kraft, ein geborener Vermittler und Schwierigkeitenvermeider, keine Natur, die Sturm läuft und riskiert. Das mußte man wissen, und daher konnte man nicht glauben, daß der König versuchen werde, gegen den klaren Willen ganz Rumäniens an unsere Seite zu treten. Wäre der König eine andere Natur gewesen, so hätte er meiner Ansicht nach das Experiment mit Erfolg wagen können. Der König hatte in Carp einen Mann von ganz ungewöhnlicher, ja rücksichtsloser Tatkraft und Energie. Und dieser Mann hat sich vom ersten Augenblicke an für eine solche Aktion dem Könige zur Verfügung gestellt. Hätte der König, ohne zu fragen, die Mobilisierung angeordnet, so wäre es bestimmt der Energie des alten Carp gelungen, dieselbe auch durchzuführen. Wie die damalige militärische Situation aber war, so wäre die rumänische Armee in den Rücken der russischen gestoßen, und aller Wahrscheinlichkeit nach hätte der erste Erfolg auf den Schlachtfeldern das Bild vollständig geändert, und das gemeinsam vergossene Blut siegreicher Kämpfe hätte jene Gemeinschaft geboren, welche die Seele unseres Bündnisses zu bilden hatte und nie gebildet hat. Aber ein Mann dieser Qualität war der

König nicht, er konnte ebensowenig aus seiner Haut heraus wie ein anderer Mensch, und das, was er getan hat, entsprach vollständig jener Tätigkeit, welche er durch Jahrzehnte auf dem Thron ausgeübt hat.

Solange der König lebte, war die positive Sicherheit gegeben, daß Rumänien nicht gegen uns losschlagen würde. Denn mit derselben zähen Klugheit, mit der er stets eine Agitation in seinem Lande zu verhindern wußte, hätte er auch die Mobilisierung gegen uns verhindert. Es wäre ihm dabei zustatten gekommen, daß die Rumänen ja im Gegensatz zu den Bulgaren nicht kriegerisch veranlagt sind, und daß Rumänien niemals die Absicht hatte, viel bei diesem Feldzug zu riskieren. Es hätte also eine Kunktatorenpolitik in der klugen Hand des Königs ein Losschlagen gegen uns bestimmt ins Unendliche verzögert.

Sofort nach Kriegsausbruch begann das bekannte Spiel Bratianus, welches darin bestand, daß sich die rumänische Regierung gewollt und bewußt zwischen die beiden Mächtegruppen stellte, sich von beiden treiben und stoßen ließ, von beiden möglichst viele Vorteile einheimste und den Augenblick abwartete, wo sich der Stärkere als solcher erkennen lassen werde, um dann über den Schwächeren herzufallen.

Auch in den Jahren 1914 bis 1916 war Rumänien niemals wirklich neutral. Es bevorzugte stets unsere Feinde und verhinderte alle unsere Aktionen nach Kräften.

Eine große Rolle spielten die von uns begehrten Transporte von Pferden und besonders Artilleriemunition nach der Türkei im Sommer 1915. Die Türkei war damals sehr gefährdet und ersuchte dringend um Munition. Hätte sich die rumänische Regierung auf den Standpunkt gestellt, überhaupt keiner der kriegführenden Mächte einen Vorteil zu bieten, so wäre dies vom Standpunkt der Neutralität aus korrekt gewesen — sie hat aber diesen Standpunkt niemals eingenommen und beispielsweise den Serben stets die

russischen Munitionstransporte auf der Donau gestattet und bewies dergestalt eine große Einseitigkeit. Als alle Versuche nichts fruchteten, wurde die Munition auf anderen Wegen wenigstens zum Teile durchtransportiert.

Auch russische Soldaten konnten jederzeit rumänischen Boden betreten, ohne behelligt zu werden, während die unseren sofort interniert wurden.

Einstmals landeten zwei österreichische Flieger aus Versehen in Rumänien und wurden natürlich sofort interniert. Es waren dies ein Kadett namens Berthold und ein Zugsführer, dessen Name mir entfallen ist.

Sie sandten Hilferufe aus ihrem Gefängnis an mich, und ich ließ ihnen sagen, sie möchten trachten, die Erlaubnis zu einem Besuche bei mir zu erhalten. Einige Tage darauf erschien der Kadett in Begleitung eines ihn bewachenden rumänischen Offiziers. Der Offizier blieb vor dem Hause auf der Straße. Ich ließ das Tor schließen, setzte den Kadetten in eines meiner Automobile und ließ ihn durch das rückwärtige Tor hinaus und nach Giurgiu fahren, wo er die Donau übersetzte und in zwei Stunden frei war.

Der Offizier entfernte sich nach vergeblichem Warten, aber seine Reklamationen kamen zu spät.

Der arme, allein zurückgebliebene Zugsführer erhielt darauf nicht mehr die Erlaubnis, auf die Gesandtschaft zu kommen. Er brach jedoch nachts durch das Fenster aus und kam ohne Erlaubnis. Ich versteckte ihn eine Weile bei mir und schaffte ihn sodann per Bahn nach Ungarn. Auch er ist glücklich über die Grenze gekommen.

Bratianu machte mir später Vorwürfe über mein Vorgehen, welches ich damit quittierte, daß ich ihm sagte, dies sei die Folge seiner nicht eingehaltenen Neutralität. Wenn er unsere Soldaten ebenso unbehelligt lassen würde wie die russischen, so wäre ich nicht gezwungen gewesen, so vorzugehen.

Im Grunde seines Herzens hat Bratianu wohl nie ernstlich daran gezweifelt, daß die Mittelmächte unterliegen würden, und seine nicht nur durch Erziehung, sondern auch durch diese politische Spekulation hervorgerufenen Sympathien waren stets bei der Entente. Es hat dann im späteren Verlaufe Augenblicke gegeben, wo Bratianu bis zu einem gewissen Grade wankend zu werden schien. Ganz besonders trifft dies zu in der Zeit unserer großen Offensive gegen Rußland. Der Durchbruch von Gorlice und der unaufhaltsame Vormarsch in das Innere Rußlands hatten in Rumänien eine verblüffende Wirkung. Bratianu, der von Strategie auffallend wenig verstand, konnte es einfach nicht fassen und begreifen, daß die russischen Millionen, welche er bereits im sicheren Anmarsche gegen Wien und Berlin wähnte, plötzlich zurückfluten und Festungen wie Warschau wie Kartenhäuser fallen. Damals war er unruhig und mag schlechte Nächte gehabt haben. Auf der anderen Seite begannen diejenigen, die von Anfang an, wenn auch nicht austrophil, so doch nicht austrophob gewesen waren, plötzlich die Köpfe zu heben und Morgenluft zu wittern. Der Sieg der Mittelmächte tauchte als neue Eventualität am Horizonte auf. Das war der historische Moment, in welchem Rumänien zu einer aktiven Kooperation hätte gewonnen werden können. Nicht das Ministerium Bratianu. Bratianu selbst wäre niemals und unter keinen Umständen mit uns gegangen, aber wenn wir es damals über uns gebracht hätten, ein Ministerium Majorescu oder Marghilomann in den Sattel zu heben, so hätten wir die rumänische Armee an unsere Seite bekommen können. Diesbezüglich lagen konkrete Vorschläge vor. Allerdings hätten wir, um diesen Plan durchzuführen, einer Regierung Majorescu territoriale Konzessionen in Ungarn in Aussicht stellen müssen — Majorescu verlangte dies als Vorbedingung seiner Übernahme der Geschäfte, und dieses Postulat scheiterte an dem starren Widerspruche Ungarns. Es ist eine fürchterlich gerechte

Strafe, daß dieses arme Ungarn, welches so viel zu unserer definitiven Niederlage beigetragen hat, am allerschwersten unter den Folgen derselben gelitten, und daß die von ihm so verachteten und verfolgten Rumänen es waren, welche die größten Triumphe in ungarischen Gefilden geschlürft haben.

Unter den zahlreichen Vorwürfen, die mir im Laufe der letzten Monate gemacht worden sind, ist auch der, daß ich schon als Gesandter in Rumänien hätte „gehen" müssen, wenn meine Vorschläge in Wien nicht angenommen wurden. Diese Vorwürfe beruhen auf einer ganz falschen Vorstellung der Kompetenzen und der Verantwortung. Ein subalterner Beamter hat die Pflicht, die Situation so zu schildern, wie er sie sieht, und jene Vorschläge zu machen, die ihm richtig erscheinen, aber die Verantwortung für die Politik trägt der Minister des Äußern, und es würde zu den unmöglichsten und absurdesten Zuständen führen, wenn ein jeder Gesandter aus der Ablehnung seiner Vorschläge die Konsequenz, seine Demission, ziehen würde. Wenn die Beamten immer dann demissionieren müßten, wenn sie mit der Richtung ihrer Vorgesetzten unzufrieden sind, dann müßten sie ungefähr alle demissionieren.

Die Spionage und Konterspionage hat selbstverständlich in diesem Kriege viele Blüten getrieben. In Rumänien hat Rußland sich besonders stark damit beschäftigt.

Im Oktober 1914 ereignete sich ein für mich peinlicher Zwischenfall. Ich war im Automobil von Bukarest nach Sinaia gefahren und hatte politische Schriften in meiner Tasche, welche durch den Irrtum eines Dieners, statt in das Automobil gelegt zu werden, rückwärts aufgebunden war. Auf der Fahrt wurde die Tasche losgebunden und gestohlen. Ich machte sofort alle Anstrengungen, um dieselbe wiederzuerhalten, was mir erst nach ungefähr dreiwöchigem Suchen und sehr bedeutenden Spesen gelang. Sie ward bei einem Bauer in dessen Scheune gefunden, und er hatte anscheinend nichts entwendet als darin befindliche Zigaretten.

Nach der Okkupation Bukarests durch unsere Truppen fand man jedoch die Kopien und Photos aller meiner Papiere in der Wohnung Herrn Bratianus.

Ich hatte gleich nach dem Verluste der Tasche in Wien meine Demission angeboten, welche jedoch von Kaiser Franz Joseph abgelehnt worden war.

Das von Burian veröffentlichte Rotbuch über Rumänien, welches einen Auszug meiner wesentlichsten einschlägigen Berichte enthält, gibt ein ziemlich klares Bild über die einzelnen Phasen dieser Zeit und die heranrückende Kriegsgefahr. Die Niederlagen, welche Rumänien vorübergehend erlitten hat, ließen vorerst allen jenen recht geben, welche vor einem vorzeitigen Eingreifen gewarnt hatten. Es muß hier, um die Situation klar zu schildern, erklärt werden, daß es die letzte Zeit vor dem Kriegseintritte Rumäniens eigentlich nur zwei Parteien in diesem Lande gab; die eine war die uns feindliche, welche die sofortige Kriegserklärung wünschte, die andere die „freundliche", welche die Situation für noch nicht reif hielt und riet, noch etwas zu warten, bis wir genügend geschwächt seien. Diese „freundliche" Richtung triumphierte während der Zeit unserer Erfolge. Zu letzterer gehörte, glaube ich, auch die Königin Marie. Sie war von Anfang des Krieges an dafür, „an der Seite Englands zu kämpfen", wie sie sich stets nur als Engländerin fühlte, nur scheint sie — wenigstens im letzten Augenblick — den Moment des Losschlagens verfrüht gefunden zu haben. Ich hatte wenige Tage vor der Kriegserklärung ein „Abschiedsfrühstück" bei ihr, welches merkwürdig war, da wir beide wußten, daß wir in einigen Tagen Feinde sein würden. Nach dem Frühstück nahm ich die Gelegenheit wahr, ihr zu sagen, „ich sei ebenfalls über die Situation orientiert, aber die Bulgaren würden früher in Bukarest sein als die Rumänen in Pest" — sie ging ruhig auf das Gespräch ein, wie sie überhaupt eine offene Natur war, die auch die Wahrheit vertrug. Unsere Zensurbehörden fingen einige Tage

später einen Brief der Hofdame ab, welche diesem Frühstück beigewohnt hatte, und welcher nicht für unsere Ohren bestimmt war: er enthielt eine Beschreibung des „dejeuner fort embêtant“ mit wenig Schmeichelhaftem für mich.

Die Königin Marie hat den Glauben an den Endsieg nie verloren. Sie war vielleicht mit Bratianu nicht in allen Phasen seiner Taktik einig, uns aber den Krieg zu erklären, war stets in ihrem Programm. Sie hat auch in der schweren Zeit der vernichtenden Niederlagen den Kopf obenbehalten. Eine ihrer Freundinnen hat mir später erzählt, daß sie, als sich von Süden, Norden und Westen unsere Armeen Bukarest näherten, als Tag und Nacht die Erde unter dem fortgesetzten Kanonendonner dröhnte, ruhig ihre Vorbereitungen zur Abreise traf, in der festen Überzeugung, sie werde „als Kaiserin aller Rumänen“ zurückkehren. Bratianu ist, wie man mir erzählt hat, nach der Einnahme von Bukarest völlig zusammengebrochen — die Königin Marie war es, die ihn tröstete und ihm Mut zusprach. Das englische Blut hat sich bei dieser Frau niemals verleugnet. Als wir die ganze Walachei besetzt hatten, erhielt ich absolut sichere Nachrichten, nach welchen sie von Jassy aus an den König Georg telegraphierte und ihr „kleines, aber tapferes Volk“ seiner weiteren Protektion empfahl. Als wir den Frieden von Bukarest machten, ist auf mich ein starker Druck ausgeübt worden, das Königspaar abzusetzen. Es hätte natürlich an der Situation nichts geändert, denn die Entente hätte sie nach dem Siege wieder eingesetzt — aber nicht aus diesem Grunde, den ich nicht voraussehen konnte, sondern aus den später zu erörternden Motiven widersetzte ich mich diesen Bestrebungen, trotzdem ich mir auch vollständig klar darüber war, daß Königin Marie stets unsere Feindin bleiben werde.

Die Kriegserklärung brachte alles, was österreichisch-ungarisch oder deutsch war, in eine böse Situation. Ich begegnete zahlreichen Freunden aus der österreichisch-ungarischen

Kolonie, welche von den rumänischen Soldaten roh mit Kolbenstößen dahergetrieben und eingesperrt wurden. Ich sah Hetzjagden, welche grotesk und abstoßend waren; tagelang dauerte dieses grausame Spiel.

In Wien sind alle Bürger der feindlichen Staaten frei von Sekkaturen geblieben. Ich habe als Minister vorübergehend gegen rumänische Staatsbürger Repressivmaßregeln angeordnet und dies der Regierung in Jassy mitgeteilt, weil es kein anderes Mittel gab, um das Los unserer armen Verschleppten zu mildern; sowie die neutrale Macht über eine humanere Behandlung berichtete, wurden sie wieder freigelassen.

Wenn wir am Fenster oder im Garten der Gesandtschaft erschienen, wurden wir vom Volke beschimpft und verspottet, und auf der Bahn bei der Abreise drehte mir ein junger Beamter, den ich um eine Auskunft ersuchte, den Rücken zu.

Eineinhalb Jahre später bin ich wieder in Bukarest gewesen. Eine Siegeswelle hatte uns hinaufgetragen, und wir kamen, um den Frieden zu machen. Wir waren wieder Gegenstand des Straßeninteresses, aber anderer Art. Im Theater bereiteten sie uns Ovationen, und ich konnte nicht auf der Straße gehen, ohne eine Schar von Bewunderern hinter mir zu haben.

Gewalttätig gegen Wehrlose und untertänig gegen Mächtige — es gibt schönere Züge in dem Charakter der Völker. —

Damals also wurden die Gesandtschaft und ungefähr hundertfünfzig Mitglieder der Kolonie, darunter zahlreiche Kinder, interniert, und wir verlebten böse zehn Tage, da es uns nicht klar war, ob wir überhaupt fortgelassen werden würden oder nicht. Interessant bleiben drei Zeppelinangriffe, welche wir in Bukarest mitzumachen Gelegenheit hatten, und welche in den prachtvollen mondhellen, wolkenlosen Nächten des tropischen Himmels einen unvergeßlichen Eindruck auf uns hinterließen.

Ich finde in meinem Tagebuche folgende Aufzeichnungen:

Bukarest, August 1916.

Auch meiner Frau und Tochter haben die Rumänen den Krieg erklärt. Eine aus zwei Beamten des Ministeriums des Äußern bestehende Deputation erschien nachts elf Uhr in Gehrock und Zylinder in Sinaia in meiner Villa, trommelte meine Frau aus dem Schlafe und erklärte ihr beim Scheine einer Kerze — Beleuchtung ist wegen Zeppelins verboten —, daß Rumänien uns den Krieg erklärt habe. Der Sprecher sagte dabei: „... vous a déclaré la guerre.“ Dann las er den beiden Frauen die ganze Kriegserklärung vor. Bratianu ließ mir sagen, daß er meine Frau und Tochter sowie die ganze Gesandtschaft in einem Extrazug nach Bukarest kommen lassen werde.

Bukarest, September 1916.

Eigentlich erwarteten sich die Rumänen sofort einen Zeppelinangriff. Bisher ist er ausgeblieben, und sie werden schon wieder zuversichtlicher und erklären, es sei von Deutschland zu weit für die Zeppeline, sie würden daher nicht kommen. Sie scheinen nicht zu wissen, daß Mackensen in Bulgarien Zeppeline hat. Aber wer weiß, ob sie kommen.

Bukarest, September 1916.

Vorige Nacht ist der Zeppelin doch gekommen. Gegen drei Uhr wurden wir durch das schrille Alarmpfeifen der Polizei aufgeweckt, welches hieß: „Das Telephon meldet, daß er die Donau überflogen hat.“ Und gleichzeitig begannen alle Kirchenglocken zu läuten. Und plötzlich wird es ganz still und finster. Wie ein großes, böses Tier zieht sich die Stadt zusammen, still und verbissen, und wartet auf den feindlichen Angriff. Nirgends ein Licht oder ein Laut. So liegt sie da, die große Stadt, unter dem prachtvollen Sternenhimmel und wartet. Eine Viertelstunde vergeht, zwanzig Minuten, da plötzlich fällt, man weiß nicht wo, ein Schuß; und als ob das das Signal gewesen wäre, kracht es an allen Ecken und Enden. Die Abwehrkanonen feuern ununterbrochen, und auch die Polizei hilft tapfer mit und

schießt Löcher in die Luft. Auf was schießen sie? Es ist absolut nichts zu sehen. Jetzt beginnen auch die Scheinwerfer ihr Spiel. Tastend suchen sie den Himmel ab von Osten nach Westen, von Norden nach Süden, zucken sie über das Firmament, aber sie können ihn nicht finden. Ist er überhaupt da, oder ist das Ganze ein Spiel aufgeregter rumänischer Nerven?

Plötzlich hört man ihn. Ganz deutlich hört man die Schrauben mahlen, wie eine große Schiffsschraube klingt es über uns. Man glaubt, man muß ihn sehen können, in der sternenhellen Nacht, so nahe klingt es — das Rauschen der Schrauben verklingt in der Richtung nach Cotroceni. Und da fällt auch die erste Bombe. Wie ein Windstoß hört es sich an, wie sie durch die Luft saust, und dann das Krachen der Explosion — und die zweite und dritte. Das Schießen nimmt an Heftigkeit zu. Aber sie scheinen nur nach dem Lärm zu schießen, sie können ihn nicht sehen. Krampfhaft suchen die Scheinwerfer. Jetzt hat ihn einer gefaßt. Merkwürdig sieht es aus, das Luftschiff. Wie eine kleine goldene Zigarre. Aber ganz deutlich kann man die beiden Gondeln sehen, und der Scheinwerfer läßt es nicht mehr aus, und jetzt faßt es auch ein zweiter. Es sieht aus, als wenn der Luftkreuzer regungslos am Himmel stände, grell beleuchtet von den Scheinwerfern von rechts und links, und jetzt beginnen die Kanonen erst recht. Rings um den Zeppelin herum krepieren die Schrapnelle in rotem Lichte — ein prachtvolles Feuerwerk — aber unmöglich zu sagen, wie die Schüsse liegen und ob ihm eine Gefahr droht. Der Zeppelin wird kleiner und kleiner, er scheint rapid zu steigen. Plötzlich ist die Miniaturzigarre verschwunden, die Strahlenbündel der Scheinwerfer greifen ins Leere, und erregt wie geärgert beginnen sie aufs neue über den Himmel zu zucken.

Ganz still ist es auf einmal geworden. Ist er fort? Ist der Angriff schon vorüber? Ist er getroffen und gezwungen, zu landen? Minuten vergehen. Wir sind längst alle am

Balkon, auch die Frauen, und verfolgen das aufregende Spiel. Da plötzlich wieder der bekannte Ton, den man, einmal gehört, nicht mehr vergißt, als wenn ein pfeifender Windstoß sich nähern würde, und dann das dumpfe Krachen der Explosion. Aber diesmal ist es weiter gegen die Forts hinaus. Und wieder kracht es von allen Seiten und bellen die Maschinengewehre den freundlichen Mond an; die Scheinwerfer rasen wie verrückt über den Himmel und können ihn nicht finden. Wieder kracht eine Bombe, diesmal bedenklich näher. Jetzt hört man auch die Schrauben wieder mahlen, laut und lauter. Ein Schrapnell platzt unmittelbar über der Gesandtschaft, pfeifend fliegen die Kugeln in den Garten, und jetzt ist er über uns. Deutlich hört man das Rauschen der gewaltigen Schraube, aber wie wir uns auch anstrengen, wir können ihn nicht sehen. Und wieder krachen die Bomben — aber weiter und weiter. Dann wird es wieder still. Merkwürdig berührt diese plötzliche Stille nach dem furchtbaren Lärm. Die Minuten vergehen. Nichts rührt sich mehr. Im Osten erscheint der erste zarte Schein des dämmernden Morgens. Langsam verblassen die Sterne.

Irgendwo weint ein Kind. Weit weg. Eigenartig, wie deutlich man das hört in der stillen Nacht. Es macht den Eindruck, als wenn die vor Angst gepeinigte Stadt sich nicht zu rühren und zu atmen wagen würde aus Furcht, das Ungeheuer könnte zurückkommen. Aber wie viele solcher Nächte stehen ihr noch bevor? Immer noch weint das Kind. In der Stille dieses feenhaften Morgens, der jetzt langsam anbricht, klingt dieses Weinen wie ein schriller Mißton. Unendlich traurig. Und ist diese arme Kinderstimme nicht nur das Echo von Millionen, die dieser fürchterliche Krieg in die Verzweiflung getrieben hat?

Blutigrot geht jetzt die Sonne auf. Einige Stunden haben die Rumänen Zeit, zu schlafen und neue Kraft zu sammeln. Aber der erste Besuch des Zeppelins wird nicht der letzte sein, das wissen sie jetzt alle.

Bukarest, September 1916.

Die Presse ist empört über den nächtlichen Angriff. Bukarest sei zwar eine Festung, aber man müsse doch wissen, daß die Kanonen nicht mehr in den Forts seien! „Adeverul" soll geschrieben haben, die heldenhaften Abwehrkämpfe hätten einen großen Erfolg gehabt. Das Luftschiff sei schwer havariert in der Nähe von Bukarest heruntergestürzt. Eine Kommission habe sich an Ort und Stelle begeben, um zu konstatieren, ob es ein Flieger oder ein Zeppelin sei!!

Bukarest, September 1916.

Heute nacht war er wieder da, und zwar überraschend. Er scheint von der anderen Seite, von Plojest, gekommen zu sein, jedenfalls haben die Wächter an der Donau ihn verpaßt. Gegen Morgen sah die Nachtwache der Gesandtschaft, welche dafür zu sorgen hat, daß nirgends im Hause Licht brennt, eine Riesenmasse sich langsam auf die Gesandtschaft heruntersenken, ganz tief bis knapp über das Dach. Da blieb er durch mehrere Minuten schweben und orientierte sich. Niemand hat ihn bemerkt, bis er plötzlich seine Maschinen gehen ließ und knapp an der Gesandtschaft seine erste Bombe warf. Er muß sehr hoch gekommen sein und sich dann ganz still gesenkt haben. Das Haus des Gesandten Tresnea Crecianu soll einen Volltreffer erhalten haben, und zwanzig darin befindliche Gendarmen sind angeblich tot; ferner ist das königliche Schloß beschädigt. Die Regierung scheint begreiflicherweise nicht befriedigt über die Erfolge der Abwehraktion und tröstet sich damit, daß die Übung erst den Meister mache. An der Übung wird es voraussichtlich die nächste Zeit nicht fehlen.

Unsere Abreise wird immer wieder unter allem erdenklichen Vorwand verschoben. Einen Moment schien es, daß wir über Bulgarien nach Hause können. Der Gedanke lächelte Bratianu sehr, denn er sah in der bulgarischen Bereitwilligkeit die Garantie, daß Bulgarien keinen Angriff

plane. Diese Rechnung hat er ohne den Wirt gemacht. E. und W. sind sehr besorgt, weil die Rumänen sie zurückbehalten und offenbar als Spione hängen wollen. Ich habe ihnen erklärt: „Wir bleiben alle oder wir reisen gemeinsam ab. Herausgegeben wird niemand." Das scheint sie etwas beruhigt zu haben.

Wie zu erwarten, hatten diese nächtlichen Besuche ein für uns unangenehmes Nachspiel. Die Rumänen bildeten sich anscheinend ein, es handelte sich nicht um Zeppeline, sondern um österreichisch-ungarische Luftschiffe, und meine Anwesenheit in der Stadt werde einen gewissen Schutz gegen diese Angriffe bieten; nach dem ersten Angriff erklärten sie, für jeden getöteten Rumänen würden zehn Österreicher oder Ungarn hingerichtet werden, und die feindselige Behandlung, der wir ausgesetzt waren, nahm noch zu. Das uns gebrachte Essen wurde immer schlechter und weniger, und schließlich schnitten sie uns die Wasserleitung ab; bei der tropischen Temperatur, welche herrschte, und bei der Massenüberfüllung in einem Hause, welches normal auf zwanzig Menschen berechnet war und hundertsiebzig Bewohner hatte, entstanden dadurch binnen vierundzwanzig Stunden unhaltbare Zustände, die Ausdünstungen ließen sofort einige Menschen unter hochgradigem Fieber erkranken, und weder ein Arzt noch eine Apotheke war zu erlangen. Nur dank der energischen Intervention des holländischen Gesandten, Herrn van Vredenburch, welcher den Schutz unserer Staatsangehörigen übernommen hatte, gelang es schließlich, diese Zustände abzustellen und den Ausbruch einer Epidemie zu verhindern.

Ein gutes Wort wurde in diesen Tagen von unserem Militärattaché, Oberstleutnant Baron Randa, geprägt: Einer unserer rumänischen Sklavenhalter stattete uns seinen täglichen Besuch ab und hielt einen jener großsprecherischen Vorträge, in welchen die Rumänen ihre bevorstehenden Siege

zu verherrlichen pflegten. In der Antwort Randas fiel das Wort: „Mackensen.“ Der Rumäne war erstaunt über den ihm unbekannten Namen und erwiderte: „Qu'est ce que c'est que ce Mackensen? Je connais beaucoup d'Allemands, mais je n'ai jamais fait la connaissance de Mr. Mackensen.“ „Eh bien“ — antwortete Randa, ihm auf die Schulter klopfend — „vous la ferez, cette connaissance, je vous en garantis.“ Drei Monate darauf hatte Mackensen die ganze Walachei besetzt und residierte in Bukarest — und zu dieser Zeit dürfte auch unserem Rumänen der Name geläufiger geworden sein.

Endlich wurden wir über Rußland nach Hause geschoben und hatten eine dreiwöchige, immerhin interessante Reise über Kiew, Petersburg, Schweden und Deutschland nach Hause. Drei Wochen in einem Zuge zu leben, wird manchem lang erscheinen. Aber wie im Leben alles Gewohnheit ist, gewöhnten wir uns dermaßen daran, daß viele von uns die ersten Nächte in den Wiener Betten nicht schlafen konnten, weil uns das Gerüttel des Fahrens fehlte. Wir hatten in unserem Extrazug übrigens allen Komfort und insbesondere eine Abwechslung, als wir in der Nähe von Kiew in einer kleinen Station namens Baratinskaja auf Befehl Bratianus durch mehrere Tage angehalten wurden. Der Grund ist niemals geklärt worden, wahrscheinlich waren Schwierigkeiten bei der Abreise des rumänischen Gesandten in Sofia und der Wunsch, uns als Geiseln zu behandeln, die Ursache. Die Reise quer durch das feindliche Land war eigenartig genug. Es wurden zu jener Zeit gerade mörderische Schlachten in Galizien geschlagen, und wir begegneten Tag und Nacht den endlosen Zügen, welche heitere, lachende Soldaten zur Front schleppten, und jenen, welche blasse, verbundene, stöhnende Verwundete zurückbrachten.

Die Bevölkerung begegnete uns überall ungemein freundlich, und von dem Hasse, den wir in Rumänien empfunden hatten, war auch nicht die Spur vorhanden. Alles, was wir

sahen, stand im Zeichen der eisernen Ordnung und der größten Disziplin. Niemand von uns hielt es für möglich, daß dieses Reich am Vorabend der Revolution stehe, und als mich nach meiner Rückkehr Kaiser Franz Joseph fragte, ob ich Anhaltspunkte für den Ausbruch einer Revolution gewonnen hätte, verneinte ich auf das entschiedenste.

Der alte Kaiser hat dies unliebsam vermerkt. Er äußerte sich später zu einem Herrn seiner Umgebung: „Über Rumänien hat Czernin sehr richtig berichtet, aber auf seiner Reise durch Rußland hat er geschlafen."

3.

Die Entwicklung der rumänischen Verhältnisse während des Krieges zerfällt in drei Phasen. Die erste Phase umfaßt die Regierungszeit König Carols. Während dieser Zeit war die Neutralität garantiert. Es war auf der anderen Seite in diesen Monaten nicht möglich, Rumäniens Kooperation zu erreichen, weil wir in dieser ersten Kriegszeit militärisch so ungünstig standen, daß sich die öffentliche Meinung Rumäniens nicht freiwillig zu einem Kriege an unserer Seite hätte bewegen lassen und, wie bereits früher erwähnt, ein gewaltsames Vorgehen nicht dem Charakter des Königs entsprach.

Anders lagen die Verhältnisse in der zweiten Phase, welche die Zeit von dem Tode König Carols bis zu unserer Niederlage bei Luck umfaßt. Diese zweite Phase brachte die größten militärischen Erfolge, welche die Mittelmächte in dem Kriege überhaupt hatten. In diese Epoche fällt die Niederwerfung Serbiens und die Eroberung ganz Polens, und es sei wiederholt, in diesen Monaten wäre die aktive Kooperation Rumäniens zu erreichen gewesen. Trotzdem muß ich hier ausdrücklich feststellen, daß, wenn die politischen Vorbedingungen für ein solches Eingreifen Rumäniens

nicht geschaffen wurden, dies nicht dem damaligen Minister des Äußern zur Last zu legen ist, sondern der Vis major, welche sich in der Form eines ungarischen Vetos dem Vorgehen entgegenstellte. Es ist auch schon früher erwähnt worden, daß Majorescu zu einer solchen Kooperation nur dadurch zu gewinnen gewesen wäre, daß Rumänien ein Stück des ungarischen Staates erhalten hätte. Dank der vollständig ablehnenden Haltung des Ballplatzes ist das Territorium niemals genau fixiert worden, doch dürfte es sich ungefähr um Siebenbürgen und um ein Stück der Bukowina gehandelt haben. Ich kann nicht sagen, ob Graf Burian, wenn er frei von anderen Einflüssen gewesen wäre, diesen Plan aufgegriffen hätte, aber sicher ist, daß er, wenn er noch so gern gehandelt hätte, den Gedanken nicht gegen das ungarische Parlament durchführen konnte. Der Verfassung nach war das ungarische Parlament im ungarischen Staate souverän, und ohne Anwendung von Waffengewalt wäre Ungarn nie dazu zu haben gewesen, Teile des eigenen Staates herzugeben. Es liegt aber auf der Hand, daß es unmöglich gewesen wäre, in der Zeit des Weltkrieges auch noch einen bewaffneten Konflikt zwischen Wien und Pest zu provozieren. Mein damaliger deutscher Kollege von dem Bussche teilte völlig meine Ansicht, daß Ungarn ein territoriales Opfer bringen solle, um Rumäniens Eingreifen zu ermöglichen. Ich glaube, daß damals, ähnlich wie vor der italienischen Kriegserklärung, auch direkt in Wien ein gewisser Druck von Berlin in diesem Sinne ausgeübt wurde — ein Druck, der nur dazu beitrug, den Widerspruch Tiszas noch zu verstärken und zu vertiefen. Für Deutschland lag die Frage ja auch viel einfacher, denn es hätte einen großen Gewinn aus fremder Tasche gezahlt. Die Abtretung der Bukowina wäre voraussichtlich durchzusetzen gewesen, da Stürgkh sich nicht ablehnend verhielt, aber diese allein genügte den Rumänen nicht.

Daß der Widerstand gegen eine Abtretung Siebenbürgens

von Ungarn ausgehe, war vollständig klar. Aber dieser Widerstand war keine Spezialität Tiszas, denn wer immer von den ungarischen Politikern an der Spitze des Kabinetts gestanden wäre, hätte denselben Standpunkt verfochten.

Ich sandte damals einen Vertrauensmann zu Tisza, welcher demselben die Situation erklären und ihn in meinem Namen beschwören sollte, die Konzession zu machen. Tisza verhielt sich dem Boten gegenüber sehr zurückhaltend, schrieb mir jedoch sodann einen Brief, in welchem er ein für allemal erklärte, daß das freiwillige Abtreten ungarischen Bodens ausgeschlossen sei; „wer immer es versuchen sollte, auch nur einen Quadratmeter ungarischen Bodens zu nehmen, auf den wird geschossen."

So war nichts zu machen. Und doch glaube ich, daß dies eine der wichtigsten Phasen des Krieges war, welche, wenn sie ausgenützt worden wäre, das Endresultat hätte beeinflussen können. Der militärische Vorstoß in die Flanke der russischen Armee wäre ein — nach Ansicht unserer Militärs — gar nicht abzuschätzender Vorteil gewesen, und der geniale Durchbruch von Gorlice hätte erst dadurch einen Erfolg erzielt. Die Politik unterstützte die Militärs nicht, und so blieb Gorlice eine strategische Kraftleistung ohne dauernde Wirkung.

Der ablehnende ungarische Standpunkt erklärte sich zweifach: Erstens waren die Ungarn einer Abtretung eigenen Territoriuns an und für sich abhold, und zweitens glaubten sie nicht — bis zum letzten Augenblicke —, daß Rumänien auf gar keinen Fall dauernd neutral bleiben werde, und daß wir daher früher oder später gegen Rumänien würden kämpfen müssen, wenn wir es nicht rechtzeitig mit uns fortrissen. Tisza hat meinen diesbezüglichen „Pessimismus" stets bekämpft und bis zum letzten Augenblick daran festgehalten, daß Rumänien sich nicht „trauen" werde, uns anzugreifen. Nur so läßt es sich erklären, daß die Rumänen bei ihrem Einfall in Siebenbürgen dermaßen überraschen

und so reiche Vorräte erbeuten konnten. Ich hätte auch für die zahlreichen in Rumänien lebenden Österreicher und Ungarn — welche nach der auch sie überraschenden Kriegserklärung einem schrecklichen Los verfielen — viel besser sorgen können, wenn ich sie auf die herannahende Katastrophe deutlicher und allgemeiner hätte aufmerksam machen dürfen, — aber Tisza beschwor mich in mehreren Briefen, keine Panik zu erzeugen, ,,da dieselbe unberechenbare Folgen nachziehen müsse". Da ich nicht wußte und nicht wissen konnte, inwieweit die geforderte Geheimhaltung mit unseren militärischen Gegenvorbereitungen im Zusammenhange stehe, so mußte ich mich streng an dieselbe halten. Burian hat anscheinend bis zu einem gewissen Grade meinen Berichten geglaubt, wenigstens gab er einige Zeit vor der Kriegserklärung den Befehl, die geheimen Akten und das vorhandene Geld nach Wien transportieren zu lassen, und betraute Holland mit dem Schutze unserer Staatsbürger — aber Tisza hat mir viel später zugegeben, daß er meine Berichterstattung als viel zu pessimistisch betrachtet und sich gefürchtet habe, eine überflüssige Räumung Siebenbürgens anzuordnen.

Im ungarischen Parlamente schlug die Panik und der Zorn nach dem unerwarteten Einfall hohe Wellen. Ich wurde auf das heftigste kritisiert, da niemand daran zweifelte, daß meine falsche Berichterstattung den Mangel an Vorbereitungen erkläre. Da war nun wieder Tisza ganz er selbst, als er mit erhobener Stimme in den Saal rief: ,,Das sei nicht wahr, ich hätte richtig berichtet und rechtzeitig gewarnt, mich träfe keine Schuld" — und damit die Schuld der Wahrheit gemäß auf sich nahm. Furcht kannte er keine, und niemals versuchte er sich hinter jemanden zu decken. Als ich nach wochenlanger Reise durch Rußland in Wien eintraf und dort erst sehr verspätet alle diese Details erfuhr, dankte ich Tisza für die ehrliche, loyale Art, in welcher er mich verteidigt hatte. Mit jenem etwas ironischen Lächeln, das ihm

eigen war, erwiderte er, das sei doch ganz selbstverständlich gewesen.

Es war aber für einen österreichisch-ungarischen Beamten gar kein so selbstverständliches Erlebnis. Wir haben in der Monarchie so viele Feiglinge auf den Ministerbänken gesehen, so viele Männer, welche ebenso viel Mut gegen Untergebene, Kriecherei nach oben und Feigheit gegen eine schreiende Opposition bewiesen, daß ein Mann wie Tisza schon durch seinen Gegensatz zu dieser Kaste erlösend und erfrischend wirkte.

Verschiedene Male haben die Rumänen versucht, irgendeine territoriale Konzession für die Aufrechterhaltung ihrer Neutralität zu erpressen. Dagegen habe ich mich immer gewehrt und war darin ganz einig mit dem Ballplatz. Die Rumänen hätten eine solche Konzession eingesteckt und uns natürlich später dennoch angefallen, um noch mehr zu erhalten. Für die militärische Kooperation schien mir eine Gebietsabtretung am Platze, denn einmal im Felde, konnte Rumänien nicht mehr schwenken und band dadurch dauernd sein Los an das unsere.

Die dritte Phase endlich umfaßt den relativ kurzen Zeitraum zwischen unserer Lucker Niederlage und dem rumänischen Kriegsausbruch und war nichts anderes als die letzte Agonie der sterbenden Neutralität.

Der Krieg lag in der Luft und war positiv vorauszusehen.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die so mangelhafte diplomatische Vorbereitung für den Weltkrieg eine lebhafte Kritik unserer diplomatischen Tätigkeit ausgelöst, und wenn es in den Intentionen des Ballplatzes gelegen gewesen wäre, einen Krieg herbeizuführen, so kann nicht geleugnet werden, daß derselbe die Vorbereitung hierfür äußerst mangelhaft getroffen hat.

Diese Kritik hat aber nicht nur den Ballplatz getroffen, sondern sie ist auch in die Details eingegangen, indem sie

sich mit der Qualifikation der einzelnen auswärtigen Vertreter beschäftigt hat. Ich erinnere mich an einen Artikel eines der gelesensten Blätter Wiens, welcher eine Gegenüberstellung des „ausgezeichneten" Gesandten in Sofia und ungefähr aller übrigen enthielt, das heißt aller derer, welche sich in Staaten befunden hatten, die entweder ihre Kooperation verweigert oder sogar gegen uns zu Felde gezogen waren.

Ich möchte hier, um ein Mißverständnis zu vermeiden, feststellen, daß meiner Ansicht nach unser damaliger Gesandter in Sofia, Graf Tarnowski, einer der besten und fähigsten Diplomaten Österreich-Ungarns war, daß jedoch der Gesichtswinkel, unter welchem er in dieser Kritik lobend hervorgehoben worden ist, ein an und für sich vollständig falscher war. Wenn Graf Tarnowski in Paris, London oder Rom gewesen wäre, so hätten diese Staaten bestimmt trotz seiner unleugbaren Fähigkeiten keine andere Haltung eingenommen als die, die sie eingenommen haben, und auf der anderen Seite hätten gewiß zahlreiche andere ausgezeichnete Beamte des diplomatischen Korps ihre Aufgabe in Sofia ebenso gut gelöst wie Graf Tarnowski.

Das soll mit anderen Worten heißen, daß es eine ungebührliche Forderung ist, von einem Vertreter im Auslande zu verlangen, daß er die Politik des Staates, bei welchem er akkreditiert ist, leitend beeinflusse. Was von einem diplomatischen Vertreter verlangt werden kann, ist, daß er die Situation richtig einschätze. Der Botschafter oder Gesandte muß wissen, was die Regierung des Staates, bei welcher er ist, machen wird. Stellt er falsche Diagnosen, ist er zu tadeln. Unmöglich aber kann ein Vertreter, und wer immer er sei, eine solche Macht über den fremden Staat gewinnen, daß er dessen Politik in dem von ihm gewünschten Sinne *dirigiert*. Die Politik eines Staates wird sich immer nach jenen Regeln richten, welche der jeweiligen Regierung als Lebensbedürfnis erscheinen, und wird immer von Faktoren

beeinflußt werden, welche ganz außerhalb der Ingerenz des fremden Vertreters liegen.

Wie sich ein diplomatischer Vertreter die richtigen Informationen verschafft, ist seine Sache. Er wird trachten müssen, seinen Umgang nicht nur auf eine gewisse Gesellschaftsschicht zu beschränken, sondern sowohl mit der Presse als auch mit anderen Schichten der Bevölkerung in Kontakt zu bleiben.

Einer der Vorwürfe gegen das „alte Regime" war dessen angebliche Bevorzugung der Aristokraten in der Diplomatie. Der Vorwurf ist ganz falsch. Nicht Aristokraten wurden bevorzugt, sondern in der Natur des Metiers lag es, daß Vermögen und gesellschaftlicher Schliff für die Ausübung des Berufes vorteilhaft waren. Der Attaché war nicht bezahlt, und um standesgemäß im Auslande auftreten zu können, wurde von ihm der Nachweis verlangt, daß er eine gewisse ziemlich hohe Rente von zu Hause beziehe. Dieses Prinzip entsprang der Not, respektive der ablehnenden Haltung der Vertretungskörper, das Ministerium des Äußern besser zu dotieren. Die Folge war, daß nur Söhne reicher Eltern in die Karriere eintreten konnten. Ich habe einmal Abgeordneten, welche diesbezüglich bei mir intervenierten, gesagt, daß eine Änderung des Systems nur von ihnen und ihrer größeren Munifizenz abhängen würde.

Ein gewisser gesellschaftlicher Schliff war für den Diplomaten des alten Regimes ebenso notwendig wie die nötige häusliche Zulage und die Kenntnis fremder Sprachen. Solange es in Europa noch Höfe gibt, wird ein Hofleben als Zentrum des gesellschaftlichen Getriebes immer existieren, und die Diplomaten mußten Zutritt zu diesen Kreisen haben. Ein junger Mann, welcher nicht weiß, ob man mit der Gabel oder dem Messer ißt, wird dabei keine gute Rolle spielen — daher ist seine gesellschaftliche Vorschule keine gleichgültige Nebensache. Nicht also Aristokraten wurden bevorzugt,

sondern wohlhabende junge Menschen mit europäischen Umgangsformen.

Das soll, wie schon gesagt, nicht heißen, daß der Diplomat seine Aufgabe darin sehen soll, nur auf geselligen Festen der oberen Zehntausend zu erscheinen; aber es gehört mit zu seinen Pflichten, denn er wird an diesen Stellen viel erfahren, was er anderwärts nicht erfahren kann. Nebenbei soll der Diplomat seine Fäden auch nach anderer Richtung spinnen. Er soll im Kontakt sein mit all den Kreisen, aus welchen er Informationen beziehen kann.

Die individuelle Geschicklichkeit und der persönliche Eifer des einzelnen werden dabei natürlich immer eine große Rolle spielen. Sehr wichtig sind aber auch die Mittel, welche eine Regierung ihren ausländischen Missionen zur Verfügung stellt.

Es gibt — ich weiß nicht, ob ich sagen soll: im Gegensatz zum Okzident — es gibt im Orient Menschen, welche gegen die Einwirkung des Goldes nicht immun sind. Die Mittel, über welche ein Gesandter oder Botschafter verfügt, werden daher bei all seinen Aktionen immer eine sehr große Bedeutung haben. In Rumänien beispielsweise hat Rußland schon längst vor dem Kriege das ganze Terrain unterwühlt. Schon längst vor dem Kriege hat es Millionenausgaben nicht gescheut, um in diesem Lande Stimmung für sich zu machen. Die meisten Blätter waren fest in russischen Händen; zahlreiche im politischen Leben maßgebende Persönlichkeiten waren durch russische Interessen gebunden — während Deutschland und Österreich-Ungarn diese Vorarbeiten unterlassen hatten. So kam es, daß bei Kriegsausbruch Rußland einen immensen Vorsprung vor den Mittelmächten hatte, einen Vorsprung, der um so schwerer einzuholen war, als Rußland vom ersten Tage des Krieges an seine Goldschleusen in verstärktem Maße öffnete und Rumänien mit Rubeln überschwemmte.

Liegt in dieser den Krieg so wenig vorbereitenden

Tätigkeit ein neuer Beweis, daß die Mittelmächte nicht mit einem solchen rechneten, so mag andererseits darin eine Erklärung für manche anscheinend geringere Aktivität ihrer Vertreter gefunden werden. Mein Amtsvorgänger in Bukarest, Karl Fürstenberg, hatte in sehr richtiger Einschätzung der Situation einen größeren Dispositionsfonds von Wien verlangt, welcher ihm mit Hinweis darauf, daß kein Geld vorhanden sei, abgelehnt worden war. Nach Kriegsbeginn kargte das Ministerium nicht mehr, für viele Aktionen aber war es zu spät.

Ob das offizielle Rußland vier Wochen vor dem Attentat auf den Thronfolger bereits mit demselben und mit dem Ausbruch eines Krieges in diesem Augenblicke gerechnet hat, bleibt dahingestellt. Ich gehe nicht so weit, dies zu behaupten, das eine aber ist sicher, daß Rußland den Krieg als in absehbarer Zeit als unvermeidlich vorbereitet und auf die Kooperation Rumäniens hingearbeitet hat. Als der Zar einen Monat vor dem Drama in Sarajevo in Konstantza war, stattete sein Minister des Äußern, Sasonow, auch Bukarest einen kurzen Besuch ab. Von dort aus unternahm er gemeinsam mit Bratianu eine Spazierfahrt nach Siebenbürgen. Ich erfuhr von dieser unter den gegebenen Verhältnissen mindestens wenig taktvollen Exkursion erst nach erfolgter Tat, muß aber Berchtold recht geben, welcher mir damals sein Erstaunen über das Vorgehen der beiden Minister zur Kenntnis brachte.

Ich habe im Jahre 1914 durch Zufall das Gespräch zweier Russen gehört. Sie saßen im Hotel Capsa, dem später als antiösterreichischen Hetzlokale bekannten Restaurant, an dem Nebentisch und sprachen ganz laut und ungeniert Französisch. Sie schienen bei dem russischen Gesandten zu verkehren und besprachen den bevorstehenden Zarenbesuch in Konstantza. Wie ich nachher konstatierte, waren es zwei Offiziere in Zivil. Sie waren darin einig, daß Kaiser Franz Joseph nicht mehr lange leben könne, und daß der

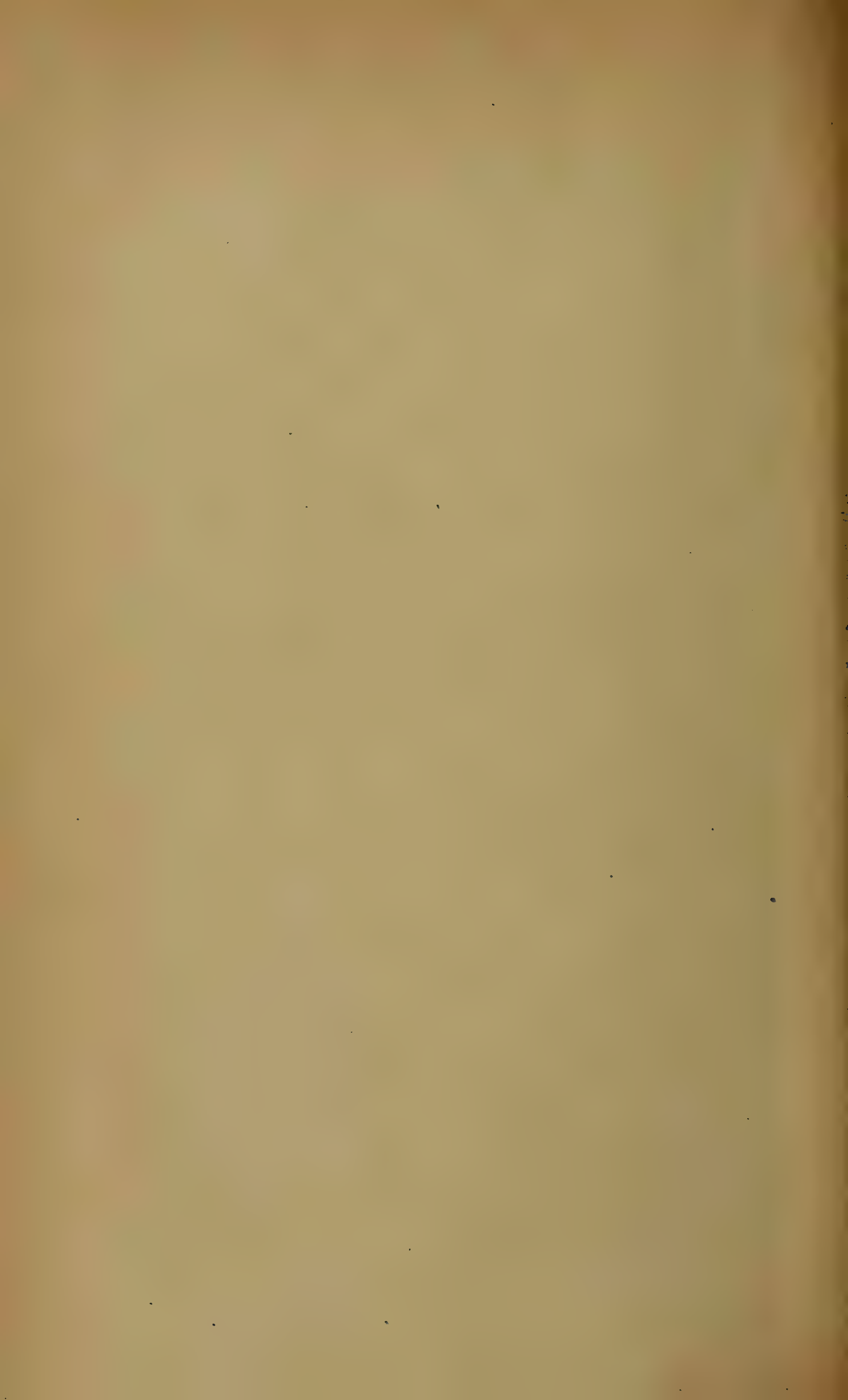
Thronwechsel der Moment sei, in welchem Rußland uns den Krieg erklären müsse.

Es waren offenbar Exponenten jener „loyalen" Richtung, welche uns den Krieg ohne vorherigen Mord erklären wollten — und ich will gern annehmen, daß die Mehrzahl der in Petersburg befindlichen kriegslustigen Herren zu der gleichen Richtung zählte.



V.

Der verschärfte U=Bootkrieg



Meine Ernennung zum Minister des Äußern wurde vielfach dahin gedeutet, daß Kaiser Karl das politische Testament seines Onkels Franz Ferdinand ausführe. Obwohl Erzherzog Franz Ferdinand die Absicht hatte, mich zu seinem Minister des Äußern zu machen, so hatte doch meine Ernennung unter Kaiser Karl mit diesem Plane gar nichts zu tun. Meine Ernennung durch Kaiser Karl entsprang vor allem seinem damals starken Wunsche, sich vom Grafen Burian zu trennen, und dem Mangel an sonstigen dem Kaiser geeignet scheinenden Kandidaten. Das nach Ausbruch des Krieges mit Rumänien vom Grafen Burian veröffentlichte Rotbuch dürfte die Aufmerksamkeit Kaiser Karls auf meine Wenigkeit gelenkt haben.

Obwohl Kaiser Karl als Erzherzog durch viele Jahre mein unmittelbarer Nachbar in Böhmen war — er war in Brandeis an der Elbe stationiert —, sind wir uns doch niemals nähergetreten. Er war in den ganzen Jahren höchstens ein- bis zweimal bei mir, und auch das waren Besuche ohne jeden politischen Einschlag. Erst im ersten Winter des Krieges, als ich von Rumänien aus im Hauptquartier in Teschen war, lud mich der damalige Erzherzog Karl ein, die Rückreise mit ihm gemeinsam zu machen. In dieser mehrere Stunden dauernden Eisenbahnfahrt wurde größtenteils Politik gesprochen, jedoch bezog sich die Unterredung weniger auf allgemeine Politik als auf Rumänien und die Balkanfragen. Ich gehörte jedenfalls niemals zu denen, welche das Vertrauen

des Erzherzogs besessen hatten, und meine Berufung auf den Ballplatz kam mir vollkommen überraschend.

Auch meine erste Audienz begann mit einem längeren Gespräch über Rumänien und die Frage, ob der Krieg mit Bukarest hätte vermieden werden können oder nicht.

Der Kaiser stand damals unter dem Eindrucke unseres ersten, von der Entente so schroff abgelehnten Friedensangebotes. Auch im deutschen Hauptquartier in Pleß, wo ich einige Tage später eintraf, war die Stimmung durch die Antwort der Entente stark beeinflußt. Hindenburg und Ludendorff, welche anscheinend gegen den Friedensschritt Burians gewesen waren, erklärten mir, nur der definitive Sieg böte die Möglichkeit, den Krieg zu beenden, und Kaiser Wilhelm erklärte mir: „Er habe die Hand zum Frieden geboten, daraufhin habe ihm die Entente in das Gesicht geschlagen — und jetzt gäbe es nur den Krieg bis zum Äußersten".

Zu dieser Zeit begann die Frage des verschärften U-Bootkrieges in den deutschen Köpfen zu spuken. Vorerst war es nur die deutsche Marine, vor allem Tirpitz, die unaufhörlich für diesen Gedanken Reklame machten. Hohenlohe *, welcher dank seiner ausgezeichneten Konnexionen stets sehr gut informiert war, schrieb bereits mehrere Wochen vor dem schicksalsschweren Entschlusse, daß die Marine auf dieses Ziel losgehe. Bethmann war entschieden abgeneigt, ebenso Zimmermann. Es entsprach der klugen Vorsicht des ersteren, solche Experimente nicht gerne zu wagen; Bethmann war ein absolut verläßlicher, ehrlicher, gescheiter Partner, aber seinem zur Konzilianz neigenden Naturell ist das maßlose Anwachsen der militärischen Autokratie vor allem zuzuschreiben. Gegen einen Ludendorff konnte er nicht aufkommen, und Schritt für Schritt wurde er von diesem zurückgedrängt. Meine erste Anwesenheit in Berlin gab mir

* Botschafter Gottfried Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst.

Gelegenheit, die U-Bootfrage sehr eingehend mit dem Reichskanzler zu besprechen, und wir fanden uns in unserer Abneigung gegen dieses Kampfmittel. Allerdings betonte Bethmann schon damals, daß solche in erster Linie militärische Maßregeln auch in erster Linie von den Militärs entschieden werden müßten, da sie allein imstande seien, den Erfolg derselben richtig einzuschätzen, und solche Betrachtungen ließen mich gleich von Anfang an besorgen, daß die begründeten politischen Bedenken von den militärischen Argumenten überrannt werden würden. Bei diesem meinem ersten Besuche in Berlin, bei welchem diese Frage selbstverständlich dominierte, entwickelte mir der Kanzler, daß seine Lage deshalb so schwierig sei, weil die Militärs vom Lande und vom Wasser erklärten, bei Ablehnung des verschärften U-Bootkrieges nicht mehr für die Westfront garantieren zu können. Sie stellten ihn dadurch unter einen eisernen Druck, denn wie sollte er — der Kanzler — seinerseits die Garantie übernehmen können, daß die Front weiter halten werde? Tatsächlich verdichtete sich die Gefahr des Einsetzens des unbeschränkten U-Bootkrieges bald mehr und mehr, und die Berichte Hohenlohes ließen keinen Zweifel über die weitere Entwicklung der Dinge in Berlin. Am 12. Januar berichtete Hohenlohe:

„Die Frage bezüglich der Erweiterung des U-Bootkrieges wird, wie Euer Exzellenz aus den letzten Besprechungen in Berlin bekannt ist — immer akuter.

Auf der einen Seite drängen die maßgebenden Militär- und Marinestellen auf die baldigste Anwendung dieses Mittels, durch das sie den Krieg viel rascher beendigen zu können erklären, auf der anderen Seite erheben die Staatsmänner schwere Bedenken über die Rückwirkung dieses Vorgehens auf Amerika und die noch übrigen Neutralen.

Die Oberste Heeresleitung erklärt, daß eine neue, groß angelegte Offensive im Westen unmittelbar bevorstehe, und daß es die Armeen, die diesen Anprall abzuwehren hätten,

absolut nicht verstehen würden, wenn seitens der Marine nicht alles aufgeboten werde, um die Nachschübe an Truppen und Munition für unsere Gegner zu unterbinden oder wenigstens zu verringern. Das Ausbleiben einer Mitwirkung der Marine an den furchtbar schweren Kämpfen, denen die Truppen an der Westfront abermals entgegengingen, würde auf den Geist derselben einen geradezu verderblichen Eindruck machen.

Den früher erwähnten Einwendungen über den möglichen Eindruck dieses Vorgehens auf Amerika halten die militärischen Stellen entgegen, daß Amerika sich hüten werde, in den Krieg einzutreten, ja daß es dazu nicht einmal imstande sei; das klägliche Versagen des militärischen Mechanismus der Vereinigten Staaten in dem Konflikte mit Mexiko sei doch wohl ein klarer Beweis, was man von den Leistungen Amerikas auf diesem Gebiete zu erwarten habe, selbst ein eventueller Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten brauche daher noch lange nicht den Krieg zu bedeuten.

Im übrigen wiederholen die maßgebenden Marinestellen, man solle sich darauf verlassen, daß sie, wenn man ihnen schon nicht die Fähigkeit zugestehen wolle, England niederzuzwingen, zumindest imstande wären, binnen kurzem, und zwar bevor Amerika überhaupt eingreifen könne, das britische Inselreich so weich zu machen, daß die englischen Staatsmänner nur mehr den einen Wunsch haben würden, sich mit uns an den Konferenztisch zu setzen.

Hierauf sagte der Kanzler, wer bürge ihm denn dafür, daß die Marine recht habe, und in welcher Lage würden wir uns in dem Falle befinden, wenn die Admirale sich irren sollten, worauf die Admiralität prompt erwidert, wie sich denn der Kanzler seinerseits die Lage vorstelle, wenn wir im Herbste, ohne von der U-Bootwaffe den einzig richtigen Gebrauch gemacht zu haben, aus Entkräftung gezwungen wären, um Frieden zu bitten.

So schwankt das Zünglein an der Wage, auf der die Chancen des U-Bootkrieges abgewogen werden, hin und her, ohne daß die Möglichkeit vorläge, positiv festzustellen, welche Aufgabe die richtige sei.

Zweifellos wird sich die deutsche Regierung, und zwar schon in nächster Zeit, zu einer definitiven Stellungnahme dieser Frage gegenüber entschließen müssen, und es ist ganz klar, daß — in welchem Sinne diese Entscheidung auch erfolgen möge — wir durch dieselbe ganz bedeutend in Mitleidenschaft gezogen werden. Nichtsdestoweniger erschiene mir, wenn einmal die deutsche Regierung diesbezüglich an uns herantritt, unsererseits möglichst große Zurückhaltung geboten; wie die Dinge heute liegen, ist eine positive Entscheidung — welcher einzuschlagende Weg der unbedingt richtige sei, wie schon erwähnt, nicht möglich, ich hielte es daher für wenig ratsam, durch eine dezidierte Parteinahme für die eine oder andere Lösung der deutschen Regierung einen großen Teil der Verantwortung abzunehmen und ihr die Möglichkeit zu geben, dieselbe uns aufzubürden. Der k. u. k. Botschafter

G. Hohenlohe m. p."

Der Schlußpassus des zitierten Berichtes war unterdessen bereits durch einen telegraphischen Auftrag meinerseits überholt worden, einen Auftrag, in welchem ich den Botschafter ersuchte, mit aller Energie die gegen den verschärften U-Bootkrieg sprechenden politischen Argumente geltend zu machen, das erhellt aus einem Telegramm Hohenlohes vom 13. Januar, welches lautet:

„Antwort auf Telegramm Nr. 15 von gestern.

In Befolgung obzitierten Telegrammes und nach Rücksprache mit Baron Flotow habe ich sofort den Staatssekretär, den Kanzler konnte ich heute nicht sehen, aufgesucht und ihn den Intentionen Euer Exzellenz entsprechend darauf aufmerksam gemacht, man solle doch nicht vergessen, daß wir an den Folgen des Unterseebootkrieges ganz ebenso

beteiligt wären wie Deutschland, woraus der deutschen Regierung die Verpflichtung erwachse, auch uns zu hören. Daß Euer Exzellenz bereits während Hochderen hiesigen Aufenthaltes sich dagegen ausgesprochen hätten, sei den leitenden deutschen Staatsmännern bekannt, ich käme aber nochmals als Dolmetsch Euer Exzellenz, um diese Warnungen vor jeder Übereilung zu wiederholen. Ich habe weiters mit Nachdruck alle gegen den Unterseebootkrieg sprechenden Argumente angeführt, mit deren Aufzählung ich Euer Exzellenz ebenso wenig aufhalten will, als mit den Euer Exzellenz gleichfalls sattsam bekannten Gegenargumenten, die der Staatssekretär ins Treffen führte. Ich habe diese beiden Standpunkte übrigens in meinem gestrigen gegenständlichen Bericht Nr. 6 P in Kürze zusammengefaßt.

Ganz besonders betonte Herr Zimmermann aber, daß er nach allen ihm zukommenden Nachrichten mehr und mehr die Überzeugung gewinne, Amerika werde, speziell nach der Antwort der Entente an Herrn Wilson, die man als einen diesem angetanen Schimpf hinstellen müsse, es voraussichtlich gar nicht zum Bruche mit den Zentralmächten kommen lassen.

Ich habe mein möglichstes getan, um immer wieder die Verantwortung zu betonen, die Deutschland bei Entscheidung dieser Frage für sich und uns übernehme, wobei ich sehr nachdrücklich betonte, daß, bevor eine Entscheidung in dieser Sache getroffen würde, unbedingt unsere Ansicht auch vom marinetechnischen Standpunkte, der sich einem Urteil meinerseits natürlich ganz entzieht, eingeholt werden müsse, worin mir der Staatssekretär rückhaltlos zustimmte.

Ich habe das Gefühl, daß man sich hier der Auffassung, den Unterseebootkrieg auszugestalten, doch immer mehr zuneigt, ein Eindruck, den Euer Exzellenz in Berlin ja auch gewonnen haben dürften. Das letzte Wort für die definitive Stellungnahme der deutschen Regierung in dieser Frage wird zweifellos von militärischer Seite gesprochen werden.

Den erhaltenen Instruktionen entsprechend werde ich jedoch hier immer wieder mit allem Nachdruck die gegen den Unterseebootkrieg sprechenden politischen Argumente geltend machen.

Baron Flotow wird heute nachmittag auch noch Gelegenheit haben, mit dem Staatssekretär zu sprechen.“

Gleichzeitig hatte ich nämlich noch den Sektionschef Baron Flotow nach Berlin gesandt, damit derselbe die Bestrebungen Hohenlohes unterstütze und alles aufbiete, um Deutschland von seiner Absicht abzubringen. Flotow berichtete mir darüber am 15. Januar folgendes:

„Gelegentlich meines zweitägigen Aufenthaltes in Berlin habe ich die Überzeugung gewonnen, daß die Frage des verschärften Unterseebootkrieges für die maßgebenden Faktoren im Deutschen Reiche gegenwärtig wieder in die erste Linie gestellt ist. Die Frage steht — nach den Worten Herrn Zimmermanns — unter Beobachtung des strengsten Geheimnisses der Öffentlichkeit gegenüber, zwischen der Heeres- und Marineleitung und dem Auswärtigen Amte zur Erwägung; sie dränge aber zur Entscheidung. Denn soll es zum uneingeschränkten Unterseebootkrieg kommen, so müßte er zu einer Zeit einsetzen, wo seine Wirkungen bereits in Ansehung der bevorstehenden mächtigen englisch-französischen Offensive an der Westfront sich fühlbar machen würden. Hiermit wies der Staatssekretär auf den Monat Februar hin.

Ich möchte im nachstehenden jene Momente zusammenfassen, die zur Begründung der Notwendigkeit der verschärften Unterseebootkriegführung deutscherseits vorgebracht werden:

Die Zeit arbeite gegen uns und für die Entente; könne also die Entente ihren Kriegswillen durchhalten, so schwinde für uns immer mehr die Aussicht auf einen uns nicht aufgezwungenen Frieden. Die letzte Note unserer Gegner an Wilson bringe aber neuerdings ihre Kriegsenergie in unwiderlegbarer Weise zum Ausdruck.

Über das Jahr 1917 hinaus können die Zentralmächte den Krieg mit Aussicht auf Erfolg nicht führen. Der Friede müßte also, solle er uns nicht schließlich von den Feinden kommen, noch im Laufe dieses Jahres gemacht, d. h. er müßte von uns erzwungen werden.

Die militärische Lage sei nachteilig beeinflußt durch die demnächst bevorstehende englisch-französische Offensive an der Westfront, von der man annehme, daß sie mit einer noch furchtbareren Wucht einsetzen werde wie die letzte Offensive an der Somme. Um ihr zu begegnen, mußten bereits Truppen von den anderen Fronten abgezogen werden. Daraus ergebe sich, daß mit einer Offensive gegen Rußland, die wenigstens diesen Feind auf die Knie drücken sollte und die vielleicht vor einem Jahre durchführbar gewesen wäre, nicht mehr gerechnet werden könne.

Sei also die Möglichkeit im Schwinden, die Entscheidung im Osten herbeizuführen, so müsse versucht werden, sie im Westen zu bringen, und zwar zu einer Zeit, wo das rücksichtslose Eingreifen der Unterseeboote schon auf die bevorstehende englisch-französische Offensive durch Behinderung des unter neutraler Flagge durchgeführten Truppen- und Munitionstransportes ihre Wirkung ausüben könnte.

Bei der Einschätzung der Wirkungen des verschärften Unterseebootkrieges auf England komme nicht bloß das Unterbinden der Lebensmittelzufuhr in Frage, sondern die Verminderung seiner Verkehrsmittel in einem Ausmaße, daß die Kriegführung als solche den Engländern unmöglich gemacht würde. Kaum weniger einschneidend würden diese Wirkungen auch in Italien und in Frankreich in Erscheinung treten; allerdings würden auch die Neutralen stark in Mitleidenschaft gezogen werden, dies könnte aber vielleicht gerade zur Herbeiführung des Friedens ausgenutzt werden.

Amerika würde kaum weiter als bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen gehen; mit einem Kriege gegen

die Vereinigten Staaten brauchten wir heute nicht mehr unbedingt zu rechnen.

Es sei nicht zu übersehen, daß die Vereinigten Staaten — wie sie dies ja Mexiko gegenüber bewiesen — zum Kriege schlecht vorbereitet seien, daß sie nur eine Besorgnis hätten, und zwar Japan! Einen europäischen Krieg mit Amerika würde Japan nicht ungenützt vorübergehen lassen.

Aber selbst wenn Amerika in den Krieg eintreten würde, so könnte es vor drei bis vier Monaten nicht fertig sein, und innerhalb dieses Zeitraumes müsse eben der Friede in Europa erzwungen sein. England hätte nach Schätzung der Fachleute (unter anderen holländischer Getreidehändler) für sechs Wochen, höchstens drei Monate Nahrungsvorräte.

Der Unterseebootkrieg würde von fünfzehn Stationen in der Nordsee aus gegen England geführt werden können, so daß das Durchkommen eines größeren Schiffes nach England kaum denkbar erschiene. Der Verkehr im Ärmelkanal würde, selbst wenn er nicht ganz unterbunden werden könnte, schon deshalb nur eine geringe Rolle spielen, da die Eisenbahnverkehrsverhältnisse in Frankreich eine entsprechende Entwicklung ausschlössen.

Und sei einmal der verschärfte Unterseebootkrieg im Gange, so würde der dadurch erzeugte Terror (Versenkung der Schiffe ohne Warnung) es mit sich bringen, daß sich die Schiffe vielfach gar nicht mehr auf die See wagen würden.

Im vorstehenden ist schon die Entgegnung skizziert, die auf die von uns gegen das Einsetzen des unbeschränkten Unterseebootkrieges geltend gemachten Argumente vorgebracht wird. Damit wird auch die Auffassung bekämpft, daß die Getreidezufuhr aus Argentinien (schlechte Ernte) und den Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht diese weitgehende Rolle spielen würde, die ein rasches Eingreifen der Unterseebootwaffe in ihrer ganzen Schärfe erheischen würde, indem, wie gesagt, auf die Vernichtung der Verkehrsmöglichkeiten im allgemeinen hingewiesen wird.

Ich habe in meinen einschlägigen Gesprächen bemerkt, die Tatsache, daß Amerika erst in drei Monaten kriegsbereit sein würde, schließe nicht aus, daß es dies in sechs oder acht Monaten wäre, daß es also zu einer Zeit in den europäischen Krieg eingreifen könnte, wo dieser, auch ohne daß wir diese letzte Karte ausspielen, zu einem für uns annehmbaren Ende gebracht werden könnte. Man möge doch nicht vergessen, daß wir es in Amerika mit einer angelsächsischen Rasse zu tun haben, die — wenn sie sich einmal zum Krieg entschlossen — mit Energie und Zähigkeit daran gehen würde, wie England, das auch militärisch unvorbereitet in den Krieg trat und heute ein achtunggebietendes Millionenheer den Deutschen entgegenstellt. Auch die japanische Gefahr für Amerika könne ich zu einer Zeit, wo Japan mit Rußland und England durch vorteilhafte Verträge verbunden sei und Deutschland aus jenem Weltteil ausgeschaltet, nicht mit Zuversicht in Anschlag bringen.

Unter anderem verwies ich auf die großen Hoffnungen, die man seinerzeit auf die Zeppeline als Kampfwaffe gesetzt.

Herr Zimmermann sagte mir: ‚Glauben Sie mir, unsere Besorgnisse sind nicht geringer wie die Ihrigen; ich habe viel schlaflose Nächte darüber verbracht. Eine positive Sicherheit für den Erfolg gibt es nicht, es gibt nur Berechnungen. Daher sind wir auch noch nicht zu einem Entschlusse gekommen. Zeigen Sie mir einen Weg, um zu einem möglichen Frieden zu kommen, und ich bin der erste, der den Unterseebootkrieg verwirft! Wie die Dinge heute liegen, habe ich und viele andere mich dazu schon beinahe bekehren lassen!‘

Ob nun, wenn der rücksichtslose Unterseebootkrieg beschlossen würde, dies in irgendeiner Weise angekündigt würde oder nicht, dafür ist die Richtlinie auch noch nicht gefunden.

Staatssekretär Zimmermann sagte mir, er überlege einen etwaigen Schritt bei Wilson, durch den dem Präsidenten

unter Hinweis auf die hohnsprechende Haltung der Entente in der Friedensfrage eine Erklärung für das Vorgehen der deutschen Regierung gegeben und er eingeladen würde, behufs Wahrung des Lebens und Eigentums amerikanischer Staatsbürger jene Schiffe und Schiffahrtslinien zu bezeichnen, durch die der Verkehr aus Amerika mit den anderen Neutralen aufrechterhalten werden sollte.

Wien, 15. Januar 1917. Flotow m. p."

Am 20. Januar erschienen Zimmermann und Admiral Holtzendorff in Wien, und es fand unter Vorsitz des Kaisers eine Beratung statt. An derselben nahmen außer den drei genannten noch Graf Tisza, Graf Clam-Martinic, Großadmiral Haus, General Conrad und meine Wenigkeit teil. Holtzendorff entwickelte seine Gründe — welche ich weiter unten rekapituliere — und fand außer bei Admiral Haus bei niemandem eine ungeteilte Zustimmung. Alle Argumente, welche aus den früher zitierten amtlichen Stücken und dem weiter unten angeführten ministeriellen Protokolle erhellen, wurden verwertet, allerdings ohne den geringsten Eindruck auf die deutschen Herren hervorzubringen. Der Kaiser, welcher nicht in die Debatte eingriff, erklärte zum Schluß, seine Entscheidung später treffen zu wollen. An diese Beratung schloß sich um 2 Uhr unter meinem Vorsitz im Ministerium des Äußern eine weitere Konferenz an, deren Protokoll ich nachstehend wiedergebe:

„Aufzeichnung über eine am 20. Januar 1917 im k. u. k. Ministerium des k. u. k. Hauses und des Äußern stattgehabte Besprechung.

Teilnehmer: Der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes Dr. Zimmermann, der Chef des deutschen Marinestabes Admiral von Holtzendorff, der k. u. k. Minister des Äußern Graf Czernin, der königlich ungarische Ministerpräsident Graf Tisza, der k. k. Ministerpräsident Graf Clam-Martinic, Großadmiral Haus, der deutsche Marine-Attaché

in Wien Freiherr von Freyberg, der k. u. k. Marine-Attaché in Berlin Graf H. Colloredo-Mannsfeld.

Am 20. Januar hat im Ministerium des Äußern eine Besprechung stattgefunden, welche die Frage der Aufnahme des verschärften U-Bootkrieges zum Gegenstand hatte.

Wie aus den Äußerungen Admiral von Holtzendorffs hervorging, stellt sich die deutsche Marineleitung auf den Standpunkt der *unbedingten Notwendigkeit der ehebaldigsten Aufnahme des verschärften U-Bootkrieges.* Die zur Bekräftigung dieser These ins Gefecht geführten Argumente sind aus der einschlägigen Berichterstattung des k. u. k. Botschafters in Berlin (Bericht vom 12. Januar 1917, Nr. 6 P, Telegramm vom 13. Januar, Nr. 22, sowie des k. u. k. Sektionschefs Baron Flotow — das sind die obenangeführten Stücke) bekannt und können wie folgt in Schlagworten zusammengefaßt werden: Die Zeit arbeitet gegen uns, schwindendes Menschenmaterial der Zentralmächte, progressive Verschlechterung der Ernteergebnisse, bevorstehende englisch-französische Offensive an der Westfront mit verbesserten und vermehrten Kampfmitteln und die sich hieraus ergebende Notwendigkeit, die zu einem derartigen Unternehmen erforderlichen Nachschübe zu verhindern oder zum mindesten zu stören, Unmöglichkeit der Herbeiführung einer Entscheidung zu Lande, Notwendigkeit, die sinkende Moral der Truppen durch rücksichtslose offensichtliche Erfolge zeitigende Ausnutzung der zu Gebote stehenden Kriegsmittel zu heben, Sicherheit des Erfolges einer Verschärfung des U-Bootkrieges in Anbetracht der nur für *zweieinhalb* bis drei *Monate reichenden Nahrungsmittelvorräte Englands* sowie der Unterbindung der Munitionserzeugung und industriellen Produktion infolge der Verhinderung der Rohstoffzufuhr nach England, Unmöglichwerden der Kohlenzufuhr nach Frankreich und Italien usw. usw.

Was die Durchführung anbetrifft, so stehen der deutschen Marine derzeit zu diesem Zwecke 120 U-Boote des modernsten

Typs zur Verfügung. Angesichts der großen Erfolge, welche die U-Bootwaffe zu Beginn des Krieges, als nur 19 Boote des alten Typs zur Verfügung standen, zu verzeichnen hatte, biete diese erhöhte Anzahl von Kampfschiffen eine sichere Gewähr eines durchschlagenden Erfolges.

Als Zeitpunkt des Einsetzens des rücksichtslosen U-Bootkrieges ist deutscherseits der 1. Februar 1917 in Aussicht genommen, und zwar würde an diesem Tage die Zufuhr zu den englischen Küsten wie zu der Westküste Frankreichs als gesperrt erklärt werden. Jedes Schiff, welches diesem Verbote zuwiderhandeln sollte, würde ohne vorherige Warnung torpediert werden. Auf diese Weise hofft man England in zirka vier Monaten zur Raison zu bringen, wobei hervorzuheben ist, daß Admiral von Holtzendorff sich expressis verbis dahin äußerte, er garantiere für den Erfolg.

Was nun die zu erwartende Haltung der Neutralen anbelangt, so ist auch in dieser Hinsicht die Auffassung in den maßgebenden deutschen Kreisen, obwohl man sich der Gefahr bewußt ist, eine optimistische. Man glaubt nicht an ein Eingreifen der skandinavischen Staaten und Hollands gegen uns, für welche Eventualität übrigens militärisch vorgesorgt sei. Die Maßnahmen an der holländischen und dänischen Grenze würden nach deutscher Ansicht den in Betracht kommenden Ländern den Appetit verderben, zumal das Schicksal Rumäniens zweifelsohne abschreckend wirken werde. Man rechnet im Gegenteil mit einem völligen Zurückziehen der neutralen Schiffahrt, welche in der Zufuhr Englands 39% des Frachtraumes ausmache. Im übrigen wolle man die Neutralen durch Festsetzung von Fristen für das Zurückziehen ihrer am Tage des Einsetzens des U-Bootkrieges in See befindlichen Schiffe und anderweitige Verfügungen möglichst schonen.

Bezüglich Amerikas ist man deutscherseits entschlossen, wenn irgendwie möglich, die Vereinigten Staaten durch eine

entgegenkommende Haltung (u. a. Zurückgreifen auf die seinerzeit nach dem „Lusitania“-Zwischenfall gemachten Vorschläge) von einem Eingreifen gegen die Zentralmächte zurückzuhalten; man ist aber im übrigen auf eine derartige Stellungnahme Amerikas gefaßt und vorbereitet. Deutscherseits herrscht indessen die Ansicht vor, daß die Vereinigten Staaten es auf einen Bruch mit den Zentralmächten nicht ankommen lassen werden. Täten sie dies, so würden sie jedenfalls zu spät kommen und erst dann aktiv eingreifen können, wenn England bereits mürbe gemacht sein wird. Amerika sei auf einen Krieg nicht vorbereitet, was während der mexikanischen Krise deutlich in die Erscheinung trat; es lebe in der Furcht vor Japan, habe mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zudem sei Mr. Wilson ein Pazifist, welche Richtung er, wie deutscherseits vermutet wird, nach seiner Wahl dezidierter einschlagen werde, und verdanke seine Wahl nicht den germanophoben Oststaaten, sondern der Zusammenarbeit der vornehmlich kriegsfeindlichen Mittel- und Weststaaten mit den Iren und Deutschen. Diese Konsiderationen im Zusammenhalte mit der einem Affront gleichkommenden Antwort der Entente auf die Friedensdemarche des Präsidenten ließen es nicht als wahrscheinlich erscheinen, daß Amerika sich leichten Herzens in den Krieg stürzen werde.

Im vorstehenden sind in Kürze die Gesichtspunkte wiedergegeben, welche die deutsche Forderung des sofortigen Einsetzens des verschärften U-Bootkrieges bestimmt und auch den Reichskanzler sowie das Auswärtige Amt zu einer Revidierung ihrer bisherigen gegenständlichen Auffassung veranlaßt haben.

Seitens des k. u. k. Ministers des Äußern sowie des k. k. und k. ung. Ministerpräsidenten wurde vor allem auf die desaströsen Folgen hingewiesen, welche ein Eingreifen Amerikas in militärischer wie in moralischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht nach sich ziehen müßte; ferner wurde

der Skepsis Ausdruck gegeben, daß eine Absperrung Englands auch tatsächlich gelingen werde. Man übersehe deutscherseits — so wurde vom Grafen Czernin hervorgehoben — die Möglichkeit einer Herabsetzung des Konsums in England und bedenke nicht, daß bei den Zentralmächten der Konsum während des Krieges auf die Hälfte reduziert worden sei. Es wurde ferner vom Grafen Czernin auf die doch sehr vagen und nicht überzeugenden Daten der deutschen Marineleitung hingewiesen. Es wurde weiter zur Erwägung gestellt, ob nicht eine Fortführung des U-Bootkrieges in den bisherigen Grenzen (Vernichtung von durchschnittlich 400 000 Tonnen Schiffsraum pro Monat) sicherer zum Ziele führen werde, und ob es nicht ratsamer wäre, unsere letzte gute Karte erst dann auszuspielen, wenn alle anderen Mittel versagt hätten. Die Möglichkeit, mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg beginnen zu können, hänge wie ein Damoklesschwert über den Häuptern unserer Gegner und bilde vielleicht ein wirksameres Mittel, den Krieg rasch zu beenden, als die mit der Gefahr eines Eingreifens der Neutralen verbundene rücksichtslose Verwendung der U-Bootwaffe. Wenn diese die seitens Deutschlands eskomptierte Wirkung nicht zeitigen sollte, was immerhin im Bereiche der Möglichkeit liege, dann müsse man sich auf eine Intensifizierung des Kriegswillens unserer Feinde gefaßt machen. Wie dem auch sei, mit einem Verschwinden der Friedensstimmungen müsse man bis auf weiteres als mit einer Tatsache rechnen. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß die deutscherseits in der letzten Zeit vorgebrachten Argumente ein völliges Novum aufweisen, nämlich die Gefährdung der Westfront in Anbetracht der großen zu erwartenden englisch-französischen Offensive. Während es bisher immer hieß, die Angriffe unserer Gegner werden abprallen, werde jetzt die zur Entlastung der Landarmee unbedingt notwendige rücksichtslose Verwendung der Marine ins Treffen geführt. Wenn diese Befürchtungen richtig sind, dann allerdings müßten

alle anderen Konsiderationen zurücktreten und die mit der rücksichtslosen Verwendung der U-Boote zusammenhängenden Risiken mit in den Kauf genommen werden. Sowohl Graf Czernin wie Graf Tisza drückten jedoch ihre diesbezüglichen lebhaften Zweifel aus.

Für diesen Fall wurde seitens des k. ung. Ministerpräsidenten auf die Notwendigkeit einer sofort zu entwickelnden propagandistischen Tätigkeit in den neutralen Ländern und namentlich in Amerika hingewiesen, durch welche vorerst die auf Selbsterhaltung und Verteidigung gerichteten politischen Ziele und Methoden der Zentralmächte ins richtige Licht gerückt würden und später — nach Einsetzen des rücksichtslosen U-Bootkrieges — auseinanderzusetzen wäre, daß eben die friedlichen Tendenzen des Vierbundes diesem in Anbetracht der Zertrümmerungsabsichten der Entente keine andere Wahl ließen, um zu einer möglichst raschen Beendigung des Völkerringens zu gelangen.

Die Leiter der auswärtigen Politik sagten zu, in dieser Richtung die nötigen Verfügungen zu treffen, und bemerkten, daß vorbereitende Schritte bereits unternommen worden seien.

Großadmiral Haus schloß sich rückhaltlos der Argumentation der deutschen Marineleitung an, indem er ausführte, daß an die Möglichkeit eines Eingreifens Amerikas in militärischer Hinsicht keine weitgehenden Befürchtungen geknüpft werden sollten, und schließlich hervorhob, daß seitens der Entente in der Adria der rücksichtslose U-Bootkrieg durch Torpedierung von Spitals- und Transportschiffen tatsächlich schon seit geraumer Zeit praktiziert werde. Großadmiral Haus empfahl, daß dieses Moment entsprechende Verwertung finden sollte, was seitens der beiderseitigen Leiter der auswärtigen Politik zugesagt wurde.

Der k. u. k. Minister des Äußern bemerkte endlich, daß die definitive Entscheidung der zur Diskussion stehenden Angelegenheit der Schlußfassung der beiden Herrscher vorbehalten bleiben müsse, wozu die für den 26. d. M.

anberaumte Begegnung Allerhöchstderselben Gelegenheit geben werde."

Ich fand beim Kaiser, welchen ich nach der allgemeinen Besprechung noch separat sprach, die gleiche Abneigung gegen dieses neue Kampfmittel und die gleiche Besorgnis wegen seines Effektes. Wir wußten jedoch, daß Deutschland bereits definitiv entschlossen wäre, unter allen Umständen mit dem verschärften U-Bootkrieg einzusetzen, daß daher alle unsere Argumente keinen praktischen Wert mehr haben könnten. Es blieb daher zu überlegen, ob wir uns anschließen sollten oder nicht. Dank der geringen Zahl unserer U-Boote hätte unser Beiseitebleiben keinen großen Einfluß auf das Endergebnis des Experimentes gehabt, und ich habe eine Weile die Idee ventiliert, dem Kaiser vorzuschlagen, uns in dieser Frage von Deutschland zu trennen, obwohl ich mir klar war, daß eine solche Trennung sehr leicht der Anfang des Bündnisendes überhaupt sein könne. Die Schwierigkeit aber lag darin, daß der U-Bootkrieg auch im Mittelmeer gemacht werden mußte, sollte derselbe in den nördlichen Gewässern nicht völlig wirkungslos sein; wäre nämlich das Mittelmeer frei geblieben, so hätten die Transporte diesen Weg und sodann den Landweg über Italien, Frankreich und Dover genommen und dadurch den nördlichen U-Bootkrieg wirkungslos gemacht. Um aber den U-Bootkrieg im Mittelmeer führen zu können, brauchte Deutschland unsere Stützpunkte in der Adria, so Triest, Pola und Cattaro; gaben wir ihm diese frei, so machten wir den U-Bootkrieg mit, auch wenn unsere wenigen Tauchboote zu Hause blieben, taten wir es nicht, so fielen wir Deutschland in den Rücken und kamen in direkten Konflikt mit ihm, welcher zu definitiver Sprengung des Bündnisses führen mußte.

Es war dies wieder einer jener Fälle, welche beweisen, daß, wenn ein Starker und ein Schwacher gemeinsam Krieg führen, der Schwache nicht einseitig aufhören kann, es sei denn, er

mache die völlige Schwenkung und trete zu dem früheren Verbündeten in den Kriegszustand. Letzteres wollte niemand aus der damaligen Regierung, und so gaben wir schweren Herzens unsere Zustimmung. Bulgarien, welches diese Kriegsphase nicht mitgemacht und seine diplomatischen Beziehungen zu Amerika weiter aufrechterhalten hat, war insofern in einer anderen Lage, als es abseits bleiben konnte, ohne die deutschen Pläne zu paralysieren. Abgesehen davon war ich schon damals überzeugt, daß das „Nichtmitmachen" Bulgariens zwar einen sehr schädlichen Eindruck nach außen machen, ihm selbst aber gar nichts helfen werde. Seine bis zum letzten Augenblicke aufrechterhaltenen Beziehungen mit Amerika haben tatsächlich sein Los nicht gemildert.

Hätten wir Deutschland von dem verschärften U-Bootkrieg abhalten können, so wäre der Vorteil ein sehr großer gewesen; ob wir ihn mitmachten oder nicht, war vom Standpunkte unserer Behandlung durch die Entente ganz nebensächlich, wie das bulgarische Beispiel beweist. Sowie Amerika an Deutschland den Krieg erklärt hatte, war der Konflikt auch mit uns aber unter allen Umständen unvermeidlich, denn österreichisch-ungarische Truppen und Artillerie standen ja dann an der Westfront amerikanischen gegenüber. Wir mußten in den Krieg mit Amerika kommen, sowie sich Deutschland in demselben befand.

Nicht einmal der Zustand eines scheinbar weiteren friedlichen Verhältnisses, wie er zwischen Amerika und Bulgarien bis zum Kriegsende bestand, war daher für uns möglich — abgesehen davon, daß Bulgarien ja, wie erwähnt, später die Erfahrung gemacht hat, daß die aufrechterhaltenen Beziehungen zu Washington ihm nicht den geringsten Nutzen brachten.

Wann Deutschland einsah, daß der schrankenlose U-Bootkrieg wirkungslos und daher ein furchtbarer Fehler sei, ist nicht ganz klar geworden. Nicht nur der Öffentlichkeit, auch den befreundeten Kabinetten gegenüber posierten die

deutschen Militärs fortgesetzt den größten Optimismus, und als ich im April 1918 aus meiner Stellung schied, war Berlin noch immer auf dem Standpunkte, England werde und müsse in diesem Seekrieg unterliegen. In einem Schreiben vom 14. Dezember 1917 meldete Hohenlohe, an kompetenter deutscher Stelle sei man durchaus optimistisch. Allerdings hatte ich gewisse Anzeichen der beginnenden Ernüchterung auch in den deutschen Köpfen bemerkt, und Ludendorff selbst antwortete mir auf meine Vorwürfe, „im Kriege sei alles gefährlich, man könne nie vor einer Operation genau den Effekt feststellen, er gebe zu, die Zeitrechnung sei eine falsche gewesen, das schließliche Resultat aber" — so betonte er neuerlich — „werde ihm recht geben". Im übrigen betonten die Führer Deutschlands, um sich selbst zu rechtfertigen, Amerika wäre unter allen Umständen in den Krieg getreten, und der U-Bootkrieg sei nur der letzte Anstoß gewesen. Ob dies tatsächlich der Wahrheit entspricht, scheint mindestens zweifelhaft. Es läßt sich positiv weder bejahen noch verneinen.

Die Welt hatte sich angewöhnt, Hindenburg und Ludendorff wie eines zu behandeln; sie gehörten zusammen. Sie stiegen zusammen auf zur höchsten Macht, und erst im Sturze wurden sie gewaltsam auseinandergerissen. Bei allen geschäftlichen Verhandlungen trat immer Ludendorff in den Vordergrund. Er sprach viel und immer scharf und im preußischen Kommandoton. Gewöhnlich setzte es Feuer, aber er schien nichts nachzutragen, und sein Zorn verrauchte so schnell, als er entstand. Er hatte trotz seiner unangenehmen Seiten den Charme starker Naturen, und seine beispiellose Energie und Arbeitskraft habe ich stets bewundert. Der Verkehr zwischen uns war immer, auch bei großen Differenzen, ein durchaus korrekter. Die durch einige Zeitungen verbreitete Nachricht, „Ludendorff hätte mir mit dem Kriege gedroht", ist eine einfältige Erfindung. Daß er bei einem Abfalle Österreich-Ungarns die durch die Monarchie einmarschierenden Ententetruppen lieber auf unserem als auf

reichsdeutschem Boden bekämpft hätte, konnte ich mir auch ohne einschlägige Versicherungen denken. Der spätere Einfall reichsdeutscher Truppen nach Tirol — zu Andrassys Zeit — hat mich daher auch keinen Augenblick überrascht. Der Umstand, daß der hervorragende General Ludendorff gleichzeitig Staatslenker wurde, war ein Unglück. Sein Gedanke, die Entente vernichtend zu schlagen, also bis zur Wehrlosigkeit zu besiegen, war eine Utopie, weil es immer eine Unmöglichkeit war, England und Amerika nebst der ganzen mit ihnen koalierten Welt in die Knie zu zwingen. Der Ludendorffsche Siegfrieden war unter allen Umständen ausgeschlossen. Was der General Ludendorff schuf, verdarb der Staatsmann Ludendorff. Hätte Ludendorff dazu bewogen werden können, nach seinen fabelhaften militärischen Erfolgen einen Frieden mit Opfern anzutragen, hätte er Deutschland retten können; so verdarb er durch seine Politik alles, was er durch seine Siege gewonnen hatte. Er jagte einem unmöglichen Ziele nach, er forderte Unmögliches von dem deutschen Volke, er spannte den Bogen, bis er riß. Und ihm und Hindenburg — den beiden allein — hätte das deutsche Volk gefolgt. Hätte Ludendorff rechtzeitig einen Frieden mit Opfern befürwortet, so hätte sich Deutschland gefügt. Später allerdings war die Entente ihrerseits zu keinem Ausgleich mehr bereit — aber ich greife vor, denn dieser Frage gilt das nächste Kapitel.

Hindenburg gehört zu den Größten seiner Zeit. Er wird fortleben in der Geschichte Deutschlands. Er war gleich bewunderungswürdig als Feldherr wie als Mensch. Er war bestechend durch seine bescheidene Einfachheit. Als wir einst von den Photographen sprachen, die jede Konferenz in Berlin belagerten, sagte der alte Herr: „Siebzig Jahre bin ich alt geworden, und niemals hat jemand etwas Besonderes an mir gefunden; jetzt haben sie auf einmal alle entdeckt, was für einen interessanten Kopf ich haben soll.“ Er war viel ruhiger und ausgeglichener als Ludendorff, auch der Vox populi

gegenüber viel unempfindlicher. Ich erinnere mich, daß mir Ludendorff einstens, als ich ihm zur Nachgiebigkeit in der Friedensfrage zuredete, erregt zurief: „Das deutsche Volk will keinen Verzichtfrieden, und ich will nicht enden, daß man mir Steine nachwirft. Auch die Dynastie könnte einen Verzichtfrieden nicht überleben." Die Dynastie ist gegangen, die Steine sind geflogen, und der Verzichtfrieden ist zur Wahrheit geworden, allerdings viel fürchterlicher, als es der größte Pessimist jemals hätte glauben können!

Der Abbruch der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland erfolgte am 3. Februar 1917.

Der Botschafter Graf Tarnowski blieb in Washington, wurde jedoch nicht von Wilson empfangen, sondern verkehrte ausschließlich mit Lansing; ich hatte damals noch die Hoffnung, diese halboffiziellen Beziehungen mit Amerika erhalten zu können für den Fall, daß Amerika es bei dem Abbruch der Beziehungen mit Deutschland bewenden lasse und demselben nicht den Krieg erkläre. Die deutsche Regierung hätte es lieber gesehen, wenn wir gleichzeitig mit ihr die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hätten.

Am 12. Februar sprach Graf Wedel bei mir vor, und sein Ansuchen sowie meine Erledigung erhellen aus folgendem Telegramm an Hohenlohe:

„Wien, am 12. Februar 1917.

Zu Euer Durchlaucht Information.

Graf Wedel hat mir auftragsgemäß folgende drei Wünsche seiner Regierung übermittelt:

1. Graf Tarnowski möge sein Beglaubigungsschreiben nicht übergeben, bevor die Lage zwischen Deutschland und Amerika geklärt sei.

2. Graf Tarnowski möge bei Mr. Wilson dagegen protestieren, daß letzterer es versucht habe, die Neutralen gegen Deutschland zu stimmen.

3. Bei Kriegsausbruch mit Deutschland möge Graf Tarnowski abberufen werden.

Die ersten zwei Punkte habe ich abgelehnt, den letzten angenommen."

Da wir Deutschland nicht daran hatten hindern können, den verschärften U-Bootkrieg zu beginnen, so konnte wohl tatsächlich unsere Rolle keine andere mehr sein als die, alles aufzuwenden, um unsererseits die Beziehungen mit Amerika aufrechtzuerhalten, um dergestalt eine gewisse Vermittlerrolle noch weiterspielen zu können. Allerdings ging dies nur so lange, als Amerika zwar abgebrochene diplomatische Beziehungen, aber keinen Krieg mit Deutschland hatte. Meiner Antwort auf die amerikanische Anfrage nach Präzisierung unseres Standpunktes vom 5. März 1917 lag der Gedanke zugrunde, Amerika von dem Abbruche der Beziehungen mit uns abzuhalten und andererseits womöglich eine Divergenz mit Deutschland vor der Öffentlichkeit zu verschleiern. Diese Antwort ist im Anhange reproduziert. Sie hatte insofern Erfolg und eine Bedeutung, als Amerika vorerst die diplomatischen Beziehungen mit uns aufrechterhielt. Dieselben wurden erst am 9. April 1917 abgebrochen.

Eine sehr lebhafte Auseinandersetzung hatte ich infolge meiner Antwort mit Stephan Tisza. Am 3. März erhielt ich folgenden Brief:

„Lieber Freund!

Ich kann es im Interesse der Sache nur lebhaft bedauern, daß ich keine Gelegenheit erhielt, die definitive Fassung unseres Aide-Mémoire's vor dessen Übergabe zu lesen. Von anderen, minder schwerwiegenden Sachen abgesehen, kann ich meine peinliche Überraschung darüber nicht verschweigen, daß wir wiederholt nachdrücklich zugeben, in unserer ‚Ancona'-Note eine Zusage gegeben zu haben. Ich befürchte, daß wir uns damit in eine sehr mißliche Position Wilson gegenüber gesetzt haben, was um so leichter zu vermeiden gewesen

wäre, da es meines Erachtens gar nicht zutrifft, daß wir eine Zusage gegeben hätten.

Eine Meinungsäußerung ist noch keine Zusage. Ohne ihren moralischen Wert irgendwie abschwächen zu wollen, hat sie noch einen ganz anderen juridischen Charakter und hat vom Gesichtspunkte dritter Personen nicht dieselben rechtlichen Folgen zugunsten derselben als eine Zusage.

Damit, daß wir — wirklich unnötigerweise — eingeräumt haben, den Amerikanern eine Zusage gegeben zu haben, geben wir zu, daß unsererseits Verpflichtungen ihnen gegenüber bestehen. Trotz all der schönen und geschickten Argumentation unserer Denkschrift wird es den Amerikanern nicht schwer sein, den Beweis zu führen, daß unser jetziges Vorgehen sich mit der damaligen Äußerung nicht decke; war jene Äußerung eine Zusage, so hat die amerikanische Regierung das Recht, die Erfüllung derselben zu fordern. Und dann sind wir ‚in an awkward predicament'. Ich hatte in meiner Notiz bemerkt, daß ich jetzt die Beweisführung, daß wir keine Zusage gemacht hatten, lieber unterlassen würde. Man hätte jedoch die Möglichkeit gehabt, wann immer darauf zurückzukommen. Dadurch, daß wir diese Waffe ihnen in die Hand gegeben haben, haben wir uns der Gefahr eines Echecs ausgesetzt, und ich befürchte sehr, daß wir dies noch schwer bereuen werden.

Natürlich bleibt jetzt die Sache unter uns. Dir habe ich aber mein Herz ausschütten müssen, um die Bitte begründen zu können, daß ich den Text solcher wichtiger, mit so weitgehenden Folgen verbundener Staatsschriften rechtzeitig erhalten könne, um meine etwaigen Bemerkungen machen zu können. Glaube mir, es liegt dies wirklich im Interesse der Sache und kann in jeder Hinsicht nur gute Folgen haben.

In warmer Freundschaft

Dein ergebener

Tisza."

Beilage.

„Es ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Friedensströmung in Amerika Fortschritte macht und Präsident Wilson vielleicht unter dem Einflusse dieser Wahrnehmung die Entscheidung im kriegerischen Sinne wenigstens aufzuschieben sucht. Selbst wenn ich mich in dieser Voraussetzung irren würde, läge es in unserem Interesse, den Abbruch unserer diplomatischen Beziehungen mit Amerika, solange es geht, zu vermeiden.

Es wäre daher die möglichst spät abzusendende Antwort auf das amerikanische Aide-Mémoire so zu verfassen, daß es als eine meritorische Behandlung des amerikanischerseits vorgebrachten Themas aussieht, ohne jedoch in die Falle der im Aide-Mémoire aufgestellten Frage einzugehen.

Antworten wir mit ‚ja' auf diese Frage, so kann Präsident Wilson den Bruch mit der Monarchie kaum vermeiden. Geben wir eine verneinende Antwort, so haben wir Deutschland und unseren am 31. Januar eingenommenen Standpunkt im Stiche gelassen.

Die Handhabe zum Ausweichen vor einer klaren Antwort gibt uns das Aide-Mémoire selbst, indem es unsere in der ‚Ancona'- und ‚Persia'-Frage gemachten Äußerungen mit der Stellungnahme der deutschen Note vom 4. Mai 1916 identifiziert. Wir würden daher nur konsequent bleiben, wenn wir ähnlich wie in unserer Note vom 14. Dezember 1915 erklären würden, daß wir uns durch eigene Rechtsauffassung leiten lassen.

In unserer in der ‚Ancona'-, ‚Persia'- und ‚Petrolite'-Frage mit der amerikanischen Regierung erfolgten Korrespondenz haben wir stets den konkreten Fall behandelt, ohne uns in die einschlägigen prinzipiellen Rechtsfragen zu vertiefen. Gerade in unserer Note vom 29. Dezember 1915, in der die im Aide-Mémoire zitierte Meinungsäußerung enthalten ist (es könnte auch bemerkt werden, daß unsere damalige Meinungsäußerung kein ‚pledge' ist, da wir weder etwas

versprochen, noch eine Verpflichtung übernommen haben. Ich würde aber dieses Thema, wenigstens im jetzigen Stadium der Sache, lieber beiseite lassen), hat die k. u. k. Regierung ausdrücklich erklärt, die mit dem Unterseebootkrieg zusammenhängenden schwierigen völkerrechtlichen Fragen in einem späteren Zeitpunkte zur Erörterung zu bringen.

Zu einer solchen Erörterung schien freilich der jetzige Kriegszustand nicht geeignet zu sein. Inzwischen haben sich aber infolge der Handlungen unserer Feinde Ereignisse eingestellt, es hat sich ein Zustand entwickelt, bei welchem die intensivere Ausnutzung der Unterseebootwaffe auch unsererseits nicht zu vermeiden war. Es wurden unsere Handelsschiffe in der Adria, soweit der Feind sie erreichen konnte, konsequent ohne Warnung torpediert. Unsere Gegner haben sich hiermit auf den Standpunkt des weitgehendsten rücksichtslosen Unterseebootkrieges gestellt, ohne auf den Widerstand der Neutralen zu stoßen.

Dieselbe Rücksichtslosigkeit gegenüber der freien Schiffahrt und der Lebenssicherheit der Neutralen hat die Entente bei der Legung von Minenfeldern an den Tag gelegt. Als defensive Waffe zum Schutz der eigenen Küsten und Häfen wie auch als Blockierungsmittel eines feindlichen Hafens waren die Seeminen wohl als anerkannte Waffe zu betrachten. Ganz neu ist jedoch der in diesem Kriege hervorgetretene Gebrauch dieser Waffe in aggressivem Sinne, indem auf dem Wege des Weltverkehres liegende weite Gebiete der offenen See zu Minenfeldern ausgestattet werden und hierdurch der Verkehr der Neutralen auf denselben unmöglich gemacht respektive mit der größten Lebensgefahr verbunden wurde.

Ohne jeden Vergleich ist dies eine viel weitergehende Hemmung der Bewegungsfreiheit und Störung der Interessen der Neutralen als die Einführung des verschärften U-Bootkrieges auf fest begrenzten und präzis bezeichneten Seegebieten, wobei offene Straßen für die neutrale Schiffahrt

gelassen werden und durch andere Maßnahmen weitgehende Rücksicht auf die Interessen der Neutralen genommen wird.

Gerade in dem Moment, wo der an die ganze kriegführende Welt gerichtete Appell des Präsidenten mit der spontanen Äußerung unserer Gruppe zusammenfiel, in welcher wir von der Geneigtheit, einen auch für unsere Feinde annehmbaren ehrlichen Frieden zu schließen, feierlich Zeugnis abgelegt hatten, wurde das neue größte englische Minenfeld auf einer der großen Straßen des Weltverkehrs in der Nordsee angelegt und zum Hohne der edlen Initiative der Vereinigten Staaten der Vernichtungskampf gegen unsere Mächtegruppe in der brutalsten Weise von der Entente angekündigt.

Wir fördern die großen Ziele, welche die amerikanische Regierung in ihrer Aktion geleitet haben: die baldigste Einstellung dieses greulichen Menschenschlachtens und die Begründung eines ehrlichen, dauernden, für die ganze Menschheit segensreichen Friedens, wenn wir den wilden Eroberungskrieg unserer Feinde auf das energischste bekämpfen; der Weg, den wir betreten, führt zu unserem mit der amerikanischen Regierung gemeinsamen Ziele, und wir können uns vor der Hoffnung nicht verschließen, Verständnis beim Volke und bei der Regierung der Vereinigten Staaten zu finden.

Tisza."

Ich antwortete ihm am 5. März nachstehendes:

„Lieber Freund!

Ich kann Deine Ansicht nicht teilen. Nach der ersten ‚Ancona'-Note seid Ihr damals umgefallen und habt in einer zweiten Note erklärt, daß wir dem ‚deutschen Standpunkt im wesentlichen zustimmen' — das ist ein offenes Nachgeben und eine versteckte Zusage gewesen.

Ich glaube gar nicht, daß advokatorische Kniffe die Amerikaner betören werden, und wenn wir diese Zusage leugnen würden, so kämen wir bestimmt nicht besser vorwärts.

Zweitens und hauptsächlich aber gibt es überhaupt keine Möglichkeit, die Amerikaner mit Worten von dem Kriege abzuhalten, wenn sie ihn wollen; entweder sie steuern auf den Krieg los, dann helfen alle Noten nichts, oder sie suchen einen Ausweg aus der Kriegsgefahr, dann finden sie ihn in unserer Note.

So viel meritorisch.

Technisch war das, was Du verlangst, unmöglich. Die Note war nicht einfach zu machen, sie wurde von mir ganz umgeändert, die Zeit verging; dann wollte S. M. sie sehen, nahm Änderungen vor und sanktionierte sie, unterdessen drängte Penfield* und telegraphierte sogar schon vor einer Woche nach Amerika, um seine Leute zu vertrösten; auch die Deutschen mußten für den gewissen Passus gewonnen werden.

Du weißt, wie gerne ich mit Dir wichtige Sachen bespreche, aber ultra posse nemo tenetur — es war physisch unmöglich, nochmals alles umzuwerfen und nochmals S. M. für eine andere Fassung zu gewinnen.

In treuer Freundschaft

Dein alter

Czernin."

Darauf erhielt ich am 14. März folgende Antwort Tiszas:

„Lieber Freund!

Den guten Erfolg Deines Amerika-Aide-Mémoire's sehe auch ich mit aufrichtiger Freude (gemeint ist der damals gefaßte Entschluß Amerikas, die Beziehungen mit uns nicht abzubrechen). Dies ändert jedoch nichts an meiner dahingehenden Meinung, daß es schade war, zuzugeben, eine Zusage abgegeben zu haben. Das kann sich in einem späteren Stadium der Polemik rächen, und es wäre leicht gewesen, dieses Thema einstweilen nicht zu berühren.

* Mr. Penfield, amerikanischer Botschafter in Wien.

Findest Du mich sehr starrsinnig? Ich habe dieses Schlußwort in unserer retrospektiven Polemik nicht zurückgehalten, damit Du mich nicht besser hältst als ich bin.

Auf Wiedersehen in alter Freundschaft

Dein

Tisza."

Den U-Bootkrieg hat Tisza nur mit großem Widerstreben geduldet, geduldet aus Gründen der Vis major, weil wir die deutschen Militärs nicht an dieser Maßregel hindern konnten und weil er, ebenso wie ich, überzeugt war, daß das „Nichtmitmachen" uns keinen Vorteil bringen werde.

Viel später erst, nach Kriegsende, habe ich aus einer guten Quelle erfahren, daß Deutschland in einer ganz unverständlichen Verkennung der Situation den Bau weiterer U-Boote während des Krieges einschränkte. Von kompetenter marinetechnischer Seite wurde an Staatssekretär Capelle herangetreten und er aufmerksam gemacht, daß bei Aussetzung aller anderen Schiffsbauten die fünffache Zahl von U-Booten gebaut werden könne. Capelle habe dies abgelehnt unter Hinweis darauf, „daß man nicht wisse, was man nach dem Kriege mit den vielen U-Booten anfangen solle". Deutschland hatte, wie erwähnt, über hundert submarine Boote; hätte es fünfhundert besessen, wäre das Ziel vielleicht erreicht worden.

Ich habe diese Version — wie gesagt — erst im Winter 19 gehört und kann die Wahrheit dieser Darstellung allerdings nicht beweisen.

Selten noch hat eine militärische Maßregel so viel Empörung hervorgerufen wie dieses warnungslose Versenken feindlicher Schiffe. Und doch wird ein objektiver Beurteiler zugeben müssen, daß der Kampf gegen „Kinder und Frauen" nicht von uns, sondern von unseren Gegnern durch die Blockade begonnen wurde. Millionen sind im Bereiche der Mittelmächte durch die Blockade zugrundegegangen, und gerade die Ärmsten und Schwächsten — zum größten Teile

Frauen und Kinder — waren die Opfer. Wenn auf dieses Argument erwidert wird, „die Mittelmächte seien eine belagerte Festung gewesen und die Deutschen hätten Paris im Jahre 1870 ebenfalls ausgehungert“, so hat diese Argumentation etwas für sich. Ebenso wahr ist es aber — wie dies auch in der Note vom 5. März gesagt ist —, daß bei einem Landkriege niemals Rücksicht auf Zivilpersonen, welche sich in die Kriegszone begeben, genommen wird, und daß kein Grund ersichtlich ist, warum der Seekrieg anderen moralischen Bestimmungen unterliegen sollte. Wenn sich eine Stadt oder ein Dorf im Schlachtenbereiche befindet, so hat dieser Umstand noch niemals die Artillerie verhindert, zu schießen, trotz der gefährdeten Frauen und Kinder. Im vorliegenden Falle aber konnten die gefährdeten Nichtkombattanten der feindlichen Staaten der Gefahr dadurch sehr leicht ausweichen, daß sie keine Seereisen unternahmen.

Nach dem Niederbruche im Winter 19 habe ich mit einigen mir seit langem befreundeten Engländern die Frage eingehend besprochen und bei ihnen den Standpunkt vertreten gefunden, daß nicht der U-Bootkrieg an und für sich, sondern die völkerrechtswidrige, grausame Art seiner Handhabung die große Empörung hervorgerufen habe. So hätten die Deutschen stets Spitalschiffe torpediert, ferner die sich rettenden Passagiere mit Kanonen beschossen und dergleichen mehr. Diesen Erzählungen stehen die deutschen Schilderungen kraß gegenüber, welche ihrerseits haarsträubende Details englischer Brutalität wie beispielsweise den „Baralong“-Fall vermelden.

Schandtaten sind gewiß in vereinzelten Fällen von allen Armeen verübt worden, daß die deutsche Oberste Heeresleitung solche Grausamkeiten billigte oder gar anordnete, glaube ich nicht — ebenso wenig wie die englische.

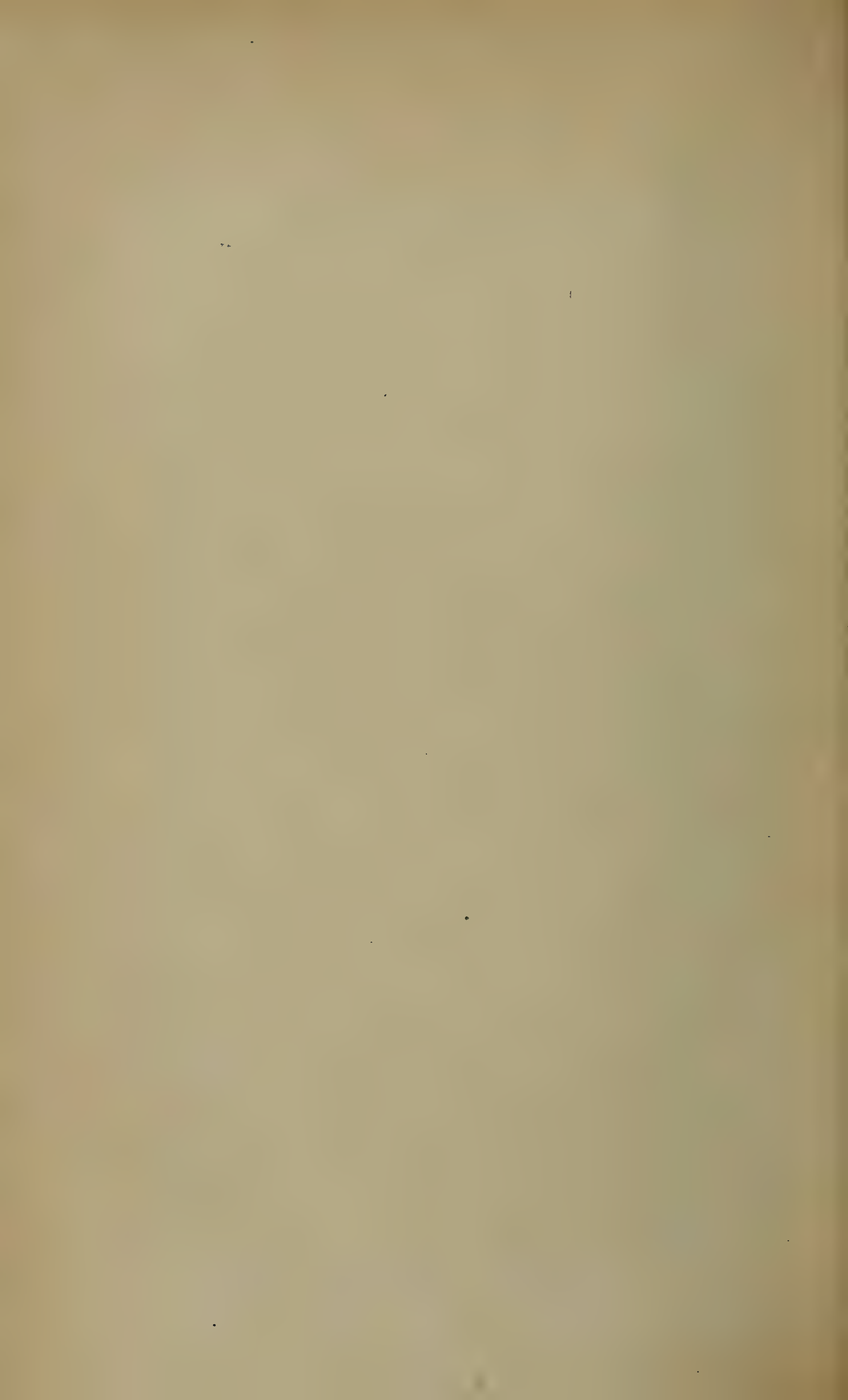
Eine Untersuchung vor einem internationalen, aber neutralen Gerichtshofe wäre das einzige Mittel, um Klarheit in diese Vorgänge zu bringen.

Grausamkeiten obiger Art sind auf das strengste zu verurteilen, von wem sie auch ausgegangen sein mögen; an und für sich aber war der U-Bootkrieg ein moralisch erlaubtes Abwehrmittel.

Die Blockade wird heute als erlaubte und notwendige Maßregel — der verschärfte U-Bootkrieg als völkerrechtswidriges Verbrechen gekennzeichnet. Das ist ein Urteilsspruch der Macht, aber nicht des Rechtes. Die Geschichte wird dereinst anders urteilen.

VI.

Friedensversuche



I.

Der verfassungsmäßige Zustand, welcher in allen parlamentarischen Staaten herrscht, ist der, daß der Minister einem Vertretungskörper gegenüber verantwortlich ist. Er muß über das, was er getan hat, Rechenschaft ablegen. Seine Taten unterliegen der Beurteilung der Kritik des Vertretungskörpers. Erklärt sich die Majorität des Vertretungskörpers gegen den Minister, so muß er gehen.

Diese Funktion der Kontrolle über die äußere Politik versahen in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Delegationen.

Außerdem aber bestand in der ungarischen Verfassung die Bestimmung, daß der ungarische Ministerpräsident seinem Lande gegenüber für die äußere Politik verantwortlich sei, daher „die äußere Politik der Monarchie im Einverständnis zwischen dem jeweiligen Minister des Äußern und dem ungarischen Ministerpräsidenten zu führen sei".

Es kam nun ganz auf die Persönlichkeit des ungarischen Ministerpräsidenten an, wie er diese Bestimmung auslegte. Bereits unter Burian war der Zustand eingetreten, daß alle, auch die geheimsten Telegramme und Nachrichten sofort dem Grafen Tisza mitgeteilt wurden, welcher sodann auch auf alle Entschlüsse und taktischen Vorgänge Einfluß nahm. Tisza war von einer ganz eminenten Arbeitsfähigkeit; er fand immer Zeit, sich neben seinen vielen Ressortgeschäften sehr eingehend mit der äußeren Politik zu beschäftigen, und

es war daher notwendig, ihn stets für einen jeden Schritt zu gewinnen. Die Kontrolle der äußeren Politik bei uns war also eine doppelte: durch die Delegation und durch den ungarischen Ministerpräsidenten.

So groß meine Achtung und Verehrung für den Grafen Tisza war und so eng die Freundschaft war, welche uns verband, so stellte seine fortgesetzte Überwachung und Einsprache doch eine ganz unermeßliche Schwierigkeit des Geschäftsganges dar. Schon in normalen Zeiten wird es oft nicht leicht sein, neben allen bestehenden Schwierigkeiten, welchen ein Minister des Äußern begegnet, auch noch diese zu überwinden. Im Kriege wurde diese Ehe zur Unmöglichkeit.

Die unbedingte Voraussetzung einer solchen Doppelregierung wäre gewesen, daß der ungarische Ministerpräsident alle Fragen von dem Standpunkte der Gesamtmonarchie und nicht von einem magyaro-zentrischen aus betrachte, eine Voraussetzung, die bei Tisza wie bei allen Ungarn fehlte. Tisza leugnete das nicht. Er hat mir öfters gesagt, daß er keinen anderen Patriotismus als den ungarischen kenne, daß es aber im ungarischen Interesse liege, mit Österreich zusammenzubleiben — dadurch allein aber sah er alle Vorgänge in schiefem Lichte. Nie hätte er einen Quadratmeter Ungarns abgetreten, gegen die geplante Abtretung Galiziens hat er nicht den geringsten Widerspruch erhoben. Er hätte lieber die Welt zugrunde gehen lassen, als Siebenbürgen herzugeben, aber für Tirol interessierte er sich so gut wie nicht.

Abgesehen davon, ließ er aber überhaupt andere Regeln für Österreich als für Ungarn gelten. Er wollte für Ungarn nicht die geringste Änderung der internen Verhältnisse eintreten lassen, „da dieselben nicht unter äußerem Drucke stattfinden dürften"; als ich unter dem Drucke der Nahrungssorgen den ukrainischen Wünschen nachgab und dem österreichischen Ministerium den ukrainischen Wunsch nach Zweiteilung Galiziens übermittelte, war Tisza damit

vollständig einverstanden. Aber er ging noch weiter. Er widersetzte sich auch jeder Vergrößerung der Monarchie, weil dadurch der ungarische Einfluß geschwächt werden könnte. So war er zeitlebens ein Gegner der austro-polnischen Lösung und der Todfeind des trialistischen Gedankens; er wollte, wenn überhaupt, Polen höchstens als österreichische Provinz gelten lassen. Am liebsten aber Polen Deutschland überlassen. Sogar den Anschluß Rumäniens an Ungarn wollte er nicht, weil dadurch das magyarische Element in Ungarn geschwächt würde. Die Zulassung der Serben an das Meer galt ihm als ausgeschlossen, weil er die serbischen Agrarprodukte haben wollte, wenn er sie brauchte; er wollte aber auch keine offene Tür für die serbischen Schweine, weil er den Preis der ungarischen nicht drücken lassen wollte. Tisza ging in seiner Ingerenz noch weiter: Er hielt streng auf die Parität bei der Besetzung der ausländischen diplomatischen Posten. Ich konnte mich aber nicht streng daran kehren. Wenn ich den Österreicher X für fähiger zum Gesandten hielt als den Ungarn Y, so mußte ich ihn nehmen, trotz eintretender Disparität.

Diese legal begründete, aber im Kriege undurchführbare und unerträgliche Ingerenz Ungarns hat zu verschiedenen Konflikten zwischen Tisza und mir geführt — und heute, wo er tot ist, hinterlassen diese Szenen bei mir nichts anderes als das Gefühl des lebhaften Bedauerns über manches heftige Wort, das ich gebraucht habe. Wir trafen später ein Kompromiß: Tisza versprach mir, nur in den dringendsten Fällen hineinsprechen zu wollen, und ich versprach ihm, nichts Wichtiges ohne seine Zustimmung zu unternehmen. Bald nach dieser Vereinbarung ward er aus einem ganz anderen Grunde vom Kaiser entlassen.

Ich habe seine Entlassung, trotz der Schwierigkeiten, die er gebracht, lebhaft bedauert. Denn erstens war der magyarozentrische Standpunkt keine Spezialität Tiszas, alle magyarischen Politiker huldigten ihm; zweitens hatte Tisza den

einen großen Vorzug, daß er keine Kriegsverlängerung zwecks Eroberungen wollte; er wünschte die Grenzrektifikation gegen Rumänien, sonst nichts. Wenn es also zu Friedensverhandlungen gekommen wäre, so hätte er mich darin, ungefähr den Status quo ante als Basis zu nehmen, jedenfalls unterstützt. Seine Unterstützung aber — und das war der dritte Grund — hatte einen großen Wert, denn er war ein Mann, der kämpfen konnte; er war hart und alt geworden auf dem Schlachtfelde der parlamentarischen Arbeit, ihm imponierte nichts und niemand — und er war treu wie Gold. Auf sein Wort konnte man Häuser bauen. Viertens endlich war dieser aufrechte Mann einer der wenigen, welche dem Kaiser stets ganz offen und ungeniert die Wahrheit sagten — und dies brauchten der Kaiser und wir alle.

Ich war mir daher im vorhinein klar, daß ein Wechsel keine Besserung in meiner Lage mit sich bringen werde. Eszterhazy, welcher Tisza folgte, erhob zwar niemals Einwände gegen meine Politik; dafür vermißte ich die starke Hand, die Ungarn in Ordnung hielt, und die strenge Stimme, die den Kaiser warnte, und Wekerle bot mir nicht den gleichen Grad von Verläßlichkeit wie Tisza, vielleicht auch nur deshalb, weil ich mit ihm niemals in ein ähnliches Freundschaftsverhältnis getreten bin wie zu Tisza.

Obwohl ich zahlreiche Konflikte mit Tisza hatte, so bleibt es doch eine der wenigen schönen Erinnerungen meiner Amtszeit, daß ich mit diesem seltenen Manne bis zu seinem Tode in wahrhaft freundschaftlichen Beziehungen geblieben bin. Durch viele Jahre hieß Ungarn Stephan Tisza. Tisza war ein Mann, dessen kühner, männlicher Charakter, dessen harter, entschlossener Sinn, dessen Furchtlosigkeit und Lauterkeit ihn hoch über den Alltag erhoben. Er war ein ganzer Mann mit glänzenden Eigenschaften und großen Fehlern, ein Mann, wie es wenige in Europa gibt — trotz seiner Fehler. Große Gestalten werfen lange Schatten, aber groß war er und aus dem Holz geschnitzt, aus dem die Helden

der Antike gemacht waren, jene Helden, die zu kämpfen und zu sterben verstanden. Wie oft habe ich ihm vorgeworfen, daß er durch seinen unglücklichen Puszta-Patriotismus sich selbst und uns allen das Grab grabe. Er war nicht zu ändern, er war starr und unbeugsam wie nur einer, und sein größter Fehler war der, daß er zeitlebens in dem Banne dieser kleinlichen Kirchturmpolitik gefangen blieb. Keinen Quadratmeter wollte er hergeben, weder seinerzeit an Rumänien noch an die Tschechen noch an die Südslawen. Eine furchtbare Tragik liegt in dem Lebenslaufe dieses seltenen Menschen. Er hat gekämpft und gerungen wie nur einer für sein Volk und sein Land; durch Jahre ist er in der Bresche gestanden und hat die Seinen und sein Ungarn geschützt mit seiner breiten männlichen Brust, und doch war seine Politik der starren Unnachgiebigkeit einer der Hauptgründe für den Zerfall Ungarns, das er so heiß geliebt, den Zerfall, den er selbst noch sterbend sah, als eine ewig verfluchte Mörderhand ihr feiges Werk vollbrachte.

Tisza hat mir einmal lachend erzählt, jemand habe ihm gesagt, sein größter Fehler sei, als Ungar auf die Welt gekommen zu sein.

Ich finde diese Charakteristik schlagend. Als Mensch und als Mann war er hervorragend. Die magyarische Erbsünde seiner Denkungsart, alle Vorurteile und Fehler magyarozentrischen Denkens verdarben ihn.

Ungarn und seine Verfassung, der Dualismus, waren im Kriege eines unserer Unglücke.

Wenn der Erzherzog Franz Ferdinand keinen anderen Plan gehabt hätte als den, mit dem Dualismus aufzuräumen, so hätte er schon deshalb verdient, geliebt und bewundert zu werden. Die ungarische Politik hat zur Zeit Aehrenthals und Berchtolds die serbischen Differenzen gezüchtet, sie hat jedes Bündnis mit Rumänien unmöglich gemacht, sie hat im Kriege die Hungerblockade Österreichs durchgeführt, sie hat jede interne Reform verhindert, und sie hat schließlich

noch im letzten Moment, aus kleinlichem, kurzsichtigem Egoismus Karolyis, die Front zerschlagen. Dieses harte Urteil über Ungarns Einfluß im Kriege bleibt wahr, trotz der unzweifelhaft hervorragenden Leistungen magyarischer Truppen. Der Ungar ist an und für sich ein harter, kühner, männlicher Charakter, daher fast immer ein guter Soldat; aber leider hat die ungarische Politik im Laufe der letzten fünfzig Jahre viel mehr verdorben, als der tapfere ungarische Soldat im Kriege retten konnte.

Mir hat während des Krieges einst ein Ungar auf meine Vorwürfe gesagt: wenigstens eines müsse ich zugeben: der Ungarn seien wir sicher; sie seien fest an Österreich gebunden. Jawohl, antwortete ich ihm, Ungarn ist fest an uns gebunden, aber so wie ein Stein, den ein Ertrinkender um den Hals gebunden hat.

Wenn wir den Krieg nicht verloren hätten, so wäre nachher der Kampf auf Leben und Tod mit dem magyarischen Volke unvermeidlich gewesen, weil sich gar keine vernünftige europäische Konstellation denken läßt, welche mit den magyarischen Aspirationen und Herrscherplänen unter einen Hut zu bringen gewesen wäre.

Aber während des Krieges war ein offener Kampf gegen Budapest natürlich unmöglich.

Ob die Völker, die einstmals die Habsburgische Monarchie gebildet haben, jemals wieder vereint werden, steht dahin; kommt es dazu, dann bewahre uns ein gütiges Geschick vor einer Wiederkehr des Dualismus.

Am 26. Dezember 1916 — vier Tage nach meinem Amtsantritte — erhielt ich einen Brief Tiszas, in welchem er mir in folgender Weise seine Anschauung über die zu verfolgende Taktik mitteilte:

„Es fühlen sich alle europäischen Neutralen weitaus mehr durch England als durch uns bedroht. Die Ereignisse in Griechenland, Rumänien usw., sowie die kommerzielle

Tyrannei Englands muß Wind in unsere Segel blasen, und auch der Unterschied in unserer Stellungnahme zu Friedensgedanken gegenüber jener der Entente wird — wenn konsequent und geschickt weitergeführt — die Sympathien unserer Mächtegruppe zuwenden.

Von diesem Gesichtspunkte sehe ich die Hauptgefahr darin, daß unsere notwendigerweise vorsichtige Stellungnahme in bezug auf die Mitteilung der Kriegsziele den Glauben aufkommen lassen könnte, als würden auch wir nur aus taktischen Rücksichten mit dem Friedensgedanken spielen, ohne den Frieden im Ernste anstreben zu wollen.

Wir müßten daher unsere bei den Neutralen akkreditierten Vertreter (wobei auf Spanien, Schweden und Holland das größte Gewicht fiele) mit den nötigen Instruktionen versehen, damit sie unsere vorsichtige Haltung mit den nötigen Aufklärungen begleiten und die Gründe darlegen können, welche uns von einer vorzeitigen oder gar einseitigen Veröffentlichung unserer Bedingungen gerade im Interesse des Friedens abhalten müssen.

Schon eine beiderseitige Veröffentlichung der Bedingungen würde den Kriegsparteien in beiden Lagern zu unliebsamen Kritiken Tor und Tür öffnen und leicht eine Verschärfung der Situation herbeiführen; *eine einseitige Mitteilung der Kriegsziele würde einfach den noch am Ruder stehenden Kriegsparteien der feindlichen Gruppe die Handhabe bieten, um alles zu verderben.*

Gerade im Interesse des Friedens kann daher eine Mitteilung der Friedensbedingungen nur gegenseitig und vertraulich erfolgen; wir könnten jedoch den einzelnen Neutralen verschiedene Andeutungen darüber geben, daß unsere Kriegsziele mit den dauernden Interessen der Menschheit und des Weltfriedens zusammenfallen, unser Hauptziel: *die Verhinderung der russischen Weltherrschaft am Kontinente und der englischen zur See* im Interesse der ganzen neutralen Welt liegt und unsere

Friedensbedingungen nichts enthalten werden, was den zukünftigen Weltfrieden gefährden und von neutraler Seite beanstandet werden könnte.

Ich erlaube mir, diese Gesichtspunkte Deinem Erwägen anheimzustellen, und bleibe in warmer Freundschaft

Dein ergebener
Tisza.“

Mein Amtsvorgänger Burian hatte noch knapp vor seinem Abgange zusammen mit Bethmann einen Friedensvorschlag gemacht. Die fast höhnisch ablehnende Antwort der Entente dürfte noch in aller Erinnerung sein. Ich habe, seitdem die Feindseligkeiten eingestellt sind und Gelegenheit war, mit Mitgliedern der Entente zu sprechen, öfters den Vorwurf vernommen, daß dieses Friedensangebot für die Entente unannehmbar gewesen, weil es im Tone des Siegers, der dem Feinde einen Frieden „bewilligt“, gemacht gewesen sei. Obwohl ich nicht leugnen will, daß der Ton dieses Friedensangebotes ein sehr selbstbewußter war — ein Eindruck, der noch verstärkt werden mußte durch die Reden Tiszas im ungarischen Parlament —, so glaube ich doch, daß dasselbe, auch wenn es anders abgefaßt worden wäre, wenig Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Wie dem auch sei, die schroffe Ablehnung seitens der Entente stärkte damals die Stellung der kriegslustigen Militärs, welche nunmehr mit gesteigerter Vehemenz den Standpunkt verfochten, daß alles Sprechen über den Frieden vom Übel sei und der Kampf bis zum äußersten fortgeführt werden müsse.

Im Winter 1917 klopfte es leise von Italien an: zu welchen territorialen Konzessionen die Monarchie sich entschließen würde? Es war dies keine Anfrage der italienischen Regierung, sondern der Schritt eines Privatmannes, welcher mir durch eine befreundete Regierung übermittelt wurde. Solche Demarchen sind natürlich ungemein schwer auf ihren inneren Wert zu prüfen. Es kann sich eine Regierung einer privaten

Persönlichkeit bedienen, um den ersten Schritt zu machen — sie wird es sogar voraussichtlich tun, wenn sie ein Gespräch einleiten will —, es kann aber auch sein, daß irgendeine Persönlichkeit ohne Auftrag und ohne Wissen ihrer Regierung dergleichen versucht. Letztere Fälle sind während meiner Amtszeit wiederholt vorgekommen.

Ich stand immer auf dem Standpunkte, daß ein solches Friedenstasten auch dann, wenn es seine ministerielle Genesis nicht a priori beweisen konnte, sehr vorsichtig, aber entgegenkommend aufzunehmen sei. In dem vorliegenden Falle aber stand die Sache so, daß Italien sich von seinen Bundesgenossen bestimmt weder trennen wollte noch konnte. Denn auch wenn es diese Absicht gehabt hätte, so wäre es durch die Ausführung derselben in Konflikt mit England geraten, dessen Kriegszweck ja nicht die italienischen Aspirationen, sondern die Besiegung Deutschlands war. Ein Separatfriede mit Italien — eine Trennung Italiens von seinen Bundesgenossen — war also ganz ausgeschlossen, ein allgemeiner Friede aber erst dann möglich, wenn eine Verständigung zwischen den Westmächten und Deutschland gelang.

Diese Anfrage konnte daher keinen anderen Zweck verfolgen als den, den Grad unserer Kriegsmüdigkeit zu konstatieren. Hätte ich geantwortet, ich sei bereit, die oder jene Provinz preiszugeben, so wäre dies als ein befriedigendes Symptom unserer zunehmenden Schwäche verbucht worden, hätte uns aber dem Frieden nicht nähergebracht, sondern uns im Gegenteil von demselben entfernt.

Ich erwiderte daher in sehr entgegenkommender Form, die Monarchie bezwecke keine Eroberungen und sei bereit, auf der Basis des vorkriegerischen Besitzstandes zu verhandeln. Darauf erfolgte keine Antwort mehr.

Später, nach dem Niederbruche ist mir von einer allerdings nicht kompetenten Stelle vorgehalten worden, meine Taktik sei falsch gewesen, denn Italien hätte sich damals von seinen Bundesgenossen getrennt und einen Separatfrieden geschlossen.

Die weiteren Erzählungen dieses Kapitels beweisen die Unhaltbarkeit dieses Vorwurfes. Im übrigen ist es heute nicht mehr schwer, zu konstatieren, daß es die ganze Kriegsdauer über auch nicht einen Moment gegeben hat, in welchem Italien den Gedanken, sich von seinen Bundesgenossen zu trennen, auch nur ventilierte.

In den letzten Tagen des Februar 1917 trat ein merkwürdiges Ereignis ein: Am 26. Februar erschien bei mir eine Persönlichkeit, welche sich als berufener Vertreter einer neutralen Macht zu legitimieren imstande war, und teilte mir im Auftrage seiner Regierung mit, er habe den Befehl, mich wissen zu lassen, daß die Gegner oder einer von ihnen bereit seien, Frieden mit uns zu schließen, und daß die Bedingungen dieses Friedensschlusses für uns günstig sein würden. Insbesondere werde von einer Lostrennung Ungarns oder Böhmens vom Reiche nicht mehr die Rede sein. Ich möge, falls ich bereit sei, auf diese Anregung einzugehen, sofort auf dem gleichen Wege meine Bedingungen mitteilen, werde jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorschläge der feindlichen Regierung in dem Augenblicke null und nichtig seien, wo irgendeine andere mit ihr oder mit uns befreundete Regierung von diesem Schritte erfahre.

Der Überbringer dieser Nachricht wußte nicht mehr, als der Inhalt dieser Demarche enthielt. Der Schlußpassus ließ erkennen, daß *eine* der feindlichen Mächte ohne Wissen der anderen verhandeln wolle.

Ich zweifelte keinen Augenblick daran, daß es sich um Rußland handle, und mein Gewährsmann bestärkte mich in dieser Überzeugung, obwohl er ausdrücklich betonte, er könne dies nicht positiv sagen. Ich antwortete sofort auf telegraphischem Wege durch die Vermittlung der intervenierenden neutralen Macht am 27. Februar, daß Österreich-Ungarn selbstverständlich bereit sei, dem weiteren Blutvergießen sofort ein Ende zu machen und keinen wie immer

gearteten Gewinn aus dem Frieden ziehen wolle, da wir, wie bereits verschiedene Male betont, ja nur einen Verteidigungskrieg führten. Ich müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß die etwas unklare Fassung der Anfrage es mir nicht ganz verständlich erscheinen lasse, ob der sich an uns wendende Staat einen Frieden mit uns allein oder mit unserer ganzen Mächtegruppe zu schließen bereit sei, und ich müsse Wert darauf legen, zu betonen, daß wir von unseren Bundesgenossen nicht zu trennen seien. Ich sei jedoch bereit, meine guten Dienste als Vermittler anzubieten für den von mir erwarteten Fall, daß der sich an uns wendende Staat zu einem Frieden mit unserer ganzen Mächtegruppe bereit sei. Ich garantiere die Geheimhaltung, da ich vorerst für überflüssig fände, unsere Bundesgenossen zu verständigen. Hierzu werde erst der Moment gekommen sein, bis die Situation geklärt sein werde.

Daraufhin erfolgte am 9. März eine weitere Antwort, welche anscheinend meinen Standpunkt akzeptierte, die Frage jedoch, ob es sich um einen Frieden mit uns allein oder mit unseren Bundesgenossen handle, nicht direkt beantwortete. Um raschestens Klarheit zu schaffen und keine Zeit zu verlieren, antwortete ich sofort: Ich ersuche die gegnerische Macht, einen Vertrauensmann in ein neutrales Land zu senden, wohin ich meinerseits sofort einen Delegierten abschicken würde, und fügte bei, daß ich hoffe, daß diese Zusammenkunft ein gedeihliches Resultat haben werde.

Auf dieses zweite Telegramm ist nie mehr eine Antwort gekommen. Sieben Tage später, am 16. März, ist der Zar entthront worden. Es hat sich hier offenbar um einen letzten Rettungsversuch von ihm gehandelt, der vielleicht, wenn er wenige Wochen früher erfolgt wäre, nicht nur das Schicksal Rußlands, sondern das der Welt hätte ändern können.

Die russische Revolution stellte uns vor eine ganz neue Situation. Immerhin war es nicht zweifelhaft, daß der Osten

die näherliegende Möglichkeit eines abzuschließenden Friedens bot, und alle unsere Bestrebungen waren darauf gerichtet, den ersten möglichen Moment zu benützen, um mit der russischen Revolution jenen Frieden zu schließen, den der bereits im Sturze begriffene Zar nicht mehr hatte schließen können.

War das Frühjahr 1917 durch den Beginn des U-Bootkrieges gekennzeichnet und durch alle die Hoffnungen, welche sich deutscherseits an seinen Erfolg und den durch ihn bedingten Umschwung der Lage knüpften, so zeigte sich im Sommer dieses Jahres, daß das Ergebnis des U-Bootkrieges zwar nicht an die gestellten Erwartungen heranreiche, daß er aber England doch ernste Sorge bereite. Um diese Zeit herrschten in England große Befürchtungen, ob und wie der U-Bootkrieg zu paralysieren sei. Bevor die neuen Gegenmittel sich nicht bewährt hatten, wußte man an der Themse nicht, ob sie ausreichen würden — erst im Laufe des Sommers erkannte man, daß die Vernichtungsinstrumente der U-Boote und das Prinzip der „konvoiierten" Schiffe Erfolge brachten.

Im Frühsommer 1917 also trafen vorerst äußerst günstige Nachrichten über die englischen und französischen Zustände ein. Aus Madrid, woher stets sehr wahrheitsgetreue Meldungen einliefen, kamen Nachrichten, daß spanische, aus England nach Madrid zurückgekehrte Schiffsoffiziere erzählten, „daß sich die Lage dortselbst in den letzten Wochen sehr verschlechtert habe und keine Siegeszuversicht mehr bestehe. Die Behörden beschlagnahmten alle ankommenden Lebensmittel für die Truppen und Munitionsarbeiter; Kartoffeln und Mehl seien für die ärmeren Klassen unerschwinglich, die Mehrzahl der brauchbaren Seeleute sei zur Kriegsmarine eingezogen, so daß für die Handelsmarine nur minderwertige Mannschaften verfügbar seien, aber auch diese seien wegen Furcht vor den U-Booten schwer aufzutreiben, so daß gegenwärtig viele britische Handelsschiffe mangels Bedienung nicht führen."

Dies war ungefähr der Tenor der spanischen Meldungen, welche aus verschiedenen Quellen stammten. Ähnliches, wenn auch in etwas anderer Form, wurde aus Frankreich gemeldet. Aus Paris wurde gemeldet, daß sich daselbst eine große Kriegsmüdigkeit geltend mache. Der definitive Sieg sei so gut wie aufgegeben, man wolle unbedingt noch vor Beginn des Winters Schluß machen, und viele maßgebenden Persönlichkeiten seien davon überzeugt, daß das Hineinziehen des Krieges in den Winter ähnlich wie in Rußland die Revolution zur Folge haben würde.

Um die gleiche Zeit trafen Nachrichten aus Konstantinopel ein, daß eine der feindlichen Mächte dortselbst wegen eines Separatfriedens angeklopft habe. Die türkische Regierung antwortete, daß sie nicht von ihren Bundesgenossen zu trennen, jedoch bereit sei, einen allgemeinen Frieden auf annexionsloser Basis zu diskutieren. Talaat Pascha teilte mir sofort die Anfrage und die Antwort mit. Darauf verstummte die Stimme aus der gegnerischen Mächtegruppe. Gleichzeitig kamen Nachrichten aus Rumänien, welche große Besorgnisse wegen der zunehmenden russischen Zersetzung atmeten und erkennen ließen, daß Rumänien sein Spiel verloren gebe. In Rußland machte die Revolution und die Lähmung der Armee Fortschritte.

Alles das zusammengenommen ließ das totale Bild für uns hoffnungsvoller erscheinen und jenen recht geben, welche stets behauptet hatten, noch einiges „Durchhalten" — um das seitdem ominös gewordene Wort zu gebrauchen — werde den Erfolg zeitigen.

Ein jeder Minister des Äußern muß während eines Krieges den Konfidentenberichten eine gewichtige, nicht zu unterschätzende Bedeutung beimessen. Die hermetische Absperrung, die während des Weltkrieges Europa in zwei getrennte Welten schied, machte dies doppelt notwendig. Es liegt aber in der Natur der Konfidentenberichte, daß sie doch immer mit einer gewissen Skepsis aufgenommen werden

müssen, und zwar aus verschiedenen Gründen; jene Persönlichkeiten, welche nicht aus materiellem, sondern aus politischem Interesse, aus politischer Zuneigung und Sympathie oder ähnlichen ideellen Gründen schreiben und erzählen, sind natürlich an und für sich durch die Natur der Sache schon über den Verdacht erhaben, aus persönlichen Gründen optimistischer als berechtigt berichten zu wollen. Aber sie sind Täuschungen ausgesetzt. Auch Völker unterliegen Stimmungen, und die Stimmungen der Massen müssen noch nicht ausschlaggebend für die Richtung der maßgebenden Faktoren sein. Frankreich war kriegsmüde, aber wieweit die maßgebenden Faktoren von dieser, mit unserer Kriegsmüdigkeit übrigens nicht zu vergleichenden Stimmung beeinflußt waren, war nicht erwiesen.

Bei Konfidenten, welche dieses Metier als Erwerb betreiben, schleicht sich neben den erklärlichen und begreiflichen Irrtümern sehr leicht noch der Wunsch ein, durch die erstatteten Berichte Befriedigung und Freude zu erwecken, um dergestalt den einträglichen Posten nicht am Ende zu verlieren. Ich glaube, man wird immer gut daran tun, Konfidentenberichte, ob sie nun aus der einen oder der anderen der erwähnten Quellen fließen, um fünfzig Prozent pessimistischer einzuschätzen, als sie abgefaßt sind. Die stets viel pessimistischere Auffassung, welche, verglichen mit Berlin, in Wien herrschte, fußte vor allem auf der verschiedenen Bewertung der aus dem Feindesland kommenden Nachrichten. Berlin war sich natürlich auch darüber klar, daß die Zeit gegen uns laufe — obwohl Bethmann einmal im Reichstag das Gegenteil zu sagen für notwendig fand —, aber die deutschen Militärs und Politiker sahen die Situation bei den Gegnern anders als wir.

Als Kaiser Wilhelm im Sommer 1917 in Laxenburg war, erzählte er mir einzelne Fälle der rapid zunehmenden Hungersnot in England und war aufrichtig erstaunt, als ich ihm entgegnete, ich sei zwar überzeugt, daß der U-Bootkrieg an der

Themse große Sorgen bereite, von einer Hungersnot aber dort gewiß keine Rede sei. Ich sagte dem Kaiser, die große Frage sei, ob der U-Bootkrieg den Transport der amerikanischen Truppen tatsächlich eingreifend stören werde, wie die deutschen Militärs dies behaupteten, oder nicht, warnte jedoch davor, einzelne Stimmungsbilder und Momentaufnahmen aus den Ententeländern zu ernst einzuschätzen.

Es haben — es sei wiederholt — nach Beginn des uneingeschränkten Unterseebootkrieges sehr ernste Befürchtungen in England geherrscht. Das scheint erwiesen. Aber es waren Befürchtungen und noch keine Tatsachen. Eine Persönlichkeit, die wußte, wie es steht, und die im Sommer 1917 aus dem neutralen Auslande zu mir kam, sagte mir: Wenn sich die Hälfte der an der Themse gehegten Befürchtungen realisiert, so ist der Krieg im Herbste aus — zwischen Londoner Befürchtungen und Berliner Hoffnungen einerseits und eingetretenen Tatsachen andererseits klaffte aber eine große Kluft, welche in der deutschen Psyche übersprungen wurde.

Wie dem auch sei, ich halte es für zweifellos, daß der Sommer 1917 trotz des angekündigten Nahens Amerikas, eine Phase darstellte, welche hoffnungsvoller schien. Wir wurden von einer Welle hinaufgetragen, und es handelte sich darum, die Konjunktur möglichst auszunützen. Deutschland mußte in eine Stimmung gebracht werden, den Frieden zu machen, falls die Friedenswelle an Intensität zunehme.

Ich faßte daher den Entschluß, dem Kaiser vorzuschlagen, er möge selbst das erste Opfer bringen und in Berlin beweisen, daß er nicht nur mit Worten für den Frieden sei. Er möge mich bevollmächtigen, in Berlin zu erklären, daß für den Fall, daß Deutschland sich mit Frankreich über die elsaß-lothringische Frage verständige, Österreich bereit sei, Galizien an das neuzugründende Polen abzutreten, und sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß dieses großpolnische Reich an Deutschland angeschlossen werde; nicht inkorporiert, aber beispielsweise in Form einer Personalunion.

Der Kaiser und ich fuhren nach Kreuznach, woselbst ich den Vorschlag zuerst Bethmann und Zimmermann und sodann in Gegenwart Kaiser Karls und Bethmanns Kaiser Wilhelm machte. Es erfolgte keine unbedingte Annahme und keine Absage, sondern die Konferenzen schlossen mit dem deutschen Ersuchen, die Frage überlegen zu dürfen.

Ich war mir bei dem Vorschlag der Tragweite desselben völlig bewußt. Wenn Deutschland das Angebot annahm und wir unsererseits bei den dann zu erwartenden Verhandlungen mit der Entente keine wesentlichen Änderungen des Londoner Paktes erreichten, so zahlten wir den Krieg allein. Denn wir hätten dann nicht nur Italien, Rumänien und Serbien befriedigen müssen, sondern auch den als gewisse Kompensation stets erhofften Anschluß Polens verloren. Auch Kaiser Karl sah die Situation klar, war aber dennoch sofort entschlossen, den ihm vorgeschlagenen Schritt zu machen.

Ich glaubte aber damals — vielleicht irrtümlicherweise —, daß London und Paris unter Umständen eine Änderung des Londoner Paktes würden durchsetzen können. Erst längere Zeit nachher erfolgte die definitive Ablehnung unseres Angebotes seitens Deutschlands.

Im April, noch bevor also eine Entscheidung über unseren Antrag erflossen war, hatte ich einen Bericht an Kaiser Karl geschrieben, in welchem ich ihm unsere Situation schilderte mit dem Ersuchen, denselben an Kaiser Wilhelm weiterzuleiten.

Der Bericht lautete:

„Wollen Euer Majestät mir gestatten, mit jener Offenheit, welche mir vom ersten Tage meiner Ernennung an gestattet war, meine verantwortliche Meinung über die Situation entwickeln zu dürfen.

Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht. Diesbezüglich erst lange Details zu entwickeln, hieße die Zeit Euer Majestät mißbrauchen.

Ich verweise bloß auf das zur Neige gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das vollständig erschöpfte Menschenmaterial und vor allem die dumpfe Verzweiflung, welche sich wegen der Unterernährung aller Volksschichten bemächtigt hat und welche ein weiteres Tragen der Kriegsleiden unmöglich macht.

Wenn ich auch hoffe, daß es uns gelingen wird, noch die allernächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß.

Die größte Wichtigkeit liegt zweifellos dabei auf dem Moment, die Friedensverhandlungen in einem Augenblick zu beginnen, in welchem unsere ersterbende Kraft den Feinden noch nicht zu vollem Bewußtsein gekommen ist. Treten wir an die Entente heran in einem Augenblick, in welchem Vorgänge im Innern des Reiches den bevorstehenden Zusammenbruch ersichtlich machen, so wird jede Demarche vergeblich sein und die Entente wird auf keine Bedingungen außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Zentralmächte bedeuten, eingehen. Rechtzeitig also zu beginnen, ist von kardinaler Wichtigkeit.

Ich kann hier das Thema nicht beiseite lassen, auf welchem der Nachdruck meiner ganzen Argumentation liegt. Es ist dies die revolutionäre Gefahr, welche auf dem Horizont ganz Europas aufsteigt und welche, von England gestützt, seine neueste Kampfart darstellt. Fünf Monarchen sind in diesem Kriege entthront worden, und die verblüffende Leichtigkeit, mit welcher jetzt die stärkste Monarchie der Welt gestürzt worden ist, möge dazu beitragen, nachdenklich zu stimmen und sich des Satzes zu erinnern: Exempla trahunt. Man antworte mir nicht, in Deutschland oder Österreich-Ungarn seien die Verhältnisse anders, man erwidere nicht, daß die festen Wurzeln des monarchistischen Gedankens in

Berlin oder Wien ein solches Vorgehen ausschlössen. Dieser Krieg hat eine neue Ära der Weltgeschichte eröffnet: er hat keine Vorbilder und keine Vorakten. Die Welt ist nicht mehr dieselbe, wie sie vor drei Jahren war, und vergeblich wird man nach Analogien für alle die Vorgänge, die heute zur Alltäglichkeit geworden sind, in der Weltgeschichte suchen.

Der Staatsmann, der nicht blind oder taub ist, muß wahrnehmen, wie die dumpfe Verzweiflung der Bevölkerung täglich zunimmt: er muß das dumpfe Grollen hören, das in den breiten Massen vernehmbar ist, und er muß, wenn er sich seiner Verantwortung bewußt ist, mit diesem Faktor rechnen.

Euer Majestät sind die geheimen Berichte der Statthalter bekannt. Zwei Sachen sind klar. Auf unsere Slawen wirkt die russische Revolution stärker als auf die Reichsdeutschen, und die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges ist weitaus größer für den Monarchen, dessen Land nur durch das Band der Dynastie geeinigt wird, als für den, wo das Volk selbst für seine nationale Selbständigkeit kämpft. Euer Majestät wissen, daß der Druck, der auf der Bevölkerung lastet, einen Grad angenommen hat, der einfach unerträglich wird; Euer Majestät wissen, daß der Bogen dermaßen gespannt ist, daß ein Zerreißen täglich erwartet werden kann. Treten aber erst einmal ernstere Unruhen bei uns oder in Deutschland zutage, so ist es unmöglich, ein solches Faktum vor dem Auslande zu verheimlichen, und in diesem Augenblicke sind auch alle weiteren Bemühungen, den Frieden zu erreichen, erfolglos geworden.

Ich glaube nicht, daß die interne Situation in Deutschland wesentlich anders steht als hier, nur fürchte ich, daß man sich in Berlin in den militärischen Kreisen gewissen Täuschungen hingibt. Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland genau ebenso wie wir an dem Rande seiner Kraft angelangt ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Faktoren Berlins auch gar nicht leugnen.

Ich bin felsenfest davon durchdrungen, daß, wenn

Deutschland versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben werden, welche mir viel ärger erscheinen als ein von den Monarchen geschlossener Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Köpfe hinüber machen, und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles das wegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben.

Ich möchte gewiß keine oratio pro domo halten, aber ich bitte Euer Majestät, sich gnädigst erinnern zu wollen, daß, als ich als einziger seit zwei Jahren den rumänischen Krieg vorausgesagt habe, ich nur tauben Ohren gepredigt habe und daß ich, als ich zwei Monate vor dem Kriegsausbruch fast den Tag des Beginnes prophezeite, nirgends Glauben fand. *Ebenso überzeugt wie von meiner damaligen Diagnose bin ich von meiner heutigen*, und ich kann es nicht eindringlich genug wiederholen, daß wir die Gefahren, die ich wachsen sehe, nicht gering anschlagen mögen.

Die amerikanische Kriegserklärung hat zweifellos die Situation wesentlich verschärft. Es mag ja sein, daß Monate vergehen werden, bevor Amerika nennenswerte Kräfte auf den Kriegsschauplatz werfen kann, aber das moralische Moment, das Moment, daß die Entente neue kräftige Hilfe erhofft, verschiebt die Situation zu unseren Ungunsten, weil unsere Feinde bedeutend mehr Zeit vor sich haben als wir und länger warten können, als wir dies leider imstande sind. Welchen Fortgang die russischen Ereignisse nehmen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. Ich hoffe — und dies ist ja eigentlich der Angelpunkt meiner ganzen Argumentation —, daß Rußland seine Stoßkraft für lange Zeit, vielleicht für immer, verloren hat, und daß dieses wichtige Moment ausgenützt werden kann. Trotzdem erwarte ich, daß eine französisch-englische, wahrscheinlich auch eine

italienische Offensive unmittelbar bevorstehen, doch glaube und hoffe ich, daß es uns gelingen wird, diese beiden Angriffe abzuschlagen. Ist dies gelungen — und ich rechne, daß dies in zwei bis drei Monaten geschehen sein kann —, dann müssen wir, bevor Amerika das militärische Bild neuerdings zu unseren Ungunsten verschiebt, einen weitergehenden detaillierten Friedensvorschlag machen und uns nicht davor scheuen, eventuell große, schwere Opfer zu bringen.

Man setzt in Deutschland große Hoffnungen auf den Unterseebootkrieg. Ich halte diese Hoffnungen für trügerisch. Ich leugne keinen Augenblick die fabelhaften Leistungen der deutschen Seehelden, ich gebe bewundernd zu, daß die Zahl der monatlich versenkten Tonnen etwas Fabelhaftes ist, aber ich konstatiere, daß der von den Deutschen erwartete und vorausgesagte Erfolg nicht eingetreten ist.

Euer Majestät werden sich erinnern, daß uns Admiral Holtzendorff bei seiner letzten Anwesenheit in Wien positiv vorausgesagt hat, der verschärfte Unterseebootkrieg werde binnen sechs Monaten England matt setzen. Euer Majestät werden sich weiter erinnern, wie wir alle diese Voraussagungen bekämpft haben und erklärt haben, daß wir zwar nicht daran zweifeln, daß der Unterseebootkrieg England schädigen werde, daß aber der erwartete Erfolg durch den voraussichtlichen Eintritt Amerikas in den Krieg paralysiert werden dürfte. Es sind heute zweieinhalb Monate (also fast die Hälfte des angesagten Termines) seit dem Beginne des Unterseebootkrieges vergangen, und alle Nachrichten, die wir aus England haben, stimmen darin überein, daß an einen Niederbruch dieses gewaltigsten und gefährlichsten unserer Gegner auch nicht einmal zu denken ist. Wenn Euer Majestät trotz Ihrer schweren Bedenken dem deutschen Wunsche nachgegeben und die österreichisch-ungarische Marine an dem Unterseebootkrieg haben beteiligen lassen, so geschah dies nicht, weil wir durch die deutschen Argumente bekehrt worden waren, sondern weil es Euer Majestät für absolut

notwendig hielten, in treuer Waffengemeinschaft auf allen Gebieten mit Deutschland vorzugehen, und weil wir die Überzeugung gewonnen hatten, daß Deutschland von dem einmal gefaßten Entschlusse, den verschärften Unterseebootkrieg zu beginnen, leider nicht mehr abzubringen sei.

Aber heute dürften auch in Deutschland die begeistertsten Anhänger des Unterseebootkrieges zu erkennen beginnen, daß dieses Mittel den Sieg nicht entscheiden wird, und ich hoffe, daß der leider unrichtige Gedanke, England werde binnen weniger Monate zum Frieden gezwungen sein, auch in Berlin an Boden verlieren wird. Nichts ist gefährlicher in der Politik, als jene Dinge zu glauben, die man wünscht, nichts ist verhängnisvoller als das Prinzip, die Wahrheit nicht sehen zu wollen und sich utopischen Illusionen hinzugeben, aus denen früher oder später ein furchtbares Erwachen erfolgen muß.

Auch in einigen Monaten wird England, der treibende Faktor des Krieges, nicht gezwungen sein, die Waffen niederzulegen, aber vielleicht — und hierin gebe ich einen limitierten Erfolg des Unterseebootkrieges zu — vielleicht wird England in einigen Monaten sich die Rechnung stellen, ob es klug und vernünftig sei, diesen Krieg à outrance weiterzuführen, oder ob es nicht staatsmännischer sei, goldene Brücken zu betreten, wenn ihm dieselben von den Zentralmächten gebaut werden, und dann wäre der Augenblick gekommen für weitgehende schmerzliche Opfer seitens der Zentralmächte.

Euer Majestät haben die wiederholten Versuche unserer Feinde, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, unter meiner verantwortlichen Deckung abgelehnt, weil Euer Majestät keiner unehrlichen Handlung fähig sind. Aber Euer Majestät haben mich gleichzeitig beauftragt, den verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kräfte sind, und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns wird rechnen

können. Ich habe diese Befehle ausgeführt, und die deutschen Staatsmänner haben mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei, und in diesem einzigen Satze liegt eigentlich alles, was ich zu sagen habe:

Wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich Möglichkeiten ergeben, mit Paris oder Petersburg zu sprechen. Gelingt dies nicht, dann müssen wir — noch rechtzeitig — unsere letzte Karte ausspielen und jene äußersten Propositionen machen, die ich im Früheren angedeutet habe.

Euer Majestät haben den Beweis erbracht, daß Sie nicht egoistisch denken und dem deutschen Bundesgenossen kein Opfer zumuten, welches Euer Majestät nicht selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen.

Gott und Ihren Völkern sind es aber Euer Majestät schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruches der Monarchie zu verhindern; vor Gott und Ihren Völkern haben Sie die heilige Pflicht, Ihre Völker, das dynastische Prinzip und Ihren Thron zu verteidigen mit allen Mitteln und bis zu Ihrem letzten Atemzug."

Darauf erfolgte am 11. Mai folgende amtliche Antwort des Reichskanzlers, welche von Kaiser Wilhelm an Kaiser Karl und von diesem an mich gelangte:

„Euer Majestät Befehl entsprechend bitte ich zu dem wieder angeschlossenen Exposé des k. u. k. Herrn Ministers des Äußern vom 12. v. M. nachstehendes alleruntertänigst vortragen zu dürfen:

Seit Abfassung des Exposés sind die Franzosen und Engländer im Westen zu der angekündigten großen Durchbruchsoffensive unter rücksichtslosem Einsatz starker Menschenmassen und ungeheuren Kriegsmaterials auf breiter Front übergegangen. Die deutsche Armee hat den gewaltigen Anprall der an Zahl weit überlegenen Feinde aufgehalten: an dem Heldenmut der Mannschaften und dem stählernen

Willen der Führer werden, wie wir fest zu hoffen berechtigt sind, auch weitere Angriffe zerschellen.

Mit der gleichen Zuversicht dürfen wir nach allen bisherigen Erfahrungen des Krieges die Lage der verbündeten Armee am Isonzo beurteilen.

Die Ostfront ist durch die politischen Umwälzungen in Rußland erheblich entlastet, mit einer Offensive der Russen im größeren Stil ist nicht mehr zu rechnen. Eine zunehmende Erleichterung der dortigen Lage würde weitere Kräfte freimachen, selbst wenn eine starke Absperrung der russischen Grenze gegen ein lokales Übergreifen der revolutionären Bewegung sich als notwendig erweisen sollte. Mit diesem Zuschuß würden sich die Kräfteverhältnisse im Westen zu unseren Gunsten verschieben. Die Entlastung im Osten würde ferner der österreichisch-ungarischen Monarchie weiteres Menschenmaterial zur erfolgreichen Durchführung der Kämpfe an der italienischen Front bis zur Beendigung des Krieges verschaffen.

Rohmaterial für Munitionserzeugung ist in beiden verbündeten Monarchien hinreichend vorhanden. Unsere Verpflegungslage ist eine derartige, daß wir bei äußerster Sparsamkeit bis zur neuen Ernte auskommen. Das gleiche dürfte für Österreich-Ungarn gelten, zumal wenn der ihm zustehende Anteil der rumänischen Zufuhren in Betracht gezogen wird.

Den Waffenerfolgen der Armee reihen sich die Taten unserer Marine an. Als Admiral von Holtzendorff Seiner Apostolischen Majestät über den geplanten Unterseebootkrieg Vortrag halten durfte, waren hier vorher die Aussichten für den Erfolg dieser einschneidenden Maßnahme eingehend geprüft und die zu erwartenden militärischen Vorteile genau gegen das politische Risiko abgewogen worden. Wir hatten uns nicht der Erkenntnis verschlossen, daß die Verhängung der Seesperre um England und Frankreich den Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg und in

späterer Folge ein Abbröckeln anderer neutraler Staaten herbeiführen würde. Wir waren uns dessen völlig bewußt, daß unsere Gegner hierdurch eine moralische und wirtschaftliche Stärkung erfuhren, waren und sind aber der Überzeugung, daß dieser Nachteil durch die Vorteile des U-Bootkrieges weit übertroffen wird. Das Schwergewicht des Weltkampfes, der im Osten seinen Anfang nahm, hat sich im Laufe der Zeit in zunehmendem Maße nach dem Westen verschoben, wo englische Zähigkeit und Ausdauer den Widerstand unserer Feinde mit wechselnden Mitteln immer aufs neue beleben und stählen. Ein günstiger Enderfolg ließ sich für uns nur durch entschlossenen Angriff auf den Brennpunkt der gegnerischen Kräfte, d. h. England, ermöglichen.

Die durch den U-Bootkrieg bisher erzielten Erfolge und Wirkungen gehen weit über die seinerzeitigen Berechnungen und Erwartungen hinaus. Die jüngsten Auslassungen leitender Männer in England über die wachsenden Ernährungsschwierigkeiten und die steigende Unterbindung der Zufuhren sowie die entsprechenden Betrachtungen der Presse enthalten gewiß einen dringenden Appell an das Volk zu äußerster Kraftanstrengung, tragen aber zugleich das Gepräge ernster Sorge und zeugen von der Not, in die England geraten ist.

Staatssekretär Helfferich hat in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 28. v. M. eine eingehende Darlegung über die Wirkungen des U-Bootkrieges auf England gegeben. Das Exposé ist in der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung‘ vom 1. d. M. veröffentlicht worden. Ich darf mich dieserhalb alleruntertänigst auf die Anlage beziehen *.

Nach den neuesten Nachrichten hat der Lebensmitteldiktator Lord Devonport sich gezwungen gesehen, aus Rücksicht auf die unzureichende Getreidezufuhr eine neue Verteilung des Frachtraumes anzuregen. Der Frachtraum ist

* Das Exposé Helfferichs ist im Anhang reproduziert.

aber schon so eingeengt, daß für Getreide ein Mehr nur noch zur Verfügung gestellt werden kann, wenn man sich entschließen will, an anderer Stelle die Kriegführung einschneidend zu schädigen. Abgesehen vom Aufgeben überseeischer Expeditionen, könnten Schiffe durch Beschneidung derjenigen Einfuhr, die viel Raum beansprucht, freigemacht werden. England braucht indes nicht nur für Lebensmittel sehr große Mengen von Transportraum, sondern auch für die Zufuhr von Erz, um die Kriegsindustrie aufrechtzuerhalten, und von Grubenholz, um die Kohlenförderung auf der notwendigen Höhe zu halten. Weder die in England geförderten Erze noch das im Lande verfügbare Holz machen irgendwelche Einschränkungen im Zuteilen von Schiffsraum auf diesen beiden Gebieten möglich. Schon jetzt, nach drei Monaten des Unterseebootkrieges, steht fest, daß die Lücken, die der U-Bootkrieg in den verfügbaren Frachtraum reißt, die Lebenshaltung der Bevölkerung auf ein unerträgliches Maß herabdrücken und die Kriegsindustrie so lähmen werden, daß die Hoffnung, Deutschland durch Übermacht an Munition und Geschützen zu schlagen, aufgegeben werden muß. Der Mangel an Transportraum dürfte ferner verhindern, daß eine eventuelle Mehrleistung Amerikas auf dem Gebiete der Kriegsindustrie eine Minderleistung Englands ausgleicht. Das Tempo, in dem der U-Bootkrieg Schiffsraum vernichtet, schließt die Möglichkeit aus, daß Schiffsneubauten den erforderlichen Frachtraum schaffen könnten. Ein Monat U-Bootkrieg vernichtet mehr, als die Werften Englands im ganzen letzten Jahre erzeugt haben. Selbst die tausend laut angekündigten amerikanischen Holzschiffe würden nur die Verluste von vier Monaten decken können, wenn sie schon da wären. Sie werden aber zu spät kommen. In England haben Sachkenner schon öffentlich ausgesprochen, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe, der vernichtenden Wirkung des U-Bootkrieges zu entgehen: entweder schneller Schiffe bauen, als die Deutschen sie vernichten, oder schneller U-Boote

vernichten, als die Deutschen solche bauen. Ersteres hat sich bereits als unmöglich erwiesen. Die U-Bootverluste aber bleiben weit hinter dem Neubau zurück.

England muß demnach auf progressiv steigende Verluste an Schiffsraum rechnen.

In zunehmendem Maße werden sich in England die Wirkungen des U-Bootkrieges auch auf die Volksernährung, auf alle individuellen und staatlichen Energien bemerkbar machen.

Ich sehe daher dem Endergebnis des U-Bootkrieges mit voller Zuversicht entgegen.

Geheimen, aber sicheren Nachrichten zufolge hat Ministerpräsident Ribot kürzlich zum italienischen Botschafter in Paris geäußert, Frankreich ginge der Erschöpfung entgegen. Diese Worte sind vor Beginn der jüngsten französisch-englischen Offensive gefallen. Seit jener Zeit hat Frankreich Blutopfer gebracht, die sich bei Beibehaltung der jetzigen Kampfintensität bis zur Einstellung der Offensive ins Ungeheuerliche steigern werden.

Die französische Nation weist gewiß in diesem Kriege außerordentliche Leistungen auf, der Staatskörper vermag indes die enorme Belastung nicht ins Ungemessene zu tragen. Ein Rückschlag auf die mit allen anreizenden Mitteln künstlich hochgehaltene Stimmung in Frankreich scheint unausbleiblich.

Was unsere eigene innere Lage anbelangt, so verkenne ich nicht die Schwierigkeiten, welche die unausbleibliche Folge des schweren Kampfes und der Abgeschlossenheit vom Weltmeer bilden. Ich habe aber das feste Vertrauen, daß es uns gelingen wird, diese Schwierigkeiten ohne dauernde Gefährdung der Volkskraft und des allgemeinen Wohls, ohne größere Krise und ohne Bedrohung des staatlichen Gefüges zu überwinden.

Obwohl wir hiernach das Recht haben, die Gesamtlage als günstig zu beurteilen, befinde ich mich doch in voller

Übereinstimmung mit dem Grafen Czernin bei Verfolgung des Zieles, einen ehrenvollen, den Interessen des Reiches und unserer Bundesgenossen gerechtwerdenden Frieden so bald wie möglich herbeizuführen. Ich teile auch die Ansicht des Herrn Ministers, daß das wichtige Moment der Schwächung Rußlands ausgenutzt und daß eine erneute Friedensaktion zu einem Zeitpunkt eingeleitet werden muß, an dem die politische und militärische Initiative noch in unseren Händen ruht. Graf Czernin hat den Zeitpunkt hierfür in zwei bis drei Monaten ins Auge gefaßt, an dem die feindlichen Offensiven ihr Ende gefunden haben. In der Tat würde gegenwärtig bei den weitgespannten Erwartungen der Franzosen und der Engländer auf einen entscheidenden Erfolg ihrer Offensive und den noch nicht geschwundenen Hoffnungen der Entente auf ein Wiedererwachen der russischen Aktivität eine zu stark unterstrichene Friedensbereitschaft nicht nur zur Erfolglosigkeit verdammt sein, sondern auch durch den in ihr ruhenden Schein der hoffnungslosen Erschöpfung der Mittelmächte die Kräfte der Gegner neu beleben. Augenblicklich wäre ein allgemeiner Friede nur durch Unterwerfung unter den Willen unserer Feinde zu erkaufen. Ein solcher Friede aber würde vom Volke nicht ertragen werden und verhängnisvolle Gefahren für die Monarchie heraufbeschwören. Ruhe, Entschlossenheit und eine auch nach außen hin dokumentierte Zuversicht scheinen mir deshalb mehr denn je geboten. Die Entwicklung der Ereignisse in Rußland hat sich bisher zu unseren Gunsten vollzogen. Der Kampf der Parteien wird vom Gebiete politischer, wirtschaftlicher und sozialer Forderungen in zunehmendem Maße auf das engumschriebene Feld der Kriegs- und Friedensfragen gedrängt, und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob nur diejenige Partei sich dauernd wird an der Macht halten können, die den Weg zum Frieden mit den Mittelmächten beschreitet. Unsere ernste Aufgabe ist es, den Entwicklungs- und Zersetzungsprozeß in Rußland aufmerksam

zu verfolgen und zu begünstigen und kommende russische Sondierungsversuche zwar ohne zur Schau getragenes Empressement, aber doch sachlich so zu behandeln, daß sie zu tatsächlichen Friedensverhandlungen führen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Rußland den Schein des Verrates an seinen Verbündeten wird vermeiden und einen Modus suchen wollen, der faktisch einen Friedenszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten herbeiführt, äußerlich aber die etwaige Vereinbarung zwischen beiden Parteien als das Präludium zum allgemeinen Frieden darstellt.

Wie wir uns im Juli 1914 in rückhaltloser Bündnistreue an die Seite Österreich-Ungarns gestellt haben, so werden sich auch am Ende des Weltkrieges die Grundlagen für einen Frieden finden, der beiden eng verbündeten Monarchien die Gewähr für eine verheißungsvolle Zukunft bringt."

Dieser optimistischen Antwort Bethmanns lag offenbar nicht nur das Motiv zugrunde, uns etwas mehr Vertrauen in die Zukunft einzuflößen, sondern das richtige Gefühl einer in der Luft liegenden günstigeren Konstellation — da Berlin natürlich ähnliche Berichte aus den feindlichen Ländern erhalten hatte wie wir.

Um diese Zeit erhielt ich einen Brief Tiszas, in welchem nachfolgender Passus vorkam:

„Die verschiedenen, aus dem feindlichen Auslande kommenden Nachrichten lassen keinen Zweifel darüber, daß der Krieg seinem Ende entgegengeht. Jetzt heißt es vor allem, gute Nerven behalten und die Partie mit kaltem Blute zu Ende spielen. Nur jetzt keine Zeichen der Schwäche. Unsere Feinde sind nicht aus allgemeiner Menschenliebe friedfertiger geworden, sondern weil sie einsehen, daß wir nicht zu vernichten sind.

Ich bitte Dich, nicht weiter im Sinne Deines Berichtes vom 12. April zu sprechen. Eine pessimistische Auffassung des Leiters unserer äußeren Politik müßte jetzt alles verderben. Ich weiß, daß Du vorsichtig bist, aber ich bitte Dich,

mache Deinen Einfluß geltend, damit auch Seine Majestät und dessen Umgebung nach außen Zuversicht zur Schau trage. Nochmals: So gut es steht, man wird nicht mehr mit uns sprechen wollen, wenn man nicht mehr an unsere Widerstandskraft glaubt — und nicht daran glaubt, daß unser Bündnis auf festen Füßen steht."

Es war klar, daß die richtige Taktik nur darin bestehen konnte, einerseits die allergrößten Anstrengungen an der Front und im Hinterlande zu machen, um die Situation noch einige Zeit zu halten — andererseits den Feinden gegenüber den Beweis zu erbringen, daß wir trotz der günstigen Konstellation zu einem Frieden ohne Eroberungen bereit seien. Für die letztere Aktion den Hebel bei den deutschen Militärs anzusetzen, schien aussichtslos. Ebenso erwartete ich mir wenig von einer neuerlichen Intervention in der Wilhelmstraße und versuchte daher, mich direkt mit dem Deutschen Reichstage in Verbindung zu setzen.

Einer meiner politischen Freunde, welcher zahlreiche und gute Konnexionen im Deutschen Reichstag hatte, setzte sich mit verschiedenen Führern in Berlin in Verbindung und entwickelte denselben die Situation der Monarchie. Es war selbstverständlich, daß dieser Herr nicht im Auftrage des Ministeriums sprechen konnte, sondern seine eigenen Eindrücke und Ansichten vorbringen mußte. Eine vorsichtige Haltung war geboten, weil Indiskretionen unabsehbare Folgen haben konnten. Sowie die Entente den Eindruck erhalten hätte, daß wir nicht aus Friedensliebe, sondern weil wir nicht mehr können, den Krieg zu beendigen gedenken, wäre alle Mühe umsonst gewesen. Darin hatte Tisza vollständig recht. Es war also unbedingt notwendig, daß der mit dieser heiklen Mission betraute Herr in einer Art und Weise auftrat, die nach außen der Entente gegenüber geheim blieb, keine Schwäche zeigte und Zuversicht mit vernünftigen Kriegszielen verband — und welche es dem Ministerium möglich machte, ihn eventuell zu desavouieren.

Mein Freund hat sich dieser Aufgabe mit ebenso großer Hingebung als Geschicklichkeit unterzogen und den Berliner Herren, insbesondere Erzberger* und Südekum, in Kürze folgendes mitgeteilt: Soviel er beurteilen könne, seien wir an einem entscheidenden Wendepunkte angelangt. Die nächsten Wochen würden entscheiden, ob der Friede werde oder der Krieg à outrance weitergehe. Frankreich sei müde, wolle kein Eingreifen Amerikas, wenn es nicht sein müsse. Zwinge die Haltung Deutschlands die Entente zur Fortsetzung des Krieges, so sei die Lage sehr ernst, Österreich-Ungarn könne nicht mehr, die Türkei auch nicht — Deutschland könne den Krieg nicht allein zu einem guten Ende führen. Die Stellung Österreich-Ungarns sei der ganzen Welt klar. Österreich-Ungarn sei bereit, einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen zu schließen und sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die Wiederholung eines Krieges verhindert werde. (Österreich-Ungarn stehe auf dem Standpunkte, daß eine allseitige gleichmäßige, aber sehr weitgehende Abrüstung zu Wasser und zu Lande das einzige Mittel biete, um den finanziellen Wiederaufbau Europas nach dem Kriege zu ermöglichen.) Deutschland müsse ebenso klar wie Österreich-Ungarn seine Stellung öffentlich bekanntgeben und erklären:

1. Keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung;

2. insbesondere bedingungslose völlige Freigabe Belgiens (politisch und wirtschaftlich);

3. alle von Deutschland und Österreich-Ungarn besetzten Gebiete werden geräumt, sobald beide Staaten ihr Territorium wieder zurückerhalten haben (inklusive der deutschen Kolonien);

---

* Zu dieser Zeit war mir die Tatsache, daß mein geheimer Bericht an den Kaiser Herrn Erzberger übergeben und von diesem nicht geheimgehalten worden ist, noch nicht bekannt. (Seither öffentlich bekanntgeworden durch die Enthüllungen des Grafen Wedel.)

4. auch Deutschland will gleich Österreich-Ungarn an der allgemeinen Abrüstung mitarbeiten und die Garantie schaffen, daß kein zweiter Krieg mehr möglich sei.

Eine solche Erklärung müsse gemeinsam von der deutschen Regierung und dem Reichstage öffentlich abgegeben werden.

Die bekannte Friedensresolution vom 19. Juli 1917 war das Resultat dieser Demarche. Vorerst fiel ihr der Reichskanzler Bethmann zum Opfer. Die Oberste Heeresleitung, welche ihn verfolgte und schon seit längerer Zeit alle Anstrengungen machte, um ihn zu entfernen, erklärte eine solche Resolution als unannehmbar. Als Bethmann gegangen und Michaelis ernannt war, fand sie sich damit ab.

So erfreulich diese Resolution an und für sich war, so litt sie doch an einem Geburtsfehler. Es blieb natürlich nirgends ein Geheimnis, daß alles, was alldeutsch oder ihm verwandt war, so vor allem die deutsche Generalität, mit dem Beschlusse nicht übereinstimmte und die Resolution nicht als eine Enunziation ganz Deutschlands gelten konnte. Gewiß stand die erdrückende Majorität Deutschlands, nach Köpfen gerechnet, hinter dieser Resolution, aber die führenden Männer mit einem maßgebenden Anhang bekämpften sie. Der „Hungerfriede", der „Verzichtfriede", der „Scheidemann-Friede" waren die in den Blättern für die Resolution geprägten Ausdrücke, welche die große Unzufriedenheit mit ihr bewiesen. Auch die deutsche Regierung nahm keinen klaren Standpunkt ein. Am 19. Juli hielt der Reichskanzler Michaelis im Reichstage eine Rede, worin er die Resolution guthieß, jedoch mit dem Nachsatze: „so wie ich sie auffasse", ein Nachsatz, mit dem er alle Vordersätze erschlug.

Im August schrieb mir der Reichskanzler einen Brief, in welchem er seine durchaus optimistische Beurteilung der Lage begründete und die deutschen Anschauungen über Belgien präzisierte. Der obenerwähnte Satz der Gutheißung der Resolution, „so wie ich sie auffasse", fand in diesem

Schreiben eine Erklärung, wenigstens in bezug auf die belgische Frage, „da Deutschland sich das Recht vorbehalten wolle, einen weitgehenden militärischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Belgien auszuüben".

Sein Schreiben lautete:

„Berlin, den 17. August 1917.

Lieber Graf Czernin!

Unserer Absprache gemäß gestatte ich mir, Ihnen in nachstehendem meine Auffassung über unsere Besprechungen vom 14. und 15. d. M. kurz darzulegen und würde es mit besonderem Dank erkennen, wenn Eure Exzellenz die Geneigtheit haben wollten, mir Ihren Standpunkt zu meinen Ausführungen mitzuteilen.

Die innere wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands berechtigt uns zu dem festen Vertrauen, daß Deutschland für sich allein auch ein viertes Kriegsjahr würde aushalten können. Die Brotgetreideernte hat sich besser entwickelt, als wir vor sechs Wochen angenommen haben, und wird günstiger als die vorjährige ausfallen. Die Kartoffelernte verspricht einen erheblich höheren Ertrag als die von 1916/17. Die Futterernte schätzen wir erheblich geringer als die im vorigen Jahre ein; bei Einhaltung eines einheitlichen, wohldurchdachten Wirtschaftsplanes für Deutschland selbst und die besetzten Gebiete, einschließlich Rumäniens, werden wir aber in der Lage sein, auch mit den Futtermitteln durchzuhalten, wie dies selbst in dem viel trockneren Jahre 1915 möglich gewesen ist.

Die politische Lage ist ohne Zweifel eine ernste. Die Bevölkerung leidet unter dem Kriege, und die Friedenssehnsucht ist groß; eine wirkliche allgemeine krankhafte Kriegsmüdigkeit ist indes nicht vorhanden, und die Arbeitsleistungen werden bei geregelter Ernährung gegen das frühere Jahr nicht zurückstehen.

Ändern könnte sich dieses Wirtschafts- und politische Bild

nur dadurch, daß die Verhältnisse bei unseren Bundesgenossen oder unter dem Druck der Entente bei den Neutralen sich wesentlich schlechter gestalten. Eine bedenkliche Verschiebung zu unseren Ungunsten würde eintreten, falls wider Erwarten und Erhoffen unsere Bundesgenossen oder die neutralen Staaten in solchen Mangel gerieten, daß sie glaubten, auch auf uns zurückgreifen zu sollen. Bis zu einem gewissen Grade geschieht dies schon heute; eine erhebliche Zunahme dieser Ansprüche müßte unsere wirtschaftliche Lage scharf in Mitleidenschaft ziehen und unter Umständen sogar gefährden. Daß die Situation im vierten Kriegsjahre im allgemeinen als eine schwerere wird angesprochen werden müssen als die des dritten, ist ohne weiteres zuzugeben; unser ernstes Bestreben wird infolgedessen auch fernerhin darauf gerichtet sein, den Frieden tunlichst bald herbeizuführen.

Unser aufrichtiger Friedenswunsch darf uns indessen nicht dazu verleiten, mit einem neuen Friedensangebot hervorzutreten. Es wäre dies meines Erachtens ein schwerer taktischer Fehler. Unsere Friedensdemarche vom Dezember vorigen Jahres hat bei den neutralen Staaten ein sympathisches Echo gefunden, sie ist aber von unseren Gegnern mit gesteigerten Forderungen beantwortet worden. Ein erneuter gleichartiger Schritt würde uns als Schwäche ausgelegt werden und den Krieg verlängern; die Friedensanregung muß demnach jetzt von den Feinden ausgehen.

Das Leitmotiv meiner auswärtigen Politik wird stets die sorgsame Pflege unseres durch die Kriegsstürme erhärteten Bündnisses mit Österreich-Ungarn, die vertrauensvolle, freundschaftliche und loyale Zusammenarbeit mit den leitenden Staatsmännern der verbündeten Monarchie bilden. Wird der Bündnisgedanke — und in diesem Bestreben weiß ich mich eins mit Euer Exzellenz — auch weiterhin so hochgehalten wie bisher, so würde es selbst unseren Gegnern ausgeschlossen erscheinen, daß einer der Bundesgenossen in Sonderverhandlungen, die ihm etwa angetragen werden,

eintritt, ohne von vornherein zu erklären, die Besprechungen würden nur unter dem Gesichtspunkte für möglich gehalten, daß sie einen allgemeinen Frieden zum Ziele haben. Wird dies klar zum Ausdruck gebracht, so dürfte kein Bedenken dagegen bestehen, daß einzelne der Verbündeten einer etwaigen Anregung eines unserer Feinde folgen und in Besprechungen über die Anbahnung des Friedens mit ihm eingehen.

Zur Zeit lassen sich noch keine bestimmten Richtlinien für solche Besprechungen festlegen. Euere Exzellenz hatten die Güte gehabt, die Frage an mich zu richten, ob die ‚Wiederherstellung des Status quo' eine geeignete Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen bilden könne. Ich darf meinen Standpunkt zu dieser Frage wie folgt präzisieren: Wie ich bereits im Reichstag zum Ausdruck gebracht habe, erstrebt Deutschland keine gewaltsame Verschiebung der Machtverhältnisse nach dem Kriege und ist zu Verhandlungen bereit, soweit von dem Feinde nicht die Herausgabe von deutschem Reichsgebiet gefordert wird; bei einer in dieser Richtung sich bewegenden Auffassung der ‚Wiederherstellung des Status quo' könnte diese Formel durchaus die Grundlage für Verhandlungen bilden. Hierdurch würde nicht die uns erwünschte Möglichkeit ausgeschlossen, auch bei Einhaltung der jetzigen Reichsgrenzen bisher feindliche Wirtschaftsgebiete durch Verhandlungen in nahen wirtschaftlichen und militärischen Zusammenhang zu Deutschland zu bringen — es würde sich hierbei um Kurland, Litauen und Polen handeln —, dadurch Deutschlands Grenzen zu sichern und seine Lebensbedingungen auf dem Kontinent und Übersee zu gewährleisten.

Deutschland ist bereit, die besetzten französischen Gebiete zu räumen, muß es sich aber vorbehalten, durch die Friedensverhandlungen das Gebiet von Longwy und Briey wirtschaftlich für sich nutzbar zu machen, wenn auch nicht durch direkte Einverleibung, so doch durch rechtliche Sicherung der Nutzung. Nennenswerte Gebiete

von Elsaß-Lothringen an Frankreich abzutreten, sind wir nicht in der Lage.

Ich möchte für die Verhandlungen freie Bahn dafür behalten, daß Belgien mit Deutschland militärisch und wirtschaftlich verbunden wird. Die von mir aus einer Aufzeichnung über die Kreuznacher Verhandlungen vorgelesenen Bedingungen — militärische Kontrolle Belgiens bis zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Deutschland; Erwerb (oder langfristige Pachtung) von Lüttich und der flandrischen Küste — sind die Maximalforderungen der Obersten Heeresleitung und der Marine. Die Oberste Heeresleitung ist sich mit mir darüber klar, daß diese Bedingungen oder ihnen wesentlich angenäherte nur zu erreichen sind, wenn England der Friede aufgezwungen werden kann. Aber wir sind der Meinung, daß ein weitgehendes Maß von wirtschaftlichem und militärischem Einfluß auf Belgien im Wege der Verhandlungen erreicht werden muß und vielleicht auch nicht gegen zu starken Widerstand erreicht werden kann, weil Belgien durch wirtschaftliche Notwendigkeiten zur Einsicht kommen wird, daß in seinem Anschluß an Deutschland die beste Gewähr für eine verheißungsvolle Zukunft liegt.

Was Polen betrifft, so habe ich davon Kenntnis genommen, daß die vertrauliche Anregung Euerer Exzellenz, auf Galizien zu verzichten und das Land dem neuen polnischen Reich zuzuschlagen, dadurch hinfällig geworden ist, daß ich die Abtretung elsaß-lothringischer Landesteile an Frankreich, die gewissermaßen als Gegenopfer gedacht war, als ausgeschlossen bezeichnen mußte. Die Entwicklung Polens zum selbständigen Reich muß sich im Rahmen der Proklamation vom 5. November 1916 vollziehen. Ob diese Entwicklung sich zu einem wirklichen Vorteil für Deutschland gestalten wird oder sich zu einer großen Gefahr für die Zukunft auswachsen kann, wofür bereits mehrfache Anzeichen vorliegen und was

besonders für den Fall zu befürchten ist, daß uns die österreichisch-ungarische Regierung nicht schon alsbald, während des Krieges, ihre volle Uninteressiertheit an Polen aussprechen und uns freie Hand in der Verwaltung ganz Polens lassen kann, darf der weiteren Prüfung vorbehalten bleiben.

Diese Prüfung würde sich auch darauf zu erstrecken haben, ob bei der Gefahr, die ein nur widerwillig angeschlossenes Polen für Deutschland und auch für das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bieten würde, es politisch nicht zweckmäßiger wäre, daß Deutschland Polen unter Zurückhaltung der Grenzgebiete, die alsdann zum Zwecke des militärischen Grenzschutzes erforderlich erscheinen, seinem vollen Selbstbestimmungsrecht, auch mit Möglichkeit des Anschlusses an Rußland, überläßt.

Die Frage des Anschlusses von Rumänien wird nach Maßgabe der Kreuznacher Abreden vom 18. Mai d. J. weiterzubehandeln und im Zusammenhang mit den Deutschland interessierenden Fragen hinsichtlich Kurlands, Litauens und Polens zu lösen sein.

Es war mir eine besondere Freude, Sie, lieber Graf Czernin, hier in Berlin begrüßen und mich mit Ihnen über die verschiedenen Fragen, die uns zur Zeit beschäftigen, mit freundschaftlicher Offenheit unterhalten haben zu dürfen. Ich hoffe, daß auch in der Folgezeit ein dauernder direkter Gedankenaustausch uns die Möglichkeit bieten wird, auftauchende Fragen zu klären und sie im vollen Einvernehmen zu betreiben.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Wertschätzung verbleibe ich Ihr ganz ergebener

Michaelis."

Ich antwortete dem Reichskanzler, daß ich den an und für sich selbstverständlichen Standpunkt, völlige Offenheit zu bewahren, begrüße, betonte jedoch, seinen Optimismus nicht teilen zu können. Ich entwickelte, daß die zunehmende Kriegsmüdigkeit, sowohl in Deutschland wie bei uns, es

notwendig machte, rechtzeitig, d. h. vor Eintritt revolutionärer Erscheinungen, zu einem Frieden zu gelangen, denn beginnende Unruhen würden jeden Friedensversuch verderben. Der deutsche Standpunkt in der belgischen Frage scheine mir ein völlig irrtümlicher, denn niemals würde sich die Entente und Belgien den entwickelten Bedingungen fügen, ich könne ihm daher nicht verschweigen, daß sein Standpunkt ein schweres Friedenshindernis sei; er sei aber auch in direktem Widerspruch mit dem Willen des Reichstages und mir auch deshalb nicht verständlich.

Ich besprach sodann die Notwendigkeit, über das Minimum der Kriegsziele endlich ins klare zu kommen, wobei auch die Frage, ob und wie wir den freiwilligen friedlichen Anschluß Polens und Rumäniens an die Mittelmächte erreichen wollten, eine wichtige Rolle spielte.

Ich betonte schließlich nochmals, daß ich auf dem Standpunkte des Deutschen Reichstages stände, einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu verlangen, und es für ganz ausgeschlossen hielte, daß die deutsche Regierung den einschlägigen Beschluß des Reichstages werde ignorieren können oder wollen. Nicht darum handle es sich, ob wir weiterkämpfen wollten, sondern ob wir es könnten, und es sei meine Pflicht, ihn rechtzeitig aufmerksam zu machen, daß wir zu einem Ende des Krieges kommen müßten.

Dr. Michaelis stand den Alldeutschen näher als sein Amtsvorgänger.

Der Grad, in welchem die Alldeutschen die Situation verkannten, war direkt verblüffend. Ich war bei ihnen dermaßen verhaßt, daß sie mich mieden und ich wenig Gelegenheit hatte, mit ihnen zu verhandeln. Zu bekehren waren sie übrigens nicht. Ich entsinne mich auf einen einzigen Fall, in welchem ein Vertreter dieser Presse mich in Wien aufsuchte, um mir die Bedingungen zu entwickeln, unter welchen seine Gruppe Frieden zu schließen bereit sei: Annexion Belgiens, eines Teiles von Ostfrankreich (Longwy

und Briey), Kurlands und Litauens, Auslieferung der englischen Flotte an Deutschland und ich weiß nicht mehr wie viele Milliarden Kriegsentschädigung usw. Ich empfing den Herrn in Gegenwart des Gesandten von Wiesner, und wir hatten beide den Eindruck, daß in dem vorliegenden Falle nur der Arzt helfen könne.

Zwischen den Ideen des Reichskanzlers Michaelis und den unseren war eine Kluft. Sie war unüberbrückbar. Bald darauf schied er aus dem Amte, um dem staatsmännischen Grafen Hertling Platz zu machen.

Zu ungefähr der gleichen Zeit spielten sich nun aber hinter den Kulissen sehr weittragende Ereignisse ab, welche den Gang der Dinge entscheidend beeinflußt haben dürften.

Es fielen schwere Indiskretionen und Einmischungen vor, welche von Personen ausgingen, die, ohne in verantwortlicher Stellung zu sein, Einblick in die diplomatischen Vorgänge erhalten hatten. Es hat keinen Zweck, hier Namen zu nennen, um so weniger, als selbst den verantwortlichen Leitern der Politik die näheren Details dieser Vorgänge erst viel später und auch dann vorerst in unvollständiger Form zur Kenntnis kamen — also in einem Zeitpunkte, in welchem die pazifistische Tendenz der Entente bereits wesentlich abzuflauen begann*.

Es war damals unmöglich, in den Irrgarten dieser sich kreuzenden und widersprechenden Tatsachen volles Licht zu bringen. Faktum ist, daß im Frühjahr oder Frühsommer 1917 bei maßgebenden Faktoren in den Ländern der Bundesgenossen und der Entente der Eindruck erweckt wurde, daß der Bestand des Vierbundes erschüttert sei. In dem Augenblicke, in welchem die denkbar größte Betonung der Geschlossenheit unseres Bundesverhältnisses notwendiger als jemals gewesen wäre, wurde der entgegengesetzte Eindruck

* Die vom Grafen Wedel und Helfferich gegen Erzberger gemachten Enthüllungen bilden nur ein Glied dieser Kette. Erzberger ging hierbei vollkommen bona fide vor.

hervorgerufen, und selbstverständlich begrüßte die Entente die ersten Anzeichen der Zersetzung im Vierbunde.

Ich weiß nicht, ob es jemals geboten sein wird, eine völlige Klarheit in alle die Ereignisse der damaligen Zeit zu bringen. Heute ist es nicht der Fall. Zur Erklärung der weiteren Entwicklung genügt es, nachstehendes festzustellen. Folgendes spielte sich ab: Im Frühjahr 1917 knüpften sich Fäden mit Paris und London an. Die ersten Gespräche erweckten den Eindruck, daß die Westmächte bereit seien, uns als Brücke zu Deutschland und zu einem allgemeinen Frieden zu benützen. In einem etwas späteren Stadium drehte sich der Wind, und die Entente strebte einem Separatfrieden mit uns zu.

Ich habe verschiedene wichtige einschlägige Details erst später erfahren, teilweise bei meiner Demission im Frühjahr 1918, teilweise sogar erst mit dem Niederbruche im Winter 1919. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, welche mir die Schuld an einer auch von der Öffentlichkeit vermuteten Doppelpolitik gegeben und mich beschuldigt haben, anders in Berlin als in Paris gesprochen zu haben. Diese Beschuldigungen gingen von persönlichen Feinden aus, welche bewußt verleumdeten, und wurden von anderen wiederholt, die nichts wußten. Tatsache ist, daß ich, als ich von den Vorgängen erfuhr, gleichzeitig in den Besitz von Dokumenten gelangte, welche beweisen, daß ich von diesen Vorgängen nicht nur nichts gewußt hatte, sondern gar nichts wissen konnte.

Astronomische Apparate zeigen zuweilen Störungen im Universum an, deren Grund dem Beobachter vorerst nicht erklärlich ist. Ähnlich fühlte ich damals an gewissen Anzeichen, ohne es jedoch beweisen zu können, daß sich in jenen Welten, welche jenseits des Schützengrabens liegen, Dinge abspielen mußten, die mir unverständlich waren. Ich konstatierte die Wirkung, konnte aber die Ursache nicht ermitteln. In der dem Frieden geneigteren Stimmung der

Entente schwang ein fremder Unterton mit. Man war drüben besorgt und friedensgeneigter als früher, aber doch wieder zuversichtlich in Anbetracht der angeblichen Lockerung unseres Bundesverhältnisses und der Hoffnung auf den Zerfall des Vierbundes. Ein Freund von mir, ein Bürger eines neutralen Staates, teilte mir im Sommer mit, er habe aus sicherer Quelle vernommen, man rechne am Quai d'Orsay anscheinend damit, daß die Monarchie sich von Deutschland zu trennen beabsichtige. Das werde selbstverständlich die gesamte Kriegslage ändern.

Bald darauf trafen aus dem neutralen Auslande sehr geheime Nachrichten ein, daß eine bulgarische Gruppe mit der Entente verhandle, hinter dem Rücken und ohne Wissen Radoslawows. Sowie bei unseren Bundesgenossen der Verdacht auf eine Sprengung des Bündnisses erwachte, waren sie natürlich beflissen, den Ereignissen zuvorzukommen. Wir waren Radoslawows ebenso sicher wie Talaat Paschas; aber in beiden Ländern waren noch andere Strömungen an der Arbeit.

Dieses bei den Freunden erwachende Mißtrauen in unsere Pläne hatte noch einen weiteren, allerdings bloß technischen, aber nicht zu unterschätzenden Nachteil. Unsere verschiedenen Unterhändler arbeiteten ausgezeichnet, aber es liegt in der Natur der Sache, daß ihre Verhandlungen langsamer vor sich gingen als beispielsweise von den Ministern des Äußern selbst geführte. Sie mußten je nach dem Gange der Konversation stets erst neue Instruktionen einholen; sie waren gebundener und daher gezwungen, ein schleppenderes Tempo einzuschlagen, als es die verantwortlichen Leiter vermocht hätten. Ich ventilierte daher im Sommer 1917 den Gedanken, selbst in die Schweiz zu reisen, wo Verhandlungen stattfanden. Meine Reise aber konnte nicht geheim bleiben, und je mehr man versucht hätte, sie zu verheimlichen, desto sicherer hätte sie Argwohn erregt dank des leider erwachten Mißtrauens. Nicht in Berlin. Ich glaube

das Vertrauen der maßgebenden Berliner Faktoren in genügendem Maße besessen zu haben, um dies zu verhindern; ich hätte dem Reichskanzler die Situation entwickelt, und dies hätte genügt. Anders aber lag der Fall in der Türkei und in Bulgarien.

In Bulgarien drängte eine Partei zu der Entente. Wenn Bulgarien den Eindruck erhielt, unsere Gruppe zerfalle, so hätte es alles versucht, um sich selbst sofort durch einen Separatfrieden zu retten. Auch in Konstantinopel gab es eine Ententegruppe; Talaat und Enver waren ebenso zuverlässig wie stark. Eine von mir unter den geschilderten Verhältnissen in die Schweiz unternommene Reise konnte aber das Alarmsignal zu einem allgemeinen „sauve qui peut" werden. Der bloße Eindruck jedoch, daß die zwei Balkan länder dies machen wollen, was sie von uns vermuteten, hätte in Paris und London natürlich genügt, um jeden Friedensversuch zu zerschlagen.

Noch im Laufe des Sommers nahm die Friedensbereitwilligkeit unseres Gegners entschieden ab. Viele kleine Anzeichen, die jedes wenig, die alle zusammen viel bedeuteten, ließen das erkennen. Nun begann im Sommer 1917 auch der U-Bootkrieg seinen ersten Schrecken zu verlieren. Man sah drüben, daß er nicht das halten werde, was man zuerst befürchtet hatte, und natürlich ließ das den Wunsch nach dem militärischen Endsieg wieder aufleben.

Beide erwähnten Momente zusammen dürften beigetragen haben, um den vom Westen wehenden Friedenswind abflauen zu lassen. Die Zeit über hatten die Verhandlungen Armand-Revertera gespielt. Es ist noch nicht der Moment, über diese Verhandlungen zu sprechen, welche dann im Frühjahr 1918 im Zusammenhange mit dem Briefe des Kaisers an den Prinzen Sixtus so viel Aufregung verursacht haben. Nur so viel sei festgestellt, daß Revertera sich bei den Verhandlungen als ebenso korrekter wie geschickter Unterhändler erwies, welcher genau nach den am Ballplatz

erhaltenen Instruktionen vorging. Unsere verschiedenen Versuche, Friedensfäden anzuknüpfen, galten, soweit sie ihren Ausgangspunkt am Ballplatz hatten, stets unserer ganzen Mächtegruppe.

Selbstverständlich lag es aber nicht im Interesse der Entente, uns an einer Trennung von Deutschland zu hindern, und als von inoffizieller Seite der Eindruck in London und Paris erweckt wurde, daß wir Deutschland preisgeben, sabotierten wir selbst damit das Streben nach einem allgemeinen Frieden, denn natürlich wäre es der Entente sympathisch gewesen, Deutschland, welches als „Hauptfeind" galt, zu isolieren.

Der furchtbare Irrtum in dem mit dem Separatfrieden kokettierenden Gedankengange war ein doppelter: Erstens befreite uns auch diese Eventualität nicht von den Beschlüssen des Londoner Paktes, verdarb jedoch die Atmosphäre für einen allgemeinen Frieden. Wie ich zur Zeit, als diese Dinge sich abspielten, nur vermutete, aber später erfuhr, hielt Italien an den ihm gemachten Zusagen unter allen Bedingungen fest.

Im Frühjahr 1917 haben Ribot und Lloyd George in St. Jean de Maurienne mit der italienischen Regierung darüber konferiert und versucht, die Bedingungen im Falle unserer Trennung von Deutschland zu mildern. Italien verweigerte dies und bestand auf seinem Schein, d. h. auch bei einem Separatfrieden hätten wir Triest und Tirol bis zum Brenner an Italien abtreten, also einen unmöglichen Preis zahlen müssen. Zweitens aber mußte diese separatistische Taktik die Kraft unserer Gruppe zersetzen und hat sie zersetzt.

Wenn in einem Gefechte einer davonzulaufen beginnt, so reißt er nur allzu leicht die anderen mit; ich bezweifle nicht, daß die bulgarischen Sonderverhandlungen im Zusammenhange mit obigen Vorgängen standen.

Der Effekt dieser gutgemeinten, aber geheimen und dilettantenhaften Einmischungen war also der, daß wir der

Entente unsere Bereitwilligkeit, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, suggerierten und unsere Position in dem Kampfe für einen allgemeinen Frieden dadurch erschütterten, daß wir dennoch einsehen mußten, daß wir auch bei einer Trennung von Deutschland der Verstümmelung nicht entgehen, daß also ein Separatfrieden unmöglich sei, und daß wir dem bisher noch immer geschlossenen Vierbund einen tödlichen Stoß versetzten.

Etwas später, im Sommer, erhielt ich Nachrichten aus England über die dortige amtliche Auffassung der Situation, welche wesentlich von den optimistischen Konfidentennachrichten abstachen und bewiesen, daß der Friedenswunsch abgenommen hatte. Es ist selbstverständlich, daß die englische Gedankenrichtung stets die für uns interessanteste war. Der Kriegseintritt Englands hatte die Situation so gefährlich gestaltet, eine Verständigung mit ihm, das heißt eine Verständigung zwischen England und Deutschland durch unsere Intervention, hätte den Krieg beendet.

Diese Nachrichten nun lauteten dahin, daß England weniger denn je in der Lage sei, mit Deutschland zu sprechen, bevor nicht die zwei Kardinalpunkte garantiert seien: die Abtretung Elsaß-Lothringens und die Abschaffung des deutschen Militarismus.

Das erstere sei ein französisches Postulat, und England müsse und werde Frankreich hierin bis zum äußersten unterstützen; die zweite Forderung sei im Interesse des zukünftigen Weltfriedens notwendig. Die militärische Kraft Deutschlands sei von England immer als sehr groß eingeschätzt worden, aber ihre Leistungen in diesem Kriege hätten noch alle Erwartungen übertroffen. Und mit den Erfolgen der Militärs sei auch der militärische Geist gewachsen. Die Friedensresolution des Reichstags beweise nichts — oder doch wenigstens nicht genügend —, denn der Reichstag sei nicht der wahre Exponent des Reiches nach außen; er werde paralysiert durch eine inoffizielle

Nebenregierung, die Generale, welche viel mehr Macht hätten als er. Gewisse Äußerungen des Generals Ludendorff seien — so sagte man bei der Entente — der Beweis, daß Deutschland keinen ehrlichen Verständigungsfrieden wolle. Nebenbei scheine auch die Wilhelmstraße nicht mit der Majorität des Reichstags identisch. Der Krieg sei nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen seinen Militarismus gerichtet, aber mit letzterem sei ein Friedensschluß unmöglich. Was die Monarchie anbelangt, so schiene England bereit, mit derselben einen Separatfrieden, allerdings unter Einhaltung der den eigenen Bundesgenossen gegebenen Zusagen, zu schließen. Wir hätten danach an Italien, Serbien und Rumänien große Gebietsteile abzutreten. Dafür aber könnten wir mit einer Art Anschluß neu geschaffener Staaten, wie Polen, rechnen.

Obwohl diese Nachrichten keinen Zweifel darüber ließen, daß England zur Zeit an keine Annäherung an Deutschland denke, so schien doch dem ablehnenden Gedankengange vor allem die Furcht vor dem preußischen Militarismus zugrunde zu liegen. Ich hatte den Eindruck, daß auch bei günstigerer Weiterentwicklung vielleicht ein Ausgleich und eine Verständigung in den territorialen Fragen, nicht aber in dieser „militärischen" möglich sei. Im Gegenteil: Je stärker sich Deutschlands militärische Macht erwies, desto mehr wuchs die Furcht der Entente, daß diese Wehrmacht unüberwindlich werden würde, falls sie jetzt nicht gebrochen werde.

Nicht nur die Vorgeschichte und der Ausbruch des Krieges, auch die Kriegszeit selbst war von schweren und störenden Mißverständnissen durchzogen. Bei uns hat man lange Zeit überhaupt nicht verstanden, was England eigentlich mit diesem Schlagworte des Militarismus meine. Man hat darauf hingewiesen, daß Englands Flotte eifersüchtig die Beherrschung der Meere wahre, daß Frankreich und Rußland waffenstrotzend dastünden, daß also Deutschland dabei

keine andere Rolle spiele als die anderen Staaten, daß jeder Staat seine Wehrmacht so gut und so stark er könne, ausgestalte.

England verstand unter preußischem Militarismus aber nicht die Kraft des deutschen Heeres allein. Es verstand darunter die Kombination eines kriegerischen, auf die Unterdrückung der anderen ausgehenden Geistes, gestützt auf die beste und stärkste Landmacht der Welt. Das erstere wäre platonisch gewesen ohne das letztere — und die ausgezeichnete deutsche Armee bedeutete für England das Instrument herrsch- und eroberungssüchtiger Machthaber. Nach englischer Auffassung war Deutschland genau die Wiederholung Frankreichs unter Bonaparte — wenn man Napoleon durch ein mehrköpfiges Wesen ersetzt, welches ungefähr „Kaiser, Kronprinz, Hindenburg, Ludendorff" hieß —, und ebensowenig wie England jemals mit Napoleon paktieren wollte, so wollte es nicht mit jener „juristischen Persönlichkeit" verhandeln, welche ihm den Begriff der Eroberungssucht und der Gewaltpolitik verkörperte.

Mir scheint die Vorstellung, daß ein deutscher Militarismus bestand, gewiß richtig, wenn auch der Kaiser und der Kronprinz dabei die geringste Rolle spielten. Unrichtig scheint mir nur der Glaube, daß dieser Militarismus eine Spezialität Deutschlands gewesen sei. Die Verhandlungen von Versailles haben jetzt wohl auch der Allgemeinheit gezeigt, daß es auch noch anderswo als an den Ufern der Spree einen Militarismus gibt.

Das alte Deutschland konnte niemals verstehen, daß im feindlichen Auslande neben einem — sagen wir — moralisch nicht gerechtfertigten Neid tatsächlich Furcht und Besorgnis vor Deutschlands Plänen herrschten, und daß die Reden vom „harten" und vom „deutschen" Frieden, von „Sieg und Triumph" Öl in das Feuer dieser Besorgnisse waren, daß es auch seinerzeit in England und Frankreich Strömungen gab, welche zu einem Frieden des Ausgleiches

drängten, und daß man diese pazifistischen Tendenzen mit solchen Aussprüchen auf das schwerste schädigte.

In das gleiche Gebiet wie diese Redeblüten gehörten meiner Ansicht nach auch die Luftangriffe auf England, welche mit größtem Heroismus seitens der deutschen Flieger unternommen wurden, aber keinen anderen Zweck erreichten als den, England zu reizen und auch jene zum äußersten Widerstand aufzustacheln, welche pazifistischer dachten. Ich sagte dies Ludendorff, als er mich im Sommer 1917 am Ballplatz besuchte, ohne jedoch den geringsten Eindruck zu erwecken.

* * *

Der Friedensschritt des Papstes und unsere Antwort hat sich in europäischer Öffentlichkeit vollzogen. Wir nahmen die edlen Vorschläge des Heiligen Vaters an. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

* * *

Im Frühsommer 1917 war die Frage der Sozialistenkonferenz in Stockholm aktuell geworden. Ich lieferte den Vertretern unserer Sozialdemokratie die Pässe aus und hatte diesbezüglich Hindernisse zu überwinden. Mein einschlägiger Standpunkt erhellt aus nachfolgendem Briefe an Tisza:

(Ohne Datum)

„Lieber Freund!

Ich höre, Du bist nicht einverstanden mit der ‚Entsendung' der Sozialisten nach Stockholm. Erstens ist es keine Entsendung. Die Männer sind aus eigenem Antriebe zu mir gekommen und haben um die Ausreisebewilligung angesucht. Die habe ich ihnen gegeben. Adler, Ellenbogen und Seitz waren da; Renner extra. Die beiden ersteren sind gescheite Männer, und ich schätze sie trotz aller Unterschiede, die uns trennen. Die beiden letzteren kenne ich wenig. Aber alle vier wollen ehrlich den Frieden, und Adler speziell will gar nicht die Vernichtung des Reiches.

Entweder sie bringen den Frieden, dann wird es sicherlich ein ‚sozialistischer' sein, und der Kaiser wird ihn aus der Tasche bezahlen. Das, lieber Freund, weiß ich auch. Aber wenn der Krieg nicht zu beenden ist, so wird der Kaiser noch viel mehr zahlen — verlasse Dich darauf.

Oder sie bringen — wie zu erwarten — den Frieden nicht, dann war mein Vorgehen um so richtiger, denn dann habe ich ihnen bewiesen, daß nicht die ‚Unfähigkeit der zünftigen Diplomatie', sondern die Verhältnisse daran schuld sind, daß der Krieg nicht aufhört.

Hätte ich ihnen die Ausreise verweigert, so hätten sie noch über mein Grab hinaus täglich erklärt, ‚sie hätten den Frieden gemacht, wenn man sie hinausgelassen hätte'.

Hier sind sie auch empört über mich, vor allem im Herrenhause. Es kommt dazu, daß die Menschen sich einbilden, ich hätte die Sozialdemokraten dadurch ‚gekauft', daß ich ihnen versprochen hätte, den Oktroi zu verhindern, wenn sie den Frieden bringen. Ich will den Oktroi nicht, wie Du weißt, aber das hat gar keinen Zusammenhang mit Stockholm, Sozis und Frieden.

Ich habe neulich dem österreichischen Ministerrate beigewohnt und dort dem Oktroi den Todesstoß gegeben — aber ich fühlte mich dabei wie Daniel in der Löwengrube; besonders N. N. war sehr erzürnt. Der einzige, der meinen Standpunkt völlig zu teilen scheint, ist außer Trnka der Ministerpräsident Clam.

Also diese Kombination, daß ihnen wegen ‚meiner Liebe zu den Sozis' ihr Oktroi entrissen wird, macht sie noch böser — aber wie gesagt, die Kombination ist ganz falsch.

Du machst, lieber Freund, einen doppelten Fehler. Erstens werden wir nach dem Kriege Sozialpolitik machen müssen, ob es dem einzelnen gefällt oder nicht, und ich halte es für unbedingt wichtig, die Sozialdemokraten dazu heranzuziehen. Die Sozialpolitik ist das Ventil, das wir aufmachen müssen, um den überschüssigen Dampf hinauszulassen — sonst

explodiert der Kasten. Zweitens kann keiner von uns Ministern auch nur den ganz falschen Schein auf sich nehmen, den Frieden zu sabotieren. Die Völker vertragen vielleicht die Kriegsqual noch eine Weile, aber nur dann, wenn sie begreifen und die richtige Überzeugung erhalten, daß es nicht anders geht — daß eine Vis major vorherrscht — daß, mit anderen Worten, der Friede an den Verhältnissen, nicht aber an dem schlechten Willen oder der Dummheit der Minister scheitert.

Der deutschböhmische Abgeordnete K. H. Wolf hat mir vor der Verlesung der Thronrede in der Burg eine Szene darüber gemacht: ‚wir seien verrückt geworden, und in der Delegation werde abgerechnet werden' und andere Liebenswürdigkeiten mehr — und auch er hatte einen ganz falschen Konnex zwischen Aufgeben des Oktrois und Stockholm gezogen.

Ganz recht hast Du darin, daß es Deutschland gar nichts angeht, was wir im Innern machen. Sie haben aber auch nicht die geringste Ingerenz auf den Oktroi versucht. — Wenn sie sich vor einem antideutschen Kurs fürchten und daher gewiß innerlich für den Oktroi sind, so haben wir dabei eine gewisse Schuld. Die Berliner fürchten sich nämlich unausgesetzt vor Verrat.

Ich besitze im Gebirge ein Segelschiff, welches nach Steuerbord ‚zieht', das heißt unwillkürlich und bei gerade eingelegtem Steuer drängt es nach rechts ab. Um das zu paralysieren, muß der Steuermann immer etwas nach Backbord steuern — nur so kann er den geraden Kurs einhalten. Er muß ‚dagegen halten'. Ebenso ist das Wiener Staatsschiff. Es drängt fortgesetzt von dem Kurse des Bündnisses ab.

Man kann ja auch wenden und den Ententekurs steuern, wenn man glaubt, das durchführen zu können; aber dann möge man die Courage haben, die Wendung ganz zu machen. Dieses Mit-Verrat-Kokettieren, ohne ihn zu machen, ist das Allerdümmste; wir verlieren alles Terrain in Berlin und

gewinnen nichts in London oder Paris. Aber warum schreibe ich das, Du bist ja ganz meiner Ansicht, und Dich brauche ich darin nicht zu bekehren.

Aber über Stockholm sprechen wir noch.

In treuer Freundschaft

Dein alter

Czernin."

Tatsächlich ließ sich Tisza in diesem Falle völlig bekehren und machte auch bezüglich der ungarischen Sozialdemokraten keinen Anstand. Das negative Ergebnis der Stockholmer Konferenz ist bekannt.

Es ist, wie bereits früher angedeutet, vorerst noch unmöglich, die verschiedenen Friedensversuche und Verhandlungen im Detail zu besprechen. Außer den bereits erwähnten Verhandlungen zwischen Revertera und Armand fanden noch andere Fühlungnahmen, so etwas später die Unterredungen zwischen Botschafter Mensdorff und General Smuts statt, über welche dann im englischen Parlamente gesprochen wurde; ich halte es nicht für richtig, hier mehr darüber zu sagen. Wohl aber kann und will ich den Gedankengang wiedergeben, welcher allen unseren Friedensbestrebungen vom Sommer 1917 ab zugrunde lag und sie schließlich alle scheitern ließ.

Die angeführten letzten Berichte spiegelten die Auffassung der Entente richtig wider. Mit Deutschland sei es „vorerst" nicht möglich, zu sprechen. Frankreich bestehe auf der Rückgabe Elsaß-Lothringens, und die gesamte Entente verlange die definitive Beseitigung des deutschen Militarismus. Für diese Forderung sei aber Deutschland nicht „reif", und daher sei ein Sprechen nach Ansicht der Entente zwecklos. Anders stünde die Sache mit uns. Man habe den Eindruck, daß wir einen Separatfrieden schließen könnten, vorausgesetzt, daß wir zu Opfern bereit seien. Die Londoner Beschlüsse

hätten eine fertige Sachlage geschaffen, die honoriert werden müsse. Konzessionen an Rumänien, ferner Trient und Triest, sowie das deutsche Südtirol an Italien, dann Abtretungen an den südslawischen Staat seien unvermeidlich, ebenso eine Umgestaltung der Monarchie auf föderalistischer Basis. Unsere Antwort war, eine einseitige Abtretung österreichisch-ungarischen und deutschen Gebietes in dieser Form sei natürlich unmöglich. Dennoch glaubten wir, daß unter gewissen Voraussetzungen in den territorialen Fragen vielleicht eine Einigung nicht unüberwindlichem Widerstand begegnen würde. Selbstverständlich dürfe aber die Entente nicht Bedingungen vorschreiben, die nur der Sieger dem Besiegten vorschreiben könne. Denn wir seien alles eher als besiegt. Trotzdem hielten wir selbst nicht starr an den Grenzpfeilern der Monarchie fest.

Wir könnten uns daher denken, daß bei gutem Willen seitens der Entente ein Ausgleich der verschiedenen Interessen möglich sei, unmöglich aber seien Propositionen wie beispielsweise die Preisgabe von Triest, Bozen und Meran oder auch die Zumutung, auf dem Rücken Deutschlands den Frieden zu machen. Ich wies auf die Kriegslage hin und die völlige Unmöglichkeit, für wen immer, den Gedankengang der Entente aufzunehmen. Ich sei voll Zuversicht für die Zukunft, aber selbst wenn ich dies nicht wäre, könnte ich bei der bestehenden Situation nicht einen Frieden schließen, den die Entente nicht anders diktieren könnte, wenn wir vernichtet am Boden lägen. Triest und den Zugang zur Adria verlieren zu sollen, sei allein eine ganz unmögliche Zumutung, ebenso wie die bedingungslose Herausgabe Elsaß-Lothringens.

Neutrale Staatsmänner stimmten meinem Standpunkte zu, die Gedankenrichtung der Entente bewege sich nicht in dem Rahmen eines Verständigungs-, sondern eines Siegfriedens. Darüber sei man sich in den neutralen Ländern klar. Speziell in England seien aber verschiedene Strömungen. Nicht alle

dächten wie Lloyd George. Die Hauptsache sei doch, erst einmal ins Sprechen zu kommen, da könne sich so manches klären. Diese Gedanken griff ich stets mit beiden Händen auf. Die größte Schwierigkeit lag, wie man mir versicherte, in folgender Auffassung der Entente: Deutschland habe eine unbeschreibliche militärische Kraft bewiesen, aber es wäre doch nicht genügend auf den Krieg vorbereitet gewesen; es habe nicht genügend Rohstoffe, nicht genügend Nahrungsmittel aufgestapelt und nicht genügend U-Boote gebaut. Die Entente sage sich, wenn sie jetzt Frieden mache, so werde Deutschland vielleicht sogar ungünstigen Bedingungen zustimmen, aber doch nur, um Zeit zu gewinnen und den Frieden als Atempause zu neuen Kriegen zu benützen. Es werde die Versäumnisse nachholen und dann „von neuem losschlagen". Daher sei für die Entente die Vorbedingung eines jeden Friedens oder auch nur eines jeden Gespräches über die Bedingungen desselben die Sicherheit der Abschaffung des deutschen Militarismus. Ich erwiderte, niemand wolle einen weiteren Krieg, und ich sei ganz einig mit der Entente, daß die Garantien dafür geschaffen werden müßten. Unmöglich aber sei eine einseitige Entwaffnung und Entmannung der Mittelmächte oder Deutschlands. Man stelle sich doch vor: eine Armee, weit drinnen im Feindesland stehend, voller Zuversicht und Hoffnung, siegesgewiß und voll Vertrauen, solle eines schönen Tages die Waffen niederlegen und vom Erdboden verschwinden. Kein Mensch könne eine solche Proposition annehmen, wohl aber sei eine allgemeine Abrüstung aller Mächte möglich und notwendig. Abrüstung, Einführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens unter internationaler Kontrolle und für alle. Das sei meiner Ansicht nach eine akzeptable Basis. Ich entwickelte jedoch meine Besorgnisse, daß die Machthaber der Entente in dieser Frage ebensowenig wie in der territorialen das gleiche Maß an sich wie an uns zu legen gedächten, und daß ich ohne diese Voraussetzung natürlich nicht imstande sei, den Gedanken

bei uns und unseren Bundesgenossen lebensfähig zu gestalten. Immerhin sei der Versuch der Arbeit wert.

Lange und oft wurde über die mitteleuropäische Frage gesprochen, welche der Schrecken der Entente sei, denn sie bedeute eine unermeßliche Machtzunahme Deutschlands. Man wollte in Paris und London angeblich viel lieber die Monarchie unabhängig von Deutschland machen und perhorreszierte daher eine jede noch weitere Annäherung von Wien an Berlin. Wir erwiderten, dieser Standpunkt der Entente sei uns nicht neu. Die Verstümmelung durch die Beschlüsse des Londoner Paktes zwängen uns aber, diese Orientierung zu suchen. Abgesehen von Ehre und Bundespflicht kämpfe ja Deutschland, wie die Dinge lägen, fast mehr für uns als für sich selbst. Wenn Deutschland heute, so wußten wir, Frieden schlösse, so verlöre es Elsaß-Lothringen und seine militärische Vorherrschaft zu Lande — wir aber müßten die Italiener, Serben und Rumänen für ihre Kriegshilfe aus unserem Territorium bezahlen.

Von verschiedenen Seiten hörte ich, es gebe Männer bei der Entente, welche diesen Standpunkt völlig begriffen. Aber was wolle die Entente machen? Italien sei nur auf Grund der Londoner Versprechungen in den Krieg getreten, Rumänien habe ebenfalls feste Zusicherungen erhalten, und das „heroische Serbien" müsse durch Bosnien und die Herzegowina entschädigt werden. So mancher an der Seine und Themse bedaure das durch die Londoner Konferenz geschaffene Faktum, Vertrag aber sei Vertrag, und weder London noch Paris könnten ihre Bundesgenossen sitzen lassen. Im übrigen meine man bei der Entente, daß sowohl das neue serbische wie das neue polnische Reich, eventuell auch Rumänien in ein gewisses Verhältnis zur Monarchie treten könnten. Über die Details dieses Verhältnisses sei man wohl noch selbst sehr im unklaren. Unsere Entgegnung war: Wir sollten Galizien an Polen, Siebenbürgen und die Bukowina an Rumänien und Bosnien samt der Herzegowina

an Serbien abtreten für die vage Versicherung eines engeren Verhältnisses dieser Staaten an die uns gelassenen kümmerlichen Reste der Monarchie. Es seien nicht höfische oder dynastische Interessen, die uns leiteten. Ich hätte es selbst beim Kaiser durchgesetzt, Galizien an Polen zu opfern, aber die Konzessionen an Italien! Ich fragte einmal einen neutralen Staatsmann, ob er sich klar sei, was das hieße, daß Österreich das urdeutsche Tirol bis zum Brenner freiwillig ausliefern solle — der Sturm, den ein solcher Friede entfesseln würde, würde mehr entwurzeln als den diesen Frieden schließenden Minister. Ich sagte meinem Mitredner, es gebe Opfer, die man bei lebendigem Leibe nicht bringen könne, unter keiner Bedingung. Ich würde das deutsche Tirol nicht hergeben, auch wenn wir viel schlechter stünden, als wir es tun. Ich erinnerte meinen Mitredner an ein Bild, welches einen von Wölfen verfolgten Schlitten darstellt. Der Mann wirft nach und nach seinen Pelz, seinen Rock und was er sonst besitzt vor die Meute, um sie aufzuhalten und sich zu retten — aber sein eigenes Kind werde er nicht hinauswerfen, lieber werde er das Äußerste erleiden. So fühlte ich für das deutsche Tirol. Wir seien nicht in der Lage des Mannes im Schlitten, denn Gott sei Dank besäßen wir Waffen, um uns der Wölfe zu erwehren — aber selbst im äußersten Falle würde ich keinen Frieden akzeptieren, welcher Bozen und Meran von uns fordert.

Mein Gewährsmann verschloß sich diesen Argumenten nicht, meinte jedoch, er könne auf diese Art und Weise kein Ende des Krieges erblicken. England sei bereit, noch zehn Jahre Krieg zu führen, und es werde Deutschland unter allen Umständen zerschmettern, nicht das Volk, gegen welches keine Feindschaft bestehe — (immer wieder kam dieses trügerische Argument —), aber den deutschen Militarismus. England selbst sei in einer Zwangslage. Es sei wiederholt, wenn das heutige Deutschland in diesem Kriege nicht vernichtet werde, so werde es verstärkt weiterrüsten; davon sei

man in London überzeugt; es werde dann in einigen Jahren statt hundert tausend U-Boote haben, und dann sei England verloren. In England kämpfe man daher auch um die eigene Existenz, und England sei eisern in seinem Willen. Es wisse, daß die Arbeit schwer sei, aber es werde nicht erlahmen. Man rufe in London das Beispiel der Napoleonischen Kriege wach: „What man has done man can do again." (Was Männer einmal geleistet haben, können sie wieder leisten.)

Immer kam bei allen Gesprächen diese Furcht vor dem preußischen Militarismus zutage, und wiederholt erfolgte die Anregung, daß, wenn wir uns mit der allgemeinen Abrüstung einverstanden erklären wollten, dies allein bereits ein großer Vorteil und gewaltiger Schritt zum Frieden wäre.

Aus dieser Erwägung heraus, daß der Militarismus das größte Hindernis jeder Annäherung sei, entsprang meine am 2. Oktober 1917 in Budapest gehaltene Rede über die Notwendigkeit der Schaffung einer „neuen Weltordnung".

Ich sprach in Budapest vor einem Auditorium von Parteiführern. Ich hatte dabei zu bedenken, daß ein allzu pazifistischer Ton im In- und Auslande eine der Absicht entgegengesetzte Wirkung haben würde. Im Inlande wären die geringen Widerstandskräfte noch weiter erlahmt, im Auslande hätte man darin das Ende unserer Kampffähigkeit erblickt und wäre noch weiter von allen friedlichen Intentionen abgerückt.

Der auf die Schaffung einer neuen Weltordnung lautende Passus meiner damaligen Rede lautete:

„Dem großen französischen Staatsmanne Talleyrand wird der Ausspruch zugeschrieben, die Worte seien da, um die Gedanken zu verhüllen. Mag sein, daß dieser Ausspruch richtig war für die Diplomatie seines Jahrhunderts, für die heutige Zeit kann ich mir schwer einen Satz denken, welcher weniger zutreffend wäre. Die Millionen, welche kämpfen, einerlei ob im Schützengraben oder im Hinterlande, wollen wissen, warum und wofür sie kämpfen, sie haben ein Recht

darauf, zu erfahren, warum der Friede, den die ganze Welt erwünscht, noch nicht eingetreten ist.

Als ich auf meinen Posten gestellt wurde, habe ich die erste Gelegenheit benützt, um offen zu erklären, daß wir keine Vergewaltigungen begehen wollen, daß wir aber auch keine solchen erdulden werden, und daß wir bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald unsere Feinde diesen Standpunkt eines Verständigungsfriedens annehmen. Damit glaube ich die Friedensidee der österreichisch-ungarischen Monarchie, wenn auch in allgemeinen Umrissen, so doch klar hingestellt zu haben. So mancher im Inlande und im befreundeten Auslande hat mich wegen dieser offenen Sprache getadelt — die Argumente dieser tadelnden Herren haben mich in der Richtigkeit meiner Auffassung bestärkt; ich nehme nichts von dem zurück, was ich gesagt habe, in der Überzeugung, daß die erdrückende Majorität hier und in Österreich meinen Standpunkt billigt. Dies vorausgeschickt, drängt es mich heute, der Öffentlichkeit einiges zu sagen, wie sich die k. u. k. Regierung die weitere Entwicklung der völlig zerstörten europäischen Rechtsverhältnisse überhaupt vorstellt.

In großen Umrissen ist unser Programm des Wiederaufbaues der Weltordnung, das richtiger als der Aufbau einer neuen Weltordnung zu bezeichnen wäre, in unserer Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters niedergelegt. Es kann sich mir also heute nur darum handeln, dieses Programm zu ergänzen und vor allem eine Aufklärung darüber zu geben, welche Erwägungen uns bestimmt haben, diese das bisherige System umstürzenden Grundsätze aufzustellen.

Weiten Kreisen mag es überraschend, ja unbegreiflich erscheinen, daß die Zentralmächte und speziell Österreich-Ungarn in Hinkunft auf militärische Rüstungen verzichten wollen, da sie doch in diesen schweren Jahren nur in ihrer Militärmacht den Schutz gegen vielfache Übermacht fanden.

Der Krieg hat nicht nur neue Tatsachen und Verhältnisse geschaffen, er hat auch zu neuen Erkenntnissen geführt, welche die Grundlagen der früheren europäischen Politik erschüttert haben. Unter vielen anderen politischen Thesen ist vor allem auch jene zerronnen, welche vermeinte, Österreich-Ungarn sei ein sterbender Staat. Das Dogma vom bevorstehenden Zerfall der Monarchie war es, welches unsere Stellung in Europa erschwerte und aus dem alles Unverständnis für unsere Lebensbedürfnisse entsprang. Wenn wir uns in diesem Kriege als durchaus gesund und mindestens ebenbürtig erwiesen haben, dann folgt für uns hieraus, daß wir jetzt auf ein volles Verständnis unserer Lebensnotwendigkeiten in Europa rechnen können, und daß die Hoffnungen zerstört sind, uns mit der Gewalt der Waffen niederringen zu können. Bis zu dem Momente, in welchem wir den Beweis hierfür erbracht hatten, konnten wir auf den Schutz der Rüstungen nicht verzichten und uns einer mißgünstigen Behandlung unserer Lebensfragen durch einen von der Legende unseres bevorstehenden Zusammenbruches beeinflußten Areopag nicht aussetzen. Mit dem Augenblicke aber, in welchem dieser Beweis erbracht worden ist, sind wir in der Lage, gleichzeitig mit unseren Gegnern die Waffen abzulegen und unsere etwaigen Streitigkeiten schiedsgerichtlich und friedlich zu regeln. Diese neue Erkenntnis, die sich in der Welt durchgerungen hat, bietet uns die Möglichkeit, den Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgedanken nicht nur anzunehmen, sondern, wie Sie, meine Herren, wissen, schon seit geraumer Zeit für deren Verwirklichung mit allen Kräften einzutreten.

Europa muß zweifellos nach diesem Kriege auf eine neue internationale Rechtsbasis gestellt werden, welche Garantien der Dauerhaftigkeit bietet. Diese Rechtsbasis muß, wie ich glaube, im Wesen vierfacher Art sein:

Erstens muß sie die Sicherheit bieten, daß es keinen Revanchekrieg, und zwar von keiner Seite, mehr geben kann; wir wollen das eine erreicht haben, daß wir unseren

Kindeskindern als Vermächtnis hinterlassen können, daß sie von den Schrecken einer ähnlichen fürchterlichen Zeit, wie wir sie jetzt durchmachen, verschont bleiben. Keine Machtverschiebung der kriegführenden Staaten kann dies erreichen. Der Weg, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist allein der erwähnte der internationalen Weltabrüstung und der Anerkennung des schiedsgerichtlichen Verfahrens. Es ist überflüssig, zu sagen, daß sich diese Maßregel der Abrüstung niemals gegen einen einzelnen Staat oder gegen eine einzelne Mächtegruppe richten darf, und daß sie selbstverständlich Land, Wasser und Luft in gleichem Maße umfassen muß. Aber der Krieg als Mittel der Politik muß bekämpft werden. Auf internationaler Basis unter internationaler Kontrolle muß eine allgemeine, gleichmäßige und sukzessive Abrüstung aller Staaten der Welt erfolgen und die Wehrmacht auf das unumgänglich Notwendigste beschränkt werden. Ich weiß sehr wohl, daß dieses Ziel ungemein schwer zu erreichen ist, und daß der Weg, der dahin führt, voll Schwierigkeiten, lang und dornenvoll ist. Und dennoch bin ich fest überzeugt, daß er gegangen werden muß, und daß er gegangen werden wird, ganz einerlei, ob der einzelne dies für wünschenswert hält oder nicht. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß die Welt nach diesem Kriege wieder dort anfangen wird, wo sie im Jahre 1914 aufgehört hat. Katastrophen, wie dieser Krieg eine ist, gehen nicht ohne tiefe Spuren vorüber, und das schrecklichste Unglück, welches uns widerfahren könnte, wäre, wenn das Wettrüsten nach Friedensschluß seinen Fortgang nehmen würde, denn es würde den wirtschaftlichen Ruin aller Staaten bedeuten. Schon vor diesem Kriege waren die militärischen Lasten drückend — obwohl wir speziell uns sagen müssen, daß Österreich-Ungarn lange nicht auf der militärischen Höhe war, als es vom Kriege überrascht wurde; es hat die früher unterlassenen Rüstungen erst während des Krieges nachgeholt —, aber nach diesem Kriege wären bei freier Rüstungskonkurrenz die Lasten für

alle Staaten einfach unerträglich. Dieser Krieg hat gelehrt, daß mit dem Vielfachen der früheren Rüstungen gerechnet werden muß. Um nach diesem Kriege bei freier Rüstungskonkurrenz auf der Höhe zu bleiben, müßten die Staaten alles verzehnfachen, sie müßten zehnmal so viel Artillerie, Munitionsfabriken, Schiffe und Unterseeboote als vorher und auch ungleich mehr Soldaten haben, um diesen Apparat spielen lassen zu können — das jährliche militärische Budget aller Großstaaten müßte mehrere Milliarden umfassen — das ist eine Unmöglichkeit; bei all den Lasten, welche alle kriegführenden Staaten nach dem Friedensschlusse mit sich schleppen werden, würden diese Ausgaben, ich wiederhole es, den Ruin der Völker bedeuten. Zurückzukehren aber auf die relativ geringen Rüstungen vor dem Jahre 1914, wäre für einen einzelnen Staat schon ganz und gar unmöglich, denn er wäre dadurch dermaßen in der Hinterhand, daß seine militärische Kraft nicht zählen, seine Auslagen daher völlig zwecklos werden würden. Wenn es aber überhaupt gelingen könnte, allgemein auf das relativ geringe Rüstungsniveau des Jahres 1914 zurückzukommen, dann würde dies ja bereits die internationale Rüstungsverminderung bedeuten, nur hätte es allerdings gar keinen Sinn, nicht weiterzugehen und tatsächlich abzurüsten.

Aus diesem Engpasse gibt es nur einen einzigen Ausweg: die internationale vollständige Weltabrüstung. Die riesigen Flotten haben keinen Zweck mehr, wenn die Staaten der Welt die Freiheit der Meere garantieren, und die Landheere müßten auf das geringe Maß reduziert werden, welches die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erfordert. Und nur auf internationaler Basis, d. h. unter internationaler Kontrolle, ist dies möglich. Jeder Staat wird etwas von seiner Selbständigkeit aufgeben müssen, um den Weltfrieden zu sichern. Wahrscheinlich wird die heutige Generation das Ende dieser großen pazifistischen Bewegung gar nicht in ihrer Vollständigkeit erleben; sie kann sich nur langsam

durchsetzen, aber ich halte es für unsere Pflicht, uns an die Spitze derselben zu stellen und alles Menschenmögliche zu machen, um ihr Durchgreifen zu beschleunigen. Bei dem Friedensschlusse müssen ihre Grundprinzipien festgestellt werden.

War das erste Prinzip das der obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung zu Lande, so ist das zweite das der Freiheit des hohen Meeres und der Abrüstung zur See. Ich sage absichtlich: das hohe Meer, denn ich dehne den Gedanken nicht auf die Meerengen aus, und ich gebe gerne zu, daß für die verbindenden Seestraßen besondere Vorschriften und Regeln werden gelten müssen. Sind diese zwei ersten soeben angeführten Momente klargestellt und gesichert, dann entfällt auch jeder Grund für territoriale Sicherungen, und dies ist das dritte Grundprinzip der neuen internationalen Rechtsbasis. Der schönen und erhabenen Note, welche Seine Heiligkeit der Papst an die ganze Welt gerichtet hat, liegt dieser Gedanke zugrunde. Wir haben den Krieg nicht geführt, um Eroberungen zu machen, und wir planen keine Vergewaltigungen. Wenn die internationale Abrüstung, die wir von ganzem Herzen ersehnen, von unseren heutigen Feinden angenommen, zur Tatsache wird, dann brauchen wir keine territorialen Sicherungen; in diesem Falle können wir auf Vergrößerungen der österreichisch-ungarischen Monarchie verzichten, vorausgesetzt natürlich, daß auch der Feind unser eigenes Gebiet völlig geräumt hat.

Der vierte Grundsatz, der eingehalten werden muß, um nach dieser bösen Zeit eine freie, friedliche Entwicklung der Welt zu verbürgen, ist die freie wirtschaftliche Betätigung aller und die unbedingte Vermeidung eines zukünftigen Wirtschaftskrieges. Ein Wirtschaftskrieg muß unbedingt aus jeder Zukunftskombination ausgeschaltet werden. Wir müssen, bevor wir einen Frieden schließen, die positive Sicherheit haben, daß unsere heutigen Gegner diesem Gedanken entsagt haben.

Das sind, meine sehr verehrten Herren, die Grundprinzipien der neuen Weltordnung, so wie sie mir vorschweben und welche alle auf der allgemeinen Abrüstung basieren. Auch Deutschland hat sich ja in seiner Antwort auf die Papstnote nachdrücklichst zu der Idee der allgemeinen Abrüstung bekannt — und auch unsere heutigen Gegner haben sich diese Prinzipien wenigstens zum Teile schon zu eigen gemacht. Ich bin in den meisten Punkten anderer Ansicht als Herr Lloyd George, aber darin, daß es keinen Revanchekrieg mehr geben sollte, darin finden wir uns."

Das Echo meiner Rede bei der Entente übertraf die pessimistischen Erwartungen. Um nicht dem Gedanken der eigenen Abrüstungnäherzutreten, wurden meine Ausführungen als Heuchelei und Friedensfalle gestempelt. Darüber sei nicht zu sprechen.

Hätte die Entente damals geantwortet, ich möge den Beweis erbringen, ich möge die Garantie schaffen, daß Deutschland abrüsten werde, so hätte sie mir damit die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe der Völker den denkbar größten Druck auf Deutschlands Führer auszuüben. So schlug sie mir selbst die Waffen aus der Hand. Denn die Resonanz aus Berlin lautete: Hier ist der Beweis, daß die Entente auch die Zusage unserer Abrüstung verwirft, wie sie alles verwirft, was von uns kommt. Es gibt nur einen Ausweg — Kampf bis zum äußersten und den Sieg.

Wieder zwang die Entente die Völker der Mittelmächte, den Generalen bedingungslos Gefolgschaft zu leisten.

Niemals in meiner ganzen Amtszeit habe ich so viele Briefe erhalten wie nach dieser meiner Rede. Pro und contra und beide von gleicher Impetuosität. Es regnete „Todesurteile" — besonders aus Deutschland —, Hohn und Spott wechselten ab mit aufrichtiger Sympathie und Zustimmung.

Im Herbste 1917 verflaute die Friedensbewegung zusehends. Das Fiasko des Unterseebootkrieges trat klar

zutage. England erkannte, daß es die Gefahr zu überwinden imstande sei. Noch sprachen die deutschen Militärs von den bestimmt zu erwartenden Erfolgen des maritimen Krieges, aber der Tenor ihrer Reden war doch ein anderer geworden. Von einem Niederwerfen Englands binnen weniger Monate war nicht mehr die Rede, der neue Winterfeldzug galt als sicher. Aber doch beharrten die Deutschen darauf, daß sie sich zwar in dem Termine, nicht aber in der Wirkung des U-Bootkrieges überhaupt getäuscht hätten, — England werde zusammenbrechen. Im übrigen habe der U-Bootkrieg den Erfolg gehabt, daß die Westfront bestehen geblieben sei, ohne denselben wäre sie zusammengebrochen.

Die militärischen Auspizien änderten sich im Herbste. Das Ende des Krieges im Osten ward sichtbar, und die Eventualität, die enormen Truppenmassen nach dem Westen werfen und dort endlich doch durchbrechen zu können, beherrschte die Lage.

Der U-Bootkrieg hat also die Entscheidung nicht zu Wasser gebracht, aber er hat die Endentscheidung zu Lande ermöglicht, war die neue militärische Auffassung. Paris und Calais werden genommen werden.

In diesen verschiedenen Phasen der militärischen Hoffnungen und Erwartungen schwammen wir wie ein Boot auf stürmischer See. Wir brauchten, um im Friedenshafen landen zu können, eine militärische Welle, die uns näher zum Ufer trug — erst dann konnten wir das Seil der Verständigung an das rettende Ufer werfen. Solange der Feind dabei blieb, nur mit den zerschmetterten und entmannten Mittelmächten zu sprechen, war alles vergebens.

An den Erfolg des U-Bootkrieges habe ich nie geglaubt. An den Durchbruch an der Westfront habe ich geglaubt, und von der Hoffnung, daß er den starren Vernichtungswillen unserer Feinde brechen werde, habe ich im Winter 1917/18 gelebt.

Solange die Friedensbedingungen unserer Gegner die früher

erwähnten waren, war nicht nur der Friede unmöglich, auch der äußerste Druck auf Deutschland war unmöglich, denn die Worte: „Deutschlands Heer kämpfe mehr noch um die Erhaltung Österreich-Ungarns als um die eigene Existenz" waren Wahrheit.

Drohend und unheilverkündend stand der Beschluß des Londoner Vertrages vor uns. Er drückte uns immer wieder die Waffen in die Hand und trieb uns in das Feld.

* * *

Zur Zeit, als diese Zeilen geschrieben werden — im Juli 1919 — existiert Österreich längst nicht mehr. Es gibt nur mehr ein kleines, verarmtes, elendes Land, namens Deutsch-Österreich, ein Land ohne Armee, ohne Geld, hilflos, hungernd und fast verzweifelt. Dieses Land hört die Friedensbedingungen von St. Germain. Es hört, daß es Tirol bis zum Brenner ausliefern soll, daß es die Berge Andreas Hofers den Italienern zu geben hat. Und wehr- und hilflos, wie es ist, schreit es auf vor Verzweiflung und in wildem Schmerz, es herrscht nur eine Stimme, daß dieser Friede unmöglich ist.

Wie konnte eine österreichische Regierung dieses Londoner Diktat akzeptieren, zur Zeit, als unsere Armeen weit draußen im Feindesland standen, unbesiegt und ungebrochen, als wir die stärkste Landmacht der Welt zum Bundesgenossen hatten und die größten Generale des Krieges fest an den Durchbruch und den Endsieg glaubten?!

Das Verlangen, ich hätte im Jahre 1917 oder 1918 einen Frieden annehmen sollen, welchen das gesamte deutsch-östereichische Volk im Jahre 1919 ablehnt — das ist Wahnsinn. Aber vielleicht ist Methode in diesem Wahnsinn. Die Methode, ein jedes Mittel zu gebrauchen, um das „alte Regime" zu diskreditieren.

* * *

Anfang August 1917 fand eine Annäherung zwischen England und Deutschland statt, welche leider sofort scheiterte.

Eine neutrale Macht hatte auf Anregung Englands in Deutschland bezüglich Belgiens angeklopft. Deutschland erwiderte, es sei bereit, mit England über die belgische Frage direkt und mündlich zu verhandeln. Mit der Übermittlung dieser entgegenkommenden Antwort betraute Deutschland jedoch nicht die neutrale Macht, welche den englischen Vorschlag übermittelt hatte, sondern aus mir unbekannten Gründen einen einem anderen neutralen Staate angehörenden Vertrauensmann. Letzterer scheint Indiskretionen begangen zu haben, und in Frankreich, wohin Gerüchte dieser Nachricht drangen, wurde man nervös. Man faßte angeblich an der Seine den Schritt so auf, als ob England die belgische Frage mehr als die elsaß-lothringische interessiere.

Der von Berlin beauftragte Vertrauensmann hielt damit seine Aufgabe als gescheitert und ließ nach Berlin sagen, die Stimmung der Entente sei infolge des Bekanntwerdens eine derartige, daß jeder Schritt von deutscher Seite schon im vorhinein verurteilt wäre, mit einem Mißerfolg zu enden.

Die Regierung des erwähnten Vertrauensmannes jedoch griff die Sache dennoch aus eigener Initiative auf und leitete die deutsche Antwort nach London. Eine Antwort Englands soll aber niemals eingetroffen sein.

Dies die Schilderung, welche mir post festum von Berlin gegeben wurde und welche zweifellos die Berliner Auffassung widerspiegelt. Ob der Vorgang in allen Details genau so war respektive ob nicht noch so manches bisher Unbekannte hierbei vorgefallen ist, scheint dennoch nicht erwiesen.

Man sah während des Krieges alle Vorgänge jenseits des Schützengrabens nur getrübt — wie durch einen Schleier, und es ist anderen, mir später zugekommenen Nachrichten zufolge nicht erwiesen, ob England nicht dennoch eine Antwort gegeben habe; ob sie gegeben und dann auf dem Wege aufgehalten wurde oder was damit geschah, ist mir unbekannt. In Berlin soll sie nicht eingetroffen sein.

Eine kriegerische Rede, welche Asquith am 27. September

hielt, soll mit diesem gescheiterten Versuch zusammengehangen und zur Beruhigung der eigenen Bundesgenossen gedient haben.

Ob diese Anknüpfung bei einer glücklicheren Regie zu einem Ergebnis geführt hätte, scheint mir jedoch mindestens sehr zweifelhaft. Aus diesen Augusttagen stammt das früher erwähnte Schreiben des Reichskanzlers Michaelis, welches belgische Projekte entwickelte, die jedenfalls noch weit von dem englischen Gedankengange entfernt waren. Und auch wenn die belgische Frage hätte gelöst werden können, so blieb immer noch die elsaß-lothringische, welche England und Frankreich band, und vor allem die der Abrüstung — die Kluft, die beide Lager trennte, blieb immer noch so groß, daß es kaum denkbar schien, eine Brücke darüber zu schlagen.

Erst im Januar 1918 erfuhr ich die englische Version. Danach hätten die Deutschen den ersten Schritt getan, und die englische Regierung habe sich nicht ablehnend verhalten, dann aber nichts mehr davon gehört. Im „Vorwärts“ aber habe man gelesen, daß diese Anregung infolge eines Beschlusses des Kronrates stattgefunden, nachher aber wieder der militärische Einfluß die Oberhand gewonnen habe. Dieser Vorfall habe die Stimmung der leitenden Männer in England nicht gebessert.

* * *

Im Frühsommer 1917 segelten wir mit einem günstigen Friedenswind, und die Hoffnung, zu einer Verständigung zu gelangen, erschien zwar noch sehr ferne, aber nicht als Utopie. Inwieweit die Hoffnung, unsere Gruppe zu spalten, und inwieweit das Versagen des U-Bootkrieges beigetragen haben, den Kriegswillen der Entente wieder zu versteifen, ist natürlich nicht bestimmbar. Beide Momente wirkten jedenfalls mit. Bevor wir mit den Verhandlungen auf einen toten Punkt gelangten, stand die Sache so, daß wir auch bei einem Separatfrieden die Beschlüsse der Londoner Konferenz

hätten akzeptieren müssen. Ob die Entente diese Basis verlassen hätte, wenn wir den geraden Kurs beibehalten hätten, nicht durch inoffizielle Quertreibereien in das schiefe Licht separatistischer Wünsche gelangt wären und dadurch ruhig und konsequent hätten weiterarbeiten können, ist auch nicht erwiesen und nicht erweisbar. Ich habe nach dem Niederbruche im Winter 1919 als Fazit folgendes gehört: Als Clemenceau zur Macht gelangte, war ein Verständigungsfrieden mit Deutschland ausgeschlossen. Er stand auf dem Standpunkte, daß Deutschland definitiv besiegt und zerschmettert werden müsse, — unsere Verhandlungen begannen jedoch schon unter Briand, und Clemenceau kam erst zur Macht, als die Friedensverhandlungen desorientiert zu stocken begannen.

Was Österreich-Ungarn anbelangt, so hätten Frankreich und England einen Separatfrieden unsererseits begrüßt, auch unter Clemenceau; wir hätten aber auch in diesem Falle die Beschlüsse der Londoner Konferenz honorieren müssen.

So stand die Friedensfrage. Wie sie sich entwickelt hätte, wenn keine irreführende Doppelpolitik betrieben worden wäre — ist natürlich nicht beweisbar.

Ich entwickle hier keine Vermutungen, sondern ich konstatiere Tatsachen. Und Tatsache bleibt nur, daß das Versagen des U-Bootkrieges einerseits und eine hinter dem Rücken der verantwortlichen Männer geführte Politik andererseits der Grund waren, daß der günstige Moment ungenützt vorüberging und die Friedensversuche ins Stocken gerieten. Wobei ich wiederhole, daß diese Tatsache an und für sich noch nicht beweist, daß die Friedensversuche nicht später auch gescheitert wären, wenn die obigen zwei Momente nicht vorhanden gewesen wären.

Im Herbste war es völlig klar geworden, daß der Kampf weitergehe. Meine Reden in den Delegationen versuchten keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir bundestreu seien. Wenn ich sagte: „Ich kenne keinen Unterschied zwischen

Straßburg und Triest" — so sagte ich dies in erster Linie für Sofia und Konstantinopel, denn die Erschütterung des Vierbundes war die größte Gefahr.

Noch hoffte ich, den schwankenden Boden der Bündnispolitik wieder zu stützen und den allgemeinen Frieden entweder in dem militärisch niederbrechenden Osten zu erreichen — oder ihn infolge des erhofften deutschen Durchbruches an der Westfront reifen zu sehen.

Als ich mehrere Monate nach meiner Demission, im Sommer 1918, im Herrenhause über die äußere Politik sprach und nochmals öffentlich davor warnte, den Bestand des Vierbundes unterminieren zu lassen, — als ich sagte: „Ehre, Bundespflicht und Selbsterhaltungstrieb zwingen uns, an der Seite Deutschlands zu fechten" — da wurde ich nicht verstanden. Es scheint der Öffentlichkeit nicht klar gewesen zu sein, daß unsere Partie in dem Augenblicke definitiv verloren sein müßte, in welchem bei der Entente der Glaube Platz griff, daß der Vierbund sich auflöse. Kannte die Öffentlichkeit die Londoner Abmachungen nicht? Wußte sie nicht, daß ein Separatfriede uns schutzlos diesen grausamen Bedingungen auslieferte? Wußte sie nicht, daß die deutsche Armee der Schild war, welcher uns die letzte und einzige Möglichkeit bot, dem Los der Zerstückelung zu entgehen?

Mein Nachfolger hat den gleichen Kurs beibehalten wie ich, wohl auch aus denselben Gründen der Ehrlichkeit und des Selbsterhaltungstriebes. Die Einzelheiten, welche diesbezüglich im Sommer 1918 vorfielen, sind mir unbekannt.

Dann überstürzten sich die Ereignisse. Erst kamen unsere fürchterlichen Niederlagen in Italien, dann der Ententedurchbruch an der Westfront und schließlich der bulgarische Abfall, welcher sich seit dem Sommer 1917 langsam vorbereitete.

2.

Wie in allen Ländern, so gab es natürlich auch bei der Entente während des Krieges verschiedene Strömungen. Mit Clemenceaus Amtsantritt bekam, wie erwähnt, das Kriegsziel, Deutschland definitiv zu vernichten, die Oberhand.

Denjenigen, welchen die geheimen Nachrichten, über welche ein Minister des Äußern natürlicherweise verfügt, nicht zu Gebote standen, mag es geschienen haben, als ob die Entente in der Frage der Vernichtung Deutschlands militärischer Kraft zuweilen zu Konzessionen bereit gewesen wäre. Ich glaube, daß dies vielleicht im Frühjahr 1917, aber später nicht mehr der Fall war. Die obige Ansicht war deshalb trügerisch, als die auch später vernommene mildere Tonart von nicht kompetenten Stellen ausging. Vor allem Lansdowne sprach und schrieb friedlicher, aber ausschlaggebend für England war Lloyd George.

Bei verschiedenen Fühlungnahmen mit England versuchte ich zu ergründen, durch welche Maßregeln eigentlich die militärische Entmannung Deutschlands garantiert werden solle oder könne — und ich stieß dabei stets auf eine unsichtbare Wand. Es war niemals zu konstatieren, wie sich England die Durchführung dieses Schlagwortes vorstelle.

Die Erklärung lag darin, daß es eben keine andere Möglichkeit gibt, ein starkes selbstbewußtes Volk völlig zu entwaffnen, als es zu erschlagen, — und daß dieses Ziel uns bei Besprechungen nicht offen eingestanden werden wollte. Die Abgesandten konnten daher keinen diskutierbaren Modus vorschlagen — und was man sonst so daneben von anderen Vorschlägen hörte, war nicht ausschlaggebend.

Lansdowne, vielleicht auch Asquith hätten sich möglicherweise mit einem parlamentarischen Regime, welches die Macht dem Kaiser genommen und dem Reichstag gegeben hätte, zufriedengestellt. Lloyd George nicht, wenigstens

später nicht mehr. Die bekannte Rede des englischen Premiers, „ein Abrüstungsvertrag mit Deutschland wäre ein Pakt zwischen einem Fuchs und vielen Gänsen," sagte das, was er wirklich meinte.

Nach meiner früher erwähnten Budapester Rede, welche eine so höhnende Aufnahme in der Presse und öffentlichen Meinung jenseits des Kanals gefunden hatte, ließ man mir von einer Stelle Englands sagen, die „Czerninsche Formel" könne die Lösung der Frage bringen. Aber das war wieder nicht Lloyd George, der so sprach.

Bei dem unbeschreiblichen Mißtrauen, welches Clemenceau und der englische Premier und mit ihnen der überwiegende Teil Englands und Frankreichs in Deutschlands Absichten hatten, war keine Maßregel denkbar, welche die nötigen Garantien für eine friedliche Zukunftspolitik in London und Paris hätte geben können. Deutschland hätte vom Sommer 1917 ab was immer machen können, es wäre stets von Lloyd George als ungenügend abgelehnt worden.

Infolgedessen war es später auch für den weiteren Verlauf des Krieges ganz nebensächlich, daß Deutschland nicht nur gar nichts getan hat, um die Beseitigung der englischen Besorgnisse zu versuchen, sondern im Gegenteil fortgesetzt Öl in das Feuer gegossen hat.

Das im Kriege maßgebende militärische Deutschland dachte tatsächlich keinen Augenblick daran, nach dem Kriege auf eine Abrüstung unter internationaler Kontrolle einzugehen. Nach meiner Budapester Rede wurde ich in Berlin nicht unfreundlich, aber mitleidig behandelt, so wie man jemanden behandelt, der geisteskrank geworden ist. Man vermied nach Möglichkeit dieses Thema, man behandelte mich schonend und berührte die „Wahnvorstellungen" lieber nicht. Nur Erzberger gab mir sein volles Einverständnis bekannt.

Hätte Deutschland gesiegt, so wäre sein Militarismus in das Maßlose gewachsen. Ich habe im Sommer 1917 an

der Westfront zahlreiche hohe Generale gesprochen, welche alle übereinstimmend erklärten, die Rüstungen müßten nach dem Kriege in unvergleichlich größerem Maße weiterbetrieben werden; sie verglichen den Krieg mit dem ersten punischen, welchem weitere folgen würden und für welche man sich vorbereiten müsse — kurz die Versailler Taktik, dauernd das Banner der Gewalt aufzupflanzen, war auch die Taktik der Generale, der Alldeutschen, der Vaterlandspartei usw. An eine Völkerversöhnung nach dem Kriege dachten sie genau ebensowenig, wie der Viererrat in Versailles daran gedacht hat. Und in diesem Strome gewalttätiger Absichten plätscherten Kaiser, Regierung und Reichstag hilflos herum.

Der militärische Geist gedieh an der Spree, wie er heute noch an der Seine und Themse gedeiht. Lloyd George und Clemenceau werden zahlreiche ihrer Ebenbilder unter den Linden Berlins finden. Foch und Ludendorff sind nur dadurch verschieden, daß der eine Franzose, der andere Deutscher ist; als Menschen gleichen sie sich wie ein Ei dem andern.

Die Entente hat gesiegt, und viele Millionen jubeln darüber und schwören darauf, daß die Politik der Gewalt die richtige war. Erst die Zukunft wird beweisen, ob dies nicht ein furchtbarer Irrtum ist. Die Hunderttausende, die gefallen sind, und deren junges, blühendes Leben zu retten war, wenn uns der Frieden im Jahre 1917 ermöglicht worden wäre, diese Toten weckt der Triumph des Sieges nicht mehr auf. Mir scheint, die Entente hat viel zu sehr, hat viel zu gründlich gesiegt. Der Wahnsinn des trotz aller Orgien sterbenden Militarismus hat vielleicht in Versailles seine letzten Triumphe gefeiert.

* * *

Zusammenfassend ist die historische Wahrheit der Friedensbewegung während meiner Amtszeit die, daß im allgemeinen weder die Entente noch die in Deutschland herrschende allmächtige Militärpartei einen Verständigungsfrieden wollten. Beide wollten *siegen* und dem niedergeworfenen Gegner

einen Gewaltfrieden aufzwingen. Deutschlands führende Männer — vor allem Ludendorff — haben niemals die ehrliche Absicht gehabt, Belgien wirtschaftlich und politisch wieder völlig freizugeben, noch viel weniger wollten sie Opfer bringen, sie wollten im Osten und Westen erobern, und ihre gewalttätigen Absichten haben jeder pazifistischen Tendenz der Entente, sowie sie sich nur leise rührte, entgegengearbeitet. Auf der anderen Seite waren die führenden Männer der Entente — Clemenceau stets und Lloyd George jedenfalls später — auch fest entschlossen, Deutschland zu zerschmettern, und sie benützten die fortgesetzten deutschen Drohungen natürlich dazu, um jede pazifistische Bewegung in den eigenen Ländern zu ersticken und immer wieder zu beweisen, daß ein Verständigungsfriede mit Berlin ein „Pakt zwischen dem Fuchs und der Gans" sein würde.

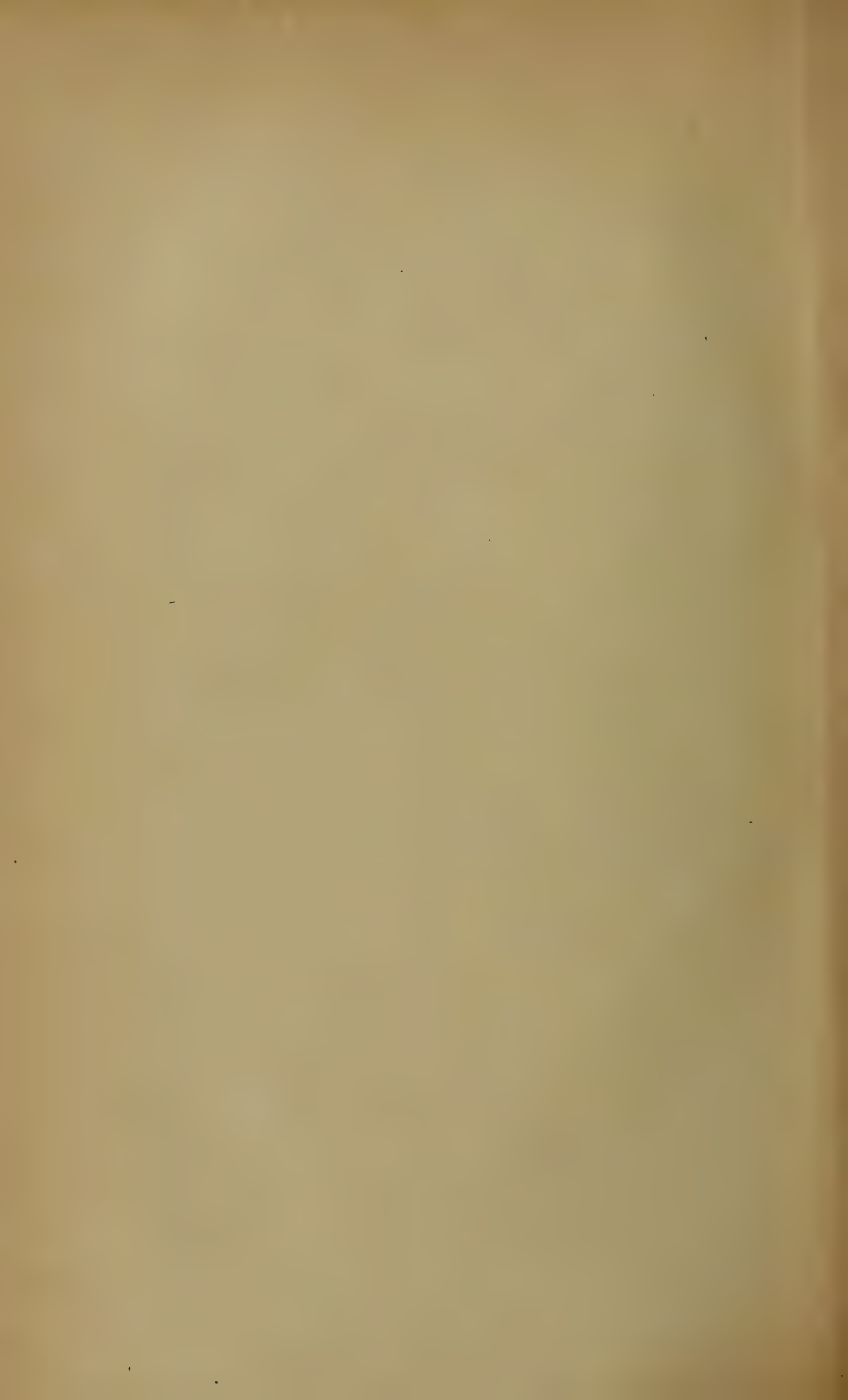
Die Entente gewann dank der Haltung der führenden deutschen Militärs die Überzeugung, daß eine Verständigung mit Deutschland ganz unmöglich sei, und verbiß sich ihrerseits in Friedensbedingungen, welche wieder für ein nicht geschlagenes Deutschland nicht akzeptabel waren. Hier schließt sich der Circulus vitiosus, welcher alle vermittelnde Tätigkeit paralysierte.

Wir waren zwischen diesen beiden Richtungen eingekeilt und außerstande, unsere eigenen Wege zu gehen, weil die Entente, durch Versprechungen an ihre Bundesgenossen gebunden, bereits über uns verfügt hatte (Londoner Vertrag und die Zusagen an Rumänien und Serbien). Wir konnten daher den äußersten Druck auf Deutschland so lange nicht ausüben, als wir nicht die Annullierung dieser Verträge durchzusetzen vermochten.

Im Frühsommer 1917 schien die Möglichkeit einer Verständigung am Horizonte aufzutauchen. Die früher erwähnten Vorgänge ließen sie scheitern.

VII.

Wilson



Mit dem Abnehmen der Friedensgeneigtheit im feindlichen Lager standen wir im Herbste 1917 vor der Eventualität: entweder einen Separatfrieden zu schließen und die bereits mehrfach entwickelten Folgen eines Krieges mit Deutschland und die nachherige Verstümmelung der Monarchie auf Grund der Londoner Beschlüsse zu akzeptieren — oder weiterzukämpfen und mit Hilfe unserer Bundesgenossen den Vernichtungswillen unserer Feinde zu brechen.

Hatte Rußland den Weltkrieg entfesselt, so war es Italien, welches ständig einen Verständigungsfrieden verhinderte, indem es dabei blieb, unter allen Umständen das ganze ihm im Jahre 1915 zugesagte österreichische Territorium zu erhalten. Die Rollenverteilung bei der Entente während des Krieges war die, daß Frankreich das meiste an Blut beisteuerte, England neben seinen fabelhaften militärischen Leistungen zusammen mit Amerika den Krieg finanzierte, Italien jedoch die diplomatische Leitung innehatte. Es ist heute noch viel zu wenig bekannt und wird wohl erst später zu dem allgemeinen Bewußtsein kommen, in welchem Grad die italienische Diplomatie in diesem Kriege führte und dominierte. Auch unsere Siege in Italien hätten nur dann die Lage geändert, wenn die erlittenen Niederlagen eine italienische Revolution und damit den völligen Umsturz des dortigen Regimes herbeigeführt hätten — eine Möglichkeit, die gewiß im Prinzip bestand; die königliche Regierung aber wurde durch

unsere Siege in ihrer Haltung nicht beeinflußt, und auch wenn wir noch viel weiter vorgedrungen wären, so wäre sie auf ihrem Standpunkt verblieben in der Erwartung, daß zwar nicht Italien selbst, aber dessen Bundesgenossen den Endsieg herbeiführen müssen.

So stand die Situation, als Wilson mit seinen 14 Punkten hervortrat.

Der aller Welt in die Augen springende Vorteil des Wilsonschen Programmes war sein krasser Kontrast mit den Bestimmungen des Londoner Paktes. In London war das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten worden, das deutsche Tirol an Italien vergeben worden. Wilson verbot dies und erklärte, daß die Völker nicht gegen ihren Willen wie Steine bei einem Spiele hin und her geschoben werden dürfen. Wilson sagte, daß „jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse“, und weiter, „daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen; — ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden“ — und anderes Ähnliches mehr.

Das Hervortreten dieses klaren und unbedingt akzeptablen Programmes s c h i e n von einem Tag zum anderen die friedliche Lösung des Weltkonfliktes zu ermöglichen. In den Augen von Millionen von Menschen eröffnete dieses Programm eine Welt von Hoffnungen. Ein neuer Stern war aufgegangen jenseits des Ozeans, und alles blickte nach demselben. Ein gewaltiger Mann schien erstanden, der mit einer einzigen

kraftvollen Bewegung die Londoner Abmachungen über den Haufen warf und damit das Tor des Verständigungsfriedens neuerlich öffnete.

Für mich dominierte vom ersten Momente an die Frage: Welche Hoffnungen hat das Wilsonsche Programm, sich gegen London, Paris und vor allem gegen Rom tatsächlich durchzusetzen?

Geheime Nachrichten, die ich aus den Ententeländern erhielt, deuteten darauf hin, daß die 14 Punkte absolut nicht im Einverständnisse mit England, Frankreich und Italien abgefaßt seien, andererseits war ich und bin ich heute noch der festen Überzeugung, daß Wilson ehrlich und aufrichtig gesprochen hatte und tatsächlich an die Durchführung seines Programmes glaubte.

Der große Rechenfehler Wilsons war seine völlig falsche Einschätzung der reellen Machtverhältnisse innerhalb der Entente einerseits und die verblüffende Unkenntnis der nationalen Verhältnisse in Europa und speziell in Österreich-Ungarn andererseits, welche seine Machtstellung und seinen Einfluß auf seine Bundesgenossen noch ganz erheblich schwächen mußte. Denn für die europäische Entente war es nicht schwer, Wilson geschickt in das nationale Gestrüpp hineinzuführen, ihn sich darin verfitzen und verirren und keinen Ausweg mehr finden zu lassen. Wilsons Theorie brachte uns also vorerst keinen Schritt weiter.

Der Siebenundsechziger Ausgleich hat in Österreich-Ungarn eine deutsch-magyarische Vorherrschaft eingeführt. Vor fünfzig Jahren war der Nationalismus noch viel unentwickelter als heute. Die Völker schliefen noch, bei Tschechen, Slowaken und Südslawen, bei Rumänen und Ruthenen war das nationale Leben kaum erwacht. So konnte vor 50 Jahren etwas statuiert werden, was täuschte und Hoffnung auf Dauer versprach. Die Einigung der Italiener und der Deutschen aber wirkte nach — oder vielleicht war sie nur das erste

Anzeichen der kommenden Weltbewegung, jedenfalls traten wir mit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in die Hochkonjunktur nationaler Politik.

Das nationale Problem der Welt war in der Habsburgischen Monarchie besonders konzentrisch und daher besonders sichtbar. Ein Chemiker kann in seiner Retorte verschiedene Stoffe und Elemente der Welt einkapseln und an ihnen seine Studien machen, und er wird sie in dieser Weise machen, denn die Stoffe werden sich, ewigen Gesetzen folgend, in der Retorte ebenso verhalten wie im Universum. So konnte man seit Jahrzehnten in der Habsburgischen Monarchie die Wirkung ungelöster nationaler Fragen studieren und ihre Sprengwirkung konstatieren, bevor dieselben in dem Kriege die ganze Welt in die Luft sprengten.

Herr Wilson fühlte bei Erlaß seiner 14 Punkte offenbar sehr klar die Notwendigkeit der Regelung des nationalen Weltproblems und erkannte, daß die Habsburgische Monarchie, einmal geordnet, als Schulbeispiel für die Welt dienen könne, wie sie bisher als abschreckendes Beispiel gedient hatte. Nur übersah er erstens, daß es bei der Regelung der nationalen Fragen keinen „Gegner“ und keinen „Bundesgenossen“ geben dürfe, da diese Unterschiede vorübergehend sind, das nationale Problem jedoch bleibt, — er übersah, daß das, was für die Tschechen gilt, auch für Irland gelten müsse, und daß die Armenier genau wie die Ukrainer ihr eigenes nationales Leben leben wollen, und daß auch die farbigen Völker Afrikas und Indiens Menschen sind mit den gleichen Rechten wie die weißen. Er übersah ferner, daß der gute Wille und der Wunsch nach Gerechtigkeit noch lange nicht genügt, um das nationale Weltproblem zu lösen. So kam es, daß unter seiner Patronanz und angeblich auf Grund seiner 14 Punkte die nationale Frage nicht gelöst, sondern einfach umgekehrt wurde, soweit sie nicht überhaupt unberührt blieb. Waren Deutsche und Magyaren bisher die Herrschenden, so wurden sie jetzt die Unterdrückten.

Sie wurden durch die Versailler Beschlüsse den fremdnationalen Staaten ausgeliefert. In zehn Jahren, vielleicht noch früher, werden aber die beiden Mächtegruppen, wie sie heute bestehen, längst zerfallen sein, ganz andere Konstellationen werden dominieren — und nur der Sprengstoff der neuerlich ungelösten nationalen Fragen wird weiterwirken und in absehbarer Zeit die Welt wiederum in die Luft sprengen.

Herr Wilson, welcher offenbar das Programm des Londoner Paktes kannte, die nationalen Schwierigkeiten jedoch viel zu wenig einschätzte, hoffte wahrscheinlich, zwischen der italienischen Eroberungspolitik und seiner Idealpolitik ein Kompromiß schließen zu können. In dieser Frage aber gab es keine Brücke zwischen Rom und Washington. Man kann erobern mit dem Rechte des Siegers — das war die Politik Orlandos und Clemenceaus, oder man regelt die Welt nach den Prinzipien der nationalen Gerechtigkeit — wie Wilson wollte — dann wird man das Ideal zwar auch nicht erreichen, — jedes Ideal ist unerreichbar, aber man wird sich demselben bedeutend nähern. Es kann nur die Macht siegen oder das Recht. Man kann aber nicht Tschechen, Polen und andere befreien und gleichzeitig Tiroler Deutsche, Elsässer Deutsche und Siebenbürger Ungarn fremdnationaler Herrschaft ausliefern — man kann das nicht von dem Standpunkte der Gerechtigkeit aus und nicht mit der Hoffnung auf Dauer. Daß man es durch Macht und für den vorübergehenden Augenblick kann, das hat ja Versailles und St. Germain bewiesen.

Die Lösung der nationalen Frage war der Punkt, um welchen das politische Pendel Franz Ferdinands zeitlebens oszillierte. Ob sie ihm gelungen wäre, ist eine andere Frage, aber versucht hätte er sie. Auch Kaiser Karl verschloß sich dieser Notwendigkeit nicht. Kaiser Franz Joseph war zu alt und zu konservativ, um das Experiment zu versuchen — für ihn galt das Quieta non movere. Ohne gewaltige Hilfe von außen war der Versuch gegen den deutsch-magyarischen Widerstand im Kriege nicht zu machen, und daher schien

der Moment so hoffnungsvoll, als Wilson mit seinen 14 Punkten auftrat, und trotz der großen Skepsis, welcher die Washingtoner Botschaft in der deutschen und auch in unserer Öffentlichkeit begegnete, war ich sofort entschlossen, den Faden aufzugreifen.

Ich wiederhole, daß ich niemals an der Ehrlichkeit und den aufrichtigen Absichten Wilsons gezweifelt habe — wie ich auch heute nicht daran zweifle —, hingegen waren meine Zweifel an seiner Macht, seine Ideen durchzusetzen, vom ersten Momente an sehr lebhaft. Es war klar, daß der kriegführende Wilson unvergleichlich stärker war als der am Friedenstisch sitzende. Solange gekämpft wurde, war Wilson der Herr der Welt. Er brauchte nur seine Truppen von dem europäischen Kriegsschauplatze abzuberufen, und die Entente kam in die schwierigste Lage. Es ist mir immer unverständlich geblieben, warum der Präsident der Vereinigten Staaten dieses gewaltige Druckmittel nicht angewendet hat, solange es noch Zeit war, um seine Kriegsziele durchzusetzen.

Schon die erwähnten vertraulichen Nachrichten, welche ich bald nach dem Erscheinen der 14 Punkte erhielt, ließen mich befürchten, daß Wilson in Verkennung der Situation keine praktischen Anstalten treffe, um seinem verkündeten Willen auch tatsächlich Geltung zu verschaffen, und daß er den Widerstand Frankreichs und besonders Italiens unterschätze. Die logische, die praktische Folge des Wilsonschen Programmes wäre die öffentliche Annullierung des Londoner Paktes gewesen, ja sie hätte sie sein müssen, damit wir erkennen können, nach welchen Prinzipien wir in Friedensverhandlungen eintreten können. Nichts Ähnliches geschah, und die Kluft, die zwischen den Friedensgedanken Wilsons und Orlandos klaffte, blieb bestehen.

Am 24. Januar 1918 nahm ich in dem Ausschusse der österreichischen Delegation öffentlich Stellung zu den 14 Punkten und erklärte dieselben — soweit sie uns und nicht unsere

Bundesgenossen betreffen — als geeignete Grundlage zu Verhandlungen. Ungefähr gleichzeitig leiteten wir die notwendigen Schritte ein, um Klarheit zu gewinnen, wie nach Wilsons Ideen die 14 theoretischen Punkte praktisch durchgeführt werden sollten. Die Verhandlungen schienen nicht hoffnungslos.

Währenddem liefen die Brester Verhandlungen. Obwohl das Ergebnis derselben, welches einen Sieg des deutschen Militarismus darstellte, gewiß nicht aufmunternd auf Wilson gewirkt haben dürfte, so scheint der kluge Kopf doch klarer als mancher Österreicher erkannt zu haben, daß wir uns in einer Zwangslage befanden und die Schuld, daß Deutschland versteckte Annexionen mache, nicht Wien treffe. Wenigstens sagte der Präsident am 12. Februar — also nach verkündetem Brester Friedensschluß — in einer Rede vor dem Kongresse: „Graf Czernin scheint die Grundlagen des Friedens mit klarem Auge anzusehen, und er scheint sie nicht zu verdunkeln. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen, gebildet aus allen unbestreitbar polnischen Bevölkerungen, die eine an die andere grenzt, eine Angelegenheit europäischen Übereinkommens ist und natürlich zugestanden werden muß, ferner, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, gleichgültig welche Opfer und Zugeständnisse dies mit sich bringen mag, und ferner, daß nationale Bestrebungen befriedigt werden müssen, sogar in seinem eigenen Reiche im gemeinsamen Interesse Europas und der Menschheit. Wenn er über Fragen schweigt, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als Österreich-Ungarn allein berühren, so ist es natürlich nur, weil er sich gezwungen fühlt, unter Umständen auf Deutschland und die Türkei zu verweisen. Indem er die wichtigen in Frage kommenden Prinzipien und die Notwendigkeit, sie offenherzig in die Tat umzusetzen, erkennt und ihnen zustimmt, fühlt er natürlicherweise, daß Österreich-Ungarn auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwierigkeit, als dies Deutschland möglich ist,

eingehen kann. Er würde wahrscheinlich noch weitergegangen sein, wenn er auf Österreich-Ungarns Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gebraucht hätte" — und weiter sagt der Herr Präsident in derselben Rede vom 12. Februar: „Die Antwort des Grafen Czernin, der Hauptsache nach an meine Adresse auf meine Rede vom 8. Januar gerichtet, ist in einem sehr freundlichen Tone gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben zu rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehende Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefern," und ferner: „Ich muß sagen, Graf Hertlings Antwort ist sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze, und es ist nicht klar, wohin sie führt. Aber sie ist sicherlich in einem von dem Tone der Rede des Grafen Czernin sehr verschiedenen Tone gehalten und augenscheinlich mit einem entgegengesetzten Zweck."

Es ist klar, daß, wenn das Oberhaupt eines mit uns im Kriege befindlichen Staates in so entgegenkommender Weise über den Minister des Äußern sprach, er voll der besten Intentionen war, zu einer Verständigung zu gelangen. Meine diesbezüglichen Versuche wurden durch meine Demission unterbrochen.

In diesen letzten Wochen meiner Amtstätigkeit verlor ich definitiv das Vertrauen des Kaisers. Dies hing weder mit der Wilson-Frage zusammen, noch war es die direkte Folge meiner Politik überhaupt. Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Persönlichkeiten aus der kaiserlichen Umgebung und meiner Wenigkeit waren der Grund. Diese Konflikte nahmen eine Schärfe an, welche den Zustand unhaltbar machten. Die Kräfte, die sich gegen mich verschworen hatten, ließen es mir unmöglich erscheinen, mein Ziel noch zu erreichen, das dank seiner Schwierigkeiten nur bei vollem Vertrauen des Kaisers erreichbar war.

Trotz aller gegen mich gerichteten Gerüchte und Erzählungen werde ich über diese Details nicht sprechen, solange ich nicht durch Darstellungen, welche von einer kompetenten Stelle erfolgen, hierzu gezwungen werden sollte. Ich bin heute noch überzeugt, daß ich meritorisch vollständig im Rechte war. Formell war ich im Unrechte, weil ich weder das Geschick noch die Geduld besaß, den Widerstand zu biegen, sondern ihn brechen wollte und die Situation vor ein „Entweder — oder" stellte.



VIII.

Eindrücke und Betrachtungen



Im Herbste 1917 hatte ich den Besuch eines Bürgers eines neutralen Staates, welcher ein überzeugter Anhänger der allgemeinen Abrüstung und des Weltpazifismus ist. Wie natürlich, begannen wir mit dem Thema der freien Rüstungskonkurrenz, des unseligen Militarismus, welcher in England zu Wasser und in Deutschland zu Lande verkörpert war, und mein Gast entwickelte die verschiedenen Möglichkeiten, welche sich nach dem Kriege ergeben könnten. An eine Vernichtung Englands glaubte er nicht, ebensowenig wie ich — aber er hielt es für möglich, daß Frankreich und Italien niederbrechen würden. Das französische und italienische Volk vertrügen keine große Belastungsprobe mehr, man sei in Paris und Rom nicht mehr weit von der Revolution, und dann werde eine neue Kriegsphase anbrechen. England und Amerika würden allein weiterkämpfen, zehn, zwanzig Jahre vielleicht. England sei nicht die kleine Insel, sondern Australien, Indien, Kanada und das Meer, „l'Angleterre est imbattable," wiederholte er, und Amerika desgleichen. Andererseits sei die deutsche Landarmee auch unbesiegbar. Ein Ausscheiden Frankreichs und Italiens würden die würgende Blockade so ziemlich paralysieren, denn die Hilfsquellen dieser Länder — einmal von den Mittelmächten erobert — seien enorm, und so sehe er überhaupt kein Ende des Krieges. Schließlich werde die Welt an allgemeiner Entkräftung zugrundegehen. Mein Gast erinnerte an die Fabel,

in welcher zwei Ziegenböcke sich auf einer schmalen Brücke begegnen, keiner ausweichen will und sie sich so lange bekämpfen, bis beide in das Wasser fallen und ertrinken. Der Sieg einer Gruppe — so meinte mein Gast — in dem Sinne früherer Kriege, in dem Sinne, daß der Sieger reiche Vorteile einheimst und der Besiegte die Nachteile trägt, sei bei einem Kriege wie dem jetzigen ausgeschlossen. Tout le monde perdra, et à la fin il n'y aura que des vaincus.

Oft habe ich an die Unterredung zurückgedacht. Viel Falsches und doch auch wieder, wie mir scheint, viel Wahres lag in den Worten meines Freundes. Frankreich und Italien sind nicht niedergebrochen, das Kriegsende ist viel rascher eingetreten, als er dachte, und die unbesiegbare deutsche Armee wurde besiegt. — Dennoch will es mir scheinen, daß die Konklusion meines Mitredners der Wahrheit sehr nahe kommt.

Auch die Sieger haben zerrüttete Finanzen, so vor allem Italien und Frankreich, auch bei ihnen gärt es, unerschwinglich sind auch dort die Arbeitslöhne, allgemein die Unzufriedenheit, das Gespenst des Bolschewismus grinst sie an, und sie leben von der Hoffnung, daß die geschlagenen Mittelmächte nunmehr zahlen und sie dadurch erretten werden. Sie haben das in den Friedensbedingungen diktiert. Aber: Ultra posse nemo tenetur, und die Zukunft erst wird zeigen, bis zu welchem Grade die Mittelmächte die diktierten Bedingungen erfüllen können.

Seit der Friedenskongreß in Versailles tagt, ist der europäische Krieg in Permanenz erklärt — Russen gegen alle Welt, Tschechen gegen Ungarn, Rumänen gegen Ungarn, Polen gegen Ukrainer, Südslawen gegen Deutsche, Kommunisten gegen Sozialisten — drei Viertel Europas sind ein Hexenkessel, in dem alles betrieben, nur nicht gearbeitet und produziert wird, und vergeblich fragt man sich, wie dieses sich selbst zerfleischende Europa die ihm auferlegten Kriegskosten aufbringen wird. Nach menschlicher Berechnung

können die Sieger ihre Verluste auch nicht annähernd aus den geschlagenen Staaten herauspressen und werden ihren Sieg daher mit einer bedeutenden Unterbilanz schließen. Kommt es so, dann hatte mein Gast recht — es wird nur Besiegte geben.

Wenn unser Vorschlag vom Jahre 1917: Deutschland tritt Elsaß-Lothringen an Frankreich ab, erhält dafür den Anschluß des gesamten vereinigten Polen inklusive Galiziens, und alle Staaten rüsten ab — wenn dieser Vorschlag damals in Berlin angenommen und von der Entente genehmigt worden wäre, wenn nicht das Non possumus in Berlin und der römische Widerstand gegen eine Abänderung des Londoner Paktes jede Aktion verhindert hätten — mir will scheinen, der Vorteil wäre kein einseitig den Mittelmächten zugutekommender gewesen.

Auch Pyrrhus siegte bei Asculum.

* * *

An verschiedenen Stellen, welche während meiner Amtszeit berechtigter- und unberechtigterweise in die Politik hineingesprochen haben, wurde mit dem Gedanken geliebäugelt, einen Keil zwischen Nord- und Süddeutschland zu treiben und letzteres im Gegensatz zu dem militaristischen Preußen zu der friedlichen Wiener Politik zu bekehren.

Der Gedanke litt an verschiedenen Geburtsfehlern. Erstens war — wie bereits entwickelt — das hervorragendste Friedenshindernis nicht nur der preußische Geist, sondern das Ententeprogramm unserer Zerstückelung, woran auch eine größere Annäherung Bayerns und Sachsens an uns gar nichts geändert hätte. Zweitens war das sichtbar mehr und mehr zerfallende Österreich-Ungarn kein Attraktionspunkt für Dresden und München, welche zwar nicht preußisch, aber deutsch bis in die Knochen fühlen. Der unklare und uneingestandene Gedanke, auf die Zustände von der Zeit vor 1866 zurückzukommen, war ein Anachronismus. Drittens und

hauptsächlich aber waren alle Experimente gefährlich, welche bei der Entente den Eindruck erwecken mußten, der Vierbund löse sich auf. Die Regie war daher bei einer solchen Politik von kardinaler Wichtigkeit, und gerade daran fehlte es gewöhnlich an jenen Stellen.

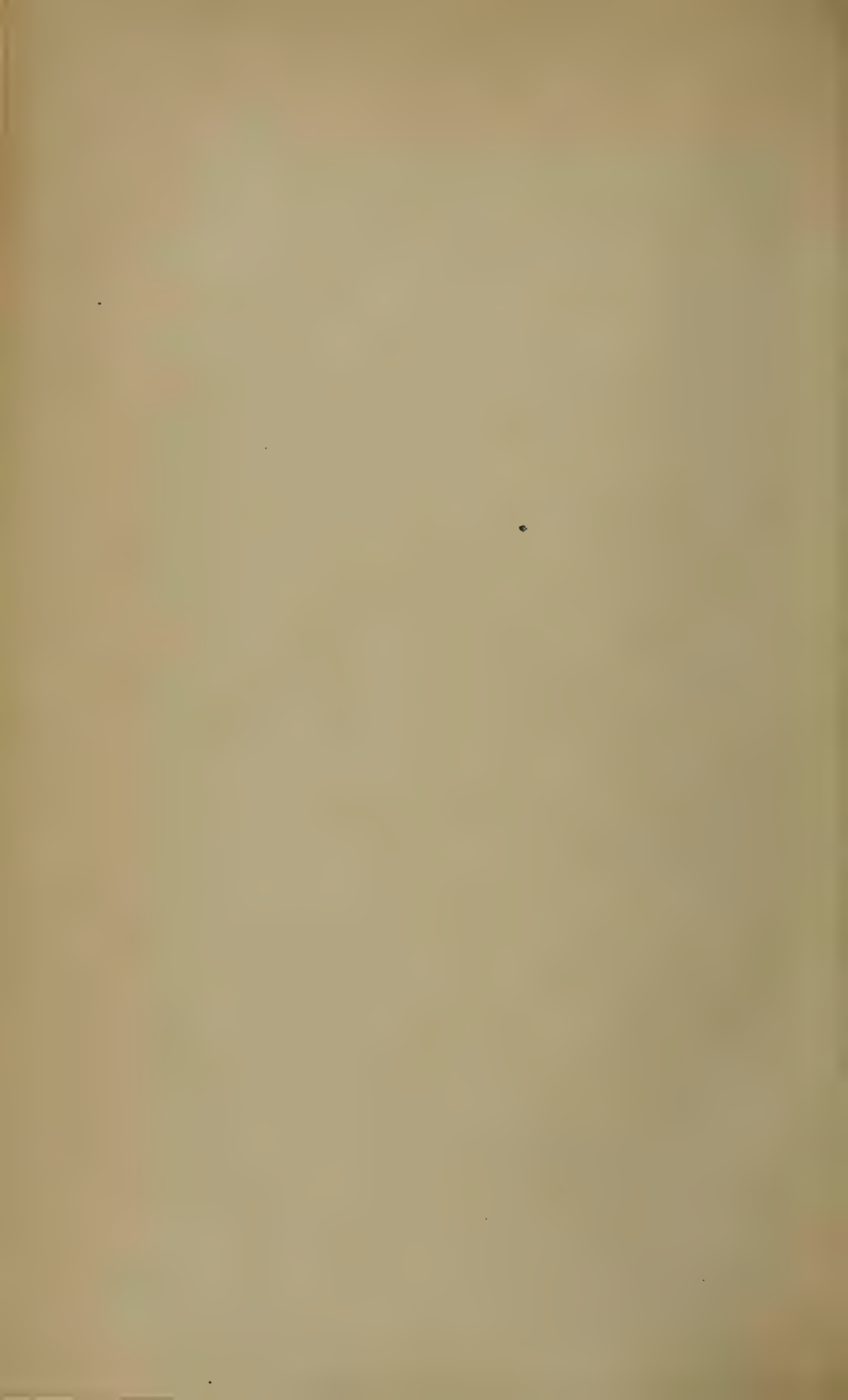
Etwas Gesundes war ja an dem Gedanken daran, und die Ernennung des bayrischen Grafen Hertling zum Reichskanzler erfolgte zwar nicht auf Wiener Betreiben, aber zu unserer größten Freude, und das Moment, eine Wahl zu treffen, welche auch in Wien befriedige, hat stets bei Kaiser Wilhelm mitgespielt. Mit Hertling und Kühlmann hatten zwei Bayern die Leitung des Deutschen Reiches übernommen, welche, abgesehen von ihren großen persönlichen Eigenschaften, durch ihre bayrische Abstammung ein gewisses natürliches Gegengewicht gegen die preußische Hegemonie bildeten, — soweit es eben bei der Generalswirtschaft, die einmal eingerissen war, überhaupt noch möglich war. Aber weiter konnte man nicht gehen, ohne Schaden anzurichten.

Ich habe mich mit dem Grafen Hertling sehr gut verstanden. Dieser kluge, abgeklärte alte Mann, welcher nur den einen Fehler hatte, zu alt und physisch nicht mehr genügend resistenzfähig zu sein, hätte Deutschland gerettet, wenn es überhaupt im Jahre 1917 noch rettbar gewesen wäre. In dem reißenden Strudel, in welchem es seinem Untergang zuwirbelte, fand er keinen Halt mehr, um sich anzuklammern.

In der letzten Zeit nahm seine Sehkraft ungemein ab. Auch ward er leicht müde, und die stunden- und stundenlang dauernden mühsamen Konferenzen und Beratungen waren über seine Kräfte.

IX.

Polen



Mit Patent vom 5. November 1916 haben die beiden Kaiser das Königreich Polen als bestehend erklärt. Bei meinem Amtsantritte fand ich die Situation vor, daß die Polen gereizt gegen meinen Amtsvorgänger waren, weil sie behaupteten, Deutschland habe uns das neugeschaffene Königreich Polen überlassen wollen, und Graf Burian hätte dieses Angebot abgelehnt. Es scheinen bei dieser Version Mißverständnisse obgewaltet zu haben, denn Burian hat diese Darstellung als falsch bezeichnet.

Die Behandlung der polnischen Frage war, neben allem anderen, aus drei Gründen mit den allergrößten Schwierigkeiten verbunden. Der erste Grund war die ganz verschiedene Auffassung, welche die kompetenten Faktoren der österreichisch-ungarischen Monarchie hierüber hatten. Während sich das österreichische Ministerium der sogenannten austropolnischen Lösung gegenüber wohlwollend verhielt, setzte Graf Tisza derselben den allergrößten Widerstand entgegen. Er stand auf dem Standpunkte, daß die politische Struktur der Monarchie durch die Angliederung Polens nicht geändert werden dürfe, und daß Polen eventuell als österreichische Provinz, aber niemals als trialistischer Faktor der Monarchie angeschlossen werden dürfe.

Bezeichnend für seinen Gedankengang ist ein Brief, welchen er mir am 22. Februar 1917 — also sehr bald nach meinem Amtsantritte — de dato Budapest schrieb. Derselbe lautet:

„Hochgeborener Graf!

Es steht mir fern, Diskussionen über Fragen anzuregen, welche heute keine Aktualität besitzen und höchstwahrscheinlich auch bei Friedensschluß eine solche nicht erreichen werden. Andererseits jedoch möchte ich die Gefahr vermeiden, daß irrtümliche Schlüsse aus dem Umstande abgeleitet werden, daß ich gewisse, in der Korrespondenz unserer diplomatischen Vertreter wahrgenommene Erscheinungen stillschweigend hingenommen habe.

Ausschließlich von diesem Gesichtspunkte geleitet, beehre ich mich, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf den Umstand zu lenken, daß die sogenannte austro-polnische Lösung der polnischen Frage wiederholt, so z. B. im Telegramm Nr. 63 des Herrn von Ugron, als die trialistische bezeichnet wurde.

Dieser Benennung gegenüber bin ich bemüßigt, auf den Umstand hinzuweisen, daß in der ersten Periode des Krieges, also zur Zeit, wo die austro-polnische Lösung im Vordergrund stand, alle kompetenten Faktoren der Monarchie sich darin geeinigt hatten, daß eine Angliederung Polens an die Monarchie die dualistische Struktur derselben unter keinen Umständen tangieren dürfe.

Es wurde dieses Prinzip von den damaligen Leitern des Ministeriums des Äußern und den beiden Ministerpräsidenten ausdrücklich anerkannt und von weil. Seiner Majestät Kaiser und König Franz Joseph genehmigend zur Kenntnis genommen. Ich hoffe, annehmen zu dürfen, daß diese Auffassung auch von Euer Exzellenz geteilt wird, jedenfalls muß ich aber, um Mißverständnissen vorzubeugen, erklären, daß die Königlich ungarische Regierung hierin einen Grundpfeiler ihres ganzen politischen Systems erachtet, von welchem sie unter keinen Umständen abzuweichen in der Lage wäre.

Es wäre dies unseres Erachtens nach verhängnisvoll für die ganze Monarchie. Bei der Unsicherheit der Situation im

österreichischen Staate, wo das deutsche Element auch nach Abtrennung Galiziens eine höchst unsichere Stellung einnehmen und sich mächtigen Strömungen gegenübergestellt befinden würde, welche leicht die Oberhand gewinnen könnten, falls ein relativ geringerer Teil der Deutschen, sei es aus sozialdemokratischen, sei es aus politisch-reaktionären oder konfessionellen Gründen, sich von den übrigen deutschen Parteien loslöst, würde die Einstellung des neuen polnischen Elementes als eines mit Österreich und Ungarn gleichwertigen dritten Faktors in unseren konstitutionellen Organismus ein solches Element von Unsicherheit bedeuten, wäre mit solchen Risiken für die weitere Orientierung der Politik der Habsburgischen Großmacht verbunden, daß es mich vom Standpunkte der Großmachtstellung der Monarchie nur mit den größten Besorgnissen erfüllen würde, falls das neue, uns in so vieler Hinsicht fremd gegenüberstehende, vom Gesichtspunkte der Lebensinteressen sowohl Österreichs als Ungarns so wenig verläßliche russisch-polnische Element eine so präponderante Rolle erhalten würde.

Nur das Festhalten am Dualismus, laut welchem die Hälfte des politischen Einflusses auf die gemeinsamen Angelegenheiten bei Ungarn bleibt *und das ungarische und deutsche Element vereint* über die sichere Majorität in den Delegationen verfügt, kann sowohl der Dynastie als den beiden unter ihrem Zepter verbundenen Staaten genügende Bürgschaft für die Zukunft geben.

Es gibt keinen anderen Faktor in der Monarchie, dessen sämtliche Lebensinteressen so ganz und gar mit denjenigen der Dynastie und der Großmachtstellung der Monarchie verwachsen wären, als Ungarn. Auch die wenigen, bei denen die klare Einsicht dieser Wahrheit während der letzten friedlichen Jahrzehnte in Vergessenheit geraten war, sind durch den jetzigen Krieg eines Besseren belehrt.

Die Aufrechterhaltung der Donaumonarchie als einer lebenskräftigen, aktionsfähigen Großmacht ist im wahrsten

Sinne des Wortes eine Lebensbedingung für die Existenz des ungarischen Staates. Es war eine Fatalität für uns alle, daß gerade dieses mit so vielem staatlichen Sinn ausgestattete, für alle staatlichen und nationalen Ziele so opferfreudige Volk sich Jahrhunderte lang nicht ganz dem Dienste der gemeinsamen Sache widmen konnte. Das Ringen um die Lösung des weltgeschichtlichen Problems, wie die Bedürfnisse der Großmachtstellung mit der Unabhängigkeit des ungarischen Staates in Einklang zu bringen seien, hat schwere Erprobungen, jahrhundertelange Reibungen und Kämpfe heraufbeschworen.

Der Drang Ungarns nach Unabhängigkeit hat nicht die Form von Loslösungsbestrebungen angenommen. Die großen Führer unserer Freiheitskämpfe haben den Fortbestand der Habsburgischen Großmacht nicht angegriffen. Auch in den schweren Erprobungen dieser Kämpfe haben sie kein anderes Ziel verfolgt, als die Sicherung der verbrieften nationalen Rechte von der Krone zu erhalten.

Frei und unabhängig wollte Ungarn unter dem Zepter der Habsburger bleiben, es wollte unter keine fremde Herrschaft gelangen, es wollte ein freies Volk bleiben, welches von seinem König nach seinen Gesetzen regiert wird und keinem anderen Willen untergeordnet ist. Wiederholt wurde dies Prinzip in Staatsgrundgesetzen in feierlichster Form ausgesprochen (so in den Jahren 1723 und 1791), und es wurde endlich im Ausgleiche des Jahres 1867 die Lösung gefunden, welche es zur lebendigen Wahrheit machte und seine Durchführung in einer für die Großmachtstellung günstigen Weise sicherte.

In der Vorbereitungsperiode des Siebenundsechziger Ausgleiches war Ungarn ein armer und verhältnismäßig kleiner Teil der damaligen Monarchie, und es haben doch damals die großen Staatsmänner Ungarns ihren staatsrechtlichen Plan auf den Dualismus und die Parität begründet, denn es ist dies die einzige Möglichkeit, die bei so vielen Gelegenheiten

anerkannte und beschworene Unabhängigkeit Ungarns im Rahmen des modernen konstitutionellen Staatslebens zu verwirklichen.

Eine politische Struktur der Monarchie, welche die Möglichkeit für Ungarn bedeuten würde, in den allerwichtigsten Beziehungen des Staatslebens majorisiert und hierdurch einem fremden Willen unterworfen zu werden, würde wieder alles zunichte machen, was nach so vielem Ringen und Leiden, so vielem nutzlosen Kraftverlust endlich zum Wohle von uns allen erreicht wurde und auch in diesem Kriege seine segensreichen Früchte trägt. Es müßten sich daher gerade jene, die sich stets treu und fest für den 1867er Ausgleich eingesetzt hatten, gegen ein jedes trialistisches Experiment mit vollem Nachdrucke einsetzen.

Ich würde es sehr bedauern, wenn bezüglich dieser Frage Meinungsverschiedenheiten unter den jetzigen verantwortlichen politischen Leitern der Monarchie vorliegen würden. Auch für diesen Fall hielte ich es für unnötig, diese nicht aktuelle Frage jetzt zum Austrage zu bringen. Jedenfalls wären jedoch im Verkehre mit den Polen Ausdrücke zu vermeiden, welche für den, wenn auch nicht wahrscheinlichen, doch nicht unmöglichen Fall eines neuen Hervortretens der austro-polnischen Lösung Erwartungen in ihnen großziehen würden, welche nur die schwersten Komplikationen zur Folge haben könnten.

Die besonneneren Polen hatten sich ja damit abgefunden, daß die dualistische Struktur der Monarchie nicht angetastet werden kann, und daß die Angliederung Polens in Form eines Anschlusses an den österreichischen Staat mit weitgehender Autonomie zu erfolgen hätte, und es wäre in höchstem Grade unvorsichtig und schädlich, Aspirationen neu zu beleben, deren Verwirklichung nicht nur vom ungarischen Standpunkte, sondern auch vom Gesichtspunkte der Zukunft der Monarchie in höchstem Grade bedenklich erscheint.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Budapest, am 22. Februar 1917.

Tisza."

Die Frage, wie das zukünftige Polen zu der Monarchie gestellt werden würde, blieb immer ungeklärt; ich vertrat unausgesetzt den Standpunkt, daß Polen als selbständiges Reich angegliedert werden müsse, Tisza wollte eine Provinz daraus machen. Als der Kaiser Tisza entließ, obzwar derselbe die Majorität des Parlamentes für sich hatte, änderte sich auch in der polnischen Frage die Situation nicht. Denn Wekerle mußte sich dem Standpunkte Tiszas in diesen wie ungefähr in allen anderen Fragen anpassen, da er sonst in der Minorität war.

Die Wahlreformfrage war nicht der eigentliche Grund der Entlassung Tiszas, denn seine Nachfolger konnten aus dem oben angeführten Grunde nur so handeln, wie Tisza es befahl, und als Führer der Majorität, der er auch nach seiner Entlassung blieb, konnte gegen seinen Willen keine Wahlreform gemacht werden. Tisza dachte, daß der Kaiser eine koalierte Majorität gegen ihn zu schmieden gedenke, und fand das nicht erfreulich, aber logisch.

Die zweite Schwierigkeit war die Haltung der Deutschen gegenüber Polen. Schon bei der Besetzung Polens hatten wir schlecht abgeschnitten, und die Deutschen hatten den überwiegenden Teil des Landes mit Beschlag belegt. Sie waren die Stärkeren auf dem Schlachtfelde, immer und bei jeder Gelegenheit, und sie zogen daraus die Konsequenz, daß sie auch bei jedem Erfolge den Löwenanteil für sich in Anspruch nahmen. Das war im Grunde nicht einmal unlogisch, aber die diplomatische und politische Tätigkeit wurde dadurch ungemein erschwert, da sie stets durch die militärischen Tatsachen präjudiziert und in die Hinterhand versetzt wurde. Deutschland also stand, als ich ins Amt trat, auf dem Standpunkte, es habe ein überwiegendes Recht auf Polen, und die

einfachste Lösung wäre die, daß wir das von uns besetzte Gebiet räumen. Es war selbstverständlich klar, daß ich ein solches Ansinnen nicht annehmen konnte und mich auf den Standpunkt stellen mußte, unsere Truppen würden unter keinen Umständen Lublin verlassen. Die Deutschen fanden sich nach langen Kontroversen tant bien que mal mit dieser Lösung ab. In der weiteren Entwicklung hat der deutsche Standpunkt verschiedene Varianten durchgemacht. Im allgemeinen hat er stets zwischen zweien geschwankt: entweder müsse sich Polen an Deutschland angliedern — germano-polnische Lösung — oder aber große Teile seines Gebietes unter dem Titel von Grenzrektifikationen an Deutschland abtreten, der Rest werde uns oder sich selbst überlassen werden. Beide Lösungen waren für uns nicht akzeptabel, die erste deshalb, weil durch das Auftreten der polnischen Frage unsere galizische in ein akutes Stadium getreten und es ausgeschlossen gewesen wäre, Galizien getrennt von dem übrigen Polen dauernd bei der Monarchie zu erhalten. Nicht also aus Eroberungsgründen, sondern aus dem Wunsche heraus, Galizien nicht zwecklos zu opfern, mußten wir uns gegen die germano-polnische Lösung wehren.

Die zweite deutsche Variante war ebenso undurchführbar, weil ein durch die Grenzrektifikationen bis zur Unkenntlichkeit verstümmeltes Polen, auch wenn es mit Galizien vereint worden wäre, ein dermaßen unzufriedener Faktor gewesen wäre, daß es aussichtslos geschienen hätte, mit demselben harmonisch auszukommen.

Die dritte Schwierigkeit endlich boten die Polen selber, welche zwar natürlich den denkbar größten Profit aus ihrer durch die Zentralmächte erfolgten Befreiung schlagen wollten, selbst jedoch sehr wenig zu ihrem zukünftigen Glück, soweit die militärische Unterstützung in Betracht kam, beitrugen. Bei ihnen herrschten verschiedene Strömungen. Die erste war für die Entente. Die zweite, so vor allem Bilinski,

war für die Mittelmächte besonders dann, wenn es uns militärisch gut ging.

Im allgemeinen war die polnische Politik die, sich möglichst wenig für eine der Gruppen zu exponieren und sich zum Schlusse den Siegern anzuschließen. Man muß zugeben, daß diese Taktik Erfolg gehabt hat.

Abgesehen von diesen Schwierigkeiten herrschte in den polnischen politischen Kreisen fast stets eine große nervöse Erregung, welche ein ruhiges sachliches Verhandeln ungemein erschwerte. Schon in der ersten Zeit traten Mißverständnisse zwischen den polnischen Führern und meiner Wenigkeit über das, was ich beabsichtigte, auf — Mißverständnisse, welche sich zum Schlusse meiner Tätigkeit bis zu einer erbitterten Feindschaft der Polen gegen mich steigerten. Am 10. Februar 1917, also ein volles Jahr vor Brest-Litowsk, erhielt ich die Nachricht aus Warschau, daß Herr von Bilinski anscheinend in Verkennung meines durch die Tatsachen gegebenen Standpunktes Hoffnungen für Zusagen nehme und dadurch die polnischen Erwartungen über das berechtigte Maß steigere. Ich telegraphierte daher an unsern Vertreter nachstehendes:

„16. Februar 1917.

Ich habe Herrn von Bilinski sowie verschiedenen anderen Polen erklärt, daß es unmöglich ist, bei der ungeklärten europäischen Situation polnische Projekte für die Zukunft überhaupt zu machen. Ich habe erklärt, daß die von allen unseren Polen ersehnte ‚austro-polnische Lösung' auch meine Sympathie findet, daß ich aber nicht in der Lage sei, zu sagen, ob diese Lösung erreichbar sein wird, ebensowenig wie ich das Gegenteil heute voraussagen könnte. Ich habe endlich erklärt, daß unsere ganze Politik bezüglich Polens nur darin bestehen kann, uns für alle zukünftigen Eventualitäten die Türen offen zu halten."

Ich fügte bei, unser Vertreter möge sich bei dieser Richtigstellung auf meinen direkten Auftrag berufen.

Im Januar 1917 wurde über die polnische Frage beraten, eine Beratung, welche bezweckte, im großen und ganzen die Richtlinien der einzuschlagenden Politik festzulegen. Ich entwickelte vorerst die Modalitäten des früher erwähnten deutschen Ansuchens, wir möchten Lublin räumen, und jene Gründe, welche mich verhalten hatten, diesem Wunsche nicht Folge zu leisten. Ich betonte, daß es mir nicht wahrscheinlich schiene, daß der Krieg mit einem Diktatfrieden unsererseits beendigt werden würde, das hieße, auf Polen angewendet, daß wir auch die polnische Frage nicht ohne Zutun der Entente würden lösen können, und daß es daher nicht viel Zweck habe, so lange der Krieg dauere, faits accomplis zu schaffen. Die Hauptsache sei, im Lande drinnen zu bleiben und bei Friedensschluß im Verhandlungswege gemeinsam mit der Entente und den Bundesgenossen die austro-polnische Lösung zu erreichen. In diesem Sinne sei die Politik zu führen. Nach mir sprach Graf Tisza, welcher mir darin zustimmte, dem deutschen Postulat nach der Räumung Lublins nicht nachgegeben zu haben. Bezüglich der Zukunft betonte der ungarische Premier, daß er stets auf dem Standpunkte gestanden sei, unser Anrecht auf Polen gegen wirtschaftliche und finanzielle Kompensationen an Deutschland zu überlassen. Er sei aber seinerzeit mit dieser Ansicht nicht durchgedrungen. Das zur Zeit bestehende Kondominium sei vor allem wegen der Sprunghaftigkeit der deutschen Politik unhaltbar, und er, Graf Tisza, komme daher zu seiner bereits wiederholt betonten Ansicht zurück, wir mögen trachten, uns baldigst mit Ehren aus der Affäre zu ziehen. Kein Kondominium, welches nur zu weiteren Reibungen führen müsse, sondern Abtretung unseres polnischen Teiles an Deutschland gegen wirtschaftliche Kompensationen.

Der österreichische Ministerpräsident Graf Clam vertrat demgegenüber den österreichischen Standpunkt, nach welchem die Vereinigung aller Polen unter Habsburgischem

Zepter die einzig wünschenswerte Lösung und daher die austro-polnische Formel anzustreben sei.

Die Debatte klang dahin aus, daß die Tür zu der austro-polnischen Lösung nicht zugeschlagen werden solle, und daß wir in Anbetracht der Unmöglichkeit einer momentanen definitiven Lösung an der Politik festhalten sollten, welche die zukünftige Vereinigung aller Polen unter Habsburgischem Zepter ermögliche.

Nach Ablehnung des Vorschlages seitens Deutschlands, Galizien als Kompensation für Elsaß-Lothringen zu benützen, ist über viele Phasen und Varianten hinüber an diesem Programm festgehalten worden, bis die immer größer werdenden deutschen Grenzberichtigungswünsche eine Situation schufen, welche die Lebensfähigkeit des austro-polnischen Gedankens stark in Zweifel zog. Wenn wir kein Polen schaffen konnten, das sich dank der Vereinigung der erdrückenden Majorität aller Polen zufrieden und freiwillig der Monarchie anschloß, so wäre die austro-polnische Lösung kein Glück gewesen, denn wir hätten zu den vielen unzufriedenen Elementen der Monarchie nur noch neue hinzugesellt. Da der von General Ludendorff ausgehende Widerstand nicht zu brechen war, so trat in einem späteren Stadium vorübergehend der Gedanke auf, statt Polens den Anschluß Rumäniens an die Monarchie zu erstreben. Das war die Wiederaufnahme des alten Gedankens Franz Ferdinands, die Vereinigung Rumäniens mit Siebenbürgen und des engen Anschlusses an die Monarchie. Wir hätten in diesem Falle Galizien an Polen verloren, hätten aber in Rumänien eine gewisse Kompensation dafür erhalten, sowohl was Getreide als was Erdöl anbelangt, und für die Monarchie wie für die Polen schien es besser, letzteres geeint an Deutschland anzuschließen, als es infolge der Wien-Berliner Zwistigkeiten zu zerreißen.

Dem Gedanken des rumänischen Anschlusses standen nun wieder fast unüberwindliche interne Schwierigkeiten gegenüber.

Dank seiner geographischen Lage hätte dieser Anschluß Rumäniens selbstverständlich an Ungarn erfolgen müssen. Tisza, welchem der Gedanke an und für sich nicht sympathisch war, hätte demselben zugestimmt, wenn das angegliederte Rumänien von Pest aus und im magyarischen Sinne verwaltet, das heißt Ungarn inkorporiert worden wäre. Das mußte aus naheliegenden Gründen den ganzen Gedanken illusorisch machen, denn die Rumänen hätten keinen Vorteil von ihrer Vereinigung gehabt, wenn sie ihre nationale Selbständigkeit dabei hätten einbüßen müssen. Auf der anderen Seite erhob das österreichische Ministerium berechtigte Widersprüche dagegen, daß an eine zukünftige Kombination gedacht werde, bei welcher Ungarn um ein reiches und großes Land vergrößert, Österreich um ein ebensolches verkleinert werde, und verlangte Kompensationen in irgendeiner Form. Vorübergehend tauchte der Gedanke auf, Bosnien und die Herzegowina als Ersatz definitiv an Österreich anzuschließen — aber alle diese Gedanken und Pläne waren mehr transitorischer Natur, geboren aus den in Berlin und Warschau stets sich erneuernden Schwierigkeiten, und sie wurden wieder fallen gelassen, als es sich herausstellte, daß die in dem Dualismus begründeten Hindernisse so groß seien, daß sie unüberwindlich schienen. Man kam auf den ursprünglichen Gedanken der austro-polnischen Lösung zurück, obwohl es unmöglich war, eine positive Erklärung der Deutschen über eine akzeptable Westgrenze Polens zu erlangen. Erst in der allerletzten Zeit meiner Amtstätigkeit trat der rumänische Gedanke wieder in den Vordergrund, teils wegen der über die Cholmer Frage erbitterten Polen, teils wegen der von Deutschland verlangten, die austro-polnische Lösung unmöglich machenden eigenen Forderungen.

Parallel mit diesen Bestrebungen ging das Projekt über die Zukunftskonstellation der Monarchie überhaupt. Der Kaiser stand auf dem, wie mir heute noch erscheint, richtigen

Standpunkte, daß das Gefüge der Monarchie auch nach einem erträglichen Ausgang des Krieges werde geändert werden müssen, und daß ein Neuaufbau auf einer viel ausgesprocheneren nationalen Basis notwendig sein werde. Auf die Polen angewendet hieß dieses Projekt eine Teilung Ost- und Westgaliziens und eine selbständige Stellung des ruthenischen Teiles.

Als ich in Brest-Litowsk unter dem Drucke der ausbrechenden Hungerrevolten nicht den ukrainischen Forderungen zustimmte, aber meine Zustimmung gab, die Frage der Teilung Galiziens dem österreichischen Kronrate zu unterbreiten, leitete mich dabei der Gedanke, daß wir mit einer solchen Aktion streng in dem Bilde jenes Programmes blieben, welches überhaupt für die Monarchie projektiert war.

Ich spreche des näheren über die Details dieser Frage in dem nächsten Kapitel, doch will ich hier nur als Beispiel, welchen Grad die feindliche Verhetzung gegen mich annahm, folgenden Fall konstatieren. Von manchen Seiten wurde das Gerücht ausgesprengt, der Kaiser habe den Polen erklärt, „ich hätte den Frieden mit der Ukraine ohne sein Wissen und gegen seinen Willen geschlossen". Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Kaiser eine solche Erklärung abgegeben haben konnte, da ja die Friedensbedingungen mit Kiew das Resultat eines ad hoc einberufenen Kronrates waren, in welchem — wie das Protokoll dies beweist — der Kaiser und Dr. Seidler die Bedingungen befürworteten.

Die große Empörung der Polen über mein Vorgehen in Brest-Litowsk war auch sonst unbegründet. Ich habe den Polen niemals den Cholmer Kreis versprochen, mich überhaupt niemals auf bestimmte Grenzen festgelegt, und wenn ich dies getan hätte, so hätte ich bei den politisch sehr klugen polnischen Führern keinen Glauben gefunden, denn sie wußten sehr genau, daß diese Grenzen zum geringsten Teile

von Wiener Beschlüssen abhängen. Verloren wir den Krieg, hatten wir nicht mehr mitzusprechen, kam es zu einem Ausgleichsfrieden, so war Berlin der mächtigere Teil, welcher den größten Teil des Landes okkupiert hatte, — die Frage wäre aber dann auf der gemeinsamen Konferenz entschieden worden.

Ich habe immer wieder den verschiedenen polnischen Führern erklärt, daß ich ein möglichst zufriedenes, daher auch in seinen Grenzansprüchen denkbar saturiertes Polen erhoffe (es hat Momente gegeben, wo wir diesem Ziele sehr nahe schienen), aber nie ein Hehl daraus gemacht, daß meinen Wünschen durch alle möglichen Einflüsse sehr enge Grenzen gezogen seien, respektive daß sie auf sehr labiler Basis ständen. Die Zweiteilung Galiziens war eine interne Frage Österreichs. Dr. Seidler setzte sich warm für dieselbe ein und gab im Kronrate der Hoffnung Ausdruck, diese Maßregel auf parlamentarischem Wege und gegen den Widerspruch der Polen durchzusetzen.

Auch über diese Frage spreche ich in dem nächsten Kapitel.

Eng mit der polnischen Frage hing das sogenannte „mitteleuropäische“ Projekt zusammen.

Deutschland hatte aus naheliegenden und sehr begreiflichen Gründen ein lebhaftes Interesse an dem engeren Anschlusse, und mich leitete stets der Gedanke, diese wichtige Konzession im richtigen Momente zu verwerten, um eventuelle deutsche Opfer damit zu kompensieren und dergestalt einen Verständigungsfrieden zu fördern.

In der ersten Zeit meiner Amtstätigkeit hoffte ich noch eine Revision des Londoner Paktes zu erreichen. Ich hoffte, wie schon erwähnt, die Entente werde nicht bei diesem gefaßten Beschlusse der Zertrümmerung der Monarchie bleiben, und ich trat daher der mitteleuropäischen Frage nicht näher, weil deren Aufwerfen unsere Lage Paris und London gegenüber noch mehr kompliziert hätte. Als ich

später erkennen mußte, daß die Entente starr an den Beschlüssen, uns unter allen Umständen aufzuteilen, festhielt und eine Änderung ihrer Absichten, wenn überhaupt, so nur durch militärische Gewalt möglich sei, versuchte ich, die Bedingungen des mitteleuropäischen Gedankens ins Detail ausarbeiten und klarlegen zu lassen und sodann diese fertiggestellte, an Deutschland zu vergebende Konzession aufzubewahren und im richtigen Momente auszuspielen.

Dabei schien mir die Zollunion wenigstens vorerst untunlich, hingegen ein neuer engerer Handelsvertrag erwünscht, eine engere Verbindung der — hoffentlich nach dem Kriege stark reduzierten — Armeen jedoch ungefährlich. Ich war der Überzeugung, daß ein Verständigungsfrieden die Abrüstung mit sich bringen und daher die Wichtigkeit militärischer Abmachungen stark beeinflussen werde, ferner, daß der Friedensschluß ein anderes Verhältnis aller Staaten zueinander nach sich ziehen werde — daß also die politischen und militärischen Bestimmungen des mit Deutschland zu treffenden Abkommens nicht so wichtig seien wie die wirtschaftlichen.

Die Ausarbeitung dieses Programmes begegnete jedoch dem heftigsten Widerspruche des Kaisers. Insbesondere war er allen militärischen Annäherungen abgeneigt.

Als der Versuch, der Frage näherzutreten, an der Resistenz der Krone scheiterte, ordnete ich auf eigene Faust die Beratungen der wirtschaftlichen Fragen an. Der Kaiser schrieb mir darauf einen Brief, worin er weitere Verhandlungen untersagte. Ich erwiderte dieses Schreiben durch einen sachlichen Bericht, mit welchem ich die Notwendigkeit, die Verhandlungen fortzusetzen, betonte.

Die Frage wurde dann zwischen dem Kaiser und mir zu einem „wunden Punkte“. Er gab seine Erlaubnis zu weiteren Verhandlungen nicht; ich setzte sie jedoch trotzdem fort. Der Kaiser wußte dies, kam aber nicht mehr auf sein Verbot

zurück. Die großen Ansprüche der Deutschen erschwerten die Verhandlungen nebenbei ungemein, so daß sie sich mit großen Intervallen in schleppendem Tempo bis zu meinem Amtsaustritte hinzogen.

Nach demselben fuhr der Kaiser mit Burian in das deutsche Hauptquartier. Anschließend daran fanden dann die Salzburger Verhandlungen, anscheinend in verstärkterem Tempo, ihren Fortgang.



X.

Brest=Litowsk



Im Sommer 1917 bekamen wir Nachrichten, welche den bevorstehenden Frieden mit Rußland als wahrscheinlich schienen ließen. Ein Bericht vom 13. Juni 1917, welchen ich aus dem neutralen Auslande erhielt, lautete:

„Die russische Presse, bürgerliche und sozialistische, spiegelt folgende Vorgänge wider:

An der Front und im Hinterlande herrscht ein erbitterter Meinungsstreit über die von den Bundesgenossen geforderte und nun auch von Kerenski mit großem Aufwande von Reisereden propagierte Offensive gegen die Zentralmächte. Die Bolschewiki, also die Sozialdemokraten unter der Führung Lenins, und ihre Presse treten in entschiedener Weise gegen eine solche Offensive auf. Aber auch ein großer Teil der Menschewiki, also der Partei Tscheidses, der die gegenwärtigen Minister Tseretelli und Skobelew angehören, ist gegen die Offensive, und diese Meinungsverschiedenheit auch in dieser Frage bedroht die ohnehin nur mit Mühe gewahrte Einheit der Partei. Ein Teil der Menschewiki, die sogenannten Internationalisten, weil sie die Internationale wieder herstellen wollen, auch Zimmerwalder oder Kienthaler genannt, unter der Führung des aus Amerika zurückgekehrten Trotzki (recte Bronstein), dann der aus der Schweiz zurückgekehrten Larin, Martow, Martynow usw., steht in dieser Frage wie in der des Eintrittes der menschewistischen Sozialdemokraten in die provisorische Regierung in

entschiedenem Gegensatz zur Parteimajorität. Dafür ist Leo Deutsch, einer der Begründer der marxistischen Sozialdemokratie, offen am Parteitage aus der Partei ausgeschieden, weil sie ihm zu wenig patriotisch ist und nicht den Endsieg verlangt. Er ist mit Georgij Plechanow eine der Hauptstützen der russischen ‚Sozialpatrioten', die nach ihrer Zeitung die Gruppe ‚Echinstvo' heißt, aber weder an Zahl noch an Einfluß irgendwie in Betracht kommt. So kommt es, daß das offizielle Organ der Menschewiki, die ‚Raboćaja Gazeta', eine Mittelstellung einzunehmen gezwungen ist und z. B. mehr Artikel bringt, die gegen eine Offensive Stimmung machen.

Von der Partei der Sozialrevolutionäre, die der Ackerbauminister Tschernow im Kabinett vertritt, und die vielleicht die stärkste russische Partei wird, weil es ihr gelungen ist, die ganze Bauernbewegung in ihre Bahnen zu leiten — wurden doch auf dem allrussischen Kongresse der Bauerndeputierten überwiegend Sozialrevolutionäre und kein Sozialdemokrat in das Exekutivkomitee des Bauerndeputiertenrates gewählt —, ist auch ein Teil, und wie es scheint der größere und einflußreichere, entschieden gegen eine Offensive. Dies tritt deutlich in den Hauptorganen der Partei ‚Delo Naroda' und ‚Zemlja i Wolja' hervor. Nur ein kleiner und anscheinend einflußloser Teil, der um das Organ ‚Volja Naroda' gruppiert ist, tritt wie die Plechanowgruppe unbedingt für eine Offensive zur Entlastung der Verbündeten gleich der bürgerlichen Presse ein. Hingegen ist die Partei Kerenskis, die Trudowiki, wie auch die ihnen nahestehenden Volkssozialisten, die der Ernährungsminister Peschechonow im Kabinett vertritt, noch unentschieden, ob sie Kerenski auf diesem Wege folgen soll. Mündliche Informationen und Äußerungen der russischen Presse, wie z. B. der ‚Retschij', besagen, daß der Gesundheitszustand Kerenskis den Eintritt einer letalen Katastrophe in naher Zeit befürchten lasse. Das offizielle Organ des Arbeiter- und Soldatendeputiertenrates,

die ‚Iswestija', betont hingegen häufig sehr nachdrücklich, daß eine Offensive unbedingt gemacht werden müsse. Es ist bezeichnend, daß eine Rede des Ackerbauministers Tschernow am Bauernkongresse die Deutung erfuhr, daß er gegen die Offensive sei, und er genötigt war, sich gegenüber seinen Ministerkollegen wegen dieser Deutung zu rechtfertigen.

Während also im Hinterlande über die Frage einer Offensive ein heftiger Meinungsstreit herrscht, ist man an der Front nach den Meldungen der russischen Presse aller Parteien, die diese Symptome teilweise mit Freude, teilweise mit Trauer kommentiert, wenig geneigt, eine solche Offensive zu machen. Vor allem ist die Infanterie gegen eine Offensive. Kriegsbegeisterung herrscht nur bei den Offizieren, der Kavallerie oder einem Teile derselben und bei der Artillerie. Bezeichnenderweise sind auch die Kosaken für den Krieg. Diese haben allerdings auch einen anderen Grund, durch einen Erfolg an der Front eventuell das revolutionäre Regime zu stürzen. Während nämlich sonst die russischen Bauern meist über kein Land über fünf Desjatinen verfügen, drei Millionen sogar landlos sind, hat jeder Kosak vierzig Desjatinen, und bei Erörterungen des Agrarproblemes wird auf diese Ungerechtigkeit immer wieder hingewiesen. Das ist ein genügender Anlaß für die Sonderstellung, die die Kosaken in der Revolution einnehmen und weshalb sie früher immer die treuesten Stützen des Zaren waren.

Äußerst bezeichnend für die Stimmung an der Front sind folgende Einzelheiten:

In der Sitzung vom 30. Mai des Allrussischen Kongresses der Offiziersdelegierten machte nach den Mitteilungen der ‚Retschij' vom 31. Mai ein Vertreter der Offiziere des 3. Elisabethgrader Husarenregimentes, der für eine Offensive eintrat, folgende charakteristische Mitteilung: ‚Ihr alle wißt, welches Ausmaß die Unordnung an der Front angenommen hat. Die Infanterie durchschneidet die Drahtleitungen, die

sie mit ihrer Batterie verbinden. Die Infanterie erklärt, daß die Soldaten mehr als einen Monat an der Front nicht mehr bleiben, sondern nach Hause gehen würden.' ·

Sehr instruktiv ist auch der Bericht eines Frontdelegierten, der die französischen und englischen Mehrheitssozialisten an die Front begleitet hat. Diesen Bericht druckte das Organ der Menschewiki, also Tscheidses, Tseretellis und Skobelews, die ‚Rabočaja Gazeta', unter dem 18. und 19. Mai ab. Es wurde diesen Ententesozialisten mit aller Deutlichkeit an der Front gesagt, daß die russische Armee für die imperialistischen Ziele Englands und Frankreichs weder weiterkämpfen wolle noch könne. Die Lage des Transportwesens, des Proviantes und der Furage sowie die Gefährdung der revolutionären Errungenschaften durch einen sich noch weiter hinziehenden Krieg erfordern die rasche Beendigung des Krieges. Diese Stimmung an der Front sei von den englischen und französischen sozialistischen Delegierten nicht ohne Unwillen entgegengenommen worden. Nun wurde dazu von ihnen verlangt, daß sie auch die Verpflichtung übernehmen müßten, an der Westfront (in Frankreich) diese russischen Erfahrungen mitzuteilen. Sehr üble Worte fielen auch über Amerika; russische Frontvertreter sprachen offen von der Ausbeutungspolitik Amerikas gegenüber Europa und den Alliierten. Daneben wurde die rascheste Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz und deren Beschickung und Unterstützung von den englischen und französischen Mehrheitssozialisten gefordert. In einer der Versammlungen an der Front wurde den französischen und englischen Sozialisten folgende Antwort zuteil:

‚Teilen Sie Ihren Genossen mit, daß wir von Ihren Regierungen und Völkern feste Erklärungen über den Verzicht auf Eroberungen und Kontributionen erwarten. Wir werden keinen Tropfen Blutes für die Imperialisten, seien dies Russen, Deutsche oder Engländer, vergießen. Wir erwarten rascheste Übereinkunft unter den Arbeitenden aller Völker

über die Beendigung des schmählichen und für die russische Revolution unheildrohenden, weil sich hinziehenden Krieges. Wir werden keinen Separatfrieden schließen, aber sagen Sie den Ihrigen, daß sie selbst rasch ihre Kriegsziele mitteilen.'

Nach dem Berichte seien die französischen Sozialisten vollständig umgestimmt worden. Das scheint auch durch die Meldungen über die Haltung Cachins und Moutets am französischen Sozialistenkongreß bestätigt zu werden. Hingegen waren die Engländer unnachgiebig bis auf Sanders, der sich den Russen etwas näherte.

Nach einer privaten Information im hiesigen Auswärtigen Amte wurde auf den Munitionsminister Thomas an der russischen Front bei einer seiner Kriegsreden geschossen.

Die Desorganisation an der Front schildert ein Frontsoldat oder Offizier Kuschin in derselben ,Rabočaja Gazeta' unter dem 26. Mai folgendermaßen:

,Immer klarer und deutlicher zeigt sich der leidenschaftliche Drang nach einem Frieden, sei es welcher Friede immer, ja selbst einem Separatfrieden mit Verlust von zehn Gouvernements, um nur von den Leiden des Krieges erlöst zu werden. Davon träumt man leidenschaftlich, wenn man davon auch noch nicht auf Versammlungen und in Resolutionen spricht, wenn auch alle sich bewußten Elemente der Armee mit dieser Richtung des Dranges nach einem Frieden kämpfen.' Um das zu paralysieren, gebe es nur einen Weg: daß die Soldaten den nachdrücklichen Kampf der Demokratie um einen Frieden und die rasche Beendigung des Krieges sehen.

Der am 1./14. Juni in Petersburg zusammentretende Allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte und der Armeeorganisationen der Front hat als ersten Punkt der Tagesordnung: Der Krieg. Fragen der Verteidigung und des Kampfes um den Frieden. Zu diesem Zeitpunkte wird die Regierung wohl mit einer Erklärung über die in Petersburg schon vor Anfang Juni eingetroffene

Antwort der Verbündeten wegen der Kriegsziele hervortreten müssen. Dieser Kongreß wird auch wahrscheinlich die Beschickung der Stockholmer Konferenz endgültig beschließen und die Vertreter nominieren. Als Punkt 4 steht die Nationalitätenfrage auf der Tagesordnung. Zwischen dem Petersburger Arbeiter- und Soldatendeputiertenrate und dem in Kiew tagenden ukrainischen Soldatenkongresse ist wegen der Formierung einer ukrainischen Armee ein offener Konflikt ausgebrochen. Die Einsetzung eines eigenen ‚Ukrainischen Heeresgeneralkomitees' hat diesen Konflikt noch vertieft.

Über die zunehmende innere Verwirrung, die Verschärfung des Nationalitätenstreites, die Zuspitzung der Agrar- und Industriefrage soll später noch im Zusammenhang und ausführlicher berichtet werden."

Ende November schrieb ich an einen meiner Freunde nachstehenden Brief, welchen ich hier in extenso wiedergebe, weil er meine damalige Auffassung der Situation getreulich wiedergibt:

„Wien, 17. November 1917.

Lieber Freund!

Nach einem langen Tage, reich an Sorge, Ärger und Mühen, will ich Dir noch schreiben, um Dir auf Deine so bemerkenswerten Ausführungen zu antworten; ein Kontakt mit Dir bringt mich auf andere Gedanken und läßt mich wenigstens für eine Weile die Misere des Alltags vergessen.

Du schreibst mir, Du hättest gehört, daß es zwischen dem Kaiser und mir nicht mehr gut gehe, und bedauerst es. Ja, ich bedauere es auch, schon deshalb, weil es die Friktionen der täglichen Arbeitsmaschine bis zur Unerträglichkeit steigert. Denn wie so etwas transpiriert — es transpiriert sehr rasch —, so stürzen sich alle männlichen und weiblichen Feinde mit erneuter Kraft auf den wunden Punkt in der Hoffnung, mich zu stürzen; die guten Leute sind wie die

Aasgeier — das Aas bin ich — sie wittern auf Meilen, daß sie Beschäftigung finden können, und kommen angeflogen. Und was für Lügen sie erfinden und was für Intrigen sie spinnen, um die bestehenden Differenzen zu vergrößern, ist bewunderungswürdig. Du fragst, welches denn meine so erpichten Feinde sind?

Vor allem die, welche Du selbst erratest.

In zweiter Linie sind es die Feinde, die jeder Minister hat, und die in der großen Zahl derjenigen bestehen, die an seine Stelle kommen wollen, und endlich ist es eine Zahl von politischen Bajazzos aus dem Jockeyklub, die vergrämt sind, weil sie von mir persönliche Vorteile erhofften und ich sie spazieren geschickt habe. Nr. 3 sind eine erheiternde Quantité négligeable, Nr. 2 sind gefährlich, aber Nr. 1 sind tödlich.

Lange wird es mit mir also auf keinen Fall mehr dauern. Gott sei Dank winkt die Erlösung. Ich möchte nur so gern noch rasch mit Rußland fertigwerden und damit vielleicht doch die Möglichkeit des allgemeinen Friedens schaffen. Die Nachrichten aus Rußland verdichten sich alle dahin, daß die dortige Regierung unbedingt, und zwar schleunigst, Frieden machen will. Die Deutschen aber sind für diesen Fall voller Zuversicht. Wenn sie ihre Massen nach dem Westen werfen können, so bezweifeln sie nicht, daß sie durchbrechen, Paris und Calais nehmen und England direkt bedrohen werden. Ein solcher Erfolg aber *kann* den Frieden bringen, wenn Deutschland dann seinerseits dazu zu bewegen ist, auf Eroberungen zu verzichten. Ich kann mir wenigstens nicht vorstellen, daß die Entente nach einem Verluste von Paris und Calais nicht auf einen Frieden inter pares eingehen würde; jedenfalls müßte man dann die denkbar größten Anstrengungen machen. Hindenburg hat bis jetzt alles gehalten, was er vorausgesagt hat, das muß man ihm lassen, und ganz Deutschland glaubt fest auch an seine bevorstehenden Erfolge im Westen — die Voraussetzung ist natürlich aber eine befreite Ostfront, d. h. der Friede mit Rußland. Der russische Friede

kann also die erste Sprosse auf der Leiter zum Weltfrieden werden.

Ich habe die letzten Tage verläßliche Nachrichten über die Bolschewiken erhalten. Die Führer sind fast durchweg Juden mit ganz phantastischen Ideen, und ich beneide das Land, das sie regieren, nicht. Aber uns interessiert natürlich in erster Linie ihr Friedenswunsch, und der scheint zu bestehen; sie können nicht weiter Krieg führen.

Im Ministerium hier sind drei Richtungen vertreten; die eine nimmt Lenin nicht ernst und hält ihn für eine Eintagsfliege, die zweite glaubt das zwar nicht, sträubt sich aber dagegen, mit einem Revolutionär dieser Sorte zu verhandeln, und die dritte besteht, soviel ich weiß, ungefähr aus mir allein und wird verhandeln, trotz möglicher Eintagsfliege und zweifelloser Revolution. Je kürzer Lenin an der Macht bleibt, desto rascher muß verhandelt werden, denn keine spätere russische Regierung wird den Krieg wieder anfangen — und einen russischen Metternich als Partner kann ich mir nicht anschaffen, wenn er nicht da ist.

Die Deutschen ‚ziehen sich' und haben keine rechte Lust, zu den Verhandlungen mit Lenin zu gehen, wohl auch aus den früher erwähnten Gründen; dabei sind sie inkonsequent wie oft. Die deutschen Militärs — welche ja bekanntlich die ganze deutsche Politik leiten — haben, wie mir scheint, alles gemacht, um Kerenski zu stürzen und ‚etwas anderes' an seine Stelle zu bringen. Dieses ‚andere' ist jetzt da und will Frieden machen, also muß man zugreifen, wenn einem auch der Partner noch so viel Bedenken einflößt.

Genaues über diese Bolschewiken ist nicht zu erfahren, d. h. besser gesagt, sehr vieles, aber widersprechendes. Sie beginnen damit, daß sie alles, was an Arbeit, Wohlstand und Kultur erinnert, zerstören und die Bourgeoisie ausrotten. Von ‚Freiheit und Gleichheit' ist in ihrem Programme anscheinend keine Rede mehr, sondern eine bestialische Unterdrückung von allem, was nicht Proletariat ist. Die russische

Bourgeoisie ist fast so feig und dumm wie die unsere und läßt sich schlachten wie die Hammel.

Gewiß ist dieser russische Bolschewismus eine europäische Gefahr, und wenn wir die Kraft hätten, außer einem erträglichen Frieden für uns auch noch gesetzliche Zustände in fremden Ländern zu erzwingen, so wäre es richtig, mit diesen Leuten gar nicht zu verhandeln, nach Petersburg zu marschieren und Ordnung zu machen; diese Kraft haben wir aber nicht, denn wir brauchen den raschesten Frieden zu unserer Rettung und können den Frieden nicht erhalten, wenn die Deutschen nicht nach Paris kommen, sie können aber nur nach Paris, wenn wir die ganze Ostfront frei bekommen. Da schließt sich der Kreis. Alles das sind Dinge, die die deutschen Militärs selbst behaupten, und daher ist es so unlogisch von ihnen, wenn sie sich jetzt anscheinend an der Person Lenins stoßen.

Ich konnte vorgestern diesen Brief nicht mehr beenden und hole dies heute nach. Gestern ist wieder von einer Seite, die Du erraten wirst, der Versuch gemacht worden, mir die Vorteile eines Separatfriedens zu erklären. Ich habe mit dem Kaiser darüber gesprochen und ihm gesagt, daß dies der Vorgang eines Mannes wäre, welcher sich aus Angst vor dem Tode erschießt. Ich könne es nicht machen, aber sei sehr gern bereit, unter irgendeinem Motto zu gehen, und gewiß werde er Männer finden, die das zu versuchen bereit seien. Die Londoner Konferenz hat die Aufteilung der Monarchie beschlossen, daran kann auch ein Separatfriede von uns nichts mehr ändern. Rumänen, Serben und Italiener erhalten riesige Stücke, Triest geht verloren — der Rest zerfällt in einzelne Staaten, den tschechischen, polnischen, ungarischen und deutschen Teil. Der Kontakt zwischen diesen neuen Staaten wird ein sehr geringer sein — mit anderen Worten, ein Separatfriede hat das Resultat, daß die erst verstümmelte Monarchie dann zerstückelt wird. Bis wir aber zu diesem Resultate kommen, müssen wir

weiterkämpfen, und zwar gegen Deutschland, welches natürlich sofort mit Rußland Frieden schließen und die Monarchie besetzen wird. Die deutschen Generale werden nicht so dumm sein, zu warten, bis die Entente über Österreich nach Deutschland einfällt, sondern dafür sorgen, daß Österreich zum Kriegsschauplatz wird. Wir beenden also damit den Krieg nicht, wir wechseln bloß den Gegner und liefern einzelne bisher noch hiervon verschonte Provinzen, so Tirol und Böhmen, der Kriegsfurie aus, — um schließlich doch zertrümmert zu werden.

Auf der anderen Seite können wir vielleicht in einigen Monaten den allgemeinen Frieden zusammen mit Deutschland haben — einen erträglichen Verständigungsfrieden —, wenn die deutsche Offensive gelingt. Der Kaiser verhielt sich mehr schweigend. In seiner Umgebung zieht der eine rechts, der andere links; wir gewinnen dabei nichts bei der Entente und verlieren immer mehr an Vertrauen in Berlin. Wenn man zum Feinde übergehen will, so möge man es machen, le remède sera pire que le mal, aber fortwährend Verrat zu posieren, ohne ihn durchzuführen, kann ich nicht für eine kluge Politik halten.

Ich glaube, wir erreichen einen erträglichen Verständigungsfrieden; wir werden etwas an Italien verlieren und natürlich nichts anderes dafür gewinnen. Wir werden ferner die gesamte Struktur der Monarchie ändern müssen — nach Art der Fédération Danubienne, die sie in Frankreich wollen —, und es ist mir allerdings noch unklar, wie man das gegen Ungarn und Deutsche wird machen können. Aber ich hoffe, wir werden den Krieg überleben, und ich hoffe, sie werden drüben die Bestimmungen ihrer Londoner Konferenz revidieren. Lasse nur erst einmal den alten Hindenburg in Paris einziehen, dann wird die Entente das erlösende Wort, daß sie bereit ist, zu verhandeln, sprechen. In diesem Augenblick aber bin ich entschlossen, das Äußerste zu versuchen und öffentlich an die Völker der Mittelmächte zu appellieren

und sie zu fragen, ob sie wegen Eroberungen weiterkämpfen oder Frieden haben wollen.

So rasch wie möglich in Rußland fertig werden, dann den Vernichtungswillen der Entente brechen und einen Frieden — wenn auch mit Verlusten — schließen: das ist mein Plan und die Hoffnung, von der ich lebe. Natürlich wird nach einer Einnahme von Paris alles ‚Maßgebende' — außer Kaiser Karl — einen ‚guten' Frieden verlangen, und den bekommen wir auf keinen Fall — das Odium, ‚den Frieden verdorben zu haben', werde ich auf mich nehmen.

So, hoffe ich, kommen wir mit einem blauen Auge aus dem Kriege heraus. Aber die alten Zeiten kommen nie mehr wieder. Eine neue Weltordnung wird unter Krämpfen und Schmerzen geboren. Ich habe das vor einiger Zeit in meiner Budapester Rede unter ziemlich allgemeiner Mißbilligung öffentlich gesagt.

Lang ist der Brief geworden und der Abend spät. Lebe wohl und lasse bald wieder von Dir hören.

In alter Freundschaft

Dein

Czernin."

Über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk lasse ich mein Tagebuch sprechen. Trotz mancher irrtümlicher Auffassungen, welche sich in den nachstehenden Aufzeichnungen finden, und trotz verschiedener unwichtiger Details kürze ich dieselben nicht, da sie in dieser Form ein, wie ich glaube, klares Bild der Entwicklung geben:

19. Dezember 1917.

Abreise von Wien, Mittwoch den 19., 4 Uhr, Nordbahnhof. Dort fand ich bereits die Herren versammelt, Gratz, Wiesner, Colloredo, Gautsch und Andrian, ferner den Feldmarschall-leutnant Csicserics mit zwei Herren und Major Fleck von Baden.

Ich benützte die Reise, um Feldmarschalleutnant Csicserics

ein Bild meiner Absichten und der einzuschlagenden Taktik zu geben. Ich erklärte ihm, daß meiner Überzeugung nach Rußland den Vorschlag auf einen allgemeinen Frieden machen werde, daß wir natürlich auf diesen Vorschlag eingehen müßten. Ich hätte die Hoffnung, daß der allgemeine Friede in Brest angebahnt werde, noch lange nicht aufgegeben. Falls die Entente nicht annehme, dann werde der Weg wenigstens für einen Separatfrieden frei sein. Nachher hatte ich längere Unterredungen mit Sektionschef Gratz und Gesandten von Wiesner, welche mehr oder weniger den ganzen Tag ausfüllten.

20. Dezember 1917.

Um fünf Uhr einige Minuten trafen wir in Brest ein. Auf der Bahn hatte sich der Generalstabschef des Ob. Ost General Hoffmann mit ungefähr zehn Herren seines Gefolges, ferner der Gesandte von Rosenberg und Merey mit seinen Herren eingefunden. Ich begrüßte die Herren auf dem Perron, und nach kurzer Unterredung kam Merey mit mir in den Zug, um mir die Vorfälle der letzten Tage zu schildern. Im allgemeinen faßt Merey die ganze Situation nicht ungünstig auf und glaubt, daß — unvorhergesehene Zwischenfälle ausgeschlossen — es uns gelingen kann, in absehbarer Zeit auf einen grünen Zweig zu kommen.

Um sechs Uhr fuhr ich zu General Hoffmann, um ihm meinen Besuch abzustatten, und hörte von ihm interessante Details über die Psyche der russischen Delegierten und die Art und Weise des von ihm so glücklich abgeschlossenen Waffenstillstandes. Ich hatte den Eindruck, daß der General mit Sachkenntnis und Energie eine große Geschicklichkeit und Ruhe, aber auch viel preußische Brutalität verbindet, welche es ihm ermöglicht haben, die Russen trotz der anfänglich erhobenen Widerstände zu einem sehr günstigen Waffenstillstand zu bewegen. Einige Zeit darauf kam verabredetermaßen Prinz Leopold von Bayern, und ich hatte mit ihm eine kurze, bedeutungslose Unterredung.

Wir gingen darauf gemeinsam zu dem Essen, an welchem der ganze an hundert Personen zählende Stab von Ob. Ost teilnimmt. Das Bild, welches dieses Diner bietet, ist wohl eines der merkwürdigsten, das man sehen kann. Prinz von Bayern präsidiert. Neben dem Prinzen saß der Führer der russischen Delegation, ein erst vor kurzem aus Sibirien entlassener Jude namens Joffe, an ihn schlossen sich die Generale und die übrigen Delegierten. Abgesehen von dem erwähnten Joffe ist die markanteste Persönlichkeit der Delegation der Schwager des russischen Ministers des Äußern Trotzki, namens Kamenew, welcher, ebenfalls durch die Revolution aus dem Gefängnis entlassen, nunmehr eine hervorragende Rolle spielt. Der dritte Delegierte ist die Madame Bizenko, eine Frau, die eine reiche Vergangenheit hinter sich hat. Ihr Mann ist ein kleiner Beamter, sie selbst trat frühzeitig der revolutionären Bewegung bei. Vor zwölf Jahren ermordete sie den General Sacharow, welcher, Gouverneur irgendeiner russischen Stadt, infolge seiner Energie von den Sozialisten zum Tode verurteilt worden war. Sie trat mit einem Bittgesuch bei dem General ein und hielt den Revolver unter ihrer Schürze versteckt. Als der General das Bittgesuch zu lesen begann, schoß sie ihm vier Kugeln in den Leib und tötete ihn auf der Stelle. Sie kam nach Sibirien, wo sie zwölf Jahre teils in Einzelhaft, später in gemilderter Strafhaft ihr Leben verbrachte, und auch ihr schenkte erst die Revolution die Freiheit wieder. Diese merkwürdige Frau, die in Sibirien Französisch und Deutsch so weit erlernt hat, daß sie lesen kann, ohne jedoch sprechen zu können, weil sie nicht weiß, wie man das Wort ausspricht, ist der Typus des gebildeten russischen Proletariats. Sie ist ungeheuer still und zurückgezogen, hat einen merkwürdigen entschlossenen Zug um den Mund und zuweilen leidenschaftlich aufflammende Augen. Alles, was um sie her vorgeht, scheint ihr eigentlich gleichgültig. Nur wenn die Rede auf die großen Prinzipien der internationalen Revolution kommt, dann

wacht sie plötzlich auf, ihr ganzer Ausdruck verändert sich, und sie erinnert an ein Raubtier, das plötzlich die Beute vor sich sieht und sich anschickt, sich auf dieselbe zu stürzen.

Nach dem Essen hatte ich meine erste lange Unterredung mit Herrn Joffe. Seine ganze Theorie basiert darauf, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf breitester Basis in der ganzen Welt einzuführen und diese befreiten Völker zu veranlassen, sich dauernd gegenseitig zu lieben. Daß ein solcher Prozeß vorerst den Bürgerkrieg der ganzen Welt involvieren wird, leugnet Herr Joffe nicht, meint aber, ein solcher Krieg, der die Ideale der Menschheit realisieren würde, sei gerecht und seines Zieles wert. Ich beschränkte mich darauf, Herrn Joffe zu erklären, er müsse an Rußland beweisen, daß der Bolschewismus ein glückliches Zeitalter anbahne, und wenn ihm dies gelingen werde, dann werde er mit seinen Ideen die Welt erobern. Bevor jedoch der Beweis auf das Exempel nicht erbracht sei, dürfte es Herrn Lenin schwerlich gelingen, die Welt in seine Ideenkreise zu zwingen. Wir seien bereit, einen allgemeinen Frieden ohne Kontributionen und Annexionen zu schließen, und vollkommen einverstanden, nachher die russischen Verhältnisse sich entwickeln zu lassen, wie es der russischen Regierung richtig scheint. Wir seien auch gern bereit, von Rußland etwas zu lernen, und wenn er mit seiner Revolution reüssiere, so werde er Europa in seinen Gedankenkreis zwingen, ob wir wollen oder nicht. Vorerst aber sei die größte Skepsis am Platze, und ich mache ihn aufmerksam, daß wir eine Nachahmung der russischen Verhältnisse nicht unternehmen würden und uns jede Einmengung in unsere internen Verhältnisse kategorisch verbitten. Wenn er weiter an diesem utopischen Standpunkte, seine Ideen auch auf uns zu verpflanzen, festhalte, dann sei es besser, er würde gleich mit dem nächsten Zuge wieder abreisen, denn dann sei der Friede nicht zu machen. Herr Joffe blickte mich erstaunt mit seinen sanften Augen an, schwieg eine Weile und sagte dann in einem mir

für immer unvergeßlichen freundlichen, fast möchte ich sagen bittenden Ton: „Ich hoffe doch, daß es uns gelingen wird, auch bei Ihnen die Revolution zu entfesseln."

Letzteres glaube ich auch, auch ohne die gütige Mithilfe Joffes — das werden die Völker schon selbst besorgen, wenn die Entente auf ihrem Standpunkte verharrt, sich nicht ausgleichen zu wollen.

Merkwürdig sind diese Bolschewiken. Sie sprechen von Freiheit und Völkerversöhnung, von Friede und Eintracht, und dabei sollen sie die grausamsten Tyrannen sein, welche die Geschichte gekannt hat — sie rotten das Bürgertum einfach aus, und ihre Argumente sind Maschinengewehre und der Galgen. Das heutige Gespräch mit Joffe hat mir bewiesen, daß die Leute nicht ehrlich sind und an Falschheit alles das übertreffen, was man der zünftigen Diplomatie vorwirft — denn eine solche Unterdrückung des Bürgertums betreiben und gleichzeitig von weltbeglückender Freiheit sprechen, sind Lügen.

21. Dezember 1917.

Zu Mittag fuhr ich mit allen meinen Herren zum Frühstück beim Prinzen von Bayern. Derselbe wohnt in einem kleinen Schlößchen, eine halbe Stunde Automobilfahrt von Brest entfernt. Er scheint sich viel mit den militärischen Angelegenheiten zu beschäftigen und ist viel im Dienst.

Ich war die erste Nacht in meinem Zug geblieben, und während wir das Frühstück nahmen, übersiedelten unsere Leute mit dem Gepäck in unsere Wohnung. Wir bewohnen ein kleines Haus, wo ich mit allen österreichisch-ungarischen Herren versammelt bin, unmittelbar neben dem Offizierskasino, und aller Komfort, den man sich hier wünschen kann, ist vorhanden. Den Nachmittag verbrachte ich in Arbeiten mit meinen Herren, und am Abend trafen die Delegierten der drei Verbündeten ein. Ich hatte an diesem Abend gleich die erste Unterredung mit Kühlmann unter vier Augen und stellte sofort positiv fest, daß gar kein Zweifel sei, daß die

Russen einen Vorschlag auf allgemeinen Frieden machen würden, und daß wir denselben annehmen müßten. Kühlmann ist so halb und halb meiner Ansicht; natürlich wird die Formel lauten: „Niemand darf annektieren oder Kontribution fordern" — geht die Entente darauf ein, so sind wir am Ende dieses entsetzlichen Leidens. Wahrscheinlich ist es leider nicht.

22. Dezember 1917.

Der Vormittag war der ersten Besprechung unter den Alliierten gewidmet, worin die soeben mitgeteilten, mit Kühlmann besprochenen Grundlagen akademisch festgestellt wurden. Am Nachmittag fand die erste Plenarsitzung statt, welche vom Prinzen von Bayern eröffnet und sodann von Dr. Kühlmann geleitet wurde. Es war beschlossen worden, daß der Vorsitz alternierend nach dem lateinischen Alphabet der Mächtenamen geführt wurde, also Allemagne, Autriche etc. Dr. Kühlmann ersuchte Herrn Joffe, uns die Prinzipien zu entwickeln, welche seiner Ansicht nach einem zukünftigen Frieden zugrunde gelegt werden sollten, und der russische Delegierte entwickelte sodann die durch die Zeitungen bereits bekannten sechs grundlegenden Richtlinien. Wir nahmen den Vorschlag zur Kenntnis und erklärten, nach stattgefundener Beratung unter uns so bald wie möglich Antwort zu erteilen. Dies war der Verlauf der ersten kurzen Sitzung des Friedenskongresses.

23. Dezember 1917.

Zeitlich früh arbeiteten Kühlmann und ich unsere Antwort aus. Sie wird aus den Blättern bekannt. Es hat schwere Arbeit gekostet. Kühlmann ist persönlich für den allgemeinen Frieden, fürchtet aber den Einspruch der Militärs, welche erst Frieden machen wollen, wenn sie definitiv gesiegt haben. Endlich ist es doch gelungen. Die Schwierigkeit begann dann wieder mit den Türken. Diese erklärten, daß sie darauf bestehen müßten, daß sofort nach Friedensschluß mit Rußland der Kaukasus von den russischen Truppen

geräumt werde, ein Vorschlag, den die Deutschen nicht zugaben, weil sie damit implicite zugeben müßten, daß sie auch Polen, Kurland und Litauen gleichzeitig räumen, ein bei Deutschland unmöglich zu erreichendes Verlangen. Nach hartem Kampfe und wiederholten Anstrengungen gelang es erst, die Türken von ihrem Postulat abzubringen. Das zweite Bedenken der Türken ging dahin, daß die Einmischung in die internen Verhältnisse seitens Rußlands nicht genügend klar abgelehnt sei. Der türkische Minister des Äußern erklärte jedoch, daß die internen Verhältnisse in Österreich-Ungarn ein noch gefährlicherer Boden für russische Einmischungen seien als die türkischen, und wenn ich keine Bedenken trüge, so würde er auch die seinen zurückstellen.

Die Bulgaren, welche durch den bulgarischen Justizminister Popow als Chef vertreten sind, und welche teilweise nicht Deutsch, teilweise kaum Französisch verstehen und daher unser ganzes Elaborat erst später zu begreifen begannen, verschoben ihre Stellungnahme auf den 24.

24. Dezember 1917.

Vor- und Nachmittag stundenlange Konferenzen mit den Bulgaren, in welchen Kühlmann und ich einerseits und die bulgarischen Vertreter andererseits hart aneinandergerieten. Die bulgarischen Delegierten verlangten die Aufnahme eines Passus in das Elaborat, wonach für Bulgarien eine Ausnahme von der annexionslosen Formel gemacht und zugestanden werde, daß die Erwerbung rumänischer und serbischer Gebiete für Bulgarien nicht als Annexion gelten dürfe. Diese Klausel hätte selbstverständlich unsere ganze Arbeit null und nichtig gemacht und konnte unter keinen Umständen zugegeben werden. Die Konversation war stellenweise sehr erregt, und die bulgarischen Delegierten verstiegen sich zu der Drohung, abzureisen, wenn wir nicht nachgeben würden. Kühlmann und meine Wenigkeit blieben vollkommen fest und erklärten ihnen, wir hätten nichts gegen ihre Abreise, wir hätten auch nichts dagegen, daß sie eine selbständige

Antwort geben, aber an dem von uns beiden redigierten Protokoll würde nichts mehr geändert werden. Da zu keinem Ende zu kommen war, wurde die Plenarsitzung auf den 25. verschoben, und die bulgarischen Delegierten telegraphierten nach Sofia um neue Instruktionen.

Die Bulgaren haben eine abschlägige Antwort und anscheinend die von uns erwartete Nase erhalten. Sie waren sehr gedrückt und machten weiter keine Geschichten, sich der allgemeinen Aktion anzuschließen. Das ist also so weit in Ordnung.

Nachmittags hatte ich wieder Streit mit den Deutschen. Die deutschen Militärs „fürchten", daß die Entente auf den allgemeinen Frieden eingehen könnte, da sie den Krieg nicht „ohne Profit" abschließen könnten. Nicht anzuhören ist dieses Gewäsch.

Wenn an der Westfront die von den deutschen Generalen bestimmt erwarteten großen Siege eintreten, wird ihre Anmaßung ins Uferlose steigen und alle Verhandlungen noch mehr erschweren.

25. Dezember 1917.

Heute fand die Plenarsitzung statt, in welcher wir den Russen unsere Antwort auf ihr Friedensangebot erstatteten. Ich hatte den Vorsitz und gab die Antwort ab, worauf Joffe erwiderte. Das allgemeine Friedensangebot wird also gemacht und das Resultat abgewartet. Um keine Zeit zu verlieren, wird jedoch in den Rußland betreffenden Verhandlungen fortgefahren. Damit wären wir einen großen Schritt weiter und vielleicht über das Schwerste hinüber. Man kann nicht wissen, ob nicht der gestrige Tag einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Welt bedeutet.

26. Dezember 1917.

Um neun Uhr früh begannen die Spezialverhandlungen. Das von Kühlmann projektierte Programm, ausschließlich wirtschaftliche und Vertretungsfragen, wurde so rasch und

glatt erledigt, daß bereits um elf Uhr die Sitzung aus Stoffmangel abgebrochen werden mußte. Vielleicht ein gutes Vorzeichen.

Der heutige Tag wird von unseren Herren dazu verwendet werden, die Ergebnisse der Besprechung in einem Protokoll zusammenzufassen, da morgen die Fortsetzung stattfindet, wenn die territorialen Fragen zur Sprache kommen.

26. Dezember 1917.

Abends vor dem Essen hat Hoffmann den Russen die deutschen Pläne betreffs der Randprovinzen mitgeteilt. Die Situation ist die: so lange der Krieg im Westen andauert, können die Deutschen Kurland und Litauen nicht räumen, denn abgesehen davon, daß sie dies als Faustpfand für die allgemeinen Friedensverhandlungen behalten wollen, bilden diese Länder einen Teil ihrer Rüstungswerkstätten. Das Bahnmaterial, die Fabriken, vor allem das Getreide sind unentbehrlich, so lange der Krieg anhält. Daß sie das jetzt nicht sofort räumen können, ist natürlich. Kommt es zum Frieden, soll das Selbstbestimmungsrecht der besetzten Gebiete entscheiden. Da ist nun aber die große Schwierigkeit, wie dieses Selbstbestimmungsrecht zum Ausdruck gebracht wird.

Die Russen wollen natürlich nicht, daß die Abstimmung stattfindet, solange deutsche Bajonette im Lande sind — und die Deutschen sagen wieder, daß der beispiellose bolschewistische Terrorismus ein jedes Wahlresultat fälschen wird, da die „Bourgeois" ja nach Bolschewikenauffassung keine Menschen sind.

Meine Idee einer Kontrolle durch eine neutrale Macht lehnten eigentlich alle ab. Während des Krieges werde sich keine neutrale Macht dazu hergeben, und bis zum allgemeinen Ende dürfe die deutsche Besatzung nicht bleiben. De facto fürchten beide Streitteile den Terror der Gegenseite, und beide wollen ihn selbst ausüben. — —

Man hat hier Zeit. Einmal sind die Türken nicht fertig, dann wieder die Bulgaren, dann ziehen sich die Russen — und die Sitzung wird wieder verschoben oder, kaum begonnen, abgebrochen.

Ich lese jetzt Memoiren aus der Französischen Revolution. Eine sehr zeitgemäße Lektüre in Anbetracht dessen, was in Rußland ist und in ganz Europa kommen dürfte. Bolschewiki hat es damals noch nicht gegeben, aber Männer, die unter dem Schlagworte der Freiheit die Welt tyrannisieren, waren damals in Paris so gut wie heute in Petersburg. Charlotte Corday hat gesagt: „Nicht einen Menschen, sondern eine wilde Bestie habe ich getötet.“ — Verschwinden werden diese Bolschewiken wieder, und wer weiß, ob sich nicht eine Corday für Trotzki finden wird.

Einer der Russen erzählte mir von der Zarenfamilie und den angeblich dort herrschenden Zuständen. Er sprach mit großer Achtung von Nikolaj Nikolajewitsch, der ein ganzer Mann sei, von Energie und Mut, und den man anerkennen müsse auch als Gegner. Hingegen sei der Zar feig und falsch und verächtlich. Es beweise die Unfähigkeit der Bourgeois, daß sie einen solchen Kaiser ertragen hätten. Überhaupt seien die Monarchen mehr oder weniger alle degeneriert, und er verstehe nicht, wie man eine Staatsform akzeptieren könne, bei welcher man der Gefahr eines degenerierten Regenten ausgesetzt sei. Ich erwiderte ihm, die Monarchie habe vor allem den Vorteil, daß wenigstens eine Stelle im Staate der persönlichen Streberei entzogen sei, und was die Degeneration anbelangt, so sei das manchmal Ansichtssache; es gäbe ja auch degenerierte ungekrönte Staatsoberhäupter. Mein Mitredner meinte, wenn das Volk wähle, so sei die Gefahr nicht vorhanden. Ich replizierte, daß beispielsweise Herr Lenin nicht gewählt worden sei und es mir zweifelhaft scheine, ob er bei einer unbeeinflußten Wahl gewählt werden würde — vielleicht würden sich in Rußland Menschen finden, die ihm ihrerseits Degeneration vorwerfen.

27. Dezember 1917.

Die Russen sind verzweifelt; wollten teilweise abreisen, sie dachten, daß die Deutschen einfach auf alles besetzte Gebiet verzichten respektive dasselbe den Bolschewiken ausliefern. Lange Sitzungen zwischen Russen, Kühlmann und mir, zeitweilig mit Hoffmann. Ich formulierte folgendes:

1. Solange nicht ein allgemeiner Friede geschlossen ist, können wir das besetzte Gebiet nicht herausgeben; es gehört zu unseren großen Rüstungswerkstätten (Fabriken, Bahnen, bebaute Felder usw.).

2. Nach dem allgemeinen Frieden soll eine Volksabstimmung in Polen, Kurland und Litauen über das Los deren Völker entscheiden, die Form dieser Abstimmung ist noch zu diskutieren, damit die Russen die Sicherheit gewinnen, daß die Abstimmung ohne Zwang erfolge. Dies paßt anscheinend weder den einen noch den anderen. Situation sehr verschlechtert.

Nachmittag. Zunehmende Verschlechterung der Lage. Wütende Telegramme von Hindenburg über „Verzicht" auf alles, Ludendorff telephoniert alle Stunden; neue Wutanfälle. Hoffmann sehr gereizt. Kühlmann „kühl" wie immer. Die Russen erklären die unklaren Formulierungen Deutschlands bezüglich der Freiheit der Abstimmung für unannehmbar. Ich habe Kühl- und Hoffmann erklärt, ich würde mit ihnen bis zum Äußersten gehen, aber wenn ihre Bemühungen scheitern, so würde ich mit den Russen in separate Verhandlungen eintreten, denn Berlin wie Petersburg wollten eben beide keine unbeeinflußte Abstimmung. Österreich-Ungarn aber wolle ja nichts als endlich Frieden. Kühlmann versteht meinen Standpunkt und sagt, er würde selbst eher gehen, als es scheitern lassen. Ich solle ihm meinen Standpunkt schriftlich geben, „das werde seine Position stärken". Ist geschehen. Er hat es dem Kaiser telegraphiert.

Abends. Kühlmann glaubt, morgen kommt es zum Bruche oder zur Leimung.

28. Dezember 1917.

Stimmung flau. Neue empörte Ausbrüche aus Kreuznach. Hingegen zu Mittag ein Telegramm Bussches: Hertling habe Kaiser Wilhelm Vortrag gehalten, und derselbe sei ganz zufrieden. Kühlmann sagt mir: „Der Kaiser ist der einzige vernünftige Mensch in ganz Deutschland."

Wir haben uns schließlich auf die Kommissionsformel geeinigt, d. h. es wird in Brest eine Ad-hoc-Kommission gebildet, welche den Plan der Räumung und Abstimmung im Detail ausarbeiten soll. Das ist tant bien que mal ein provisorischer Ausweg. Alles fährt nach Hause referieren, und die nächste Sitzung findet am 5. Januar 1918 statt.

Russen wieder etwas heiterer.

Abends beim Diner hielt ich im Namen der Russen und des Vierbundes eine Dankrede an den Prinzen Leopold. Er antwortete gleich und sehr nett, sagte mir aber dann: „Das war ja ein Überfall." Für mich war es auch einer, denn die Deutschen baten mich erst während des Diners, zu sprechen.

Abends zehn Uhr Abreise nach Wien.

Die Tage vom 29. bis 3. früh war ich in Wien. Zwei lange Audienzen beim Kaiser gaben mir die Gelegenheit, ihm über Brest zu referieren. Er billigt selbstverständlich vollkommen den Standpunkt, den Frieden, wenn irgend möglich, zu erreichen.

Ich habe einen verläßlichen Konfidenten nach den Randprovinzen geschickt, um zu ergründen, wie eigentlich die Stimmung dorten ist. Er berichtet, daß alles gegen die Bolschewiken ist, was nicht selbst Bolschewik ist. Das ganze Bürgertum, Bauern, kurz alles, was irgend etwas besitzt, zittert vor diesen roten Räubern und will zu Deutschland.

Der Terror, den Lenin ausübt, soll unbeschreiblich sein. In Petersburg sogar wünscht alles sehnlichst den Einmarsch deutscher Truppen, um von diesen Leuten befreit zu werden.

3. Januar 1918.

Rückreise.

Am Wege nach Brest, sechs Uhr nachmittags, erhielt ich auf einer Station folgendes Chiffretelegramm des in Brest zurückgebliebenen Baron Gautsch:

„Von der russischen Delegation ist heute morgen nachstehendes Hughestelegramm aus Petersburg eingelangt: ‚An General Hoffmann. Für die Herren Vertreter der deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegation. Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen auf neutralem Boden zu führen, und schlägt ihrerseits vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen. Was die Stellungnahme zu den Vorschlägen betrifft, wie sie seitens der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation in Punkt 1 und 2 gefaßt sind, so sind die Regierung der russischen Republik wie auch das allrussische Zentralexekutivkomitee der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in voller Übereinstimmung mit der von unserer Delegation ausgesprochenen Meinung der Ansicht, daß die Vorschläge dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung sogar in jener beschränkten Formulierung widersprechen, die in Punkt 3 der Antwortsdeklaration des Vierbundes vom 12. v. Mts. gegeben ist. Der Vorsitzende der russischen Delegation: A. Joffe.‘ Major Brinkmann hat die bereits auf der Fahrt hierher begriffene deutsche Delegation vom Vorstehenden telephonisch verständigt. Herr von Kühlmann ließ zurücktelephonieren, er werde Reise fortsetzen und heute abend in Brest eintreffen."

Ich fahre selbstverständlich auch weiter und halte das Manöver der Russen mehr für einen Bluff; sollten sie nicht kommen, so werden wir mit den Ukrainern verhandeln, welche schon in Brest sein sollen.

In Wien sah ich von Politikern Beck, Baernreither, Hauser, Wekerle, Seidler und einige andere. Das Résumé ist von

allen: „Der Friede muß zustandekommen — aber ein Separatfriede ohne Deutschland ist unmöglich."

Wie ich dies machen soll, hat mir keiner gesagt, wenn weder Deutschland noch Rußland Vernunft annimmt.

4. Januar 1918.

In der Nacht ein schauderhafter Schneesturm, die Heizung im Zuge eingefroren und der Aufenthalt daher wenig gemütlich. Früh beim Aufwachen in Brest standen auf Nebengleisen die Züge der Bulgaren und Türken. Es ist ein prachtvoller Tag, kalt, die Luft wie in St. Moritz. Ich ging hinüber zu Kühlmann, frühstückte mit ihm und besprach die Vorfälle in Berlin. Es scheint eine heillose Aufregung geherrscht zu haben. Kühlmann hatte Ludendorff vorgeschlagen, mit nach Brest zu kommen und selbst mit zu verhandeln. Nach mehrstündigen Unterredungen aber stellte sich heraus, daß Ludendorff eigentlich selbst nicht recht wußte, was er wollte, und spontan erklärte, er fände es überflüssig, mit nach Brest zu kommen, „er könne höchstens dort etwas verderben". Lieber Gott, gib dem Manne öfters solche klare Augenblicke! Es scheint, daß der ganze Groll mehr der Eifersucht gegen Kühlmann als sachlichen Motiven entspringt, weil die Welt nicht den Eindruck bekommen soll, daß „diplomatische Geschicklichkeit", sondern ausschließlich militärische Erfolge den Frieden gebracht hätten. General Hoffmann scheint von Kaiser Wilhelm sehr ausgezeichnet worden zu sein, und er sowohl wie Kühlmann geben zu verstehen, daß sie mit dem Ergebnis ihrer Reise zufrieden sind.

Wir besprachen das Antworttelegramm nach Petersburg, welches eine Konferenz in Stockholm ablehnt, und die weitere eventuelle Taktik. Wir kamen dahin überein, daß, falls die Russen nicht kommen sollten, wir den Waffenstillstand kündigen und riskieren müßten, wie sich die Petersburger darauf benehmen. Es herrschte hierin vollständige Einigkeit zwischen Kühlmann und mir. Trotzdem war die Stimmung

sowohl bei uns als bei den Deutschen eine recht gedrückte. Es ist kein Zweifel, daß, wenn die Russen definitiv abbrechen, die Situation eine sehr peinliche wird. Die einzige Rettung der Situation besteht in raschen und energischen Verhandlungen mit der ukrainischen Deputation, und wir begannen daher diese Arbeit sofort am Nachmittage desselben Tages. Es ist also Hoffnung vorhanden, daß wenigstens mit dieser in absehbarer Zeit ein positives Ergebnis wird erreicht werden können.

Am Abend nach dem Essen kam eine Depesche aus Petersburg, welche die Ankunft der Delegation inklusive des Ministers des Äußern Trotzki bekanntgab. Es war unterhaltend zu sehen, in welchen Jubel die ganzen Deutschen ausbrachen, und erst die plötzlich und so stürmisch hervorbrechende Heiterkeit bewies, wie stark der Druck, die Russen könnten nicht kommen, doch auf ihnen gelastet hatte. Es ist kein Zweifel, daß dies einen großen Fortschritt bedeutet, und wir alle haben das Gefühl, daß nunmehr der Friede tatsächlich auf dem Wege ist.

5. Januar 1918.

Früh sieben Uhr fuhren einige von uns mit dem Prinzen Leopold von Bayern auf die Jagd. Mittels Eisenbahnzuges wurde die ungefähr zwanzig bis dreißig Kilometer weite Strecke zurückgelegt, von dort per offenen Autos in einen prachtvollen Urwald, der zwei- bis dreihundert Quadratkilometer mißt. Wetter sehr kalt, aber schön, viel Schnee und angenehme Gesellschaft. Jagdlich war es unter aller Erwartung. Ein Adjutant des Prinzen schweißte eine Sau ein, ein anderer schoß zwei Hasen, das war alles. Rückkehr um sechs Uhr abends.

6. Januar 1918.

Heute fanden die ersten Unterredungen mit den ukrainischen Delegierten statt, welche bis auf ihren Chef vollständig anwesend sind. Die Ukrainer stechen stark von den russischen Delegierten ab. Bedeutend weniger revolutionär,

haben sie ungleich mehr Interesse für ihr eigenes Land und weniger Interesse für den allgemeinen Sozialismus. Sie interessieren sich eigentlich nicht für Rußland, sondern ausschließlich für die Ukraine, und ihr ganzes Bestreben geht dahin, sich so rasch wie möglich selbständig zu machen. Ob die Selbständigkeit eine vollständige, internationale oder aber als eine im Rahmen des russischen Föderativstaates gedachte sein soll, scheint ihnen noch nicht klar zu sein. Offenbar hatten die sehr intelligenten ukrainischen Delegierten die Absicht, uns als Sprungbrett zu benutzen, von welchem sie sich auf die Bolschewiki stürzen wollten. Ihre Tendenz ging dahin, wir möchten ihre Selbständigkeit anerkennen, dann wären sie mit diesem fait accompli vor die Bolschewiken getreten und hätten dieselben gezwungen, sie als gleichwertige Kompaziszenten hinzunehmen. Unser Interesse ist aber, entweder die Ukrainer auf unsere Friedensbasis zu bekommen oder aber einen Keil zwischen sie und die Petersburger zu schlagen. Auf ihre Wünsche nach Selbständigkeit erklärten wir ihnen daher, daß wir bereit seien, dieselben anzuerkennen, falls die Ukrainer ihrerseits folgende drei Punkte akzeptieren: 1. Beendigung der Verhandlungen in Brest-Litowsk und nicht in Stockholm; 2. Anerkennung der alten staatlichen Grenzen zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine, und 3. Nichteinmischung eines Staates in die internen Angelegenheiten des anderen. Bezeichnenderweise ist auf diese Proposition bisher keine Antwort erfolgt!

7. Januar 1918.

Am Vormittag sind die ganzen Russen unter Führung Trotzkis angekommen. Sie haben sofort sagen lassen, sie bitten zu entschuldigen, wenn sie nicht mehr zu den gemeinsamen Mahlzeiten erscheinen. Auch sonst sieht man sie nicht, und es scheint ein wesentlich anderer Wind zu wehen als das letztemal. Der deutsche Offizier, welcher die russische Delegation von Dünaburg hierhergebracht hat, Hauptmann

Baron Lamezan, erzählte interessante Details hierüber. Erstens behauptete er, daß die Schützengräben vor Dünaburg vollständig verödet seien und sich außer ein paar Posten überhaupt keine Russen mehr dort befänden, ferner daß auf zahllosen Stationen die Delegation von Deputierten erwartet worden sei, welche alle den Frieden verlangt hätten. Trotzki hätte stets in einer äußerst geschickten und verbindlichen Art geantwortet, sei aber immer mehr und mehr niedergeschlagen geworden. Baron Lamezan hat den Eindruck, daß sich die Russen in einer ganz verzweifelten Stimmung befänden, weil sie nur die Wahl haben, entweder ohne Frieden oder mit einem schlechten Frieden zurückzukommen, und in beiden Fällen weggefegt werden würden. Kühlmann sagte: „Ils n'ont que le choix à quelle sauce ils se feront manger." Ich antwortete ihm darauf: „Tout comme chez nous."

Soeben kommt ein Telegramm über Demonstrationen in Budapest gegen Deutschland. Im deutschen Konsulat wurden die Fenster eingeworfen, ein deutlicher Fingerzeig, wie die Stimmung wäre, wenn an unseren Postulaten der Friede scheitern würde.

8. Januar 1918.

Der türkische Großwesir Talaat Pascha ist in der Nacht angekommen und hat mich soeben besucht. Er scheint unbedingt dafür zu sein, den Frieden abzuschließen, dürfte aber mehr die Absicht haben, mich bei einem eventuellen Konflikte mit Deutschland vorzuschieben und selbst im Hintergrund zu bleiben. Talaat Pascha ist einer der fähigsten türkischen Köpfe und vielleicht der energischste.

Er war vor der Revolution ein kleiner Telegraphenbeamter und gehörte dem revolutionären Komité an. Er fing als solcher ein Telegramm der Regierung ab, welches ihm bewies, daß die revolutionären Bestrebungen entdeckt und das Spiel verloren sei, wenn nicht sofort gehandelt werde. Er unterdrückte das Telegramm, warnte das revolutionäre

Komité und bewog es, sofort loszuschlagen. Dies gelang; der Sultan wurde abgesetzt, und Talaat wurde Minister des Innern. Mit eiserner Energie ging er nun seinerseits gegen die Gegenbestrebungen vor. Später wurde er Großwesir und verkörperte zusammen mit Enver Pascha den Willen und die Macht der Türkei.

Heute nachmittag findet erst eine Besprechung der fünf Chefs der Verbündeten und Rußlands statt. Nachher eine Plenarsitzung.

Die Sitzung wurde neuerlich verschoben, da die Ukrainer immer noch nicht mit den Vorbereitungen fertig sind. Spät abends hatte ich eine Unterredung mit Kühlmann und Hoffmann, in welcher wir uns bezüglich der Taktik ziemlich gut verstanden haben. Ich habe ihnen nochmals gesagt, daß ich mit ihnen und für ihre Postulate bis zum äußersten gehen werde, in dem Augenblicke jedoch, wo die Deutschen mit Rußland definitiv abbrechen, mir die Politik der freien Hand vorbehalten müsse. Beide schienen meinen Standpunkt ziemlich zu verstehen, insbesondere Kühlmann, welcher, wenn es nach ihm ginge, bestimmt die Verhandlungen nicht scheitern lassen würde. Im Detail kamen wir darin überein, daß wir in einer ultimatumartigen Form die Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk verlangen würden.

9. Januar 1918.

Nach dem Prinzip, daß der Hieb die beste Parade ist, hatten wir beschlossen, den russischen Minister des Äußern erst gar nicht zu Wort kommen zu lassen, sondern sofort mit unserem Ultimatum loszuschießen.

Trotzki war mit einer großen Rede gekommen, und der Erfolg unserer Angriffe war so stark, daß er sofort um eine Vertagung bat, da die neue Lage neue Beschlüsse erfordere. Die Verlegung der Konferenz nach Stockholm wäre unser Ende gewesen, denn es wäre ganz ausgeschlossen, die Bolschewiken aller Länder von dort fernzuhalten, und das, was wir

seit Anfang an mit aller Kraft zu verhindern suchen, daß uns die Zügel entwunden werden und diese Elemente die Führung übernehmen, wäre unvermeidlich eingetreten. Man muß jetzt abwarten, was der morgige Tag bringen wird; entweder einen Sieg oder das definitive Ende der Verhandlungen.

Trotzki ist zweifellos ein interessanter, gescheiter Mensch und sehr gefährlicher Gegner. Er hat eine ganz hervorragende Rednergabe, eine Schnelligkeit und Geschicklichkeit der Replik, wie ich sie noch selten gesehen habe, und dabei die ganze Frechheit, die seiner Rasse entspricht.

10. Januar 1918.

Die Sitzung hat soeben stattgefunden. Trotzki hat in einer großen, für ganz Europa berechneten, in seiner Art wirklich schönen Rede vollständig nachgegeben. Er nimmt, wie er erklärt, das deutsch-österreichisch-ungarische „Ultimatum" an und bleibt in Brest-Litowsk, da er uns nicht den Gefallen machen wolle, Rußland die Schuld an der Fortführung des Krieges zuzuschieben.

Anknüpfend an die Rede Trotzkis wurde sofort die Kommission konstituiert, welche sich mit den heiklen territorialen Fragen zu beschäftigen haben wird. Ich habe darauf gehalten, in die Kommission zu kommen, da ich eine fortgesetzte Kontrolle der so wichtigen Verhandlungen haben will. Es war dies nicht so leicht, da die vorliegenden Fragen ja eigentlich nur Kurland und Litauen, also nicht uns, sondern Deutschland betreffen.

Am Abend hatte ich neuerlich eine lange Konferenz mit Kühl- und Hoffmann, in welcher der General und der Staatssekretär recht lebhaft aneinandergerieten. Durch den Erfolg unseres an Rußland gestellten Ultimatums berauscht, wünschte Hoffmann in dem gleichen Tone fortzufahren und den Russen „noch eine ordentliche auf den Kopf zu schlagen". Kühlmann und ich vertraten den entgegengesetzten Standpunkt und verlangten, daß in ruhige und sachliche

Verhandlungen eingetreten werde und Punkt für Punkt geklärt und die unklaren beiseitegeschoben würden. Erst bis diese Reinigungsarbeit durchgeführt, sollen dann die restierenden ungeklärten Punkte zusammengefaßt und sodann eventuell telegraphisch von den beiden Kaisern Direktiven für die Entscheidung eingeholt werden. Es ist zweifellos der sicherste Weg, um einen Krach und eine Entgleisung zu verhindern.

Ein neuer Konflikt ist ausgebrochen mit den Ukrainern. Dieselben verlangen die Anerkennung ihrer Selbständigkeit und erklären, abreisen zu wollen, falls diese nicht erfolgt.

Adler erzählte mir in Wien, daß Trotzki seine Bibliothek, an der ihm viel liege, in Wien — ich glaube bei einem Herrn Bauer — habe. Ich sagte Trotzki, daß ich ihm dieselbe schicken lassen würde, falls ihm daran läge. Ich empfahl ihm dann einige Kriegsgefangene, so L. K. und W., von denen es heißt, daß sie alle mehr oder weniger schlecht behandelt werden. Trotzki nahm das zur Kenntnis, erklärte, daß er gegen die Mißhandlung der Kriegsgefangenen sei, und versprach, sich zu erkundigen; er betonte aber, daß dieser entgegenkommende Standpunkt in keinem Zusammenhang mit der Bibliotheksfrage stehe, er hätte mein Ersuchen unter allen Umständen berücksichtigt. Die Bibliothek will er haben.

11. Januar 1918.

Vor- und Nachmittag lange Kommissionssitzungen über die territorialen Fragen. Von uns aus sind darin Kühlmann, Hoffmann, Rosenberg und ein Sekretär, ferner meine Wenigkeit, Csicserics, Wiesner und Colloredo, die Russen sind vollständig anwesend, jedoch ohne die Ukrainer. Ich habe Kühlmann erklärt, daß ich nur als Sekundant beiwohnen will, da die deutschen Interessen in dieser Frage unvergleichlich mehr tangiert sind als die unseren. Ich greife nur von Zeit zu Zeit ein.

Trotzki hat nachmittags einen taktischen Fehler gemacht. In einer bis zur Heftigkeit gesteigerten Rede erklärte er uns, wir spielten ein falsches Spiel, wir wollten Annexionen und

gäben diesen Annexionen den Mantel des Selbstbestimmungsrechtes. Niemals würde er dem zustimmen und lieber abbrechen, als so fortfahren. Wenn wir ehrlich wären, so würden wir gestatten, daß Vertreter Polens, Kurlands und Litauens nach Brest kämen, um unbeeinflußt von uns ihre Ansichten auszusprechen. Nun muß hierzu erwähnt werden, daß seit Beginn der Verhandlungen der Streit sich darum dreht, ob die heute in den besetzten Gebieten bestehenden legislativen Körperschaften berechtigt sind, im Namen ihrer respektiven Völker zu sprechen, oder nicht, ein Punkt, den wir bejahen, die Russen verneinen. Wir haben sofort den Vorschlag Trotzkis, Vertreter dieser Länder hierherkommen zu lassen, angenommen, aber hinzugefügt, daß, wenn wir ihre Zeugenschaft akzeptieren, wir ihr Urteil dann auch für uns als maßgebend erachten.

Es ist charakteristisch, zu beobachten, wie gerne Trotzki das zurückgenommen hätte, was er gesagt. Er fand sich aber sofort in die neue Situation, behielt seine Kontenance und ersuchte um Unterbrechung der Sitzung für vierundzwanzig Stunden, da er sich auf unsere so weittragende Antwort hin mit seinen Kollegen beraten müsse. Ich hoffe, Trotzki macht keine Schwierigkeit. Wenn die Polen zugezogen werden könnten, so wäre dies ein Vorteil. Das Schwierige ist, daß auch die Deutschen die Polen lieber nicht wollen, weil sie die antipreußische Stimmung derselben kennen.

11. Januar 1918.

Radek hat einen Auftritt mit dem deutschen Chauffeur gehabt, was ein Nachspiel hatte. General Hoffmann hat den Russen Autos zur Verfügung gestellt, damit fahren sie spazieren; diesmal nun war das Auto nicht rechtzeitig da, und Radek machte dem Chauffeur eine grobe Szene, letzterer beschwerte sich, und Hoffmann nahm den Chauffeur in Schutz. Trotzki scheint Hoffmanns Standpunkt berechtigt zu finden, und er hat der ganzen Delegation verboten,

überhaupt noch spazieren zu fahren. Jetzt haben sie es. Recht geschieht ihnen.

Keiner hat gemuckst. Überhaupt haben sie einen heiligen Respekt vor Trotzki. Auch bei den Sitzungen darf keiner den Mund aufmachen, wenn Trotzki dabei ist.

12. Januar 1918.

Hoffmann hat seine unglückliche Rede gehalten. Seit Tagen laboriert er daran und war auf den Erfolg sehr stolz. Kühlmann und ich haben ihm nicht verhehlt, daß er nichts anderes damit erreicht, als das Hinterland gegen uns aufzuhetzen. Das hat einen gewissen Eindruck auf ihn gemacht, welcher jedoch durch das prompt eintreffende Lob Ludendorffs verwischt wurde. Die Situation ist jedenfalls verschärft, was überflüssig war.

15. Januar 1918.

Heute erhielt ich einen Brief eines unserer Statthalter, welcher mich darauf aufmerksam macht, daß die durch Nahrungsmangel hervorgerufene Katastrophe unmittelbar vor der Tür stehe.

Ich telegraphiere sofort an den Kaiser nachstehend:

„Ich erhielt soeben einen Brief des Statthalters N. N., welcher alle meine Eurer Majestät immer wiederholten Befürchtungen rechtfertigt und konstatiert, daß wir in der Ernährungsfrage unmittelbar vor der Katastrophe stehen. Die durch die Frivolität und Unfähigkeit der Minister eingetretene Situation ist furchtbar, und ich fürchte, es ist bereits zu spät, um den völligen Niederbruch, welcher in den nächsten Wochen zu erwarten ist, aufzuhalten. Mein Gewährsmann schreibt darüber: ‚Von Ungarn erhalten wir nur geringe Mengen, von Rumänien noch zehntausend Waggons Mais, es bleibt dann ein Abgang von mindestens dreißigtausend Waggons Getreide, ohne welche wir einfach zugrundegehen müssen. Ich ging, als ich diese Sachlage erfahren habe, zum Ministerpräsidenten, um mit ihm hierüber zu sprechen. Ich sagte, wie die Situation ist, es wird

in wenigen Wochen unsere Kriegsindustrie, unser Bahnverkehr stillstehen, die Versorgung der Armee wird unmöglich sein, sie muß zusammenbrechen, und diese Katastrophe muß zum Zusammenbruche Österreichs und infolgedessen auch Ungarns führen. Er beantwortete mir jede einzelne dieser Fragen mit ‚Ja, so ist es' und fügte bei, es geschehe alles, um eine Änderung herbeizuführen, insbesondere bezüglich der ungarischen Lieferungen. Niemand aber, auch nicht Seiner Majestät, sei es gelungen, etwas zu erzielen. Man könne nur hoffen, daß ein Deus ex machina uns vor dem Ärgsten bewahren werde.'"

Ich fügte dem bei:

„Ich finde keine Worte, um den apathischen Zustand Seidlers richtig zu kennzeichnen. Wie oft und wie inständigst habe ich Euer Majestät gebeten, endlich energisch einzugreifen und Seidler einerseits, Hadik andererseits zu zwingen, Ordnung zu machen. Noch von hier aus habe ich Euer Majestät schriftlich beschworen, zu handeln, solange es noch Zeit ist. Alles war umsonst."

Ich entwickelte sodann, daß die einzige Hilfe noch darin bestehen könne, raschestens eine Aushilfe aus Deutschland zu bekommen und sodann die zweifellos in Ungarn noch vorhandenen Vorräte mit Gewalt zu requirieren, und ich bat den Kaiser zum Schlusse, dem österreichischen Ministerpräsidenten Kenntnis von diesem Telegramm zu geben.

16. Januar 1918.

Verzweifelte Hilferufe aus Wien um Nahrungsmittel. Ich möge mich sofort an Berlin um Hilfe wenden, da sonst die Katastrophe vor der Tür stehe. Ich antwortete folgendes an General Landwehr:

„Dr. Kühlmann telegraphierte nach Berlin, hat jedoch wenig Hoffnung auf Erfolg. Die einzige Hoffnung besteht noch darin, daß Seine Majestät, wie ich geraten habe, sofort und dringendst selbst an Kaiser Wilhelm telegraphiert.

Ich behalte mir vor, nach meiner Rückkehr vor Seiner Majestät meinen Standpunkt zu vertreten, dahingehend, daß es unmöglich ist, die äußere Politik noch weiterzuführen, wenn der Ernährungsapparat in der zutage getretenen Form versagt. Noch vor wenigen Wochen haben Euer Exzellenz ganz positiv gesagt, daß wir bis zur neuen Ernte werden durchhalten können."

Gleichzeitig telegraphierte ich an den Kaiser:

„Die einlaufenden Telegramme beweisen, daß die Situation bei uns kritisch zu werden beginnt. Was die Nahrungsfrage anbelangt, so werden wir dem Niederbruch nur unter zwei Bedingungen entgehen können: erstens, daß uns Deutschland provisorisch aushilft, zweitens daß wir dieses Provisorium benutzen, um in dem unter jeder Kritik funktionierenden Ernährungsapparat Ordnung zu machen und die in Ungarn noch bestehenden Vorräte noch zu erfassen.

Ich habe Dr. Kühlmann soeben die ganze Situation geschildert, und derselbe wird nach Berlin telegraphieren. Er sieht jedoch sehr schwarz, da Deutschland selbst großen Mangel besitzt. Ich glaube, die einzige Hoffnung auf einen Erfolg dieser Demarche wäre die, daß Euer Majestät sofort ein durch die militärischen Organe zu entsendendes Hughestelegramm direkt an Kaiser Wilhelm schicken, worin Sie ihn dringend bitten, selbst zu intervenieren, um durch ein Aushelfen an Getreide den sonst unvermeidlichen Ausbruch der Revolution zu hindern. Ich mache noch ganz ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Beginn der Unruhen bei uns im Hinterlande einen Friedensschluß hier definitiv unmöglich gemacht haben wird. Sowie die russischen Unterhändler merken, daß die Revolution bei uns im Anzuge ist, schließen sie keinen Frieden, da ihre ganze Spekulation auf diesen Faktor berechnet ist."

17. Januar 1918.

Schlechte Nachrichten aus Wien und Umgebung; große Streikbewegung, die auf gekürzte Mehlquote und auf den

schleppenden Verlauf der Brester Verhandlungen zurückzuführen ist. Die Schwäche des Wiener Ministeriums scheint ins Aschgraue zu gehen.

Ich habe nach Wien telegraphiert, daß ich Hoffnung habe, mit der Zeit Vorräte aus der Ukraine zu sichern, wenn es nur gelingt, noch die nächsten Wochen die Ruhe bei uns aufrechtzuerhalten, und habe die Herren beschworen, ihr möglichstes zu tun, um den hiesigen Frieden nicht zu verderben. Am selben Tage abends telegraphierte ich an Ministerpräsident Dr. Seidler:

„Ich bedauere lebhaft, nicht die Macht zu besitzen, um alle die Fehler, welche die mit der Ernährung betrauten Ressorts gemacht haben, zu paralysieren.

Deutschland erklärt kategorisch, nicht helfen zu können, da es selbst zu wenig besitze.

Hätten Euer Exzellenz oder Ihre Ressorts rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, so wäre noch die Möglichkeit gewesen, rumänische Vorräte herbeizuschaffen. Wie die Dinge jetzt liegen, so sehe ich keinen anderen Ausweg, als durch brutalste Gewalt so lange ungarisches Getreide zu requirieren und nach Österreich zu schaffen, bis das rumänische und hoffentlich auch ukrainische Getreide kommen kann."

20. Januar 1918.

Die Verhandlungen sind zu dem Ende gekommen, daß Trotzki erklärt, die für ihn unannehmbaren Forderungen der Deutschen in Petersburg vorlegen zu wollen, sich jedoch bindend verpflichtet, zurückzukehren. Die Zuziehung der Vertreter aus den Randprovinzen will er nur, wenn er sich die Personen aussuchen kann. Das ist unannehmbar. Mit den Ukrainern, welche sich trotz ihrer Jugend als gewachsen, die für sie günstige Situation auszunutzen, entpuppen, gehen die Verhandlungen auch nur mühsam vom Fleck. Erst verlangten sie Ostgalizien für die neue „Ukraina". Das war nicht diskutabel. Dann wurden sie bescheidener, aber seitdem bei

uns Unruhen ausgebrochen sind, wissen sie, wie es bei uns steht, und daß wir Frieden schließen müssen, um Getreide zu bekommen. Jetzt verlangen sie eine Sonderstellung Ostgaliziens. Die Frage muß in Wien entschieden werden, und das österreichische Ministerium muß das entscheidende Wort sprechen.

Seidler und Landwehr erklären nochmals telegraphisch, ohne ukrainisches Getreide sei die Katastrophe unmittelbar bevorstehend. In der Ukraine sind Lebensmittel, wenn wir sie herausbekommen, so kann das Ärgste vermieden werden.

Die Situation ist folgende: Ohne Zuschübe von außen muß — laut Seidler — das Massensterben in wenigen Wochen einsetzen. Deutschland und Ungarn liefern nichts mehr. Alle Boten berichten, daß die Ukraine große Überschüsse hat. Die Frage ist nur, ob wir sie rechtzeitig herausbekommen. Ich hoffe es. Wenn wir aber nicht rasch zum Frieden kommen, so werden sich die Unruhen zu Hause wiederholen, und mit jeder Demonstration in Wien wird der Friede hier teurer — denn die Herren Sewrjuk und Lewicky lesen den Grad unserer Hungersnot an diesen Unruhen ab wie an einem Thermometer. Wenn die Leute, die diese Demonstrationen gemacht haben, wüßten, wie sehr sie sich damit die Zufuhr ukrainischer Lebensmittel erschwert haben! Wir waren so nahe daran, abzuschließen!

Die ostgalizische Frage werde ich dem österreichischen Ministerium überlassen; die muß in Wien entschieden werden. Die Cholmer Frage nehme ich auf mich. Ich kann und darf, um uns die polnischen Sympathien zu erhalten, nicht zuschauen, wie Hunderttausende verhungern, solange noch eine Möglichkeit der Hilfe besteht.

21. Januar 1918.

Reise nach Wien. Der Eindruck der Wiener Unruhen ist noch größer, als ich dachte, und wirkt katastrophal. Die Ukrainer verhandeln nicht mehr, sie diktieren!

In der Bahn fand ich beim Nachlesen früherer Protokolle die Aufzeichnungen über die am 1. August mit Michaelis

stattgehabten Besprechungen. Nach diesen sagte damals Unterstaatssekretär von Stumm:

„Das Auswärtige Amt stünde mit den Ukrainern in Verbindung, und sei die separatistische Bewegung in der Ukraine sehr stark. Zur Förderung ihrer Bewegung stellten die Ukrainer das Verlangen, es möge ihnen die Vereinigung mit dem Gouvernement Cholm und mit den von Ukrainern bewohnten Gebieten Ostgaliziens zugesagt werden. Solange nun Galizien zu Österreich gehöre, sei das Verlangen nach Ostgalizien unerfüllbar. Etwas anderes wäre es, wenn Galizien mit Polen vereinigt sei, dann sei eine Abtretung Ostgaliziens möglich."

Es scheint, daß die leidige Angelegenheit schon seit langem durch die Deutschen präjudiziert ist.

Am 22. Januar fand die Beratung statt, welche über die ukrainische Frage entschieden hat. Der Kaiser leitete die Debatte ein, worauf er mir das Wort erteilte. Ich entwickelte vorerst die Schwierigkeiten, welche sich einem Frieden mit Petersburg entgegenstellen, und welche aus den obigen Aufzeichnungen meines Tagebuches bereits bekannt sind. Ich gab meinem Zweifel Ausdruck, ob es gelingen werde, zu einem allgemeinen Frieden unserer Gruppe mit Petersburg zu gelangen. Sodann entwickelte ich den Verlauf der Verhandlungen mit den Ukrainern. Ich berichtete, daß die Ukrainer ursprünglich die Abtretung Ostgaliziens gefordert hätten, was ich abgelehnt habe. Ebenso hätten sie bezüglich der ruthenischen Gebiete Ungarns Postulate gestellt, die an meiner Weigerung gescheitert wären. Jetzt forderten sie die Zweiteilung Galiziens und die Schaffung einer selbständigen österreichischen Provinz aus Ostgalizien und der Bukowina. Ich betonte die schwerwiegenden Folgen, welche die Annahme des ukrainischen Postulates auf die weitere Entwicklung der austro-polnischen Frage haben müsse. Die Gegenleistung der Ukrainer solle darin bestehen, daß in dem Friedensinstrument ein Handelsabkommen getroffen werde,

welches uns den sofortigen Bezug von Getreide ermöglicht. Ferner würde Österreich-Ungarn für die in der Ukraine lebenden Polen vollste Reziprozität fordern.

Ich betonte ausdrücklich, daß ich es für meine Pflicht halte, über den Stand der Friedensverhandlungen zu referieren, daß die Entscheidung nicht bei mir liegen könne, sondern bei dem Gesamtministerium, vor allem beim österreichischen Ministerpräsidenten. Die österreichische Regierung müßte entscheiden, ob dieses Opfer gebracht werden könne oder nicht, wobei ich allerdings den Herren keinen Zweifel darüber ließ, daß wir bei Ablehnung der ukrainischen Wünsche wahrscheinlich auch mit diesem Lande zu keinem Ergebnis kommen, daher gezwungen sein würden, ohne irgendeinen Frieden von Brest-Litowsk nach Hause zu kommen.

Nach mir ergriff der Ministerpräsident Dr. von Seidler das Wort, betonte vor allem die Notwendigkeit eines sofortigen Friedensschlusses und beleuchtete sodann die Frage der Schaffung eines ukrainischen Kronlandes insbesondere vom parlamentarischen Standpunkte aus. Der Ministerpräsident meinte, er werde auch trotz der zu erwartenden heftigen Opposition der Polen eine Zweidrittelmajorität für die Annahme des einschlägigen Gesetzentwurfes in dem Hause finden. Er verschließe sich nicht der Wahrheit, daß die Lösung heftige parlamentarische Kämpfe heraufbeschwören werde, betonte jedoch nochmals seine Hoffnung auf die Erhaltung einer Zweidrittelmajorität selbst gegen die polnische Delegation. Nach Seidler sprach der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle. Er begrüßte vor allem, daß den Ukrainern keine Konzessionen betreffs der in Ungarn lebenden Ruthenen gemacht worden seien. Eine reinliche Abgrenzung der Nationalitäten sei in Ungarn undurchführbar. Die ungarländischen Ruthenen seien nebenbei auf einer noch zu tiefen Kulturstufe, um ihnen nationale Selbständigkeit zu geben. Dr. Wekerle warnte nachdrücklichst, auch in Österreich eine Einmengung von außen zu gestatten,

die Gefahr eines solchen Schrittes sei sehr groß, wir kämen damit auf eine schiefe Ebene und müßten an dem Standpunkte festhalten, daß die Monarchie jedwede Einmengung von außen konsequent ablehne. Resümierend sprach sich doch Wekerle gegen den Standpunkt des österreichischen Ministerpräsidenten aus.

Ich ergriff darauf ein zweites Mal das Wort, um zu erklären, daß ich mir der eminenten Tragweite und der großen Gefahren, welche dieser Schritt involviere, vollständig bewußt sei. Es sei wahr, daß wir uns dadurch auf eine schiefe Ebene begäben, aber wenn nicht alles trüge, so befänden wir uns bereits seit langer Zeit aus Gründen des Krieges auf dieser schiefen Ebene und könnten nicht wissen, bis wohin wir noch hinabgleiten würden. Ich stellte die positive Frage an Dr. Wekerle, was ein verantwortlicher Leiter der äußeren Politik machen solle, wenn ihm sowohl der österreichische Ministerpräsident als die beiden Ernährungsminister übereinstimmend erklärten, die ungarische Aushilfe an Nahrungsmitteln könne uns nur mehr über die nächsten zwei Monate hinweghelfen, und nach dieser Zeit sei der Zusammenbruch vollständig unvermeidlich, wenn wir nicht von irgendeiner anderen Seite Getreidezuschübe erhielten. Als Dr. Wekerle mir bei diesen Ausführungen widersprechend ins Wort fiel, erklärte ich, daß, falls er, Wekerle, Getreide nach Österreich liefern würde, ich der erste wäre, mich mit Freude auf seinen Standpunkt zu stellen, solange er aber auf seiner kategorischen Weigerung verharre und uns nichts liefern zu können behaupte, befänden wir uns in der Situation eines Mannes, welcher im dritten Stock eines brennenden Hauses sei und, um sich zu retten, aus dem Fenster herausspringe. Der Mann werde in diesem Augenblicke nicht daran denken, ob er sich die Beine breche oder nicht, er werde den möglichen Tod dem sicheren vorziehen. Wenn die Situation tatsächlich so sei, daß wir in zwei Monaten ohne alle Nahrungsmittel dastünden, dann müßten wir die Konsequenzen aus dieser

Sachlage ziehen. Dr. Seidler ergriff hierauf ein zweites Mal das Wort und stimmte meinen Ausführungen vollinhaltlich zu.

Im Laufe der weiteren Debatte wurde die Wahrscheinlichkeit des definitiven Scheiterns der austro-polnischen Lösung im Zusammenhang mit dem ukrainischen Frieden besprochen und die Frage ventiliert, welche neue Konstellation sich aus diesem Scheitern ergeben würde. Sodann ergriff Sektionschef Dr. Gratz das Wort, um über diese Frage zu referieren. Dr. Gratz betonte, daß die austro-polnische Lösung auch ohne die Annahme der ukrainischen Forderungen scheitern müsse, da die deutschen Postulate die Lösung unmöglich machten. Die Deutschen forderten, abgesehen von ganz enormen territorialen Beschneidungen Kongreß-Polens, die Niederhaltung der polnischen Industrie, das Miteigentumsrecht bei den polnischen Eisenbahnen und Staatsdomänen sowie die Überwälzung eines Teiles der Kriegsschuld auf die Polen. Ein so geschwächtes, kaum lebensfähiges Polen, welches naturgemäß äußerst unzufrieden sein müsse, könnten wir nicht an uns anschließen. Dr. Gratz verfocht den Standpunkt, daß es klüger wäre, auf das schon einmal in allgemeiner Form diskutierte Programm zurückzukommen, jenes Projekt, welches das vereinigte Polen an Deutschland überläßt und dafür den Anschluß Rumäniens an die Monarchie durchsetzen wollte. Dr. Gratz entwickelte des längeren den diesbezüglichen Standpunkt. Der Kaiser resümierte sodann die zutagegetretenen Meinungen dahin, daß vor allem der Friede mit Petersburg und der Ukraine anzustreben und daß mit der Ukraine auf Grund der Zweiteilung Galiziens in Verhandlungen einzutreten sei. Die Frage, ob die austro-polnische Lösung definitiv fallen zu lassen sei, wurde nicht endgültig gelöst, sondern vorerst zurückgestellt.

Am Schlusse ergriff noch der gemeinsame Finanzminister Burian das Wort, welcher ebenso wie Dr. Wekerle vor dem österreichischen Standpunkte warnte. Burian betonte, daß

der Krieg wohl die innere Struktur der Monarchie ändern werde, diese Umformung aber müsse von innen und nicht von außen kommen, falls sie der Monarchie zum Segen gereichen solle. Er betonte ferner, daß, wenn der österreichische Standpunkt der Zweiteilung Galiziens durchgehen sollte, die hierbei einzuschlagende Form von großer Bedeutung sei. Baron Burian riet, eine diesbezügliche Klausel nicht in das Friedensinstrument aufzunehmen, sondern in einem geheimen Annex festzulegen. In dieser Form sehe er, Burian, noch die einzige Möglichkeit, die schweren Folgen des von der österreichischen Regierung gewünschten Vorgehens abzuschwächen. —

Soweit die in meinem Tagebuch vorhandenen Aufzeichnungen der Beratung. Die österreichische Regierung war daher von dem mit der Ukraine projektierten Abkommen nicht nur rechtzeitig verständigt; es erfolgte dasselbe vielmehr auf ihren direkten Wunsch, auf ihre Ingerenz und unter ihrer Verantwortung.

28. Januar 1918.

Abends in Brest eingetroffen.

29. Januar 1918.

Trotzki eingetroffen.

30. Januar 1918.

Die erste Plenarsitzung hat stattgefunden. Es ist kein Zweifel, daß die revolutionären Vorgänge in Österreich und in Deutschland die Hoffnungen auch der Petersburger auf Umsturz ins Ungeheuerliche gesteigert haben, und es scheint mir so gut wie ausgeschlossen, mit den Russen noch zu einem Resultate kommen zu können. Es transpiriert aus der Umgebung der Russen, daß sie den Ausbruch der Weltrevolution positiv für die nächsten Wochen in Aussicht stellen, und ihre Taktik geht dahin, etwas Zeit zu gewinnen und diesen Moment abzuwarten. Die Konferenz bot kein besonderes Ergebnis, nur Sticheleien zwischen Kühlmann und Trotzki. Heute ist die erste Kommissionssitzung über territoriale

Fragen, wo ich den Vorsitz übernehmen und unsere territorialen Angelegenheiten behandeln werde.

Das einzig Interessante an der neuen Konstellation scheint das zu sein, daß das Verhältnis zwischen Petersburg und Kiew sich bedeutend verschlechtert hat und die Kiewer Kommission überhaupt nicht mehr als selbständige von den Bolschewiki anerkannt wird.

1. Februar 1918.

Sitzung unter meinem Vorsitz über territoriale Fragen mit den Petersburger Russen. Meine Absicht geht dahin, die Petersburger und die Ukrainer gegeneinander auszuspielen und wenigstens entweder mit den einen oder den anderen zum Frieden zu kommen. Ich habe dabei noch die leise Hoffnung, daß der Friedensschluß mit der einen Partei einen so starken Druck auf die andere ausüben wird, daß man eventuell doch mit beiden zu einem Frieden kommen kann.

Wie zu erwarten, erklärte sich Trotzki auf meine Frage, ob er anerkenne, daß die Ukrainer allein über ihre Grenze mit uns verhandeln dürfen, auf das allerentschiedenste dagegen, worauf ich nach kurzer Hin- und Herrede vorschlug, die Sitzung zu vertagen und eine Plenarsitzung einzuberufen, damit die Kiewer und Petersburger die Fragen untereinander bereinigen könnten.

2. Februar 1918.

Ich habe die Ukrainer ersucht, endlich einmal offen mit den Petersburgern zu sprechen, und der Erfolg war ein fast allzu großer. Die Grobheiten, die die ukrainischen Vertreter den Petersburgern heute an den Kopf geworfen haben, waren direkt grotesk und beweisen, welche Kluft zwischen diesen beiden Regierungen liegt, und daß es nicht unsere Schuld ist, wenn wir sie nicht unter einen Friedenshut bringen können. Trotzki war in einem aufgelösten Zustande, daß er einem leid tun konnte. Ganz blaß, sah er krampfhaft vor sich hin und zeichnete nervös auf seinem Fließpapier. Dicke Schweißtropfen perlten auf seiner Stirn herunter. Das

peinliche Gefühl, von den eigenen Mitbürgern in Gegenwart der Feinde beschimpft zu werden, muß er tief empfunden haben.

Kürzlich waren die beiden Brüder Richthofen hier. Der ältere hat etliche sechzig, der jüngere „nur" etliche dreißig feindliche Flieger im Luftkampfe abgeschossen. Der ältere hat ein Gesicht wie ein junges, hübsches Mädchen. Er erzählte mir, „wie man das macht". Es sei sehr einfach; man müsse nur ganz nahe an den feindlichen Flieger heran, von rückwärts, und dann fest schießen — dann fiele der andere herunter. Nur müsse der Mensch den „eigenen Schweinehund" besiegen und sich nicht davor scheuen, ganz nahe an den Gegner heranzufliegen. Moderne Helden.

Zwei hübsche Geschichten wurden anläßlich der beiden Richthofen erzählt:

Die Engländer hatten einen Preis auf den Kopf des älteren gesetzt. Als Richthofen dies erfuhr, ließ er ihnen durch Flugzettel sagen, um ihnen die Arbeit zu erleichtern, damit sie ihn leichter erkennen, werde sein Apparat von morgen an grellrot gestrichen sein. Als seine Staffel den nächsten Morgen aus dem Hangar herauskam, waren alle Apparate grellrot. Einer für alle und alle für einen.

Die zweite Geschichte: Richthofen und ein Engländer kreisten umeinander und beschossen sich wie rasend. Sie kamen immer näher, und schon konnten sie ganz deutlich gegenseitig ihre Gesichtszüge erkennen. Plötzlich spießt sich etwas an dem Maschinengewehre Richthofens, und er kann nicht mehr schießen. Der Engländer blickt erstaunt herüber, und als er die Lage Richthofens bemerkt, winkt er mit der Hand, wendet ab und fliegt davon. Fair play! Ich möchte diesen Engländer kennen, um ihm zu sagen, daß er in meinen Augen größer ist als die Helden der Antike.

3. Februar 1918.

Abreise nach Berlin. Kühlmann, Hoffmann, Colloredo.

4. Februar 1918.

Ankunft in Berlin. Nachmittags nichts, da die Deutschen untereinander beraten.

5. Februar 1918.

Den ganzen Tag Sitzung. Ich geriet mehrmals heftig mit Ludendorff aneinander. Die wünschenswerte Klarheit ist, wenn auch noch nicht erreicht, doch jedenfalls im Zuge. Es handelt sich neben der Klarstellung der Taktik für Brest darum, endlich einmal schriftlich festzulegen, daß wir nur für den vorkriegerischen Besitzstand Deutschlands zu kämpfen verpflichtet sind. Ludendorff opponierte heftig und sagte: „Wenn Deutschland ohne Profit Frieden macht, so hat es den Krieg verloren."

Als sich die Kontroverse immer mehr zuspitzte, stieß mich Hertling an und flüsterte mir zu: „Lassen Sie ihn, wir zwei werden das zusammen machen ohne Ludendorff."

Ich werde das Elaborat jetzt sofort ausarbeiten und Hertling einsenden.

Abend: Essen bei Hohenlohe.

6. Februar 1918.

Abends Ankunft in Brest. Wiesner hat unermüdlich und ausgezeichnet gearbeitet; die Situation ist auch dadurch geklärter, daß durch die gestern erfolgte Ankunft des österreichischen Ruthenenführers Nikolay Wassilko, trotzdem er, offenbar angeeifert durch die Rolle, die seine russisch-ukrainischen Genossen jetzt in Brest spielen, national hier viel chauvinistischer spricht, als ich ihn in Wien zu kennen glaubte, wir uns endlich über das Mindestmaß der ukrainischen Forderungen klar sind. Ich habe in Berlin geraten, mit den Ukrainern so rasch als möglich abzuschließen. Dann würde ich im Namen Deutschlands mit Trotzki zu verhandeln beginnen und sehen, ob ich nicht durch ein Gespräch unter vier Augen mit ihm darüber Klarheit schaffen könne, ob eine Einigung möglich sei oder nicht. Das ist eine Idee von Gratz. Nach einigem Widerstreben gaben sie das zu, und am

7. Februar 1918

fand meine Unterredung mit Trotzki statt. Ich habe Gratz mitgenommen, welcher alle meine an ihn gestellten Erwartungen noch weit übertroffen hat. Ich begann damit, Trotzki zu sagen, daß ich den Eindruck hätte, daß der Abbruch und die Wiederaufnahme des Krieges unmittelbar bevorstünden, und wissen möchte, ob dies ganz unvermeidlich sei, bevor der folgenschwere Schritt getan sei. Ich bitte daher Herrn Trotzki, mir offen und klar jene Bedingungen zu sagen, die er akzeptieren könne. Trotzki entwickelte darauf in sehr offener und klarer Weise, daß er gar nicht so naiv sei, wie wir anzunehmen schienen, daß er ganz genau wisse, daß die Macht das stärkste aller Argumente sei, und daß die Zentralmächte imstande seien, Rußland die Provinzen zu nehmen. Er habe mehrmals schon in Konferenzen Kühlmann die Brücke bauen wollen und ihm gesagt, es handle sich nicht um das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker in den okkupierten Provinzen, sondern um nackte brutale Annexionen, und der Macht müsse er sich beugen. Niemals werde er seine Prinzipien aufgeben, und niemals werde er erklären, er anerkenne diese Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die Deutschen mögen klipp und klar erklären, welche die Grenzen seien, die sie fordern, er werde darauf vor ganz Europa feststellen, daß es sich um eine brutale Annexion handle, daß Rußland aber zu schwach sei, um diese zu verteidigen. Bloß die Moonsund-Inseln scheinen ihm einen unverdaulichen Bissen darzustellen. In zweiter Linie, und das ist sehr bezeichnend, erklärte Trotzki, er könne niemals zugeben, daß wir einen Frieden mit der Ukraine schließen, denn die Ukraine sei nicht mehr in der Hand der Rada, sondern in der seiner Truppen. Sie bilde einen Teil Rußlands, und ein Friedensschluß mit dieser würde eine Einmischung in die internen Angelegenheiten Rußlands bedeuten. Die Angelegenheit scheint so zu stehen, daß vor zirka zehn Tagen tatsächlich die russischen Truppen

in Kiew eingetroffen waren, seitdem aber wieder verjagt sind und die Rada nach wie vor wieder die Macht in Händen hat. Ob Trotzki über letzteres nicht informiert ist, oder ob er absichtlich die Unwahrheit spricht, ist nicht sicher, doch scheint mir eher ersteres der Fall zu sein.

Die letzte Hoffnung, mit Petersburg zu einer Verständigung zu kommen, ist geschwunden. In Berlin wurde eine Aufforderung der Petersburger Regierung aufgefangen, welche die deutschen Soldaten aufhetzt, den Kaiser und die Generale zu ermorden und sich mit den Sowjets zu verbrüdern. Daraufhin kam ein Telegramm Kaiser Wilhelms an Kühlmann mit dem Befehle, sofort Schluß zu machen und außer Kurland und Litauen auch noch die unbesetzten Gebiete Livlands und Estlands zu verlangen — alles, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu berücksichtigen.

Die Gemeinheit dieser Bolschewisten macht Verhandlungen unmöglich. Ich kann es Deutschland nicht verargen, daß dieses Vorgehen sie empört; aber der Auftrag von Berlin darf dennoch nicht durchgeführt werden. Livland und Estland wollen wir nicht auch noch hineinziehen.

8. Februar 1918.

Heute abend soll der Friede mit der Ukraine unterschrieben werden. Der erste Friede in diesem fürchterlichen Kriege. Ob nun die Rada wirklich noch in Kiew sitzt? Wassilko zeigt mir eine Hughesdepesche, datiert vom 6. d. M. aus Kiew an die hiesige ukrainische Delegation, und Trotzki hat meinen Vorschlag, einen österreichischen Generalstabsoffizier an Ort und Stelle zu entsenden, damit er uns authentische Nachricht bringe, abgelehnt. Offenbar also war seine Behauptung, die Bolschewiken wären schon Herren der Ukraine, doch nur eine List! Übrigens meldet Gratz, daß Trotzki, den er heute früh sprach, über unsere Absicht, doch heute den ukrainischen Frieden fertigzustellen, sehr deprimiert sei. Das bestärkt mich in dem Entschluß, zu

unterschreiben. Gratz hat für morgen eine Sitzung mit den Petersburgern vereinbart, da wird Klarheit geschaffen werden, ob eine Einigung möglich ist oder der Abbruch unvermeidlich. Jedenfalls ist kein Zweifel, daß das Brester Intermezzo mit großen Schritten seinem Ende entgegengeht.

Nach Abschluß des Friedens mit der Ukraine erhielt ich vom Kaiser nachstehendes Telegramm:

„Hofzug, 9. Februar 1918.

Tief ergriffen und beglückt von der Nachricht über den Abschluß des Friedens mit der Ukraine sage Ich Ihnen, lieber Graf Czernin, aus vollem Herzen Dank für Ihre zielbewußte und erfolgreiche Arbeit.

Sie haben Mir damit den schönsten Tag Meiner bisher recht sorgenreichen Regierungszeit bereitet, und Ich flehe zu Gott dem Allmächtigen, daß er Ihnen weiter helfen möge auf dem harten Pfade — zum Wohle der Monarchie und ihrer Völker.

Karl."

11. Februar 1918.

Trotzki lehnt es ab, zu unterschreiben. Der Krieg ist aus, aber Friede ist keiner.

Die desaströse Wirkung der Wiener Unruhen erhellt aus nachstehender Meldung des Herrn von Skrzynski, de dato Montreux vom 12. Februar 1918. Skrzynski schreibt: „Ich höre von verläßlicher Quelle, daß Frankreich folgende Parole ausgegeben hat: On était déjà tout disposé à commencer à causer avec l'Autriche. Maintenant on se demande, si elle est encore assez solide pour le rôle qu'on voulait lui faire jouer. On craint de baser toute une politique sur un état que menace déjà peut-être le sort de la Russie." Und Skrzynski fügt bei: „In den allerletzten Tagen hörte ich: On s'est décidé d'attendre quelque temps."

Unsere Situation während der Verhandlungen mit Petersburg war demnach die folgende: Es war unmöglich, die

Deutschen zu veranlassen, sich auf den Standpunkt des Verzichtes von Kurland und Litauen zu stellen. Die physische Macht hatten wir nicht. Der Druck, der von der Obersten Heeresleitung einerseits ausgeübt wurde, und das unaufrichtige Spiel der Russen andererseits machte dies unmöglich. Wir standen daher vor der Alternative, entweder uns bei der Unterzeichnung des Friedens von Deutschland zu trennen und ein separates Friedensinstrument zu unterschreiben oder gemeinsam mit den drei Bundesgenossen den Frieden zu fertigen, welcher die versteckte Annexion der russischen Randprovinzen enthielt.

Die erstere Alternative involvierte die große Gefahr, daß der in dem Vierbunde bereits sichtbare Riß zur Kluft erweitert werde. Der Vierbund vertrug solche Experimente nicht mehr. Wir standen vor der letzten gewaltigen militärischen Anstrengung, und die Geschlossenheit des Vierbundes durfte unter keiner Bedingung neuerlich erschüttert werden. Auf der anderen Seite war die Gefahr vorhanden, daß Wilson, der einzige Staatsmann der Welt, welcher bereit war, dem Gedanken eines Verständigungsfriedens näherzutreten, durch den Friedensschluß ein falsches Bild unserer Intentionen erhalte. Ich hoffte damals — und darin habe ich mich nicht getäuscht —, daß dieser eminente Kopf die Situation durchblicken und erkennen werde, daß wir uns in einer Zwangslage befinden. Seine früher erwähnten, nach dem Brester Frieden an unsere Adresse gehaltenen Reden haben die Richtigkeit meiner Vermutung bestätigt.

Der Friede mit der Ukraine ist unter dem Drucke der ausbrechenden Hungersnot zustandegekommen. Er trägt das Charakteristikon seiner Geburt an sich. Das ist richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß wir trotz des Faktums, daß wir bedeutend weniger aus der Ukraine erhalten haben als wir hofften, ohne diese Zuschübe überhaupt nicht hätten bis zur neuen Ernte leben können. Statistisch nachweisbar

sind aus der Ukraine im Frühjahr und Sommer 1918 zweiundvierzigtausend Waggons eingetroffen. Es wäre unmöglich gewesen, diese Lebensmittel von irgendwo anders zu verschaffen. Millionen von Menschen sind dadurch von dem Hungertode gerettet worden, das mögen diejenigen bedenken, die den Frieden verurteilen.

Es ist ferner zweifellos, daß dank der großen Vorräte, welche in der Ukraine vorhanden waren, eine unvergleichlich größere Menge nach Österreich hätte gelangen können, wenn der Aufbringungs- und Transportapparat anders funktioniert hätten.

Der Herr Staatssekretär für Ernährungswesen hat mir auf mein Ersuchen im Mai 1919 folgende statistische Daten zur Veröffentlichung gegeben:

„Kurze Darstellung der Organisation der Einfuhr von Getreide aus der Ukraine (auf Grund des Brest-Litowsker Friedens) und deren Ergebnisse:

Nachdem es zunächst mit großen Anstrengungen gelungen war, ein angemessenes Übereinkommen mit Deutschland über die Aufteilung der ukrainischen Bezüge herbeizuführen, wurde eine Mission nach Kiew abgesendet, in der nicht nur Regierungsbeamte, sondern auch die bestqualifizierten und erfahrensten Fachleute, die die Regierung heranziehen konnte, vertreten waren.

Auch Deutschland und Ungarn hatten Fachleute entsendet, darunter Persönlichkeiten, die über eine dezennienlange Erfahrung im russischen Getreidegeschäfte verfügten, und die im Dienste sowohl deutscher wie auch ententistischer Getreidefirmen gestanden waren (so zum Beispiel ehemalige Angestellte der maßgebenden französischen Getreidefirma Louis Dreyfuß).

Die offizielle Mission langte Mitte März in Kiew an und begann sofort ihre Arbeit. Schon verhältnismäßig kurze Zeit genügte, um zu erkennen, daß sich dieser Arbeit ganz außerordentliche Hindernisse entgegenstellten.

Die ukrainische Regierung, die in Brest-Litowsk erklärt hat, daß sehr große, angeblich eine Million Tonnen noch übersteigende Lebensmittelmengen ausfuhrfähig wären, war inzwischen von einem anderen Ministerium ersetzt worden. Das am Ruder befindliche Kabinett zeigte keine besondere Neigung oder wenigstens Eile, um eine Verpflichtung in dieser Höhe zu erfüllen, sondern war alsbald bemüht, zu beweisen, daß dies aus mannigfachen Gründen völlig unmöglich sei.

Dazu kam, daß im Brester Frieden förmlich ein Tausch Zug um Zug, Ausfuhrware gegen Ausfuhrware, vorgesehen war, aber weder Deutschland noch auch Österreich-Ungarn auch nur annähernd in der Lage waren, solche Warengegenwerte (verlangt wurden vor allem Textilien) zu liefern.

Man mußte demnach daran denken, die aufzukaufenden Waren zunächst kreditiert zu erhalten, und die ukrainische Regierung war auch nach längeren und keineswegs einfachen Verhandlungen geneigt, Valutakredite (gegen Gutschriften von Mark und Krone in Berlin und Wien) zur Verfügung zu stellen. Die bezüglichen Verträge sind zum Abschlusse gelangt, und es wurden im ganzen von den beiden Mittelmächten sechshundertdreiundvierzig Millionen Karbowanez darauf behoben.

Dagegen hat das Rubelsyndikat, das unter der Führung der deutschen Hochfinanz von den bedeutendsten Berliner, Wiener und Budapester Banken geschlossen wurde, in den ersten Monaten nur eine ganz geringe Tätigkeit entfalten können.

Schon das Zustandekommen dieses Syndikates war mit großen Schwierigkeiten, vor allem Zeitverlusten, verbunden, und auch dann erwies sich dieser Apparat als sehr schwerfällig. Jedenfalls hatte er nur verhältnismäßig geringe Rubelmengen aufgebracht, so daß die Einkaufsorganisation in der Ukraine besonders im Anfange unter chronischem Mangel an Zahlungsmitteln litt.

Allerdings hätte auch eine bessere Regelung der Geldfrage doch nur in einigen besser bevorräteten Bezirken eine entscheidende Änderung hervorgerufen, denn die grundlegende Schwierigkeit war eben der Mangel an Vorräten. Die Tatsache, daß Kiew und Odessa selbst ständig vor der Gefahr einer Brotkrise standen, kennzeichnet wohl am besten die Lage.

In der Ukraine machte sich eben die Tatsache der vierjährigen Kriegswirren und der bolschewistischen Zerstörungen (November 1917 bis März 1918) im stärksten Maße bemerkbar; Anbau und Ertrag waren überall zurückgegangen; soweit aber Vorräte vorhanden waren, sind sie von den Bolschewiken bei ihrem Rückzuge nach Norden teils zerstört, teils mitgenommen worden. Immerhin ergaben die im Lande angestellten Erhebungen das Vorhandensein gewisser, wenn auch bescheidener Bestände, und es wurde nun an dem Aufbau einer Einkaufsorganisation gearbeitet. Der ursprünglich von uns und Deutschland geplante freie Einkauf in der Ukraine konnte jedoch nicht in die Tat umgesetzt werden, denn die ukrainische Regierung erklärte, daß sie diese Organisation selbst aufstellen wolle, woran sie mit aller Eifersucht und Hartnäckigkeit festhielt. Nun war aber im Lande eine Autorität durch die Revolution und dann durch den bolschewikischen Einbruch vernichtet, die Bauernschaft radikalisiert, die Güter von Revolutionären besetzt und zerstückelt. Die Autorität der Regierung war somit zur Getreideaufbringung ganz und gar unzureichend; andererseits war sie aber immerhin (wie einzelne Fälle bewiesen) groß genug, um uns Hindernisse, ja unübersteigliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Man mußte also mit der Regierung zusammengehen, das heißt ein Kompromiß mit ihr herbeiführen. Nach wochenlangen Verhandlungen kam dies schließlich unter stärkstem diplomatischen Drucke zustande, und demgemäß wurde der Vertrag vom 23. April 1918 unterzeichnet.

Er sah die Errichtung einer deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftszentrale vor; praktisch gesprochen: ein großes Getreidekaufhaus, in das die Mittelmächte eine Reihe ihrer erfahrensten und mit den russischen Verhältnissen durch jahrelange Tätigkeit vertrauten Getreidefachleute entsendete.

Während aber noch dieser ganze Apparat in Aufstellung begriffen war, hatte man in Wien (unter dem Eindrucke der Ergebnisse einer Kaiserreise in Nordböhmen) die Geduld verloren; militärische Faktoren glaubten, dem Arbeiten einer kommerziellen Zivilorganisation in der militärisch besetzten Ukraine nicht länger zusehen zu sollen, und so wurde vom Generalstabe ein kaiserlicher Befehl erwirkt, durch den österreichisch-ungarische Heeresteile mit der Aufbringung in den von ihnen besetzten Bezirken betraut wurden. Zur Durchführung dieser Aktion wurde ein (bis dahin in Rumänien tätiger) General nach Odessa entsendet, der nun von dort aus eine militärische Separataktion einleitete. Als Zahlungsmittel wurden Kronen verwendet, die von Wien bezogen wurden. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt wurde durch einen kaiserlichen, an die Regierung ergangenen Auftrag veranlaßt, dem Kriegsministerium hundert Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen, welche Mittel vom Finanzapparat dieser Anstalt tatsächlich beigestellt wurden.

Diese militärische Aktion und ihre Durchführung hat die Zivilaktion während ihres Aufbaues sehr beeinträchtigt und weiters durch das starke Angebot an Kronennoten den Wert unserer Valuta in der Ukraine außerordentlich geschädigt. Überdies sind die so in der Ukraine in Verkehr gelangten Kronennoten durch Schmuggel über Schweden auf die skandinavischen und holländischen Märkte gelangt und haben dort einige Monate später zu dem bekannten Kurssturz der Krone ohne Zweifel beigetragen.

Die österreichisch-ungarische militärische Separataktion fand auf deutscher Seite eine sehr abfällige Beurteilung,

und als wir in höchster Lebensmittelnot (Mitte Mai) deutsche Aushilfen bis zur neuen Ernte erbitten mußten, wurden solche nur unter der Bedingung gewährt, daß militärische Sonderaktionen Österreich-Ungarns in Zukunft unterbleiben und die Führung in der Ukraine überhaupt an Deutschland übergeht.

Man hoffte damals auf stärkere Zufuhren, insbesondere aus Bessarabien, wo von deutscher Seite eine Aufbringungsorganisation eingerichtet worden war, deren Förderung die rumänische Regierung versprochen hatte. Diese Hoffnung wurde aber ebenso enttäuscht, wie im Juni und Juli die Ukraine immer mehr versagte. Das Land war eben jedweder größeren Vorräte fast gänzlich entblößt; dabei ist der Aufbringungsapparat niemals ordentlich in Gang gekommen, da das System der Höchstpreise durch die Überbietungen durch unser Militär vielfach gestört wurde.

Inzwischen waren alle Vorbereitungen für die Erfassung der Ernte 1918 getroffen worden. Die Aufbringungsorganisation war inzwischen etwas fester fundiert und ausgebaut worden, die notwendigen persönlichen Beziehungen waren vielfach geschaffen, und es wäre wohl möglich gewesen, größere Mengen aus dem Lande herauszubringen. Zunächst mußte aber der Bedarf der ukrainischen Städte gedeckt werden, wo vielfach geradezu Hungersnot herrschte, dann der Bedarf der ukrainischen und endlich der sehr bedeutenden deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen. Erst nach Schaffung gewisser Vorräte für diese Bedarfsgruppen wollte die ukrainische Regierung einen Export zulassen, welcher Standpunkt an sich gutgeheißen werden mußte.

Alsbald mußte allerdings erkannt werden, daß der Anbau im ganzen Lande außerordentlich zurückgegangen war — eine Folge der völlig unsicheren Rechtsverhältnisse, wie sie nach der Agrarrevolution bestanden. Die lokalen Faktoren waren nun unter dem Eindrucke dieser Tatsache wenig geneigt, Ausfuhren zu gestatten, und es kam förmlich zur

bezirksweisen Absperrung — ganz ähnlich, wie wir es auch bei uns erlebten.

Vor allem aber machte sich die (schon vorher häufig bemerkbare) Agitation der Ententeagenten unter dem Eindrucke der deutschen militärischen Niederlagen nunmehr außerordentlich fühlbar. Die Stellung der von Deutschland eingesetzten Kiewer Regierung war ungemein schwach. Auch arbeiteten die im ganzen Lande noch immer tätigen bolschewistischen Elemente mit steigendem Erfolg gegen unsere Organisation. Das alles erschwerte im September und Oktober die Arbeit — und dann kam der Zusammenbruch.

Auch die Schwierigkeiten, die das Transportproblem bot, waren ungeheure; die Zufuhren mußten entweder zum Schwarzen Meere, dann über dieses und schließlich von der Donaumündung herauf oder aber quer durch ganz Galizien abgewickelt werden. Hierzu fehlten mehrfach Waggons, auch in der Ukraine Kohle; es kam auch zu Resistenzen der dortigen Eisenbahner, die von Bolschewiken verhetzt waren, und ähnliches mehr.

So sehr auch der Mangel an Vorräten in der Ukraine selbst, wie auch die Beschränktheit unserer russischen Zahlungsmittel dazu geführt haben, daß die Hoffnungen, die beim Abschlusse des Friedens von Brest-Litowsk allgemein gehegt wurden, auch nicht annähernd in Erfüllung gegangen sind, so kann doch behauptet werden, daß zur Überwindung der unerhört großen Schwierigkeiten das Menschenmögliche geleistet wurde. Insbesondere sind durch Einschaltung der berufensten und erfahrensten Firmen des Getreidehandels diese Kräfte so sehr als möglich ausgenützt worden.

Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß die Einfuhrorganisationen — abgesehen von dem bereits erwähnten Eingreifen der Militärverwaltung und der hierdurch verursachten Systemschwankungen — vielfach durch einen sehr umfangreichen Schmuggelverkehr gestört wurden, der insbesondere von Galizien aus betrieben wurde. Da bei diesem

Schmuggelverkehr die hohe ukrainische Ausfuhrabgabe erspart wurde, wurden die von der ukrainischen Regierung festgesetzten Höchstpreise immer wieder überboten. Dieser Schmuggel wurde vielfach übrigens auch von Wiener maßgebenden Faktoren gefördert; überhaupt hatte die Nervosität, die in leitenden Wiener Regierungsstellen vielfach herrschte und die eigenen Organisationsmaßnahmen häufig öffentlich kritisierte oder kaum getroffene Verfügungen umstieß, bevor sie noch wirksam werden konnten, vielfach sehr geschadet. Es soll übrigens nicht unerwähnt bleiben, daß auch Deutschland einen nicht unbedeutenden, unoffiziell geförderten Schmuggel betrieb, der auf die offiziellen Einfuhrorganisationen ungünstig zurückwirkte und wieder die österreichischen Stellen veranlaßte, ein Gleiches zu tun.

Trotz aller Hindernisse hat der aufgestellte Apparat, wie aus der nachfolgenden Übersicht entnommen werden kann, immerhin nicht unbeträchtliche Mengen an Lebensmitteln an die Vertragsstaaten, im ganzen zirka zweiundvierzigtausend Waggons Lebensmittel, geliefert, wenn auch leider die eingeführten Mengen den ursprünglich gehegten Erwartungen nicht entsprachen.

Übersicht

der vom Beginn des Einsetzens der ukrainischen Einfuhren (Frühjahr 1918) bis November 1918 aus der Ukraine durchgeführten Einfuhren.

I. Artikel der Kriegsgetreideverkehrsanstalt

(Getreide, Mahlprodukte, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Sämereien).

Insgesamt eingeführt für die Vertragsstaaten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei)

113 421 Tonnen

hiervon für Österreich-Ungarn 57 382 Tonnen

(Getreide und Mehl hiervon . . . . 46 225 Tonnen).

II. Artikel der Österreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft.

	Insgesamt:	Hiervon für Österreich-Ungarn:
Butter, Fett, Speck . . .	3 329 403 kg	2 170 437 kg
Öl, Speiseöl	1 802 847 kg	977 105 kg
Käse, Quark	420 818 kg	325 103 kg
Fische, Fischkonserven, Heringe	1 213 961 kg	473 561 kg
Rinder	105 542 Stück (36 834 885 kg)	55 421 St. (19 505 760 kg)
Pferde	95 976 Stück (31 625 175 kg)	40 027 St. (13 165 725 kg)
Pökelfleisch	2 927 439 kg	1 571 569 kg
Eier	75 200 Kisten	32 433 Kst.
Zucker	66 809 969 kg	24 973 443 kg
Diverse Lebensmittel . .	27 385 095 kg	7 836 287 kg
Zusammen	172 349 556 kg	61 528 220 kg
und	75 200 Kst. Eier	32 433 Kst.
	(in insgesamt 30 757 Waggons)	(in insges. 13 037 Wagg.).

Die sub II. eingeführten Artikel repräsentieren einen Wert von rund 450 Millionen Kronen.

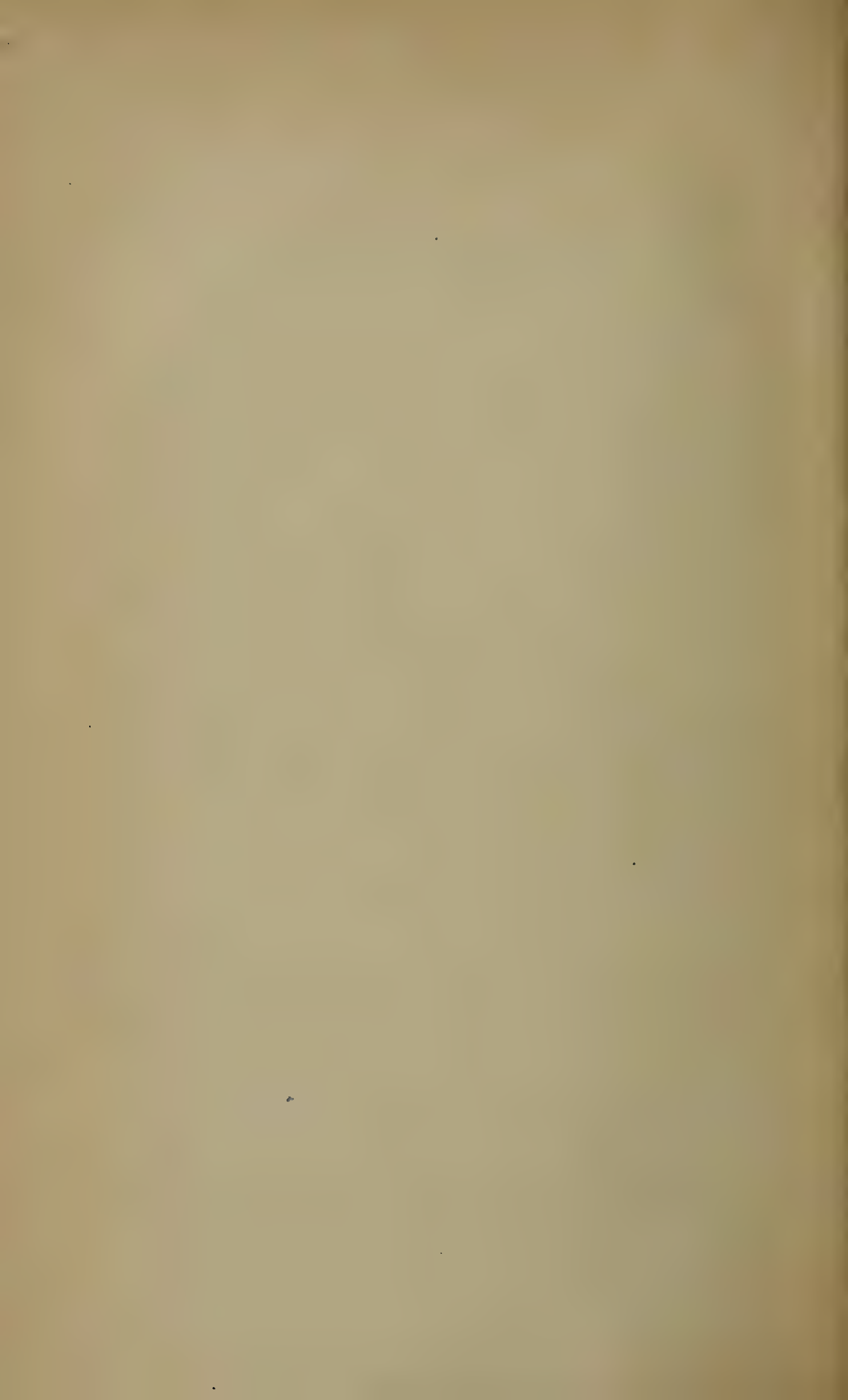
Der Umfang der im Schmuggelwege unoffiziell nach den Vertragsstaaten eingeführten Artikel wird auf 15 000 Waggons (etwa die Hälfte der offiziellen Einfuhren) geschätzt.

* * *

So endete diese Phase, eine Phase, die uns wichtig erschien, während wir sie erlebten, und die doch nichts anderes war als eine Phase ohne weitere Bedeutung, weil ohne dauernde Wirkung.

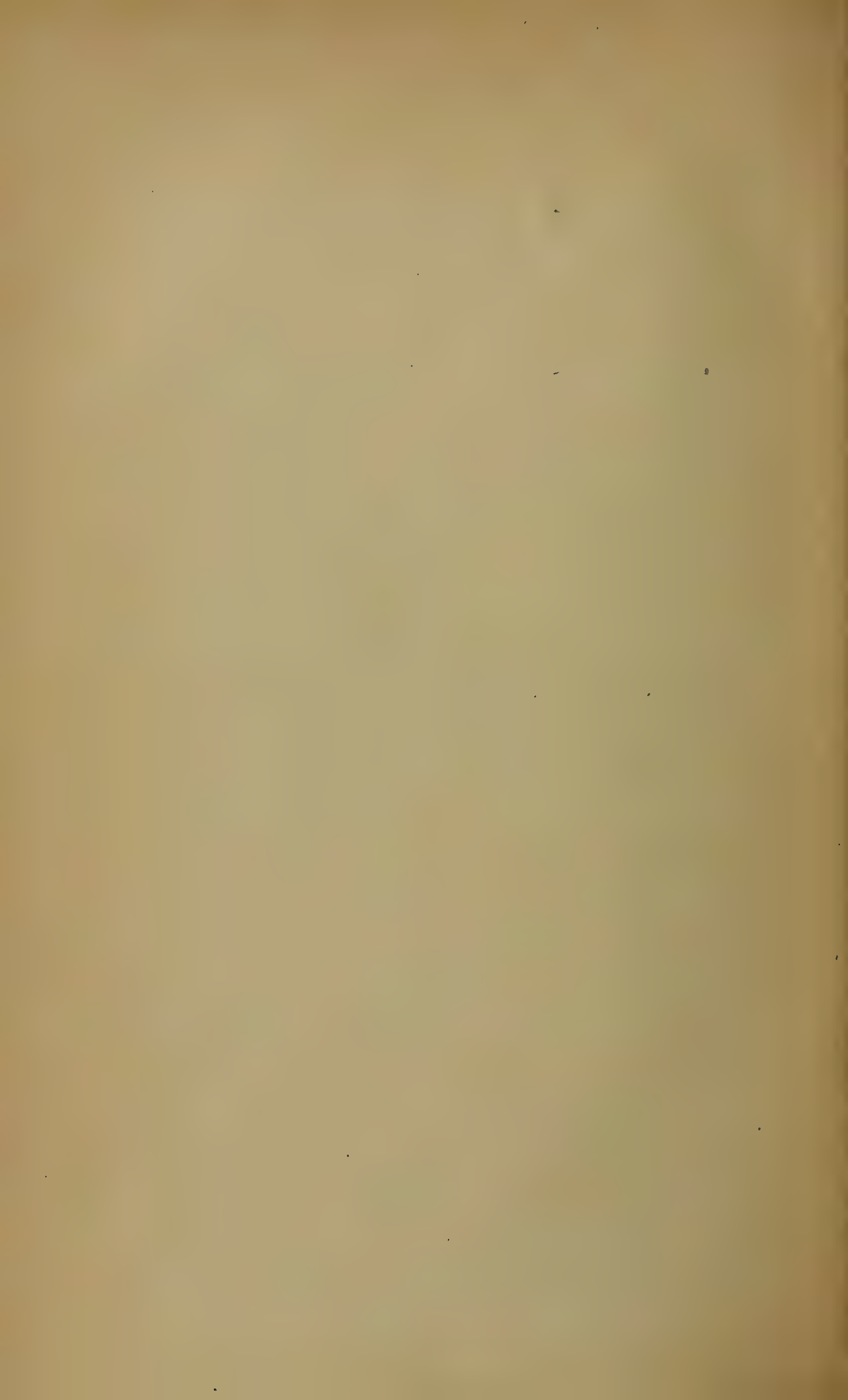
Die Wellen des Krieges sind über den Brester Frieden hinübergegangen und haben ihn zerstört wie einen Sandbau am Meeresstrand, der von der Flut hinweggespült wird.

Das Wort vom „Brotfrieden" ist nicht von mir geprägt worden, sondern von dem Bürgermeister Weiskirchner anläßlich meines Empfanges durch den Wiener Gemeinderat am Nordbahnhofe. Die Millionen, denen die zweiundvierzigtausend Waggons das Leben gerettet haben, können sein Wort ohne Hohn wiederholen.



XI.

Der Friede von Bukarest



Schon in Brest-Litowsk verdichteten sich die Nachrichten, daß Rumänien den Krieg nicht fortzusetzen gedenke. Diese Nachrichten nahmen einen ganz bestimmten Charakter nach dem mit der Ukraine abgeschlossenen Frieden an. Sowohl dieser Friede als die Haltung Trotzkis ließen in Bukarest keinen Zweifel darüber bestehen, daß Rumänien auf eine weitere Kooperation Rußlands nicht mehr zählen könne, und dürfte bei den dortigen Machthabern zum Teil den Gedanken wachgerufen haben, einzulenken. Ich sage zum Teil, denn eine Gruppe war bis zum letzten Augenblick dafür, den Kampf fortzusetzen.

Schon in der Brest-Litowsker Zeit begann ich mich mit den Führern des ungarischen Parlaments in Verbindung zu setzen, um eine Übereinstimmung in den Friedenszielen gegen Rumänien zu erreichen. Es war klar, daß das Programm eines annexionslosen Friedens gegenüber Rumänien schwieriger als gegen jeden anderen Staat durchzuführen sein werde, weil der verräterische Überfall der Rumänen in ganz Ungarn den Wunsch nach besseren strategischen Grenzen wachgerufen hatte. Ich stieß, wie zu erwarten, auf einen heftigen Widerspruch seitens der Ungarn, welche unter dem Namen einer strategischen Grenzberichtigung tatsächlich größere Annexionen wünschten. Der erste, mit dem ich verhandelte, war Stephan Tisza, welcher mit vieler Mühe seinen

ursprünglichen Standpunkt modifizierte und schließlich so weit gebracht werden konnte, daß er die dem Frieden zugrundeliegenden Gedanken als „erträglich" bezeichnete. Am 27. Februar 1918 übergab er mir ein Promemoria mit dem Ersuchen, es dem Kaiser zu zeigen, in welchem er seinen bereits milderen Standpunkt darlegte, einen Standpunkt, welcher immerhin noch ziemlich deutlich seine Unzufriedenheit mit meinen Intentionen erkennen ließ. Das Promemoria lautete:

„Promemoria.

Leider kann Rumänien aus diesem Kriege nicht so geschwächt hervorgehen, wie es sowohl die Gerechtigkeit als das berechtigte Interesse der Monarchie erheischen würde.

Der Verlust der Dobrudscha wird durch Territorialgewinn in Bessarabien wettgemacht, während die von uns verlangte Grenzrektifikation in keinem Verhältnisse mit der Schuld Rumäniens und mit seiner militärischen Lage steht.

Unsere Friedensbedingungen sind derart mild, daß sie als großmütige Gabe dem besiegten Rumänien angeboten und gar nicht zum Gegenstande von Verhandlungen gemacht werden sollten. Keinesfalls dürften diese Verhandlungen den Charakter eines Handelns oder Feilschens annehmen. Weigert sich Rumänien, auf der von uns angebotenen Basis Frieden zu schließen, so kann nur die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unsere Antwort sein.

Ich halte es für höchst wahrscheinlich, daß es die rumänische Regierung hierauf ankommen lassen wird, um vor den Westmächten und der eigenen Bevölkerung den Beweis ihrer Notlage zu führen. Ebenso wahrscheinlich ist es aber, daß sie nach dem Abbruch der Verhandlungen raschestens einlenken und sich vor unserer Übermacht beugen wird.

Schlimmstenfalls würde ein kurzer Feldzug den vollständigen Zusammenbruch Rumäniens zur Folge haben.

Es ist nach menschlicher Voraussicht beinahe sicher, daß

die Entwicklung der Dinge einen der letzten Phase des Friedens mit Nordrußland ähnlichen Verlauf nehmen und einen leichten und vollen Erfolg für die Zentralmächte bedeuten würde. Daß wir die Grenzrektifikation als Conditio sine qua non durchsetzen, bildet ein berechtigtes, wichtiges Interesse der Monarchie rein defensiver Natur und ein energisches Verlangen der ganzen patriotischen öffentlichen Meinung Ungarns. Es scheint ausgeschlossen zu sein, daß ein Minister des Äußern, welcher eine andere Haltung in dieser Frage bekunden würde, sich in der Delegation halten könnte.

Auch ist dieses Vorgehen — und hierauf soll das größte Gewicht gelegt werden — absolut notwendig, um die Chancen des allgemeinen Friedens nicht zu kompromittieren.

Es ist aus öffentlichen Erklärungen leitender Staatsmänner der Westmächte klar ersichtlich, daß sie zu einem annehmbaren Frieden darum nicht zu haben sind, weil sie an unsere Fähigkeit und unseren festen Willen, durchzuhalten, nicht glauben. Alles, was sie in dieser Auffassung bestärkt, wirft uns weiter vom Frieden: der einzige Weg, der uns dem Frieden wirklich näherführt, ist eine Haltung, welche geeignet ist, diesen Glauben zu zerstören.

Dies soll die Richtschnur in allen unseren Entschlüssen und Handlungen bilden. Auf den rumänischen Frieden angewendet ist es klar, daß ein Nachgeben gegenüber Rumänien in der Grenzfrage — zumal wenn es aus Furcht vor Abbruch der Verhandlungen erfolgt — eine deplorable Wirkung auf unsere Einschätzung bei unseren Feinden haben müßte. Es war gewiß richtig, die verzweifelte Lage Rumäniens nicht auszunutzen und gemäßigte Friedensbedingungen zu gewähren, welche mit unseren prinzipiellen Erklärungen im Einklange stehen. Wenn wir aber auf dieser gemäßigten Basis nicht mit der nötigen Festigkeit auftreten, so werden wir die Westmächte in dem Glauben bestärken, daß es keineswegs nötig sei, auf Grundlage der Integrität unseres

Territoriums und unserer Souveränität mit uns Frieden zu schließen, und es werden schwere, blutige Kämpfe nötig sein, um sie eines Besseren zu belehren.

27. Februar 1918.

Tisza."

Ebenso verhielten sich Andrassy und Wekerle sehr ablehnend gegen eine mildere Behandlung Rumäniens, und so war das ganze ungarische Parlament geeint in dieser Frage. Welchen Standpunkt Karolyi einnahm, ist mir nicht klar, und ich weiß nicht, ob in diesem Zeitpunkte seine „Tigerseele", welche er seinerzeit gegen Rumänien enthüllt hatte, oder seine pazifistische Seele, welche er später dem General Franchet d'Esperey zu Füßen gelegt hat, dominierte.

Schon in Brest-Litowsk also, als der rumänische Friede am Horizont erschien, vertrat ich den Standpunkt, daß man jene Richtung, welche Friedensverhandlungen wünschte, stärken müsse.

Es darf das Bild des rumänischen Friedens nicht aus dem großen Bilde des Krieges herausgerissen werden. Der rumänische Friede war genau so wie der Friede von Brest-Litowsk vom militärischen Standpunkte aus eine Notwendigkeit, weil es notwendig schien, so rasch als möglich die Truppen im Osten freizubekommen, um sie nach Westen werfen zu können. Es war daher dringend erwünscht und wurde dies von den Militärs immer wieder betont, daß wir mit Rumänien baldmöglich zu Ende kommen mögen. Um dieses baldige Resultat zu erreichen, hatte ich schon von Brest-Litowsk aus dem Kaiser geraten, auf einem geheimen Wege dem König Ferdinand sagen zu lassen, daß er auf einen ehrenhaften Frieden rechnen könne, falls er in Verhandlung einzutreten wünsche. Der Kaiser nahm diesen Rat an, und Oberst Randa hatte eine oder zwei Begegnungen mit einem Herrn aus der Umgebung des Königs, welcher seinem Herrn die kaiserliche Botschaft übermittelte. Die Deutschen standen vom Anfang an auf dem Standpunkte, daß der König

Ferdinand „für seinen Verrat gestraft werden müsse" und daher nicht mit ihm verhandelt werden dürfe. Aus diesem Grunde und um fruchtlose Kontroversen zu vermeiden, verständigte ich Herrn von Kühlmann erst von dem vollzogenen Faktum und teilte ihm mit, daß wir auf einem geheimen Wege mit König Ferdinand in Verbindung getreten seien. Es entsprach dieser Vorgang vollständig der paritätischen Stellung innerhalb unserer Bundesgemeinschaft, nach welcher ein jeder Bundesgenosse berechtigt war, nach bestem Ermessen vorzugehen, und nur verpflichtet war, die befreundeten Mächte über sein Vorgehen zu informieren. Wir hatten nicht die Pflicht, die Erlaubnis Deutschlands anzusuchen, um einen solchen Schritt zu machen.

Der Grund, warum ich in dieser Frage anderer Meinung als Deutschland war, war im Wesen ein dreifacher. Erstens stand ich auf dem Standpunkte, daß es nicht unsere Aufgabe sei, göttliche Gerechtigkeit zu üben und eine Strafe zu verhängen, sondern den Krieg denkbarst rasch zu beenden, und daß es daher meine Pflicht sei, jedes Mittel zu ergreifen, um eine weitere Fortsetzung des Kampfes zu verhindern. Es muß hierbei erwähnt werden, daß die in vielen Kreisen verbreitete Auffassung, als wenn die Rumänen ganz am Ende ihrer Kraft gewesen wären und daher alle Bedingungen hätten annehmen müssen, eine gänzlich falsche war. Die Rumänen standen in sehr starken Stellungen, die Moral ihrer Armee war eine ausgezeichnete, und bei dem letzten großen Angriffe von Maracesci hatten sich Mackensens Truppen blutige Köpfe geholt. Dieser Erfolg war den Rumänen gewaltig zu Kopfe gestiegen, und in den Reihen des rumänischen Heeres gab es sehr viele und sehr maßgebende Stimmen, welche unbedingt auf der Seite jener standen, die den Kampf à outrance weiterführen wollten. Sie rechneten dabei nicht so sehr auf einen tatsächlichen Sieg, waren aber von der Hoffnung getragen, daß sie sich noch einige Zeit in der Verteidigungsstellung würden halten können, und daß während dieser Zeit die

entscheidenden Erfolge ihrer westlichen Verbündeten ihnen den Sieg bringen würden. Sie fürchteten wohl auch dabei, daß ein Friedensschluß mit uns sie dauernd in die Ungnade der Entente stürzen würde, daß sie daher die Freundschaft der Entente verlieren, die unsere nicht gewinnen und sich zwischen zwei Stühle setzen würden. Der zweite Grund, welcher mich veranlaßte, unbedingt daran festzuhalten, mit dem Könige zu verhandeln, war der, daß ich es vom dynastischen Standpunkte aus für äußerst unklug hielt, einen fremden König zu entthronen. Es herrschte damals bereits eine gewisse Baisse in Königen auf dem europäischen Markte, und ich fürchtete, diese Baisse zur Déroute zu steigern, wenn wir noch weitere Könige auf den Markt warfen. Der dritte Grund ging dahin, daß wir, um einen Frieden zu schließen, einen vollwertigen Kompaziszenten in Rumänien haben mußten. Wenn wir den König abgesetzt hätten, so hätten wir Rumänien in zwei Lager gespalten und hätten im besten Fall nur einen illegitimen Frieden mit jener Richtung abschließen können, welche die Entthronung des Königs angenommen hätte. Nur mit dem legitimen Oberhaupte Rumäniens war ein rascher und legaler Friede zu schließen.

In den einleitenden Unterredungen, die Oberst Randa mit dem Vertrauensmanne des Königs von Rumänien am 4. und 5. Februar hatte, wurde von diesem die Frage gestellt, ob alle Vierbundmächte sich dem in Rede stehenden Schritte anschließen und ob das besetzte Rumänien freigegeben werden würde. Ich wurde von dieser Anfrage des Königs verständigt und teilte demselben daraufhin mit, daß er meiner Überzeugung nach auch von den übrigen Mittelmächten keine Ablehnung erhalten werde, falls er sich zwecks Erlangung eines ehrenvollen Friedens an dieselben wenden würde. Über die Frage des territorialen Besitzstandes erklärte ich mich vorerst nicht äußern zu können, da dies den Gegenstand der einzuleitenden Verhandlungen bilden müsse.

Der Standpunkt, welcher von den deutschen Militärs in

Übereinstimmung mit den ungarischen Politikern verfochten wurde, daß Rumänien anders, und zwar bedeutend strenger als irgendein anderer Staat zu behandeln sei, war, wenn man die ganze Frage vom Gesichtspunkte der Vergeltung betrachtet, selbstverständlich begründet. Rumäniens Verhalten uns gegenüber war noch bedeutend verräterischer als das Italiens. Italien konnte infolge seiner geographischen Lage und infolge des Umstandes, daß es vollständig von den Westmächten abhängig war, daß es schließlich durch eine Blockade gezwungen werden konnte, sich den Postulaten der Westmächte zu fügen — Italien konnte in diesem Weltkriege sehr schwer neutral bleiben. Rumänien war nicht nur vollständig unabhängig, es war, wie schon früher betont, dank seiner reichen Kornkammern im Übermaß versorgt. Sieht man davon ab, daß Rumänien durch seine eigene Schuld die Dinge so weit kommen ließ, daß Rußland schließlich in der Lage war, ihm ein Ultimatum zu stellen, um es in den Krieg zu treiben, so wird man zugeben müssen, daß Rumänien der Ententeingerenz bei weitem weniger zugänglich war als Italien. Aber auch das russische Ultimatum hätte niemals wirksam erfließen können, wenn Rumänien sich nicht bewußt und gewollt politisch und militärisch in eine Lage begeben hätte, welche es der russischen Gewalt auslieferte. Bratianu hat mir in einer seiner letzten Unterredungen gesagt: „Rußland mache es wie der Birkhahn, der vor seinen Hennen tanzt.“ Hält man an diesem treffenden Beispiele fest, so muß man sagen, daß das weibliche, nach Umarmung sich sehnende Wesen die schließliche Vergewaltigung direkt provoziert hat.

Hätte Bratianu nicht die öffentliche Meinung seines Landes durch zwei Jahre gegen uns aufpeitschen lassen, und hätte er schließlich seine russische Grenze nicht von allen Truppen entblößt, so wäre das russische Ultimatum wirkungslos geblieben.

In Rumänien fanden wir ein Ministerium Averescu vor. Die erste Unterredung hatten Kühlmann und ich allein mit Averescu am 24. Februar in dem Schlosse des Prinzen Stirbey

in Buftea. In dieser Unterredung, welche nur von kurzer Dauer war, wurde ausschließlich über die Dobrudschafrage gesprochen. Die Grenzrektifikationen, welche im österreichisch-ungarischen Programm waren, wurden so gut wie gar nicht erwähnt und auch die wirtschaftlichen Fragen, welche später eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt haben, nur gestreift. Averescu stand auf dem Standpunkte, daß ein Abtreten der Dobrudscha ein Ding der Unmöglichkeit sei, und die Unterredung endete mit einem „non possumus" des rumänischen Generals, welches dem Abbruche der Verhandlungen gleichkam. In der Dobrudschafrage waren wir in einer Zwangslage. Die sogenannte „alte" Dobrudscha, das ist der Teil, welchen Rumänien im Jahre 1913 den Bulgaren abgenommen hatte, war den Bulgaren durch einen Vertrag, welcher noch auf Kaiser Franz Joseph zurückreichte, als Preis ihrer Kooperation zugesagt, und das Stück Land, welches sich zwischen dieser Grenze und der Bahn Constanza — Cernavoda befindet, wurde von Bulgarien ungestüm begehrt. Die Bulgaren gingen in ihren Aspirationen noch viel weiter, sie verlangten die ganze Dobrudscha bis inklusive der Donaumündungen, und die später zu beschreibenden großen diesbezüglichen Differenzen lassen erkennen, mit welcher Zähigkeit und Insistenz die Bulgaren an diesem Postulat festhielten. Da gleichzeitig die Gefahr vorhanden war, daß die Bulgaren, in ihren Aspirationen allzu stark enttäuscht, von uns abspringen würden, so war es ein Ding der vollständigen Unmöglichkeit, den Rumänen die Dobrudscha zu belassen. Alles, was erstrebt werden konnte, war, den Rumänen einen freien Zugang nach Constanza zu sichern und ferner einen Ausweg aus jener Schwierigkeit zu finden, welche zwischen Türken und Bulgaren in bezug auf die Dobrudscha bestand.

Um den kaum angesponnenen Faden nicht abreißen zu lassen, schlug ich Averescu vor, er möge seinem König eine Zusammenkunft mit mir proponieren. Mein Gedanke hierbei war der, dem König klarzumachen, daß er jetzt einen

allerdings mit gewissen Verlusten verbundenen Frieden schließen könne, einen Frieden jedoch, welcher ihm seine Krone erhalte, daß er hingegen bei Fortsetzung des Krieges nicht mehr auf eine Schonung seitens der Mittelmächte rechnen könne. Ich hoffte, daß das Berühren dieser Saite eine Fortsetzung der Friedensverhandlungen ermöglichen würde.

Ich traf den König am 27. Februar in einer kleinen Station in der besetzten Moldau.

Die Ankunft in Focsani erfolgte mittags, von da per Auto bis zu den Linien, an denen auf der rumänischen Seite Oberst Ressel und einige rumänische Offiziere zu meiner Begrüßung erschienen waren. In den mir zur Verfügung gestellten deutschen Kraftwagen durchfuhren wir die beiderseitigen Stellungen, und die Fahrt wurde bis zur Bahnstation Padureni fortgesetzt. Dort war ein Salonwagen bereitgestellt, in welchem die Fahrt nach Racaciuni fortgesetzt wurde, wo wir nach fünf Uhr eintrafen.

Der rumänische Hofzug traf einige Minuten später ein, und ich ging sofort zum König hinüber.

Meine Unterredung mit König Ferdinand dauerte beiläufig zwanzig Minuten.

Da der König die Unterredung nicht begann, so leitete ich dieselbe ein und sagte ihm, daß ich nicht etwa gekommen sei, um den Frieden zu erbitten, sondern lediglich im Auftrage Kaiser Karls, der trotz des Verrates Rumäniens Milde und Schonung üben wolle, wenn König Ferdinand sofort unter den von den Vierbundmächten vereinbarten Bedingungen, die bekanntzugeben Zweck meines heutigen Kommens wäre, Frieden machen wolle.

Ginge der König hierauf nicht ein, so sei die Fortsetzung des Kampfes unausweichlich, und dies bedeute das Ende Rumäniens und der Dynastie. Denn heute schon sei unsere militärische Überlegenheit ganz bedeutend, und jetzt, wo unsere Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer frei sei, wäre es uns ein leichtes, unsere jetzige Überlegenheit in

allerkürzester Zeit noch um ein bedeutendes zu steigern. Wir wüßten, daß Rumänien in Bälde keine Munition mehr haben könne, und würde der Kampf aufgenommen, so hätten das Königreich und die Dynastie in längstens sechs Wochen zu existieren aufgehört.

Der König widersprach im allgemeinen nicht, meinte aber, die Bedingungen wären furchtbar hart. Ohne die Dobrudscha könne Rumänien nicht atmen; über die Wiederabtretung der alten Dobrudscha ließe sich allenfalls noch sprechen.

Ich erwiderte dem König, wenn er sich über harte Bedingungen beklage, so wolle ich ihn nur fragen, welche etwa die seinigen gewesen wären, falls seine Truppen nach Budapest gekommen wären; im übrigen sei ich bereit, ihm zu garantieren, daß Rumänien nicht vom Meere abgeschnitten, sondern einen freien Zugang nach Constanza erhalten werde.

Der König klagte hierauf wieder über die Härte der ihm gestellten Bedingungen und meinte, er würde niemals ein Ministerium finden, das dieselben annehmen werde.

Ich wendete ein, daß die Kabinettsbildung eine innere Angelegenheit Rumäniens sei, daß aber meiner persönlichen Meinung nach ein Kabinett Marghilomann sich, um Rumänien zu retten, mit den gestellten Bedingungen abfinden würde. Ich könne nur wiederholen, daß an den dem König mitgeteilten Friedensbedingungen des Vierbundes nichts zu ändern sei. Nähme der König sie nicht an, so bekämen wir in vier Wochen einen weit besseren Frieden als den, den Rumänien heute zu erhalten sich glücklich schätzen könne.

Wir seien bereit, Rumänien unsere diplomatische Unterstützung zur Erlangung Bessarabiens zu leihen, und Rumänien werde daher viel mehr gewinnen als verlieren.

Der König betonte, an Bessarabien liege ihm nichts, das sei „bolschewistisch verseucht", und die Dobrudscha könne nicht abgetreten werden; im übrigen habe er sich nur unter dem größten Zwang zu dem Kriege gegen die Mittelmächte entschlossen — kam dann aber wieder auf den ihm

zugesagten freien Zugang zum Meere zu sprechen, welcher ihm die Abtretung wesentlich zu erleichtern schien.

Wir sprachen dann über Details, und ich machte dem Könige Vorwürfe über die entsetzliche Behandlung unserer Internierten in Rumänien, was der König zu beklagen vorgab.

Schließlich ersuchte ich ihn, uns binnen achtundvierzig Stunden eine klare Antwort zu geben, ob er auf der Basis unserer Vorschläge verhandeln wolle oder nicht.

Das Resultat der Unterredung war die Ernennung des Ministeriums Marghilomann und die Fortsetzung der Verhandlungen.

Bevor sich Marghilomann entschloß, die Regierung zu übernehmen, trat er mit mir in Verhandlungen, um die genauen Bedingungen zu erfahren.

Mit der ersten und schwersten Bedingung, der Abtretung der Dobrudscha, erklärte er sich einverstanden, weil er besser und rascher als der König einsah, daß dank unserer bindenden Verpflichtung gegenüber Bulgarien an diesem Punkte nichts zu ändern sei. Was unsere territorialen Anforderungen anlangte, so erklärte ich Marghilomann, daß ich das Hauptgewicht darauf lege, nach dem Frieden in ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zu Rumänien zu kommen, und daher von dem Wunsche beseelt sei, die verlangten Abtretungen auf jenes Maß zu reduzieren, welches Rumänien seinerseits als erträglich bezeichnen würde. Auf der anderen Seite möge er, Marghilomann, verstehen, daß ich den ungarischen Aspirationen wenigstens bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen müsse — und Marghilomann, welcher ein alter routinierter Parlamentarier war, gab sich keinen Illusionen hin über die Zwangslage, in der ich mich befand. Wir kamen schließlich dahin überein, daß die Abtretung der bevölkerten Plätze und Städte wie Turn-Severin und Okna nicht stattfinden solle und alles in allem die ursprünglichen Forderungen auf ungefähr die Hälfte reduziert werden sollten. Dieses Kompromiß erklärte Marghilomann anzunehmen.

Eine große Rolle in den Verhandlungen spielte mein Wunsch, mit Rumänien in eine dauernde Wirtschaftsgemeinschaft — oder wenigstens in ein dauerndes Wirtschaftsbündnis zu treten. Ich war mir klar, daß dieses Postulat im österreichischen und nicht im ungarischen Interesse sei, glaube aber auch heute noch, daß es in diesem Falle meine Pflicht war, obgleich gemeinsamer Minister, für die österreichischen Interessen einzutreten, weil der Mangel an Nahrungsmitteln eine Erschließung der rumänischen Kornkammern unbedingt wünschenswert erscheinen ließ. Wie nicht anders zu erwarten, stieß dieses Postulat in Ungarn auf den heftigsten Widerspruch und konnte dieses wenigstens im ersten Anlaufe nicht für den Gedanken gewonnen werden. Nichtsdestoweniger habe ich von diesem Postulate niemals abgelassen, und ich war fest entschlossen, den Frieden nicht zu unterschreiben, falls es nicht Wirklichkeit würde. Ich bin inmitten der Friedensverhandlungen von meinem Posten geschieden, und mein Nachfolger hat diesem Moment nicht die gleiche Bedeutung beigelegt wie ich.

Auf deutscher Seite machte sich sofort jener unstillbare Appetit geltend, welchen man bereits in Brest-Litowsk hatte beobachten können. Die Deutschen wünschten eine Art indirekte Kriegsentschädigung dadurch zu erhalten, daß Rumänien seine Petroleumgebiete, seine Domänen, Eisenbahnen und Hafenplätze deutschen Gesellschaften abtreten und sich einer dauernden Kontrolle seiner Finanzen durch Deutschland unterziehen sollte. Ich habe diese Forderungen vom ersten Moment an auf das allerentschiedenste bekämpft, weil ich der Überzeugung war, daß Bedingungen dieser Art ein zukünftiges freundschaftliches Verhältnis vollständig ausschließen. Ich ging so weit, Kaiser Karl zu ersuchen, in dieser Frage direkt an Kaiser Wilhelm zu telegraphieren, was auch mit einem gewissen Erfolg geschah. Schließlich wurden die deutschen Postulate um ungefähr fünfzig Prozent ermäßigt und in dieser gemilderten Form von Marghilomann

auch angenommen. In der Petroleumfrage einigte man sich auf eine neunzigjährige Pacht, in der Frage der Getreidelieferung sollte sich Rumänien verpflichten, seine landwirtschaftlichen Produkte durch eine Anzahl von Jahren den Zentralmächten zu liefern. Der Gedanke einer ständigen Kontrolle Deutschlands über die rumänischen Finanzen wurde fallengelassen. In der Preisfrage drang der rumänische Standpunkt vollkommen durch. Die unmöglichste deutsche Forderung, die Okkupation in Rumänien noch durch fünf bis sechs Jahre nach dem allgemeinen Friedensschlusse aufrechtzuerhalten, hat uns große Schwierigkeiten bereitet. Es war dies jener Punkt, der am allerenergischsten von der Deutschen Obersten Heeresleitung verlangt wurde, und erst nach vieler Mühe und sehr heftigen Auseinandersetzungen wurde es erreicht, daß bei dem Friedensschlusse im Prinzip die gesamte legislative und exekutive Gewalt der rumänischen Regierung wiedergegeben werde und wir uns nur bezüglich einer beschränkten Anzahl von Agenden ein gewisses Kontrollrecht behalten, jedoch auch dieses nicht über den allgemeinen Frieden hinaus. Ich kann nicht positiv sagen, ob dieser Standpunkt unter meinem Nachfolger in dem Friedensinstrument vollkommen durchgedrungen ist — aber sicher ist, daß Marghilomann die Ministerschaft nur unter der Bedingung übernommen hatte, daß ich mich ihm gegenüber verbürgte, daß dieser eben erwähnte Standpunkt von mir honoriert werden würde.

Wie bereits früher erwähnt, hat die Frage der Dobrudscha in doppelter Hinsicht große Schwierigkeiten bereitet. Erstens war die Abtretung jene Forderung, welche den Rumänen am allerschwersten gefallen ist und dem Frieden den Charakter eines Gewaltfriedens gegeben hat, und zweitens hat die Frage einen Zwist zwischen Türken und Bulgaren hervorgerufen.

Die Bulgaren vertraten den Standpunkt, daß die ganze Dobrudscha bis inklusive der Donaumündungen ihnen

zugesprochen werden müsse, und mit einer Hartnäckigkeit, welcher ich noch selten begegnet bin, verfochten sie diesen Standpunkt. Sie gingen so weit, zu erklären, daß nicht nur die gegenwärtige Regierung, auch keine andere Regierung imstande wäre, mit einem anderen Ergebnis nach Sofia zurückzukehren, und ließen deutlich durchblicken, daß wir bei Ablehnung ihres Postulates nicht mehr mit Bulgarien rechnen könnten. Die Türken auf der anderen Seite verfochten mit gleicher Vehemenz den Standpunkt, daß die Dobrudscha mit Hilfe zweier türkischer Armeekorps erobert worden sei, daß es unmoralisch und ungerecht sei, daß der hauptsächlich durch türkische Kräfte gewonnene Profit nun ausschließlich den Bulgaren zufalle, und daß sie nie und nimmer zugeben könnten, daß Bulgarien die ganze Dobrudscha erhalte, ohne daß die Türken hierfür eine Kompensation bekämen. Als Kompensation schwebte ihnen nicht nur jenes Stück Land vor, welches sie bei Eintreten der Bulgaren in den Krieg an Bulgarien abgetreten hatten (Adrianopel), sondern noch ein beträchtliches Stück darüber hinaus.

In den zahllosen Konferenzen, in welchen diese Frage behandelt wurde, spielten Kühlmann und ich die Rolle der ehrlichen Vermittler, welche alle Anstrengungen machten, die beiden so divergierenden Standpunkte unter einen Hut zu bringen. Wir waren uns beide darüber klar, daß der Abfall der Bulgaren oder der Türken das Resultat sein könne, falls ein Kompromiß nicht zustandekäme. Schließlich, nach vieler Mühe, gelang es uns, beiden Teilen eine Formel akzeptabel zu machen. Diese Formel lautete dahin, daß die alte Dobrudscha sofort an Bulgarien auszuliefern sei, die übrige Dobrudscha jedoch in den Besitz der vereinigten Mittelmächte übergehe und deren definitive Bestimmung daher einem späteren Zeitpunkte überlassen werde.

Weder Türken noch Bulgaren war von diesem Schiedsspruche ganz befriedigt, aber auch keiner der beiden Streitteile war zur Verzweiflung getrieben, und es war, wie die

Dinge lagen, die einzige Möglichkeit, eine Brücke zwischen Türken und Bulgaren zu schlagen.

Ähnlich wie England und Frankreich den Kriegseintritt Italiens durch den Londoner Pakt erreicht hatten, hatten Kaiser Franz Joseph und Burian sowie die Berliner Regierung den Bulgaren bindende Versprechungen für ihre Kooperation gemacht, und diese Zusagen erwiesen sich später als größtes Hindernis eines Verständigungsfriedens. Trotzdem kann kein vernünftiger Mensch leugnen, daß es selbstverständlich ist, daß ein Staat in einem Kampfe auf Leben und Tod Bundesgenossen sucht und vorerst nicht danach fragt, ob ihm die Einhaltung der Versprechungen später größere oder kleinere Schwierigkeiten bereiten wird. Die Feuerwehr, welche ein brennendes Haus löscht, fragt nicht danach, ob der Wasserstrahl seinerseits etwas vernichtet. Als Rumänien uns in den Rücken fiel, war die Not sehr groß, das Haus brannte lichterloh, und die erste Sorge meines Amtsvorgängers war natürlich und völlig berechtigterweise, diese größte Gefahr zu bannen. Man kargte also nicht mit den Zusagen und versprach den Bulgaren die Dobrudscha. Ob und inwieweit die Türken ein Recht durch Zusagen hatten, das Territorium, welches sie ihrerseits an Bulgarien abgetreten hatten, zurückzufordern, ist bestritten. Sie behaupteten, mündliche Zusagen in Berlin erhalten zu haben — ein moralisches Recht hatten sie unbedingt.

Bei dem rumänischen Frieden im Frühjahre 1918 war dann eine allzu starke Belastungsprobe der Bündnistreue der Bulgaren wie der Türken gefährlich; erstere kokettierten seit längerem geheim mit der Entente, und das Bündnis mit der Türkei beruhte auf den zwei Männern Talaat und Enver. Talaat aber sagte mir in Bukarest ganz positiv, er werde gezwungen sein, zu demissionieren, wenn er mit leeren Händen zurückkomme, und in diesem Falle wäre der Abfall der Türkei sehr wahrscheinlich geworden.

So versuchten wir uns in Bukarest zwischen den

verschiedenen Klippen durchzuwinden — die Rumänen nicht tödlich zu verwunden, den Charakter eines Verständigungsfriedens soweit wie möglich zu wahren und uns dennoch die Bulgaren und Türken zu erhalten.

Die Abtretung der Dobrudscha war eine furchtbar harte Forderung an die Rumänen und wurde erst für dieselben erträglich, als Kühlmann und ich ihnen mit größter Mühe gegen den heftigsten bulgarischen Widerspruch den freien Zugang zum Schwarzen Meer durchsetzten.

Wenn uns nachher in einem Atem der doppelte Vorwurf gemacht worden ist, wir hätten den Rumänen einen Gewaltfrieden aufgezwungen und die bulgarischen Ansprüche und Wünsche nicht genügend geschont — so ist der Widerspruch dieser Anklagen in die Augen springend. Weil wir Rücksicht auf Bulgarien und die Türkei nehmen mußten, mußten wir die Dobrudscha fordern und die Rumänen härter anfassen, als wir es sonst getan hätten. Die Türken und Bulgaren wurden schließlich für unsere Vermittlungsvorschläge gewonnen, und, gemessen an dem Maße von Versailles, war der Bukarester Friede der einer Verständigung. Sowohl was die Form, wie was den Inhalt anbetrifft.

Sowohl die Unterhändler der Mittelmächte in Versailles als in St. Germain wären sehr zufrieden gewesen, wenn sie so wie das Ministerium Marghilomann behandelt worden wären.

Die Rumänen verloren die Dobrudscha, behielten aber den gesicherten Zugang zum Meere, sie verloren einen Streifen fast unbewohnten Gebirges an uns und gewannen durch uns Bessarabien.

Sie gewannen viel mehr als sie verloren.

XII.

Schlußbetrachtung



Je weiter der Weltkrieg fortschritt, desto mehr verlor er den Charakter eines von einzelnen Menschen geleiteten Werkes. Er nahm den Charakter eines kosmischen Ereignisses an, welches sich der Ingerenz der einzelnen — auch der Mächtigsten — mehr und mehr entwand.

Die den Koalitionen zugrundeliegenden Abmachungen schmiedeten die Kabinette an bestimmte Kriegsziele; die den eigenen Völkern gegebenen Versprechungen auf Ersatz, die aufgepeitschten Hoffnungen auf die Vorteile des Endsieges, der künstlich gezüchtete maßlose Haß, die zunehmende Verwilderung und Verrohung der Welt — alles das schuf eine Situation, welche jeden einzelnen zu einem kleinen Kiesel einer Steinlawine machte, die führer-, wahl- und ziellos herunterstürzt — die nicht mehr leitbar ist und von niemandem mehr geleitet wird.

Der Versailler Viererrat hat eine Zeitlang versucht, der Welt glaubhaft zu machen, daß er die Macht besitze, Europa nach seinen Ideen wieder aufzubauen. Nach seinen Ideen! Das waren vor allem vier grundverschiedene Ideen, denn in Rom, Paris, London und Washington sah man vier verschiedene Welten. Und die vier Vertreter — the big four, wie man sie nannte — waren wieder jeder einzelne der Gefangene seiner Programme, seiner Zusagen und seiner Völker. Die monatelangen Pariser Verhandlungen hinter geschlossenen Türen, welche der beste Vorspann der europäischen

Anarchie waren, hatten ihren guten Grund. Es war des Streites kein Ende, und deshalb mußten Türen und Fenster geschlossen bleiben.

Bei uns hat man Wilson verflucht und verhöhnt, weil er sein Programm in Stich gelassen hat; gewiß ist auch nicht die geringste Ähnlichkeit zwischen den vierzehn Punkten und dem Frieden von Versailles und St. Germain, aber man vergißt, daß Wilson gar nicht mehr die Macht hatte, seinen Willen gegen die drei anderen durchzusetzen. Was hinter den geschlossenen Türen vorgegangen ist, wissen wir nicht, aber wir können es ahnen, und Wilson hat wohl wochen- und monatelang um sein Programm gekämpft. Er hätte abbrechen und abreisen können! Gewiß hätte er das können, aber wäre denn das Chaos geringer, wäre es besser für die Welt gewesen, wenn der einzige, der nicht nur Eroberungsgier ausstrahlte, die Flinte in das Korn geworfen hätte? Aber auch Clemenceau, der Antipode Wilsons, war nicht frei in seinem Handeln. Gewiß hat dieser Greis, der noch an seinem Lebensende seinen Haß gegen die Deutschen des Jahres 1870 stillen konnte, diesen Triumph mit Wollust geschlürft — aber abgesehen davon, wenn er versucht hätte, einen „Wilson-Frieden" zu schließen, so hätten sich alle großen und kleinen Rentner Frankreichs gegen ihn erhoben, denn ihnen war durch fünf Jahre erzählt worden: „que les boches payeront tout." Er tat das, was er tat, mit Genuß, aber tun mußte er es, oder Frankreich jagte ihn davon.

Und Italien! Von Mailand bis Neapel hört man das unterirdische Rollen der sich ankündigenden Revolution; das einzige Mittel, den Umsturz aufzuhalten, schien der Regierung darin gelegen, die Revolution in den nationalen Wogen zu ertränken. Ich glaube, Italiens Regierung hätte im Jahre 1917, als die allgemeine Unzufriedenheit noch viel geringer und seine Finanzen noch viel besser waren, viel eher den Wilsonschen Standpunkt akzeptieren können als nach dem

Endsiege. Damals wollte sie nicht — in Versailles war sie der Sklave ihrer Versprechungen. Und glaubt jemand, daß Lloyd George in Versailles die Macht gehabt hätte, das Wilsonsche Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes auf Irland auszudehnen? Natürlich wollte er es gar nicht — ebensowenig wie Clemenceau nichts anderes wollte als das, was er tat —, aber darum handelt es sich hier nicht, sondern darum, daß sie nicht viel anders gekonnt hätten, auch wenn sie gewollt hätten. Mir scheint, wie bereits erwähnt, der historische Moment, in welchem Wilson die Macht verlor und der Imperialismus dieselbe an sich riß, das Jahr 1917, in welchem der Präsident der Vereinigten Staaten es unterließ, sein Programm den Bundesgenossen aufzuzwingen. Damals hatte er dank der sehnsüchtig erwarteten amerikanischen Truppen die Macht in der Hand, später, nach dem Sieg, nicht mehr.

Und so kam das, was gekommen ist. Ein Diktatfriede furchtbarster Art wurde geschlossen und damit der Grund gelegt für weitere unausdenkbare, fortgesetzte Störungen, Verwicklungen und Kriege.

Trotz aller anscheinenden Macht, trotz siegreicher Armeen, trotz allem, was der Viererrat für sich in Anspruch nimmt, stirbt in Versailles eine Welt: die Welt des Militarismus. Ausgezogen, um den preußischen Militarismus zu vernichten, hat die Entente so gründlich gesiegt, daß alle äußeren Schranken und Hemmungen entfallen sind und sie sich ungehemmt aller Strömungen der Gewalt, der Rache und der Leidenschaft hingeben kann. Und die Entente ist in ihrem rachedurstenden Vernichtungsrausch dermaßen befangen, daß sie es gar nicht zu merken scheint, daß sie, während sie noch zu herrschen und zu befehlen vermeint, bereits zerfallen ist. Wie ein furchtbares Gespenst steht am Horizonte die Welthungersnot und daher die Weltrevolution. Der Mangel an Kohlen und Nahrungsmitteln wird die nächsten Jahre fürchterliche Krisen zeitigen.

Die Entente, welche den Krieg nicht beendigen ließ und die Hungerblockade noch monatelang nach Abschluß der Feindseligkeiten fortsetzte, hat die Anarchie zur Weltgefahr gemacht. Die Anarchie und der Bolschewismus sind Geschwister. Der Bolschewismus ist die fürchterlichste Fratze staatlicher Einrichtungen. Der Krieg ist sein Vater, die Hungersnot seine Mutter, die Verzweiflung sein Pate.

Versailles ist kein Ende des Krieges, es ist nur eine Phase desselben. Der Krieg geht weiter, wenn auch in veränderter Form. Ich glaube, daß die kommenden Generationen das große Drama, welches seit fünf Jahren die Welt beherrscht, gar nicht den Weltkrieg nennen werden, sondern die Weltrevolution, und wissen werden, daß diese Weltrevolution nur mit dem Weltkrieg begonnen hat.

Weder Versailles noch St. Germain werden ein dauerndes Werk schaffen. In diesem Frieden liegt der zersetzende Keim des Todes. Die Krämpfe, die Europa schütteln, sind noch nicht im Abnehmen, so wie bei einem gewaltigen Erdbeben dauert das unterirdische Grollen an. Immer wieder wird sich bald hier, bald dort die Erde öffnen und Feuer gegen den Himmel schleudern, immer wieder werden Ereignisse elementaren Charakters und elementarer Gewalt verheerend über die Länder stürmen. Bis alles das hinweggefegt ist, was an den Wahnsinn dieses Krieges und die französischen Frieden erinnert.

Langsam, unter unsäglichen Qualen, wird eine neue Welt geboren werden. Die kommenden Generationen werden zurückblicken auf unsere Zeit wie auf einen langen bösen Traum, aber der schwärzesten Nacht folgt einmal der Tag. Generationen sind in das Grab gesunken, ermordet, verhungert, der Krankheit erlegen. Millionen sind gestorben in dem Bestreben, zu vernichten und zu zerstören, Haß und Mord im Herzen.

Aber andere Generationen erstehen, und mit ihnen ein neuer Geist. Sie werden aufbauen, was Krieg und

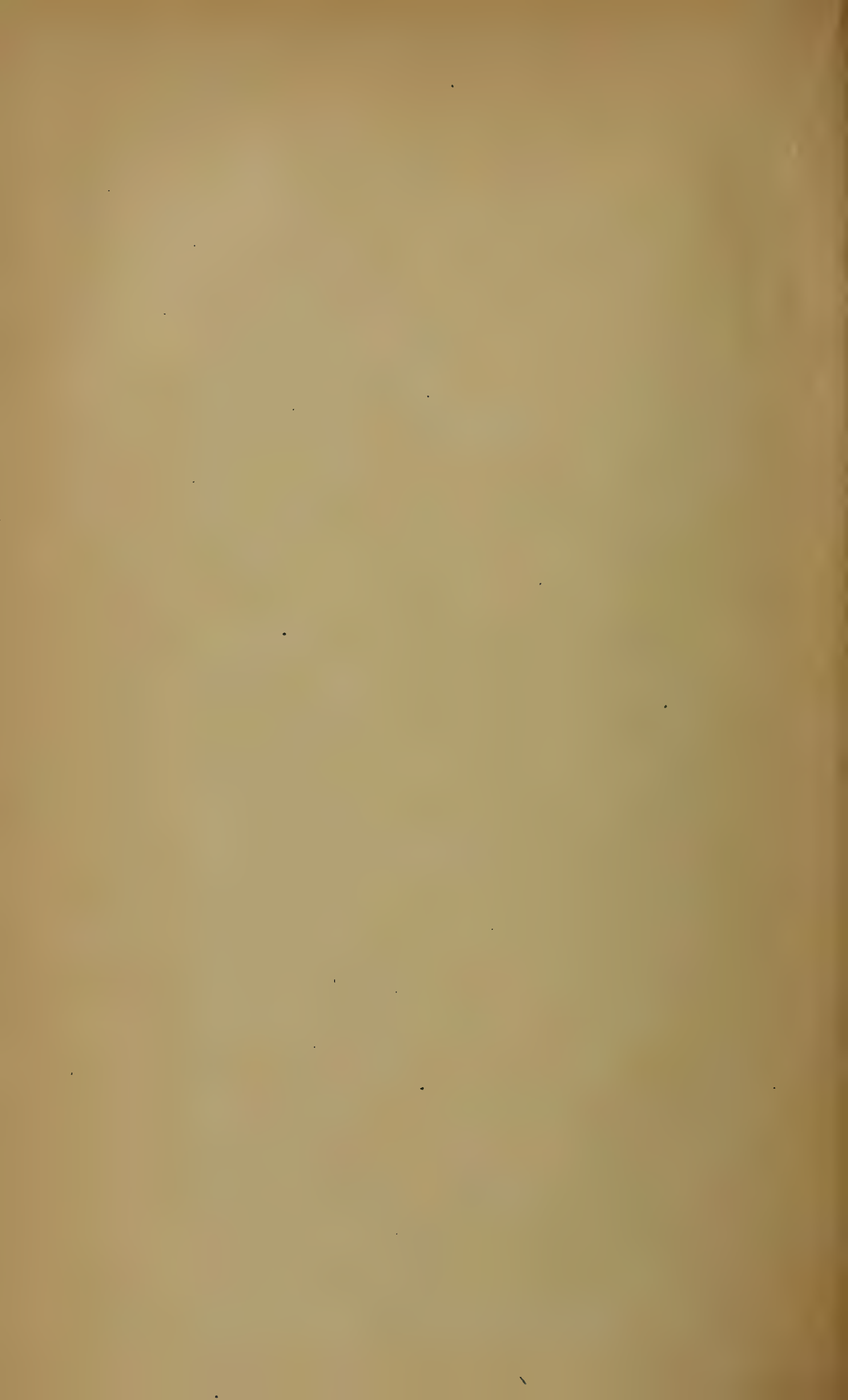
Revolution zerstört haben. Jedem Winter folgt der Frühling. Auch das ist ein ewiges Gesetz im Kreislauf des Lebens, daß dem Tod die Auferstehung folgt.

Wohl denen, die berufen sein werden, als Soldaten der Arbeit die neue Welt mitaufzubauen.

Juli 1919.



Anhang



I.

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz vom 26. April 1915

Am 28. Februar 1917 veröffentlichte die „Istvestija" den Text dieses Abkommens:

„Der italienische Botschafter in London, Marchese Imperiali, hat auf Befehl seiner Regierung die Ehre, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Sir E. Grey, dem französischen Botschafter in London, Herrn Cambon, und dem russischen Botschafter in London, Grafen Benckendorff, nachfolgende denkwürdige Aufzeichnung zu übermitteln:

§ 1. Zwischen den Generalstäben von Frankreich, Großbritannien, Rußland und Italien soll unverzüglich eine Militärkonvention geschlossen werden. Diese Konvention bestimmt das Mindestmaß der Streitkräfte, welche Rußland gegen Österreich-Ungarn in dem Falle in Bewegung setzen soll, wenn dieses Land alle seine Kräfte gegen Italien richten sollte, sofern Rußland sich entschließen würde, sich hauptsächlich auf Deutschland zu stürzen. Durch die genannte Militärkonvention sollen in gleicher Weise die einen Waffenstillstand betreffenden Fragen geregelt werden, soweit solche ihrem Wesen nach zu dem Geschäftskreis des Armee-Oberkommandos gehören.

§ 2. Seinerseits verpflichtet sich Italien, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Feldzug einheitlich mit Frankreich, Großbritannien und Rußland gegen alle mit ihnen kriegführenden Staaten zu führen.

§ 3. Die Seestreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens sollen Italien ungeschwächten aktiven Beistand bis zur Vernichtung der österreichischen Flotte oder bis zum Augenblick des Friedensschlusses gewähren. Zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien soll unverzüglich eine Marinekonvention abgeschlossen werden.

§ 4. Beim kommenden Friedensschluß soll Italien erhalten: Das Gebiet des Trentino, ganz Südtirol bis zu seiner natürlichen geographischen Grenze, als welche der Brenner anzusehen ist, Stadt und Gebiet von Triest, die Grafschaften Görz und Gradiska, ganz Istrien bis zum Quarnero mit Einschluß Voloscas und der istrischen Inseln Cherso und Lussin und gleichfalls der kleineren Inseln Plawnica, Unie, Canidole, Palazzoli sowie der Inseln St. Peter von Nembi, Asinello und Gruica nebst den benachbarten Inseln.

Anmerkung 1: In Ergänzung des § 4 soll die Grenze durch folgende Punkte gezogen werden: Vom Gipfel des Umbrail in nördlicher Richtung bis zum Stilfser Joch und weiter auf der Wasserscheide der Rätischen Alpen bis zu den Quellen der Flüsse Etsch und Eisack, danach über die Reschen-Scheideck, den Brenner und Ötztaler und Zillertaler Alpen. Danach soll die Grenzlinie sich nach Süden wenden, das Gebirge von Toblach schneiden und bis zur jetzigen Grenze von Krain gehen, die sich auf den Alpen hinzieht; dieser folgend, wird sie bis zu den Bergen von Tarvis gehen, aber dann auf der Wasserscheide der Julischen Alpen über die Höhe Predil, den Berg Mangart, die Berggruppe Triglav und die Pässe von Podbrda, Podlaneskan und Idria verlaufen. Von dort setzt sich die Grenze in südöstlicher Richtung zum Schneeberg fort, so daß das Becken des Flusses Save mit seinen Quellflüssen nicht in das italienische Gebiet fällt. Vom Schneeberg zieht sich die Grenzlinie zur Küste hin, indem sie Castua, Matuglie und Volosca in die italienischen Besitzungen einschließt.

§ 5. In gleicher Weise erhält Italien die Provinz Dalmatien in ihrer jetzigen Gestalt mit Einschluß von Lissarik und Trebinje im Norden und allen Besitzungen bis zu einer von der Küste bei Kap Planka nach Osten auf der Wasserscheide gezogenen Linie im Süden, so daß auf diese Weise alle an dem Laufe der bei Sebenico mündenden Flüsse wie Cikola, Kerke und Budisnica mit allen an ihren Quellflüssen gelegenen Tälern in den italienischen Besitz fallen. In gleicher Weise werden Italien alle nördlich und westlich der dalmatinischen Küste gelegenen Inseln zugesprochen, beginnend mit den Inseln Premuda, Selve, Ulbo, Skerda, Maon, Pago und Puntadura usw., im Norden bis Melada, im Süden unter Hinzufügung der Inseln St. Andrea, Busi, Lissa, Lesina, Torcola, Curzola, Cazza und Lagosta mit allen zu ihnen gehörigen Klippen und Eilanden, sowie Pelagosa, aber ohne die Inseln Groß- und Klein-Zirona, Bua, Solta und Brazza.

Der Neutralisierung unterliegen: 1. Die ganze Küste von Kap Planka im Norden bis zum Südende der Halbinsel Sabbioncello und im Süden mit Einschluß der ganzen genannten Halbinsel in das neutralisierte Gebiet; 2. ein Teil der Küste, beginnend von einer zehn Werst südlich des Kap Alt-Ragusa gelegenen Stelle bis zum Flusse Wojusa im Süden, so daß in die Grenzen der neutralisierten Zone die ganze Bucht von Cattaro mit ihren Häfen Antivari, Dulcigno, San Giovanni di Medua und Durazzo fallen, wobei die aus der von den vertragschließenden Parteien im April und Mai 1909 aufgestellten Deklaration hervorgehenden Rechte Montenegros nicht beeinträchtigt werden dürfen. In Anbetracht jedoch, daß diese Rechte nur für die gegenwärtigen Besitzungen Montenegros anerkannt wurden, dürfen sie in der Folge nicht auf diejenigen Länder oder Häfen ausgedehnt werden, welche in Zukunft Montenegro zugeteilt werden können. Auf diese Weise unterliegt auch in Zukunft der Neutralisierung kein Teil der jetzt Montenegro gehörenden Küste. In Kraft bleiben die Beschränkungen betreffend den Hafen Antivari, mit welchen im Jahre 1909 Montenegro selbst sich einverstanden erklärt hat; 3. endlich die Inseln, welche Italien nicht zugewiesen werden.

Anmerkung 3: Die folgenden Länder im Adriatischen Meer werden von den Mächten des Vierverbandes den Gebieten Kroatiens, Serbiens und Montenegros zugeteilt: Im Norden des Adriatischen Meeres die ganze Küste, beginnend von der Bucht Volosca an der Grenze Istriens bis zur Nordgrenze Dalmatiens mit Einschluß der ganzen

jetzt zu Ungarn gehörigen Küste, der ganzen Küste Kroatiens, des Hafens Fiume und der kleinen Häfen Novi und Carlopago sowie auch der Inseln Velia, Pervicchio, Gregorio, Goli und Arbe. Im Süden des Adriatischen Meeres, wo Serbien und Montenegro interessiert sind, die ganze Küste von Kap Planka bis zum Flusse Drina mit den wichtigsten Häfen Spalato, Ragusa, Cattaro, Antivari, Dulcigno und San Giovanni di Medua und mit den Inseln Groß-Zirona, Bua, Solta, Brazza, Jaklian und Calamotta.

Der Hafen Durazzo kann einem unabhängigen mohammedanischen Staate Albanien zugeteilt werden.

§ 6. Italien erhält zu vollem Eigentum Valona, die Insel Sasseno und ein genügend umfangreiches Gebiet, um es in militärischer Hinsicht zu sichern, annähernd von dem Flusse Vojusa im Norden und Osten bis zur Grenze des Bezirkes Chimara im Süden.

§ 7. Wenn Italien das Trentino und Istrien gemäß § 4, Dalmatien und die Inseln des Adriatischen Meeres gemäß § 5 sowie den Busen von Valona erhält, soll es im Falle der Bildung eines kleinen autonomen neutralisierten Staates in Albanien sich nicht dem möglichen Wunsche Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands nach Aufteilung der nördlichen und südlichen Grenzstriche Albaniens zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland widersetzen. Der südliche Küstenstrich von der Grenze des italienischen Gebietes Valona bis Kap Stiloa unterliegt der Neutralisierung.

Italien wird das Recht in Aussicht gestellt, die äußeren Beziehungen Albaniens zu leiten; in jedem Falle ist Italien verpflichtet, sich mit der Überlassung eines genügend umfangreichen Gebietes an Albanien einverstanden zu erklären, so daß die Grenzen des letzteren westlich von dem Ochridasee mit den Grenzen Griechenlands und Serbiens zusammenstoßen.

§ 8. Italien erhält zu vollem Eigentum alle von ihm jetzt besetzten Inseln des Dodekanes.

§ 9. Frankreich, Großbritannien und Rußland erkennen grundsätzlich die Tatsache des Interesses Italiens an der Erhaltung des politischen Gleichgewichtes im Mittelmeere an, sowie das Recht, bei einer Teilung der Türkei einen gleichen Anteil wie sie an dem Bassin des Mittelmeeres zu erhalten, und zwar in dem Teil, welcher an die Provinz Adalia anstößt, wo Italien schon besondere Rechte erworben und Interessen entwickelt hat, die in der italienisch-britischen Konvention erwähnt werden. Die danach in den Besitz Italiens fallende Zone wird seinerzeit genauer, entsprechend den Lebensinteressen Frankreichs und Großbritanniens abgegrenzt werden. Auf gleiche Weise sollen die Interessen Italiens auch in dem Falle in Beachtung gezogen werden, wenn die territoriale Unversehrtheit der asiatischen Türkei durch die Mächte auch für einen weiteren Zeitabschnitt aufrechterhalten werden und wenn nur eine Abgrenzung zwischen den Einflußsphären stattfinden sollte. Wenn in jenem Falle Frankreich, Großbritannien und Rußland während des gegenwärtigen Krieges einige Gebiete der asiatischen Türkei besetzen würden, soll das ganze an Italien grenzende und unten genauer bezeichnete Gebiet an Italien überlassen werden, welches auch das Recht zu seiner Besetzung erhält.

§ 10. In Libyen werden für Italien alle diejenigen Rechte und Ansprüche anerkannt, welche bis jetzt noch dem Sultan auf Grund des Vertrages von Lausanne zustanden.

§ 11. Italien erhält denjenigen Teil der Kriegskontribution, welcher dem Maß seiner Opfer und Anstrengungen entspricht.

§ 12. Italien tritt der von Frankreich, England und Rußland aufgestellten Deklaration bei, nach welcher Arabien und die heiligen Stätten der Mohammedaner einer unabhängigen mohammedanischen Macht überlassen sind.

§ 13. Im Falle der Erweiterung des französischen und englischen Kolonialbesitzes in Afrika auf Kosten Deutschlands erkennen Frankreich und Großbritannien grundsätzlich das Recht Italiens an, für sich gewisse Kompensationen im Sinne einer Erweiterung seiner Besitzungen in Erythräa, Somaliland, in Libyen und den mit Kolonien Frankreichs und Englands grenzenden Kolonialgebieten zu verlangen.

§ 14. England verpflichtet sich, die unverzügliche Realisierung einer Anleihe in Höhe von nicht weniger als 50 Millionen Pfund Sterling zu günstigen Bedingungen auf dem Londoner Markt zu erleichtern.

§ 15. Frankreich, England und Rußland nehmen auf sich die Verpflichtung zur Unterstützung Italiens in der Angelegenheit der Nichtzulassung von Vertretern des Heiligen Stuhles zu irgendwelchen diplomatischen Schritten, betreffend den Abschluß eines Friedens oder der Regulierung von Fragen, die mit dem gegenwärtigen Krieg zusammenhängen.

§ 16. Der vorliegende Vertrag soll geheimgehalten werden. Was den Anschluß Italiens an die Deklaration vom 5. September 1914 betrifft, so wird diese Deklaration der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald der Krieg durch Italien oder an Italien erklärt werden wird.

Nach Kenntnisnahme der vorliegenden denkwürdigen Aufzeichnung sind die entsprechend hierzu bevollmächtigten Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands mit dem gleicherweise von seiner Regierung für diese Angelegenheit bevollmächtigten Vertreter Italiens dahin übereingekommen: Frankreich, Großbritannien und Rußland erklären ihr volles Einverständnis mit der vorliegenden denkwürdigen Aufzeichnung, die ihnen durch die italienische Regierung vorgelegt ist. In bezug auf die §§ 1, 2 und 3, betreffend das Einvernehmen über die Heeres- und Flottenunternehmungen aller vier Mächte, erklärt Italien, daß es aktiv in möglichst naher Zukunft und in jedem Falle nicht später als einen Monat nach Unterzeichnung des vorliegenden Dokuments durch die vertragschließenden Teile auftreten werde.

Das Vorliegende haben in London in vier Exemplaren am 26. April 1915 unterzeichnet und mit ihren Siegeln beglaubigt

Sir Edward Grey,
Cambon,
Marchese Imperiali,
Graf Benckendorff."

II.

Note des Grafen Czernin an die amerikanische Regierung vom 5. März 1917

„Dem Aide-Memoire der amerikanischen Botschaft in Wien vom 18. Februar l. J. hat das k. u. k. Ministerium des Äußern entnommen, daß das Washingtoner Kabinett angesichts der von der k. u. k. Regierung am 10. Februar v. J. und am 31. Januar l. J. abgegebenen Erklärungen Zweifel darüber hegt, welche Haltung Österreich-Ungarn bei Führung des Unterseebootkrieges fortan einzunehmen gedenke, und ob die Zusicherung, welche die k. u. k. Regierung dem Washingtoner Kabinett im Laufe der Verhandlungen über die Fälle der Schiffe ‚Ancona' und ‚Persia' erteilt hat, nicht etwa durch die besagten Erklärungen abgeändert oder zurückgezogen wurde.

Dem Wunsche der Bundesregierung, daß diese Zweifel durch eine endgültige und klare Äußerung behoben werden, ist die k. u. k. Regierung gerne bereit zu entsprechen.

Es sei hierbei gestattet, vorerst in aller Kürze die von den Ententemächten in der Führung des Seekrieges geübten Methoden zu erörtern, weil diese den Ausgangspunkt des von Österreich-Ungarn und seinen Verbündeten ins Werk gesetzten verschärften Unterseebootkrieges bilden und von hier aus auch ein helles Licht auf die Haltung fällt, welche die k. u. k. Regierung in den sich daraus ergebenden Fragen bisher eingenommen hat.

Als Großbritannien in den Kampf gegen die Zentralmächte eintrat, waren erst wenige Jahre seit jener denkwürdigen Zeit verstrichen, da es im Verein mit den übrigen Staaten im Haag die Fundamente eines modernen Seekriegsrechtes zu legen begonnen hatte; bald darauf hatte die englische Regierung Vertreter der großen Seemächte in London versammelt, um das Haager Werk, vornehmlich im Sinne eines billigen Ausgleiches zwischen den Interessen der Kriegführenden und der Neutralen, weiter auszubauen. Der ungeahnten Erfolge dieser Bestrebungen, welche nichts Geringeres erzielten als die einvernehmliche Festsetzung von Rechtsnormen, die geeignet waren, dem Grundsatze der Meeresfreiheit und den Interessen der Neutralen auch in Kriegszeiten Geltung zu verschaffen, sollten sich die Völker nicht lange erfreuen.

Kaum hatte sich das Vereinigte Königreich entschlossen, am Kriege teilzunehmen, als es auch schon die Schranken zu durchbrechen begann, die ihm die Normen des Völkerrechtes setzten. Während die Zentralmächte sogleich bei Beginn des Krieges erklärt hatten, sich an die Londoner Deklaration, welche auch die Unterschrift des britischen Vertreters trug, halten zu wollen, warf England die wichtigsten Bestimmungen derselben über Bord. Im Bestreben, die Zentralmächte von den Zufuhren zur See abzuschneiden, erweiterte es Schritt für Schritt die Liste der Bannwaren, bis nichts mehr von all dem darauf fehlte, dessen die Menschen heute zur Fristung des Lebens bedürfen. Sodann verhängte Großbritannien über die Küsten der Nordsee, die auch für den Seehandel Österreich-Ungarns ein wichtiges Durchgangstor bilden, eine von ihm als ‚Blockade' bezeichnete Sperre, um allen Waren den Eintritt nach Deutschland zu wehren, die auf der Liste der Banngüter noch fehlten, sowie um jeden

Schiffsverkehr der Neutralen mit jenen Küsten zu unterbinden und jegliche Ausfuhr über sie zu verhindern. Daß diese Sperre in grellstem Widerspruch zu den hergebrachten, durch internationale Verträge festgelegten Normen des Blockaderechtes steht, hat gerade der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in Worten dargetan, die in der Geschichte des Völkerrechtes fortleben werden. Durch die rechtswidrige Behinderung der Ausfuhr aus den Zentralmächten gedachte Großbritannien die zahllosen Fabriken und Betriebe, die arbeitsame und hochentwickelte Völker im Herzen Europas geschaffen hatten, stillzulegen, ihre Arbeiter zum Feiern und damit zu Auflehnungen und Aufruhr zu bringen. Und als Österreich-Ungarns südlicher Nachbar in die Reihen der Feinde der Mittelmächte trat, war sein Erstes, die gesamten Küsten seines Gegners für blockiert zu erklären, freilich, dem Beispiel des Bundesgenossen folgend, unter Mißachtung der Rechtsregeln, an deren Schaffung Italien kurz vorher werktätigen Anteil genommen hatte. Österreich-Ungarn unterließ nicht, den neutralen Mächten sogleich darzulegen, daß diese Blockade jeder Rechtswirksamkeit entbehre.

Über zwei Jahre haben die Zentralmächte gezögert. Dann erst, und nachdem sie das Für und Wider lange und reiflich erwogen hatten, schritten sie daran, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und den Gegnern zur See an den Leib zu rücken. Als einzige der Kriegführenden, die alles getan hatten, um die Geltung der Verträge zu sichern, die den Neutralen die Meeresfreiheit gewährleisten sollten, empfanden sie bitteren Herzens den Zwang der Stunde, der sie hieß, diese Freiheit zu verletzen; aber sie taten den Schritt, um eine gebieterische Pflicht gegen ihre Völker zu erfüllen, und in der Überzeugung, daß er geeignet sei, der Freiheit der Meere schließlich zum Siege zu verhelfen. Die Erklärungen, die sie am letzten Januartage dieses Jahres erließen, richten sich nur scheinbar wider die Rechte der Neutralen; in Wahrheit dienen sie der Wiederherstellung dieser Rechte, welche die Feinde unablässig verletzt haben, und die sie, wenn sie Sieger wären, für immer vernichten würden. So künden die Tauchboote, welche Englands Küsten umkreisen, den Völkern, die der See bedürfen — und welche bedürften ihrer nicht? —, daß der Tag nicht mehr fern ist, da die Flaggen aller Staaten im Glanze der neuerrungenen Freiheit friedlich über den Meeren wehen.

Es darf wohl die Hoffnung gehegt werden, daß diese Kunde überall, wo neutrale Völker wohnen, Widerhall finden, und daß sie insbesondere vom großen Volke der Vereinigten Staaten Amerikas werde verstanden werden, dessen berufenster Vertreter im Laufe dieses Krieges mit flammenden Worten für die Freiheit des Meeres als der Straße aller Nationen eingetreten ist. Wenn sich Volk und Regierung der Union vor Augen halten, daß die von Großbritannien verhängte ‚Blockade' bestimmt ist, nicht nur die Zentralmächte durch Hunger niederzuzwingen, sondern letzten Endes die Meere seiner Herrschaft zu unterwerfen und auf diesem Wege seine Vogtei über alle Nationen zu begründen, während umgekehrt die Absperrung Englands und seiner Verbündeten nur dazu dient, diese Mächte e i n e m F r i e d e n i n E h r e n zugänglich zu machen und a l l e n N a t i o n e n d i e F r e i h e i t d e r S c h i f f a h r t u n d d e s S e e h a n d e l s und damit ein gesichertes Dasein zu verbürgen, dann ist die Frage, welche der beiden Kriegsparteien das Recht auf ihrer Seite hat, auch schon entschieden. Wenn es den Zentralmächten auch fernliegt, in ihrem Kampfe um Bundesgenossen zu werben, so glauben sie doch darauf Anspruch erheben zu dürfen, daß die Neutralen ihr Bestreben würdigen, die Grundsätze des

Völkerrechtes und der Gleichberechtigung der Nationen im Interesse aller wieder aufleben zu lassen.

Wenn nun die k. u. k. Regierung darangeht, die im bezogenen Aide-Memoire vom 18. Februar d. J. gestellte Frage zu beantworten, so sei zunächst bemerkt, daß sie sich in dem Notenwechsel, der die Fälle ‚Ancona' und ‚Persia' betraf, darauf beschränkt hatte, zu den konkreten Fragen Stellung zu nehmen, die sich jeweils ergeben hatten, ohne ihre grundsätzliche Rechtsauffassung darzulegen. Sie hat sich aber in der auf den Fall ‚Ancona' bezüglichen Note vom 29. Dezember 1915 vorbehalten, die schwierigen völkerrechtlichen Fragen, die mit dem Unterseebootkrieg zusammenhängen, in einem späteren Zeitpunkt zur Erörterung zu bringen. Wenn sie nunmehr auf diesen Vorbehalt zurückkommt und die Frage der Versenkung feindlicher Schiffe, auf die jenes Aide-Memoire anspielt, einer kurzen Besprechung unterzieht, so leitet sie hierbei der Wunsch, der amerikanischen Regierung darzutun, daß sie an der von ihr erteilten Zusicherung nach wie vor unverrückbar festhält, sowie das Bestreben, durch eine Klärung jener wichtigsten aus dem Unterseebootkrieg sich ergebenden, weil an die Gebote der Menschlichkeit rührenden Frage Mißverständnissen zwischen der Monarchie und der amerikanischen Union vorzubeugen.

Vor allem möchte die k. u. k. Regierung betonen, daß auch ihrer Ansicht nach die von der amerikanischen Regierung aufgestellte und auch in mehreren gelehrten Schriften vertretene These, daß feindliche Handelsschiffe, abgesehen von den Fällen des Fluchtversuches und des Widerstandes, nicht vernichtet werden dürfen, ohne daß für die Sicherheit der Personen an Bord gesorgt würde, sozusagen den Kern der ganzen Materie bildet. Von einer höheren Warte betrachtet, läßt sich diese These allerdings in einen weiteren gedanklichen Zusammenhang eingliedern und solcherart auch ihr Anwendungsgebiet genauer abstecken: Man kann aus den Geboten der Menschlichkeit, welche sich die k. u. k. Regierung und das Washingtoner Kabinett in gleicher Weise zur Richtschnur nehmen, den allgemeineren Grundsatz ableiten, daß bei Ausübung des Rechtes der Vernichtung feindlicher Handelsschiffe der Verlust von Menschenleben soweit als irgend möglich vermieden werden soll. Diesem Grundsatz kann der Kriegführende nur dadurch gerecht werden, daß er vor der Ausübung des Rechtes eine Warnung erläßt. Er kann hierbei den Weg einschlagen, den die besagte These der Unionsregierung weist, wonach der Befehlshaber des Kriegsschiffes die Warnung an das zu versenkende Fahrzeug selbst richtet, damit sich Besatzung und Passagiere noch im letzten Augenblick in Sicherheit bringen können; oder aber es kann die Regierung des kriegführenden Staates, wenn sie dies als unabweisliche Kriegsnotwendigkeit erkannt hat, die Warnung mit voller Wirkung schon vor der Ausfahrt des Schiffes erlassen, welches versenkt werden soll, oder schließlich sie kann sich, wenn sie eine umfassende Maßnahme zur Bekämpfung des feindlichen Seehandels ins Werk setzt, einer allgemeinen, für alle in Betracht kommenden feindlichen Schiffe bestimmten Warnung bedienen.

Daß der Grundsatz, wonach für die Sicherheit der Personen an Bord Sorge zu tragen ist, Ausnahmen erleidet, hat die Unionsregierung selbst anerkannt. Die k. u. k. Regierung möchte aber glauben, daß die warnungslose Vernichtung nicht nur dann zulässig ist, wenn das Schiff flieht oder Widerstand leistet. Es scheint ihr, um nur ein Beispiel anzuführen, auch der Charakter des Schiffes selbst in Betracht gezogen werden zu müssen: Handels- oder sonstige Privatschiffe, welche sich in den Dienst der

Kriegführung stellen, etwa als Transport- oder Avisoschiffe, oder welche militärische Besatzung oder Waffen an Bord führen, um Feindseligkeiten irgendwelcher Art zu begehen, dürfen nach geltendem Recht wohl ohne weiteres vernichtet werden. Des Falles, daß der Kriegführende jeder Rücksicht auf Menschenleben entbunden ist, wenn sein Gegner feindliche Handelsschiffe ohne jede vorgängige Warnung versenkt, wie dies in den bereits wiederholt gerügten Fällen der Schiffe ‚Elektra', ‚Dubrovnik', ‚Zagreb' usw. zutraf, braucht die k. u. k. Regierung nicht zu gedenken, da sie in dieser Hinsicht trotz ihres unbestreitbaren Rechtes niemals Gleiches mit Gleichem vergolten hat. Im ganzen Verlauf des Krieges haben österreichisch-ungarische Kriegsschiffe nicht ein einziges feindliches Handelsschiff ohne vorherige, wenn auch generelle Warnung vernichtet.

Die mehrerwähnte These der Bundesregierung läßt auch mehrere Deutungen zu, insofern nämlich, als danach fraglich ist, ob, wie von manchen Seiten behauptet wird, nur ein bewaffneter Widerstand die Vernichtung des Schiffes mit den Personen an Bord rechtfertige oder auch ein Widerstand anderer Art, wie er etwa dann gegeben ist, wenn die Besatzung geflissentlich unterläßt, die Passagiere auszubooten (Fall ‚Ancona'), oder wenn die Passagiere selbst die Ausbootung verweigern. Nach der Meinung der k. u. k. Regierung ist auch in den Fällen der letzten Art die Vernichtung des gewarnten Schiffes ohne Rettung der Personen an Bord zulässig, da es andernfalls in die Hände jedes Fahrgastes gelegt wäre, das dem Kriegführenden zustehende Recht der Versenkung zunichte zu machen. Übrigens darf auch darauf hingewiesen werden, daß nicht einmal darüber Einmütigkeit besteht, in welchen Fällen die Vernichtung feindlicher Handelsschiffe überhaupt zulässig ist.

Die Verpflichtung, die Warnung unmittelbar vor dem Versenken des Schiffes zu erlassen, führt nach Ansicht der k. u. k. Regierung einerseits zu Härten, die vermieden werden könnten, andererseits ist sie aber auch unter Umständen geeignet, berechtigten Interessen der Kriegführenden Abbruch zu tun. Zunächst ist nämlich nicht zu verkennen, daß die Rettung der Personen auf See fast allemal dem blinden Ungefähr anheimgestellt ist, da nur die Wahl bleibt, sie entweder an Bord des jeder feindlichen Einwirkung ausgesetzten Kriegsschiffes zu nehmen oder in kleinen Booten den Gefahren der Elemente preiszugeben, und daß es daher den Grundsätzen der Menschlichkeit weit besser entspricht, die Personen durch eine rechtzeitig erlassene Warnung von der Benutzung gefährdeter Schiffe abzuhalten. Des weiteren aber konnte sich die k. u. k. Regierung trotz reiflicher Überprüfung aller in Betracht kommenden Rechtsfragen nicht davon überzeugen, daß Angehörige neutraler Staaten einen Anspruch darauf besitzen, auf feindlichen Schiffen unbehelligt zu reisen.

Der Grundsatz, daß die Neutralen auch in Kriegszeiten die Vorteile der Meeresfreiheit genießen, gilt nur für neutrale Schiffe, nicht auch für neutrale Personen an Bord feindlicher Schiffe. Denn die Kriegführenden sind bekanntlich berechtigt, den feindlichen Schiffsverkehr, soweit sie es vermögen, zu unterbinden. Im Besitze der erforderlichen Kriegsmittel, dürfen sie hierbei, wenn sie es zur Erreichung ihrer Kriegsziele für nötig erachten, den feindlichen Handelsschiffen das Befahren der See bei sonstiger sofortiger Vernichtung untersagen, wenn sie nur diese ihre Absicht vorher ankündigen, damit jedermann, ob Feind oder Neutraler, in die Lage komme, eine Gefährdung seines Lebens zu vermeiden. Selbst wenn sich aber über die Berechtigung eines derartigen Vorgehens Zweifel ergeben sollten und

der Gegner etwa mit Vergeltung drohen würde, so wäre dies eine Angelegenheit, die unter den Kriegführenden allein auszutragen ist, die anerkanntermaßen berechtigt sind, die hohe See zum Schauplatz ihrer militärischen Unternehmungen zu machen, jede Störung dieser Unternehmungen abzuwehren und souverän zu entscheiden, welche Maßnahmen wider die feindliche Schiffahrt zu ergreifen seien. Die Neutralen haben in einem solchen Falle kein anderes legitimes Interesse und daher keinen andern Rechtsanspruch, als daß ihnen der Kriegführende das an den Feind gerichtete Verbot rechtzeitig bekanntgibt, damit sie vermeiden können, ihre Person und ihr Eigen feindlichen Schiffen anzuvertrauen.

Die k. u. k. Regierung darf wohl annehmen, daß das Washingtoner Kabinett den vorstehenden, ihrer vollen Überzeugung nach unanfechtbaren Ausführungen zustimmt, da eine Bestreitung ihrer Richtigkeit ohne Zweifel darauf hinauslaufen würde, daß es — was der Ansicht der Bundesregierung sicher nicht entspricht — den Neutralen freistehe, sich in die militärischen Operationen der Kriegführenden einzumengen, ja letzten Endes sich geradezu zum Richter darüber aufzuwerfen, welche Kriegsmittel gegen den Feind in Anwendung gebracht werden dürfen. Auch schiene ein schreiendes Mißverhältnis gegeben, wenn eine neutrale Regierung, nur um ihren Angehörigen zu ermöglichen, auf feindlichen Schiffen zu reisen, während sie ebensogut, ja mit weit größerer Sicherheit neutrale Schiffe benützen könnten, einer kriegführenden Macht, die vielleicht um ihr Dasein kämpft, in den Arm fiele. Nicht zu sprechen davon, daß den schwersten Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet würde, wollte man einen Kriegführenden zwingen, die Waffen vor jedem Neutralen zu senken, dem es gerade beliebt, sich auf seinen Geschäfts- oder Vergnügungsreisen der feindlichen Fahrzeuge zu bedienen. Niemals ist auch nur der leiseste Zweifel darüber wach geworden, daß neutrale Staatsangehörige allen Schaden selbst zu tragen haben, den sie dadurch erleiden, daß sie zu Lande ein Gebiet betreten, wo kriegerische Operationen stattfinden. Es liegt augenscheinlich kein Grund vor, für den Seekrieg eine andere Norm gelten zu lassen, zumal die zweite Friedenskonferenz den Wunsch geäußert hat, die Mächte mögen bis zur Zeit, da der Seekrieg eine vertragsmäßige Regelung gefunden haben werde, das für den Landkrieg geltende Recht so weit als möglich auch im Seekriege anwenden.

Im Sinne des Vorausgeschickten erleidet die Regel, daß die Warnung an das zu versenkende Schiff selbst zu richten ist, Ausnahmen verschiedener Art: unter gewissen Umständen, wie beispielsweise in den von der Bundesregierung angeführten Fällen der Flucht und des Widerstandes, darf das Schiff ohne jede Warnung vernichtet werden; in anderen bedarf es einer Warnung vor Ausfahrt des Schiffes. Die k. u. k. Regierung darf sonach feststellen, daß sie, wie immer sich das Washingtoner Kabinett zu einzelnen der hier aufgeworfenen Fragen stellen mag, doch gerade, was den Schutz der Neutralen gegen Gefährdung ihres Lebens anlangt, mit der Bundesregierung im Wesen eines Sinnes ist. Sie hat sich aber nicht daran genügen lassen, im Verlauf des jetzigen Krieges die von ihr vertretene Auffassung in die Tat umzusetzen, sondern, darüber hinausgehend, ihr Verhalten mit peinlicher Sorgfalt der vom Washingtoner Kabinett aufgestellten These angepaßt, obwohl die von ihr erteilte Zusicherung nur dahin gelautet hatte, daß sie der Anschauung der Bundesregierung ‚im wesentlichen beizupflichten vermag'. Mit besonderer Genugtuung würde es die k. u. k. Regierung begrüßen, wenn sich das Washingtoner Kabinett geneigt

fände, sie in ihrem von wärmster Menschenfreundlichkeit getragenen Bestreben, amerikanische Bürger vor Gefährdung auf See zu bewahren, durch Belehrung und Warnung seiner Schutzbefohlenen zu unterstützen.

Was nun die Zirkularverbalnote vom 10. Februar v. J., betreffend die Behandlung bewaffneter feindlicher Kauffahrteischiffe anlangt, muß die k. u. k. Regierung allerdings feststellen, daß sie, wie auch im vorstehenden angedeutet, der Ansicht ist, die Bewaffnung von Handelsfahrzeugen auch nur zum Zwecke der Verteidigung gegen die Ausübung des Beuterechtes sei im modernen Völkerrecht nicht begründet. Ein Kriegsschiff ist in aller Regel verpflichtet, einem feindlichen Handelsfahrzeug in friedlicher Form zu begegnen. Es hat das Fahrzeug mittels bestimmter Zeichen anzuhalten, mit dem Kapitän in Verkehr zu treten, die Bordpapiere zu prüfen, ein Protokoll und gegebenenfalls ein Inventar aufzunehmen usf. Die Erfüllung dieser Pflichten setzt aber wohl als selbstverständlich voraus, daß das Kriegsschiff volle Gewißheit darüber besitzt, daß ihm das Handelsschiff seinerseits friedlich begegne. Eine solche Gewißheit besteht jedoch zweifellos nicht, wenn das Handelsschiff eine Bewaffnung führt, die zur Bekämpfung des Kriegsschiffes hinreicht. Einem Kriegsschiff kann doch schwerlich zugemutet werden, unter den Mündungen feindlicher Kanonen des Amtes zu handeln, mögen die Kanonen zu welchem Zwecke immer an Bord gebracht worden sein. Ganz zu geschweigen der Tatsache, daß die Handelsschiffe der Ententemächte trotz aller gegenteiligen Beteuerungen erwiesenermaßen zu Angriffszwecken mit Geschützen versehen sind und sich ihrer zu solchen Zwecken auch bedienen. Auch hieße es Pflichten der Menschlichkeit verkennen, würde man die Besatzungen der Kriegsschiffe verhalten, sich den Waffen der Feinde ohne Gegenwehr preiszugeben. Kein Staat kann die Pflichten der Menschlichkeit wider die berufenen Verteidiger des Vaterlandes niedriger einschätzen als die Pflichten gegen die Angehörigen fremder Mächte.

Die k. u. k. Regierung hätte daher nach ihrer Überzeugung davon ausgehen können, daß sich ihre dem Washingtoner Kabinett gegebene Zusage von vornherein nicht auf bewaffnete Handelsfahrzeuge erstrecke, da diese nach den geltenden Rechtsnormen, welche die Feindseligkeiten auf die organisierten Streitkräfte beschränken, als Freibeuterschiffe zu betrachten seien, die ohne weiteres der Vernichtung unterliegen. Wie die Geschichte lehrt, war es nach allgemeinem Völkerrecht niemals zugelassen, daß sich Handelsschiffe der Ausübung des Beuterechtes durch Kriegsschiffe widersetzen. Selbst wenn aber eine Norm dieses Inhaltes aufgewiesen werden könnte, so wäre damit noch nicht dargetan, daß sich die Schiffe mit Waffen versehen dürfen. Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß die Bewaffnung der Handelsschiffe die Kriegführung zur See völlig umgestalten muß, und daß diese Umgestaltung nicht den Absichten derer entsprechen kann, die bemüht sind, im Seekrieg die Grundsätze der Menschlichkeit zur Geltung zu bringen. In der Tat hat seit der Abschaffung der Kaperei bis vor wenigen Jahren keine Regierung auch nur im entferntesten daran gedacht, Handelsschiffe zu bewaffnen. Im ganzen Verlauf der zweiten Friedenskonferenz, die sich mit allen Fragen des Seekriegsrechtes befaßt hat, wurde der Bewaffnung von Kauffahrteischiffen mit keinem Wort Erwähnung getan. Nur ein einziges Mal und gelegentlich fiel eine Äußerung, die für diese Frage von Interesse ist, und es ist bezeichnend, daß es ein hoher britischer Seeoffizier war, der unbefangen erklärte: ‚Lorsqu'un navire de guerre se propose d'arrêter et de visiter

un vaisseau marchand, le commandant, avant de mettre une embarcation à la mer, fera tirer un coup de canon. Le coup de canon est la meilleure garantie que l'on puisse donner. Les navires de commercen'ont pas de canons à bord.'

Nichtsdestoweniger hat Österreich-Ungarn auch in dieser Frage an seiner Zusage festgehalten; in der bezogenen Zirkularverbalnote wurden die Neutralen rechtzeitig davor gewarnt, ihre Person und ihre Habe einem bewaffneten Schiffe anzuvertrauen; auch wurde die angekündigte Maßnahme nicht sogleich ins Werk gesetzt, sondern ein Aufschub erteilt, um den Neutralen zu ermöglichen, bewaffnete Schiffe, die sie schon bestiegen hatten, wieder zu verlassen. Endlich sind die k. u. k. Kriegsschiffe angewiesen, selbst im Falle der Begegnung mit bewaffneten feindlichen Handelsschiffen, wenn es nach der Sachlage möglich sein sollte, auf Erlassung einer Warnung und auf die Rettung der Personen an Bord bedacht zu sein.

Die Angabe der amerikanischen Botschaft, die bewaffneten britischen Dampfer ‚Secondo' und ‚Welsch Prince' seien von österreichisch-ungarischen Tauchbooten ohne Warnung versenkt worden, beruht auf einem Irrtum. Der k. u. k. Regierung ist inzwischen die Mitteilung zugegangen, daß an der Versenkung dieser Dampfer k. u. k. Kriegsschiffe überhaupt nicht beteiligt waren.

In gleicher Weise wie in der mehrerwähnten Zirkularverbalnote hat die k. u. k. Regierung — und damit kommt sie auf die zu Beginn dieser Aide-Memoires erörterte Frage des verschärften Unterseebootkrieges zurück — auch in ihrer Erklärung vom 31. Januar d. J. eine an die Adresse des Neutralen gerichtete Warnung unter Festsetzung einer entsprechenden Frist erlassen; ja, die ganze Erklärung stellt ihrem Wesen nach nichts anderes dar als eine Warnung des Inhalts, es möge kein Handelsschiff die in der Erklärung genau bezeichneten Seegebiete befahren. Überdies sind die k. u. k. Kriegsschiffe beauftragt, womöglich auch in diesen Gebieten etwa angetroffene Handelsfahrzeuge zu warnen, sowie Besatzung und Fahrgäste in Sicherheit zu bringen. Die k. u. k. Regierung ist denn auch im Besitze zahlreicher Meldungen, daß die Mannschaften und Passagiere von Schiffen, die in diesen Gebieten vernichtet worden sind, geborgen wurden. Für etwaige Verluste an Menschenleben, die gleichwohl bei Vernichtung bewaffneter oder in Sperrgebieten angetroffener Schiffe sich ergeben sollten, vermag jedoch die k. u. k. Regierung eine Verantwortung nicht zu übernehmen. Übrigens darf bemerkt werden, daß die österreichisch-ungarischen Tauchboote nur in der Adria und im Mittelmeere operieren, und daß daher eine Beeinträchtigung amerikanischer Interessen durch k. u. k. Kriegsschiffe kaum zu besorgen ist.

Es bedarf wohl nach allem, was eingangs dieses Aide-Memoires ausgeführt wurde, nicht erst der Versicherung, daß die Absperrung der in der Erklärung bezeichneten Seegebiete keineswegs der Absicht dient, Menschenleben zu vernichten oder auch nur zu gefährden, sondern daß sie, abgesehen vom höheren Zweck, durch Abkürzung des Krieges der Menschheit weitere Leiden zu ersparen, nur dazu bestimmt ist, Großbritannien und dessen Verbündete, die — ohne eine rechtswirksame Blockade über die Küsten der Zentralmächte verhängt zu haben — den Seeverkehr der Neutralen mit diesen Mächten unterbinden, in die gleiche Lage der Isolierung zu versetzen und sie durch diesen Druck einem Frieden gefügig zu machen, der die Gewähr der Dauer in sich trägt. Daß sich Österreich-Ungarn hierbei anderer Kriegsmittel bedient als die Gegner,

liegt vorwiegend an Umständen, über welche den Menschen keine Macht gegeben ist. Die k. u. k. Regierung ist sich aber bewußt, daß sie alles, was sie vermochte, vorgekehrt hat, um Verlusten an Menschenleben vorzubeugen. Sie würde das mit der Absperrung der Westmächte angestrebte Ziel am schnellsten und sichersten erreichen, wenn in jenen Meeresteilen kein einziges Menschenleben verlorenginge und kein einziges in Gefahr geriete.

Zusammenfassend vermag die k. u. k. Regierung festzustellen, daß die Zusicherung, die sie dem Washingtoner Kabinett im Falle der ‚Ancona' gegeben und im Falle ‚Persia' erneuert hat, durch ihre Erklärungen vom 10. Februar 1916 und vom 31. Januar 1917 weder aufgehoben noch eingeschränkt wurde. Im Rahmen dieser Zusicherung wird sie, vereint mit ihren Verbündeten, auch fürderhin alles daransetzen, daß die Völker der Erde bald wieder der Segnungen des Friedens teilhaftig werden. Wenn sie in Verfolgung dieses Zieles — das, wie ihr wohl bekannt, die volle Sympathie des Washingtoner Kabinetts genießt — sich gezwungen sieht, auch die neutrale Schiffahrt in gewissen Seegebieten zu unterbinden, so möchte sie, um diese Maßnahme zu rechtfertigen, nicht so sehr auf das Verhalten der Gegner hinweisen, das ihr nichts weniger denn nachahmenswert dünkt, als vielmehr darauf, daß Österreich-Ungarn durch die Hartnäckigkeit und Gehässigkeit seiner auf Vernichtung bedachten Feinde in einen Zustand der Notwehr versetzt wurde, für welchen die Geschichte kein typischeres Beispiel kennt. Wie die k. u. k. Regierung Erhebung findet in dem Bewußtsein, daß der Kampf, den Österreich-Ungarn führt, nicht nur der Wahrung seiner Lebensinteressen dient, sondern auch der Verwirklichung der Idee des gleichen Rechtes aller Staaten, so legt sie in dieser letzten und schweren Phase des Krieges, die, wie sie tief beklagt, auch von den Freunden Opfer heischt, den größten Wert darauf, durch Wort und Tat zu bekräftigen, daß ihr in gleicher Weise die Grundsätze der Menschlichkeit voranleuchten, wie das Gebot der Achtung vor der Würde und den Interessen der neutralen Völker."

III.

Staatssekretär Helfferich über den U-Bootkrieg

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 1. Mai 1917 gibt die nachstehende Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich über die wirtschaftlichen Wirkungen des U-Bootkrieges wieder, abgesehen von Teilen, die vertrauliche Ausführungen enthalten:

„In der gestrigen Sitzung hat ein Abgeordneter mit Recht hervorgehoben, daß man technisch und wirtschaftlich in der Veranschlagung der Wirkungen des U-Bootkrieges vorsichtig gewesen sei. Technisch liegt die Vorsicht in der Beurteilung des Erfolges klar zutage: Die Versenkungen sind im ersten Monat um mehr als ein Viertel, im zweiten um fast die Hälfte über die veranschlagten 600 000 Tonnen hinausgegangen, und auch für den laufenden Monat haben wir ein Recht auf die besten Erwartungen. Der technische Erfolg garantiert den wirtschaftlichen Erfolg mit nahezu mathematischer Sicherheit. Freilich läßt sich der wirtschaftliche Erfolg zahlenmäßig nicht so leicht feststellen und in einer einzigen großen Ziffer zusammenfassen wie die technische Wirkung in der Tonnenzahl der

Versenkungen. Die wirtschaftlichen Wirkungen des U-Bootkrieges äußern sich auf einem vielgestaltigen Gebiet, dessen Unübersichtlichkeit der Feind noch künstlich durch — ich möchte sagen: statistische Rauchentwicklung zu erhöhen trachtet.

Die englische Statistik ist heute fast am interessantesten durch das, was sie weise verschweigt. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat gestern schon darauf hingewiesen, wie rasch der Stolz der britischen Offenheit verblaßt ist. Die Engländer unterschlagen heute ihrer Öffentlichkeit unsere Berichte über unsere U-Booterfolge und unsere Mitteilungen über unsere U-Bootverluste, sie wagen nicht, den versenkten Schiffsraum bekanntzugeben, sondern mystifizieren das englische Publikum mit einer Schiffsstatistik, die in der englischen Presse selbst allgemeines Ärgernis erregt. Die englische Regierung läßt ihre Leute ruhig an die Phantasien glauben, daß statt der sechs versenkten U-Boote deren hundert auf dem Meeresgrunde liegen. Sie enthält der Welt weiter vor, wie sich die Tonnage des Ein- und Ausgangs der Seeschiffe in britischen Häfen seit dem Beginn des uneingeschränkten U-Bootkriegs gestaltet hat. Vor allem unterdrückt die englische Regierung seit Februar auf das strengste alle Zahlen, die auf die Lage des Getreidemarktes ein Licht werfen könnten. Bei der Kohlenausfuhr werden die Angaben über die Bestimmungsländer unterdrückt. Die monatliche Handelspolitik, die sonst mit anerkennenswerter Promptheit stets etwa bereits am 10. des folgenden Monats veröffentlicht wurde, ist schon für den Februar verspätet und lückenhaft ausgegeben worden, für den März ist sie bis heute noch nicht erschienen. Es ist bedauerlich, daß uns durch diese plötzliche Zurückhaltung das Urteil über die wirtschaftliche Wirkung des U-Bootkriegs erschwert wird; aber die Sache hat auch ihre erfreuliche Seite: es ist nicht anzunehmen, daß England plötzlich schweigsam wird, um seine Stärke zu verbergen.

Im übrigen: was sichtbar bleibt, genügt, um uns ein Bild zu geben.

Ich beginne mit dem Frachtraum. Sie wissen, daß in den ersten beiden Monaten des uneingeschränkten U-Bootkriegs mehr als 1 600 000 Tonnen versenkt worden sind, wovon wohl erheblich mehr als 1 Million Tonnen auf die englische Flagge entfallen.

Die Schätzungen über die heute noch verfügbare englische Handelstonnage gehen auseinander; aber einerlei, ob man höher oder niedriger schätzt, ein Verlust von mehr als 1 Million Tonnen in zwei Monaten ist für England nur kurze Zeit erträglich. Ein auch nur annähernder Ersatz durch Neubauten ist ausgeschlossen. Im Jahre 1914 hat England durch Neubau einen Zuwachs von 1 600 000 Tonnen gehabt; 1915 waren es noch 650 000 Tonnen, 1916 nur noch 580 000 Tonnen, trotz aller Anstrengungen. Dabei wurde der normale Abgang der englischen Handelsflotte in Friedenszeiten allein auf 700 000 bis 800 000 Tonnen geschätzt. Durch ein Forcieren der Neubautätigkeit das Verhängnis aufhalten zu wollen, ist ein aussichtsloses Beginnen. Der Versuch, die neutrale Tonnage wieder durch Zuckerbrot und Peitsche in den britischen Dienst zu zwingen, mag zum Schaden der Neutralen hier und dort Erfolg haben; aber auch hier sind in dem Interesse der Neutralen an der Erhaltung einer eigenen Flotte für die Friedenszeit enge Grenzen gezogen. Noch im Januar d. J. kamen rund 30% des in britischen Häfen eingehenden Schiffsraums auf fremde Flaggen. Ich habe Schätzungen gehört, die für die Abschreckung der neutralen Tonnage auf 80% kommen; wenn davon nur 50% richtig sind, ist das eine Verminderung des britischen Schiffsverkehrs um rund ein Sechstel. Zusammen mit den Versenkungen hat die Abschreckung die Ankünfte in

den britischen Häfen gering gerechnet bereits um ein Viertel, wahrscheinlich sogar um ein Drittel gegenüber dem Januar eingeschränkt. Die Ankünfte betrugen im Januar noch 2,2 Millionen Nettotonnen. Ich ergänze die fehlende englische Statistik dahin, daß im März die Ankünfte nur noch 1,5 bis 1,6 Millionen Nettotonnen betragen haben, und überlasse es Mr. Carson, mich zu dementieren. Die 1,5 bis 1,6 Millionen bedeuten gegenüber dem durchschnittlichen Eingang der Friedenszeit mit 4,2 Millionen nicht mehr ganz 40%. Diese schmale Rate wird sich progressiv weiter vermindern. Lloyd George hat zu Anfang des Krieges auf die letzte Milliarde gesetzt. Das sind vergangene Zeiten. Dann hat er auf die Munition seine Pläne gebaut. England hat auf diesem Gebiet, unterstützt von Amerika, Außerordentliches geleistet. Aber die Somme und Arras zeigen, daß es uns auch mit diesen gewaltigen Mitteln nicht zu zwingen vermag. Jetzt, in seiner Begrüßung des amerikanischen Bundesgenossen, hat Lloyd George ausgerufen: Schiffe, Schiffe und noch einmal Schiffe! Und dieses Mal wird er recht behalten: An den Schiffen wird sich das Schicksal des britischen Weltreichs entscheiden.

Auch die Amerikaner haben begriffen. Sie wollen 1000 hölzerne 3000-Tonnenschiffe bauen. Aber bis diese in Aktion treten können, werden sie, das hoffe ich zuversichtlich, nichts mehr zu retten haben.

Ich schöpfe diese Zuversicht aus den Anzeichen, die bisher trotz aller englischen Verdunkelungsversuche sichtbar geworden sind.

Nehmen wir den britischen Gesamthandel! Die Zahlen für den März fehlen noch; aber auch der Februar sagt bereits genug.

Die britische Einfuhr betrug im Januar d. J. 90 Millionen Lstr., im Februar nur noch 70 Millionen Lstr., die Ausfuhr ist von 46 auf 37 Millionen Lstr. gesunken — in Ein- und Ausfuhr ein Rückgang von mehr als 20% im ersten Monat des U-Bootkriegs. Dabei hat sich die Steigerung aller Preise seit dem Beginn des U-Bootkriegs in verschärftem Tempo fortgesetzt, so daß man den Rückgang der Einfuhrmengen von einem Monat auf den andern mit 25% wohl nicht zu hoch veranschlagt. Die Ziffern der Ein- und Ausfuhr bestätigen also meine Annahme des Rückganges der Tonnage des Seeverkehrs der britischen Häfen.

Die britische Regierung hat mit drastischen Mitteln, mit rigorosen Einfuhrverboten für alle minder wichtigen Dinge versucht, die Schmälerung der Zufuhr von den lebenswichtigen Einfuhrgütern fernzuhalten. Der Versuch kann nur unvollständig gelingen.

Im Jahre 1916 kamen von einer Gesamteinfuhrmenge von 42 Millionen Tonnen allein auf die drei wichtigen Warengruppen: Nahrungs- und Genußmittel, Holz und Eisenerz rund 31 Millionen Tonnen, auf alle übrigen Güter, und darunter sind kriegswichtige Dinge, wie andere Erze und Metalle, Petroleum, Baumwolle und Wolle, Kautschuk, nur 11 Millionen Tonnen, also nur rund ein Viertel. Ein Rückgang der Einfuhrmenge um ein Viertel, wie ihn der erste Monat des uneingeschränkten U-Bootkriegs brachte, muß also auch die für die Kriegführung und das Leben unentbehrlichen Dinge treffen.

Der Rückgang der Einfuhren im Februar 1917 gegenüber dem Februar 1916 beträgt:

bei Wolle 17%, bei Baumwolle 27%, Flachs 38%, Hanf 48%, Jute 74%, bei Wollstoffen 83%;

bei Kupfer und Kupfererz 49%, bei Eisen und Stahl 59%; über die Einfuhr von Eisenerz werde ich genauere Zahlen mitteilen;

bei Kaffee 66%, bei Tee 41%;
bei Rohzucker 10%, raffiniertem Zucker 90%;
bei Rindfleisch 17%, bei Butter 21%, bei Schmalz 21%, bei Eiern 39%;
bei Holz 42%.

Nennenswerte Steigerungen weisen nur auf: Leder, Häute, Kautschuk, Zinn.

Über die Warengruppe, die uns am meisten interessiert, über die verschiedenen Getreidearten, sind vom Februar an Mengenzahlen nicht mehr veröffentlicht worden.

Die bloße Gegenüberstellung zweier Vergleichsmomente gibt natürlich kein vollständiges Bild. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg bei seinem Beginn in England nicht mehr eine normale, sondern eine durch zweieinhalb Kriegsjahre bereits stark geschwächte Wirtschaftsverfassung traf. Ein richtiges Urteil ist also nur möglich, wenn man die Gesamtentwicklung der Einfuhr während des Krieges mit berücksichtigt.

Ich will nur die allerwichtigsten Waren heranholen.

Beim Eisenerz hat England bisher seine Position noch am besten behauptet:

Die Einfuhr betrug im Jahre 1913 7,4 Millionen Tonnen,
„ „ 1916 6,9 „ „

im Januar 1913 689 000 Tonnen, im Februar 1913 658 000 Tonnen,
„ „ 1916 526 000 „ , „ „ 1916 404 000 „
„ „ 1917 512 000 „ , „ „ 1917 508 000 „

Gegenüber dem Friedensjahr 1913 zeigen immerhin auch hier die Monate Januar und Februar eine nicht unbeträchtliche Abnahme, wenn auch die Einfuhr speziell im Februar 1917 größer war als im gleichen Monat 1916.

Holzeinfuhr im Jahre 1913 10,1 Millionen Loads
„ „ 1916 5,9 „ „

im Februar 1913 . . . . 406 000 Loads
„ „ 1916 . . . . 286 000 „
„ „ 1917 . . . . 167 000 „

Was insbesondere das Grubenholz angeht, dessen Zufuhr von 3,5 Millionen Loads in 1913 auf 2,0 in 1916 gefallen war, so weisen Dezember 1916 und Januar 1917 mit 102 000 und 107 000 Loads die niedrigsten Einfuhrzahlen auf, die seit Beginn des Jahres 1913 festgestellt sind: für Februar fehlt eine Angabe über die Einfuhr von Grubenholz.

Ehe ich mich zur Lebensmitteleinfuhr wende, ein Wort über die Kohlenausfuhr!

Die gesamte Kohlenausfuhr ist von 78 Millionen Tonnen in 1913 auf 46½ Millionen Tonnen in 1915 gefallen; im Jahre 1916 wurden nur noch rund 42 Millionen Tonnen ausgeführt. Im Dezember 1916 fiel die Ausfuhrmenge zum ersten Male unter 3 Millionen Tonnen, während sie in den Monaten Januar bis November 1916 sich zwischen 3,2 und 3,9 Millionen Tonnen gehalten hatte. Jm Januar 1917 wurden wieder 3,5 Millionen Tonnen erreicht; um so bedeutsamer ist es, daß die Kohlenausfuhr, die der Natur der Sache nach in den einzelnen Monaten nur verhältnismäßig geringen Schwankungen unterliegt, im Februar 1917 wieder auf 2,9 Millionen Tonnen (gegen 3,4 Millionen Tonnen im Februar des Vorjahres) gefallen ist und damit den bisherigen Tiefpunkt — Dezember 1916 — beinahe wieder erreicht hat. Dabei ist hier wie bei allen anderen Ausfuhrwaren zu berücksichtigen, daß die versenkten Transporte in der englischen Ausfuhrstatistik naturgemäß noch miterscheinen.

Einzelheiten über die Bestimmungsländer der Kohlenausfuhr werden seit dem Beginn dieses Jahres nicht mehr veröffentlicht. England will wohl den Franzosen und Italienern den Schmerz ersparen, den katastrophalen Rückgang ihrer Kohlenversorgung auch fernerhin schwarz auf weiß in den amtlichen Ausweisen zu lesen. Wie stark dieser Rückgang bereits bis zum Ende des Jahres 1916 war, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Englands Kohlenausfuhr nach Frankreich betrug im Dezember 1916 nur 1 128 000 Tonnen gegen 1 369 000 im Januar desselben Jahres; nach Italien wurden ausgeführt im Dezember 1916 nur noch 278 000 Tonnen gegen 431 000 Tonnen im Januar und rund 800 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt des Friedensjahres 1913.

Über die Weiterentwicklung seit Ende Februar kann ich eine interessante Einzelangabe machen. Die Kohlenausfuhr Schottlands hat in der ersten Aprilwoche 103 000 Tonnen gegen 194 000 Tonnen im Vorjahr betragen, seit Beginn des Jahres 1 783 000 Tonnen gegen 2 486 000 Tonnen im Vorjahre. Dies läßt einen Rückschluß zu, wie der U-Bootkrieg die Eisenbahnen und Kriegsbetriebe der Verbündeten Englands an der Wurzel trifft.

Lloyd George hat in einer großen Rede am 22. Februar d. J. den Engländern gezeigt, wie sie sich durch Vermehrung der Produktion im eigenen Land gegen die Wirkungen des U-Bootkriegs schützen könnten. Die Durchführbarkeit und Wirkung seiner Ratschläge ist mehr als zweifelhaft. Er hat aber ganz darauf verzichtet, seinen Verbündeten zu sagen, welches Mittel er ihnen gegen die Drosselung der Kohlenzufuhr empfiehlt.

Ich komme zum wichtigsten Punkte, zu der Lebensmittelsituation Englands.

Zunächst möchte ich einige lapidare Ziffern über die Abhängigkeit Englands von der überseeischen Lebensmittelzufuhr in Ihr Gedächtnis zurückrufen.

Der Anteil der Einfuhr am britischen Gesamtverbrauch betrug im Durchschnitt der letzten Friedensjahre:

beim Brotgetreide nahezu 80%,

bei dem Futtergetreide (Gerste, Hafer, Mais, die als Ersatz und zur Streckung von Brotgetreide verwendbar sind), 50%, beim Fleisch mehr als 40%, bei der Butter 60 bis 65%. Der Zuckerbedarf mußte mangels einer einheimischen Erzeugung ganz durch die Einfuhr gedeckt werden.

Ich erinnere weiter daran, daß unsere U-Boote, soweit Englands Nahrungssituation in Frage kommt, unter ganz besonders günstigen Bedingungen kämpfen: Der Weltrekordernte des Jahres 1915 ist die Weltmißernte des Jahres 1916 gefolgt — ein Minderertrag von 45 bis 50 Millionen Tonnen an Brot- und Futtergetreide. Am stärksten betroffen sind die für England am günstigsten gelegenen Bezugsgebiete Nordamerikas. Die Wirkungen treten jetzt, nachdem die reichlichen Bestände aus der alten Ernte aufgezehrt sind, von Tag zu Tag und überall schärfer in Erscheinung. Argentinien hat ein Getreideausfuhrverbot erlassen. Wie in den Vereinigten Staaten die Dinge stehen, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Das Ackerbaudepartement schätzt die Vorräte an Weizen, die sich am 1. März 1917 noch in den Händen der Farmer befänden, auf 101 Millionen Bushels, das sind wenig mehr als $2^1/_2$ Millionen Tonnen. Um dieselbe Zeit des Vorjahres waren diese Bestände noch 241 Millionen Bushels. Niemals, soweit ich die Zahlen zurückverfolgt habe, waren die Bestände auch nur annähernd so gering. Für die Bestände an Mais gilt dasselbe. Einem

Vorrat von 1 138 000 Bushels am 1. März 1916 stehen in diesem Jahre nur 789 000 Bushels gegenüber.

Die außerordentliche Knappheit der Vorräte spitzt sich zur Panik zu. Die Preisbewegung in den letzten Wochen ist geradezu phantastisch. Mais, der in Chicago Anfang Januar 1917 noch 95 Cents notierte, stieg bis Anfang April auf 127 Cents und bis zum 25. April weiter auf 148 Cents. Weizen in Neuyork, der im Juli 1914 sich auf $87^1/_4$ Cents stellte und Anfang 1917 bereits auf $191^1/_2$ Cents angekommen war, stieg Anfang April auf 229 Cents und notierte am 25. April gar 281 Cents — dreiundeinhalbmal so viel wie im Frieden! In deutschem Geld zum Friedenskurs bedeuten die 281 Cents etwa 440 Mark pro Tonne, zum jetzigen Dollarkurs etwa 580 Mark pro Tonne.

So sieht das Gebiet aus, das England in dem von ihm selbst freventlich begonnenen Hungerkrieg helfen soll!

In England selbst werden über Einfuhren und Bestände von Getreide keine Ziffern mehr veröffentlicht. Ich kann aber folgendes sagen:

An dem letzten Tage der Bestandsveröffentlichung, am 13. Januar 1917, betrugen die sichtbaren Weizenbestände Englands 5,3 Millionen Quarters gegen 6,3 und 5,9 Millionen Quarters in den beiden Vorjahren. Vom Januar bis zum Mai und Juni tritt regelmäßig eine starke Verringerung der Bestände ein, die Zufuhren decken in diesen Monaten auch in normalen Jahren nicht den Verbrauch. Im Juni 1914 und 1915 betrug der sichtbare Bestand nur noch rund 2 Millionen Quarters, das entspricht einem Bedarf von knapp drei Wochen.

Wir haben keinen Grund, anzunehmen, daß in diesem Jahre sich die Dinge günstiger entwickelt haben sollten. Dafür sprechen die noch veröffentlichten Einfuhrzahlen des Januar. Die Einfuhr an Brot- und Futtergetreide — ich nehme angesichts der englischen Streckungsvorschriften alles zusammen — betrug nur 12,6 Millionen Quarters, gegen 19,8 und 19,2 in den beiden Vorjahren.

Für den Februar verzeichnet die englische Statistik eine Steigerung des Einfuhrwertes der unbenannten Einfuhrmengen der sämtlichen Getreidearten von 50% gegenüber dem Februar 1916. Dies gibt bei einer dem Januar entsprechenden Verteilung der Gesamtmenge auf die einzelnen Getreidearten angesichts der Preissteigerung, die inzwischen eingetreten ist, ungefähr die gleiche Einfuhrmenge wie im Vorjahre. In Anbetracht der stark zurückgegangenen Getreideverschiffungen Amerikas und angesichts der geringen Menge, die aus Australien und Indien angekommen sein kann, ist dieses Ergebnis wenig glaublich. Wir dürfen annehmen, daß der März eine weitere Verschlechterung gebracht hat, und daß heute, in einer Zeit, wo wir uns dem Dreiwochenbestand an sichtbarer Ware nähern, die englischen Vorräte geringer sind als in den Vorjahren.

Die Engländer selbst bestätigen dies. Lloyd George hat im Februar gesagt, die britischen Getreidevorräte seien geringer als jemals seit Menschengedenken. Ein hoher Beamter des englischen Landwirtschaftsministeriums, Sir Allwyn Fellown, hat Anfang April in einer landwirtschaftlichen Versammlung hinzugefügt, er fürchte, daß infolge des für England überaus ernsten U-Bootkriegs diese Lage sich noch erheblich verschlechtert habe.

Captain Bathurst vom britischen Kriegsernährungsamt hat kürzlich, am 19. April, ausgesprochen, der gegenwärtige Verbrauch an Brotstoffen gehe um 50% über die vorhandenen und in Aussicht stehenden Vorräte hinaus. Eine Herabsetzung des Brotverbrauchs um ein volles Drittel sei notwendig, um durchzukommen.

Kurz zuvor hatte Mr. Wallhead, der Abgeordnete für Manchester, auf der Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei in Leeds ausgeführt, nach seinen Informationen werde sich England in sechs bis acht Wochen im Zustande völliger Hungersnot befinden.

Die Krisis, in der England sich befindet — wir können es heute schon ruhig eine Krisis nennen — wird verschärft durch die Tatsache, daß die Versorgung Englands mit den anderen wichtigen Nahrungsmitteln sich gleichfalls ungünstig gestaltet hat.

Die Fleischeinfuhr zeigt im Februar 1917 den niedrigsten Stand seit Jahren mit der einen Ausnahme des September 1914.

Der starke Rückgang der Buttereinfuhr — im Februar 1917 nur halb so viel als im Vorjahr — wird durch die von England mit allen Mitteln geförderte Margarineeinfuhr nicht entfernt wettgemacht.

Auch die Einfuhr von Schmalz — Hauptbezugsland die Vereinigten Staaten — läßt unter der Einwirkung der schlechten amerikanischen Futterernte nach. Der Preis für Schmalz ist in Chi ago von 15½ Cents Anfang Januar 1917 auf 21½ Cents am 25. April gestiegen, die Schweinepreise in derselben Zeit von 9,80 auf 15,65 Dollars.

Die schlimmste Verschärfung der Getreidenot ist jedoch für England der geradezu katastrophale Kartoffelmangel. Die Ernte in England war die schlechteste seit einem Menschenalter. Die Zufuhr ist gänzlich unbedeutend. Captain Bathurst hat am 19. April erklärt, daß in etwa vier Wochen die Kartoffelvorräte Englands völlig aufgebraucht seien.

Der volle Ernst der Lage steht heute den englischen Staatsmännern vor Augen. Bisher haben sie geglaubt, mit freiwilliger Sparsamkeit die Gefahr beschwören zu können. Jetzt sehen sie sich zu Zwangsmaßnahmen genötigt. Ich glaube, es ist zu spät."

Der Staatssekretär gibt eine ausführliche Darstellung der bisherigen englischen Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung und fährt fort:

„Noch am 22. März hat der englische Lebensmitteldiktator, Lord Devonport, im Oberhaus erklärt, eine starke Verminderung des Brotverbrauchs sei nötig, aber es würde ein nationales Unglück sein, wenn England zum Zwang greifen müsse.

Sein Vertreter Bathurst hat um dieselbe Zeit gesagt: Wir wollen ein so unenglisches System nicht einführen. Erstens, weil wir glauben, dem Patriotismus des Volkes unsere Sparsamkeitswünsche anvertrauen zu können, dann aber, weil — wie Deutschlands Beispiel zeige — das Zwangssystem keinen Erfolg verspricht; schließlich, weil ein solches System einen zu verwickelten Verwaltungsapparat und ein zu umfangreiches Personal von Männern und Frauen erfordert, das besser anderweitig beschäftigt werden kann.

Inzwischen hat die englische Regierung, wenn die letzten Nachrichten zutreffen, sich entschlossen, zu diesem unenglischen, in Deutschland gescheiterten System überzugehen, und sie behauptet, daß die ganze Organisation bereitstehe.

Ich hätte noch ein Wort zu sagen über die großzügigen Maßnahmen, die zur Förderung des Ackerbaues in England in die Wege geleitet worden sind. Ich unterlasse es, denn diese Maßnahmen werden weder bis zur nächsten Ernte noch für die nächste Ernte etwas helfen. Der Ausfall in der Winterbestellung wird selbst mit den größten Anstrengungen durch die Frühjahrsbestellung kaum auszugleichen sein. Erst die Ernte 1918 könnte bestenfalls einen Erfolg bringen. Bis dahin ist ein zu weiter Weg,

ein Leidensweg für England, für alle Länder, die auf Nahrungsmittelzufuhr angewiesen sind.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird auf die Weltmißernte 1916 eine Weltmißernte 1917 folgen. In den Vereinigten Staaten lautet die offizielle Saatenstandsschätzung schlechter denn je, auf 63,4 gegen 78,3 im Vorjahre. Der Ertrag des Winterweizens wird auf nur 430 Millionen Bushels veranschlagt gegen 492 Millionen im Vorjahr und 650 Millionen im Jahre 1915.

Also auch die Perspektive des neuen Erntejahres ist trübe und verspricht unseren Feinden keine Rettung.

Wie wir unsererseits stehen, ist den Herren bekannt: knapp, aber sicher; denn wir stehen auf den eigenen Füßen. Heute können wir sagen: Der Hungerkrieg, dieses phantastische Verbrechen an der Menschheit, hat sich gegen seinen Urheber gewendet. Wir halten den Feind mit eisernem Griff. Niemand wird das Schicksal wenden. Auch nicht die Menschheitsapostel jenseits des großen Wassers, die den Schutz der kleinen Völker jetzt dadurch zu betätigen beginnen, daß sie durch Ausfuhrverbote die uns benachbarten Neutralen blockieren und so mit der Hungerpeitsche in den Krieg gegen uns treiben wollen.

Die Feinde spüren die Faust, die ihnen am Nacken sitzt. Sie suchen die Entscheidung zu erzwingen. England, die Beherrscherin der Meere, sucht die Entscheidung auf dem Lande, jagt seine Söhne zu Hunderttausenden in Tod und Verderben. Ist das ein England, das auf seiner Insel gemächlich warten kann, bis uns der Hunger zwingt, das warten kann, bis der große Bruder jenseits der Atlantik mit Schiffen und Millionenheeren auf dem Plan erscheint und mit alles erdrückender Übermacht zum vernichtenden Schlag ausholt? — Nein, meine Herren, unsere Feinde haben keine Zeit mehr, zu warten. Die Zeit arbeitet jetzt für uns. Gewiß, die Probe, auf die uns die Weltgeschichte stellt, ist ungeheuer. Was unsere Truppen leisten, was unsere blauen Jungen leisten, steht hoch über jedem Vergleich. Aber sie werden es schaffen. Auch in der Heimat ist es schwer — lange nicht so schwer wie draußen, aber schwer genug. Auch die Heimat muß und wird es schaffen. Wenn wir uns selbst treu bleiben, wenn wir das eigene Haus in Ordnung halten, wenn wir die innere Geschlossenheit bewahren, dann haben wir Dasein und Zukunft für unser Vaterland gewonnen. Es geht ums Ganze. Das deutsche Volk hat in diesen entscheidungsschweren Wochen zu zeigen, daß es wert ist, zu bestehen."

IV.

Rede des Grafen Czernin in der Österreichischen Delegation am 24. Januar 1918

Minister des Äußern Graf Czernin:

„Hoher Ausschuß! Es ist meine Pflicht, den Herren ein getreues Bild der Friedensverhandlungen zu entwickeln, die verschiedenen Phasen der bisherigen Ergebnisse zu beleuchten und daraus jene Konklusionen zu ziehen, die wahr, logisch und berechtigt sind.

Es scheint mir vor allem, daß jene, welche den Verlauf der Verhandlungen anscheinend zu langsam finden, sich auch nicht annähernd eine

Vorstellung von den Schwierigkeiten machen können, denen wir naturgemäß auf Schritt und Tritt hierbei begegnen müssen. Ich werde mir im nachstehenden gestatten, diese Schwierigkeiten zu schildern, möchte nur gleich vorgreifend auf einen Kardinalunterschied hinweisen, welcher zwischen den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und all denen, die jemals in der Geschichte stattgefunden haben, besteht. Niemals, soviel ich weiß, haben Friedensverhandlungen bei offenen Fenstern stattgefunden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen, welche an Umfang und Tiefe den jetzigen gleichkommen, von der ersten Minute an glatt und ohne den geringsten Widerstand verlaufen könnten. Es gilt, eine neue Welt aufzubauen, alles das, was der erbarmungsloseste aller Kriege zerstört und in den Boden gestampft hat. Bei allen Friedensverhandlungen, die wir kennen, haben sich deren verschiedene Phasen mehr oder weniger bei verschlossenen Türen abgespielt, und erst nach Ablauf der Verhandlungen wurde der Welt das Ergebnis mitgeteilt. Aus allen Büchern der Geschichte geht hervor, es ist dies ja auch ganz selbstverständlich, daß der mühsame Weg solcher Friedensverhandlungen stets über Berg und Tal geführt hat, daß die Aussichten manchen Tag günstiger, manchen Tag weniger günstig schienen. Wenn aber diese verschiedenen Phasen, die Details des Einzeltages in die Welt hinaustelegraphiert werden so ist es wieder ganz selbstverständlich, daß sie bei der die ganze Welt beherrschenden Nervosität wie elektrische Schläge wirken und die öffentliche Meinung aufpeitschen. Wir waren uns über den Nachteil dieses Vorganges vollständig im klaren. Wir haben trotzdem dem Wunsche der russischen Regierung nach dieser Öffentlichkeit sofort stattgegeben, weil wir uns entgegenkommend zeigen wollten, weil wir nichts zu verstecken haben, und weil es einen falschen Eindruck hätte machen können, wenn wir an dem bisher bestandenen Modus der vorerstigen Geheimhaltung festgehalten hätten. Aber die notwendige Kehrseite dieser vollständigen Öffentlichkeit der Verhandlungen ist die, daß die große Öffentlichkeit, daß das Hinterland und vor allem die Führer ruhige Nerven behalten. Die Partie muß mit kaltem Blute zu Ende gespielt werden, und sie wird zu einem guten Ende kommen wenn die Völker der Monarchie ihre verantwortlichen Vertreter auf der Friedenskonferenz unterstützen.

Vorweg sei es gesagt: die Basis, auf welcher Österreich-Ungarn mit den verschiedenen, neu entstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die ‚ohne Kompensationen und ohne Annexionen'. Das ist das Programm, welches ich vor einem Jahre knapp nach meiner Ernennung zum Minister denjenigen gegenüber, welche über den Frieden reden wollen, ausgesprochen habe, welches ich den russischen Machthabern auf ihr erstes Friedensangebot hin wiederholt habe und von dem ich nicht abweichen werde. Diejenigen, die glauben, daß ich von dem Wege, den ich mir zu gehen vorgenommen habe, abzudrängen sei, sind schlechte Psychologen. Ich habe der Öffentlichkeit niemals einen Zweifel darüber gelassen, welchen Weg ich gehe, und ich habe mich niemals auch nur um eines Haares Breite von diesem Wege abdrängen lassen, weder nach rechts oder nach links. Ich bin seitdem der unbestrittene Liebling der Alldeutschen geworden und derjenigen in der Monarchie, die die Alldeutschen nachahmen. Ich werde gleichzeitig als Kriegshetzer von denen verschrien, die den Frieden um jeden Preis wollen, wie zahllose Briefe mir beweisen. Beides hat mich niemals geniert, im Gegenteil, diese doppelten Schimpfereien sind meine einzige Erheiterung in dieser ernsten Zeit. Ich erkläre hier

nochmals, daß ich keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer von Rußland verlange, und daß, wenn Rußland, wie dies scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, der Friede zustande kommen muß. Diejenigen, welche den Frieden um jeden Preis wollen, könnten Zweifel an meinen annexionslosen Absichten gegenüber Rußland hegen, wenn ich ihnen nicht mit der gleichen rücksichtslosen Offenheit ins Gesicht sagen würde, daß ich mich niemals dazu hergeben werde, einen Frieden zu schließen, welcher über den eben skizzierten Rahmen hinausgeht. Wenn unsere russischen Kompaziszenten von uns eine Gebietsabtrennung oder eine Kriegsentschädigung verlangen würden, so würde ich den Krieg fortsetzen, trotz des Friedenswunsches, den ich genau so gut habe wie Sie, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchdringen könnte.

Das vorausgeschickt und nochmals betont, daß für diese letzte pessimistische Annahme, daß der Friede scheitern wird, kein Grund vorliegt, da sich die verhandelnden Kommissionen auf der annexions- und kontributionslosen Basis vereinigt haben und nur neue Instruktionen der verschiedenen russischen Regierungen oder deren Verschwinden diese Basis zu verschieben imstande wären, gehe ich auf die zwei größten Schwierigkeiten über, welche die Gründe enthalten, daß die Verhandlungen nicht so schnell, als wir alle möchten, verlaufen.

Die erste Schwierigkeit ist, daß wir gar nicht mit einem russischen Kompaziszenten, sondern mit verschiedenen neu entstandenen russischen Reichen zu verhandeln haben, welche untereinander ihre Kompetenzsphäre noch gar nicht abgegrenzt und geklärt haben. Es kommen hier in Betracht: das von Petersburg geleitete Rußland, zweitens unser eigentlicher neuer Nachbarstaat, die große Ukraine, drittens Finnland und viertens der Kaukasus.

Mit den ersten beiden Staaten verhandeln wir direkt, ich meine von Angesicht zu Angesicht, mit den beiden anderen vorerst auf einem mehr oder weniger indirekten Wege, weil sie zurzeit keine Unterhändler nach Brest-Litowsk geschickt haben. Diesen vier russischen Kompaziszenten stehen wir vier Mächte gegenüber, und beispielsweise der Fall des Kaukasus, in welchem wir direkt natürlich gar keine Schwierigkeiten zu bereinigen haben, welcher aber im Konflikt mit der Türkei ist, beweist die Ausdehnung der Verhandlungsthemata.

Was uns speziell in erster Linie interessieren muß, ist jener neu entstandene große Staat, an den wir in Zukunft grenzen werden, die Ukraine. Wir sind in den Verhandlungen mit dieser Delegation bereits sehr weit gekommen. Wir haben uns auf der obenerwähnten annexions- und kompensationslosen Basis geeinigt und sind in großen Zügen darüber klar geworden, daß und wie die Handelsbeziehungen mit der neuentstandenen Republik wieder aufzunehmen seien. Aber gerade dieses Beispiel der Ukraine zeigt eine der herrschenden Schwierigkeiten. Während die ukrainische Republik auf dem Standpunkte steht, daß sie vollkommen autonom und selbständig mit uns zu verhandeln berechtigt sei, steht die russische Delegation auf der Basis, daß die Grenzen ihres Reiches und die der Ukraine noch nicht fixiert seien, daß die Grenzen der Ukraine überhaupt noch nicht definitiv abgemacht seien, und daß Petersburg infolgedessen berechtigt sei, an diesen unseren Verhandlungen mit der Ukraine teilzunehmen, eine Ansicht, der sich die Herren der ukrainischen Delegation nicht anschließen wollen. Aber diese ungeklärte Lage der inneren Verhältnisse Rußlands war der Grund einer gewaltigen Verzögerung. Wir

waren auch über diese Schwierigkeit hinübergekommen, und ich glaubte, daß die in einigen Tagen wieder aufzunehmenden Verhandlungen den Weg hier frei finden werden.

Wie die Sache heute steht, weiß ich nicht; denn ich habe gestern von meinem Vertreter in Brest-Litowsk folgende zwei Telegramme erhalten:

‚Herr Joffe hat heute abend in seiner Eigenschaft als Präsident der russischen Delegation an die Delegationen der vier verbündeten Mächte ein Zirkularschreiben gerichtet, in welchem er bekanntgibt, daß die ‚Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Republik' beschlossen hat, zwei Delegierte nach Brest mit dem Auftrage zu entsenden, an den Friedensverhandlungen als Vertreter des Zentralkomitees der allukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, jedoch innerhalb der russischen Delegation als ergänzender Bestandteil derselben, teilzunehmen. Herr Joffe fügt dieser Mitteilung hinzu, daß die russische Delegation bereit ist, diese ukrainischen Vertreter in ihren Bestand aufzunehmen. Obiger Mitteilung ist die Kopie einer aus Charkow datierten, an den Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Brest gerichteten ‚Erklärung' der ‚Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Republik' beigeschlossen, in welcher bekanntgegeben wird, daß die Kiewer Zentralrada lediglich die besitzenden Klassen vertrete und infolgedessen nicht im Namen des ganzen ukrainischen Volkes handeln könne. Die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung erklärt, daß sie etwaige, ohne ihr Zutun zustandegekommene Abmachungen der Delegierten der Kiewer Zentralrada nicht anerkenne, ihrerseits jedoch beschlossen habe, Vertreter nach Brest-Litowsk zu entsenden, die dort als ergänzende Bestandteile der russischen Delegation, welche sie als Bevollmächtigte der föderativen Regierung Rußlands anerkennt, aufzutreten haben werden.'

Ferner: ‚Die deutsche Übersetzung des russischen Originaltextes des gestern abend erhaltenen Schreibens Herrn Joffes in Angelegenheit der Delegierten der Charkower ukrainischen Regierung sowie dessen zwei Beilagen lautet wie folgt:

‚An den Herrn Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Friedensdelegation. Herr Minister!

Indem ich anbei eine Kopie einer von mir erhaltenen Erklärung der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Republik W. M. Schachrai und E. G. Medwjedew und ihrer Mandate übersende, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die russische Delegation in voller Übereinstimmung mit dem von ihr wiederholt anerkannten Recht auf freie Selbstbestimmung aller Völker — darunter natürlich auch des ukrainischen — keinerlei Hindernisse für die Teilnahme der Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Republik an den Friedensverhandlungen erblickt und sie entsprechend dem von ihnen geäußerten Wunsche mit in den Bestand der russischen Friedensdelegation aufnimmt als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Republik. Indem ich dieses zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung entgegenzunehmen. Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation A. Joffe.'

Beilage 1. ‚An den Herrn Vorsitzenden der Friedensdelegation der russischen Republik. Erklärung.

Wir, die Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Republik, Volkskommissar für militärische Angelegenheiten W. M. Schachrai und der Vorsitzende des allukrainischen Zentralexekutivkomitees der Räte

der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputation E. G. Medwjedew, die wir nach Brest-Litowsk zur Führung von Friedensverhandlungen mit den Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei in voller Übereinstimmung mit den Vertretern der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik delegiert worden sind, als welcher der Rat der Volkskommissare anzusehen ist, erklären hiermit folgendes: Das Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada kann keinesfalls als Vertreter des ganzen ukrainischen Volkes anerkannt werden. Im Namen der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern erklären wir kategorisch, daß alle Beschlüsse, die das Generalsekretariat ohne Einigung mit uns gefaßt hat, vom ukrainischen Volk nicht anerkannt werden, nicht durchgeführt werden können und keinesfalls in die Tat umgesetzt werden können.

In voller Übereinstimmung mit dem Rate der Volkskommissare, folglich auch mit der Delegation der russischen Arbeiter- und Bauernregierung, werden wir in Zukunft die Friedensverhandlungen mit den Delegationen des Vierbundes zusammen mit der russischen Friedensdelegation führen.

Dabei bringen wir folgende Resolution zu Ihrer Kenntnis, Herr Vorsitzender, welche von dem Zentralexekutivkomitee der allukrainischen Räte der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten am 30. Dezember 1917 (12. Januar 1918) angenommen worden ist: Das Zentralexekutivkomitee hat beschlossen: ‚Zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees Genossen Medwjedew und die Volkssekretäre Satonski und Schachrai zu delegieren, die damit beauftragt sind, kategorisch zu erklären, daß alle Versuche der ukrainischen Zentralrada, im Namen des ukrainischen Volkes aufzutreten, als eigenmächtige Schritte der Bourgeoisgruppen der ukrainischen Bevölkerung gegen den Willen und die Interessen der arbeitenden Klassen der Ukraine anzusehen sind, und daß keinerlei Beschlüsse, die die Zentralrada gefaßt hat, weder von der ukrainischen Sowjetregierung noch von dem ukrainischen Volke anerkannt werden, daß die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung den Rat der Volkskommissare als Organ der allrussischen Sowjetregierung für berechtigt ansieht, im Namen der ganzen russischen Föderation aufzutreten, und daß die Delegation der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung, die zu dem Zwecke entsandt worden ist, um die eigenmächtigen Schritte der ukrainischen Zentralrada aufzudecken, zusammen mit der allrussischen Delegation und in voller Übereinstimmung mit dieser auftreten wird.‘

Zusatz: Das von dem Volkssekretariat der ukrainischen Arbeiter- und Bauernrepublik am 30. Dezember 1917 erteilte Mandat.

Anmerkung: Der Volkssekretär für Volksaufklärung Wladimir Petrowitsch Satonski ist unterwegs erkrankt und daher nicht gleichzeitig mit uns eingetroffen.

Januar 1918.

Der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der ukrainischen Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten E. Medwjedew.

Der Volkskommissar für militärische Angelegenheiten Schachrai.

Mit dem Original übereinstimmend:

Der Sekretär der Friedensdelegation Leo Karachou.‘

Beilage II.

‚Auf Beschluß des Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten der Ukraine bevollmächtigt das Volkssekretariat der Ukrainischen Republik im Namen der Arbeiter- und

Bauernregierung der Ukraine hierdurch den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der Ukraine Jefim Gregorjewitsch Medwjedew, den Volkssekretär für militärische Angelegenheiten Wasili Matwjejewitsch Schachrai und den Volkssekretär für Volksaufklärung Wladimir Petrowitsch Satonski, im Namen der Ukrainischen Volksrepublik an den Verhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens über die Friedensbedingungen zwischen den genannten Staaten und der russischen föderativen Republik teilzunehmen. Zu diesem Zwecke wird den genannten Bevollmächtigten Jefim Gregorjewitsch Medwjedew, Wasili Matwjejewitsch Schachrai und Wladimir Petrowitsch Satonski das Recht eingeräumt, in allen Fällen, wo sie dies für notwendig halten werden, Erklärungen abzugeben und Schriftstücke zu unterzeichnen im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Republik. Alle ihre Handlungen sind die Bevollmächtigten der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung verpflichtet in Übereinstimmung zu bringen mit den Handlungen der Bevollmächtigten der Arbeiter- und Bauernregierun der russischen föderativen Republik, als welche der Rat der Volkskommissare anzusehen ist.

Im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukrainischen Volksrepublik die Volkssekretäre für internationale Angelegenheiten, für innere Angelegenheiten, militärische Angelegenheiten, für Justiz, für Arbeit, für Verpflegung.

Der Geschäftsführer des Volkssekretariates.

Charkow, den 30. Dezember 1917/12. Januar 1918.

Mit der Kopie übereinstimmend:

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation:

A. Joffe.'

Das ist jedenfalls eine neue Schwierigkeit, denn wir können und wollen uns nicht in die internen Angelegenheiten Rußlands einmischen.

Ist aber dieser Weg einmal frei, so wird sich auch weiter keine Schwierigkeit bieten, wir werden übereinstimmend mit der Ukrainischen Republik konstatieren, daß die alten Grenzen zwischen Österreich-Ungarn und dem früheren Rußland auch zwischen uns und der Ukraine gelten.

Polen

Was Polen betrifft, dessen Grenzen übrigens noch nicht genau fixiert sind, so wollen wir gar nichts von diesem neuen Staate. Frei und unbeeinflußt soll Polens Bevölkerung ihr eigenes Schicksal wählen. Ich lege dabei meinerseits gar keinen besonderen Wert auf die Form des diesbezüglichen Volksvotums: je sicherer es den allgemeinen Volkswillen widerspiegelt, desto lieber ist es mir. Denn ich will nur den freiwilligen Anschluß Polens — nur in dem diesbezüglichen Wunsche Polens sehe ich die Gewähr einer dauernden Harmonie. Ich halte unwiderruflich an dem Standpunkte fest, daß die polnische Frage den Friedensschluß nicht um einen Tag verlängern darf; wird es nach Friedensschluß eine Anlehnung an uns suchen, so werden wir es nicht abstoßen — den Frieden darf und wird die polnische Frage nicht gefährden.

Ich hätte es gerne gesehen, wenn die polnische Regierung an den Verhandlungen hätte teilnehmen können, denn meiner Auffassung

nach ist Polen ein selbständiger Staat. Die Petersburger Regierung aber steht auf dem Standpunkte, die heutige polnische Regierung sei nicht berechtigt, im Namen ihres Landes zu sprechen, sie anerkannte sie nicht als kompetenten Exponenten des Landes, und daher standen wir von dem Vorhaben ab, um nicht einen etwaigen Konflikt zu erzeugen. Die Frage ist gewiß wichtig, aber wichtiger noch ist mir die Beseitigung aller Schwierigkeiten, welche den Abschluß der Verhandlungen verzögern.

Die deutsch-russischen Differenzen über die besetzten Gebiete

Die zweite Schwierigkeit, welche vorliegt, die auch in den Blättern den größten Widerhall gefunden hat, ist die Meinungsdifferenz unseres deutschen Bundesgenossen und der Petersburger Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Völker, nämlich jener Gebiete, die von deutschen Truppen besetzt sind. Deutschland steht auf dem Standpunkte, daß es keine gewaltsamen Gebietserwerbungen von Rußland beabsichtigt, aber in zwei Worten gesagt ist die Meinungsdifferenz eine doppelte:

Erstens steht Deutschland auf dem berechtigten Standpunkte, daß die zahlreich erfolgten Willensäußerungen nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit seitens der legislativen Korporationen, der Gemeindevertretungen usw. in den okkupierten Provinzen als provisorische Basis für die Volksmeinung zu gelten hätten, welche nachher durch ein Volksvotum auf breiter Basis zu überprüfen seien — ein Standpunkt, welchem die russische Regierung vorerst noch ablehnend gegenübersteht, da sie den bestehenden Organen in Kurland und Litauen das Recht, im Namen dieser Provinzen zu sprechen, nicht zuerkennt, ebensowenig wie den polnischen.

Zweitens: darin, daß Rußland verlangt, daß dieses Volksvotum stattfinde, nachdem sich sämtliche deutsche Truppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen zurückgezogen haben, während Deutschland darauf hinweist, daß eine solche bis in die äußersten Konsequenzen durchgeführte Evakuierung ein Vakuum schaffen würde, welches den Ausbruch der vollständigen Anarchie und der größten Not unwiderruflich hervorrufen müßte. Es muß hier erklärt werden, daß alles, was heute in den okkupierten Provinzen das staatliche Leben ermöglicht, deutscher Besitz ist. Die Bahnen, die Post, der Telegraph, die ganzen Industrien, aber auch der ganze Verwaltungsapparat, die Polizei, die Rechtspflege, alles das liegt in deutschen Händen. Die plötzliche Zurückziehung dieses ganzen Apparates würde tatsächlich einen Zustand schaffen, der praktisch nicht haltbar erscheint.

In beiden Fragen handelt es sich darum, einen Mittelweg zu finden, der gefunden werden muß. Die Differenzen bei beiden Standpunkten sind meiner Ansicht nach nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen rechtfertigen zu können.

Aber solche Verhandlungen lassen sich nicht über Nacht beenden, sie brauchen Zeit.

Sind wir einmal mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist meiner Ansicht nach der

allgemeine Friede

nicht mehr lange zu verhindern, trotz aller Anstrengungen der westlichen Ententestaatsmänner. Ich habe vernommen, es sei hier und

dort nicht verstanden worden, warum ich in meiner ersten Rede nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt hatte, daß es sich jetzt in Brest nicht um einen allgemeinen, sondern um einen Separatfrieden mit Rußland handele. Das war die notwendige Konstatierung einer klaren Tatsache, welche auch Herr Trotzki rückhaltlos anerkannt hat, und sie war notwendig, weil man auf einer anderen Basis verhandelt, d. h. in einem begrenzteren Rahmen, wenn es sich um einen Frieden mit Rußland allein, als wenn es sich um einen allgemeinen Frieden handelt.

Obwohl ich mich keinen Illusionen darüber hingebe, daß die Frucht des allgemeinen Friedens nicht über Nacht reifen wird, so bin ich dennoch überzeugt, daß sie im Reifen begriffen ist und daß es nur eine Frage des Durchhaltens ist, ob wir einen allgemeinen, ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht.

Die Botschaft Wilsons

Ich bin in dieser Ansicht neuerdings bestärkt worden durch das Friedensangebot, welches der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an die ganze Welt gerichtet hat. Es ist dies ein Friedensangebot; denn in 14 Punkten entwickelt Herr Wilson jene Grundlagen, auf welchen er den allgemeinen Frieden herbeizuführen versucht. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein solches Angebot ein Elaborat darstellen kann, welches in allen Details akzeptabel erscheint. Wäre dies der Fall, dann wären die Verhandlungen überhaupt überflüssig, dann könnte ja der Friede durch eine einfache Annahme, durch ein einfaches Ja und Amen abgeschlossen werden. Das ist natürlich nicht der Fall.

Aber ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt finde, und daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen können.

Wenn es mir nunmehr gestattet ist, auf diese Vorschläge des genaueren einzugehen, so muß ich zwei Dinge vorausschicken:

Soweit sich die Vorschläge auf unsere Verbündeten beziehen — es ist von dem deutschen Besitz von Belgien und von dem Türkischen Reiche darin die Rede —, erkläre ich, daß ich, getreu den übernommenen Bundespflichten, für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum äußersten zu gehen fest entschlossen bin. Den vorkriegerischen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen. Das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität.

Zweitens habe ich zu bemerken, daß ich die Ratschläge, wie wir bei uns im Innern zu regieren haben, höflich, aber entschieden ablehne. Wir haben in Österreich ein Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Es gibt kein demokratischeres Parlament auf der Welt, und dieses Parlament zusammen mit den übrigen verfassungsmäßig berechtigten Faktoren allein hat das Recht, über interne Angelegenheiten Österreichs zu entscheiden. Ich spreche nur von Österreich, weil ich in der österreichischen Delegation nicht über interne Angelegenheiten des ungarischen Staates spreche. Ich würde das nicht für verfassungsmäßig halten. Wir mischen uns auch nicht in amerikanische Dinge, aber wir wünschen ebensowenig eine ausländische Vormundschaft irgendeines anderen Staates. Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir, auf die noch erübrigenden Punkte folgendes zu erwidern:

Die Antwort auf Wilsons Vorschläge

Zu dem Punkte, welcher von der Abschaffung der ‚Geheimdiplomatie' und vollkommenen Offenheit der Verhandlungen spricht, habe ich nichts zu bemerken. Ich habe, soweit von öffentlicher Verhandlung die Rede ist, von meinem Standpunkte aus gegen eine solche Methode, soweit sie auf voller Reziprozität beruht, nichts einzuwenden, wenn ich auch lebhaften Zweifel hege, ob sie unter allen Umständen der praktischste und schnellste Weg ist, zu einem Ergebnisse zu gelangen. Diplomatische Verträge sind nichts anderes als Geschäfte. Nun kann ich mir leicht Fälle denken, wobei beispielsweise zwischen Staaten handelspolitische Abmachungen zu treffen wären, ohne daß es wünschenswert wäre, das noch unfertige Ergebnis der ganzen Welt im vorhinein mitzuteilen. Bei solchen Verhandlungen beginnen naturgemäß beide Teile damit, daß sie ihre Wünsche möglichst hochschrauben, um nach und nach den einen und den anderen Wunsch als Kompensation zu verwerten, bis endlich jenes Gleichgewicht der gegenseitigen Interessen vorhanden ist, welches erreicht werden muß, damit der Abschluß eines Vertrages möglich sei. Sollten solche Verhandlungen vor der großen Öffentlichkeit geführt werden, so läßt es sich nicht vermeiden, daß die Öffentlichkeit für jeden einzelnen dieser Wünsche leidenschaftlich Stellung nimmt, worauf dann jeder Verzicht auf einen solchen Wunsch, selbst wenn er nur aus taktischen Gründen geäußert wurde, als eine Niederlage betrachtet würde. Wenn sich die Öffentlichkeit für einen solchen Wunsch besonders stark exponiert, kann dadurch das Zustandekommen eines Vertrages unmöglich werden, oder der Vertrag wird, wenn er doch zustande kommt, als eine Niederlage empfunden werden, vielleicht auf beiden Seiten. Dadurch würde aber das friedliche Beisammenleben nicht gefördert, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Reibungen zwischen den Staaten bewirkt werden. Was aber für Handelsverträge gilt, gilt auch für politische Abmachungen, die ja politische Geschäfte behandeln.

Wenn mit der Abschaffung der Geheimdiplomatie gemeint ist, daß es keine Geheimverträge geben sollte, daß Verträge ohne Wissen der Öffentlichkeit nicht bestehen können, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß dieses Prinzip verwirklicht werde. Wie die Durchführung dieses Prinzips und seine Überwachung gedacht sind, weiß ich allerdings nicht. Wenn die Regierungen zweier Staaten einig sind, werden sie immer eine geheime Abmachung schließen können, ohne daß jemand etwas davon erfährt. Aber das sind Nebensachen. Ich klebe nicht an Formeln, und an einer mehr oder weniger formalen Frage wird von mir aus niemals ein vernünftiges Arrangement scheitern.

Also über Punkt 1 läßt sich sprechen.

Punkt 2 betrifft die Freiheit der Meere. Der Herr Präsident hat bei diesem Postulate allen aus dem Herzen gesprochen, und ich unterschreibe diesen Wunsch Amerikas voll und ganz, insbesondere deshalb, weil der Herr Präsident die Klausel hinzufügt: ‚Outside territorial waters', d. h. also die Freiheit des offenen Meeres, aber natürlich kein Gewalteingriff in die diesbezüglichen Hoheitsrechte unseres treuen türkischen Bundesgenossen. Ihr Standpunkt in dieser Frage wird der unsere sein.

Punkt 3, welcher sich definitiv gegen einen zukünftigen Wirtschaftskrieg ausspricht, ist so richtig, so vernünftig, so von uns verlangt worden, daß ich dem ebenfalls nichts hinzuzufügen habe.

Punkt 4, welcher die allgemeine Abrüstung verlangt, erklärt in einer

besonders guten, klaren Stilisierung die Notwendigkeit, die freie Rüstungskonkurrenz nach diesem Kriege auf jenes Maß herunterzudrücken, welches die interne Sicherheit der Staaten erfordert. Herr Wilson spricht dies klipp und klar aus. Ich habe mir gestattet, den gleichen Gedanken vor einigen Monaten in meiner Budapester Rede zu entwickeln, er bildet einen Teil meines politischen Glaubensbekenntnisses, und eine jede Stimme, welche sich in gleichem Sinne erhebt, begrüße ich dankbarst.

Was den russischen Passus anbelangt, so beweisen wir bereits mit Taten, daß wir bestrebt sind, ein freundnachbarliches Verhältnis zu schaffen.

Was Italien, Serbien, Rumänien und Montenegro betrifft, so kann ich nur den Standpunkt wiederholen, den ich bereits in der ungarischen Delegation zum Ausdruck gebracht habe.

Ich weigere mich, als Assekuranz für feindliche Kriegsabenteuer zu figurieren.

Ich weigere mich, unseren Feinden, welche hartnäckig auf dem Standpunkte ‚des Kampfes bis zum Endsiege' bleiben, einseitig Konzessionen zu machen, welche der Monarchie dauernd präjudizieren und den Feinden den unermeßlichen Vorteil geben, den Krieg relativ ohne Risiko ins Endlose weiterschleppen zu können.

Möge Herr Wilson den großen Einfluß, den er zweifellos auf alle seine Bundesgenossen ausübt, dazu benutzen, daß sie ihrerseits die Bedingungen erklären, unter denen sie zu sprechen bereit sind, so wird er sich das unermeßliche Verdienst erworben haben, die allgemeinen Friedensverhandlungen ins Leben gesetzt zu haben. Ebenso offen und ebenso frei wie ich hier Herrn Wilson antworte, werde ich mit allen jenen sprechen, welche auch selbst sprechen wollen, aber es ist ganz selbstverständlich, daß die Zeit und die Fortdauer des Krieges nicht ohne Einfluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse bleiben können.

Ich habe dies auch schon einmal gesagt, Italien ist hierfür ein sprechendes Beispiel. Italien hat vor dem Kriege die Gelegenheit gehabt, ohne einen Schuß abzutun, einen großen territorialen Erwerb zu machen. Es hat dies abgelehnt, es ist in diesen Krieg eingetreten, es hat Hunderttausende von Toten, Milliarden an Kriegskosten und zerstörten Werten verloren, es hat Not und Elend über die eigene Bevölkerung gebracht. Und dieses alles nur, um einen Vorteil, den es einmal haben konnte, für immer zu verlieren.

Was schließlich den Punkt 13 anbelangt, so ist es ein offenes Geheimnis, daß wir Anhänger des Gedankens sind, es möge ‚ein unabhängiger polnischer Staat, der die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte', errichtet werden. Auch über diesen Punkt würden wir uns, so glaube ich, mit Herrn Wilson bald einigen. Und wenn der Präsident seine Vorschläge durch den Gedanken eines allgemeinen Völkerbundes krönt, so wird er wohl nirgends in einer österreichisch-ungarischen Monarchie dabei auf Widerstand stoßen.

Wie sich aus dieser Vergleichung meiner Ansichten und jener Herrn Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß des Krieges neugeordnet werden soll, im wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte.

Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Österreich-Ungarn

einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen aneinander am wenigsten widerstreiten, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine versöhnliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind. So viel über die Vorschläge Wilsons.

Petersburg und die Ukraine

Und nun, meine Herren, eile ich zum Schluß. Aber dieser Schluß ist vielleicht das Wichtigste, was ich überhaupt zu sagen habe. Ich arbeite an dem Frieden mit der Ukraine und Petersburg.

Der Friede mit Petersburg ändert an unserer definitiven Lage gar nichts. Nirgends stehen österreichisch-ungarische Truppen gegen die der Petersburger Regierung — wir haben die ukrainischen gegen uns — und exportieren kann man von Petersburg auch nichts, weil es selbst nichts hat als die Revolution und die Anarchie. Ein Exportartikel, den die Bolschewiki vielleicht gerne exportieren möchten, dessen Annahme ich aber höflichst ablehne. Trotzdem will ich auch einen Frieden mit Petersburg, weil er uns dem allgemeinen Frieden näherbringt wie jeder Friedensschluß.

Anders steht die Sache mit der Ukraine. Denn die Ukraine hat Vorräte an Lebensmitteln, die sie exportieren wird, wenn wir handelseins werden. Die Nahrungsfrage ist heute eine Geldsorge. Überall, bei unseren Gegnern, aber auch in den neutralen Staaten spielt sie eine hervorragende Rolle. Ich will den Friedensschluß mit jenen russischen Reichen, welche ein Exportquantum an Nahrungsmitteln besitzen, benutzen, um unserer Bevölkerung zu helfen. Wir können und wir werden auch durchhalten ohne diesen Zuschuß. Aber ich kenne meine Pflicht, und meine Pflicht gebietet es mir, alles zu versuchen, um der notleidenden Bevölkerung die Entbehrungen, die sie tragen muß, zu erleichtern, und darum werde ich nicht aus irgendeiner hysterischen Nervosität heraus, um den Frieden ein paar Tage oder ein paar Wochen früher zu bringen, auf diesen Vorteil für unsere Bevölkerung verzichten. Ein solcher Friede braucht seine Zeit, über Nacht läßt sich das nicht machen. Denn es muß bei einem Friedensschlusse festgestellt werden, ob, was und wie der russische Kompaziszent liefern wird, dies deshalb, weil die Ukraine ihrerseits nicht nach, sondern bei dem Friedensschlusse das Geschäft abzuschließen wünscht.

Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die ungeklärten Verhältnisse in diesen neuentstandenen Reichen eine große Erschwerung und eine naturgemäße Verzögerung der Verhandlungen involvieren.

Appell an das Hinterland

Wenn Sie mir in den Rücken fallen, wenn Sie mich zwingen, Hals über Kopf abzuschließen, dann werden wir keine wirtschaftlichen Vorteile haben, und dann muß eben unsere Bevölkerung auf den Vorteil, den sie aus dem Friedensschlusse haben könnte, verzichten.

Wenn ein Arzt eine schwierige Operation ausführen muß, und hinter ihm stehen Leute mit der Uhr in der Hand und zwingen ihn, die Operation in wenigen Minuten zu beenden, dann wird vielleicht die Operation mit

einem Zeitrekord abschließen, aber der Kranke wird sich nachher für die Art der Ausführung bedanken.

Wenn Sie bei unseren heutigen Gegnern den grundfalschen Eindruck erwecken, daß wir um jeden Preis und sofort abschließen müssen, bekommen wir keinen Meterzentner Getreide, und der Erfolg wird mehr oder weniger ein platonischer sein. Es handelt sich gar nicht mehr in erster Linie um die Beendigung des Krieges an der ukrainischen Front, weder wir noch die Ukrainer haben die Absicht, den Krieg fortzusetzen, nachdem wir uns auf der annexionslosen Basis geeinigt haben. Es handelt sich — ich wiederhole es zum zehnten Male — nicht um ‚imperialistische', nicht um annexionistische Pläne und Absichten, es handelt sich darum, unserer Bevölkerung endlich die verdiente Belohnung für standhaftes Durchhalten zu sichern und ihr jene Nahrungsmittel zuzuführen, die sie gerne annehmen wird. Unsere Partner sind gute Rechner und beobachten genau, ob ich durch Sie in eine Zwangslage versetzt werde oder nicht.

Wenn Sie sich den Frieden verderben wollen, wenn Sie auf einen Getreidezuschub verzichten wollen, dann ist es logisch, mich durch Reden, durch Beschlüsse, durch Streik und Demonstrationen zu drängen, sonst nicht. Und es ist tausendmal nicht wahr, daß wir in einer Lage sind, in der wir lieber heute einen schlechten Frieden ohne wirtschaftliche Vorteile als morgen einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schließen müßten.

Die Nahrungsschwierigkeiten entsprechen in letzter Instanz nicht dem Mangel an Nahrungsmitteln, es sind Kohlen-, Transport- und Organisationskrisen, die behoben werden müssen. Wenn Sie im Hinterlande Streiks arrangieren, so bewegen Sie sich in einem Circulus vitiosus; die Streiks erhöhen und verschärfen die erwähnten Krisen und erschweren die Zufuhr von Nahrungsmitteln und von Kohlen. Sie schneiden sich damit in das eigene Fleisch, und alle die, die glauben, daß solche Mittel den Frieden beschleunigen, begehen einen furchtbaren Irrtum.

Es sollen in der Monarchie Männer das Gerücht aussprengen, daß die Regierung den Streiks nicht fernstehe. Ich überlasse diesen Leuten die Wahl, ob sie als verbrecherische Verleumder oder als Narren gelten wollen.

Wenn Sie eine Regierung hätten, die einen anderen Frieden will als den des erdrückenden Teiles der ganzen Bevölkerung, wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, dann wäre ein Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkte aus selbstverständlich. Da die Regierung genau dasselbe will wie die Majorität der Monarchie, d. h. die baldigste Erreichung des ehrenvollen Friedens ohne annexionistische Ziele, so ist es ein Wahnsinn, ihr in den Rücken zu fallen, sie zu hemmen und sie zu stören. Die, die das machen, kämpfen nicht gegen die Regierung; sie kämpfen wie die Blinden gegen die Völker, denen sie angeblich helfen wollen, und gegen sich selbst.

Sie, meine Herren, Sie haben nicht nur das Recht, Sie haben die Pflicht zu folgender Alternative: Entweder Sie haben das Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiterzuführen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stürzen. Ich bin sicher, die Majorität der ungarischen Delegation hinter mir zu haben. Der ungarische Ausschuß hat mir das Vertrauen votiert. Wenn das gleiche hier zweifelhaft ist, dann stellen Sie die Sache klar. Es soll die Vertrauensfrage vorgelegt werden, und wenn ich die Majorität gegen mich habe, so werde ich sofort daraus die Konsequenzen ziehen. Die Freude aller

derer, die mich von diesem Platze entfernen wollen, wird dann immer noch weit geringer sein als meine eigene. Mich hält nichts an diesem Platze als das Pflichtgefühl, so lange zu bleiben, als ich das Vertrauen des Kaisers und der Majorität der Delegationen habe. Ein anständiger Soldat desertiert nicht. Kein Minister des Äußern aber kann Verhandlungen von dieser Tragweite führen, wenn er nicht weiß, wenn nicht alle Welt weiß, daß er durch das Vertrauen der Majorität der verfassungsmäßigen Korporationen getragen ist. Es geht ums Ganze. Sie haben Vertrauen oder Sie haben es nicht. Sie müssen mir helfen oder mich stürzen; ein Drittes gibt es nicht. Ich bin zu Ende."

V.

Protokoll über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

„Die österreichisch-ungarische Regierung ging mit der Absicht zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk, dort so rasch als möglich zu einem Friedensvertrage zu gelangen, der, wenn er entgegen unserer Absicht nicht zum allgemeinen Frieden führen sollte, doch wenigstens nach dem Osten hin geordnete Verhältnisse zu schaffen hätte. Es wurde auch der Entwurf zu einem Präliminarfrieden nach Brest mitgenommen, der folgende Punkte enthielt:

1. Einstellung der Feindseligkeiten; wenn es nicht zum allgemeinen Frieden kommen sollte, gewährt keiner der vertragschließenden Teile den Feinden des anderen Teiles irgendwelche Unterstützung;
2. keine Gebietsabtretung; Polen, Kurland und Livland erhalten das Recht, ihr künftiges Schicksal selbst zu bestimmen;
3. keine Entschädigung für Kriegskosten und für Schäden, die durch militärische Operationen verursacht sind;
4. Einstellung des Wirtschaftskrieges und Gutmachung der durch den Wirtschaftskrieg verursachten Schäden von Privatpersonen;
5. Aufnahme des Handelsverkehres, und zwar provisorisch auf Grund des alten Handelsvertrages, und zwanzigjährige Meistbegünstigung mit einer Einschränkung bezüglich der mit Nachbarländern etwa geschlossenen Zollbündnisse;
6. gegenseitige Aushilfe in Rohstoffen und Industrieartikeln.

In Aussicht genommen war ein weiterer Punkt über die Räumung der besetzten Gebiete, dessen Formulierung jedoch bis nach Besprechung mit der Deutschen Obersten Heeresleitung aufgeschoben wurde, mit der wegen der Vermischung deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen an der russischen Front das Einvernehmen hergestellt werden mußte. Das Armee-Oberkommando hatte für die Räumung eine Frist von mindestens sechs Monaten als notwendig bezeichnet.

Bei Besprechung dieses Entwurfes mit den deutschen Unterhändlern ergaben sich besonders in zwei Punkten große Schwierigkeiten. Die eine betraf die Räumungsfrage. Die deutsche Heeresleitung erklärte kategorisch, daß sie einer Räumung der besetzten Gebiete vor Abschluß des allgemeinen Friedens unter keinen Umständen zustimmen könne. Der zweite Gegensatz tauchte in der Frage der Behandlung der besetzten Gebiete auf. Deutschland bestand nämlich darauf, es solle im Friedensvertrage mit Rußland bloß festgestellt werden, daß Rußland den

Völkerschaften auf seinen Gebieten das Selbstbestimmungsrecht gewährt habe, und daß diese Nationen von diesem Rechte bereits Gebrauch gemacht haben. Den in unserem Entwurf eingenommenen klaren Standpunkt vermochten wir nicht durchzusetzen, obwohl dieser auch von den anderen Verbündeten geteilt wurde. Immerhin kam bei Redigierung der dann am 25. Dezember 1916 auf die russischen Friedensvorschläge erteilten Antwort unter unserem beharrlichen Drängen eine Kompromißlösung zustande, die wenigstens vorerst den ablehnenden deutschen Standpunkt in diesen beiden Fragen nicht zum Durchbruche kommen ließ. In der Frage der Räumung der besetzten Gebiete wurde deutscherseits das Zugeständnis gemacht, daß über die Zurückziehung einzelner Truppenteile eventuell schon vor dem allgemeinen Frieden Vereinbarungen getroffen werden könnten.

In der Annexionsfrage konnte eine befriedigende Formulierung dadurch erzielt werden, daß sie nur auf den Fall des allgemeinen Friedens abgestellt wurde. Wäre damals die Entente zu einem allgemeinen Frieden bereit gewesen, so wäre das Prinzip ‚keine Annexionen' vollkommen durchgedrungen.

Obgleich diese von den Vierbundmächten auf die russischen Friedensvorschläge erteilte Antwort den entgegenkommenden Auffassungen Rechnung trug, die von unserer Seite zur Geltung gebracht wurden, war man im deutschen Hauptquartier über die abgegebenen Erklärungen äußerst ungehalten. Verschiedene äußerst scharf gehaltene Telegramme der Deutschen Obersten Heeresleitung an die deutschen Unterhändler bewiesen dies. Der Leiter der deutschen Friedensdelegation geriet dadurch in Gefahr, gestürzt zu werden, in welchem Falle wahrscheinlich ein ausgesprochener Exponent der schärfsten militärischen Auffassungen die Leitung der deutschen auswärtigen Politik in die Hände bekommen hätte. Da dies aber auf den weiteren Gang der Friedensverhandlungen nur eine ungünstige Wirkung ausüben konnte, mußte unsererseits alles aufgeboten werden, Herrn von Kühlmann zu halten. Zu diesem Zwecke wurde ihm zur Weitergabe nach Berlin mitgeteilt, daß, wenn Deutschland bei seiner scharfen Politik beharren würde, Österreich-Ungarn sich veranlaßt sehen würde, mit Rußland einen Separatfrieden abzuschließen. Diese Erklärung des Ministers des Äußern ist in Berlin nicht ohne Eindruck geblieben und hat wesentlich dazu beigetragen, daß Kühlmann sich damals behaupten konnte.

Diese schwierige Situation Kühlmanns und dessen Wunsch, seine Stellung wieder zu festigen, machte die Behandlung der Territorialfragen, die am 27. Dezember zum erstenmal offiziell zur Sprache kamen, die aber schon früher in Privatunterredungen mit den russischen Delegierten erörtert worden waren, besonders heikel. Deutscherseits bestand man darauf, daß die damalige russische Front erst ein halbes Jahr nach Abschluß des allgemeinen Friedens geräumt werde. Russischerseits war man bereit, dies anzunehmen, verlangte aber andererseits, daß über das Schicksal Polens erst nach erfolgter Räumung entschieden werde, und zwar im Wege des Plebiszits. Demgegenüber war man auf deutscher Seite geneigt, von dem ursprünglichen Standpunkte, daß nämlich die Bevölkerung der besetzten Gebiete von dem ihr eingeräumten Selbstbestimmungsrechte bereits Gebrauch gemacht habe, abzugehen und eine neue Befragung der Bevölkerung zuzulassen, bestand jedoch darauf, daß diese Befragung noch während der Besetzung der Gebiete stattfinden solle. In dieser Frage konnte ein Ausweg nicht gefunden werden, obwohl von österreichisch-ungarischer

Seite wiederholt vermittelnd eingegriffen wurde. In diesem Stadium befanden sich die Verhandlungen, als sie am 29. Dezember zum erstenmal unterbrochen wurden.

Bei Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen am 6. Januar war die Lage wenig verändert. Die Stellung Kühlmanns hatte sich allerdings einigermaßen gefestigt, doch nur um den Preis eines Entgegenkommens an den Standpunkt der deutschen militärischen Kreise. Unter diesen Verhältnissen führten die Verhandlungen, an denen auf russischer Seite nunmehr als Wortführer Trotzki teilnahm, zu durchaus unfruchtbaren, theoretischen Diskussionen über die Territorialfragen und das Recht der Selbstbestimmung, die keine Annäherung der beiderseits starr festgehaltenen Standpunkte bewirken konnten. Um die Verhandlungen über den toten Punkt hinwegzubringen, war man österreichischerseits fortgesetzt bemüht, ein Kompromiß zwischen dem deutschen und dem russischen Standpunkt herbeizuführen, dies um so mehr, als es uns im allgemeinen und speziell auch wegen Polens durchaus erwünscht gewesen wäre, die Territorialfragen auf Grund des vollständigen Selbstbestimmungsrechtes zu lösen. Unsere Vorschläge an die deutschen Unterhändler gingen dahin, dem russischen Standpunkt in der Weise entgegenzukommen, daß das von den Russen verlangte Plebiszit zwar, wie es deutscherseits verlangt wurde, noch während der Besetzung der okkupierten Gebiete stattfinden, aber mit weitgehenden Bürgschaften für die Freiheit der Willensäußerung der Völker ausgestattet werden solle. Hierüber fanden mit den deutschen Unterhändlern wiederholte langwierige Verhandlungen statt, denen von uns detailliert ausgearbeitete Entwürfe zugrunde lagen.

Diesen unseren Bemühungen blieb jedoch diesmal der Erfolg ganz versagt. Ereignisse, die sich in diesen Tagen in unserem Hinterlande abspielten, bilden die Gründe hierfür, ebenso wie für den Verlauf der inzwischen eingeleiteten Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation. Diese hatte in der ersten Besprechung unter Ablehnung jeder Auseinandersetzung mit polnischen Vertretern die Zuerkennung des ganzen Cholmer Landes und etwas verblümter die Abtretung Ostgaliziens sowie der ukrainischen Gebiete nordöstlich Ungarns verlangt, so daß die Verhandlungen knapp vor dem Abbruche standen. In diesem Augenblicke brach in Österreich eine bis dahin dem Ministerium des Äußern in dieser Schärfe nicht bekannte Ernährungskrise aus, welche speziell Wien in Gefahr brachte, binnen wenigen Tagen ohne Mehl dazustehen. Fast unmittelbar darauf setzte eine Streikbewegung ein, welche bedrohlichen Charakter hatte. Diese Vorgänge im Hinterlande der Monarchie schwächten die Stellung des Ministers des Äußern sowohl gegenüber dem deutschen Bundesgenossen als auch gegenüber den Verhandlungsgegnern — die er damals beide zu bekämpfen hatte — gerade im kritischsten Augenblicke in einem Maße, das aus der Entfernung kaum richtig abgeschätzt werden konnte. Von Deutschland, auf das er einen Druck ausüben sollte, hatte der Minister des Äußern dringendst Lebensmittelaushilfen nicht anzusprechen, sondern zu erbitten, sollte Wien nicht in wenigen Tagen vor einer Ernährungskatastrophe stehen. Mit den Feinden aber mußte er im Hinblick auf die Situation im Hinterlande zu einem Frieden gelangen, der trotz der den Gegnern nicht verborgen gebliebenen Ernährungskrise und Streikbewegung ein günstiger sein sollte.

Diese vollkommen veränderte Situation verschob die Grundlagen der Verhandlungsziele und Taktik des Ministers des Äußern. Er mußte von

Deutschland die verlangte Getreideaushilfe erlangen und daher den politischen Druck auf dieses verringern, andererseits aber die Sowjetdelegierten zur Fortsetzung der Verhandlungen veranlassen und schließlich sehen, unter möglichst akzeptablen Bedingungen auch mit der Ukraine zu einem Frieden zu gelangen, der — wenn möglich — den stets dringender werdenden Ernährungssorgen ein Ende bereiten würde.

Unter diesen Verhältnissen konnte in diesem Zeitpunkte den deutschen Unterhändlern gegenüber der Gedanke nicht mehr ausgespielt werden, daß Österreich-Ungarn gegebenenfalls mit Rußland einen Separatfrieden schließen würde, wollte man nicht die deutsche Lebensmittelaushilfe gefährden — dies um so weniger, als der Vertreter der Deutschen Obersten Heeresleitung damals erklärte, es sei gleichgültig, ob Österreich-Ungarn Frieden mache oder nicht; Deutschland werde unter allen Umständen nach Petersburg marschieren, falls die russische Regierung nicht nachgebe. Auf der anderen Seite bewog aber der Minister des Äußern den Führer der russischen Delegation, die Ausführung der von ihm kundgegebenen Absicht seiner Regierung in Schwebe zu lassen, welche dahin ging, die russischen Delegierten wegen mangelnder Aufrichtigkeit auf deutsch-österreichisch-ungarischer Seite abzuberufen.

Gleichzeitig wurden die Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation fortgesetzt. In langwierigen, mühevollen Konferenzen gelang es, deren Forderungen auf ein äußerstenfalls mögliches Maß zu bringen und als Gegenleistung die Verpflichtung der Ukraine zur Lieferung von wenigstens 1 000 000 Tonnen Getreide bis August 1918 zu erwirken. Von der Forderung nach dem Cholmer Lande, die wir auf den Weg der Verhandlungen mit Polen gewiesen wissen wollten, waren die ukrainischen Bevollmächtigten nicht abzubringen, wobei sie offensichtlich die Unterstützung des Generals Hoffmann besaßen. Überhaupt war man von deutscher militärischer Seite den ukrainischen Forderungen sehr geneigt, polnischen Ansprüchen gegenüber jedoch durchaus ablehnend, so daß wir die von uns wiederholt begehrte Zuziehung polnischer Vertreter zu den Verhandlungen nicht zu erreichen vermochten, dies um so weniger, als auch Trotzki sich weigerte, dieselben als gleichberechtigte Kompaziszenten anzuerkennen. Das einzig erzielbare Ergebnis war, daß die Ukrainer ihre Ansprüche auf Cholmland auf die von einer ukrainischen Majorität bewohnten Gebiete einschränkten und eine Korrektur der nur allgemein festgesetzten Grenzlinie durch eine gemischte Kommission und die Wünsche der Bevölkerung zugestanden, also das Prinzip der nationalen Abgrenzung unter internationalem Schutze akzeptierten. Auf territoriale Ansprüche gegenüber der Monarchie leisteten die ukrainischen Delegierten Verzicht, verlangten aber demgegenüber Sicherstellung der autonomen Entwicklung ihrer Konnationalen in Galizien. Zu diesen beiden schwerwiegenden Konzessionen erklärte sich der Minister des Äußern nur unter der Voraussetzung bereit, daß die Ukraine die von ihr übernommene Pflicht zur Lieferung von Getreide termingemäß erfülle, und verlangte die gegenseitige Bindung dieser Leistungen und Gegenleistungen derart, daß bei Nichterfüllung der einen die Gegenverpflichtung erlöschen sollte. Die Formulierung dieser Punkte, welche ukrainischerseits auf die größten Schwierigkeiten stieß, wurde auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben.

In diesem Stadium der Verhandlungen trat nun eine neue Pause ein, um den einzelnen Delegationen Gelegenheit zu bieten, ihren Regierungen über die bisherigen Ergebnisse zu berichten und deren endgültige Weisungen

einzuholen. Der Minister des Äußern begab sich nach Wien und legte allen maßgebenden Stellen den Stand der Verhandlungen dar. Bei diesen Beratungen wurde seiner Politik, mit Rußland und mit der Ukraine auf Grund der in Aussicht genommenen Zugeständnisse zu einem Frieden zu gelangen, zugestimmt. Bei diesen Beratungen wurde auch die Frage behandelt, ob die Monarchie äußerstenfalls mit Rußland einen Separatfrieden schließen sollte, wenn die Verhandlungen mit diesem Staate an den deutschen Forderungen scheitern sollten. Diese Frage wurde damals in voller Erkenntnis aller dagegen sprechenden Gründe in thesi bejaht, da die Verhältnisse im Hinterlande der Monarchie keine andere Lösung zuzulassen schienen.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk wurde noch der Versuch erneuert, Deutschland unter Hinweis auf die Konsequenzen seiner starren Haltung zur Nachgiebigkeit zu bewegen. In den Besprechungen, die hierüber mit Herrn von Kühlmann stattfanden, gelang es mit schwerer Mühe, die Zustimmung der deutschen Unterhändler zu einem letzten Kompromißversuche zu erlangen, den der Minister des Äußern unternehmen wollte. Dem Kompromißvorschlag lag folgender Gedankengang zugrunde:

Seit Monaten wird darüber gestritten:

1. ob in jenen Gebieten, in denen infolge des Krieges staatsrechtliche Veränderungen eintreten sollten, das Selbstbestimmungsrecht bereits ausgeübt sei oder eine Volksbefragung erst stattzufinden habe;

2. ob eine eventuelle Befragung sich an eine Konstituante oder in Form eines Referendums an das Volk direkt wenden solle;

3. ob diese Befragung vor oder nach Evakuierung der besetzten Gebiete vor sich gehen solle; und

4. welcher Art sie zu organisieren wäre (allgemeines Wahlrecht, Kurienwahlrecht usw.). Es wäre ratsam und würde auch den von russischer Seite vertretenen Grundsätzen entsprechen, die Entscheidung über alle diese Fragen den Völkern selbst zu überlassen und sie in jene ‚temporären Selbstverwaltungsorgane' zu verlegen, die auch nach dem russischen Vorschlag (Kameneff) sofort eingesetzt werden sollen. Die ganze Erörterung in den Friedensverhandlungen konnte dann auf einen einzigen Punkt konzentriert werden: auf die Frage der Zusammensetzung dieser temporären Organe. Hier ließe sich aber ein Kompromiß finden, indem Rußland zugeben könnte, daß auch die von Deutschland in den Vordergrund geschobenen schon bestehenden Organe befugt seien, einen Teil des Volkswillens zum Ausdrucke zu bringen, während Deutschland sich einverstanden erklären würde, daß diese Organe während der Dauer der Besetzung durch Elemente ergänzt werden, die, dem russischen Standpunkt entsprechend, aus freier Wahl hervorgehen würden.

Am 7. Februar, unmittelbar nachdem die Zustimmung Herrn von Kühlmanns zu einer Vermittlung auf dieser Grundlage vorlag, wandte sich der Minister des Äußern an den Führer der russischen Delegation, Trotzki, mit dem es zu einer Reihe von Konversationen kam. Der eben entwickelte Kompromißgedanke fand bei Trotzki wenig Anklang, und er erklärte, daß er gegen eine Behandlung der Frage des Selbstbestimmungsrechtes durch die Vierbundmächte jedenfalls Protest einlegen würde. Dagegen ist es in diesen Besprechungen gelungen, eine andere Grundlage für die Beseitigung der aufgetauchten Schwierigkeiten zu finden. Es sollte der Streit darüber nicht länger fortgesetzt werden, ob die territorialen Veränderungen, die der Friedensschluß mit sich bringen würde, als ‚Annexionen' zu bezeichnen

seien, wie es die russischen Delegierten wollten, oder als ‚Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes', wie es Deutschland wollte, sondern es sollten die betreffenden territorialen Veränderungen im Friedensvertrag einfach aufgezählt werden. (‚Rußland nimmt zur Kenntnis, daß . . .') Trotzki knüpfte jedoch seine Bereitwilligkeit zum Abschluß eines solchen Vertrages an zwei Bedingungen: Die eine war, daß die Moonsund-Inseln und die Ostseehäfen bei Rußland belassen werden, die andere, daß Deutschland und Österreich-Ungarn mit der ukrainischen Volksrepublik, deren Regierung damals von den Bolschewiken heftig bedroht und nach einzelnen Nachrichten schon gestürzt war, keinen selbständigen Frieden schließen. Der Minister des Äußern war nun bemüht, auch in dieser Frage zu einem Kompromiß zu gelangen, wobei er bis zu einem gewissen Grade die Unterstützung Herrn von Kühlmanns fand, während General Hoffmann sich auf das schärfste gegen jedes weitere Nachgeben wandte.

Alle diese Kompromißverhandlungen scheiterten daran, daß Herr von Kühlmann von der Deutschen Obersten Heeresleitung zu einem raschen Vorgehen gezwungen wurde. Ludendorff erklärte, die Verhandlungen mit Rußland müßten binnen drei Tagen zu Ende sein, und als in Berlin ein Telegramm aus Petersburg aufgefangen wurde, welches die deutsche Armee zu revolutionieren versuchte, erhielt Herr von Kühlmann den strikten Auftrag, sich nicht nur mit den bisher verlangten Abtretungen zu begnügen, sondern dazu auch noch die Abtretung der unbesetzten Gebiete Livlands und Estlands zu verlangen. Unter diesem Druck hatte der Führer der deutschen Unterhändler nicht die Kraft, ein Kompromiß durchzusetzen. Es kam daher zur Unterzeichnung des inzwischen mühevoll zu Ende verhandelten Vertrages mit der Ukraine. Damit schienen die Bemühungen des Ministers des Äußern eigentlich schon gescheitert. Dennoch setzte dieser seine Besprechungen mit Trotzki fort, die jedoch fruchtlos blieben, weil dieser ihn trotz wiederholt an ihn gerichteter Fragen bis zum letzten Moment im unklaren darüber ließ, ob er unter den gegebenen Verhältnissen einen Frieden mit den Vierbundmächten überhaupt unterzeichnen werde oder nicht. Erst die Plenarsitzung vom 10. Februar brachte Klarheit hierüber; Rußland stellte die Feindseligkeiten ein, schloß aber keinen Friedensvertrag.

Die durch diese Erklärungen geschaffene Situation bot keinen Anlaß, den seinerzeit ventilierten Gedanken eines Separatfriedens mit Rußland aufzunehmen, da der Friede via facti einzutreten schien. Eine am Abend des 10. Februar stattgefundene Besprechung der diplomatischen und militärischen Unterhändler Österreich-Ungarns und Deutschlands über den nunmehr einzuschlagenden Weg ergab, von einer einzigen Stimme abgesehen, Übereinstimmung dahin, daß der durch die Erklärungen Trotzkis geschaffene Zustand akzeptiert werden müsse. Die einzig abweichende Stimme, jene des Generals Hoffmann, lautete dahin, daß die Erklärung Trotzkis mit der Kündigung des Waffenstillstandes und mit dem Vormarsch gegen Petersburg, ferner mit der offenen Unterstützung der Ukraine gegen Rußland beantwortet werden müsse. Obgleich nun in der feierlichen Schlußsitzung am 11. Februar Herr von Kühlmann sich den von der Majorität der Friedensdelegationen vertretenen Standpunkt zu eigen machte und in einer sehr eindrucksvollen Rede hervorhob, wurde doch wenige Tage darauf, so wie es General Hoffmann ausgeführt hatte, der Waffenstillstand von deutscher Seite gekündigt, der Vormarsch der deutschen Truppen gegen Rußland angeordnet und jene Situation geschaffen,

welche dann zur Unterzeichnung des Friedensvertrages führte. Österreichungarischerseits wurde erklärt, daß wir an dieser Aktion nicht mitbeteiligt seien."

VI.

Protokoll über die Friedensverhandlungen in Bukarest

„Mit der Möglichkeit, zu Friedensverhandlungen mit Rumänien zu gelangen, wurde schon damals gerechnet, als die Verhandlungen mit der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk ihren Anfang nahmen. Um zu verhindern, daß auch Rumänien sich diesen Verhandlungen anschließe, ließ man deutscherseits die rumänische Regierung wissen, daß man mit dem gegenwärtigen König und der gegenwärtigen Regierung nicht verhandeln wolle. Dieser Schritt hatte jedoch nur den Zweck, gesonderte Verhandlungen mit Rumänien zu ermöglichen, da Deutschland befürchtete, daß die Einbeziehung der Rumänen in die Brester Verhandlungen die Chancen des Friedens gefährden könnte. Daraufhin schien der Gedanke Rumäniens, den Krieg dennoch fortführen zu wollen, die Oberhand zu gewinnen. Ende Januar wurde daher seitens Österreich-Ungarns die Initiative ergriffen, um die Verhandlungen mit Rumänien zu ermöglichen. Der Kaiser schickte den früheren Militärattaché bei der rumänischen Regierung, Oberst Randa, zu dem König von Rumänien und versicherte ihn seiner Bereitwilligkeit, Rumänien einen ehrenvollen Frieden zu bewilligen.

Von ungarischer Seite wurde im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen der Wunsch nach Grenzrektifikationen, die eine Wiederholung des 1916er Einfalles der Rumänen in Siebenbürgen verhindern oder wenigstens erschweren sollten, trotz des Widerspruches des Ministers des Äußern kategorisch erhoben. Die vom Armee-Oberkommando, welches übrigens friedensstörende Eingriffe unterließ, gezogene strategische Grenze verlief in einer Linie, bei welcher Turn-Severin, Sinaia, Ocna und mehrere wertvolle Erdölgebiete in der Moldau an Ungarn abzutreten gewesen wären. In der ungarischen öffentlichen Meinung wurden noch weitergehendere Wünsche vertreten. Die ungarische Regierung war der Ansicht, daß das Parlament einem Frieden, der in diesem Punkte den allgemeinen Wünschen nicht entspricht, die größten Schwierigkeiten machen würde, und führende ungarische Staatsmänner, auch oppositionelle Parteien, erklärten die Grenzrektifikationen als eine Conditio sine qua non des Friedens. So vor allem Wekerle und Tisza. Trotz dieser entschiedenen Stellungnahme nahm das Ministerium des Äußern in vollem Einvernehmen mit dem Kaiser noch vor Beginn der Verhandlungen, Mitte Februar, den Standpunkt ein, daß die Grenzforderung kein Hindernis für den Friedensschluß sein dürfte. Die Grenzrektifikationen sollten daher nur insofern ernstlich vertreten werden, als dies auf Grund einer loyalen, ein künftiges freundschaftliches Verhältnis zu Rumänien nicht ausschließenden Verständigung mit Rumänien geschehen könne.

Ungarn betrachtete diese nachgiebige Haltung des Ministeriums des Äußern mit steigendem Mißfallen. Es wurde von uns darauf hingewiesen, daß eine Grenzlinie, bei welcher Städte und Erdölgebiete an Ungarn fallen würden, in jeder Hinsicht verfehlt wäre. Innerpolitisch, weil dadurch die Zahl der Nichtungarn vermehrt wurde, militärisch, weil dadurch in dem

an die Moldau grenzenden Teile Ungarns ein Grenzstreifen mit unzuverlässiger rumänischer Bevölkerung entstehen würde, und endlich vom Standpunkte der auswärtigen Politik, weil es sich dabei um Annexionen und um ein Hin- und Herschieben von Völkern handelt und weil dadurch überdies jedes freundschaftliche Verhältnis zu Rumänien zur Unmöglichkeit wurde. An der ursprünglich ins Auge gefaßten Grenzlinie mußte trotzdem noch eine Zeit festgehalten werden, weil die Frage zur Herbeiführung eines den Mittelmächten freundlicheren Regimes in Rumänien ausgenutzt werden sollte. Der Minister des Äußern suchte besonders dahin zu wirken, daß ein Kabinett Marghilomann zustande komme, welches eine uns freundliche Politik inaugurieren sollte. Er glaubte, daß mit einem solchen Kabinett ein Verständigungsfriede leichter zustande kommen werde, und war auch entschlossen, einen solchen Frieden durch weitgehende Zugeständnisse zu ermöglichen, vor allem auch dadurch, daß er ihm seine diplomatische Unterstützung in der bessarabischen Frage zusicherte. Er erklärte Marghilomann und gab ihm dies auch schriftlich, daß er einem Kabinett, an dessen Spitze er treten würde, weitgehende Zugeständnisse machen und insbesondere auf die Abtretung bevölkerter Plätze, wie Turn-Severin und Ocna, verzichten würde. Als das Kabinett Marghilomann zustandekam, wurden dann auch die Grenzforderungen Österreich-Ungarns trotz des lebhaften Widerspruches der ungarischen Regierung um etwas mehr als die Hälfte reduziert. Die Unterhandlungen mit Rumänien spitzten sich besonders in der Frage der Orte Azuga und Busteni sowie in der Frage des Lotrugebietes zu. Am 24. März bereitete Graf Czernin diesen Verhandlungen ein Ende, indem er erklärte, er sei bereit, auf Azuga und Busteni vollständig und daneben auch auf die Hälfte des strittigen Lotrugebietes zu verzichten, wenn Marghilomann bereit wäre, die Grenzfrage auf dieser Grundlage zu regeln. Marghilomann erklärte sich mit diesem Kompromiß einverstanden. Am nächsten Tage wurde dasselbe jedoch von der ungarischen Regierung abgelehnt, und erst nach neuerlicher telegraphischer Berührung mit dem Kaiser und Wekerle konnte die Zustimmung aller kompetenten Faktoren zu dem Kompromiß erlangt werden, das übrigens in Ungarn von weiten Kreisen als unzulänglich betrachtet wurde.

Eine zweite Forderung Österreich-Ungarns, die in den Bukarester Verhandlungen eine gewisse Rolle spielte, bezog sich auf den Plan, ein Wirtschaftsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien abzuschließen. Für diese Forderung interessierte sich besonders die österreichische Regierung, welche für die Grenzforderungen, obgleich sie teilweise auch Österreich zugute kamen, kein Interesse hatte, sich im Gegenteil eher ablehnend zu ihnen verhielt. Der Plan eines solchen Wirtschaftsbündnisses stieß jedoch in Ungarn auf Schwierigkeiten. Unmittelbar vor Beginn der Bukarester Verhandlungen wurde ein Versuch unternommen, diesen Widerstand der ungarischen Regierung zu überwinden und ihre Zustimmung dazu zu erlangen, daß wenigstens bedingungsweise, für den Fall der Verwirklichung des geplanten Zollbündnisses mit Deutschland auch ein Wirtschaftsbündnis mit Rumänien ins Auge gefaßt werde. Diese Zustimmung war jedoch damals nicht zu erlangen. Die ungarische Regierung behielt es sich vor, zu der Frage später Stellung zu nehmen, und verständigte am 8. März ihre Vertreter in Bukarest, daß sie den Plan ablehnen müsse, weil das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland sich noch nicht überblicken lasse. Infolgedessen konnte diese Frage in den Friedensverhandlungen vorerst keine Rolle spielen, und man mußte sich damit

begnügen, die maßgebenden rumänischen Persönlichkeiten lediglich privat zu sondieren, wie sie sich zu einem solchen Vorschlag verhalten würden. Die Anregung wurde auf rumänischer Seite im allgemeinen günstig aufgenommen, und man stellte sich auf den Standpunkt, daß ein solches Wirtschaftsbündnis im Interesse Rumäniens durchaus wünschenswert wäre. Infolgedessen wurde während der Pause, die nach der Paraphierung der Friedensabmachungen zu Ostern in den Verhandlungen eintrat, der Versuch wieder aufgenommen, den Widerstand der ungarischen Regierung zu überwinden, diese Verhandlungen waren jedoch noch im Zuge, als der Minister des Äußern von seinem Amte zurücktrat.

Auf deutscher Seite wurde schon vor Beginn der Bukarester Verhandlungen in Aussicht genommen, Rumänien in den Friedensverhandlungen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, eine Reihe von Verpflichtungen aufzuerlegen, die eine Art indirekter Kriegsentschädigung bilden sollten. Zunächst war beabsichtigt, die Okkupation der Walachei noch fünf bis sechs Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß aufrechtzuerhalten. Dann sollte Rumänien seine Petroleumgebiete, seine Eisenbahnen, seine Hafenplätze, seine Domänen deutschen Gesellschaften zu Eigentum abtreten und sich auch eine dauernde Kontrolle seiner Finanzen gefallen lassen. Österreichisch-ungarischerseits wurden diese Forderungen von Anbeginn an bekämpft mit der Motivierung, daß mit einem wirtschaftlich so vollständig ausgeplünderten Rumänien freundschaftliche Beziehungen unmöglich sein werden, Österreich-Ungarn aber darauf angewiesen sei, mit Rumänien in guter Freundschaft zu leben. Besonders nachdrücklich und nicht ganz ohne Erfolg wurde dieser Standpunkt in einer am 5. Februar bei einer beim Reichskanzler stattgefundenen Konferenz vertreten. Mitte Februar wandte sich der Kaiser mit einer persönlichen Depesche an den deutschen Kaiser, um vor diesen Plänen, die dem Abschluß eines Friedens hinderlich sein könnten, zu warnen. Den Rumänen wurden diese Forderungen erst in einem relativ späten Stadium der Verhandlungen, erst nach der Ernennung Marghilomanns, mitgeteilt. Bis dahin bildeten diese Fragen den Gegenstand unausgesetzter Erörterungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Letzteres war anhaltend bemüht, die Forderungen Deutschlands zu mildern, nicht nur im Interesse der Erreichung eines Verständigungsfriedens, sondern auch, weil ein Fußfassen Deutschlands in Rumänien in dem ursprünglich beabsichtigten Umfang für die österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Interessen nachteilig gewesen wäre. Die Forderungen, die ursprünglich bezüglich der rumänischen Eisenbahnen und der Domänen ins Auge gefaßt waren, wurden denn auch deutscherseits fallen gelassen, und auch der Plan einer Abtretung der rumänischen Hafenplätze wurde in den Plan einer rumänisch-deutsch-österreichisch-ungarischen Hafenbetriebsgesellschaft verwandelt, die übrigens schließlich nicht zustande kam. Auch in der Petroleumfrage wurde nicht mehr von einer Abtretung, sondern von einer neunzigjährigen Pacht der staatlichen Erdölterrains und von der Errichtung einer unter deutscher Leitung stehenden Handelsmonopolgesellschaft für Erdöl gesprochen. Endlich wurde ein Wirtschaftsabkommen angebahnt, welches die landwirtschaftlichen Produkte Rumäniens für eine Reihe von Jahren den Zentralmächten sichern sollte. Die Idee einer ständigen Kontrolle Deutschlands über die rumänischen Finanzen wurde auf österreichisch-ungarischen Widerspruch ebenfalls fallen gelassen. Die Verhandlungen, die mit Marghilomann und seinen Vertretern über diese Fragen geführt wurden, zogen sich stark in die Länge. Besonders große Differenzen gab es bei dem

Wirtschaftsabkommen in der Preisfrage; diese konnten erst im letzten Augenblick, vor der am 28. März erfolgten Paraphierung des Vertrages, durch Annahme des rumänischen Standpunktes beseitigt werden. In der Petroleumfrage, in welcher sich die Gegensätze besonders stark zuspitzten, einigte man sich schließlich gegenüber der ablehnenden Haltung der deutschen wirtschaftlichen Unterhändler einerseits und des rumänischen Ministers des Äußern Arion andererseits auf eine Kompromißformel, wonach insbesondere über die auf das Handelsmonopol bezüglichen Bestimmungen des Erdölabkommens neue Verhandlungen stattfinden sollen und der ursprüngliche Entwurf nur in dem Falle in Kraft treten solle, wenn diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen.

Auch die deutsche Forderung einer Verlängerung der Okkupation um fünf bis sechs Jahre nach dem allgemeinen Frieden spielte in mehreren Stadien der Verhandlungen eine große Rolle und wurde von österreichisch-ungarischer Seite von Anbeginn an entschieden bekämpft. Österreich-Ungarn trat dafür ein, daß man Rumänien durch den Friedensschluß im Prinzip die gesamte legislative und exekutive Gewalt wiedergeben und sich nur bezüglich einer beschränkten Anzahl von Agenden ein gewisses Kontrollrecht, jedoch nicht über den allgemeinen Frieden hinaus, vorbehalten müsse. Zur Unterstützung dieses Standpunktes führte der Minister des Äußern insbesondere an, daß das Aufkommen einer uns freundlichen Regierung in Rumänien (zu jenem Zeitpunkt bestand noch das Kabinett Averescu) unmöglich wäre, wenn wir Rumänien dauernd in unserem Joch halten wollen. Alle unsere Bestrebungen müssen vielmehr darauf gerichtet sein, daß das, was Rumänien gegenüber erreicht werden soll, durch eine Verständigung mit jenen Politikern erreicht werde, die eine den Mittelmächten freundliche Politik zu verfolgen bereit sind. Das Hauptziel unserer Politik, solche Männer in Rumänien ans Ruder kommen zu lassen und ihnen das Verbleiben in der Regierung zu ermöglichen, werde jedoch durch allzu scharfe Forderungen unerreichbar gemacht. Wir würden auf diesem Wege etwas für einige Jahre erreichen und dafür mit der ganzen Zukunft bezahlen. Es gelang uns auch, den deutschen Staatssekretär Kühlmann von der Unrichtigkeit der auf die Verlängerung der Okkupation bezüglichen Forderung, die besonders von der Deutschen Obersten Heeresleitung vertreten wurde, zu überzeugen. Tatsächlich erklärte nach dem Rücktritt Averescus Marghilomann, daß diese Forderungen ihm die Bildung eines Kabinetts ganz unmöglich machen würden. Und nachdem man ihm deutscherseits erklärte, daß die Deutsche Oberste Heeresleitung auf dieser Forderung verharre, willigte er in die Kabinettsbildung erst ein, als sich der österreichisch-ungarische Minister des Äußern verbürgte, daß eine günstige Lösung der Besatzungsfrage gefunden werden wird. Es ist dann später gelungen, auch in dieser Frage zu einer Verständigung mit Rumänien zu gelangen.

Zu den entscheidenden Fragen des Friedensschlusses mit Rumänien gehörte endlich die Frage der Abtretung der Dobrudscha, die von bulgarischer Seite so stürmisch gefordert wurde, daß es unmöglich war, darüber hinwegzukommen. Das Ultimatum, das dem Präliminarfrieden von Buftea vorherging, mußte denn auch hauptsächlich auf die Dobrudschafrage abgestellt werden, da Bulgarien bereits über Undankbarkeit der Zentralmächte, über die Enttäuschung Bulgariens und über die üblen Folgen dieser Enttäuschung für die spätere Kriegführung sprach. Graf Czernin konnte lediglich durchsetzen, daß den Rumänen für den Fall der Abtretung der Dobrudscha wenigstens eine sichere Zufahrt zum Hafen von

Constanza zugesagt werde. In der Hauptsache fand die Dobrudschafrage bereits in Buftea ihre Erledigung. Als später bulgarischerseits der Wunsch auftauchte, die Bestimmung des Präliminarvertrages, wonach die Dobrudscha bis zur Donau abzutreten wäre, so auszulegen, daß damit die Abtretung des Gebietes bis zum nördlichen Donauarm, dem Kiliaarm, gemeint sei, wurde dieser Forderung sowohl deutscherseits als auch österreichisch-ungarischerseits der entschiedenste Widerstand entgegengesetzt, und es wurde im Friedensvertrag ausdrücklich ausgesprochen, daß die Dobrudscha nur bis zum St. Georgsarm abzutreten sei. Diese Stellungnahme hat bei den Bulgaren abermals verstimmt, war jedoch unvermeidlich, da die Aufstellung dieser neuen Forderung wahrscheinlich auch den Präliminarfrieden von neuem aufgerollt hätte.

In diesem Stadium befanden sich die Verhandlungen, als Graf Czernin von seinem Amte zurücktrat."

VII.

Die vierzehn Punkte Wilsons

Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustandegekommen sind, und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist: Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Krieg, ausgenommen, daß das Meer ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden könne.

Der dritte Punkt ist die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbedingungen aller Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Der fünfte Punkt ist die freie, aufrichtige und vollkommen unparteiische Ordnung aller kolonialen Forderungen, die auf der strengen Befolgung des Grundsatzes begründet ist, daß bei der Entscheidung aller Souveränitätsfragen die Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierungen, deren Rechte abgegrenzt werden müssen.

Der sechste Punkt betrifft die Räumung des ganzen russischen Gebietes und eine solche Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, die das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Nationen der Welt sichert, um für Rußland die unbehinderte Gelegenheit zu erlangen, unabhängig über seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu entscheiden und Rußland die aufrichtige, freundliche Aufnahme in die Gesellschaft der freien Nationen unter Gesetzen, wie es sie selbst will, zu sichern; und mehr als das: Unterstützung in allen Dingen, die Rußland braucht und selbst wünscht. Die Behandlung, die Rußland von

seinen Schwesternationen in den kommenden Monaten gewährt werden wird, wird eine klare Probe auf ihren guten Willen sein und ihr Verständnis für Rußlands Nöte zum Unterschied von ihren eigenen Interessen.

Siebenter Punkt: Die ganze Welt wird zustimmen, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, ohne daß irgendein Versuch unternommen wird, seine Souveränität, deren es sich in Gemeinschaft mit allen anderen freien Nationen erfreut, zu beschränken. Keine einzige andere Handlung wird so wie diese dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze, die sie selbst zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander festgesetzt haben, wiederherzustellen. Ohne diese versöhnende Handlung wäre das ganze Gefüge und die Kraft des internationalen Völkerrechtes für immer beeinträchtigt.

Achter Punkt: Das ganze französische Gebiet soll befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 in der elsaß-lothringischen Frage geschehen ist und das den Weltfrieden seit nahezu fünfzig Jahren beunruhigt hat, soll wieder gutgemacht werden, damit der Friede wieder im Interesse aller gesichert wird.

Neunter Punkt: Die Berichtigung der Grenzen Italiens soll nach klar erkennbaren nationalen Linien vorgenommen werden.

Zehnter Punkt: Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.

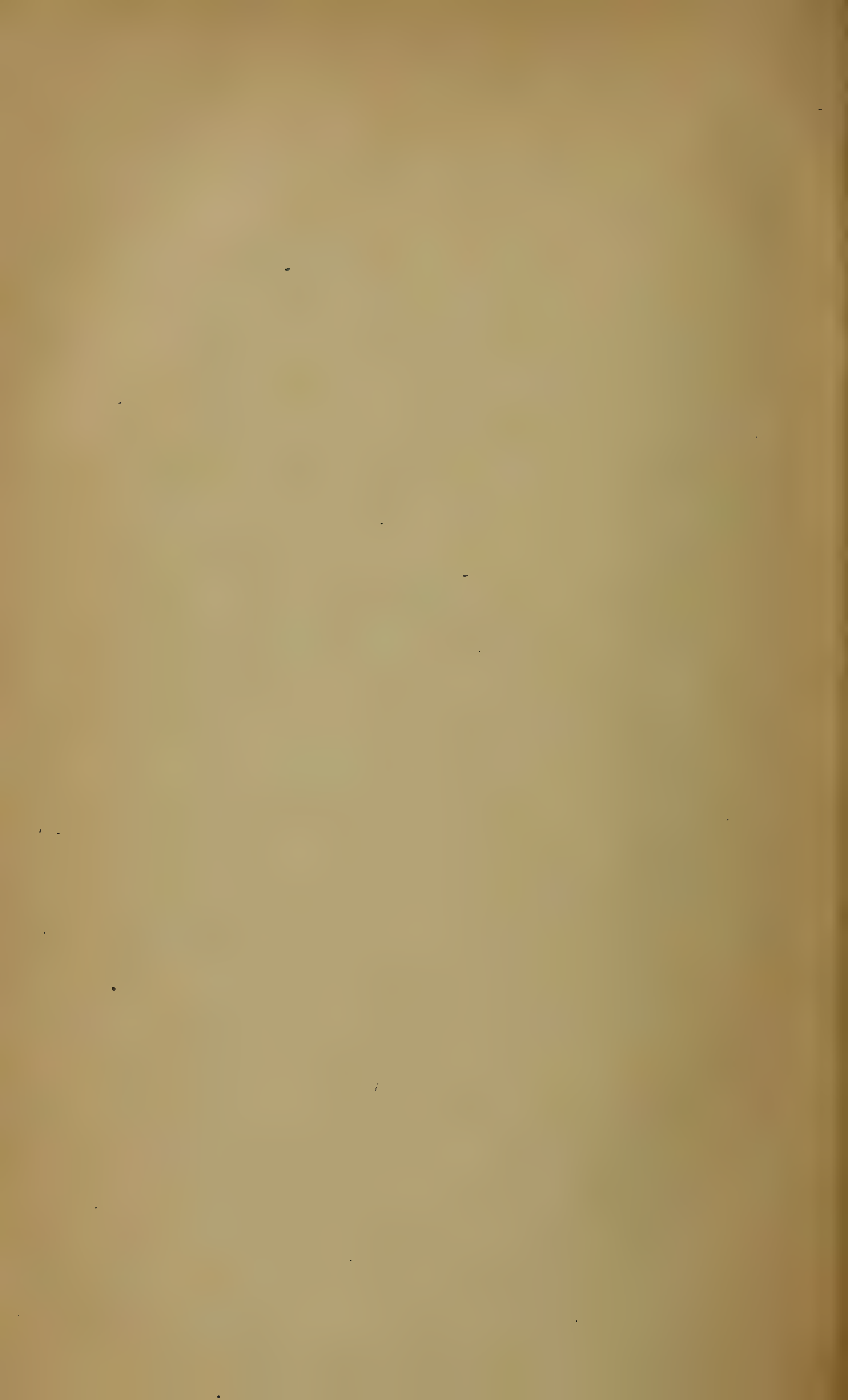
Elfter Punkt: Rumänien, Serbien und Montenegro sollen geräumt und die besetzten Gebiete wiederhergestellt werden. Serbien soll ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährt werden. Die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten untereinander sollen durch freundliche Besprechungen entsprechend der geschichtlich gegebenen Linien der Zugehörigkeit der Nationalität festgesetzt werden. Für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der verschiedenen Balkanstaaten sollen Garantien geschaffen werden.

Zwölfter Punkt: Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Reiches sollte der sichere Genuß der Souveränität zugesichert werden, aber den anderen Nationalitäten, die sich jetzt unter türkischer Herrschaft befinden, sollte ebenso unzweifelhaft Sicherheit des Lebens und absolut unbelästigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gesichert werden. Die Dardanellen sollten als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden.

Dreizehnter Punkt: Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, sollte errichtet werden. Er müßte freien Zugang zum Meere haben. Seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität müßte durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.

Vierzehnter Punkt: Ein allgemeiner Völkerbund muß errichtet werden. Spezielle Verträge müssen für gegenseitige Garantien der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität für große und kleine Staaten in gleicher Weise sorgen.

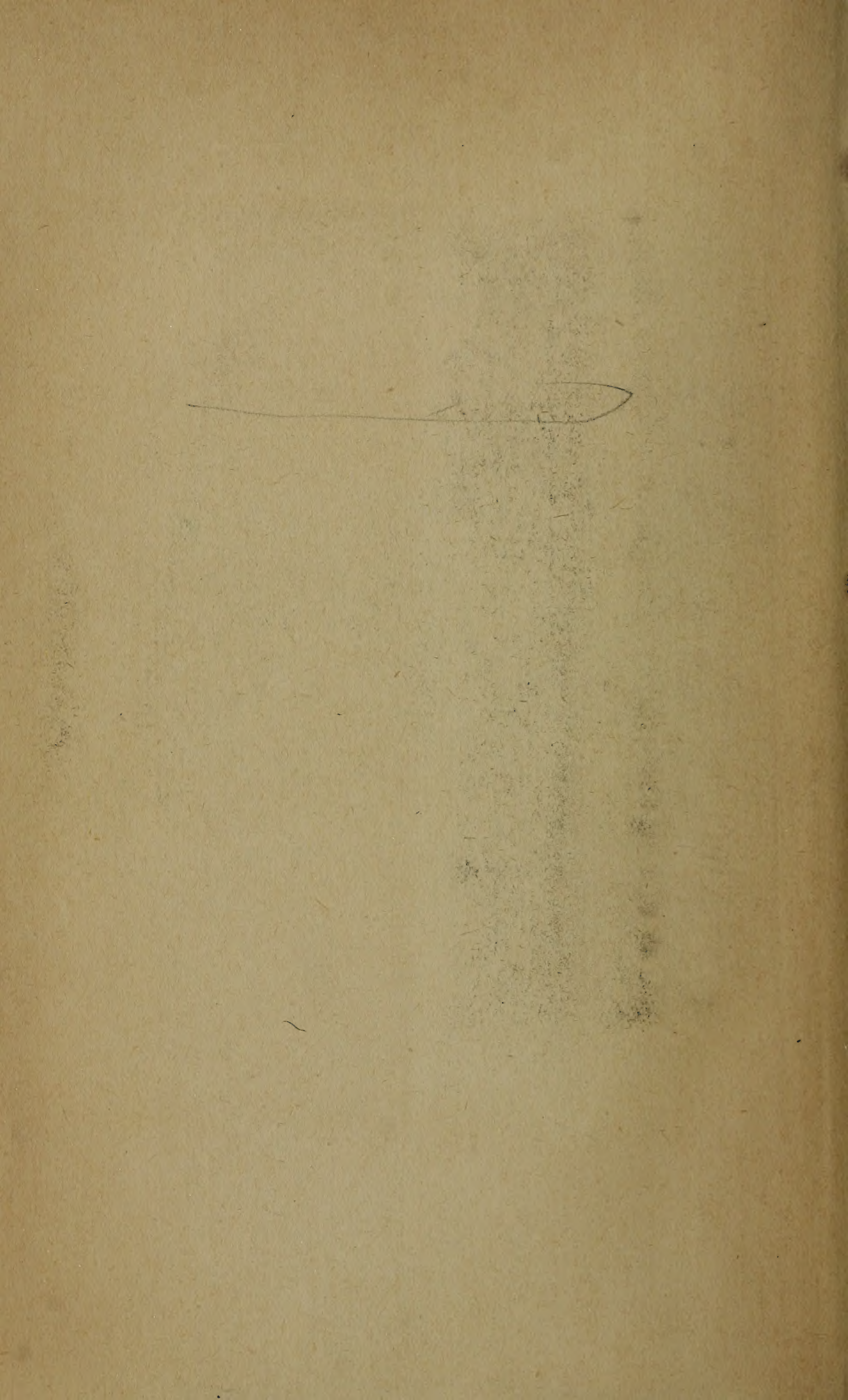
Namen- und Sachregister






U
Ullstein & Co
Berlin






UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 29 08 01 003 2